3 1761 07888569 6

From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882-1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/deutschlandundd10schi

S3326d

Deutschland und die große Politik anno 1910.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin

175417
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1911.

MANSFIELD COLLEGE
OXFORD

31. Dezember 1909. Kämpfe französischer Kolonialtruppen im Tschadgebiet.
Bombenattentat in Lahore.
Hakki Bey bildet das neue türkische Ministerium.
Vertagung der russischen Duma bis zum 2. Februar.
2. Januar 1910. Eröffnung des portugiesischen Parlaments durch König Manuel.
3. Januar. Verlängerung des deutsch-englischen Schiedsvertrages vom 12. Juli 1904 bis 1914.

---

5. Januar 1910.

Die Wetterwinkel der internationalen Politik sind nach wie vor in England, im nahen Orient und im fernen Osten zu suchen. Das „Journal des Débats" hat in einer sehr lesenswerten Londoner Korrespondenz darauf hingewiesen, daß neben der konstitutionellen Frage, die an der Ablehnung des vom Unterhause votierten Budgets hängt, und deren Ausgang Minderung der Bedeutung des Unterhauses, wenn die Unionisten siegen, oder Minderung der Bedeutung des Oberhauses bedeutet, wenn die liberale Koalition den Sieg davonträgt, eine finanziell-ökonomische Entscheidung bevorsteht, an der die gesamte, mit England in Handelsbeziehungen stehende Welt interessiert ist. Während nämlich ein den Liberalen günstiger Ausgang die Fortdauer des englischen Freihandelssystems auf eine längere Reihe von Jahren sichert, würde der Sieg der Unionisten wahrscheinlich schon im April dieses Jahres die Chamberlainsche Tarifreform mit den Modifikationen bringen, die sein Programm in den letzten Jahren erfahren hat. Dieser Tarif ist aber folgendermaßen aufgebaut. Er sieht Zollgebühren von 5, 10 und 15 v. H. vor und erhöht oder vermindert diese Sätze um 2½ v. H. in der Weise, daß es Vorzugstarife von 2½, 7½, 12½ v. H. für die Kolonien geben soll, freundschaftliche Tarife von 5, 10, 15 v. H. und Kampftarife von 7½, 12½ und 17½ v. H.

„Diese Tariffrage", schreibt der erwähnte Korrespondent, „ist vom internationalen Standpunkte aus die interessanteste, da nach Einführung des neuen Tarifs Großbritannien zu Handelsvertragsverhandlungen mit den fremden Mächten schreiten müßte, um seinen Waren leichteren

Eingang in den Staaten zu verschaffen, die ihnen durch den fast überall bestehenden Schutzzoll das Eindringen erschweren oder sperren."

Damit muß eben gerechnet werden und der ausländische Handel wird sich darauf einzurichten wissen, wenn jene Tarifreform Wirklichkeit werden sollte. Es ist aber von Interesse, daß die englischen Kolonien, wie es scheint, keine Neigung haben, ihrerseits dem englischen Handel die erwarteten Vergünstigungen zu gewähren. So berichtet der Londoner Korrespondent der „Birmingham Post", daß ein südafrikanischer Resident in London, der einem der leitenden Staatsmänner Südafrikas nahe verwandt sei, ihm erklärt habe, daß es höchst unwahrscheinlich sei, daß der Tarif der südafrikanischen Union England Begünstigungen zugestehen werde, vielmehr seien die Staatsmänner dort der Meinung, daß eine Bevorzugung nur die Bedeutung eines den englischen Fabrikanten gemachten Geschenkes haben würde. Ähnlich spricht sich die „South African Amalgamated Preß Agency" aus. Die südafrikanischen Regierungen hätten sich durch Spezialkommissare, die nach England, Kanada und in die Vereinigten Staaten geschickt wurden, davon überzeugt, daß die Fabrikanten keineswegs auf Vorzugstarife erpicht seien und auch ohne Begünstigung den südafrikanischen Markt zu behaupten glaubten. Anderseits schreibt, wie wir dem „New York Herald" vom 22. Dezember entnehmen, der „Halifax Herald":

„Mr. Feeldings Ankündigung, daß Verträge auf der Basis des französischen Vertrages wahrscheinlich mit Deutschland, Italien und Belgien zum Abschluß kommen würden, zeigt, wie sehr er und seine Kollegen bereit sind, der englischen Politik gegenseitiger Bevorzugung innerhalb des Reiches einen Strich durch die Rechnung zu machen (to „queer" the British Empire mutual preference policy)."

Daß in der Wahlkampagne der letzten 14 Tage auch die „deutsche Gefahr" wieder eine große Rolle spielen würde, war zu erwarten, aber die außerordentlich brutale Art, in der es geschehen ist, hat uns doch überrascht. Um so erfreulicher ist der Nachdruck, mit dem von nicht unionistischer Seite diese Erfindungen und Übertreibungen (speziell die Phantasien von Blatchford) zurückgewiesen worden sind. Aber die Parteien stehen einander mit der gleichen Erbitterung gegenüber wie einst während des Burenkrieges, und „Pardon" wird weder von hüben noch drüben gegeben. Da ist es nicht ohne Wichtigkeit, von einem Artikel des „Victoria Colonist" (Kanada) Notiz zu nehmen, der behauptet,

daß auf der letzten Konferenz zwischen dem britischen Ministerium und den Vertretern der Kolonien mit Selbstverwaltung bestimmt worden sei, daß England in Zukunft, bevor es einen Krieg gegen irgend welche auswärtige Macht aufnehme, Kanada und Australien befragen werde. Dasselbe aber gelte ohne Zweifel auch von Neuseeland und Südafrika. „Das bedeutet einen großen Schritt vorwärts zur Solidarität des Reichs", bemerkt der „V. C." dazu, und das mag richtig sein. Aber es bedeutet auch einen weiteren Schritt zum Mitregiment der Kolonien und kann gleichzeitig als eine heilsame Schranke jingoistischer Gelüste betrachtet werden, denn die Kolonien sind keineswegs geneigt, kriegerische Abenteuer zu suchen. So darf man wohl hoffen, daß, wie immer der Ausgang der am 15. beginnenden und Ende des Monats schließenden Wahlen auch sein mag, eine Steigerung der zum Bruch mit Deutschland drängenden Agitation nicht erwartet zu werden braucht. Daß aber die jetzige Wahlkampagne dauernde Spuren hinterlassen wird, muß wohl als sicher angesehen werden. Es sind Schlagworte ausgegeben und Versprechungen gemacht worden, die sich nicht vergessen lassen. Man hat die Arbeiterwelt in Bewegung gesetzt und wird nunmehr auf der Bahn des Staatssozialismus fortschreiten müssen. Eine Reform des Oberhauses ist unter keinen Umständen zu umgehen; auch wenn die Unionisten siegen sollten, wird der Großgrundbesitz sich zu erheblichen Opfern verstehen müssen, Irland mit seinem Ruf nach Home Rule muß, soweit England glaubt, es wagen zu dürfen, befriedigt werden; endlich die imperialistischen Schreck- und Kriegsrufe haben den Wunsch der großen Kolonien ihrerseits nach Teilnahme an der Zentralregierung, anderseits ihr Streben nach selbständiger Vertretung ihrer besonderen, mit dem Mutterlande nicht identischen Interessen gesteigert. Es mag noch viel Zeit hingehen, ehe diese keineswegs völlig neuen, aber stetig lebendiger gewordenen Tendenzen sich durchringen, aber aus der Welt geschafft können sie nicht werden. Fragt man nach den redlichen Absichten der Wahlkampagne, so läßt sich nach wie vor nicht vorhersehen, welche Partei den Sieg davon tragen wird. Wohl aber kann man erkennen, daß der Sieger eine große Majorität nicht erlangen dürfte. Waverley, der am 3. Januar wiederum einen sehr lehrreichen Artikel seiner Betrachtungen über „L'Angleterre inconnue" veröffentlicht hat, kommt zum Schluß, daß, wenn die Arbeiterpartei (Labour party), die Iren und die Gewerkschaften der Grubenarbeiter (Miners Trade Unions)

im Norden für die Liberalen stimmen, diese mit geminderter Majorität siegen würden. London, die englischen Gewerkschaften und die ländlichen Wahlkreise würden meist konservativ wählen. Die Stimmung der großen Fabrikstädte sei geteilt, Schottland, Nordengland, Wales und der Südwesten seien liberal. Der Erzbischof von Westminster fordert die Katholiken auf, konservativ zu wählen, die Nonkonformisten dagegen sind entschiedene Gegner der Unionisten. Den letzteren gehört aber fast die gesamte einflußreiche Londoner Presse. Noch ist es unmöglich, die Wahrscheinlichkeit des Erfolges der einen oder der anderen Partei in Zahlen umzusetzen, aber alles spricht dafür, daß die siegende Partei nur geringe Aussicht haben wird, sich lange in ihrer Stellung zu behaupten.

Über die Haltung Englands in auswärtigen Fragen liegen uns zwei beachtenswerte Äußerungen vor. Die eine geht von der „Times" aus und gibt in Anlaß der Hellfeld-Affäre den Russen den „praktischen" Rat, die in Berlin liegenden russischen Depots zurückzuziehen, da sie dort „vor Aventuristen und Piraten" nicht sicher seien, und sie irgendwo zu deponieren, wo sie vor „räuberischen Anfällen" sicher seien. Das werde etwa 800 Millionen Mark ausmachen. Die „Nowoje Wremja", der wir diese Notiz entnehmen, bemerkt dazu:

„Bei all der Friedensliebe — oder vielmehr wegen der krankhaften Friedfertigkeit, die Rußland verhindert, seine Rechte mit gehöriger Energie zu vertreten, gibt es in der Tat keinen anderen Ausweg. Daß, wenn eine so ungeheure Summe dem Berliner Markt entzogen wird, ein kolossaler Finanzkrach die Folge sein muß, versteht sich von selbst. So freundlich wir uns auch unserem nächsten Nachbarn und historischen Freund gegenüber verhalten (!!), bleibt uns doch ein anderer Ausweg nicht übrig, um unsere staatliche Würde vor Überfällen von Piraten zu schützen. Das wird zwar ein trauriges Ereignis sein, aber was soll Rußland sonst tun. Man kann doch Hunderte von Millionen nicht an einem unsicheren Ort ruhen lassen, der vor Expropriatoren nicht geschützt ist."

Es ist schwer möglich, einen größeren Nonsens zu schreiben, aber die Saat der „Times" ist auf einen unvergleichlich günstigen Boden gefallen. Im übrigen handelt es sich um eine komplizierte Rechtsfrage, deren Austragung den kompetenten Stellen übertragen ist und die in allen Formen Rechtens ihre Erledigung finden wird.

Ein wirkliches Nonplusultra aber leistet, ebenfalls in Anknüpfung an die Hellfeld-Affäre, die „Nowoje Wremja" in ihrem Leitartikel vom 2. Januar durch folgende Betrachtung:

„Die „Nowoje Wremja" ist fast die einzige Zeitung in Rußland, welche aufrichtig und aus tiefer Überzeugung die große Bedeutung guter Beziehungen zu Deutschland würdigt. Die liberale russische Presse sieht mißtrauisch auf eine Annäherung an Deutschland, denn sie fürchtet eine Beeinflussung Rußlands im reaktionären Sinn. Anderseits ist die reaktionäre Presse bereit, in Hoffnung auf diesen Einfluß alles, die staatliche Würde Rußlands nicht ausgeschlossen, zu opfern. Die „Nowoje Wremja" teilt nicht die liberalen Befürchtungen und setzt keine reaktionären Hoffnungen auf die Annäherung an unsern Nachbarn. Jeder vierte Deutsche gibt bei den Wahlen seine Stimme einem sozialdemokratischen Kandidaten, so daß die Fundamente der Monarchie der Hohenzollern ernste Besorgnisse in Betracht ihrer Festigkeit und Dauer hervorrufen. Von allen Staaten Europas ist Deutschland am meisten von der Flechte des Sozialismus zerfressen, und *das macht den konservativen Völkern eine intime Gemeinschaft mit ihm wenig wünschenswert.*"

Wir brauchen diese Bravade wohl nur niedriger zu hängen; die „Nowoje Wremja" als aufrichtige Freundin Deutschlands — nachdem sie seit Menschengedenken nichts getan hat, als gegen uns zu hetzen — und Rußland, das die Revolution der Jahre 1905—1907 noch keineswegs überwunden hat, in keuscher Furcht vor politischer Ansteckung durch Deutschland — das gibt ein Bild, wie es wohl nur die „Nowoje Wremja" ihren Lesern vorzuführen wagen darf.

Die zweite Äußerung politischer Anschauungen Englands entnehmen wir einem Leitartikel des „Standard", der eine Schwenkung der *Türkei* gegenüber ankündigt. Bisher hat es bekanntlich keinen eifrigeren Fürsprecher für parlamentarische oder konstitutionelle Formen in der Türkei gegeben als England und seine Presse. Seit dem Sturz von Kiamil Pascha begann die englische Politik jedoch skeptisch zu werden. Der Fall von Hilmi Pascha und die Übernahme des Großwesirats durch Hakki Bey hat in den Augen des „Standard" das so enthusiastisch begrüßte jungtürkische Komitee vollends diskreditiert.

„Die Türkei", schreibt der „Standard", „ist noch in einem Zwischenstadium zwischen Absolutismus und konstitutioneller Freiheit; und das

kann nicht für immer so bleiben. Schließlich kann das parlamentarische Regiment sich als nicht wohltätiger erweisen als der wohlwollende Absolutismus, dessen das Land sich mitunter erfreut hat; wenn aber die oberste Gewalt fortfährt, in Händen eines geheimen Komitees zu ruhen, müssen Mißbräuche erstehen, schlimmer als sie unter jedem anderen System emporkommen können. Die besten Freunde der Türkei müssen hoffen, daß ein Kompromiß zwischen beiden Prinzipien in nicht allzu ferner Zeit zu etwas Besserem führt. Die türkischen Reformer behaupten, daß der niedrige Bildungsstand der unteren Klassen das vornehmste Hindernis sei. Es komme vor allem darauf an, das Volk zu einer höheren Stufe der Intelligenz zu erheben, damit es die unschätzbaren Segnungen eines Repräsentativsystems erkenne. Das klingt ja plausibel, aber es fragt sich, ob Bürgerpflichten in türkischen Schulen gelehrt werden können. Wahrscheinlich fehlt es ebenso sehr wie an Bildung bei den unteren Klassen an einem ausreichenden Ersatz an Männern, die in Verwaltungsarbeit geschult sind. Das Land braucht weniger Diplomaten oder theoretische Reformer als praktische Staatsmänner, die gewohnt sind, ihre Autorität geltend zu machen, und die fähig sind, ihr eigenes Ansehen gegen Hofintrigen oder gegen die geheimen Machenschaften mysteriöser Politiker zu behaupten, die noch im Hintergrunde schweben. Die Türkei dankt dem Komitee „Einheit und Fortschritt" viel; aber der Tag naht, da sein Einfluß eher schädlich als nützlich werden könnte."

Das alles ist meist richtig und deckt sich zum Teil mit den Anschauungen, die wir seit den ersten Tagen der Julirevolution vertreten haben, aber es ist das Gegenteil dessen, was der „Standard" bisher gesagt hat. Er ist pessimistisch geworden, seit sich ein Rückgang des englischen Einflusses am Goldenen Horn geltend gemacht hat, und dieser Pessimismus scheint auf alle Mächte der Tripelentente übergegangen zu sein. So schreibt der „Eclair", der seine Ansichten recht unverblümt auszusprechen pflegt, daß seit den Revolutionen, die Abdul Hamid gestürzt haben, das türkische Reich taumele, um zu verschwinden (chancelle pour disparaître): griechische, arabische, syrische, mazedonische Schwierigkeiten, alles krache und fließe zusammen und der Wirrwarr verewige sich; „das Ende wird Zerstörung sein". An ähnlichen russischen Stimmen aber fehlt es nicht. Die „Nowoje Wremja" hat sich erst kürzlich in gleichem Sinne ausgesprochen.

Wir halten das alles für übertrieben. Das Komitee „Einheit und Fortschritt“ ist, seit Mehmet Schefket Pascha die Offiziere dazu gebracht hat, aus dem Komitee auszutreten und sich keinerlei politischen Vereinen anzuschließen, eine parlamentarische Partei geworden, deren Führer in den Ministerien sitzen. Was noch schwinden oder an die Öffentlichkeit treten muß, ist das vom Kongreß in Saloniki eingesetzte Triumvirat einer Überwachungskommission, welche die parlamentarische Gruppe leitet, aber offenbar auch die Regierung selbst übermäßig beeinflußt. Im übrigen läßt sich nicht verkennen, daß die Türkei nach allen Richtungen hin bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Armee nimmt eine achtunggebietende Stellung ein, die Flotte ist zwar klein, aber sie ist — was sie unter Abdul Hamid nicht war — seetüchtig und kampffähig, jedenfalls stärker als die griechische. Die Verwaltung ist gesäubert worden, die Finanzen sind in Ordnung gebracht, der Friede im Innern wird leidlich aufrechterhalten. Im Parlament stehen den Jungtürken die nationalen Gruppen der Araber, Albaner, Griechen und Bulgaren nur in den sie speziell betreffenden Fragen gegenüber, sonst stimmen sie mit der Majorität, so daß sich mit dem Parlament wohl regieren läßt. Zurzeit liegt die Schwierigkeit in den auswärtigen Fragen. Kreta, Griechenland und Bulgarien machen Sorgen. Die beiden ersteren streben eine Vereinigung an, welche die Schutzmächte nicht zuzulassen übernommen haben und die sich trotzdem vollzieht, Bulgarien aber kann das Eingreifen in die mazedonischen Angelegenheiten nicht aufgeben; neuerdings sind noch Gegensätze wegen des türkisch-bulgarischen Handelsvertrages hinzugekommen. Auch Arabien beunruhigt. Die Pilgerfahrt des Khedive (Abbas Hilmi) nach Mekka steht in Zusammenhang mit der Absicht, die Hedjasbahn bis Mekka zu vollenden und an eine Aktiengesellschaft zu vergeben, der Sir Ernest Cassel das Geld vorstrecken will, so daß wie in Mesopotamien der englische Einfluß auch hier der überwiegende werden müßte. Dagegen aber beginnt man in Konstantinopel mißtrauisch zu werden, und das erklärt den Pessimismus, auf den wir oben hinweisen.

Gleich pessimistisch wie in London in bezug auf die Türkei scheint man in Rußland die persischen Dinge anzusehen. Der „Golos Moskwy“ bringt aus Teheran eine „Nemo“ gezeichnete Korrespondenz, die eine neue Revolution für Persien ankündigt. Die Modschegeten und Fidai, die Sepechdar nach Teheran geführt hatte, und die er danach gegen

Ardebil verwandte, verlangen Zahlung für ihre Dienste, und da Sepechdars Mittel erschöpft sind, drohen sie gegen Teheran zu ziehen, zu dessen Schutz nicht mehr als 200 Bachtiaren aufgebracht werden konnten. Herr Nemo meint, es werde Sepechdar nichts übrig bleiben, als in der russischen Gesandtschaft eine Zuflucht zu suchen.

„Aber", so schließt er, „kann und soll die russische Gesandtschaft einem Manne Gastfreundschaft und Schutz gewähren, der die ganze Zeit über an der Spitze einer Bewegung und einer Partei stand, die dem russischen Einfluß und den russischen Interessen direkt feindselig ist, und in welche Lage wird die viel duldende ausländische Kolonie Teherans nebst den europäischen Instituten und Gesandtschaften geraten, wenn sie einer erbitterten und aufs äußerste gebrachten revolutionären Armee gegenübersteht, der die Garnison der Stadt einen ernstlichen Widerstand nicht leisten kann und vielleicht auch nicht leisten will?"

Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer zu geben. Die russischen Truppen werden gegen Teheran ziehen und es wird sich das Spiel wiederholen, bis man in Rußland endlich zur Überzeugung kommt, daß eine dauernde Besetzung der zur russischen Einflußsphäre gehörenden Gebiete sich nicht weiter umgehen läßt. Dann aber folgt der englische Gegenzug im südlichen Persien. Die zitierte Nemo-Korrespondenz ist undatiert, sie ist aber am 31. Dezember in Moskau gedruckt worden, so daß die Nachrichten verhältnismäßig frisch sein müssen.

Seit der Ermordung des Steuerbeamten Jakson hat es noch ein politisches Attentat in Lahore gegeben, und die englischen Blätter behaupten, daß Bombay das eigentliche Zentrum des indischen Terrorismus sei. Soviel wir wissen, kann es sich diesmal jedoch nur um Taten einzelner handeln, die in beiden Fällen auf persönliche Rache zurückzuführen sind und denen daher größere Bedeutung nicht zuzuschreiben ist. Wichtiger war der indische Nationalkongreß, der am 27. Dezember in Lahore tagte und von einem loyalen Inder Malavija präsidiert wurde. Aber auch in diesen Kreisen ist die Verstimmung groß. Die jüngsten Zugeständnisse der britischen Regierung sind zumeist den Mohammedanern Indiens zugut gekommen, und die Hindus fühlen sich verletzt. Auch wurde auf dem Kongreß viel über die schlechte Behandlung der Inder in Transvaal geklagt, sie fordern als englische Untertanen Gleichberechtigung, was gewiß nicht unbillig ist, aber keine

Aussicht hat, verwirklicht zu werden. England hat keine gesetzliche Möglichkeit, in Transvaal zu ihren Gunsten einzugreifen, ganz wie es ihm unmöglich ist, den japanischen Bundesgenossen Neuseeland oder Australien zu erschließen.

Übrigens scheint es, daß in der Mandschurei England mit Amerika und Deutschland Hand in Hand zu gehen geneigt ist. Das zeigte sich schon in der Charbinfrage, die noch immer nicht entschieden ist, in der aber China offenbar seine Rechte zu behaupten sucht. Trotz des Lärms, der über eine angeblich bevorstehende Offensive Japans in Rußland erhoben wurde, gehen nämlich in der Mandschurei Japan und Rußland auf Kosten Chinas Hand in Hand, während die übrigen Mächte daran interessiert sind, daß in diesen Gebieten unter chinesischer Souveränität das Prinzip der offenen Tür aufrechterhalten wird. Daß nebenher die Stellung Japans für Rußland unbequem wird, kann nicht wundernehmen. Die wohl unmittelbar bevorstehende Annexion Koreas gibt den Japanern eine unvergleichlich starke strategische Position, Port Arthur ist Freihafen geworden, die Fischerei an den russischen Küsten bis hoch an die Nordspitze Kamtschatkas und darüber hinaus an der Tschuktschenhalbinsel vornehmlich in japanische Hände übergegangen. Fiele es den Japanern ein, sich in Kamtschatka festzusetzen, so hätte Rußland keinerlei Möglichkeit, ihm Hindernisse in den Weg zu legen. Ein russisches Heer in jene unwirtlichen, von allen Straßen abliegenden Gegenden zu schicken, ist so gut wie unmöglich. In dieser Erkenntnis mag wohl der von der russischen Presse vertretene Gedanke entstanden sein, das nördliche Sachalin an die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu verkaufen, die eben jetzt den Beschluß gefaßt haben, ihre pazifische Flotte zu teilen und die eine Hälfte in den asiatischen Gewässern stationieren zu lassen.

Die inneren russischen Zustände sind wenig erfreulich; die jetzt in die Ferien geschickte Duma hat ihre letzten Sitzungen in wüsten Streitigkeiten verbracht, die der oft genannte Petersburger Korrespondent der „Débats" ausführlich schildert.

„Die meisten Deputierten," erzählt er, „kommen mit einer großen Pfeife in die Sitzung. Will Roditschew reden, so ertönt ein Pfeifenkonzert auf den Bänken der Rechten. Antwortet ihm Purischkewitsch, so begrüßt ihn die Linke mit einem „monstrueux charivari". Der Präsident ist fassungslos, ohnmächtig und versucht vergeblich, einen

Schein von Ordnung herzustellen, während Geheul und Beschimpfungen sich kreuzen, die Fäuste drohen und die Gesichter verzerrt sind. Und das nennt man bei uns „das freie Spiel unserer liberalen Institutionen".

Solche Szenen sind freilich überall vorgekommen, wo Slaven an parlamentarischen Versammlungen teilnehmen, und es ist nicht gar so lange her, daß ganz ähnliche Tumulte sich selbst in der französischen Kammer abgespielt haben. Die dritte Duma hat trotz allem ein Stück achtungswerter Arbeit geleistet, und noch kurz vor der Vertagung durch Reform der Bauerngerichte sich ein entschiedenes Verdienst erworben. Erst jetzt ist die Rechtsgleichheit aller Stände im Prinzip zur Wirklichkeit geworden.

Man atmet beruhigt auf, daß die Bestattung des Großfürsten Michael Nikolajewitsch einen unbehinderten Verlauf genommen hat, denn trotz aller getroffenen Vorsichtsmaßregeln war man nach der Ermordung Karpows in großen Sorgen. Es wurde ein neuer Anschlag der Anarchisten gefürchtet. Aber ist es nicht erstaunlich, daß ein Mann wie Burzew, von dem man in Petersburg zu wissen behauptet, daß er der eigentliche Leiter der Terroristen sei, in Paris frei herumgehen und von dort aus seine Anschläge vorbereiten darf? Jener Korrespondent der „Débats" nennt ihn „le grand chef des terroristes parisiens, le nommé Bourtseff" und wirft ihm direkt vor, daß er Woskressenskij, den Mörder Karpows, ausgesandt habe. — Im Ministerium der Bauten und Kommunikationen sind jetzt ungeheure Unterschleife entdeckt worden, die denen der Intendantur nicht nachzustehen scheinen. Senator Garin ist mit der Untersuchung betraut worden, und das gibt die Gewißheit, daß die Gerechtigkeit ohne Menschenfurcht walten wird.

5. Januar 1910. Kaiser Wilhelm empfängt die chinesische Marine-Studienkommission.
6. Januar. Feuersbrunst im Königsschloß zu Athen. Tunesisch-tripolitanische Grenzirrungen.
8. Januar. Blutige Kämpfe der französischen Polizei mit Apachen.
9. Januar. Protest der Pforte wegen des Treueides der kretischen Regierung dem Könige von Griechenland.
11. Januar. Eröffnung des preußischen Landtages.

12. Januar 1910.

Unsere Leser erinnern sich vielleicht, daß wir in der „Kreuz-Zeitung" vom 5. Januar an der Hand der „Nowoje Wremja" darauf hinwiesen, daß die „Times" aus Anlaß der Hellfeld-Affäre den praktischen Rat gegeben habe, die in Berlin liegenden russischen Depots zurückzuziehen. Nun erklärt die „Times", daß sie nicht erst zu sagen brauche, daß sie nichts einem solchen Rat Ähnliches gedruckt habe (the „Times" has published nothing in the least degree resembling the „advice" thus attributed to her" und knüpft daran einen gehässigen Ausfall gegen den Verfasser der Wochenschau.

Die betreffende Notiz, die der „Nowoje Wremja" Anlaß zu dem giftigen Ausfall gegen Deutschland gegeben hat, den wir wiedergaben, findet sich in einer Korrespondenz der „Times" aus Petersburg vom 29. Dezember, gedruckt in der „Times" vom 30. Seite 3 Spalte 1 und lautet: „Russia could, by withdrawing her deposits, amounting to about L. 40 000 000 sterling, precipitate a financial crisis in Berlin." Das ist zwar keine direkte Aufforderung, sondern eine Erwägung, die aber von den russischen Blättern, der „Nowoje Wremja", Nr. 12132 vom 1. Januar, und ebenso vom „Golos Moskwy", Nr. 293 vom 4. Januar, als Aufforderung aufgefaßt worden ist. Das letztere Blatt schreibt:

„Die „Times" hat die Frage von der praktischen Seite betrachtet und weist auf die Folgen hin, welche die Sequestrierung russischer Staatsgelder, die in Berlin liegen, nach sich ziehen würde. Die richtige Antwort auf solch eine Handlung der deutschen Regierung wäre die Zurückziehung aller russischen Depositen aus Berlin und ihre Überführung

an einen anderen Ort, der vor räuberischen Anfällen verschiedener Aventuristen sicherer wäre. Eine solche Maßregel würde dem Berliner Markt 800 Millionen Mark entziehen, was in Berlin einen schrecklichen Finanzkrach zur Folge hätte."

Die „Nowoje Wremja" hatte aus der Notiz der „Times" denselben Schluß, nur noch in gröberer Fassung gezogen. Die „Times" täte daher gut, sich an die „Nowoje Wremja" und Konsorten zu halten, die wir ausdrücklich als Quelle angegeben haben, und mit Betrachtungen, die allseitig als Ratschläge aufgefaßt werden, sparsamer zu sein. Auch der „Temps" vom 10. Januar warnt uns, nicht Repressalien zu provozieren, die den Exodus von 800 Millionen in Berlin deponierter russischer Werte zur Folge haben könnten. Man ist daher wohl berechtigt zu sagen, daß die „Betrachtung" der „Times" auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Aber was will eine derartige kleine Bosheit im Vergleich zu all den Verdächtigungen sagen, die in der Hitze des englischen Wahlkampfes gegen Deutschland systematisch laut geworden sind. In den Straßen wird für 1 Penny die berüchtigte Broschüre von Blatchford, „Deutschland und England", ausgeschrien. Der Ruf „Germany" ertönt bis zur Besessenheit („jusqu'à l'obsession") — schreibt ein Korrespondent des „Temps" — und erweckt patriotische Besorgnisse und ökonomische Sorgen, die bestimmt sind, die Londoner Wähler zu beeinflussen. Es hat im Auslande weit größeres Aufsehen erregt, als bei uns, daß Balfour, das Haupt der künftigen Regierung, sich vor seinen Wählern so ausgesprochen hat, als ob ein Bruch zwischen Deutschland und England fast unvermeidlich sei. Das „Journal des Débats" findet seine Ausführungen „très graves" und hätte damit gewiß recht, wenn nicht in Betracht zu ziehen wäre, daß in dieser Wahlkampagne die Redner fast durchweg sich in ungeheuerlichen Übertreibungen bewegen. Aber erstaunlich ist es doch, wenn ein Staatsmann wie Balfour, der jahrelang das Haupt der englischen Regierung war und heute Führer der Unionisten ist, sich zu der Behauptung versteigt, daß die Deutschen entschlossen sind zu verhindern, daß die Engländer in ihrem eigenen Lande eine Tarifreform einführen! Er hat sich dabei auf einen deutschen Gewährsmann berufen, aber trotz mehrfacher Aufforderung sich nicht bereit gefunden, dessen Namen zu nennen! Man fragt sich vergeblich, wie Balfour sich die Aktion vorstellt, durch welche Deutschland das englische Parlament verhindern sollte, einen Schutzzoll zu votieren?

„Balfour", sagen die „Débats", „hat sich zwar nicht ausdrücklich die pessimistischen Ansichten der Personen zu eigen gemacht, deren finstere Prophetien er wiedergibt, aber das ist nur oratorische Vorsicht. Man fühlt es aus seiner Rede heraus, daß es seine eigenste tiefe Überzeugung ist, daß, trotz der friedlichen Gesinnung der verantwortlichen Staatsmänner in England und Deutschland, Deutschland dennoch wie durch ein Verhängnis zu einem Kampf um die Beherrschung der See gedrängt werde, wenn nicht die Überlegenheit der gegnerischen Flotten es davon zurückhalte."

Daraus ergibt sich dann die Forderung einer weiteren Verstärkung der englischen Flotte, wie sie das Manifest der englischen Flottenliga aufstellt. Auch in diesem Manifest — das, beiläufig bemerkt, der Tüchtigkeit unserer Marine ein Ehrenzeugnis ausstellt — werden ganz direkt Unwahrheiten dem englischen Wähler insinuiert:

„Deutschland ist unseren wiederholten Aufforderungen gegenüber, die Rüstungen einzuschränken, taub geblieben. Während England seine Schiffsbauten herabsetzte, antwortete Deutschland darauf mit Steigerung seiner Bauten. Was sollen wir demgegenüber tun, um den Frieden zu sichern und die schwächeren Nationen zu schützen?"

Die Antwort ist: zwei neue englische Kriegsschiffe gegen jedes deutsche, und Behauptung der Marine Englands in einer Überlegenheit, die sie unbesiegbar macht! Pflicht der englischen Wähler ist, nur denen ihre Stimme zu geben, die sich auf dieses Programm verpflichten.

Wollten wir auf die Stimme der Verdächtigungen eingehen, die während des bisherigen Verlaufs der Wahlkampagne gegen uns geschleudert worden sind, oder die Kampagne analysieren, die in der „National Review" und verwandten Organen gegen uns geführt wird, es wäre kein Ende zu finden. Es gibt aber in England auch noch Stimmen, die zur Besonnenheit mahnen und die Gespensterfurcht vor Deutschland in ihrer ganzen Lächerlichkeit darstellen. Asquith hat mit großem Ernst die Äußerungen Balfours zurückgewiesen und wie er, hat die Mehrzahl der Redner seiner Partei getan. Besonderen Wert aber messen wir einer längeren Ausführung von Edward Dicey bei „England und Germany", die soeben in der „Empire Review" erschienen ist. Dicey ist ein Veteran des englischen Journalismus, 1832 geboren, durch eine Reihe historisch-

politischer Arbeiten wohlbekannt, die ihm auch bei uns einen Namen gemacht haben, wobei wir an seine Berichte aus den Kriegen von 1864 und 1866 denken, ein Mann, der eine hohe Vorstellung von seinem Beruf hat und sich in scharfen Gegensatz zu den unverantwortlichen Skribenten stellt, die „by the very simple process of log-rolling", d. h. als Parteiagenten dem Publikum als große Denker und einsichtige Patrioten vorgegaukelt werden.

Es sei für jemanden, der eine gewandte Feder führe, sehr leicht, durch Invektiven einen augenblicklichen Erfolg zu erringen, und ebenso einem Redner, der an die Leidenschaften und die Vorurteile der Menge appelliere, leicht, eine Versammlung bis zur Wut zu erhitzen. Er könne daher die Taktik der Unionisten in den jetzigen Wahlkämpfen nur mißbilligen. Es sei in England von jeher so gewesen, daß man die Erklärungen des Prime Minister und des Staatssekretärs des Auswärtigen als autoritativ anerkannt habe, wenn sie von den Beziehungen des Landes zu auswärtigen Mächten sprechen. Nun hätten Mr. Asquith und Sir Edward Grey offiziell und öffentlich erklärt, daß nichts einer vollen und freundschaftlichen Verständigung zwischen England und Deutschland im Wege stehe. Da sei es doch eine falsche Politik, wenn man dieser für den englischen Handel und die englische Weltstellung so überaus günstigen Lage entgegenarbeite. Dabei übersehe er durchaus nicht, daß Deutschland darauf hinarbeite, sich eine mächtige Marine zu sichern, und daß England natürlich in der Lage bleiben müsse, die Interessen des Reiches zu Wasser und zu Lande zu verteidigen. Aber statt die Augen immer auf Deutschland gerichtet zu halten, solle man sie lieber den eigenen Docks und der eigenen Mannschaft zuwenden und das eigene Haus in Ordnung halten, statt mit dem Nachbarn zu zanken, weil er sein Haus in Ordnung bringe. Eifersucht sei ja menschlich, aber deshalb sei doch nicht in allem, was Deutschland tue, eine Feindseligkeit gegen England zu suchen, vielmehr täte man gut, Hand in Hand vorwärts zu schreiten. „Sind England und Deutschland Freunde, so ist der Friede Europas gesichert, wenn aber beide Nationen miteinander zerfallen, so wird das ein höchst unglücklicher Tag für die gesamte Menschheit sein."

Handelspolitisch seien beide Mächte Rivalen, aber das brauche noch keine schlechten Beziehungen zur Folge zu haben. Noch jüngst

habe der deutsche Reichskanzler darauf hingewiesen, daß englische Staatsmänner, und unter ihnen Asquith, die Herstellung guter Beziehungen zu Deutschland als eine wichtige Aufgabe weiser Staatskunst bezeichneten, und erklärt, daß er in voller Aufrichtigkeit und aus tiefster Überzeugung dieselbe Ansicht teile. Da frage man doch im Namen des gesunden Menschenverstandes, weshalb bei solchen Gesinnungen der führenden Staatsmänner die Weltinteressen und die Weltpolitik durch hysterische Ausbrüche gefährdet würden. Dicey zitiert darauf die Rede, die Graf Bernstorff — the able son of an able father and one of England's oldest friends — in Washington gehalten hat. Sie enthielt die nachdrückliche Versicherung, daß die auswärtige Politik Englands von handelspolitischen Interessen getragen werde und weder territorialen Ehrgeiz noch heimtückische Pläne verfolge, die bestehenden Machtverhältnisse in der Welt umzustürzen.

In diesem Geist führt Dicey seine Ausführungen zum Abschluß. Er weist dann noch darauf hin, daß in der Frage der Bagdadbahn eine ähnliche Verständigung gefunden werden könnte, wie sie in der Marokkofrage zwischen Deutschland und Frankreich erfolgte, doch scheint er uns in bezug auf die tatsächlichen Angaben, auf welche er seine Argumentation gründet, nicht richtig orientiert zu sein, und speziell die Bedeutung der Konjekturen, die an den Aufenthalt von Sir Ernest Cassel in Berlin geknüpft worden sind, zu überschätzen. Aber nicht darauf kommt es an. Das Wesentliche ist die Gesinnung, die aus Diceys Ausführungen spricht, denen wir uns vom deutschen Standpunkte aus voll anschließen können. Es liegt in der Tat so, wenn Deutschland und England sich ehrlich verständigten, würden die Konfliktsmomente, die heute die Welt beunruhigen, bald genug schwinden. Aber die Voraussetzung ist allerdings, daß jeder Teil sich darauf beschränkt, vor der eigenen Tür zu fegen, oder wie Dicey treffend sagt, es aufgibt, mit dem Nachbar zu hadern, „for putting his house in order".

Übrigens gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß die Wahlparolen „Germany, Home Rule, Lords", vor den eigentlichen Kampfobjekten: Aufrechterhaltung des Freihandels oder Tarifreform zurücktreten, und daß die Gegner des Freihandels an Boden gewonnen haben, wenn auch nicht so weit, daß ihnen der Sieg sicher wäre. Aber es trägt nichts aus, darüber zu konjekturieren. In etwas über 14 Tagen werden die Wahlresultate die Entscheidung bringen.

Nordafrika beginnt wieder die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Ein Grenzkonflikt zwischen Tunis und Tripolis hat zu Verhandlungen zwischen der Türkei und Frankreich geführt, die von großer prinzipieller Bedeutung sind. Die Türkei bestreitet nämlich nicht, daß eine Grenzregulierung zwischen Tunis und Tripolis stattfinden müßte, und man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um sich ebenfalls davon zu überzeugen. Es sind ziemlich willkürliche, mathematische Linien, zwei tief in Tripolis einschneidende Winkel, welche beide Länder voneinander scheiden. Die Türkei, die den Vertrag von Bardo nie anerkannt hat, will nun ihre Grenzregulierung mit dem Bey von Tunis vereinbaren, während Frankreich auf Grund der Rechte, die ihm dieser Vertrag sichert, darauf besteht, daß die Verhandlungen in Paris zwischen dem türkischen Botschafter und der französischen Regierung im Prinzip zum vorläufigen Abschluß gebracht und danach mit der türkischen Regierung endgültig erledigt werden sollen. Es wird das eine der ersten Fragen sein, an der Hakki Bey als Großwesir seine staatsmännischen Fähigkeiten zu zeigen Gelegenheit finden wird.

Eine andere afrikanische Frage, die mit der ersten in Beziehung steht, behandelt in sehr interessanter Ausführung die „Morning Post" vom 7. Januar. Es ist im wesentlichen eine Art politischer Philosophie, die durch die Korrespondenz eines Franzosen über die Stellung Frankreichs in Marokko angeregt wurde und in derselben Nummer der „M. P." veröffentlicht wird. Man könnte jene Korrespondenz als eine Art Triumphgesang des Siegers über den am Boden liegenden Feind bezeichnen:

„Das Netz, das Frankreich ausgeworfen hat, umspannt nunmehr alles; je mehr der Sultan versucht, sich ihm zu entziehen, um so mehr wird er gelähmt sein, wie die Fliege im Spinngewebe."

Das Bild ist nicht eben sympathisch, aber im wesentlichen trifft es wohl zu. Noch interessanter ist uns jedoch der englische Kommentar gewesen. Die „Morning Post" geht davon aus, daß die marokkanische Frage zwei Seiten habe, eine internationale, welche die Lage Marokkos in Abhängigkeit von den europäischen Großmächten stelle, und eine spezifisch marokkanische: Marokko sei durch seine geographische Lage bestimmt, europäisiert zu werden, oder doch in gewissem Sinne von Europa in Abhängigkeit zu geraten. Diese Wandlung herbeizuführen, scheine die Mission Frankreichs zu sein, das Marokko schon längst von der

Landseite her umzingelt habe. Ziehe man von Palermo eine Linie bis wenige Meilen westlich von Lagos, so finde man östlich davon ein gewaltiges französisches Afrika, das nur durch wenige Enklaven unterbrochen werde: Togo, Liberia, die Goldküste, Sierra Leone, Gambia, ein potugiesischer Streifen in Guinea und ein spanischer von Kap Blanko bis Kap Bajador, das alles sei in französischem Teritorium gebettet. In Marokko habe, wie jener französische Korrespondent richtig ausführt, Frankreich durch Polizei, Zölle, die Anleihe, deren Zinsen genau den Ertrag der Zölle aufzehren, durch seine militärische Okkupation bestimmter Distrikte von der Schauja und Casablanca bis Ujda sich die dominierende Stellung völlig gesichert. Denke man sich nun diese Entwicklung fortgesetzt, bis das Land gewisse Eigentümlichkeiten einer guten Regierung gewonnen habe: sichere Straßen, reiche Märkte, geographische und wissenschaftliche Erschließung —, so frage sich, welche neuen Ideale die Eingeborenen Marokkos dadurch empfangen und aufgenommen haben werden? Welcher Wandel wird in ihrer geistigen oder humanen Existenz vorgegangen sein? Werden Mauren und Berbern Europäer werden? Werden sie am Islam festhalten oder ihn aufgeben? Nicht etwa nach 10 oder 20 Jahren, aber nach einem Jahrhundert. Die Erfahrungen, die Frankreich in Algier, England in Ägypten gemacht habe, lassen es zweifelhaft erscheinen, daß diese Völker europäische Ideale dem Islam einimpfen können. Inder, Ägypter, Algerier seien aber trotz allem Mohammedaner geblieben. Wie lange werde das dauern? Es scheine, daß ein Augenblick kommen werde, da diese Völker entweder mit dem Islam oder mit Europa brechen würden, oder aber etwas Neues gestalten, als Produkte der Extreme, zwischen denen sie sich jetzt bewegten. Was das bedeute, zeige die territoriale Ausdehnung des Islam: Vom Atlantischen Ozean bei Casablanca, durch ganz Nordafrika, Arabien, Persien, Afghanistan bis ins Tal von Delhi und in die große zentralasiatische Wüstendepression hinauf. Dazu komme noch das Niltal und durch die Sahara über Timbuktu das Bassin des Niger. Eine führende Macht des Islam aber habe ihren Sitz in Konstantinopel und in Kleinasien, während eine andere, wenngleich nicht selbständige Potenz, sich im Bassin des Ganges konzentriere. Die mahdistischen Bewegungen hätten gezeigt, wie mächtig die überall vorhandenen religiösen Strömungen seien. Wenn sie scheiterten, habe das an ihrer lokalen Basis und ihrer geringen moralischen Bedeutung gelegen. Aber das könne sich ändern und es

gebe Zentren, von denen eine mächtigere Bewegung ausgehen könne: am Nil, an den Wasserscheiden Indiens, in der Türkei als politischem Mittelpunkt oder in Kabul, wo der Emir sich bestrebe, das Haupt seiner Religion zu sein. Der Systemwechsel, der sich in der Türkei vollzogen habe, sei keineswegs eine bloße Übertragung europäischer Methoden in den Orient. Die Parole laute: die Türkei für die Türken, und das habe auch eine religiöse Bedeutung.

„Wir haben", so schließt der Artikel, „eine Zukunftsfrage angeregt, ohne dabei eine immediat politische Absicht zu verfolgen. Aber die Frage stellen, heißt die englisch-französischen Beziehungen in ein neues Licht setzen. Beide Nationen stehen in dauernden Beziehungen zu weiten mohammedanischen Bevölkerungen. Wäre es nicht gut, wenn sie sich zusammentun wollten, um das Problem der Zukunft des Islam zu studieren?"

Gewiß, dagegen läßt sich nichts einwenden. Aber abgesehen davon, daß als dritte europäische Macht, die mit dem Islam zu rechnen hat, Rußland in Betracht käme, das bisher allein verstanden hat, seine mohammedanischen Untertanen — wenn wir von den ungezähmten Stämmen des Kaukasus absehen — staatlich zu assimilieren, ohne sie religiös zu verletzen, ist die Frage doch aufzuwerfen, ob die in Aussicht genommene Entmündigung der gesamten islamischen Welt, wie sie als Zukunftsperspektive aufgestellt wird, überhaupt durchführbar ist und ob sie sich sittlich rechtfertigen läßt. Wir glauben, daß das erstere nur unter ungeheueren Opfern und nicht vollständig zu erreichen ist, und bestreiten das letztere. Sowohl in der Türkei wie in Ägypten regen sich Kräfte, die eine Zukunft haben, es spielt auch die asiatische, anticuropäische Frage mit, mit der Frankreich in Hinterindien, England in seinem Vorderindischen Reiche zu rechnen hat und von der die islamischen Völker sehr bald ein Teil werden können, wenn die Massen erkennen, daß es auf ihre Unterjochung abgesehen ist. Die richtige Politik scheint uns zu sein, diese Nationen nicht systematisch zu schwächen, sondern die Elemente des Fortschritts, die in ihnen ohne Zweifel vorhanden sind, ehrlich zu fördern, ohne daran Tendenzen zu knüpfen, die sich gegen ihre staatliche Selbständigkeit richten. Jener französische Korrespondent, der der „Morning Post" ihre Gedanken anregte, sagt u. a., es sei der große Fehler der französischen Regierung, daß sie 1908 Abdul Asis habe fallen lassen. Dem „Temps" wird aus Lalla Marnia geschrieben, daß Abdul Asis große Fortschritte in der Gegend von Taza mache und daß der Sultan

ihm seine Mahallen entgegenschicke. Das würde einen neuen Bürgerkrieg geben und nebenher ist noch ein zweiter Prätendent Mulay el Kebis in Reserve. Gleichzeitig werden neue Angriffe der Rifkabylen gegen die Spanier gemeldet. Lauter Dinge, die wenig erfreulich sind. Ebensowenig sind es die serbischen und bulgarischen Intrigen in Mazedonien, die in vollem Gange sind und, wie es scheint, dahin zielen, im Frühjahr neue Aufstände herbeizuführen. Der Konstantinopoler Korrespondent des „Eclair" gibt darüber ausführliche Nachricht und will wissen, daß zwischen Serbien und Bulgarien eine volle Verständigung über Mazedonien perfekt geworden sei. Sie hätten ihre Einflußzonen bereits abgegrenzt. Das wäre ein gefährliches Spiel, da schwer anzunehmen ist, daß die Türkei es sich gefallen läßt und ruhig abwartet, bis sie einer vollzogenen Tatsache und zwei völlig gerüsteten Gegnern gegenübersteht.

Endlich sei noch auf eine sehr eingehende Abhandlung des „Journal des Débats" über die Erneuerung des Privilegs der Suezkanal-Kommission hingewiesen. Dieses Privileg läuft 1969 ab und soll gegen bestimmte pekuniäre Vorteile, die man Ägypten zugestehen will, schon jetzt auf weitere 40 Jahre erneuert werden. Die ägyptischen Nationalisten zeigen wenig Neigung, das Geschäft abzuschließen. Wenn wir richtig sehen, ist jedoch der internationale Charakter der Suezkanal-Kommission für Ägypten eine Sicherheitsbürgschaft, die es bei einer beliebigen anderen Kombination nicht gewinnen würde, und es würde sich vielleicht nur noch empfehlen, dieses internationale Element dadurch besser zur Geltung zu bringen, daß die an der Suezfahrt interessierten großen Schiffahrtsgesellschaften nach dem Verhältnis ihrer Interessen stärker an der Kommission beteiligt werden.

Die größte Beachtung verdient der auf Neutralisierung der mandschurischen Bahnen unter Anerkennung der chinesischen Rechte gerichtete Antrag der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Seine Verwirklichung würde ein ohne allen Zweifel an China begangenes Unrecht in einer Form gutmachen, die den Interessen aller Teile gerecht wird. Es scheinen aber nicht alle Mächte so zu denken. In Japan ist man mit der amerikanischen Initiative keineswegs einverstanden und auch in Petersburg scheint er Verstimmung hervorgerufen zu haben. Es ist daher nicht unmöglich, daß die Welt mit dem doch überraschenden Schauspiel einer japanisch-russischen Kombination zu rechnen haben wird.

14. Januar 1910. Beginn der Wahlen zum englischen Unterhause.
16. Januar. Kongreß der Mazedonier in Varna.
17. Januar. Weißbuch über die deutschen Bergwerksinteressen in Marokko.

19. Januar 1910.

Die Wahlen in England sind in vollem Gange. Von den 44 Millionen Engländern gehen 7 705 717 zur Wahlurne, wenn wir annehmen, daß jeder Wahlberechtigte von seinem Recht Gebrauch macht. Das bedeutet, daß von den Männern über 21 Jahre etwa 1/3 nicht als politisch mündig betrachtet wird, was freilich nicht ausschließt, daß in Wahlversammlungen gerade diese Elemente eine Rolle spielen. Die Ausschreitungen und Roheiten in den Wahlversammlungen werden wohl zum nicht geringen Teil ihnen zuzuschreiben sein; die Klagen über Hooligans und ihr Treiben kehren in der Presse beider rivalisierenden Parteien häufiger wieder als es z. B. bei den großen Wahlen des Jahres 1906 der Fall war. Steht auch noch eine Reihe von Wahlreden bevor, so fiel doch der Schwerpunkt der Agitation in die hinter uns liegende Zeit der Vorbereitung. Als erfreuliches Ergebnis der Wahlkämpfe heben wir hervor, daß alles, was zur Fahne der Liberalen hält, sich mit großer Bestimmtheit von der Gespensterfurcht vor Deutschland losgesagt hat. Die Führer der Unionisten, Mr. Balfour an der Spitze, haben mit der deutschen Gefahr und der deutschen Konkurrenz als mit einem Hauptargument operiert, einerseits um den Liberalen ihre angebliche Vernachlässigung der Wehrkraft Englands zu Lande und zu Wasser vorzuwerfen, anderseits um die Notwendigkeit von Schutzzöllen — die sogenannte Tarifreform — zu empfehlen. Die französische Presse, die, wie wir noch sehen werden, mit geringer Ausnahme für den Sieg der Unionisten Propaganda macht, ist in bezug auf die Tarifreform wenig erbaut von den Plänen Chamberlains und Balfours. Das „Journal des Débats" stellt eine interessante Tabelle zusammen, aus der sich ergibt, daß Deutschland mit einem Import von 46,3 Mill. Lstr. englischer Waren

und einem Export von 38 Mill. der beste Klient Englands ist, von einer Tarifreform also weniger betroffen werden kann, als alle übrigen Staaten, während Frankreich, das für 31,7 Mill. kauft und für 48 Mill. verkauft, weit eher Zollschranken zu erwarten hat, die das Verhältnis von Export und Import zugunsten Englands zu wandeln bestimmt wären. Auch Rußland, das für 20 Millionen kauft und für 28,1 verkauft, hat dasselbe zu erwarten. Am schwersten aber würden die Vereinigten Staaten von Amerika getroffen werden, die für 42 Millionen kaufen und für 124,1 Millionen Lstr. an England verkaufen. Wir heben diese Staaten als Beispiel hervor, weil sie es gerade sind, um deren politische Gunst England meist bemüht ist. Das „Journal des Débats" knüpft an seine Tabelle die melancholische Bemerkung:

„Wenn, wie die Tarifreformer behaupten, ein Land, um zu gedeihen, mehr verkaufen soll als es kauft und dahin wirken muß, daß der Wert seines Exports den des Imports übersteigt, so sieht man, gegen wen die Bemühungen der Unionisten sich richten, und welche Länder in der günstigsten Lage sein werden, ihnen die Spitze zu bieten."

Wir setzen diese Ausführungen her, um darauf hinzuweisen, wie haltlos die Behauptung Balfours ist, daß Deutschland entschlossen sei, *nicht zu dulden*, daß England im eigenen Lande eine Tarifreform einführe. Wir können ihr ruhiger entgegensehen als ein beliebiger anderer Staat, zu dem England in lebendigen Handelsbeziehungen steht.

Wenn nun die französische Presse aller Richtungen leidenschaftlich für die Unionisten Partei nimmt und bemüht ist, die öffentliche Meinung Englands gegen uns zu erregen, so sehen wir darin ein *Wiederauftauchen delcassistischer Tendenzen*, wie wir sie bereits an dem Buch von Lémonon kennen gelernt haben [1]). Zwei Beispiele dafür mögen hierhergesetzt werden. In der Nr. 2 der „*Opinion*" vom 8. Januar veröffentlicht der bekannte Kenner englischer Verhältnisse, Jaques *Bardoux*, einen Aufsatz unter dem Titel „*Das österreichisch-deutsche Komplott gegen das europäische Gleichgewicht*", der von der Behauptung ausgeht, daß Blatchford in seinem antideutschen Pamphlet die

[1]) Es sei hier eine Zurechtstellung angebracht. Das Lémononsche Buch ist vor der Zusammenkunft in Racconigi im Manuskript fertig gewesen, so daß wir dem Verfasser zu Unrecht sein Schweigen über Racconigi vorgehalten haben.

Farben viel zu matt aufgetragen habe. „Wenn alle diejenigen „qui ont le culte de la grandeur anglaise“ heute fürchten, daß England den Ratschlägen der liberalen Majorität folgen und seine ganze Tätigkeit dahin konzentrieren könnte, Verfassungsänderungen und soziale Reformen vorzunehmen, deren Berechtigung wir nicht bestreiten wollen, so geschieht es, weil sie wissen, daß die Gegner des europäischen Gleichgewichts die furchtbare Krisis eskomptieren und auf die unverhoffte Gelegenheit warten, die sich ihnen bietet.“ Sobald man in Wien und in Berlin wisse, daß die Partei am Ruder bleibe, die, aus Prinzip und durch Wahlversprechungen gebunden, eine Politik der Nichtintervention in europäischen Fragen verfolge, werde der Vorwand gefunden werden, um die Karte Europas zu modifizieren. Es wird danach ein unsinniger Artikel Hardens zitiert, der den Engländern Arabien, den Kongo und alle Meere der Welt zuspricht, wenn sie Deutschland die Hegemonie in Europa überlassen. Das bestätige fast wörtlich, was Blatchford ausgeführt habe, und Bardoux will nicht entscheiden, wie weit die Ansichten der Wilhelmstraße hier wiederklingen. Die Gefahr komme jedoch nicht aus Berlin, sondern aus Wien, das nach einigen Monaten mit einem Minimum von Gefahr seinen großen Balkanplan ausführen werde. Dieser Plan sei der Hauptgegenstand der Unterredungen gewesen, die der neue Metternich, Aehrenthal, im Juli 1909 mit dem deutschen Reichskanzler gepflogen habe. Damals sei das Komplott gegen das europäische Gleichgewicht in den Grundzügen festgestellt worden. Wisse man am Ballhausplatz, daß Ende Januar die Konservativen in England nicht ans Ruder kommen, so werde man zugreifen. Die Tage Serbiens seien gezählt. Schon seien die militärischen Vorbereitungen getroffen; in Bosnien und an den russischen Grenzen ständen die Truppen bereit, der Generalstab arbeite fieberisch, Deutschland gebe das Geld her und alle diplomatischen Vorbereitungen seien getroffen. Aehrenthal wisse, daß Rußland erst nach Jahren manu militari eingreifen könne, nach Japan habe er einen eminenten Diplomaten, seinen Freund „M. de Calle“ (gemeint ist offenbar der Botschafter Frhr. Call zu Kulmbach und Rosenburg) geschickt, er schrecke Rußland mit kriegerischen Absichten Japans und habe auch erreicht, daß Rußland sich im Osten verstärke. Sobald aber Rußland auch nur teilweise in Asien mobilisiere, sei der Balkan den Österreichern ausgeliefert. Den „excellent et naïf John Bull“ werde Herr v. Bethmann Hollweg mit einer Flut von freundlichen

Worten einhüllen und sich danach durch Abtretung eines österreichischen Savoyen bezahlen lassen. Schon lägen die englischen und deutschen Admirale einander in den Armen, und alle Schwierigkeiten, Bagdadbahn und Flottenfrage würden fortgegaukelt. Frankreich aber lasse man tiefer in Marokko hinein und hetze ihm zugleich den spanischen Spitz in die Beine. Aber zum Glück sei allmählich das Komplott durchschaut worden. Die Demonstrationen der Serben bei der Säkularfeier Gladstones, die Flottendemonstration in Antivari ließen sich nur so erklären:

„Im Augenblick, da die englische Nation durch ihr Votum im Begriff ist, leichtsinnig die eigene Zukunft und die Zukunft Europas aufs Spiel zu setzen, muß sie die volle Wahrheit kennen! Sie muß wissen, welche Hoffnungen ihre Gegner auf die Minderung der englischen Streitkräfte gründen. Sie muß das Komplott verfolgen, das die Diplomatie Österreichs und Deutschlands gegen jenes europäische Gleichgewicht schmiedet, das das Meisterstück der britischen Diplomatie war."

Man wird Herrn Bardoux nur bedauern können, daß er seinen guten Namen durch so leichtfertige, auf nichts als auf eine kranke und ängstliche Phantasie gegründete Behauptungen bloßgestellt hat. Aber er wird fast noch übertroffen durch die Betrachtungen, die der französische Katholik Arthur Meyer unter der Spitzmarke „Souhaitons le succès des Lords!" im „Gaulois" vom 15. Januar anstellt. Er führt zwei Gründe auf, um zu wünschen, daß England eine Drohung für Deutschland bleibe und eventuell mit Frankreich vereinigt der Bismarck-Koalition die Spitze biete. Die Führer der Liberalen sind ihm verdächtig: Asquith, weil er nicht ein echter Aristokrat ist, Churchill, weil er aus Neid alle Privilegien vernichten will, Lloyd George, weil er Walliser ist. Gegen den „banditisme cosmopolite", den diese Männer und ihr Anhang vertreten, gebe es nur zwei schützende Wälle: den Vatikan und die Lords. Breche man die Macht der Lords, so werde es eine Revolution geben, schrecklicher als die von 1789, kommen die Liberalen ans Ruder, so werde England alle Verwüstungen kennen lernen, die der moderne Geist mit sich bringe. Es werde auch aufhören zu erobern, dann aber werde es auch nicht mehr festhalten können, was es besitze. Deutschland werde ihm seinen Handel nehmen, seine Kohlenstationen, die Herrschaft der Meere. Daher müsse England fortfahren zu rüsten und das Volk die ungeheuren Opfer tragen, die man von ihm fordere. England müsse seine aristo-

kratische Verfassung bewahren, denn zu reformieren sei sie nicht, nur umzustürzen.

„Ich wiederhole es, vom politischen Standpunkte aus haben wir das größte Interesse daran, daß England stärker wird, da es das notwendige Gegengewicht gegen das starke Deutschland ist, weil England zweifellos mit uns sein wird an dem Tage, da der unvermeidliche Krieg losbricht; vom ökonomischen Standpunkt aus ist unser Interesse ebenso ersichtlich, denn England ist unser vornehmster Kunde, und der Erfolg der Liberalen, die Veränderungen, die sie in der Agrarpolitik vornehmen wollen, würden den englischen Markt stören und ihn vielleicht zu unserm Nachteil einschränken. Also, Gott gebe den Konservativen den Sieg! Das muß jeder Franzose wünschen, dem die Interessen seines Landes am Herzen liegen; damit wir wieder ein größeres Frankreich (la plus grande France) werden, muß England Greater Britain bleiben."

Herr Meyer ist also der Meinung, daß der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unvermeidlich ist und daß England dann selbstverständlich zu Frankreich stehen wird. Beide Behauptungen sind gleich leichtfertig. Der Verlauf der Wahlkampagne hat doch so weit aufklärend gewirkt, daß — wie immer der Ausgang sei — die Majorität der englischen Nation in ihrem Glauben an die „deutsche Gefahr" irregeworden ist. Die Herren Lémonon, Bardoux und Meyer und wie die übrigen Delcassisten der französischen Presse alle heißen mögen, werden sie nicht eines Besseren belehren. Und ebenso hält die ungeheure Majorität des französischen Volkes und, wie wir glauben, auch die französische Regierung einen Krieg keineswegs für unvermeidlich. Er könnte es nur werden, wenn man uns herausforderte, und das können wir mit aller Ruhe abwarten. Vielleicht ist es nützlich, jene kriegslustigen und nach Komplotten suchenden politischen Freibeuter darauf aufmerksam zu machen, daß in Rußland neben der bekannten gegen Deutschland arbeitenden Richtung eine Strömung hergeht, welche die heutige Orientierung der russischen Politik für einen Fehler hält und lebhaft die Rückkehr zu freundschaftlichem Zusammengehen mit Deutschland wünscht. Aus den tendenziösen „russischen Briefen" des „Journal des Débats" ist das freilich nicht zu erkennen. Die schrieben noch am 15. Januar im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit Japan (dem der Verfasser der Briefe die Abtretung des nördlichen Sachalin anbietet!):

„Die Welt ist groß genug, um Japaner und Russen zu umfassen. Mögen sie den Orient nehmen, uns bleibe das Abendland! Mögen sie, wenn sie wollen, im Pazifischen Ozean herrschen, aber uns mögen sie Europa lassen. Das ist der Gedanke Iswolskis, es ist der Gedanke aller Russen von gesundem Verstande, mit Ausnahme einiger Journalisten der äußersten Rechten, die durch ihre politische Leidenschaft verblendet sind und darauf hinarbeiten, uns nach China zurückzuwerfen, als ob Wilhelm II. sie derart inspiriert hätte."

Die „russischen Briefe" unterschätzen die Gegner der Politik Iswolskis. Sie haben ihrer Meinung in einer Serie von Artikeln Ausdruck gegeben, die in den „Moskowskija Wjedomosti" erschienen sind und die Überschrift führen: „Der Kampf um die Hegemonie und unsere auswärtige Politik". Bekanntlich sind die „M. W." das alte Organ der Panslavisten und bisher keineswegs als unsere Freunde aufgetreten. Aber sie haben den Sprung Iswolskis nicht mitgemacht und die alte Gegnerschaft gegen England nicht vergessen. In jenen Artikeln wird nun ausgeführt, daß die Iswolskische Politik antinational und verderblich sei. Der politische Antagonismus, auf den sich jene Politik fundiere, habe in Wirklichkeit niemals bestanden, während England seit der Niederwerfung Frankreichs und Napoleons 90 Jahre lang Rußland allüberall und mit allen Mitteln bekämpft habe. Das schließliche Ergebnis dieser fast hundertjährigen Feindschaft aber sei die Vernichtung der Macht Rußlands in dem von England angezettelten japanischen Kriege gewesen. Sobald er dieses Ziel erreicht habe, sei der englische Feind plötzlich ein glühender Freund Rußlands geworden. Der Grund sei leicht zu erkennen. Zur Ausfechtung des Krieges, zu dem die englisch-deutschen Gegensätze führen müßten, brauche England russisches Kanonenfutter, ganz wie die Russen geblutet hätten, um England bei der Vernichtung der napoleonischen Macht nützlich zu sein. Die Presse der Kadetten und der fremden Stämme (es wird dabei in nicht mißverständlicher Weise auf die jüdische Presse hingewiesen) trete für die Freundschaft ein, die England anbiete, weil sie das monarchische Rußland zu einem neuen Zusammenbruch führen wolle. Deutschland habe dagegen stets in Freundschaft mit Rußland gelebt; die Vorwürfe, die man ihm wegen seiner Haltung auf dem Berliner Kongreß in Rußland mache, seien unbegründet. Deutschland habe doch nicht die russischen Interessen verteidigen können, während Gortschakow selbst den öster-

reichischen Forderungen übereilt nachgegeben habe. Seither habe Deutschland beständig die Freundschaft Rußlands gesucht, die es im Hinblick auf seine Westfront notwendig brauche. Aber Rußland habe all diese Annäherungsversuche eigensinnig zurückgewiesen und sich jetzt sogar England in die Arme geworfen. Das könne im besten Falle nicht anders enden, als wie es vor hundert Jahren nach der Niederwerfung Napoleons I. geendet habe, d. h. mit einer neuen Periode russisch-englischer Feindschaft. Deutschland könne aber als Feind ebenso gefährlich werden, wie es als Freund nützlich gewesen sei. Deutschlands Neutralität habe im letzten Kriege Rußland erlaubt, seine Truppen aus dem Westen nach Ostasien zu werfen und Rußlands alten Feind, Österreich, während des Krieges und der Revolution in Ruhe gehalten. Zum Dank dafür habe Rußland nach der Revolution Deutschland den Rücken gekehrt und sich mit England eingelassen, das seine Koalition gegen Deutschland schmiede. Das Vorgehen Österreichs gegen den Balkan, das nunmehr Deutschland nicht hingehalten habe, sei die Antwort darauf gewesen. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei die direkte Folge dessen, daß Rußland Deutschlands Freundschaft verloren habe. Nun sei Iswolski zu seinen Freunden, den Franzosen, und zu seinen Freunden, den Engländern, gelaufen, um sie um Hilfe zu bitten. Er habe mit der Miene eines Siegers davon gesprochen, daß Deutschland isoliert sei. Aber schließlich habe sich erwiesen, daß Rußland von allen im Stich gelassen worden sei. Durch Deutschlands Haltung in dieser Frage habe Rußland die Wahrheit des Sprichworts erfahren: „Ein alter Freund ist mehr wert als zwei neue." Leider sei auch nach dieser Enttäuschung die unheilvolle Politik der Freundschaft mit England weiter verfolgt worden. Man wolle in Rußland wohl noch mehr Beweise dafür erhalten, daß die englische Freundschaft Rußland nie die deutsche ersetzen könne. Solche Beweise könne Rußland in naher Zukunft erhalten, wenn ein neuer Krieg mit Japan ausbreche, was durchaus nicht unwahrscheinlich sei. Dann sei es die Frage, ob Rußland seine Westgrenze ebenso ruhig von Truppen entblößen könne wie 1904/05. Zur Vorbereitung der Verteidigung gegen Japan sei nichts notwendiger, als daß Rußland sich die Hände gegen Japan freimache. Dazu aber sei die enge Freundschaft mit Deutschland nicht zu entbehren. Und da entstehe die Frage, ob es nicht schon zu spät dazu sei, ob Rußland nicht schon zu weit auf dem falschen Weg vorgegangen

sei. Ein Anzeichen dafür sei vielleicht die Besserung der deutsch-französischen und der deutsch-englischen Beziehungen. Es sei möglich, daß Deutschland müde geworden sei, Rußlands Freundschaft vergeblich zu suchen, und daß es eine gegen Rußland gerichtete Frontänderung plane. Wenn es zu einem deutsch-russischen Kriege komme, werde Rußland sicher allein stehen, während Deutschland sich in Österreich-Ungarn, Rumänien, Japan und Schweden Verbündete gesichert habe. Siege Deutschland, so werde England sich einen Teil der russischen Beute sichern. Siege aber Rußland, so werde sofort wieder der englisch-russische Kampf um die Hegemonie beginnen.

„Als wir Deutschlands Freundschaft verloren, haben wir viel verloren. Durch die Erwerbung der Freundschaft Englands haben wir absolut nichts gewonnen. In der Rückkehr zu einer engen Freundschaft mit Deutschland muß unsere nationale auswärtige Politik bestehen."

Wir geben diese Schlußausführungen den Herren Bardoux und Meyer zu erwägen. Geben sie nicht die Realität der heute zwischen Rußland und Deutschland bestehenden Beziehungen wieder, so weisen sie doch auf die Möglichkeit hin, mit denen weiterblickende Politiker zu rechnen gut tun würden. Rußland ist bisher stets der Haupttrumpf im französischen Spiel gewesen; es ist nicht gesagt, daß er es immer bleiben kann. Überwiegt heute die Kombination Iswolski plus der durch die oktobristischen und kadettischen Zeitungen vertretenen Richtung, die sich ihm zu Dienst gestellt hat, so deuten doch zahlreiche Anzeichen darauf hin, daß sich eine *Wendung* vorbereitet, und zwar zunächst in der *inneren Politik*. Die Sympathien des Zaren gehören zweifellos mehr der Rechten als der Linken. Die Frage ist, wie weit die Wandlung in der inneren Politik *nach außen reflektieren* wird. Sicher ist, daß von *Japan* eine sehr erhebliche *Erweiterung seines Flottenplanes* in Angriff genommen wird, wobei allerdings unklar bleibt, welchen Zwecken diese Flotte zu dienen bestimmt ist. Das Programm der Neubauten umfaßt nach der „Agentur Reuter": 1 Panzerschiff von 16 000 t, 2 gepanzerte Kreuzer von 11 000 t, 2 Kreuzer zweiter Klasse von 5000 t, 1 gepanzerten Kreuzer von 14 000 t, 2 Kreuzer zweiter Klasse von 4000 t, 29 größere und einige kleinere Torpedobootzerstörer und 6 Torpedos von 120 t. Dieses Programm solle, wenn nötig, noch vergrößert werden.

Wir schließen mit einigen kurzen tatsächlichen Angaben. In der tunesisch-tripolitanischen Grenzfrage hat der neue Großwesir sich entgegenkommend gezeigt, und ein Konflikt mit Frankreich ist erfreulicherweise ausgeschlossen. Dagegen läßt sich nicht übersehen daß die türkisch-bulgarischen Beziehungen infolge der wiederaufgenommenen Agitation in Mazedonien zu wünschen übrig lassen. Auch wirkt es nicht beruhigend, daß neue Slavenkongresse bevorstehen. In Belgrad erwartet man russische Dumamitglieder, in Sofia erst einen panslavischen Journalistenkongreß, danach einen Kongreß slavischer Ärzte und Naturforscher. Auch die Delegierten zum letzten Prager Kongreß werden in Sofia erscheinen, um dort die Vorbereitungen für einen großen Slavenkongreß in Rußland zu treffen, der wissenschaftliche, literarische und journalistische Interessen vertreten soll. Das in Prag gewählte slavische Exekutivkomitee soll am 27. Januar a. St. in Petersburg das Programm für den Kongreß in Sofia ausarbeiten. Da diese Slavenkongresse stets in Politikasterei ausmünden, ist von ihnen nicht viel Erfreuliches zu erwarten.

Die Kretafrage ruht vorläufig: in Griechenland dauert das Regiment der Militärliga fort und man sieht nicht, auf welchem Wege die Regierung und das Königshaus ihre verfassungsmäßige Stellung zurückgewinnen werden. Die Konstituierung des Ministeriums Khuen-Hedervary ist nunmehr glücklich vollzogen, aber es kann als sicher angenommen werden, daß es große Energie entwickeln muß, wenn es sich behaupten will.

In Frankreich macht das Treiben der apaches aus den Reihen der Truppen ernste Sorgen. Es scheint uns kein anderer Ausweg möglich, als ein Bruch mit dem System, das Verbrechern den Zugang zur Armee öffnet. Es ist weniger die von diesen Elementen ausgehende Ansteckung, als die Verletzung des Ehrgefühls der Soldaten, die sie als Kameraden dulden müssen, die uns in hohem Grade bedenklich erscheint. Aber freilich, man ist in Frankreich gewohnt, in den Fremdenlegionen von solchen Bedenken abzusehen, und so drückt man auch in der Nationalarmee die Augen zu. Der „Eclair" hat jüngst die aufregende Nachricht verbreitet, daß ein Drittel der in den französischen Arsenalen liegenden Bomben gebrauchsunfähig sei, da sie bei der ge-

ringsten Berührung zu explodieren drohen. Man wird wohl annehmen müssen, daß hier eine ungeheure Übertreibung vorliegt.

In Kanada hat die Debatte über die Lauriersche Marinevorlage begonnen. Sie stößt auf heftige Opposition, aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Ministerium schließlich den Sieg davontragen.

20. Januar 1910. Protestnote der Pforte in kretischen Angelegenheiten.
21. Januar. Willigung der Mittel zur Fortsetzung der Usambarabahn.
23. Januar. Rückkehr der spanischen Truppen aus Marokko.
24. Januar. Vertrauensvotum für Großwesir Hakki Pascha.

26. Januar 1910.

Die Entscheidung über den Ausgang der Wahlen rückt immer näher heran. Diesen Freitag, den 28. d. M., wird der Wahlakt geschlossen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Ergebnis sofort bekannt werden. So viel scheint schon heute sicher zu sein, daß trotz der zahlreichen Wahlsiege der Unionisten, die Koalition der Liberalen, Arbeiter und Nationalisten unter allen Umständen die Majorität behält; zweifelhaft ist dagegen, ob die Liberalen für sich allein eine regierungsfähige Mehrheit im Unterhause erringen werden. Nationalisten und Arbeiter sind aber keine unbedingt sicheren Bundesgenossen, und es ist keineswegs undenkbar, daß sich die Kombinationen wiederholen, mit denen England in den Jahren 1892 bis 1895 zu rechnen hatte. 1892 standen den 275 Liberalen und 80 Nationalisten 270 Konservative und 45 Unionisten gegenüber. Das Gladstonesche Programm war dem heutigen liberalen Programm außerordentlich ähnlich, mit dem Unterschiede freilich, daß das Schlagwort der Tarifreform noch nicht bei den Parteigegensätzen mitspielte. Wohl aber wurde um Home Rule gekämpft und in betreff des Hauses der Lords lautete der Kampfruf Gladstones: to mend or to end, d. i. Reform oder Beseitigung. Auch setzte Gladstone wirklich sein Home Rule-Programm im Unterhause durch, freilich nur mit einer Majorität von 35 Stimmen, während das Haus der Lords Home Rule mit ungeheurer Mehrheit verwarf (419 gegen 41), den Kampf gegen die Lords führte er nicht zu Ende. Am 3. März 1894 trat er zurück und Gladstones Nachfolger, Rosebery, vertagte den Streit, ohne ihn auszutragen. Als dann die Nachwahlen stets für die Konservativen entschieden, verlor er den Mut und resignierte. Die Neuwahlen brachten

eine ungeheure konservative Mehrheit, und das führte zu dem berühmten 3. Ministerium Salisbury, das den Konservativen bis Dezember 1905 die Herrschaft gesichert und ihnen durch das Aufgehen der von Hartingdon und Chamberlain geführten liberalen und radikalen Unionisten in die konservative Partei den Charakter gegeben hat, den sie bis heute behauptet haben. Die Jahre 1892 bis 1906 aber haben insofern den Charakter des politischen Lebens in England wesentlich modifiziert, als sie einmal die imperialistische Politik, die Disraeli inauguriert hatte, zur vorherrschenden Richtung Englands nach außen hin machten, andrerseits aber die Chamberlainsche Tarifreform als neues Schlagwort aufbrachten. An dem Widerstreben der Majorität der Nation gegen eine Politik des Schutzzolls brach dann das Regiment der Konservativen zusammen, während der imperialistische Gedanke sich so stark erwies, daß auch die Liberalen ihn sich zu eigen machen mußten. In dieser Hinsicht hat ein Unterschied zwischen der Praxis Sir Edward Greys und seiner konservativen Vorgänger im Foreign office niemals bestanden. Es läßt sich ein Unterschied in der Taktik zwischen ihm und Lord Lansdowne verfolgen, wobei das Tempo der politischen Aktion die vornehmste Differenz darstellt, keineswegs aber die Ziele. Wir erinnern an diese Tatsachen, um zu erklären, daß die schließliche Entscheidung, wie immer sie fallen möge, eine wesentliche Änderung in den deutsch-englischen Beziehungen nicht zur Folge haben kann, es sei denn, daß eine Wandlung in der Grundstimmung des englischen Volkes sich vollzieht, die zu einer ruhigeren Beurteilung der Frage führt, wie weit das englische und das deutsche Interesse zusammengehen können.

Mit großer Befriedigung stellen wir aber fest, mit welcher Ruhe unsere politischen Kreise und die öffentliche Meinung Deutschlands all den Lärm hingenommen haben, der nicht nur jenseits des Kanals, sondern auch bei unseren Nachbarn rechts und links vor den Wahlen und während derselben gemacht worden ist. Als der Angstparoxismus vor den deutschen Luftschiffen durch England zog, war die Antwort ein lustiges Lachen, das von einem Ende Deutschlands zum andern ging, später, als in der Wahlkampagne die „deutsche Gefahr" die pièce de résistance wurde, die den Mittelpunkt jeder Wahlrede der Unionisten bildete, und auch die Führer der Liberalen sich verpflichteten, auf weitere Steigerung der englischen Kriegsflotte hinzuarbeiten, zuckte man die Achseln; beunruhigt und besorgt hat sich niemand bei uns gezeigt,

selbst auf eine so sensationelle Rede, wie die Balfours es war, hat die Börse nicht reagiert. Man hat es eben nicht anders erwartet. Jedermann in Deutschland weiß, daß niemand bei uns sich mit der Absicht trägt, England anzugreifen; wir glauben anderseits, daß ein Angriff Englands auf Deutschland nicht erfolgen wird, wenn nicht eine der Kontinentalmächte sich dazu hergibt, als Bundesgenosse Englands den größeren Teil der Last zu tragen, und sind der guten Zuversicht, daß sich keine von ihnen geneigt zeigen wird, dieses ernste Risiko auf sich zu nehmen. Im übrigen blicken wir mit großem Vertrauen auf unser Heer und auf unsere Flotte. Es ist nichts versäumt worden, um ihre Leistungsfähigkeit so weit zu heben, als es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Wir können ruhig abwarten, wohin die Ereignisse führen, und entsagen der guten Zuversicht nicht, daß auch diese politische Krisis vorüberziehen wird, wie so viele andere, die ihr vorausgegangen sind.

Wir wollen deshalb auch nicht die lange Reihe der erregten Wahlreden, die an uns vorübergerauscht sind, analysieren, obgleich die Versuchung nahe genug liegt; es wird genügen, einen Augenblick bei einer Rede zu verweilen, die, von der Parteischablone absehend, eine weitere Aussicht eröffnet, und sich inhaltlich vielfach mit Gedanken deckt, die wir mehr als einmal an dieser Stelle hervorgehoben haben. Lord Cromer hat am 11. Januar im Kings College zu London über „Imperialismus in alter und neuer Zeit" gesprochen: Rom und England in ihren Gegensätzen und Ähnlichkeiten, das war das konkrete Thema. Lord Cromer ist der erste Earl seines Namens und führt diesen Titel seit 1901. Früher hieß er Sir Evelin Baring, der Nachkomme einer deutschen Familie dieses Namens, aus der vom 16. bis zu Ende des 18. Jahrhunderts eine Reihe hervorragender protestantischer Geistlicher hervorgegangen ist. Der Sohn eines dieser Pastoren Baring ist Anfang des 18. Jahrhunderts nach England übergesiedelt und hat dort eines der mächtigsten Bankhäuser der Welt „Baring Brothers" begründet. Offenbar hat Lord Cromer von seinen deutschen Vorfahren den Zug zu jener historischen Betrachtung der Weltereignisse geerbt, die unserem Denken so nahe liegt. In der Tat liegt der Vergleich zwischen England und Rom nicht fern, obgleich auch England und Karthago in Parallele gestellt worden sind und verwandte Züge zeigen. Die Analogien mit Rom, die Cromer hervorhebt, weisen zunächst auf den gewaltigen Umfang beider Reiche, wobei England sein römisches Vorbild weit überholt hat, danach auf

die innere Notwendigkeit, die beide zu weiterer Ausdehnung ihrer Herrschaft führte. Es galt von ihnen, was Graf Yorck in seiner meisterhaften Studie über „das Vordringen der russischen Macht in Asien" sagt, ihr rastloses Vorgehen war „gewissermaßen die Jagd nach einer Grenze". England, sagt Lord Cromer, hat auch von Rom den stolzen Grundsatz angenommen, nie anders einen Frieden zu schließen, als nach errungenem Siege. Beide Nationen haben ihre Siege zu nicht geringem Teil durch Hilfstruppen erfochten, die sie aus dem Lande zogen, das sie bekämpften, aber während Rom die unterworfenen Völker schließlich zu voller Rechtsgleichheit zu sich emporhob und damit völlig assimilierte, habe zuerst die große Meuterei des Jahres 1857 gezeigt, daß das gleiche Ziel von England in Indien nicht erreicht worden sei, obgleich ein großer Teil der Bevölkerung treugeblieben war und tapfer an der Seite der Engländer fechtend den endlichen Sieg erringen half. Es frage sich nur, ob heute sich dieselbe Loyalität zeigen werde, und darauf wage er, Cromer, nicht bejahend zu antworten. (He would not hazard a prophecy about it.) Zwar habe man den großen Fehler beseitigt, Verwaltung und Handelsausbeutung denselben Händen zu übertragen, aber die fremden Rassen zu assimilieren, habe man nicht verstanden, und in dieser Hinsicht habe England in Afrika wie in Asien einen Mißerfolg zu verzeichnen. Das habe aber auch keine andere abendländische Nation vermocht, und wo eine europäische Sprache im Orient Fortschritte gemacht, seien dadurch keineswegs politische Sympathien großgezogen worden. England sei stets bestrebt gewesen, zwei Ideale zu verfolgen, die sich gegenseitig aufheben, „das Ideal eines guten Regiments, das gleichbedeutend ist mit Fortdauer unsrer Suprematie, und das Ideal des Selfgovernment, das mit Aufgebung eines Teils dieser Suprematie identisch ist". In betreff Ägyptens, sagte Cromer, könne er ohne Zögern behaupten, daß er sehr froh wäre, diese Last vom Reiche abzuschütteln, aber er sehe nicht, daß gegenwärtig große Aussicht dazu sei. Verwickelter sei das indische Problem. Indien habe eine Bevölkerung von 267 Millionen Einwohnern, die 23 verschiedene Sprachen sprechen und eine Anzahl verschiedener Religionen, da könne von Selfgovernment keine Rede sein, und es sei unnütz, darüber zu konjekturieren, welches die Folgen der letzten kühnen Versuche nach dieser Richtung hin sein würden. Es gebe Engländer, welche glaubten, daß es Pflicht sei, das Prinzip der Selbstverwaltung überall zur Geltung zu bringen — selbst wenn die Folge

die Verdrängung Englands aus diesen Gebieten sein sollte. Innerhalb vernünftiger Vorbehalte stimme er dem zu, aber die äußersten Konsequenzen, die auf ein Aufgeben Indiens hinausliefen, weise er zurück. „Das Fundament indischer Reform muß die entschlossene Aufrechterhaltung der Suprematie Englands sein."

Die „Times", an deren Text wir uns gehalten haben, gibt jedoch offenbar nur einen wenig vollständigen Auszug dieser Rede. Aus den bald lobenden, bald tadelnden Kommentaren der englischen Zeitungen ergibt sich, daß Lord Cromer weit eingehender historisch begründet hat. Was allen aufgefallen ist, das ist der Zweifel an der Unfehlbarkeit des britischen Kolonialsystems, von dem hier nur eine Seite berührt wird. Daß England „im Prinzip" Ägypten zu räumen bereit ist und ebenso entschlossen, unter allen Umständen Indien bis aufs äußerste zu behaupten, ist so bekannt, daß es fast ein Gemeinplatz ist, darauf hinzuweisen. Das Wesentliche sind zwei andere mit der britischen Kolonialpolitik zusammenhängende Fragen: das „Jagen nach der Grenze" hat England aus Ägypten in den Sudan und nach Arabien geführt, aus Indien zum Pamir, durch Beludschistan nach Persien und Mesopotamien. Man erinnere sich der Curzon-Doktrin von den Vorwerken Indiens, zu denen zeitweilig auch Tibet und Afghanistan gezählt wurden — es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb die Vorwerke nicht noch weiter gezogen werden sollten, wenn die Macht dazu vorhanden ist. Die zweite, gleichfalls nicht vom Redner berührte Frage betrifft aber die großen Kolonien mit Selbstverwaltung. Eine historische Notwendigkeit weist sie auf die Wege, welche die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeschlagen haben. Sobald sie stark genug sind, ihre eigenen Interessen, die auf die Dauer mit den englischen nicht identisch bleiben können, zu vertreten, muß der kritische Augenblick kommen, der zu einer Trennung führt. Für die englischen Besitzungen anderen Geblüts dauert die Jagd nach der Grenze noch fort, und das Abkommen mit Rußland zeigt uns nicht einen Abschluß der Bewegung, sondern nur eine neue — nicht ungefährliche — Methode, zum Ziel zu gelangen: die Kolonien mit weißer und vorwiegend englischer Bevölkerung aber würden notwendig durch eben jenen Imperialismus, der sie an das Mutterland durch festere Bande knüpfen will, früher oder später von ihm abgedrängt werden. Das mag noch weit liegen, aber diese Entwicklung läßt sich schon heute in ihren vorbereitenden Stadien erkennen.

Eine in ihrer Art klassische Definition des Verhältnisses dieser großen englischen Kolonien zum Mutterlande finden wir in einer Zuschrift, die der New Yorker „Sun" vom 12. Januar zugegangen ist. Sie lautet: An den Herausgeber der „Sun". — Sir, auf einem Bankett, das vorige Woche zu Ehren des kanadischen Premiers (Sir Wifrid Laurier) gegeben wurde, definierte dieser die politische Stellung Kanadas folgendermaßen: Wir sind eine Nation. Wir fühlen, daß wir eine Nation sind. Wir haben eine Bevölkerung von über 7 Millionen. Wir haben tatsächlich die Kontrolle unserer auswärtigen Beziehungen, wir befehligen unsere Streitkräfte. Wir sind frei. Unser Land ist das schönste unter der Sonne. Wir stehen unter der Souveränität des Königs von England. Wir sind seine loyalen Untertanen. Wir beugen unsere Knie vor ihm, aber der König von England hat nicht mehr Macht über uns als ihm unser eigenes kanadisches Parlament auszuüben erlaubt hat. Wenn das nicht eine Nation ist, was konstituiert dann eine Nation? Und wenn eine Nation unter der Sonne besteht, die mehr von sich sagen kann, wo ist sie zu finden?"

In der Verbindung dieser Freiheitserklärung mit Anerkennung einer untergeordneten Stellung scheint ein Widerspruch zu liegen. aber Sir Wilfrid löst ihn so auf, daß er sagt, das britische Reich stehe einzigartig in der Geschichte da, weil seine Kolonien „Nationen geworden sind, ohne das Band zu zerreißen, das sie mit dem Mutterlande verbindet". Einfacher ausgedrückt ist die Meinung Lauriers offenbar, daß, während die Kanadier durchaus fähig sind, ihr politisches Schiff zu leiten, es ihnen Vergnügen macht, es rot anzustreichen und unter dem Union Jack zu fahren, so lange die Politik des Mutterlandes nicht in unzulässigen Konflikt mit den Interessen der Kolonie tritt. Sie „beugen das Knie vor dem Könige von England" aus Courtoisie, beschränken aber seine Rechte über Kanada so weit, als es ihnen gut dünkt. . . . .

Ein Kanadier. New York. Januar 11.

Das gilt, mutatis mutandis, auch von den übrigen englischen Kolonien mit Parlament und Ministerium.

In Indien aber hat trotz der Loyalitätserklärung, die Lord Minto von den Nizams, Maharadjas, Nabobs und Rajas erhalten hat, England sich genötigt gesehen, eine Reihe äußerst scharfer Verordnungen gegen Preßfreiheit, Versammlungsrecht, hochverräterische Anschläge und

anarchistische Verbrechen zu erlassen und dabei anzukündigen, daß es sehr wohl möglich sei, daß man zu strengeren Maßregeln greife. In bezug auf Persien endlich schreibt ein offenbar vortrefflich orientierter Korrespondent der „Débats" vom Dezember 1909 aus Teheran:

„Die Krisis, deren Schauplatz Persien jetzt ist, wird für das Land schwere Folgen haben. Sie könnte auch in kürzerer oder fernerer Zeit auf die Beziehungen zwischen England und Rußland, und folglich auf die Gesamtpolitik Europas von Einfluß werden".

Der Verfasser des „persischen Briefes" weist darauf hin, daß man aus den englischen und russischen Zeitungsberichten ein falsches Bild der tatsächlichen Verhältnisse gewinne, und will daher Entstehung und Verlauf der Krisis in ihrem historischen Zusammenhang darlegen. Da die erste dieser historischen Skizzen nur bis zu den Anfängen der unglücklichen Regierung Muzaffer ed Dins geht, der aus dem reichen Persien, das Nasr ed Din († 1896) hinterlassen hatte, ein armes Persien machte, wollen wir erst nach Abschluß der Briefreihe auf den Zusammenhang seiner Darstellung zurückkommen. Wir machen aber schon jetzt darauf aufmerksam, weil von verschiedenen Seiten beunruhigende Nachrichten aus Persien einlaufen. Der „Nowoje Wremja" meldete ihr persischer Korrespondent, daß der ganze Stamm der Wereminzen sich aus eigenem Antriebe zur russischen Untertanschaft bekannt und der persischen Regierung jede Steuerzahlung verweigert habe. Der russische Gesandte habe sie zwar genötigt, die russischen Flaggen, die sie gehißt hatten, wieder herabzuholen und sie der russischen Gesandtschaft auszuliefern, aber sie erkennen die Oberhoheit der persischen Regierung nach wie vor nicht an, und ihr Oberhaupt, der Scheich Mahmud, der in der Gesandtschaft eine Zuflucht gefunden hat, erklärt, „man könne ihn in Stücke reißen und gewaltsam fortschaffen, aber freiwillig werde er die Mauern der russischen Gesandtschaft nicht verlassen, er kenne den Wert persischer Freiheit und Sicherheit allzu gut."

Der „Golos Moskwy" bemerkt dazu:

„Die russischen Flaggen, welche die persischen Untertanen schützen, wehen über sämtlichen bedeutenderen Städten des nördlichen Persien, da man dort die persische Freiheit nicht sonderlich schätzt."

Parallel mit dieser Nachricht bringt der „Temps" das folgende Telegramm aus Teheran:

„Der Abmarsch der russischen Truppenabteilung nach Karadagh hat zu Protesten der Bevölkerung und der Regierung Persiens geführt. Man befürchtet Unruhen und die Rückkehr des Bandenführers Rahim Khan, der jüngst Karadagh verlassen hatte, um Ardebil in Schrecken zu setzen. In Ardebil aber haben russische Offiziere ihm ihren Besuch gemacht und sich sogar mit ihm photographieren lassen. Die persische Regierung hat neue Schritte bei der russischen Regierung getan, um die Expedition nach Karadagh zu verhindern, deren Konsequenzen gefährlich werden könnten.

In den uns zu Gesicht gekommenen englischen Blättern haben wir keine korrespondierenden Nachrichten gefunden, wohl aber beunruhigende Nachrichten über den zunehmenden Waffenschmuggel nach Afghanistan hinein. Es ist den Engländern gelungen, einige dieser Waffentransporte abzufangen, aber sie fürchten, daß bei dem großen Gewinn, den der Waffenhandel abwirft, sich das Geschäft nicht werde ganz verhindern lassen. Wenn man sich erinnert, daß in der Zeit vom Februar bis zum März 1907 der Emir von Afghanistan als Gast Lord Mintos in Indien gefeiert wurde, und daß seit dem Vertrage von Gundamak vom 26. Mai 1879 England vertragsmäßig Afghanistan mit Geld und Waffen versorgte, so gibt das ein merkwürdig verändertes Bild. Es ist eben in Asien alles anders geworden seit dem russisch-englischen Abkommen vom 31. August 1907, und man darf wohl sagen, daß die heutige asiatische Politik nach allen Richtungen hin einen Charakter angenommen hat, den man vor drei Jahren noch als durchaus unwahrscheinlich ansehen mußte. Die russisch-japanische Kombination, die wir am 12. Januar als eine überraschende Zukunftsmöglichkeit sahen, ist infolge des amerikanischen Antrages auf „kommerzielle Neutralisierung" der mandschurischen Bahnen jetzt in der Tat zur Wirklichkeit geworden. Während China den amerikanischen Antrag freudig annahm und auch England und Frankreich ihm zuzuneigen schienen, haben Japan und Rußland ihn kategorisch abgelehnt, und ersteres hat sogar China gegenüber einen direkt drohenden Ton angeschlagen. Daraufhin scheinen auch England und Frankreich eine Schwenkung vorgenommen und sich wenigstens gegen den Ankauf der mandschurischen Bahnen ausgesprochen zu haben. Ob sie auch dieselbe Haltung in betreff der gleichfalls von Amerika in Vorschlag gebrachten, den Russen wie den Japanern gleich unbequemen Bahnlinie Tsintschou—Aigun einnehmen werden, ist bisher nicht er-

sichtlich; in Rußland nimmt, in Anschluß an die Erklärung der Regierung, die gesamte Presse Stellung gegen das Projekt, und es ist nicht unmöglich, daß die französische wie die englische Regierung sich dadurch beeinflussen lassen. Dabei ist nicht ohne Interesse, in wie herrischem Ton dieser Einfluß von seiten der russischen Presse, als sei es ihr gutes Recht, gefordert wird. Schon als die letzte bulgarische Anleihe von Frankreich abgelehnt wurde, war der Ärger groß. Die „Nowoje Wremja" sprach von den „sonderbaren Manövern" der französischen Finanziers und der „Mißgunst der französischen Regierung", welche die Bulgaren veranlaßte, ihre Anleihe in Österreich unterzubringen.

„Noch lehrreicher" — schreibt die „N. W." vom 22. Januar — „ist die Geschichte der ungarischen Anleihe. Nach den ersten Mitteilungen schien es, als ob dieses Mal die Regierung nicht gestatten werde, daß französische Gelder einem Unternehmen zu Dienst gestellt würden, das direkt auf eine Schädigung Rußlands und des Slaventums gerichtet war. Der französische Botschafter in Wien machte kein Hehl daraus, daß er Gegner des Anschlages sei, und das fand offenbar einen Widerhall im französischen Ministerium des Äußern. Unsere heutige Wiener Korrespondenz (das ist der berüchtigte Wesselitzki, dem Graf Aehrenthal die wenig verdiente und alsbald mißbrauchte Ehre erwiesen hat, ihn zu empfangen) wirft aber ein ganz neues Licht auf die Angelegenheit."

Die Anleihe werde trotz allem zustande kommen, und zwar nicht um die 4½ prozentige ungarische Rente zu konvertieren, sondern um den ungarischen Anteil an der Mobilisierung des vorigen Jahres zu tilgen und zugleich Heer und Flotte zu vergrößern.

„Es werden also" — fährt die „N. W." entrüstet fort —, „die französischen Gelder zu Zwecken verwendet werden, die nichts mit der weißen Flagge gemein haben, die man über die Anleihe breitet, um die französischen Friedensfreunde zu täuschen. Nicht für den Frieden, sondern für den Krieg geben die Franzosen ihre halbe Milliarde her!" Schließlich wird recht kategorisch von der französischen Regierung gefordert, daß sie diese „Kriegsanleihe" nicht auf dem französischen Markt zulasse. „Man sollte doch meinen, daß die französische Demokratie nicht deshalb spart und arbeitet, um Geld für Rüstungen herzugeben, die an einem Unglückstage nicht nur gegen Frankreichs Freunde und Bundesgenossen, sondern gegen Frankreich selbst gerichtet werden können."

Die Ausführung ist amüsant und legt die Frage nahe, ob Frank-

reich bei Abschluß seiner Allianz auch die Verpflichtung übernommen hat, seine Milliarden nur in russischen Unternehmungen anzulegen, die ja seinerzeit von den Herren Wyschnegradski und Witte auch mit der „weißen Friedensflagge" gedeckt wurden, um schließlich im japanischen Kriege eine ganz andere Verwendung zu finden. Uns ist dabei ein originelles Bekenntnis des russischen Historikers Karamsin in Erinnerung gekommen. Er sagte einmal einer hochstehenden Freundin: „J'aime beaucoup ma nation, mais je dois avouer que nous sommes insolents par nature!" Wie viel übrigens von diesen französischen Milliarden in die Taschen der Beamten geflossen ist, wird sich trotz der Garinschen Revisionen wohl niemals feststellen lassen. Die Listen der kassierten und unter Gericht gestellten Intendanturbeamten werden immer länger, und in welchen Zweig der Verwaltung man auch hineingreifen mag, das Ergebnis ist immer das gleiche, man deckt große Organisationen zum Diebstahl auf, die von den Spitzen der Verwaltung bis hinab zum Boten reichen, der die Quittungen für empfangene Bestechungsgelder austrägt. Als der Senator Garin in Warschau eintraf, gelang es ihm, noch auf dem Bahnhof einen Zug anzuhalten, der bestimmt war, 50 000 Paar untauglicher Soldatenstiefel rechtzeitig fortzuschaffen. Die letzten Nachrichten über die Resultate der Revision lauten in der lakonischen Angabe des „Golos Moskwy":

„Im Ministerium des Handels und der Industrie erwartet man die Verabschiedung einer ganzen Reihe von Personen in hohen Stellungen. Die Generale Rostokowski und Poljakow (frühere Moskauer Intendanten) scheiden aus dem Bestand des Kriegsrates aus. Der Kontreadmiral Abasa hat seinen Abschied eingereicht. In Marinekreisen zirkuliert das Gerücht von einer bevorstehenden Revision des Senators Garin!"

Kurz vorher veröffentlichte dasselbe Blatt eine Liste von 25 in Moskau und 7 in Petersburg internierten Intendanturbeamten, 8 anderen war vorläufig Hausarrest dekretiert worden, weil man keinen Raum mehr hatte, um sie während der Untersuchung unterzubringen. Nebenher gehen die Verhaftungen aus politischen Gründen. So hat namentlich der letzte Kongreß der Antialkoholisten zur Verhaftung zahlreicher Sozialisten geführt, die im Stil des Jahres 1905 ein politisches Reformprogramm aufgestellt hatten. Kurz, das alles ist wenig erfreulich, wie z. B. auch die Tatsache, daß der Konsum von Brot nach Aus-

weis der Daten für das Jahr 1907 um 40 Pfd. auf den Kopf der Bevölkerung abgenommen hat und in gleichem Verhältnis auch der ohnehin geringe Konsum von Fleisch. Wie mag es da erst auf dem flachen Lande, aussehen? Man wird wohl den Schluß nicht unberechtigt finden, daß, wo solche Verhältnisse an der Tagesordnung sind, politische Bescheidenheit mehr am Platze wäre als der erstaunliche Hochmut, den ein Teil der russischen Presse zu entfalten beliebt.

Zu unserer neulichen Charakteristik der Stimmung, die in den Kreisen der russischen Hochkonservativen vorwaltet, weisen wir auf einen Artikel hin, der am 16. Januar in den „Tagebüchern" des Fürsten Meschtscherski in Form eines Neujahrswunsches veröffentlicht wurde. Meschtscherski geht davon aus, daß Herr Iswolski und die „Nowoje Wremja" sowohl durch ihre „unheilvolle" Leidenschaft für England, den „ewigen" Feind Rußlands, wie durch die ebenso unheilvolle Sucht, Rußland mit Deutschland zu verhetzen, miteinander verknüpft seien. Er hege daher den aufrichtigen Wunsch, daß ein „mitleidiger" Gott endlich Rußland von Herrn Iswolski befreie, und daß Ssuworin alle Sklaven Englands aus der Redaktion seiner Zeitung heraustreibe, denn Rußland müsse unbedingt mit Deutschland in Frieden und Eintracht leben.

Das ist wenig freundlich für die Herren Iswolski und Ssuworin gedacht, aber es scheint aus einem aufrichtigen Herzen zu kommen.

Die Zustände auf dem Balkan sind nicht beruhigend. Die Agitation in Mazedonien dauert fort und wird durch das Wiederauftauchen des alten Gegensatzes zwischen Patriarchat und Exarchat noch weiter zugespitzt. In Serbien wollen die unerquicklichen Händel im Königshause nicht abbrechen, die Kreter wollen von der Vereinigung mit Griechenland nicht lassen und die zwischen den Schutzmächten und der Pforte ausgetauschten Noten führen zu keinem Ergebnis. Auf den Brand des Königspalastes in Athen ist jetzt die völlige Einäscherung des prachtvollen türkischen Parlamentsgebäudes gefolgt, wie immer wahrscheinlicher wird, infolge einer Brandstiftung, die den sich regenden reaktionären Elementen zugeschrieben wird. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" besteht trotz allem als okkulte Regierung fort, auch das seit über 10 Jahren um diese Zeit stets auftauchende Gerücht von einer im Frühjahr zu erwartenden neuen Kriegsgefahr auf dem Balkan fehlt nicht. Die nächste Zukunft ist wie in dunklen Nebel gehüllt, und nichts erscheint auf diesem Boden undenkbar.

27. Januar 1910. 51. Geburtstag Kaiser Wilhelms. Demission des norwegischen und des griechischen Kabinetts.
28. Januar. Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Khuen-Hedervary, Vertagung des ungarischen Parlaments.
29. Januar. Kaiser Franz Josef lehnt die Demission des Kabinetts Khuen-Hedervary ab.
30. Januar. König Georg von Griechenland bewilligt die Berufung einer Nationalversammlung.
31. Januar. Vorteile der Revolutionäre in Nicaragua über die Regierungstruppen.

2. Februar 1910.

Die Festlichkeiten, die überall, wo Deutsche beisammen waren, und das heißt wohl in der ganzen Welt, den Geburtstag Kaiser Wilhelms begleitet haben, boten zweien unserer Botschafter den Anlaß zu bedeutsamen politischen Reden. In Petersburg sprach Graf Pourtalès im „Verein der Angehörigen des Deutschen Reiches", in London Graf Wolff-Metternich im Cecilhotel, wo die deutschen Vereine Londons sich zu einem Festmahl versammelt hatten. Graf Pourtalès griff auf die österreichisch-serbisch-russische Krisis zurück, die Europa einer so ernsten Kriegsgefahr nahe führte, und hob die Verdienste hervor, die Kaiser Nikolaus sich um Erhaltung des Friedens erwarb. Er wies dabei darauf hin, wie wesentlich die Haltung Deutschlands zu diesem erfreulichen Ausgange beigetragen habe.

„Die Leidenschaftlichkeit einer plötzlich bewegten und erregten Zeit — so fuhr Graf Pourtalès fort — und die Unkenntnis der wahren Vorgänge hat vielfach die Rolle Deutschlands in jener entscheidenden Stunde in einem für Rußland unfreundlichen Licht erscheinen und die Legende von der Bedrohung Rußlands durch Deutschland aufkommen lassen. Die Erkenntnis der Wahrheit hat sich aber inzwischen bereits in weiten Kreisen Bahn gebrochen, und die Geschichte wird einst feststellen können, daß es im Gegenteil ein auf gegenseitigem Vertrauen begründeter freundschaftlicher Meinungsaustausch zwischen Petersburg und Berlin war, welcher den Weg zur friedlichen Lösung der Krisis öffnete."

Der Botschafter wies ferner auf den hohen Wert des altbewährten freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland und auf die herzlichen Beziehungen hin, die traditionell zwischen beiden Herrscherhäusern bestehen, endlich darauf, daß die deutsch-russischen Beziehungen gegenwärtig vorzügliche seien.

Das ist vortrefflich, weil es die Wahrheit ist. Wir wünschen nur, daß auch die von der Presse und ihren antideutschen Instinkten bestimmte öffentliche Meinung Rußlands sich diese Wahrheit zu eigen macht. Das ist bisher leider keineswegs geschehen.

Noch bedeutsamer erscheint uns die Rede des Grafen Metternich, deren vornehmlichste Sätze auch hier wiederholt werden mögen. Er begann mit einem Hinweis auf die 22 Jahre des Friedens, welche die Regierung des Kaisers dem Reiche gebracht habe. Dann sagte er:

„Wir verlangen nicht neue Länderstrecken; unsere Eroberungspolitik ist auf Erschließung neuer Märkte gerichtet und wird geführt mit den Waffen des Geistes, des Fleißes und der Geschicklichkeit, nicht mit roher Gewalt. Sie darf nicht ausschließend sein. Es handelt sich nicht um Vernichtung, sondern um Förderung des Rivalen im gegenseitigen Interesse. Das gegenseitige Vertrauen der Völker macht den Schutz der Interessen nicht entbehrlich. Dafür sind Heer und Flotte da. Wir bauen unsere Flotten nach einem festgelegten Plan und beanspruchen nicht die Stärksten auf dem Meer zu sein. Das Meer ist frei und gehört niemand allein; aber wir wollen im Einklang mit unseren überseeischen Interessen eine Achtung gebietende Stellung einnehmen und nicht allein von dem guten Willen anderer Seemächte abhängen."

Wir sind dem Grafen Wolff-Metternich dankbar, daß er in so klarer und unanfechtbarer Form auf englischem Boden die Fundamentalsätze unserer Politik zum Ausdruck gebracht hat. Er beantwortet damit die Angriffe, die in der jüngsten Wahlkampagne wiederum, wie seit über 10 Jahren, gegen uns ins Feld geführt worden sind. Diese Sätze ließen sich in ihrer Allgemeingültigkeit zu völkerrechtlichen Prinzipien erheben, wenn sie die volle Anerkennung der führenden Kulturvölker fänden: Erschließung fremder Märkte an Stelle einer Eroberungspolitik, die sich über das Recht Dritter hinwegsetzt; Freiheit jeder ehrlichen, materiellen und geistigen Arbeit; Freiheit der Meere, und Freiheit, nach eigenem Ermessen zu bestimmen, wie hoch die Machtmittel sein sollen,

mit denen ein Volk seine Interessen und seine politische Ehre zu sichern für notwendig findet.

Nur die Negierung dieser Sätze hat die Beziehungen zwischen Deutschland und England so lange getrübt; mit dem Moment, da sie auch von der englischen Politik als allgemeingültig anerkannt werden, müssen die Reibungsflächen schwinden, an denen die Gegensätze sich erhitzen. Die große Frage ist nun, ob von dem Erfolg der Liberalen eine Wendung zu dieser Politik des Geltenlassens zu erwarten ist. Wir bemerken dabei, daß es eine falsche Rechnung ist, wenn man die Stimmen der Arbeiterpartei als ein Besonderes von denen der Liberalen trennen will. Sie stellen ebenso eine Koalition dar wie die Unionisten. Etwas für sich, außerhalb beider Koalitionen Stehendes sind nur die Iren, und wenn sie zusammenhalten, wird es in ihrer Hand liegen, die Entscheidung in den großen Prinzipienfragen innerer und auswärtiger Politik zu geben, um welche die beiden alternierend regierenden Parteien so leidenschaftlich während der Wahlkämpfe gerungen haben. Wollen nun die Liberalen ihren Sieg auf der Grundlage des Programms voll ausnutzen, mit dem sie in die Wahlkampagne eintreten, so müssen sie auch Irland ein volles Home Rule gewähren. Tun sie es nicht, und es scheint bereits, daß Asquith in seinen Verheißungen weiter gegangen ist, als ihm nachträglich lieb ist, so bleibt ihnen nur übrig, ein Kompromiß mit den Konservativen zu suchen, das, ohne die Verfassungsrechte der Lords zu schmälern, doch eine tatsächliche Reform des Oberhauses zur Folge hätte. Die Gegenkonzession der Konservativen wäre dann Anerkennung des Budgets Lloyd Georges, das andernfalls durch den Widerspruch der Iren verworfen werden könnte. So bleibt die Lage unbestimmt und unsicher. Eine Periode heftiger parlamentarischer Kämpfe scheint bevorzustehen, und bei dem Erwägen des Für und Wider drängt sich die Mutmaßung auf, daß eine neue Auflösung des Parlaments und neue Wahlkämpfe in nicht allzu ferner Zukunft erfolgen könnten.

Nun hat in den letzten 8 Tagen sich die allgemeine politische Lage plötzlich sehr scharf zugespitzt. Wie wir leider behaupten müssen, nicht ohne Mitschuld der Ententemächte, die ja zugleich, neben Italien, zu den sogenannten Schutzmächten Kretas gehören. Sie haben einerseits der Pforte die Aufrechterhaltung ihrer souveränen Stellung in Kreta in bündigster Form garantiert, andererseits seit den Tagen, da Prinz

Georg von Griechenland als Oberkommissar nach Kreta geschickt wurde, in Griechenland wie in Kreta die Vorstellung großgezogen, daß es sich dabei nur um ein Übergangsstadium handele, das in naher Zukunft zur Vereinigung Kretas mit dem Königreich führen werde. Das Motiv, das die damals mögliche Verschmelzung der Insel mit Griechenland immer aufs neue hinausschieben ließ, war die Befürchtung, daß Bulgarien jede Vergrößerung Griechenlands durch den Versuch beantworten werde, Mazedonien zu annektieren. Rückten aber bulgarische Truppen in Mazedonien ein, so gab es einen türkisch-bulgarischen Krieg, d. h. die orientalische Frage, mit den unberechenbaren Möglichkeiten, welche sie in sich schließt, stand zur Entscheidung. So schleppte sich das kretische Problem von Jahr zu Jahr als eine Drohung für den Weltfrieden hin, und wir rechnen es der Staatskunst des Fürsten Bülow sehr hoch an, daß er es verstand, uns rechtzeitig von der Mitverantwortung an dieser Entwicklung zu befreien. Dann aber kam die türkische Revolution, die Bulgarien benutzte, um ein unabhängiges Königreich zu werden, und sofort regte sich in Griechenland wie in Kreta die Erwartung, daß nunmehr die Stunde geschlagen habe, die ihre heißen Wünsche verwirklichen werde. Sie sahen sich wiederum getäuscht, die Schutzmächte hatten sich selbst im Netz verfangen, das sie ausgeworfen hatten: es war nicht möglich, die beiden einander widersprechenden Zusagen an Griechenland und an die Türkei zu erfüllen. Die stärkeren Interessen hingen an dem guten Willen der Türkei, um die sich wetteifernd alle vier Schutzmächte bemühten; es hieß nach wie vor: wartet und gehorcht. Die Folge war die Bildung der Militärliga in Athen, die bald auf revolutionärem Wege sich eine diktatorische Stellung ertrotzte, König, Regierung und Parlament in völlige Abhängigkeit von ihrem autoritativen Willen brachte und die jetzt das Ministerium gestürzt und den König gezwungen hat, eine Nationalversammlung zu berufen, die ohne Zweifel kretische Delegierte in ihre Reihen aufnehmen und die Vereinigung Kretas mit Griechenland proklamieren wird. Das aber bedeutet den casus belli für die Türkei, und wir sehen nicht, auf Grund welchen Rechts die Schutzmächte Kretas der Türkei dabei in den Weg treten könnten. Daß die Griechen sich der mächtigen Türkei gegenüber behaupten können, darf als ausgeschlossen gelten. Auch wird die Türkei sich wohl darauf beschränken, Thessalien oder einen Teil Thessaliens militärisch zu besetzen, bis eine neue Nationalversammlung die Annexion der Insel wieder

rückgängig macht. Auch das gibt aber eine unklare Situation, die sich nur lösen ließe, wenn man die Türkei durch eine territoriale Kompensation, etwa durch die Rückgabe Cyperns oder die Räumung Ägyptens entschädigen wollte, woran bis auf weiteres kaum zu denken ist.

Aber die Lage hat sich noch weit gefährlicher verwickelt, wobei wiederum eine Mitschuld der Ententemächte nicht zu verkennen ist. Bulgarien stellt sich drohend der Türkei entgegen. Wir haben schon seit geraumer Zeit darauf hingewiesen, daß die bulgarische Agitation in Mazedonien wieder aufgenommen worden ist. Es hat sich auf diesem Boden eine politische Komödie abgespielt, an die erinnert werden muß. Bald nach der türkischen Julirevolution kam es zu einer Verbrüderung zwischen Jungtürken und Bulgaren, wobei die letzteren die Initiative ergriffen. Die Bandenführer, die vor kurzem noch die Türkei als ihre Todfeinde bekämpft hatten, lagen jetzt in ihren Armen; während der serbischen Krisis waren die Bulgaren mehr österreichisch als serbisch gesinnt und nachdem Rußland ihre pekuniären Verpflichtungen der Türkei gegenüber großmütig auf sich genommen hatte, in voller Freundschaft mit der Türkei, die dann auch keinen Anstand genommen hat, den Königstitel des neuen „Zaren der Bulgaren" anzuerkennen. Daß in diesem Titel eine Drohung lag, scheint man in Konstantinopel nicht erkannt zu haben. Man merkte es erst, als in Bulgarien recht ungeniert die alte Agitation für die mazedonischen Bulgaren wieder aufgenommen wurde. Nach bulgarischer Auffassung aber ist die gesamte Bevölkerung Mazedoniens bulgarisch oder doch bestimmt, es zu werden. Die bulgarischen Minister haben sich in nicht mißverständlicher Weise in diesem Sinne ausgesprochen. Dazu kam nun die von Rußland angeregte, von den übrigen Ententemächten eifrig aufgenommene Idee eines Bündnisses der drei slavischen Balkanstaaten Serbien, Montenegro, Bulgarien, zu welcher das letztere sich zunächst ziemlich kühl stellte. Aber in den letzten zwei Monaten hat sich das geändert. König Ferdinand machte dem König Alexander seinen lange aufgeschobenen Besuch, man begann von einer Vermählung des Kronprinzen von Serbien mit der Tochter des „Zaren der Bulgaren" zu reden, an die Stelle traditioneller Rivalität schien eine herzliche Freundschaft zu treten. In gleichem Maß aber spitzten sich die Verhältnisse Bulgariens zur Türkei zu, und als im Hinblick auf die kretischen Wirren die Türkei den Anfang zu Truppenkonzentrationen machte und gleich-

zeitig gegen die auftauchenden bulgarischen Banden in Mazedonien vorging, ist jetzt eine Anfrage der bulgarischen Regierung nach Konstantinopel gegangen, die fast den Charakter einer Sommation trägt.

Jedenfalls haben wir mit einer ernsten politischen Lage zu rechnen. Auch hier aber stehen die Ententemächte vor einem merkwürdig unklaren und komplizierten politischen Problem. Es ist nicht zu bestreiten, daß ihre Aufmunterung zur Bildung eines Balkanbundes nicht in dem Sinne von Serbien und Bulgarien aufgefaßt worden ist, wie die offiziellen Erklärungen, speziell nach der Zusammenkunft in Racconigi, lauteten. Die Parole hieß „zur Aufrechterhaltung des status quo". Der status quo war aber von niemandem bedroht und seine Erhaltung wurde weder von Serbien noch von Bulgarien als Ziel einer nationalen Politik anerkannt. Der serbische Minister Milowanowitsch hat sich in Paris französischen Journalisten gegenüber ziemlich unverblümt dahin ausgesprochen. Die Politik beider Mächte geht darauf aus, sich auf Kosten Mazedoniens zu vergrößern. Es ist im wesentlichen, wenn auch nicht in vollem Umfange, das Programm von San Stefano, das sie verwirklichen wollen, und sie rechnen darauf, daß die Ententemächte sich dem nicht widersetzen werden. Vielleicht spielt als Motiv für das — den Mächten gerade jetzt gewiß nicht genehme — drohende Auftreten Bulgariens die Befürchtung mit, daß die Türkei, die mit so großer Energie an den Wiederaufbau ihrer Militärmacht geht, sehr bald so stark sein könnte, daß alle Hoffnungen auf Mazedonien aufgegeben werden müssen, vielleicht auch die Gerüchte von einer bevorstehenden Reaktion, welche die Türkei in die Zirkel der Hamidischen Politik und zu entsprechender Ohnmacht zurückführen könnte.

Auch die Frage läßt sich aufwerfen, ob ein Einverständnis zwischen der griechischen Militärliga und den Bulgaren besteht, aber wir haben bisher keine Anhaltspunkte, die weiter führen als zu Mutmaßungen.

Eine andere Krisis, die sich im fernen Osten abspielte, scheint im Augenblick zu einem Ruhepunkt gelangt zu sein. Nach dem Protest Rußlands und Japans gegen den amerikanischen Plan einer Neutralisierung der Mandschurischen Bahnen und infolge der ablehnenden Haltung, die Frankreich sofort und nach einigem Zögern auch England annahm, kann an die Durchführung dieses Planes für die nächste Zukunft nicht gedacht werden. Sie muß als erledigt gelten. Dagegen ist über den Bau der Eisenbahn Tschin Tschu—Tsitsikar—Aigun das letzte Wort nicht gesprochen.

Sie läuft der Bahn Port Arthur—Mukden—Charbin parallel und durchschneidet die russische Linie Wladiwostok—Charbin—Tsitsikar bei letzterem Ort, ist also beiden Mächten wenig bequem. Der „New York Herald" glaubt trotzdem an das Zustandekommen der Bahn und an die Teilnahme Englands an dem Unternehmen. Es ist aber fraglich, ob es Japan nicht gelingt, China so weit einzuschüchtern, daß es auch in dieser Frage seine bereits erteilte Zustimmung zurückzieht. Findet es keinen starken Rückhalt, so ist es sogar das wahrscheinliche. Jedenfalls stehen wir nicht am Ende jener ostasiatischen Probleme, deren Wirkungen sich über China nach Französisch- und Englisch-Indien und von da bis nach Zentralasien fühlbar machen.

Über die Stellung Frankreichs in Hinterindien spricht sich neuerdings die „Sun" höchst pessimistisch aus. Seit dem Triumph Japans über Rußland habe Frankreich wachsende Schwierigkeiten in Indochina gehabt. Das Problem sei für Frankreich ebenso ernst als das der Briten in Indien. Eine Revolte, das heißt ein allgemeiner Aufstand, in Indochina würde eine militärische Demonstration erfordern, die ganz außer Verhältnis zu den Machtmitteln stände, über die Frankreich zurzeit verfügen könne, denn eine Kampagne in Hinterindien biete weit größere Schwierigkeiten, als in Marokko zu überwinden waren, wo die französische Mittelmeerflotte Algier und sein Hinterland das Problem wesentlich erleichterten. Ganz anders lägen die Verhältnisse in Asien. Eine Armee von ausreichender Stärke hinüberzuschaffen, biete ungeheure Schwierigkeiten; sei sie aber drüben und habe sie ihre Aufgabe gelöst, so würde die Rücksendung Monate in Anspruch nehmen. Indochina sei halb so groß wie Frankreich und halb so volkreich. Es fehle noch sehr an Eisenbahnen und fahrbaren Straßen, die Bevölkerung sei sehr wohl geeignet, einen Guerillakrieg mit Erfolg durchzuführen und werde dabei durch die Beschaffenheit des Landes begünstigt werden; auch sei nicht zweifelhaft, daß die Sympathie der Chinesen sich den Aufständischen zuwenden werde, da sie die Anwesenheit der Franzosen in diesen Regionen ebenso mißtrauisch betrachten, wie die der Russen und Japaner im Norden. Schon jetzt sei in französischen Kammerkreisen die Ansicht laut geworden, daß Frankreich sich aus Asien werde zurückziehen müssen, es werde wählen müssen zwischen Asien und Afrika.

„Die jetzige Gefahr — so schließt diese Ausführung — mag sehr übertrieben worden und das Urteil der Fremden beeinflußt sein durch

den großen Pessimismus, mit welchem die Franzosen ihre inneren und auswärtigen Angelegenheiten beurteilen. Immerhin wird an der Besorgnis, mit welcher französische Staatsmänner und Kolonialbeamte die Lage betrachten, etwas Wahres sein. Das wachsende Vertrauen der Asiaten auf ihre eigene Kraft, als Folge des japanischen Krieges, hat eine nicht zu verkennende Wirkung. Es kommt hinzu, daß die immer vorliegende Möglichkeit, daß einige Armeekorps stets für Marokko erforderlich werden können, die Drohung einer allgemeinen Erhebung in Indochina weit ernster macht. Als die aus bekannten Ursachen schwächste der europäischen Nationen, die große Besitzungen in Asien haben, fürchten die Franzosen natürlich, das erste Opfer einer Revolte Asiens gegen Europa zu werden."

Wir machen uns die Befürchtungen nicht zu eigen, weil die Bevölkerung Französisch-Indiens bisher einen mehr passiven als aktiven Charakter gezeigt hat. Daß auch sie nach Selbständigkeit strebt, ist aber nicht zu bezweifeln. Weit schlimmer aber liegen die Zustände in Indien, wo neben den zunehmenden terroristischen Handlungen eine offenbar systematisch geführte, mit großem Geschick geleitete, zu einer allgemeinen Erhebung aufreizende Agitation hergeht. Uns fiel kürzlich eine an den indischen Patriotismus der englischen Lehnsfürsten in Indien appellierende Broschüre dieses Charakters in die Hände und eben jetzt liegt uns die letzte Nummer des in New York erscheinenden „Free Hindostan" vor, die einen Aufruf an die Sikhs bringt.

„Wie lange wollt ihr schlafen, ihr meine teuren Khalsa-Brüder? Wie lange werdet ihr unter der Sklavenkette der Fremden verbleiben, die euch berauben? Wie lange werdet ihr als Verräter handeln gegen eure Religion und gegen euer Land, indem ihr zu den Fremden steht und Waffendienste leistet den Briten, die den Thron usurpiert haben, auf dem einst Ranjit Singh regierte? Seid ihr erwacht? Wenn nicht, was wird euch dann wecken? Hört ihr nicht das Heulen der Millionen, die Hungers sterben, weil die Briten jedes Korngetreide wegnehmen, um es zu Geld zu machen!"

Mit diesem hohen Pathos werden die Sikhs, unter Hinweis auf die großen Taten ihrer Vorväter, dazu aufgefordert, sich denen anzuschließen, die für die Befreiung Indiens leben und sterben.

„Fühlt, daß ihr ein freies Volk seid, und beugt euch unter keinen Umständen unter das fremde Joch. Wenn wir zwei Dinge tun, können

die Firinghi sich nicht in Indien, auch nur auf kurze Zeit, behaupten. 1. Unterstützt sie nicht, 2. fechtet gegen sie, Mann für Mann.... Die Nation wird niemals gerettet werden, wenn wir nicht bereit sind, unser Blut hinzugeben, wie die fünf Khalsas ihr Leben hingaben auf den Ruf von Guru Govind Singh. Der Ruf der Pflicht ertönt wieder, die Bedrückung ist so arg geworden, daß ihr die Würde eurer Mütter, Schwestern, Gattinnen nicht behaupten könnt. Werdet ihr wieder schlafen? Gürtet eure Lenden, und kämpft für die Sache Gurus unter dem heiligen Ruf: „Wa Guru ji ka Khalsa" und „Wa Guru Jioka fate". Auf zum Kriege, Sieg dem Guru."

Es schließt sich daran die Bitte, diesen Aufruf am Geburtstag von Guru Govind Singh zu verbreiten. Es scheint allerdings, und die englischen Zeitungen stimmen darin überein, daß sich eine ernstliche Gefahr für die englische Herrschaft in Indien vorbereitet.

In den letzten acht Tagen hat wohl nichts mehr die allgemeine Teilnahme hervorgerufen, als die furchtbare Gefahr, der Paris durch die Überschwemmung der Seine ausgesetzt war. Jetzt ist das Schlimmste überstanden, und so groß die materiellen Verluste auch sein mögen, es sind glücklicherweise nur wenige Menschenleben zu beklagen. Die Bevölkerung hat die schwere Prüfung mit großer Tapferkeit getragen, aufopfernde Hilfe hat an keiner Stelle versagt, und das Ministerium Briand hat mit Energie und Kaltblütigkeit rechtzeitig einzugreifen verstanden, um zu retten, was sich retten ließ. Auch scheint der Eindruck, den das Unglück hinterlassen hat, nicht eine Depression, sondern eine gehobene Stimmung zur Folge gehabt zu haben. Es war ein Sieg nicht nur über die wilde Gewalt des Stromes, sondern auch über den Kleinmut, der den Menschen zu ergreifen droht, wenn er dem Übermächtigen gegenübersteht.

Wir gedenken schließlich noch der Petition zugunsten der Finnländer. Es war, wie der Effekt zeigt, der schlechteste Dienst, der den Finnländern erwiesen werden konnte.

4. Februar 1910. Annahme des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages.
5. Februar. Unruhen im Somalilande.
7. Februar. Der deutschen Einfuhr in den Ver. Staaten werden die Minimalzölle gewilligt.
8. Februar. Vertagung des böhmischen Landtages. Kongo-Grenzkonferenz in Brüssel.

9. Februar 1910.

Das politische Gewitter, das sich vor acht Tagen auf der Balkanhalbinsel von drei Seiten her zusammengeballt hatte, und dessen Ausbruch unmittelbar bevorzustehen schien, hat sich glücklicherweise wieder verzogen. Wir möchten aber keinerlei Gewähr dafür übernehmen, daß es nicht über Nacht wieder aufzieht und dann in Wirklichkeit mit Donner und Blitz niedergeht. Denn von den Ursachen, welche den Ernst der politischen Krisis herbeigeführt hatten, ist keine beseitigt worden. Der Kern der kretischen Frage ist derselbe geblieben, und ebensowenig hat sich etwas in der Natur der politischen Gegensätze geändert, die zwischen den beiden slavischen Königreichen und der Türkei bestehen. Die Kreter wünschen nach wie vor die Vereinigung mit Griechenland, und Griechenland würde nach wie vor sie mit offenen Armen aufnehmen, wenn es dürfte. Ebenso ist nicht daran zu denken, daß Bulgaren und Serben sich zur Anschauung bekehrt hätten, daß sie ihre Hand und ihre Gedanken von Mazedonien abzuwenden haben, weil Mazedonien ein integrierender Teil der Türkei ist. Was anders geworden ist, ist die Haltung der Ententemächte und ihres italienischen Annexes in Kreta- und Balkanfragen. Sie haben sich überzeugen müssen, daß ihre Politik in Kreta eine falsche war; daß es unmöglich ist, die Insel sich selbst zu überlassen, ohne ärgerlicher und gefährlicher Überraschungen gewärtig sein zu müssen, und da sie zurzeit den Ausbruch einer Orientkrisis nicht wünschen können, haben sie mit großem Nachdruck ihren solidarisch auftretenden Einfluß in Kreta, Griechenland und Bulgarien zur Geltung gebracht und der Türkei die freundschaftlichsten Versicherungen zugehen lassen. Kein Zweifel, der Ausbruch der Krisis ist verschoben, wir können nicht einmal

sagen: ad calendas graecas. Was neben dieser Aktion der vier Mächte sonst an Nebeneinflüssen mitgespielt hat, ist im Grunde gleichgültig, es wäre ohne jenen starken Druck, der bereits einen drohenden Charakter angenommen hatte, ohne jede Wirkung geblieben. Immerhin wird es im Hinblick auf die weitere Entwicklung der griechischen Angelegenheiten nützlich sein, auf die Verhandlungen hinzuweisen, die zwischen Theotokis und Venizelos, dem Haupt der Regierung in Kreta, stattgefunden haben, als es sich darum handelte, die Form des unvermeidlich gewordenen politischen Rückzuges festzustellen. Wir stützen uns dabei auf eine Ausführung der „Nowoje Wremja", die offenbar direkt auf die griechische Gesandtschaft in Petersburg zurückzuführen ist. Es handelt sich im wesentlichen um Verhandlungen, die zwischen Venizelos als Vertreter Kretas und dem früheren griechischen Minister Theotokis stattfanden und dahin zielten, eine Verständigung zwischen der griechischen Militärliga und der griechischen Regierung herbeizuführen. Dabei mag als charakteristisch hervorgehoben werden, daß des Ministerpräsidenten Dragumis mit keinem Worte und keiner Anspielung gedacht wurde. Die Verhandlung ging über seinen Kopf hinweg und die Ergebnisse sind nachträglich von ihm angenommen worden, offenbar weil es nicht anders möglich war.

Daß in der „Liga" Mißhelligkeiten bestanden, war schon lange bekannt, sie haben sogar zu zahlreichen Duellen geführt. Ebenso wußte man, daß Verhandlungen zwischen Liga und Regierung hin- und hergingen. Aber sie führten nicht zum Ziel. Hier hat nun Venizelos — der als ein persönlicher Feind des Königs bekannt war — eingegriffen. Er setzte sich in Beziehung zu Theotokis, erklärte ihm, daß er keine anderen als patriotische Absichten verfolge, daß er sich überzeugt habe, daß die Autorität des Königs unter allen Umständen gewahrt bleiben müsse, da sonst ein normales staatliches Leben in Griechenland nicht denkbar sei, und ging nach dieser Einführung auf die augenblickliche Lage über. Was er zur Beruhigung des Landes vorschlug, war die Berufung einer Nationalversammlung. Nur sie werde die Protestbewegung, die durch das ganze Land gehe, beseitigen können. Theotokis zeigt sich skeptisch. Er wies auf die Militärliga hin, die ein Werkzeug in den Händen von Revolutionären sei und als Apparat zur Agitation gegen König und Regierung diene. Nur wenn sie sich auflöse, könne es besser werden, auch dürfe die Nationalversammlung unter keinen Umständen den Charakter

einer Konstituante tragen, und ein Programm ihrer Beratungen müsse im voraus festgestellt werden. Venizelos übernahm es, in diesem Sinne mit den Häuptern der Liga zu unterhandeln, und brachte denn auch schließlich eine Vollmacht für weitere Verhandlungen und die schriftliche Verpflichtung der Liga, daß sie sich nach Berufung der Nationalversammlung auflösen werde. Theotokis verlangte sofortige Auflösung und ging darauf auf das Detail der Verhandlungen über die Nationalversammlung ein. Darüber wurde Protokoll geführt und die folgenden drei Punkte als Verhandlungsgegenstände für die Nationalversammlung festgesetzt:

1. Unabsetzbarkeit der Richter für die Dauer eines noch zu bestimmenden Zeitraums.

2. Abschaffung des bisherigen Wahlmodus nach Kreisen und Einführung des Listenskrutiniums.

3. Fragen der Lokalverwaltung.

Die Prärogativen des Königs sollen, wie der Gewährsmann der „N. W." weiter ausführt, nicht angetastet werden, so daß die Gerüchte über den revolutionären Charakter der Nationalversammlung gänzlich unbegründet seien, auch werde das ganze Programm der Nationalversammlung vorher allen Parteiführern vorgelegt, und nachdem sie es gutgeheißen, veröffentlicht werden. Es knüpfen sich daran recht abfällige Bemerkungen, die auf dieselbe Quelle zurückgehen, über den Charakter der Liga, die nur durch Drohungen die Mehrzahl der Offiziere zum Anschluß bewogen habe usw.

Wie wir schon oben bemerkten, ist die Übergehung des Königs und des Ministerpräsidenten bei dieser Darstellung des Zusammenhanges der letzten Ereignisse doch sehr auffallend. Wenn die Dinge wirklich so verlaufen sein sollten, wäre die Ohnmacht des jetzigen Regimes erst recht dargetan. Venizelos und Theotokis hätten die am Boden schleifenden Zügel aufgehoben, König und Regierung zugestimmt, weil sie nicht anders konnten. Wenn das einmal möglich ist, kann es sich auch wiederholen, und wir sehen deshalb dem Zusammentritt jener Nationalversammlung keineswegs mit viel Vertrauen entgegen.

Über den Zwischenfall an der tunesisch-tripolitanischen Grenze liegen jetzt Nachrichten aus englischer Quelle vor, die der tunesische Korrespondent des „Standard", als aus türkischer Quelle stammend, übermittelt. Danach haben sich die Ereignisse folgendermaßen abgespielt:

Die Bewohner des tunesischen Dorfes Orghile hätten, von ihrer Obrigkeit mit Waffen versehen, das im türkischen Distrikt Malat liegende Dorf Varzen angegriffen, es geplündert und zahlreiche Kamele als Beute mitgenommen. Türkische Truppen, welche die Räuber verfolgten, stießen auf 200 französische Reiter, 200 eingeborene Soldaten und auf 60 Mann von der Kolonialartillerie, die ihnen den Weg verlegten. Es kam zu einem Gefecht, das in einen Rückzug der Franzosen ausmündete, aber die Folge hatte, daß die Franzosen nunmehr die Dörfer ringsum bewaffneten. Die französische Regierung protestierte sofort, aber der Generalgouverneur von Tripolis erklärte, er könne den an den Grenzen stehenden türkischen Truppen zurzeit keinerlei Befehle zugehen lassen. Einige Tage danach telegraphierte der kommandierende General aus Tripolis nach Konstantinopel, daß die Franzosen ein starkes Aufgebot von Truppen in Zehdin konzentrierten, die Bevölkerung bewaffneten und Befestigungen anlegten. Auf eine Anfrage der Türkei erfolgte dann die Antwort, daß die Militärautoritäten in Tunis nur legitime Verteidigungsmaßregeln träfen, und einige Tage danach, daß die französische Regierung vor Regelung strittiger Grenzfragen die unbedingte Anerkennung der Stellung Frankreichs in Tunis verlange. Nun trat ein Ministerrat in Konstantinopel zusammen, der keinen festen Beschluß faßte, aber auf nicht offiziellem Wege in Paris zu erkennen gab, daß man diese Frage nicht als eine dringende ansehen könne. In Frankreich war man jedoch anderer Meinung, und die Türkei erhielt die nicht mißzuverstehende Antwort, daß Frankreich entschlossen sei, eventuell zu energischen Maßregeln zu greifen, auch erhielten die in Zehdin stehenden Truppen eine Verstärkung von 3 Bataillonen Infanterie, in Gabes erschienen französische Kriegsschiffe, und die Mächte, speziell England, rieten der türkischen Regierung, die Sache möglichst schnell beizulegen. Hieran schließt der Korrespondent des „Standard" die folgende Bemerkung:

„Die Pforte ist aber, aus deutscher Quelle, wie es scheint, überzeugt worden, daß es am besten wäre, wenn sie eine ablehnende Haltung einnehme. Man brachte ihr nämlich bei, daß, wenn sie die Stellung Frankreichs in Tunis garantiere, Großbritannien leicht eine ähnliche Aktion in betreff Ägyptens ins Werk setzen könnte."

Diese Korrespondenz datiert vom 28. Januar. Seither ging die Nachricht durch die Presse, daß die Türkei nachgegeben und sich darin gefunden

habe, die Grenzregulierung durch eine französisch-tripolitanische Kommission vornehmen zu lassen. Es erregte daher nicht geringes Erstaunen, als am 4. Februar die „Agence Havas" die kurze Notiz brachte, daß die Grenzrichtung durch eine tunesisch-türkische Kommission vollzogen werden solle. Darüber gerät nun der „Temps" vom 7. Februar in Aufregung, um sich schließlich damit zu beruhigen, daß die Mehrzahl, und vielleicht sogar alle Grenzkommissare französische Offiziere sein würden, die in Diensten des Bey ständen, aber man dürfe nicht vergessen, daß dessen Kriegsminister ein französischer General sei, und daß General Allapite die Grenzprotokolle unterzeichnen werde. Der „Temps" schließt mit dem Wunsch, daß die französische Botschaft in Konstantinopel die formelle Anerkennung des französischen Protektorats durchsetzen solle.

Uns scheint die Frage für Frankreich recht gleichgültig zu sein. Niemand, auch die Türkei nicht, denkt daran, den Franzosen die Stellung zu bestreiten, die sie seit 29 Jahren in Tunis einnehmen. Aber das ägyptische Argument — von dem wir wohl nicht erst zu sagen brauchen, daß es keine deutsche Insinuation ist, sondern die natürliche Äußerung der hochgradigen nationalen Erregung in der Türkei — verdient allerdings Beachtung, und man sollte glauben, daß gerade in Frankreich ein Verständnis dafür zu finden sein müßte. Und das ist offenbar auch der Fall gewesen, als die französische Regierung sich bereit fand, die Formel für die Grenzrichtung anzunehmen, von welcher die „Agence Havas" berichtet. Der „Temps" ist, wie es schon häufig der Fall war, plus royaliste que le roi.

Die englischen Wahlen haben schließlich die Majorität der Liberalen noch etwas verstärkt. Sie zählen 275 Mitglieder gegen 273 der Unionisten, so daß mit Arbeitern und Iren sie über eine Mehrheit von 124 verfügen. Wohlverstanden, unter der Voraussetzung, daß die Verbündeten auch tatsächlich in allen wichtigen Fragen mit der Partei gehen, was keineswegs absolut sicher ist. Da die Thronrede des Königs erst am 21. d. Mts. verlesen wird und noch nicht feststeht, welches die Taktik von Asquith in bezug auf die Reihenfolge der Vorlagen sein wird, unter allen Umständen aber das Budget von 1909/10 sofort unter Dach und Fach gebracht und danach ein neues Budgetgesetz für 1910/11 vorgelegt werden muß, dürfte geraume Zeit hingehen, ehe sich darüber mit voller Sicherheit reden läßt. Schon jetzt aber kann man sagen, daß von seiten der Iren Schwierigkeiten zu erwarten sind. Es darf eben nicht vergessen

werden, daß die Stellung der grünen Insel in der Tat eine in jeder Hinsicht unbefriedigende ist. Das beweist schon die beispiellose Tatsache, daß Irland, das 1847 gegen 9 Millionen Einwohner zählte, heute nur wenig über 4 250 000 hat, und daß die jährliche Auswanderung auch jetzt noch 50 000 vornehmlich junge und unternehmende Leute beträgt. Da nun die meisten von ihnen nach Amerika, und zwar in die Vereinigten Staaten ziehen, berechnet man dort die teils ganz irische, teils überwiegend irische Bevölkerung auf 20 Millionen Köpfe. Sie alle sind von heißer Liebe zu ihrer alten Heimat und von bitterem Haß gegen England erfüllt, auch ist bekannt, wie lebhaft die Beziehungen sind, die hinüber und herüber gehen. Im Februarheft des in New York erscheinenden „Travel Magazine", einem eleganten, reich illustrierten Journal, finden wir den Aufsatz eines in Irland (Donegal) geborenen irischen Romanschriftstellers, Seumas Mac Manus, unter dem Titel „What's the matter with Ireland?", in welchem dieser tiefe Gegensatz überaus scharfen Ausdruck findet. Mac Manus stellt dabei einerseits die pekuniäre Ausbeutung, anderseits die absichtliche Vernachlässigung der natürlichen Hilfsquellen Irlands in den Vordergrund seiner Betrachtung. England halte ständig 50 000 Mann Rotröcke und ungezählte Tausende englischer Beamten auf irischem Boden. Die Steuerlast, die auf den Kopf jedes einzelnen Iren falle, sei seit 1870 von 27 Schilling auf 44 gestiegen, und England beziehe jährlich ein Einkommen von 10 Millionen Pfd. St. aus dem Lande, das ist 4 Milionen mehr als das Einkommen Norwegens, 5 Milionen mehr als das Dänemarks betrage. Die Eisenbahnpolitik Englands in Irland sei so gerichtet, daß sie nur dem englischen Import zugute komme, während der Import Irlands nach England auf jede Weise erschwert werde. So habe, um ein Beispiel aufzuführen, der Franzose Paul Dubois jüngst festgestellt, daß, während eine Tonne Eier von der Normandie nach London für 21 sh importiert werden kann, von Dänemark für 35 sh, der Import aus Irland 94 sh koste!

Irland mit seinen 84 000 Quadratkilometern fruchtbaren Landes, seiner Fülle an nutzbarem Wasser und seinen Mineralschätzen könnte eine Bevölkerung von 20 Millionen bequem ernähren, aber die britische Regierung habe durch Zwangsgesetze, durch ein ungerechtes Abgabensystem, das England begünstige, den Fortschritt und die Entwicklung der Hilfsquellen des Landes gelähmt. Die Pachtverhältnisse seien so geregelt, daß der Farmer darüber zugrunde gehe, und deshalb wandere

der Ire aus. Diese Auswanderung sei der Fluch Irlands gewesen, aber schließlich habe sich der Fluch in Segen gewandelt. Die Brüder in Amerika streckten ihre Hand nach Irland hinüber, die Gaelic League und der Sin Fein hätten das große, mannhafte, unwiderstehliche „Jung Ireland" geschaffen, „und heute hoffen wir eine Nation zu bilden, sicherer und besser und kraftvoller als je vorher auf irischem Boden geschehen ist". Das sind die Schlußworte, und sie lassen sich keineswegs als eine phantastische Utopie bezeichnen. Es ist in der Tat lebendige Kraft, die aus Amerika nach Irland hinüberströmt, und die Bildung der O'Brienschen Partei der „Unabhängigen" unter den Vertretern Irlands ist ein erstes Zeugnis dafür.

Wir sind auf diese Dinge so ausführlich eingegangen, weil sie bei dem von Asquith aufgestellten Home Rule-Programm eine bedeutsame Rolle spielen werden. Wenn, wie man in Amerika glaubt, das Asquithsche Home Rule sich als eine Täuschung erweist, so dürfte die Rolle von Redmond ausgespielt sein und die Führung in die Hände jener Intransigenten übergehen. Auch sprechen die englischen Blätter unionistischer Färbung sich sehr pessimistisch aus. Das Kabinett werde ganz von der Gnade der Iren abhängig sein. Gleich pessimistisch ist ihre Beurteilung der indischen Verhältnisse. Es liegt uns eine lange Reihe solcher Betrachtungen vor. Am 4. Februar hat der Sekretär des Home Departement, Sir Herbert Risley, in Kalkutta im Legislative Council ein Preßgesetz eingebracht, das sich nicht anders als drakonisch bezeichnen läßt, aller Wahrscheinlichkeit nach aber nur zur Steigerung der Erbitterung beitragen wird. Jeder Zeitungsbesitzer hat eine Kaution von 500 bis 5000 Rup. einzuzahlen. Ist die erste Kaution verfallen, so ist eine zweite zu stellen. Ein drittes Vergehen hat das Verbot des Blattes zur Folge. Zoll- und Postbeamte können alles anhalten und durchsehen, was ihnen verdächtig scheint, und die Lokalregierungen sind berechtigt, jede Zeitung, jedes Buch und jedes Dokument für verfallen zu erklären (to declare forfeit) und die Polizei zu bevollmächtigen, Nachforschungen anzustellen usw. Als Preßdelikte gelten Versuche, zu Mord oder anarchistischen Verbrechen anzustacheln, die Loyalität von Armee und Marine zu erschüttern, Rassen- oder Klassenhaß oder religiöse Erbitterung und Haß zu erregen, Verachtung gegen die Regierung eines eingeborenen Fürsten zu erregen, Einschüchterung durch Drohungen oder Schmähungen usw.

Es muß allerdings sehr schlimm in Indien stehen, wenn zu solchen Maßregeln gegriffen wird, zumal wenn man sich der ungeheuren Entrüstung erinnert, welche verwandte Maßregeln der russischen Regierung zur Zeit der russischen Revolution in England hervorriefen. Die „Times", die der revolutionären Presse Indiens einen langen Leitartikel widmet, will all diese Erregung auf die von Bal Ganghadar Tilak ausgehende Agitation zurückführen, er und seine Schüler trügen Schuld an allem. Aber wie kurzsichtig ist das gedacht. Es ist eine lange Geschichte, die ihre Früchte zeitigt, und wie lebendig diese Geschichte — die eine Leidensgeschichte war und noch heute ist, im Bewußtsein der Inder fortlebt, die weder Plassey noch das Jahr 1857 mit der darauf folgenden Regression vergessen haben, davon haben wir eben jetzt Gelegenheit gehabt, uns zu überzeugen. Das in London in englischer Übersetzung erschienene Buch eines Inders: „Der indische Freiheitskrieg von 1857", muß auf jeden unbefangenen Leser den tiefsten Eindruck machen. Der Untergrund der gesamten Bewegung ist Freiheitsdrang und nationales Selbstbewußtsein, das tief verletzte Gefühl der eigenen Würde, denn diese Leute sind, auch wo sie auf beklagenswerte Abwege geraten, nicht als Barbaren zu betrachten. Jedenfalls ist die „Indische Frage" mit jenem Preßgesetz nicht als erledigt anzusehen. Sehen wir recht, so wird die Bewegung von ihren Führern zurückgehalten, nicht gefördert. Sie harren ihrer Stunde und warten auf den Tag, da England in einen europäischen Krieg verwickelt sein wird. Dann wollen sie losbrechen. Auch das ist, abgesehen von der nicht zu unterschätzenden Wirkung der Erfolge Japans, eine der Folgen des unsinnigen Geredes der englischen Presse von der Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen Großbritannien und Deutschland!

Welches die Entscheidung sein wird, die in Kanada auf den Antrag Sir Wilfrid Lauriers gefaßt werden muß, läßt sich noch immer nicht erkennen. Die Opposition wächst und kommt zum Teil zu leidenschaftlichem Ausdruck. Ein Beispiel dafür bietet die glänzende Rede eines französischen Kanadiers, Mr. Bourassa, deren Spitzen sich namentlich gegen den Generalgouverneur Lord Grey (qui n'a pas plus de droit de faire de la politique impérialiste ici, que S. M. Edouard VII. n'a le droit de faire de la politique d'aucune sorte dans le royaume uni), gegen Laurier und gegen Borden richten. Die Rede mündete in die Annahme der folgenden Resoltion aus:

„Diese Versammlung (in Montreal au Monument national) erklärt, daß das Parlament kein Recht hat, Kanada durch eine ganz neue Flottenpolitik zu binden, bevor es die Zustimmung des Volkes erhalten hat.

Infolgedessen ersucht diese Versammlung die Kammer der Abgeordneten und den Senat, die Annahme des am 12. Januar 1910 eingebrachten Gesetzentwurfs aufzuschieben, bis das Volk seinen Willen durch ein Plebiszit kundgetan hat.

Der Präsident wird gebeten, diesen Wunsch Seiner Exzellenz dem Generalgouverneur, dem Premierminister, dem Führer der Opposition, und Herrn Monk, dem Deputierten von Jacques-Cartier, zu übermitteln."

So nehmen die Kämpfe um Verwirklichung des imperialistischen Gedankens in Kanada einen dramatischen Charakter an. Der Ausgang aber steht noch keineswegs fest.

Mit Genugtuung begrüßen wir den Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages, obgleich uns keineswegs alle berechtigten Wünsche Deutschlands erfüllt scheinen. Es war aber das Maximum dessen, was sich erreichen ließ. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß in Amerika selbst in nicht allzu ferner Zukunft die Überzeugung durchdringt, daß die Richtung auf eine übertriebene Schutzzollpolitik sich auf die Dauer nicht ohne Schädigung der eigenen Interessen behaupten läßt. Sie hat eine Verteuerung des Lebens zur Folge, unter der, z. B. in der Kleiderbranche, schließlich jedermann leidet. Immerhin freuen wir uns, einem Zollkrieg entgangen zu sein, den wir um so weniger gern auf uns genommen hätten, als er immer entfremdend wirkt.

In Rußland machen die Schulfragen wieder viel von sich reden. Der Versuch des Kultusministers, auf einem Umwege das verhaßte Institut der Inspektoren zur Beaufsichtigung der Studenten wieder einzuführen, hat zu einem Konflikt mit dem Senat der Petersburger Universität geführt, der den Rücktritt des Rektors Borgmann zur Folge gehabt hat und aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein Wiederauftauchen der leidigen Studentenunruhen nach sich ziehen wird.

Zu dem „Russischen Volksverbande" ist jetzt ein „Allrussischer nationaler Verband" von verwandten Prinzipien getreten, der ein merkwürdiges Gemisch konservativer, nationalistischer und liberaler Grundsätze in seinem Programm zusammengefaßt hat. Auch der immer

mehr Boden erobernde Antisemitismus kommt dabei in dem Satz zum Ausdruck: Die Gleichberechtigung der Juden ist unzulässig! Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dadurch die russischen Juden wieder zu nicht geringem Teil in das revolutionäre Lager zurückgedrängt werden, dessen Führer sie während der Revolutionsjahre gewesen sind.

Das Programm ist von einem Ausschuß des „Allrussischen nationalen Verbandes" und der ehemaligen gemäßigten Rechten ausgearbeitet worden.

Es läßt sich, so ungern wir es tun, nicht umgehen, noch einmal auf die Deklaration zugunsten der Finnländer zurückzukommen. Sie ist in Rußland von allen Preßorganen, die rechts von den Kadetten stehen, als eine Beleidigung und als ein Eingriff in innere Angelegenheiten des Reiches aufgefaßt worden, die, ob nun mit Recht oder mit Unrecht, mag unerörtert bleiben, in engen Zusammenhang mit Sicherheit und Integrität des Reiches gesetzt werden. In solchen Fragen aber läßt keine Nation sich ohne scharfen Widerspruch dreinreden. Man darf im allgemeinen den Russen den Vorwurf nicht machen, daß sie gegen Kritik von außen her übermäßig empfindlich sind. Es finden sich im Gegenteil stets weite Kreise, die sie mit Genugtuung aufnehmen, schon weil sie darin eine Unterstützung ihrer eigenen, oft weit schärfer ausgesprochenen Überzeugungen finden. Die Empfindlichkeit ist aber seit jeher außerordentlich groß gewesen, wenn es sich um die westlichen Grenzmarken Rußlands handelt, und vielleicht niemals größer als jetzt, da Rußland nach den furchtbaren Verlusten, die der japanische Krieg brachte, und nach der Erschütterung der Grundfesten des Reiches durch die Revolution sich so geschwächt fühlte, daß es — was früher undenkbar war — seine gesamte asiatische Politik zum Stillstand verurteilte und seine Vorposten zurückzog, um mit England, dem säkularen Gegner, auf einen möglichst langen Zeitraum friedliche und freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu können. Auch fühlt man sich in Zentralasien gesichert, ja man hofft sogar, in Persien zu greifbaren Vorteilen zu gelangen. Von den westlichen Grenzmarken gilt das aber nicht, obgleich Rußland seit 1812 gerade dort nie bedroht worden ist. Die polnischen Aufstände von 1831 und 1863 machen freilich eine Ausnahme, und wir wissen heute, daß damals allerdings eine Intervention Frankreichs und Englands nahe daran war, Wirklichkeit zu werden. Während des Krimkrieges aber hat, trotz des Erscheinens der englisch-französischen Flotte in der Ostsee,

eine tatsächliche Gefahr keinen Augenblick bestanden. Es wurden einige Handelsschiffe und viele Fischerboote weggenommen, mehr nicht. Daß aber von Schweden eine Gefahr kommen könne, hat mit Recht immer als ausgeschlossen gegolten. Trotzdem führte jenes Bewußtsein der eigenen Schwäche dahin, daß schon im Februar 1909 in dem größten russischen Blatt in zwei weitschweifigen Artikeln darauf hingewiesen wurde, daß „Petersburg in Gefahr" sei, und noch im September wurde eine Befestigung Petersburg von der Landseite her stürmisch verlangt, um die Hauptstadt vor einem Anmarsch der deutschen Armeen zu schützen. Wir erinnern daran, um zu zeigen, daß wir es mit nervös überreizten Elementen zu tun haben; vor der Notwendigkeit, sich gegen die Gefahr zu schützen, an die man glaubt — etwa wie die Engländer an die über Nordsee und Kanal anrauschende deutsche Luftflotte glaubten — trat naturgemäß jede andere Rücksicht zurück. Am wenigsten aber war man geneigt, sich durch Verträge binden zu lassen, die von einem absoluten Monarchen geschlossen waren und daher, nach russischer Vorstellung, nur der Gnade seiner absoluten Nachfolger ihre Fortexistenz dankten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Rücksicht auf die abweichende Rechtsauffassung des Abendlandes die geringste praktische Beachtung finden sollte. Sie dient vielmehr als Beleg dafür, daß es in der Tat unerläßlich sei, mit jener unbequemen Sonderstellung aufzuräumen, und es ist unzweifelhaft, daß das Eintreten für die Finnländer, wie es in jener Deklaration geschehen ist, das Vorgehen beschleunigen, nicht aufhalten wird.

Der „Eclair" bringt unter der Spitzmarke: Fin de la Confédération balcanique das folgende überraschende Konstantinopeler Telegramm vom 6. Februar:

„Man kündigt aus guter Quelle an, daß der Plan einer Balkan-Föderation für den Augenblick aufgegeben ist.

Herr Iswolski hat bereits den Balkanstaaten das mot d'ordre zum Rückzug zugehen lassen. Obgleich er es gewesen ist, der Weihnachten 1908 durch seine Rede die Idee der Balkanföderation in Umlauf setzte, hätte er sich später überzeugt, daß die Verwirklichung dieser Idee unmöglich sei. Die Folge wäre nicht nur ein vitaler Gegensatz zwischen den slavischen Balkanstaaten und der rumänisch-griechischen Gruppe gewesen, sondern auch zwischen den Slaven selbst.

Trotz des Besuchs des Erbprinzen in Sofia seien die serbisch-bulgarischen Beziehungen keineswegs intim: namentlich beklage man sich in Bulgarien über den Eigensinn, mit dem die Serben ihre Propaganda in Mazedonien fortsetzen."

Das wäre, falls es sich bestätigen sollte, ein Bekenntnis Iswolskis, daß die Politik von Racconigi ein grober Fehler war. Wir zweifeln daher bis auf weiteres an der Zuverlässigkeit dieser Nachricht.

10. Februar 1910. Tod des Grafen von Tattenbach.
11. Februar. Russisch-persische Schwierigkeiten.
13. Februar. Die Schutzmächte Kretas erklären, daß sie eine Vertretung Kretas auf der griechischen Nationalversammlung nicht zulassen werden.
14. Februar. Wahlresultat in England 274 Liberale, 41 Arbeiter, 82 Iren, 273 Unionisten.

16. Februar 1910.

Der Artikel des „Temps" vom 12. Februar über die Rede des Ministerpräsidenten zur Wahlreform macht einen sehr erfreulichen Eindruck durch die unumwundene Anerkennung, die er der preußischen Eigenart und den Verdiensten Preußens um die Gründung der deutschen Einheit zollt. Wir freuen uns, daß unsere Nachbarn uns so wohl verstanden haben, denn sich verstehen ist die Voraussetzung jeder Verständigung.

Auch von englischer Seite ist uns neuerdings zu unsrer Genugtuung ein solches Verständnis entgegengetragen worden. Edward Dicey, auf dessen Aufsatz: „England and Germany" wir am 12. Januar hinwiesen, hat soeben im Februarheft der „Empire Review" eine Studie über die Parlamentswahlen und die Urteile des Auslandes veröffentlicht, die von dem gleichen versöhnlichen Sinn erfüllt ist, wie jene ersten Ausführungen. Er weist zunächst darauf hin, daß ungeachtet aller Verkleidungen Tarifreform und Freihandel die Gegensätze gewesen seien, die den Wahlkampf beherrschten. Trotz des numerischen Sieges des Freihandels hält er die bevorstehende Niederlage der Liberalen für sicher, sie seien abhängig von den Stimmen der Iren und diese im Prinzip Schutzhändler. Danach geht er auf die falschen (inaccurate and misleading) Schlagworte über, die der Wahlkampf aufgebracht habe. Es sei eine Torheit gewesen, von Kriegsgefahr zu deklamieren, da doch kein Anzeichen von Feindseligkeit am Horizont zu erblicken sei. „Der ganze Lärm" sei auf Asquith und Mc Kenna zurückzuführen, was beiläufig bemerkt in-

sofern nicht stimmt, als sich die gesamte Kampagne der unionistischen Presse gegen uns doch nicht übersehen läßt. Doch darüber wollen wir nicht streiten. Das Wesentliche ist die folgende bündige Erklärung:

„Ich glaube durchaus nicht, daß Deutschland auf einen Krieg mit uns ausgeht und ebenso nicht, daß wir einen Krieg gegen Deutschland zu führen genötigt sind. Was ich sehe, ist, daß Deutschland eine Marine besitzen will, und so weit ich urteilen kann, vermag nichts, was wir tun könnten Deutschland daran zu hindern, wenn sein Volk gewillt ist, die Kosten zu tragen."

Er weist darauf hin, daß Deutschland viele und mannigfaltige Interessen über See zu schützen habe, und daß es doch nicht Englands Aufgabe sei, „finding fault with Germany", sondern vielmehr das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Grey habe zudem erklärt, daß niemals weniger Grund gewesen sei, von Kriegsaspekten zu reden, als eben jetzt, da England größtes Entgegenkommen finde, wo immer es bemüht sei, zu freundschaftlicher Verständigung mit uns zu gelangen. Auch die Geringschätzung, mit der er von den Friedenskongressen spricht, hat uns gefallen. Sie sind meist Tummelplätze für große Eitelkeiten und haben bis zur Stunde, abgesehen vom Nobelpreise, nichts Praktisches zutage gefördert. Große Aufmerksamkeit wendet man jetzt in England vor allem der irischen Frage zu. Das Kabinett hält Sitzung über Sitzung und hat am 11. d. einstimmig beschlossen, daß die vornehmste Aufgabe der Session die Annahme einer Bill sein werde, die das Vetorecht der Lords limitiert. Voraus geht die Adreßdebatte, dann folgt das Budget, das ohne Diskussion angenommen und den Lords zurückgesandt werden soll. Der Ausführung dieses Programms stellen sich nun die Forderungen der Iren entgegen, die Asquith nötigen wollen, das Versprechen einzulösen, das er ihnen in betreff des Home Rule gegeben hat. Während Redmond, der Führer der irischen Majorität, sich zunächst begnügt hat zu verlangen, daß das Vetorecht des Oberhauses vor der Verhandlung über das Budget beseitigt werde, denn das Veto der Lords ist bisher stets das unüberwindliche Hindernis gewesen, dem Home Rule unterlag, wollen die von Healy und O'Brien geführten „Unabhängigen" das Budget überhaupt nicht bewilligen, weil es Irland in ungerechter Weise benachteilige, und außerdem schon bei der Adreßdebatte beantragen, daß auch ein auf Home Rule hinweisender Passus

der Adresse angeschlossen werde. Es handelt sich dabei um Wiederholung eines Antrags, den Redmond selbst im Februar 1905 eingebracht hatte und der folgendermaßen lautete:

„Wir stellen aber Ew. Majestät in Demut vor (humbly), daß das jetzige Regierungssystem in Irland im Gegensatz steht zum Willen des irischen Volkes und ihm keine Stimme gewährt bei Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten. Daß dieses System folglich unwirksam und übermäßig (extravagantly) kostspielig ist, das Vertrauen keines Teiles des Volkes genießt, allgemeine Unzufriedenheit und Unruhen erregt, und sich als unfähig erwiesen hat, in befriedigender Weise den materiellen und intellektuellen Fortschritt des Volkes zu fördern."

Damals wurde dieser Antrag der Iren von der lieberalen Opposition unterstützt, so daß das Kabinett Balfour nur mit knapper Not einer Niederlage entging (286 gegen 236 Stimmen, Deutschland und die große Politik 1905 pg. 70). Sowohl Redmond, der das Budget gern unterstützen möchte, wie Asquith sind dadurch in nicht geringe Verlegenheit gebracht, und es ist nicht undenkbar, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß infolgedessen das Kabinett sich entschließt, die den „Unabhängigen" lästigen Punkte des Budgets zu streichen. Anderseits sind die Unionisten eventuell bereit, Asquith zu unterstützen und das Budget gegen die Stimmen der Iren durchzubringen, wenn die Liberalen sich zu Zugeständnissen verstehen, die dem Interesse der Konservativen entsprechen. In jedem Fall muß es einen Handel geben, dessen Kosten die liberale Partei zu tragen haben wird. Zwischen Redmond und Healy aber sind Briefe ausgetauscht worden, die eine Versöhnung nahezu unmöglich machen. Endlich ist in Betracht zu ziehen, daß hinter O'Brien und Healy die amerikanischen Iren stehen.

Der „Gealic American", der von New York aus die Politik der „Unabhängigen" leitet, spricht sich folgendermaßen über die Lage aus:

„Nichts hat augenscheinlicher die Unbrauchbarkeit Redmonds zum Führer einer irischen Nationalpartei bewiesen, als das Ergebnis der letzten englischen Wahlen. Vor der Auflösung des Parlaments sagten er und der Mann, den er herübergeschickt hatte, (O'Connor), daß das weite Herz der arbeitenden Klassen Englands vor Begier flamme, Irland die Freiheit zu geben und die liberale Partei für

Home Rule gewonnen sei. Beide Angaben haben sich als falsch erwiesen. Die Arbeiter Englands sind so wenig vom Geist der Freiheit erfüllt, daß sie ihre eigene Arbeiterpartei und die Sozialisten nicht unterstützt haben, und diese jetzt um 25 v. H. schwächer vertreten sind als im vorigen Parlament. Sie sind saturiert durch Jingoismus und Korruption. Sogar John Burns, heute Kabinettsminister, einst Sozialist und Führer des Mob (die rote Fahne in der Hand), der auf einem Zug durch Westend die Fenster der aristokratischen Klubs des Viertels einwarf, ist heute ein in der Wolle gefärbter Vollblut-Rosebery-Rothschild-Imperialist.... und auf einen solchen Mann und eine sklavische Arbeiterschaft, die keinen höheren Wunsch hat, als billigen Tabak und billiges Bier, wollen Redmond und T. P. O'Connor, daß Irland seine politische Freiheit gründe, statt auf sich selbst.... Das Auftauchen einer unabhängigen Partei während der letzten Wahlen ist daher ein hoffnungsvolles Vorzeichen, und die Wählerschaften sind zu beglückwünschen, die den ersten Schritt getan haben, um sich von der sogenannten nationalistischen Partei zu emanzipieren, von der Herrschaft einer geheimen Kamarilla, welche Rechenschaft über ihre Ausgaben verweigert und denen nicht gehorcht, deren Diener sie sein sollte. Wir haben keinen Glauben an den Parlamentarismus, aber alles muß von den irischen Patrioten mit Befriedigung begrüßt werden, was den Ton des öffentlichen Lebens der Irländer hebt."

Die Idee ist offenbar, das Bündnis mit den Liberalen, an dessen Früchte die „Unabhängigen" nicht glauben, abzubrechen, und die Bedingungen als Ultimatum zu formulieren, unter denen allein die Unterstützung der Iren zu haben ist. Lehnt Asquith einen solchen Pakt ab, so könnte man ihn mit den Unionisten abschließen, die zudem die Macht haben werden, ihren Willen auch im Oberhause durchzusetzen. So viel Home Rule, als die Liberalen geben können, werde man auch von ihnen erlangen. Das zeigt wohl, wieviel Beachtung diese irische Frage auch außerhalb Englands zu finden verdient.

In Indien hat der Vizekönig Lord Minto dem gesetzgebenden Rat die Mitteilung gemacht, daß die vor 14 Monaten deportierten Staatsgefangenen freigegeben werden sollten. Die unionistischen Blätter sehen in dieser Maßregel einen unheilvollen Schritt auf einem Wege, der die ohnehin ernste Lage noch schwieriger machen werde, während die nationalistisch-indischen Blätter Beifall rufen. Es wäre

vermessen, besser als Lord Minto es vermag, darüber zu argumentieren, ob diese Milde Aussicht hat, eine Wandlung in der Stimmung der Inder herbeizuführen. Er hofft davon das Aufhören der immer lästiger werdenden Boykottbewegung. Andererseits heißt es, daß Lord Kitchener bereits bestimmt sei, Nachfolger Lord Mintos zu werden, und das würde ohne Zweifel, wenn es sich bestätigen sollte, darauf hinweisen, daß die Gnade, die einzelnen gewährt worden ist, noch keine Schwäche in der Bekämpfung der auf politische Selbständigkeit hinarbeitenden indischen Nationalisten anzeigen soll. Bisher aber haben wir noch keine Symptome dafür finden können, daß diese antienglische Bewegung abnimmt. Auch in Kanada steht ein Personalwechsel bevor. Der Generalgouverneur Earl Grey kehrt im Juni mit seiner Familie nach England zurück, und soll durch den früheren Gouverneur von Neu-Süd-Wales, Earl of Carrington, ersetzt werden, der von 1892 bis 1895 Lord Chamberlain war, und für einen intimen Freund des Königs gilt. Der „New York-Herald" vom 29. Januar, dem wir diese Notiz entnehmen, knüpft daran die indiskrete Bemerkung, einige kanadische Blätter erzählten, daß wenn der König und Lord Carrington allein seien, der Earl „can slap the king on the back" und ihn beim Vornamen rufe, ohne daß es ihm übelgenommen werde.

Dieser Tage ist die Debatte über die Flottenvorlage der kanadischen Regierung mit großer Lebhaftigkeit in Ottawa fortgesetzt worden. Sehr amüsanterweise operieren beide Teile mit der deutschen Gefahr, und zwar erklären die Mitglieder der Opposition, die Gefahr sei so groß, und so nahe bevorstehend, daß es unsinnig wäre, eine kanadische Flotte zu bauen, die doch nicht rechtzeitig fertiggestellt werden könne, man möge daher der britischen Admiralität sofort zwei Dreadnoughts schenken und die Frage der kanadischen Flotte bis auf den Spruch eines Plebiszits vertagen. Die Regierung dagegen erklärt, daß die deutsche Invasion so bald noch nicht kommen werde, und daß die Begründung einer kanadischen Flotte die einzig praktische und dauernde Lösung des Problems sei, in welcher Weise Kanada an der Verteidigung des Reiches teilnehmen solle. Auch könne nur so Kanada seine Stellung als „autonome Nation innerhalb des Reiches" behaupten. Der „Standard of Empire", auf dessen Telegramme unsere Angaben zurückgehen, spricht sich sehr optimistisch dahin aus, daß die

Regierung mit ihrer Vorlage durchdringen werde. Aber das steht in Widerspruch zu den Berichten der zuletzt eingetroffenen amerikanischen und kanadischen Zeitungen, die von einer steigenden auf ein Plebiszit hinarbeitenden Agitation berichten.

In Marokko ist es, glücklicherweise vorübergehend, zu ernsten Differenzen zwischen Mulay Hafid und den Franzosen in Anlaß der Bedingungen gekommen, die Frankreich an die Gewährung der Anleihe geknüpft hat, die dem Sultan zur Bezahlung der Schulden Marokkos oktroyiert worden ist. Es handelt sich dabei um 3 200 000 Lstr., die durch die Einkünfte der Zölle gesichert werden sollten, und Frankreich hat erklärt, daß es die Schauja und Ujda nicht räumen werde, bevor es die Zustimmung Mulay Hafids zur Aufnahme der Anleihe erhalten habe. Der Sultan war über die ihm gestellten Bedingungen jedoch so erbittert, daß er die französischen Militärinstrukteure sofort entließ, den Sekretär von seinem Angesicht verbannte, der ihm die französischen Bedingungen zur Unterzeichnung überbrachte und auch sonst seinem Grimm drastischen Ausdruck gab. Schließlich aber hat er nachgegeben und auch der Pascha von Azemmur, der sich weigerte, zwei Verbrecher den französischen Vertretern in der Schauja auszuliefern, hat sich schließlich gefügt. Es ist jetzt nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Erhebungen an den marokkanischen Zöllen zugunsten der Gläubiger beginnen werden. Ob dabei auch die Ruhe im Innern des Reichs sich behaupten wird, bleibt fraglich, da sich neuerdings Anhänger von Abdul Asis zu regen beginnen, so daß ein neuer Bürgerkrieg nicht zu den Unwahrscheinlichkeiten gehört.

Nächst den Restaurierungs- und Sicherheitsarbeiten, welche die Überschwemmung notwendig macht, und der großartigen Wohltätigkeit, die den Geschädigten zu helfen bemüht ist, beschäftigt — abgesehen von Chantecler — nichts die öffentliche Meinung Frankreichs mehr, als die Debatte über das Budget des Kriegsministeriums, da man die Apachen in der Armee unschädlich zu machen hofft, die in den letzten Monaten der Schrecken von Paris geworden waren. Auch sind dementsprechende Vorlagen eingebracht worden. Es sollen drei Organe zur Unterbringung der Ganz- oder Halbapachen geschaffen werden: 1. Sektionen Ausgeschlossener (sections d'exclus) für solche, die zu entehrenden Strafen verurteilt worden sind, 2. die

Afrika-Bataillone, 3. die Spezialsektionen, die an Stelle der bestehenden Disziplinarkompagnien treten sollen. Man wird namentlich bemüht sein, alle Vorbestraften von der Hauptstadt fernzuhalten.

In den kretischen Angelegenheiten ist eine Entscheidung noch nicht gefallen, denn mit Noten allein ist es nicht getan. Daß man dem Könige die Begnadigung von Typaldos und Genossen abgerungen hat, ist ein übles Zeichen. Noch schlimmer ist der steigende Einfluß von Venizelos, der nach den jetzt vorliegenden Nachrichten weit weniger harmlos und patriotisch erscheint, als ihn der aus griechischer Quelle stammende russische Bericht darstellt, den wir vor acht Tagen wiedergaben. Er scheint es darauf anzulegen, sich in Griechenland naturalisieren zu lassen, um als Grieche an der famosen Nationalversammlung teilzunehmen, und um sie dann nach den Interessen Kretas zu leiten. Wie er, denken auch noch andere Kreter zu tun, und man wird den „Débats" nicht unrecht geben, wenn sie darin eine Verhöhnung der Schutzmächte erblicken wollen. Da ist es von Interesse, auf eine Studie hinzuweisen, die einer der besten Kenner Kretas, der berühmte Archäologe A. J. Reinach, soeben veröffentlicht hat. Sie führt den Titel „La question Crétoise vue de Crète", und trägt als Motto die Antwort, welche die kretischen Insurgenten am 6. April 1841 dem englischen Admiral Stuart gaben (griechisch):

„Wir wollen weder Engländer noch eine Hegemonie, wir wollen in das griechische Vaterland einverleibt werden, und sollten wir darum Ströme von Blut vergießen müssen."

Reinach, dessen Sympathien auf seiten Kretas stehen, behandelt die Frage in fünf Abschnitten: Materielle und moralische Lage Kretas; die Insurrektion von 1905 und die Revolution von 1908; Kreta zwischen der Türkei und Griechenland; Kreta und die Mächte; die Lösung. Wir verweilen nur bei diesem letzten Abschnitt, obgleich auch die vier ersten lebhaftes Interesse erregen und reiche Belehrung bieten, wobei die wenig freundliche Beurteilung der deutschen und österreichischen Politik nicht weiter urgiert werden soll, obgleich sie recht unpassenden Ausdruck findet. Die Prämissen, die Reinach seiner Lösung des Problems vorausschickt, sind, daß das internationale Recht auf seiten der Türkei liege; für Kreta spreche kein Rechtssatz, aber der zwanzigmal wiederholte einmütige Wille eines Volkes lasse sich nicht auf die Dauer ignorieren: Griechenland habe keinen juri-

dischen Anspruch auf Kreta, aber man könne nicht verlangen, daß es den Wunsch der Kreter, der sein eigener sei, zurückweise. Die Mächte hätten einen Kongreß zur Lösung der Schwierigkeiten versprochen, aber ihr Versprechen nicht gehalten. Wenn sie alle einmütig wären, ließe sich ihr Wille oktroyieren, aber sie ständen in zwei Lagern einander gegenüber, und um Kretas willen einen europäischen Krieg zu entflammen, sei unmöglich. Der Ausweg sei, ein Mittel zu finden, das zugleich die Türkei, Kreta und die Griechen zufrieden stelle. Gebe England Cypern der Türkei zurück, so werde diese nichts mehr gegen die Vereinigung von Kreta mit Griechenland einzuwenden haben. Der Geheimvertrag vom 4. Juni 1878 habe den Engländern die Okkupation und die Verwaltung Cyperns gegen das Versprechen übergeben, „die Territorien Sr. Maj. des Sultans mit Waffengewalt zu verteidigen."

Nun sagt Reinach nicht, daß dieses Versprechen nie gehalten wurde, und daß dadurch das Recht auf die Okkupation Cyperns verwirkt sei, aber er weist — was vielleicht praktischer ist — darauf hin, daß England nie ein schlechteres Geschäft gemacht habe. Cypern habe keinen Hafen, der die Panzerschiffe der Jetztzeit aufnehmen könne, das Klima sei ungünstig, das ausschließlich Griechisch redende Volk trage den Engländern nur tiefe Antipathie entgegen, endlich, Cypern koste den Engländern weit mehr als es einbringe. Um die Herrschaft auf dem Mittelmeer zu behaupten, genügten Malta und Alexandrien. Die Pforte, die gegen Rückgabe von Novibazar die Annexion von Bosnien und Herzegowina anerkannt habe, werde sich nicht sträuben. Von Kreta habe sie keinen Nutzen. Eine türkische Flottenbasis in der Sudabei würden die Mächte nicht dulden, die erzwungene Aufrechterhaltung der Verbindung Kretas mit der Türkei werde aus der Insel entweder ein totes Gewicht oder einen blutigen Abgrund machen, die Freigebung Hellenen und die neue Türkei versöhnen. Die Ehre der Türkei aber sei durch den langen Widerstand, den sie geleistet, gerettet, und auch die Ehre der Mächte hafte an den Verheißungen, die sie Kreta gegeben. Reinach schließt mit einer pathetischen Beschwörung der Türken, sich diese Fragen wohl zu überlegen. Aber sollte die Beschwörung nicht viel mehr nach der anderen Seite zu richten sein? Unsere Leser erinnern sich vielleicht, daß auch wir auf Cypern als Lösung hingewiesen haben. Alles hängt daran, ob Eng-

land sich zu einem Opfer für Griechenland versteht. Wir glauben nicht, daß diese Frage im diplomatischen Verkehr der Mächte angeregt worden ist, die englische Presse jedenfalls hat keine Notiz davon genommen, und wenn wir von den Jonischen Inseln und von Helgoland absehen, deren Abtretung als Präzedens angeführt werden könnte, aber auf ganz besondere politische Kombinationen zurückging und später oft genug bedauert wurde, hat England immer nur aufgegeben, was sich durchaus nicht mehr behaupten ließ. Aber darin hat Reinach sicher recht, Cypern könnte die Lösung sein.

Uns ist aus Petersburg ein Artikel der „Semschtschina" zugeschickt worden, der von dem bekannten Schriftsteller Glinka verfaßt worden ist und den Titel führt: „Auf wessen Seite sollen wir uns stellen?" Herr Glinka hält nämlich, was wir nicht tun, einen Krieg zwischen Deutschland und England für unvermeidlich. In solchem Fall müßte Rußland eine Wahl treffen, und er rät mit guten Gründen und warmer Beredsamkeit, mit uns, den alten und zuverlässigen Freunden Rußlands, Hand in Hand zu gehen.

„Sollen wir zwischen Deutschland und England wählen, so wäre es der größte Wahnsinn, für England zu optieren."

Wir nehmen um so lieber davon Notiz, als fast die gesamte nicht zur Rechten gehörende Presse Rußlands auf entgegengesetztem Boden steht. Die Organe der Rechten sind auch die einzigen, die nicht an der Verdächtigung der in Rußland lebenden Deutschen teilnehmen und sich von dem verhetzenden Treiben der Neoslaven fernhalten. Zu einer interessanten Debatte, die das Verhältnis Rußlands zu Deutschland betraf, ist es am 5. d. M. im „Politischen Klub" zu Petersburg gekommen. Der Redner des Tages war Herr Wessélitzki (Boshidarowitsch), der berüchtigte „Argus"-Korrespondent der „Nowoje Wremja" aus London. Er hatte die Stirn, sich bei seinen Zuhörern als Freund Deutschlands (!!) einzuführen und seine Objektivität durch eine Kritik der englischen Politik, soweit diese in die Zeit vor dem Abkommen mit Rußland fällt, zu erweisen. Seither aber habe England eingesehen, daß es sich auf falschem Wege befand, und jetzt mache sich die Freundschaft beider Mächte bereits dadurch geltend, daß die Beziehungen Rußlands zu Japan, Italien, der Türkei und zu Schweden sich wesentlich gebessert hätten. Es schlossen sich daran Komplimente, die an die Adresse Kaiser Wilhelms, des Grafen Pourtalès und des Reichs-

kanzlers gerichtet waren, nebst dem Hinweis auf die möglichen Gefahren, die von seiten der Alldeutschen und namentlich von den Großdeutschen drohten. Es sei Aufgabe nicht nur der Gesellschaft Rußlands, sondern auch der übrigen Staaten, die deutsche Regierung in ihrem Kampf gegen diese Elemente zu unterstützen.

Hat man je eine größere Heuchelei erlebt, und glaubt Herr Wesselitzki wirklich, daß alles, was er gesagt und gedruckt hat, vor diesem Possenspiel, das er vorzuführen für gut befunden hat, in Vergessenheit geraten kann?

In der Diskussion, die sich an den Vortrag knüpfte, sprach Graf P. S. Tolstoi sich mit großer Entschiedenheit gegen die russisch-englische Kombination, die Herren Pilenko, Bajartschaninow und G. R. Brossowski für dieselbe aus. Eine Resolution scheint nicht gefaßt worden zu sein, aber der Beifall des Publikums gehörte den Gegnern des Grafen P. S. Tolstoi Das ist nun einmal die Stimmung, mit der wir zu rechnen haben. Charakteristisch ist jedoch, daß in beiden Lagern, dem der Rechten wie der Linken, die Angriffe gegen den Minister des Auswärtigen immer heftiger werden. Gerade jetzt findet wieder im Hinblick auf den bevorstehenden Kongreß in Sofia eine lebhafte Agitation statt, in der Herr Kramarsch, der ja unermüdlich zwischen Petersburg und Prag unterwegs ist und neuerdings von Herrn Iswolski empfangen wurde, das drängende Element darstellt. Aber es ist trotz all seiner Bemühungen nicht möglich gewesen, die galizischen Polen für die geplante Verbrüderung zu gewinnen, und auch die russischen Polen haben sich neuerdings von den Beratungen ferngehalten. Die Galizier haben sich das Einmischen in ihre Angelegenheiten sehr ernstlich verbeten. Es ist nicht einmal sicher, ob die Serben an dem Kongreß in Sofia teilnehmen werden, da die Gegensätze zwischen Bulgarien und ihnen trotz aller Förderationsgedanken wieder recht lebendig geworden sind.

Die jetzt vielbesprochene österreichisch-russische Annäherung bewegt sich — soweit sich nach den Äußerungen der Presse urteilen läßt — zunächst noch in Allgemeinheiten. In bezug auf die Balkanhalbinsel sprechen beide Teile von Erhaltung des status quo, also vom offiziellen Programm von Racconigi, minus der Balkanförderation, von der offiziell nicht gesprochen wird, und die sich auch praktisch nicht durchführen läßt, da sie im Widerspruch zum status quo steht. Wir

sehen die Kombination überhaupt nicht, unter der sie sich verwirklichen läßt, solange beide Mächte ihr Auge auf Mazedonien gerichtet halten und die Türkei stark genug bleibt, ihnen das Zugreifen zu verleiden. Eine Erhaltung des status quo, und nur desselben, entspricht aber durchaus den Bedürfnissen der österreichischen Politik, während sie der russischen Politik immer nur als vorläufiges Ziel vorschweben kann. Eine gegenseitige Verpflichtung würde also nur eine Bindung Rußlands bedeuten, die den Interessen Österreichs nur förderlich sein kann. Mit Sorge verfolgen wir die steigenden Schwierigkeiten, die den Türken in Arabien erstehen. Die Erhebung von Koweit trägt einen direkt gefährlichen Charakter, dessen Folgeerscheinungen von großer Tragweite sein können.

16. Februar 1910. Niederlage französischer Truppen in Madai.
19. Februar. Die schwedischen Kammern genehmigen die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.
20. Februar. Ermordung von Batros Pascha in Kairo.
21. Februar. Eröffnung des englischen Parlaments.
21. Februar. Publikation der Verfassung für Bosnien und Herzegowina.
22. Februar. Graf Ahrenthal in Berlin.

23. Februar 1910.

Wir kommen noch einmal auf das Echo zurück, das die Regierungsvorlage über die Wahlreform, die Rede des Reichskanzlers, Debatte und sozialistische Straßendemonstrationen im Auslande gefunden haben. Es ist ja immer lehrreich, zu verfolgen, wie die Ereignisse, in denen unser politisches Leben sich abspielt, von außen her gesehen erscheinen. Dabei fällt sofort auf, daß jenseits unserer Grenzen, wohin immer man blickt, das Auge sich auf Preußen richtet, sobald von deutschen Angelegenheiten die Rede ist. Das gilt auch in bezug auf den Reichstag und auf den Bundesrat: man sucht in ihren Beschlüssen vornehmlich den Anteil Preußens zu erkennen. Selbst in der ausländischen Geschichtsliteratur macht diese Tendenz sich geltend, alles Nichtpreußische tritt zurück, und zwar oft genug zum Schaden des historischen Gesamtbildes. Man übersieht, wie unendlich viel das außerpreußische Deutschland dazu beigetragen hat, das neue Preußen zu dem zu machen, was es geworden ist. Aber es liegt in alle dem doch die oft widerwillige Anerkennung der Tatsache, daß Preußen das Rückgrat Deutschlands ist, das Organ seiner Kraft und seines politischen Willens. Während man es ziemlich gleichmütig ansieht, wenn im Süden der Radikalismus an Boden gewinnt, erregt jeder Fortschritt, den er in Preußen macht, die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise, und da wir keineswegs die verwöhnten Lieblinge unserer Nachbarn sind, ist die Schadenfreude aufrichtig, mit der alles begrüßt wird, was Aussicht auf eine Schwächung der zentralisierten Kraft Preußens

zu bieten scheint. Wir werden uns daher nicht wundern, wenn die „Débats", die „Times", die liberalen und deutschfeindlichen Blätter Rußlands, soweit sie nicht die Parole erhalten haben, zu schweigen, sich über die Wahlrechtsvorlage entrüsten. Sie brauchten ja auch nur die Stimmen wiederzugeben, die im „Berliner Tageblatt", im „Vorwärts" und anderen ihnen mehr oder minder verwandten Organen laut geworden sind, um einen Köcher giftiger Pfeile bereit zu haben.

Aber auch andere Stimmen sind laut geworden und zwar charakteristischerweise in Frankreich, wo man sich durch das demokratischste aller Wahlrechte bedrückt und beinahe entrechtet vorkommt. Wir haben in den letzten Jahren, namentlich an der Hand der vortrefflichen „Revue politique et parlementaire", mehrfach auf die tiefe Unzufriedenheit hingewiesen, die das von einer Partei eroberte und mit Virtuosität gehandhabte allgemeine Wahlrecht hervorgerufen hat, weil trotz des so sorgfältig gewahrten Grundrechts der geheimen Wahl die faktische Beeinflussung der Wähler sich unwiderstehlich zum Vorteil der regierenden Partei geltend macht. Auch klingt aus den Artikeln des „Temps" und des „Figaro" ein Ton durch, der alles weniger als Geringschätzung der vom Reichskanzler vertretenen Anschauungen zeigt. Der „Figaro" schickt seiner Analyse der preußischen Verfassung die folgende melancholische Betrachtung voraus:

„So unangenehm es auch unserem republikanischen Selbstbewußtsein klingen mag: die Preußen sind freier als wir. Sie haben Rechte, die durch eine Verfassung garantiert sind. Freiheit des Individuums, Freiheit der Presse, Sicherheit des Briefgeheimnisses, Freiheit der Kulte, Freiheit des Unterrichts, mit einem Wort, die natürlichen Menschenrechte sind in aller Form durch diese Verfassung gesichert und in Preußen positive, unantastbare Realitäten. Und bei uns? .... Nicht wahr, jede Ausführung wäre überflüssig ...."

Und über das preußische Wahlrecht spricht sich der „Figaro" folgendermaßen aus:

„Es wählt also jedermann in Preußen, aber mit mehr oder minder Gewicht, je nach der Last, die der einzelne trägt; aber die Wahl ist indirekt und sie ist öffentlich, denn das preußische Gesetz denkt wie John Stuart Mill, wie Robespierre, wie die Kommune von Paris im Jahre 1792, wie die freiesten und stolzesten Republikaner der

demokratischsten Kantone der Schweiz, daß diejenigen unwürdig sind zu wählen, die nicht den Mut haben, für ihre Ansicht offen einzutreten."

Es schließt sich daran eine kurze Charakteristik der Änderungen, die das neue Programm der Regierung dem preußischen Abgeordnetenhause vorgelegt hat, wobei der „Figaro" daran erinnert, daß die Verfassungen der französischen Republik von 1791, 1793 und 1795 das indirekte Wahlrecht vorschrieben, und daß die allgemeine direkte Wahl erst 1848 in Frankreich eingeführt wurde.

„Preußen dachte bisher wie die französische Revolution. Heute will es unser System von 1848 annehmen." Dann heißt es am Schluß: „Man weiß bereits, in betreff welcher Punkte die Sozialisten und die Parteien der Opposition einen Kampf aufgenommen haben, dessen wahre Bedeutung und Tragweite niemandem entgehen kann. Sie wollen das gleiche und geheime Wahlrecht durch ihren Ansturm gewinnen. Es handelt sich dabei nicht um mehr oder minder Freiheit, sondern die systematischen Feinde des Eigentums und der Freiheit — nicht nur in Preußen, sondern in aller Welt — kämpfen um einen mehr oder minder großen Gewinn an Macht. Der Kampf findet in Preußen statt, aber er verliert dadurch nicht seine allgemeine Bedeutung. Sollten die preußischen Sozialdemokraten siegen, so wird ihr Sieg über die Grenzen Preußens hinauswirken (si les socialistes prussiens l'emportaient, leur victoire ne ferait pas une victoire aptère)."

Der „Temps" aber, dessen wir schon gedacht haben, weist darauf hin, daß Preußen, das die Einheit Deutschlands geschaffen, sich selbst ihr untergeordnet habe, aber ohne darum auf den eigenen Willen und die Selbständigkeit seiner Stärke zu verzichten. Mit den sentimentalen und hochherzigen Gedanken des Südens und Westens wäre das Reich nicht geschmiedet worden. Dazu sei die eiserne Faust im Handschuh der Hohenzollern unerläßlich gewesen. Herr v. Bethmann-Hollweg, der mit solcher Energie das Recht Preußens vertreten habe, sich gegen das Reichstagswahlrecht zu verteidigen, erscheint dem „Temps" als rechter Vertreter der individuellen Energie des Preußentums, und vor dieser, nicht vor den demokratischen Institutionen des Reiches, hat die Welt Respekt. Das Referat, das die Zeitung über die Rede des Präsidenten des Staatsministeriums gibt, ist vortrefflich,

und es entspricht ganz unserer Auffassung, wenn sie darin eine Tat erkennt, hinter der ein Wille steht, nicht bloß, wie irrtümlich interpretiert worden ist, einen philosophischen Dialog, bei dem es sich um Worte und geistreiche Wendungen handelt.

Das gleiche gesunde Urteil tritt uns im „Temps" bei Besprechung der Rede des Reichskanzlers im Reichstage entgegen. Offenbar sei Herr v. Bethmann-Hollweg nicht der Mann, seine Ansichten nach denen seines Auditoriums zu modeln.

„Man mag über seine Thesen denken, wie man will, jedenfalls wird man zugeben müssen, daß sie nur natürlich sind im Munde eines preußischen Ministerpräsidenten, der Reichskanzler ist."

Auch über die Frankfurter Unruhen ist das Urteil scharf und treffend:

„Es scheint, daß diese Unruhen vornehmlich durch jene zweideutigen Elemente hervorgerufen wurden, die man in allen Großstädten findet und die noch vor wenigen Monaten unter dem Vorwande, Herrn Ferrer zu feiern, die Laternen einschlugen und den Boulevard de Courcelles verwüsteten."

Wir schließen mit dem Hinweis auf eine Betrachtung des „Wiener Fremdenblattes", die sich gegen die Legende von dem neuen Reichskanzler wendet, der den Konservativen zuliebe die Zusagen des liberalen Fürsten Bülow abgeschwächt und das Tischtuch zwischen der Regierung und dem Liberalismus zerschnitten habe. Fürst Bülow habe nicht nur mit aller Entschiedenheit die Forderung abgelehnt, das Reichstagswahlrecht nach Preußen zu verpflanzen, sondern unumwunden bekannt, daß die Wahlrechtsforderungen der gemäßigtsten liberalen Partei ihm als unausführbar erschienen. Er hat bekanntlich in seiner Rede vom 10. Januar 1908 ganz direkt erklärt, daß er die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen könne. In derselben Rede sagte er, daß jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrechterhalten und sichern, sowie auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müsse, wobei auf Alter, Besitz und Bildung des Steuernden hingewiesen wurde. Damals, so erinnert das „W. Fr.-Bl.", hätten nicht nur die Konservativen, sondern auch die National-

liberalen Beifall gezollt. Weshalb das heute nicht der Fall ist, das zu erörtern ist hier nicht die Stelle. Wohl aber legen wir Wert darauf, auch auf diese Stimme des Auslandes aufmerksam zu machen.

In England hat man all diesen preußischen Gegensätzen keine Aufmerksamkeit gewidmet: es werden wohl die allerwenigsten Engländer überhaupt eine Vorstellung von preußischer Verfassung und deutscher Reichsverfassung haben. Man greift mit Vergnügen auf, was sich irgend als im Gegensatz zur Politik Bismarcks und unseres Kaisers stehend erkennen läßt und Aussicht auf eine Schwächung Preußens und des Reiches bietet. Die Engländer sehnen sich nach den Zeiten zurück, da die „old gemütlichkeit" das Kennzeichen Deutschlands war, das heißt die Zeit, als deren politisches Symbol der deutsche Michel mit der Schlafmütze galt. Man mag darüber spotten, aber das alles hat seine sehr ernste Seite. Bei uns werden politische Verfassungsformen nicht zu einem Kulissenbau umgebildet. Wir haben nicht, wie in England, eine regierende Oligarchie, die sich aus Vetterschaften zusammensetzt, keinen Wahlmodus, bei dem sich die Stimmen durch Geld oder Begünstigungen erkaufen lassen, kein König- und Kaisertum, das ein Schemen wäre, keine Regierung durch Amateurs oder durch Karrieristen der Presse. Sidney Law in seinem 1904 erschienenen Buche „The Governance of England" charakterisiert die englische Regierung, wie sie sich nach den großen Reformen gestaltet hat, dahin, daß alles beim alten geblieben sei. Kein Mensch denke an égalité. Die καλοὶ καγαθοί beherrschen Gesellschaft und Politik, und die letztere ist ein Vorrecht der „society" und aristokratische Beschäftigung, nur hat sich heute allmählich das plutokratische Element in den Vordergrund gedrängt. Aber Aussicht, in das Parlament gewählt zu werden, hatte noch zu Anfang der Regierung Viktorias nur ein Honourable, Baron oder Earl, nicht der Sohn eines Kaufmanns. Jetzt kommen auch Arme hinein, aber doch nur, wenn ihnen eine politische oder industrielle Organisation die Wahlkosten trägt. So geschieht es mit den Vertretern der Trade Unions, zum Teil mit den Vertretern der schottischen, Walliser und irischen Wähler, wobei bei letzteren die Kosten häufig von Amerika aus bestritten werden. Bei den letzten Wahlen haben die Wahlkosten meist 700 Lstr. für den Kandidaten betragen, gleichviel ob er gewählt wurde oder nicht,

sie sind aber in vielen Fällen auch weit über 1000 Lstr. hinausgegangen. Dazu kommt noch der überaus kostspielige Aufenthalt in London während der „season". Im Kabinett aber, das, wie Law sagt, „at the dinner table" geboren wird, sind die nicht zur „Gesellschaft" gehörenden Elemente noch weit seltener. Es ist ein geheimes Komitee unter dem Präsidium des Prime-Minister, der vorbringt, was er will, und die Sitzung schließt, wenn es ihm beliebt, und über den Gegenstand der Verhandlung erfährt die Öffentlichkeit niemals das geringste. Auch werden neue Gesetze nicht vom Parlament gemacht, sondern vom Ministerium unter Zustimmung der Majorität und lebhaftem Widerspruch der Minorität, der stets wirkungslos bleibt. In Wirklichkeit ist die Gesetzgebung in Händen derjenigen Mitglieder des Hauses, die den inneren Ring des jeweiligen Kabinetts bilden, und ihm, d. h. dem Prime-Minister, hat die Majorität blind zu gehorchen, denn ein Parlamentsmitglied wird gewählt, um für oder wider ein bestimmtes Ministerium zu stimmen, nicht um eigene Ansichten zu vertreten. Man wählt für oder wider Asquith oder Balfour, und nur eine Parlamentsauflösung oder, was sehr selten geschieht, ein Zufall kann die einmal gewonnene Majorität gefährden und eine andere an ihre Stelle setzen, die dann dem neuen Prime-Minister ebenso blind zur Gefolgschaft verbunden ist. Eine Kontinuität ist nur in der auswärtigen Politik, die den nationalen Instinkten entsprechen muß, zu verfolgen. In der inneren Politik hat bisher die Abneigung der Engländer gegen jede Neuerung dahin geführt, daß ein langsameres Tempo der fortschreitenden Entwicklung eingehalten wurde als etwa bei uns. Nur neuerdings beginnt sich auch hier eine Wandlung geltend zu machen, aber wie sehr ist noch heute die Sozialpolitik Englands im Rückstande.

Sehr charakteristisch, und in scharfem Gegensatz zu den parlamentarischen Gebräuchen des Kontinents ist auch das Recht, die Regierung zu interpellieren. Es kann nämlich an vier Wochentagen $^3/_4$ Stunde lang jede Frage, die vorher angemeldet ist, an das Kabinett gerichtet werden. Wird eine mündliche Antwort gewünscht, so macht man ein Kreuz bei der Anfrage, wenn nicht, so läßt man die schriftliche Antwort des Ministeriums zirkulieren. Aber der Speaker hat das Recht, jede Frage zurückzuweisen, die ihm nicht zulässig scheint, weil sie zu lang oder ironisch oder mißbräuchlich ist, oder wenn sie den

Charakter oder die Tätigkeit eines Ministers betrifft, oder sich auf eine Frage bezieht, über welche in der Session schon diskutiert worden ist, oder endlich, wenn sie die Lösung einer abstrakten Frage oder einen hypothetischen Vorschlag enthält. Außerdem aber kann der Minister, wenn es ihm so nützlich erscheint, eine Antwort einfach verweigern.

Das sind so einige Punkte aus dem englischen Verfassungssystem, die wir hervorgehoben haben, um unseren theoretischen Bewunderern fremder parlamentarischer Zustände nahezulegen, sich zu fragen, wie ihnen die Schnürstiefel dieser Ordnungen gefallen würden. Auch das beschränkte englische Wahlrecht, die Allmacht der englischen Richter und vieles andere würde ihnen schlecht behagen, vielleicht auch jene englische Arbeiterpartei nicht, deren Tyrannis in mancher Beziehung drückende, in jedem Fall ungewohnte, dem deutschen Wesen unbehagliche Formen annimmt, gegen welche der, trotz aller Tyrannei unserer sozialdemokratischen Führer fortbestehende Sinn für Selbständigkeit unserer Arbeiterwelt sich aufbäumen würde. Endlich hat es die Majorität in ihrer Hand, unbequeme Anfragen der Minorität dadurch unmöglich zu machen, daß sie die gefürchteten Fragen vorher selbst ankündigt und sie dann während der Session nicht vorbringt. Die geschehene Ankündigung aber verpflichtet den Speaker, jede Anfrage zurückzuweisen.

Um diese etwas weit ausgesponnenen Vergleiche zu resümieren: wir meinen, wer nach wahrer Freiheit sucht, nach der Freiheit, die sich nicht auf der Unfreiheit anderer aufbaut, und jedem den Spielraum gibt, sich zu betätigen nach seinen Fähigkeiten, der findet sie in weit höherem Grade bei uns als sonst irgendwo in den komplizierten Verhältnissen unsres alten Kontinents. Ein über den Parteien stehendes Königtum, das im Innern die Tyrannis keines Standes und keines rücksichtslosen Sonderinteresses aufkommen läßt und sich nach außen hin die Machtmittel konserviert, das Vaterland zu verteidigen und seine Interessen kraftvoll zu vertreten, das ist unser politisches Ideal. Es hat sich, soweit die Unvollkommenheit alles Menschenwerkes es gestattet, in unsrer preußischen Verfassung bewährt; für die fortwirkende lebendige Kraft dieser Verfassung ist Herr von Bethmann-Hollweg vor Abgeordnetenhaus und Reichstag eingetreten, und wir zweifeln nicht daran, daß er recht behalten wird mit dem,

was man seine Philosophie nennt und das doch nichts andres ist, als der Ausdruck eines festen und stolzen preußischen und deutschen Staatsbewußtseins.

Die beiden großen politischen Fragen der auswärtigen Politik stehen so unmittelbar vor einer Entscheidung, die zu neuen Ausblicken führen muß, daß wir für heute darauf verzichten, auf die Balkanfrage und die parlamentarische Krisis in England einzugehen. Dagegen bereiten sich schwer zu übersehende Zukunftsmöglichkeiten in Nordafrika und Vorderasien vor. Dem Vorgehen Frankreichs in Marokko sehen wir mit einiger Unruhe entgegen. Die französische Kolonialpartei ist in den letzten Wochen sehr lärmend und sehr anspruchsvoll aufgetreten. Sie macht kaum ein Hehl daraus, daß sie an eine Eroberung Marokkos denkt; auch scheint es, als ob nach Vorwänden gesucht wird, um Mulay Hafid in eine Lage zu bringen, die ihn in unheilbaren Gegensatz zu seinem Volke setzt und ihn vor die Alternative eines Bürgerkrieges oder eines Bruches mit Frankreich stellt. Ein marokkanischer Krieg Frankreichs kann aber unter keinen Umständen die völkerrechtlichen Stipulationen von Algeciras beseitigen und die Schranken, die damit, trotz des Abkommens vom 8. Februar 1909, auch Frankreich gesetzt wurden, wird man in Paris wohl ebenso fest im Gedächtnis haben, wie hier in Berlin. Wir können uns daher nicht denken, daß die französische Regierung sich mit den Heißspornen der Kolonialpolitik identifizieren wird. Auch weisen die letzten Ereignisse in Wadai darauf hin, daß es unvorsichtig ist, den Fanatismus der islamischen Bevölkerung herauszufordern. Es läßt sich nicht übersehen, daß ein einheitlicher Zug der Erregung von Casablanca nach Kairo und Sudan, durch Arabien, Persien und Afghanistan bis nach Buchara und Indien geht, und es bedeutet eine ungeheure Gefahr, wenn einmal diese Flammen zusammenschlagen. In Anlaß des tragischen Unterganges des tapferen Hauptmanns Fiegenschuh ist es jetzt wieder zu recht lächerlichen Äußerungen eines exaltierten und etwas komödiantenhaften Chauvinismus gekommen. Was soll es sagen, wenn der „Eclair" Fiegenschuh feiert als das stolze Bild „de l'Alsace militaire et fidèle" und uns dabei zuruft, „daß das Elsaß noch immer in Frankreich fortlebt durch die Soldaten, die es dem Lande liefert, „qu'elle y perpétue la mémoire du passé et y alimente l'espérence de l'avenir". Es knüpft sich daran die interessante Notiz,

daß es in der französischen Armee mehr als 3000 vor und nach dem Kriege geborener Offiziere Elsässer oder Lothringischer Herkunft gebe; Korpskommandanten, Divisionsgenerale, Brigadiers, den neuen Chef des Militärkabinetts — die Unteroffiziere und die Fremdenlegionäre nicht mit eingerechnet. Was sollen diese Deklamationen? Sie geben ein Zeugnis für die tüchtigen militärischen Anlagen dieser Rasse, die offenbar den Vollblutfranzosen starke Konkurrenz macht. Kein Mensch hat darüber bei uns ein Wort verloren. Aber das ewige Kokettieren mit Elsaß-Lothringen, das z. B. in dem „Journal des Débats" stets als etwas Besonderes vor der Rubrik „Allemagne" behandelt wird, als wären es innere französische, nicht deutsche Angelegenheiten, trägt wesentlich dazu bei, Gegensätze lebendig zu erhalten, die keinem von beiden Teilen von Nutzen sind und die Unsicherheit der europäischen Lage gewiß nicht mindern.

Die Ermordung des ägyptischen Ministerpräsidenten Butros Pascha, eines koptischen Christen, durch einen fanatischen ägyptischen Nationalisten, zeigt, daß leider die Nachfolger Mustafa Kamel Paschas ihre Anhänger nicht in der Hand haben. Die Reise des Khedive nach Mekka und Medina hatte ihn den Gedanken des ägyptischen Nationalismus merklich nähergeführt, es kann kaum zweifelhaft sein, daß er jetzt wieder von ihnen abrücken wird. Der Aufstand in Arabien nimmt immer größeren Umfang an und wird von russischen Blättern in engen Zusammenhang mit dem Abfall von Koweit gebracht. Dieselben Blätter kündigen einen bevorstehenden Aufstand in Buchara an, obgleich der Emir gerade jetzt in Petersburg ist und dort in fast beispielloser Weise gefeiert wird. Der „Golos Moskwy" knüpft an diese Nachrichten sehr bittere Angriffe auf die leitenden Kreise. Auch die japanische Kriegsgefahr wird trotz des augenscheinlichen Zusammengehens von Rußland und Japan in Anlaß eines Berichts des kürzlich aus dem fernen Osten zurückgekehrten Senators Gleßmer wieder in den Vordergrund der Verhandlungen gezogen, kurz, man müßte annehmen, daß es in Mittel- und Ostasien bald neue und schwere Verwicklungen geben wird, wenn man nicht wüßte, wie sehr die Phantasie in Rußland bei solchen Erörterungen mitspielt.

Aus amerikanischen Zeitungen sehen wir, daß drüben ein Artikel Aufsehen erregt, der Mitte vorigen Monats in der „Vossischen Zeitung" unter dem Titel „Tafts Rückzug vor den Trusts" erschien.

In der Tat unterschätzen die Ausführungen der „Vossischen Zeitung" sowohl was von Tafts Seite geschehen ist, wie die Schranken, welche ihm die Verhältnisse setzen, mit denen er zu rechnen hat, weil sie Realitäten sind. Wir haben uns den Passus der Botschaft vom 7. Januar 1910, der die Trusts betrifft, genau angesehen. Er betont, daß das Sherman-Antitrustgesetz nicht gegen die Korporationen als solche gerichtet sei, sondern gegen die Mißbräuche, welche aus einem absoluten Unterdrücken der Konkurrenz und der vollkommenen Monopolisierung gewisser Handelsgebiete sich ergäben. Ein Unterschied zwischen „guten" und „bösen" Trusts sei nicht durchzuführen, auch hätten die Entscheidungen des obersten Gerichtshofes gezeigt, wie das Antitrustgesetz anzuwenden sei, so daß die Notwendigkeit einer Änderung des Wortlauts des Antitrustgesetzes nicht mehr notwendig sei. Dagegen will die Regierung eine Untersuchung über Gründung, Zweck und Geschäftsführung der einzelnen Gesellschaften einleiten, um festzustellen, welche von ihnen strafbar sind, und zugleich ein neues Gesetz über die Neubildung derartiger Korporationen vorschlagen. Hiernach soll Gesellschaften zum Betriebe zwischenstaatlichen und ausländischen Handels die Möglichkeit gegeben werden, sich unter bundesstaatlicher, nicht wie bisher unter einzelstaatlicher Aufsicht zu organisieren. Das wird dann bis ins Detail hinein spezialisiert. Nun wollen wir nicht bestreiten, daß man die Trusts auch stärker anfassen könnte, vorausgesetzt, daß die Stellung der Parteien im Kongreß, mit denen der Präsident nun einmal rechnen muß, es möglich macht. Im Hause der Repräsentanten, in dem die Demokraten eine starke Minorität darstellen, hätten sich schärfere Maßregeln durchsetzen lassen, im Senat aber stellt die Majorität geradezu eine Vertretung des Trusts dar, und der Präsident hat keine Möglichkeit, sie daran zu verhindern, daß sie ihre eigenen Interessen mehr in Berücksichtigung ziehen als die der Gesamtheit. Daran würde selbst eine so durchgreifende Energie wie die Roosevelts scheitern müssen. Endlich gehen die *Vorschläge* des Präsidenten — denn mehr steht ihm nicht zu — erst aus den Kommissionen des Kongresses als Gesetzentwürfe hervor. Die Vorschläge, die in der Botschaft gegen die Trusts gerichtet sind, hat der Attorney-General Mr. Wickersham ausgearbeitet, der einer der ersten Rechtsanwälte New Yorks war, und sowohl für Realitäten, wie für die Gefahren der Trusts offene Augen hat. Endlich wäre die

Aufregung von Mr. Pierpont Morgan über die Absichten des Präsidenten schwer zu erklären, wenn es sich um eitel Schaumschlägerei handeln sollte. Uns steht somit fest, daß an Tafts Absicht, den Trusts die Flügel nach Möglichkeit zu beschneiden, kein Zweifel aufkommen kann. Ob es ihm gelingt, durchzudringen, das freilich ist eine andere Frage.

23. Februar 1910. Aufhebung der Zuschlagszölle für deutsche Waren in Kanada. Ferdinand von Bulgarien in Zarskoje Sselo. Flucht des Dalai Lama nach Indien.
24. Februar. Flucht des Präsidenten Madriz von Nicaragua.

2. März 1910.

Das neue englische Parlament hat die erste Woche seiner Tätigkeit hinter sich liegen; aber weder Thronrede noch Debatten haben die politische Lage so weit geklärt, daß man mit einiger Sicherheit die kommende Entwicklung vorhersehen könnte. Das einzige, was feststeht, ist, daß unter allen Umständen die Rüstungen zur See in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Bisher hält die Arbeiterpartei zur Regierung, und es ist sicher, daß sie für das Budget Lloyd Georges eintritt, was in betreff der Iren nur unter bestimmten Voraussetzungen gilt. Die Billigung des Budgets bedeutet ihrerseits eine Konzession, denn es ist eine alte Klage der Iren, daß sie ungerecht besteuert werden. Ebenso ist die Frage der Reform des Oberhauses für sie nur Mittel zum Zweck und darin steht ihre Auffassung derjenigen strikt entgegen, die von den Arbeitern und der liberal-radikalen Koalition vertreten wird. Das Vetorecht soll den Lords genommen werden, damit Home Rule für Irland möglich werde. Das ist ihr Standpunkt. Die Arbeiter aber wollen Beseitigung des Veto aus prinzipiellen Gründen. Es ist ihnen die Hauptfrage, und Zustimmung zum Home Rule für Irland wäre von ihrer Seite eine Konzession, zu der sie sich eventuell verstehen könnten, deren Ablehnung ihrerseits aber keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehört. Die Ministeriellen quand même vertreten mit Überzeugung und Entschiedenheit nur Budget und Reform des Oberhauses, sind in letzterer Hinsicht zu Zugeständnissen bereit, und haben das Home Rule nur in ihr Programm aufgenommen, um die Stimmen der Iren nicht zu verlieren. Mr. Asquith ist weit davon entfernt, ein Home Ruler aus Überzeugung zu sein, wie es Gladstone zu Ende seiner politischen Laufbahn

geworden war. Während nun Redmond und dessen Anhänger sich wohl auch mit Maßregeln zufrieden geben werden, die auf den Weg zum Home Rule führen, will die Gruppe der „Unabhängigen" unter den Iren von solchen Halbheiten nichts wissen; sie stehen dem Ministerium sehr mißtrauisch gegenüber und steifen Redmond den Nacken, wie sich schon jetzt erkennen läßt. Jedenfalls liegt es in der Hand der Iren, von heute auf morgen das Ministerium zu stürzen, sobald sie sich in einer beliebigen Frage auf seiten der Opposition stellen. Denken wir uns, daß dieser Fall eintritt, so ist zweierlei möglich, entweder das Ministerium resigniert und Balfour übernimmt die Bildung des neuen Kabinetts, oder aber Asquith läßt sich vom König bevollmächtigen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Im ersteren Falle würde Balfour sofort genau in dieselbe unglückliche Lage geraten, in der das jetzige Parlament sich befindet, d. h. er würde sich nicht allein auf seine unbedingten Anhänger stützen können, sondern genötigt sein, in den Reihen der Arbeiter und Iren Hilfstruppen zu suchen, die nur durch große Zugeständnisse zu gewinnen wären und die ihn jederzeit wieder in Stich lassen können, im anderen Fall aber, wenn nämlich das Parlament aufgelöst wird, ist, auch abgesehen von den ungeheuren Kosten, die damit für alle Teile verbunden sind, der Ausgang unsicher. Die Wahrscheinlichkeit spricht daher dafür, daß, für den Fall einer Niederlage, Asquith zurücktritt und Balfour sich weigert, das Ministerium zu übernehmen, so daß es wieder an die Liberalen zurückfällt. Es wäre genau die Lage, wie sie im Juni 1885 war: Asquith würde, wie damals Salisbury, nur durch die Gnade der Gegner weiter regieren und diese es in ihrer Hand haben, den Moment für die Auflösung des Parlaments zu wählen, der ihren Wahlaussichten der günstigste ist. Aber auch daran mag erinnert werden, daß 1893 und 1894 Gladstone sich das volle Home-Rule-Programm zu eigen machte und es durchzusetzen schien. Er konnte seinen Plan nicht ausführen, weil er an einem schweren Augenleiden erkrankte und Roseberry, der an seine Stelle trat, das Home Rule vertagte. Als dieser dann im Juni 1895 völlig entmutigt zurücktrat, gaben die Neuwahlen den Konservativen die überwältigende Majorität, durch die sie sich 10 Jahre lang zu behaupten vermochten. Auch das letztere könnte sich wiederholen, wenn eine politische Krisis ernster Natur die Aufmerksamkeit der Nation auf die

auswärtige Lage lenken sollte, vielleicht auch schon, wenn eine neue Panik, wie im vorigen Jahre, ausbrechen sollte, wozu z. B. die falschen Angaben Herrn Gaedkes über den Ausbau unserer Flotte, oder das Auftauchen des 32 000 Tonnentyps in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan den Anstoß geben könnten, oder endlich ein beliebiger anderer Anlaß, denn für eine Panik gibt es gewiß nicht weniger Gründe als, nach einem bekannten Spruch für das Trinken.

Im Augenblick ist die Lage die, daß das Ministerium seine Antwortsadresse auf die Thronrede glücklich durchgebracht hat, und daß nunmehr das Ministerium mit seinem Aktionsprogramm für diese Session hervortreten muß. Es wird den Lesern bereits bekannt sein, wenn diese Zeilen ihnen zu Gesicht kommen. In jedem Fall wird es ein Verlegenheitsprogramm sein.

In Kanada ist die Entscheidung über die Flottenfrage noch nicht gefallen. Die französischen Kanadier leisten der Regierung, ihrem Landsmann Laurier zuliebe, zwar Gefolgschaft, aber nur widerwillig; offene Gegener des Flottenplans sind die nordwestlichen, getreidebauenden Provinzen, in denen das deutsche und amerikanische Element besonders stark vertreten, dagegen ist die eigentliche Stütze der Regierung die Provinz Ontario; sie geht sogar so weit, daß sie von sich aus England zwei Dreadnoughts schenken will. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Regierung auch ohne Referendum ihren Willen durchsetzen wird, aber sie will sich in jedem einzelnen Fall vorbehalten, selbst darüber zu entscheiden, ob sie an einem Kriege, den England führt, teilzunehmen hat; es ist aber schwer glaublich, daß diese theoretische Wahrung der eigenen Selbständigkeit vor der Realität einer von England verlangten Teilnahme standhalten wird. Übrigens verlangt die Ausführung des Flottenprogramms 5 Jahre und die Ausgaben dafür sind, abgesehen von den für Erbauung der Schiffe erforderlichen Summen, im kanadischen Parlament folgendermaßen veranschlagt worden:

Im ersten Jahre 1 250 000 Dollar, im zweiten 1 447 000 Dollar, im dritten 1 704 000 Dollar, im vierten Jahre 2 254 000 Dollar. Die jährlichen Kosten für Instandhaltung der Flotte werden auf 3 680 000 Dollar berechnet, wozu dann noch die Marineschule mit 751 000 Dollar kommt. Das würde in Summa auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 1,25 Dollar geben. Überhaupt scheint es, daß

Kanada bald in die Bahnen treten wird, welche in Europa zu einer politischen Notwendigkeit geworden sind. Dem „New York Herald" wird aus Ottawa gemeldet, daß die kanadische Artillerie mit großer Energie Kriegsmanöver macht, da für den Fall eines Krieges es nötig sein würde, auch im Winter zu kämpfen. Es handelte sich bei diesen Manövern namentlich darum, einem landenden Feinde durch Zerstörung von Brücken und sonst auf jede Weise das Vorrücken zu erschweren. Übrigens hatte Sir Frederic Borden, der Minister für Miliz und Landesverteidigung, sehr nachdrücklich erklärt, daß keinerlei Gefahr eines Krieges mit Deutschland existiere. Um mit diesen kanadischen Angelegenheiten abzuschließen, weisen wir noch darauf hin, daß die „London Mail" und der Berliner Korrespondent des „Standard" auf das höchste durch die deutsch-kanadische Handelsverständigung beunruhigt werden. Obgleich England unter allen Umständen um ein Drittel weniger an Zollabgaben zu zahlen hat, als der kanadische Generaltarif bestimmt, halten diese Herren den Handel nunmehr für ernstlich gefährdet. Sie fürchten sich vor den deutschen Handlungsreisenden, vor der deutschen Einwanderung, den deutschen Dampferlinien, und werfen den Kanadiern sehr ernstlich vor, daß sie ihr Handelsabkommen mit Deutschland, ohne Rücksicht auf England negotiiert hätten. Kann man sich ein größeres Armutszeugnis ausstellen?

Den Unruhen in Allahabad messen wir zunächst größere Bedeutung nicht bei, sie werden wahrscheinlich sehr bald niedergeschlagen sein. Aber es läßt sich nicht übersehen, daß die englischen Vasallenfürsten in Indien höchst unpopulär sind. Der große Lärm, den die Flucht des Dalai Lama nach Indien hervorrief, ist bald verstummt, und es wird wohl bei der Entscheidung bleiben, welche die chinesische Regierung getroffen hat; ein anderer Dalai Lama wird als siebzehnte Inkarnation des Buddha gefunden werden und Tibet enger als bisher unter Kontrolle Chinas treten. Hier hätten wir einen Fall, da das russisch-englische Abkommen wohltätig gewirkt hat — wenn es eingehalten wird. In England freilich werden Stimmen laut, die es bedauern, daß aus den Erfolgen, die 1904 Younghusband nach Lhassa führten, nicht die entsprechenden Konsequenzen, d. h. die Begründung einer neuen Vasallenschaft, gezogen worden sind. Diese Stellung ist durch das russisch-englische Abkommen von 1907 endgültig vergeben, was dem liberalen Kabinett nicht ohne Bitterkeit vorgehalten wird,

aber Komplikationen verhütet und eine Assekuranz für China bildet. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sich in China Wandlungen vorbereiten, die eine wesentliche Steigerung der Macht dieses Riesenstaates ankündigen. Die durch Befehl des Kaisers Kwangsü 1908 angekündigte Verfassung ist keineswegs ein leeres Wort geblieben. Er hatte für Durchführung seines Zieles einen Termin von 9 Jahren, also bis 1917, festgesetzt, wobei jedem Jahr bestimmte Aufgaben gestellt waren. Vorsichtiger als in Rußland geht man gradatim vor. Bisher sind, nach einem Bericht, der dem „Golos Moskwy" aus Tientsin zugeht, die folgenden Vorbereitungen getroffen worden. In Peking ist ein „Komitee zur Beratung von Staatsangelegenheiten" und ein „Rat für konstitutionelle Reformen" eingesetzt worden. In den Provinzen bestehen Provinzialkomitees, die eine Art Provinzialparlament darstellen, und sanktionieren die lokale Gesetzgebung; Städte, Siedlungen und Dörfer haben Selbstverwaltung erhalten. Das Ministerium des Innern hat alle Vorbereitungen für eine Volkszählung getroffen und der Befehl ist bereits erlassen, daß die Zählung in den Provinzen beginnen soll, das Finanzministerium hat Erhebungen angestellt, um die Priovinzialbudgets zu ordnen, das Unterrichtsministerium Volksbücher herausgegeben und die Frage eines vereinfachten Alphabets unter Verminderung der Zahl der Hieroglyphen studiert, endlich werden Schulen für Ausländer eröffnet. Nebenher gehen die Bemühungen, das Laster des Opiumrauchens einzuschränken. Die Opiumkommissionen registrieren die Namen der Opiumraucher, und den Opiumhändlern ist genau vorgeschrieben, wieviel Opium sie jedem Raucher auf Grund eines amtlichen Zeugnisses liefern dürfen, wobei die verabfolgten Dosen in bestimmtem Verhältnisse abnehmen. Die Geldstrafen für Überschreitung dieser Vorschriften sind so hoch gegriffen, daß kein Händler sie zu verletzen wagt. Seit dem 2. März 1909 ist die Kultur des Opiums in 6 Provinzen verboten, mit dem Jahre 1910 dehnt sich das Verbot auf zehn weitere Provinzen aus, und 1913 wird es in ganz China keine Opiumkultur mehr geben. Der daraus sich ergebende Ausfall wird durch Einführung einer Stempelsteuer ausgeglichen. Auch die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts ist in Aussicht genommen und durch Begründung von Volksschulen vorbereitet, für welche Lehrer in besonderen Seminaren herangebildet werden.

Mit großer Energie schreitet China auch an die Vervollkommnung seiner Armee. In Sicht genommen sind 36 Divisionen Infanterie, von denen 15—16 bereits formiert sind. Die Gardedivision ist soeben komplett geworden, das Ziel die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Es ist aber erstaunlich, wie populär der Kriegsdienst geworden ist und mit welchem Stolz die Chinesen auf ihre junge Armee blicken, wie denn überhaupt eine tiefe patriotische Bewegung durch das Land geht. Eine Versammlung von Vertretern der Provinzialparlamente hat kürzlich in Schanghai getagt und eine Petition an den Thron gerichtet, schon jetzt an die Eröffnung des Reichsparalaments zu schreiten. Ob die Regierung sich dadurch von der weisen Langsamkeit und Vorsicht ihrer Reformen wird abdrängen lassen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist die Tendenz all dieser Bestrebungen darauf gerichtet, China auf eigene Füße zu stellen. Sie ist ihrer Natur nach den Nationen feindselig, die auf chinesischem Boden Fuß gefaßt haben. Daß sie zu einer neuen Abschließung Chinas von der Außenwelt führen könnte, kann als ausgeschlossen gelten, aber sie kann ein gewaltiger Faktor der neuen asiatischen Bewegung werden, und jenes Vordringen der Chinesen nach Tibet scheint uns ein erster Schritt nach dieser Richtung zu sein. Der Korrespondent des „Golos Moskwy", dem wir uns meist angeschlossen haben, behauptet, daß die gesamte chinesische Presse sich gegen die Neutralisierung der mandschurischen Bahnen ausgesprochen habe, weil sie eine Minderung der souveränen Rechte Chinas in der Mandschurei bedeuten. So allgemein gefaßt, ist die Behauptung gewiß nicht richtig, und bekanntlich hat die chinesische Regierung die entgegengesetzte Haltung eingenommen. Daß aber die Eisenbahnpolitik des Staates und das Konzessionswesen von der neuen Strömung, die durch das Land geht, nicht günstigen Auges angesehen wird, ist sicher. Schon jetzt ist ein Antrag mehrerer Provinzialparlamente an die Zentralregierung gegangen, um sie zu veranlassen, ihnen den Bau der Hankou-Szetschwanbahn zu übertragen. Die Regierung hat geantwortet, daß sie die Frage studieren lasse. Das alles sind Fragen, die niemand mehr in Mitleidenschaft ziehen, als jene unwahrscheinlichste Kombination, welche die neueste Politik geschaffen hat: Japan—Rußland und England, wozu als vierter im Bunde Frankreich durch seine hinterindische Schmerzensposition kommt.

Mit großem Interesse und nicht ohne Heiterkeit haben wir den jüngsten Besuch der französischen Weltfriedenskarawane unter Herrn

Constant d'Estournelles' Führung, in Petersburg und Moskau verfolgt. Die mise en scène ließ nichts zu wünschen übrig, die Freundschaftsversicherungen konnten nicht wärmer sein, man kam gegenseitig aus der Rührung nicht heraus. Die Zeitungen leiteten die Staatsaktion damit ein, daß sie berichteten, wie diesem Besuch eine rege Korrespondenz zwischen dem Botschafter Louis und Herrn Pichon vorausgegangen sei, daß d'Estournelles de Constant vor der Abfahrt den Ministerpräsidenten Briand besucht habe, „mit dem er eine Reihe von Fragen besprach, die auf das äußere Leben Rußlands und die Stellung der Parteien Bezug haben" und auch mit dem Führer der französischen Sozialdemokraten Jaurès ein Gespräch hatte, wobei dieser „sich der bevorstehenden Reise sehr sympathisch zeigte". Die Herren sind endlos interviewt worden und haben unzählige Reden geredet und noch mehr angehört, d'Estournelles hat Gymnasiasten und Gymnasiastinnen geküßt und sie seine lieben Kinder genannt; ein Kaukasier wies darauf hin, daß Noah auf dem Ararat mit seiner Arche gelandet sei und danach der erste Weinbauer geworden sei, „da nun Frankreich die erste Stelle unter den Weinproduzenten einnimmt, kann es als die beste Schülerin Noahs gelten, und das bildet ein Band zwischen dem Kaukasus und Frankreich" usw., immer gleich originell und geistvoll. Es war eine groteske Produktion großer und kleiner Eitelkeiten und allgemeiner Phrasen. Einen politischen Niederschlag können sie nicht haben. Ihre Bedeutung ist die eines sentimentalen Rausches, der vor der kalten Luft der Wirklichkeit verfliegen muß.

Von wirklicher Bedeutung war dagegen der Besuch des Zaren Ferdinand in Petersburg. Kaiser Nikolaus hat ihn sehr gnädig empfangen, und in den Toasten, die ausgetauscht wurden, kam der Gedanke sehr bestimmt zum Ausdruck, daß die russisch-bulgarische Freundschaft ein Unterpfand des Friedens auf dem Balkan sein solle. Einen Mißton in diese bulgarischen Tage brachte jedoch eine Unterredung, die General Paprikow, der den Zaren Ferdinand begleitende bulgarische Minister des Auswärtigen, in der Petersburger russischen „Börsenzeitung" hat veröffentlichen lassen. Sie war sehr pessimistisch gestimmt und enthielt u. a. den folgenden Passus, den wir nach der Wiedergabe der „Petersb. Ztg." hersetzen:

„Der Unwille der mazedonischen Bulgaren findet naturgemäß ein Echo im freien Bulgarien, und die Erbitterung der ganzen bul-

garischen Bevölkerung gegen die Türkei paralysiert in bedeutendem Maße das Streben der bulgarischen Regierung nach Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien. Der bulgarische Minister — so heißt es weiter im Referat — spricht auch von der durchaus nicht glänzenden Lage der Türkei, von den Klagen der Christen, von dem Zunehmen der Reaktion, von der Rebellion der Araber und der Befürchtung neuer Umwälzungen, und erklärt, daß Bulgarien kein gleichgültiger Zuschauer der Ereignisse in der Türkei sein könne und sich vielleicht genötigt sehen werde, aktiven Anteil an den „laufenden Ereignissen" zu nehmen. Schließlich spricht er von der dringenden Notwendigkeit entschiedener Maßnahmen."

Das klingt ganz anders als die Friedensreden an der kaiserlichen Tafel und wird sehr eigentümlich illustriert durch die Schüsse, die seit dem 21. Februar an der bulgarisch-türkischen Grenze ausgetauscht werden. Daß in Bulgarien eine Kriegspartei existiert, halten wir für sicher. Das Land hat so weit gerüstet, als es ihm seine Kräfte gestatten und fürchtet, den bewaffneten Frieden auf die Dauer nicht bezahlen zu können. Es rechnet auf den möglichen Konflikt der Türkei mit Griechenland und auf die indirekten Bundesgenossen, die es in Arabien und in Koweit findet. Aber das ist ein sehr gefährliches Spiel, und wenn die Türkei sich all den Provokationen gegenüber bisher friedfertig zeigt, so möchten wir doch nicht dafür garantieren, daß diese Stimmung andauert. Es kommt aber, um die Bulgaren zur Besonnenheit zu mahnen, hinzu, daß Rußland, wie sicher feststeht, den Frieden auf dem Balkan erhalten sehen will, daß die Balkanföderation sich als ein Phantom erwiesen hat, Serbien keine Armee aufbringen kann und auch Österreich-Ungarn sich mit Rußland auf der Basis der Erhaltung des status quo verständigt und alte Mißhelligkeiten ausgeglichen hat. Dieses Programm ist, wie der Besuch des Grafen Aehrenthal in Berlin gezeigt, auch die Politik, die Deutschland unterstützt, wie denn die Annäherung, die jetzt zwischen unserm Verbündeten und unserm Nachbarn im Osten stattfindet, die Kombination darstellt, die dem alten und bewährten Programm der deutschen Politik entspricht.

Die inneren Zustände Rußlands sehen wenig erfreulich aus. Es scheint sich eine Rückkehr zu den Zuständen vor der Revolution vorzubereiten, ohne daß die Schäden beseitigt wären, welche die Revolution hervorgerufen hat. Wir haben den Eindruck, daß man nicht recht sieht

wohin diese Entwicklung treibt. Die Formen, in denen sich die nationalistische Bewegung zeigt, sind entschieden beunruhigend, die politischen Parteien sind untereinander verfeindet, Skeptizismus und Gleichgültigkeit sind Mode. So schreibt der oftgenannte Verfasser der Lettres de Russie:

„Wenn die Politik nicht Mode ist, so ist die Gesellschaft doch krank geblieben und die Beute einer andern Art Verrücktheit geworden. Die Selbstmorde verdoppeln sich, es wird guter Ton unter der Jugend, sich zu vergiften oder sich eine Kugel durch den Kopf zu jagen. Junge Mädchen von 14—15 Jahren, kleine Jungen von 12—13 Jahren greifen, sobald ihnen etwas zuwider ist, zu diesem verzweifelten Mittel. Die Krankheit wütet heute vornehmlich in den Reihen der Aristokratie."

Es werden dafür Beispiele angeführt. Dazu kämen die Ehescheidungen in den Kreisen der Kaufleute und der unteren Klassen. Auf dem Lande zeige sich eine entsetzliche Zunahme der Sittlichkeitsverbrechen, in den Städten Exzentrizitäten usw. Das Ganze gibt ein trübes Bild und bestätigt unsere These, daß die in den Tagen der Revolution herangewachsene Generation zu nicht geringem Teil verwildert und verdorben ist.

In den französisch-marokkanischen Angelegenheiten gingen im Lauf der vorigen Woche aufregende Gerüchte. Sie haben sich glücklicherweise nicht bestätigt und Mulay Hafid hat die Bedingungen, die ihm für die Anleihe oktroyiert wurden, wirklich angenommen. Der „Temps" drängt nach wie vor zu Maßregeln, die sich auf die Dauer mit den Bestimmungen nicht vereinigen lassen, die internationale Kraft haben. Aber in diesen Fragen ist er nicht als Organ der französischen Regierung zu betrachten.

In der Mannesmannfrage dürfte durch das in seiner Klarheit und unparteiischen Sachlichkeit nicht zu übertreffende Gutachten von Ferdinand v. Martitz wohl das letzte Wort gesprochen sein.

„Die sich als Berggesetz für Marokko darstellende, im Weißbuch veröffentlichte Urkunde vom 6. Oktober 1908 kann nicht als der in Artikel 112 der Algecirasakte vorgesehene Firman gelten." „Völkerrechtlich ist jenes angebliche Berggesetz unwirksam. Es kann nicht angerufen werden, um die Schutzpflichten, die das Reich seinen Angehörigen schuldet, den fremden Mächten gegenüber in Anspruch zu nehmen."

Damit hat die vielgeschmähte Haltung, die unsere Regierung von Anfang an in dieser Frage eingenommen hat, ihre Rechtfertigung gefunden.

3. März 1910. Eröffnung des finnländischen Landtags. Die griechische Deputiertenkammer beschließt die Einberufung einer Nationalversammlung zum 1. September.
5. März. Hermes da Fonseca wird zum Präsidenten von Brasilien gewählt.
7. März. König Eduard VII. in Paris.

---

9. März 1910.

Daß eine Verständigung mit England wünschenswert sei — so leitartikelt der „Golos Moskwy" —, werde in ganz Rußland anerkannt, trotzdem sei es aber doch interessant zu prüfen, ob das Abkommen von 1907 sich in der Praxis als vorteilhaft erwiesen habe. Diese Frage wird nun sehr entschieden in negativem Sinne beantwortet. In Tibet habe man auf das Recht verzichtet, wissenschaftliche Expeditionen ins Land zu schicken und der Versuchung widerstanden, im Urga an der russischen Grenze in Beziehungen zum Dalai Lama zu treten, was im Hinblick auf die transbaikalischen Burjäten von Wichtigkeit gewesen wäre. Jetzt aber zeige sich, daß die schüchternen Vereinbarungen von 1907 die Möglichkeit eines chinesischen Eingreifens in Tibet und die Erhaltung des status quo nicht ins Auge gefaßt hätten. Noch ungünstiger stehe es in betreff Afghanistans. England habe sich verpflichtet, den Emir zu veranlassen, in direkte Grenzverhandlungen mit Rußland zu treten, aber offenbar habe Sir Edward Grey seinen Einfluß auf Habibullah Khan überschätzt, der nicht die geringste Neigung zeige, solche Verhandlungen aufzunehmen. Dagegen sei die Bestimmung in voller Kraft geblieben, derzufolge Rußland auf jeden direkten Einfluß in Kabul verzichtete. Nun sage man freilich, das englisch-russische Übereinkommen habe großes Unheil von Persien abgewandt. Darüber werde wohl nur ein zukünftiger Geschichtsschreiber entscheiden können. Vor den ungeheuren Ausgaben, welche der Unterhalt russischer Truppen in Persien gebracht, habe das Abkommen nicht bewahrt, und dabei seien diese Truppen bei ihren Operationen an Händen und Füßen gebunden, so daß sie weder die russischen Interessen sichern, noch die Ordnung im Lande herstellen

könnten. Anderseits werde Rußland durch das Abkommen zu einer aktiven Politik gedrängt, deren es sich sonst enthalten hätte. So handle es sich jetzt um eine neue persische Anleihe, die von Rußland und England gemeinsam vorgeschossen werden solle, was zwar für England sehr vorteilhaft sei, aber die Feindseligkeit der jetzigen persischen Regierung gegen Rußland gewiß nicht beseitigen werde. Außerdem würden die armseligen 4 Millionen Rubel das Reich nicht retten, sondern nur die Krisis verlängern, die schließlich in eine ausländische Kontrolle ausmünden müsse.

Nun, die Kontrolle ist längst da, sie wird von England als führender, von Rußland als folgender Macht ausgeübt und als Organe der künftigen Finanzverwaltung Persiens, welche die Lasten dieser doppelten Kontrolle zu tragen haben werden, zieht man französische Spezialisten zu, welche den Interessen beider Mächte zu dienen bestimmt sind. Was aber die Bedingungen betrifft, unter denen der Anleihevorschuß den Persern gegeben werden soll, gegen den der Medjlis sich so verzweifelt sträubt, so ist in den letzten zwei Monaten doch so viel davon in die Presse gedrungen, daß man Herrn Iswolski füglich wohl gegen die Zweifel des „Golos Moskwy" verteidigen muß. Der Preis für die Anleihe soll, abgesehen von jener Finanzkontrolle, die Verleihung von Eisenbahnkonzessionen sein, die in der russischen „Einflußsphäre", ganz wie die Samsun-Siwas-Bahn in der Türkei, die russische Spurweite haben und strategischen Zwecken dienen sollen, des weiteren aber will Rußland sich Fischerei und Dampfschiffahrt auf dem Urmiasee übertragen lassen. — Über die von England verlangten „Garantien" orientiert die Presse weniger eingehend, man versteht in London offenbar besser zu schweigen; aber man braucht nicht ungewöhnlich scharfsinnig zu sein, um zu erraten, daß es sich auch in der englischen Einflußsphäre vornehmlich um Eisenbahnkonzessionen nach Afghanistan hin und um die Fernhaltung fremder Einflüsse handeln muß. Auch läßt sich nicht verkennen, daß trotz des Abkommens vom August 1907 sich schon jetzt eine Rivalität zwischen den russischen und englischen Bestrebungen erkennen läßt; darin hat, trotz aller Vorbehalte, der „Golos Moskwy" entschieden recht.

Die Ausführungen über Tibet, denen andere mißvergnügte Stimmen in der russischen wie in der englischen Presse parallel gehen, scheinen auf beiden Seiten offiziellen Ursprungs zu sein und in Zusammenhang mit dem Mißvergnügen zu stehen, das erst der amerikanische Plan der

Neutralisierung der mandschurischen Bahnen, danach das chinesische Projekt der Tschinschou-Aigunbahn hervorgerufen hat. Das „Herald-Bureau" in Peking bringt über diese letztere Frage die folgende charakteristische Betrachtung:

„In den hiesigen offiziellen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß die Vorstellungen Englands und Frankreichs in Anlaß der Tschintschou-Aigunbahn als Beweis dafür dienen können, daß man fest entschlossen ist, das Projekt an politischen Klippen scheitern zu lassen. In den Banden ihres Antigermanismus gefesselt, brachten Großbritannien und Frankreich zunächst die Hankou-Canton-Szetschwan-Anleihe zu Fall. Jetzt versuchen sie im Interesse ihrer respektiven Alliierten das Tschintschou-Projekt zum Opfer ihrer internationalen Intrigen zu machen. Die Chinesen beschweren sich namentlich über die Perfidie der englischen Regierung, welche nicht nur zeige, wie heuchlerisch ihr angebliches Interesse an der Entwicklung Chinas sei, sondern daß sie sogar das Interesse ihrer eigenen Untertanen opfere, wenn diese eine solche Entwicklung fördern wollen. Diese Enthüllung der Haltung Englands und Frankreichs ist vom amerikanischen Standpunkt aus recht wertvoll, denn die Chinesen sind mehr als je davon überzeugt, daß sie in Amerika ihren einzigen aufrichtigen Freund haben."

Nun ist seither von der „Petersburger Telegraphen-Agentur" die Mitteilung gekommen, daß Rußland mit einem neuen Eisenbahnprojekt hervorgetreten ist, daß an Stelle der Linie Tschintschou—Aigun treten soll. Es handelt sich dabei um eine direkte Verbindung zwischen Peking und Kiachta über Kalgan und Urga und um die Verbindung der Transbaikalbahn mit Kaichta, was allerdings Rußland direkt in das Herz Chinas führen und einen sehr bedeutenden Druck auf die chinesische Politik zur Folge haben müßte. Es muß wohl als ausgeschlossen gelten, daß die chinesische Regierung einem so politischen Unternehmen ihre Zustimmung geben kann, das unzweifelhaft früher oder später in einen russisch-chinesischen Konflikt ausmünden würde. In dieser Hinsicht erinnert dieser neue russische Plan an den der südmandschurischen Bahn nach Port Arthur und Dalny, der den unglücklichen Krieg mit Japan zur Folge hatte. Es ist die Perspektive eines gefährlichen Abenteuers, die damit auftaucht, und man wird im eigensten Interesse Rußlands nur wünschen müssen, daß es im Keime scheitert.

Eine eigentümliche Überraschung bedeutet es nach all dem Schönen, das Herrn Constant d'Estournelles gesagt worden ist — von dem übrigens jetzt in Petersburg behauptet wird, er sei ni Constant, ni d'Estournelles, sondern nur der Sieur Rebouca — wenn jetzt die „Nowoje Wremja" ihn in einem langen Leitartikel wegen eines Briefes zur Rede stellt den er über seine Petersburger und Moskauer Erlebnisse im „Temps" veröffentlicht hat. Die „Nowoje Wremja" macht sich über die Befürchtungen lustig, die, wie Constant d'Estournelles erzählt, ihn und seine Begleiter bei ihrer Abreise aus Frankreich beunruhigt hätten: ob ihre Anwesenheit der Duma nicht schaden und ihren Gegnern nicht Waffen in die Hand geben werde, ob die Konservativen die französischen Deputierten nicht für gefährliche Agitatoren halten, die Regierung sie nicht ignorieren, der Kaiser nicht ihren Besuch ablehnen werde? Offenbar hätten die Herren eine ganz falsche Vorstellung von Rußland gehabt, das in allen auswärtigen Fragen eines Sinnes sei, und das hätten die Herren wissen müssen. Ferner glaube d'Estournelles, daß die Art, wie die französischen Senatoren und Deputierten von Kaiser, Regierungsorganen und Parlamentariern empfangen wurden, „der ganzen Welt beweisen werde, daß der neue staatliche Bau Rußlands fest fundiert sei".

„Wir glauben nicht — erwidert die „N. Wr." —, daß der wahre Charakter der russischen Staatsordnung eines Beweises oder einer Bestätigung bedarf. Die neue Ordnung in Rußland ist ein Geschenk der Gnade des Kaisers und das kaiserliche Wort hat seine Festigkeit gesichert. Keinerlei Besuche — parlamentarische, republikanische oder despotische — sind imstande, die Entscheidungen des russischen Monarchen zu erschüttern, der einmal für immer für gut befunden hat, vom Volke erwählte Männer zur Gesetzgebung und zur Kontrolle der Beamten heranzuziehen. — Nicht minder sonderbar erscheint es uns, wenn es Herrn d'Estournelles gefällt, von „der Jugend des russischen Parlaments" zu reden. Die Teilnahme von Erwählten des Volkes an Staatsangelegenheiten reicht bis in die Anfänge des russischen Reiches zurück. Der erste Monarch des Hauses Romanow wurde von einer Vertretung des Volkes zur Selbstherrschaft berufen. Es ist keine Neuerung, wenn der Kaiser Vertreter einberuft. Die Reichsduma kann nur dem als eine Neuerung erscheinen, der die russische Geschichte nicht kennt. In Wirklichkeit ist es tief gewurzeltes, hergebrachtes Altertum. Die Einheit von Land und Obrigkeit, die zeitweilig abgebrochen war, ist jetzt durch den

Willen des Kaisers wieder hergestellt. Die Reichsduma ist nicht „parvenu" (offenbar eine boshafte persönliche Anspielung), sie bedarf nicht der Herablassung der Ausländer, sie ist die Nachfolgerin ruhmvoller Vorfahren, welche das russische Reich und die russische Monarchie geschaffen haben. Man kann nicht umhin, zu bedauern, daß der Vertreter der französischen Delegation davon keine klare Vorstellung gehabt hat."

Damit schließt diese Philippika, die für jeden, der die russische Geschichte einigermaßen kennt, wohl ergötzlich ist. Sie erinnert an die berühmte Äußerung Benkendorffs über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Rußlands, von der wir nur bedauern, daß Herr Constant d'Estournelles sie nicht gekannt zu haben scheint.

Der erfreuliche Gang der Verhandlungen, die zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett stattgefunden haben und die bisher im wesentlichen dahin ausmündeten, daß beide Mächte sich zur Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel bekannten, ohne sich durch Abschluß spezialisierter Verträge Fesseln aufzulegen, sind wohl eine der Voraussetzungen für die Vereinbarungen geworden, die während des Aufenthalts des Zaren Ferdinand in Petersburg zum Abschluß gelangten. Die russische Regierung hat darüber, wie bereits an anderer Stelle gemeldet, das folgende Communiqué durch die „Petersb. Tel.-Ag." verbreiten lassen:

„Der Aufenthalt Sr. Maj. des Königs Ferdinand in Petersburg hat den Anlaß zur Bekräftigung der traditionellen Beziehungen, die Rußland und Bulgarien eng verbinden wie der friedfertigen Bestrebungen beider Reiche gegeben. Diese Gefühle und Bestrebungen haben klaren Ausdruck in den Toasten gefunden, welche beide Herrscher austauschten. Der russische und der bulgarische Minister des Auswärtigen hatten dabei Gelegenheit, ihre Gedanken über die politischen Fragen auszusprechen, welche Rußland und Bulgarien interessieren. Wir stellten dabei klar, daß Rußland und Bulgarien wesentlich daran interessiert sind, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei, sowie mit den übrigen Balkanstaaten gefestigt werden und kamen zum Schluß, daß beiderseits die gleiche bestimmte Absicht bestehe, alle ihre Anstrengungen daran zu setzen, um den Frieden und die Ruhe auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten. Ihrerseits bringt die russische Regierung die größte Sympathie dem von dem unab-

hängigen Bulgarien ausgesprochenen festen Wunsche entgegen, auf den Wegen friedlicher Entwicklung der eigenen Kulturinteressen und ökonomischen Kräfte zu schreiten. So kann die Ankunft der bulgarischen Zarenfamilie in Rußland nur dazu beitragen, daß das allgemeine Vertrauen auf einen friedlichen Verlauf der Balkanangelegenheiten sich festigt."

Wenn am 22. März König Peter von Serbien, in dessen Begleitung Paschitsch, Milowanowitsch und der Kanzleidirektor Iwanowitsch sich befinden werden, in Petersburg eintrifft, werden wir wohl eine inhaltlich gleiche Erklärung erhalten. Die Nachricht, daß auch der Fürst von Montenegro erwartet werde, wird jetzt dementiert. Immerhin ist hier eine wichtige Bestätigung der Tatsache zu finden, daß Rußland eine aktive Balkanpolitik wieder aufgenommen hat, der aller Wahrscheinlichkeit die alte Iswolskische Idee des Balkanbundes zugrunde liegt. Uns haben die Glossen sehr interessiert, mit denen das „Journal des Débats" diesen Stand der Balkanangelegenheiten begleitet. Es ist nicht ohne Besorgnis. Im Balkan seien die Geister leicht exaltiert, auf unbestimmte Formeln werden weitgehende Hoffnungen gegründet und der Ausdruck „freie Entwicklung der Balkanstaaten" sei vieldeutig. In der Tat müsse man diesen Staaten volle Bewegungsfreiheit in ihren inneren Angelegenheiten lassen und Bulgarien ebenso unabhängig von Rußland, wie Serbien von Österreich bleiben: es dürfe nichts bestehen, was an den Vertrag von Münzsteg erinnere, und keine Agitation die Massen in Aufregung erhalten. Vollends bedenklich erscheint den „Débats" der Gedanke einer Balkanföderation: vielleicht gehöre ihm die Zukunft, gewiß nicht die Gegenwart. Ehe diese Staaten sich zu guter Nachbarschaft miteinander eingelebt hätten, würde jede Verbindung in eine Herausforderung ausmünden (toute union ressemblerait à une provocation). Sie wäre keine Friedensbürgschaft, sondern eine Kriegsgefahr. Das ist auch unsere Meinung, und vollends utopisch erscheint uns das Experiment, auch die Türkei einer solchen Konföderation anzuleimen. Wenn nun auch einige Ausdrücke in der oben aufgeführten Deklaration der russischen Regierung den Gedanken nahelegen, daß ein formelles Bündnis zwischen Rußland und Bulgarien abgeschlossen sei, läßt sich der Gesamteindruck doch dahin zusammenfassen, daß infolge dieser Erklärung die Gefahr eines bulgarisch-türkischen Krieges, wie ihn die letzten Grenzkonflikte nicht als unmöglich erscheinen ließen, wesentlich gemindert

ist und daß wir auf ein friedliches Frühjahr rechnen können. Nur dürfen die überhitzigen Griechen keine Torheiten machen und — was wesentlich ist — das jetzige Regime in der Türkei muß sich behaupten. Auch die inneren Zustände Rußlands, die immer peinlicher wirkenden Enthüllungen der Senatorenrevisionen in Moskau, Kiew, Odessa, Petersburg usw., die ungeheuren Summen, welche die Reformaufgaben des Staates verlangen, fordern gebieterisch Erhaltung des Friedens. Der Abgeordnete Maklakow (Kadett) hat am 3. März über die inneren Zustände des Landes eine Rede voll des tiefsten Pessimismus gehalten, die schließlich in den schmerzlichen Ruf ausmündete: es ist nicht möglich, so länger zu leben! Ähnliche Töne, nur mit der Spitze nach der entgegengesetzten Richtung, kann man auch in den Blättern der Rechten, und, wo es sich um spezielle Tatsachen handelt, in der gesamten russischen Presse finden. Wer nach dieser Richtung Material sammelt, findet kein Ende.

In England hat die Lage nur eine vorläufige Klärung gefunden. Niemand wagt mit Sicherheit vorherzusagen, wie lange das Ministerium sich behaupten wird und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob es auch den König zu seinen Gegnern zählt. Das Schicksal des Kabinetts liegt nach wie vor in den Händen der Iren, die sich bei der Abstimmung über die Antwortsadresse auf die Thronrede gnädig der Abstimmung enthalten haben, die offiziellen Führer der Iren, Redmond, O'Connor und Dillon stehen wieder in Abhängigkeit von den elf „Unabhängigen", die aller Wahrscheinlichkeit nach bei einer Auflösung des Parlaments das gesamte Irland hinter sich haben werden. Der Gegensatz, der bisher zwischen irischen Protestanten und Katholiken bestand, und den England im eigensten Interesse aufrecht erhielt, ist in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen, was einer fundamentalen Änderung der Gesamtlage gleich zu achten ist. Andererseits erregt es großes Aufsehen, daß in Amerika Präsident Taft sich bereit gefunden hat, bei den bevorstehenden Festlichkeiten in Chicago Gast des Irish Fellowship Club zu sein und die Hauptrede am Bankett des St. Patriktages zu halten. So stellt sich immer mehr heraus, daß dieses lange zurückgesetzte irische Element zu einem sehr bedeutsamen politischen Faktor heranwächst.

Das diesjährige Budget des englischen Kriegsministeriums 27 700 000 Lstr. ist das höchste, das England erlebt und dasselbe gilt vom Marinebudget, das fast um ein Drittel höher ist, als das vorjährige.

Auch bereitet die Finanzlage ernste Sorgen. Nebenher kommt die Ungewißheit über die in Kanada bevorstehende Entscheidung, die unter keinen Umständen mehr ganz so ausfallen kann, wie man in England wünscht, der für den 31. März befürchtete Ausstand der Grubenarbeiter in Wales, der den englischen Handel mit einer sehr ernsten Gefahr bedroht, wenn nicht, wie man noch hoffen darf, in letzter Stunde sich die divergierenden Interessen zu einem Vergleich zusammenfinden, endlich steigt die Gefahr in Indien. Das Märzheft der „National Review" bringt darüber eine sehr ernst zu nehmende Ausführung, die mit größter Bestimmtheit erklärt, daß, wenn England in einen „großen" Krieg verwickelt werden sollte, „die Flammen des Aufruhrs weite Gebiete Indiens ergreifen werden".

„Es ist" — fährt der Verfasser dieser Studie fort — „keine politische Torheit, diese düstere Möglichkeit bekannt zu geben. Sie ist kein Geheimnis für diejenigen, welche indische Fragen studieren. Berlin ist mit der Lage in Indien ebenso vertraut wie Downingstreet."

Also auch hier wieder Berlin und das alte Kriegsphantom! Vielleicht trägt die jüngste Erklärung des Reichskanzlers dazu bei, den Engländern klar zu machen, daß dieses Phantom in Deutschland keinen Boden hat, und nur Wesen gewinnen kann, wenn eine aggressive englische Politik ihm Fleisch und Blut gibt. Als interessant an dieser Ausführung heben wir noch hervor, daß als Nachfolger Lord Mintos sowohl Mr. Winston Churchill als Lord Kitchener verworfen werden. Der erstere, weil es ein „disaster" heraufbeschwören hieße, wenn man ihn zum Vizekönig machen wollte, Lord Kitchener, weil er in England selbst unentbehrlich sei, um die britische Armee zu reorganisieren, die in Haldanes Händen unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe.

In Italien steht das Ministerium Sonnino, das erst seit dem letzten 10. Dezember im Amt ist, bereits auf schwachen Füßen. Giolitti wird es stürzen können, sobald der Augenblick ihm geeignet scheint. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Spanien, wo der erst kürzlich ans Ruder gelangte Canalejas aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bald dem Haß der Klerikalen zum Opfer fallen wird. Auch in Frankreich könnten die jetzt immer näher heranrückenden Wahlen eine große Wandlung herbeiführen. Es ist uns aufgefallen, wie sehr die Stimmen sich mehren, die den von Paris her ausgegebenen Schlagworten der herrschenden radikalsozialistischen Gruppe entgegentreten. So hat der Deputierte Delafosse

in der „Revue Hebdomadaire" einen Aufsatz über den Bonapartismus veröffentlicht, der die Gestalt des Prinzen Victor Napoleon wieder merklich in den Vordergrund rückt, und wenn das Plebiszit, für das Delafosse eintritt, stattfinden könnte, wollten wir keine Bürgschaft dafür übernehmen, daß es nicht den Prinzen auf den Schild hebt. Vorläufig scheint uns aber diese Perspektive noch recht weit abzuliegen. Wohl aber hat Delafosse recht, wenn er von der effroyable impopularité des Parlaments und von dem Abwirtschaften des französischen Parlamentarismus redet. Auch hier aber möchten wir ihm eine Einschränkung entgegensetzen. Dieses Parlament, über dessen Unfruchtbarkeit und sonstige Sünden die Klage allgemein ist, hat sich zu Führern und Vertretern auf dem Gebiet der auswärtigen Politik fast ausnahmslos tüchtige Männer zu setzen verstanden, die ihren Aufgaben gewachsen sind.

Die Anleiheangelegenheit zwischen Abdul Hamid und Frankreich ist nunmehr endgültig geregelt, nachdem die letzten Tage noch eine Politik des Schwankens gebracht hatten. Wir hoffen, daß die Bedingungen nicht zu hart sind, d. h. daß dem Sultan so viel Mittel bleiben, daß er regieren kann, ohne zu den Razzias zu greifen, die jedes geordnete Regiment unmöglich machen und in ihren Konsequenzen zu neuen auswärtigen Verwicklungen führen müssen. Zu dem neuen Präsidenten von Brasilien, Fonseca, der am 15. November sein Amt antritt, begrüßen wir einen alten Bekannten. Er hat als Gast Kaiser Wilhelms die Kaisermanöver von 1908 mitgemacht.

10. März 1910. Tod des Bürgermeisters von Wien Dr. Lueger. Kämpfe von Marokkanern und Franzosen bei Casablanca.
11. März. Annahme des Flottengesetzes durch das kanadische Parlament.
13. März. Straßenkämpfe in Russchuk.

16. März 1910.

Die Flucht des Dalai Lama nach Indien, wo er ein Asyl in Kalkutta gefunden hat, scheint ein Problem wieder lebendig zu machen, von dem sich annehmen ließ, daß es durch das russisch-englische Abkommen von 1907 zur Ruhe gekommen sei. Jetzt stellt sich heraus, daß beide Mächte beim Abschluß ihrer Vereinbarung von den tatsächlichen Verhältnissen in Tibet nichts wußten und daß jene Flucht des Gottes der Lamaisten nur das letzte Glied einer Kette von Ereignissen ist, deren Anfänge in das Jahr 1901 zurückgreifen. Es wird interessant sein, diese Zusammenhänge wieder in Erinnerung zu bringen, zumal sie wichtige Streiflichter auf die politischen Bewegungen Chinas werfen, die doch eines der bedeutsamsten Zukunftsprobleme darstellen.

Zu Anfang unseres Jahrhunderts war man in Tibet, das sich bisher recht ungestört seiner säkularen Abgeschlossenheit erfreut hatte, durch das Vordringen Englands von Indien aus nach Norden und Nordwesten ernstlich beunruhigt. Die Blicke des Dalai Lama richteten sich hilfesuchend nach Rußland, und im Juli 1901 erschien in Petersburg an der Spitze eines tibetanischen Gesandten der Burjäten-Lama Dordschiew. Er fand eine glänzende Aufnahme und erhielt, wie es scheint, weitgehende Versprechungen. Jedenfalls wurde England mißtrauisch und es kam zwischen den Kabinetten von Petersburg und St. James zu überaus gereizten Verhandlungen. Sie hätten wohl zu einem Bruch geführt, da sie nur einen Teil der überall in Asien gespannten russisch-englischen Beziehungen bildeten, wenn sich nicht damals bereits der Konflikt im fernen Osten vorbereitet hätte. Auf das kürzlich abgeschlossene Bündnis mit Japan bauend, fand England es möglich, ohne jede Rücksicht auf

Rußland, die ersten Schritte zu einer Unterwerfung Tibets zu tun. Im Dezember 1903 begann die Expedition Macdonald-Younghusband, die den letzteren im September 1904 nach Lhassa führte und den Dalai Lama nötigte, einen Vertrag zu unterzeichnen, der den Engländern nicht nur mehrere Märkte in Tibet öffnete, sondern ihnen neben einer namhaften Kriegsentschädigung auch die Abtretung des strategisch wichtigen Tschambitals öffnete. Wir haben darüber seinerzeit eingehend berichtet (Deutschland und die große Politik 1904 p. 123—325 passim). Man hat sich damals darüber gewundert, daß Lord Lansdowne die Ratifizierung dieses Vertrages verweigerte. Heute, da wir die politischen Zusammenhänge überschauen, sind seine Motive nicht schwer zu verstehen. Am 8. April 1904 war das englisch-französische Abkommen unterzeichnet worden und es begann jene Politik mit der Spitze gegen Deutschland, in der das englische Kabinett sich mit Herrn Delcassé zusammengefunden hatte. Die englischen Truppen räumten ihre tibetanischen Positionen und der status quo ante schien wieder hergestellt. Aber daß es nur so schien, zeigt uns ein eben herausgekommenes Buch eines französischen Tibetforschers Jacques Bacot: „Dans les marches tibétaines", über welches das „Journal des Débats" eine ausführliche Inhaltsangabe bringt. Aus diesem Buch, das im wesentlichen einen Reisebericht darstellt, erfahren wir nun, daß seit 1905 bis zur Flucht des Dalai Lama, von der unsere Betrachtung ausging, Tibet einen Krieg auf Leben und Tod mit China geführt hat, in dem letzteres den Sieg davontrug. Den Anlaß dazu haben die Lamas gegeben. Im April 1905 überfielen sie den in Batang residierenden chinesischen Mandarin, den Repräsentanten der von China beanspruchten Oberherrlichkeit. Sie taten ihm wie Apollo dem Marsyas, stopften seine Haut aus und hingen sie in der Pagode von Batang als Trophäe auf. Die Chinesen schickten darauf, um den Mord zu rächen, ein Heer unter Führung des Generals Tschao Eul Fong nach Tibet, der einen systematischen Vernichtungskampf gegen die Lamas begann und eines ihrer befestigten Klöster nach dem andern zerstörte. Bacot schildert eingehend Belagerung und Zerstörung des Klosters Sam pin Lin, in dem 3000 Bonzen und ebenso viel Laien mit Frauen und Kindern eine Zuflucht gefunden hatten; sie sind bis auf die letzte lebende Seele umgebracht worden. Dieser furchtbare Tschao ist so, verwüstend und tötend, systematisch vorwärts gedrungen, und es ist begreiflich, daß, als sich die chinesischen Truppen

nach diesen blutigen, aber Jahre beanspruchenden Erfolgen dem Klosterkomplex von Lhassa näherten, der Dalai Lama keine Neigung hatte, einem solchen Feinde in die Hände zu fallen. Auch das ist selbstverständlich, daß er sein Heil in Kalkutta und nicht in Peking suchte und daß er, so lange er sich noch auf tibetanischem Boden befand, aussprengen ließ, daß er auf dem Wege nach Peking sei. Fiel er dem Feinde in die Hände, so gab es einen Vorwand, der noch Rettung versprechen konnte.

Das „Journal des Débats" wirft die Frage auf, ob für Britisch-Indien in Zukunft an Stelle der russischen Gefahr nicht die chinesische treten könnte. Sie scheint uns keineswegs müßig zu sein, und diese Erwägung spielt bei der intransigenten Haltung, welche die englische Politik neuerdings, in Gemeinschaft mit Japan, China gegenüber einnimmt, vielleicht nicht unwesentlich mit. Auch scheint der Aufenthalt des Dalai Lama auf indischem Boden nicht sonderlich in Petersburg zu gefallen, wo gerade jetzt mit Erlaubnis des Zaren ein Tempel für die kalmückischen und burjätischen Buddhisten errichtet wird. Überhaupt erregt diese neu aufgetauchte Frage großes Aufsehen bei den an den ost- und zentralasiatischen Fragen interessierten Mächten. Der „New York Herald" nimmt mit großer Entschiedenheit für China Partei. England habe sich unter dem Vorwand, daß die Grenzen Indiens bedroht seien, an Japan unter Berufung auf die englisch-japanische Allianz gewandt, und die Regierung in Tokio den Waiwupu darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe an der tibetanisch-indischen Grenze in den Kreis der Verbindlichkeiten falle, für welche die englisch-japanische Allianz einstehe. Wir wissen nichts Authentisches über die Antwort Chinas, sie scheint ausweichend gewesen zu sein und der „N. Y. H." hebt nachdrücklich hervor, daß das Recht in dieser Frage ganz auf chinesischer Seite liege. (China is strictly within her rights in deposing the Dalai Lama.) Auch sonst scheint es, daß man in Amerika über die Politik, die England in China verfolgt, nicht wenig verstimmt ist. Sowohl in der Frage der Neutralisierung der mandschurischen Bahnen, wie in betreff der Linie Tschintschou—Aigun ist England im Verein mit Rußland und Japan den amerikanischen Wünschen entgegengetreten und kürzlich hat M. Wilson, der amerikanische Unterstaatssekretär dem Kongreß die Mitteilung gemacht, daß die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich beschlossen hätten, einen letzten Schritt in Downing Street zu machen, um die englischen Einwendungen gegen die Teil-

nahme der vier Nationen an der 30 Millionen Dollar-Anleihe zum Bau der Bahn Hankou—Szetschwan zu brechen.

Die „Nowoje Wremja" hat einen sehr leidenschaftlichen Artikel gegen den Staatssekretär Knox veröffentlicht, den sie auch für die Rede verantwortlich machen will, die der bekannte jüdisch-amerikanische Finanzmann Schiff im New Yorker republikanischen Klub gehalten hat. Herr Schiff hatte bekanntlich sehr deutlich darauf hingewiesen, daß er einen japanisch-amerikanischen Krieg für unvermeidlich halte. Die „Nowoje Wremja" meint nun, im Grunde geschehe das, um die Japaner dafür zu strafen, daß sie jetzt mit Rußland Hand in Hand gehen, denn der Haß Schiffs gelte eigentlich Rußland. Das mag nicht unrichtig sein, denn es ist Tatsache, daß der in Rußland ziemlich allgemein verbreitete Antisemitismus gerade in den jüdischen Kreisen der Vereinigten Staaten große Erbitterung hervorgerufen hat, woraus freilich noch keineswegs folgt, daß Amerika deshalb einen Krieg mit Japan vom Zaune brechen sollte. Das wird gewiß nicht stattfinden, vielmehr ist ein japanisch-amerikanischer Krieg nur denkbar, wenn Japan darauf ausgeht, die ostasiatischen Märkte zu sperren, oder Amerika in seinem Besitz auf den Philippinen oder in Hawai zu bedrohen. Beides ist aber gleich unwahrscheinlich.

Um diese ost- und zentralasiatischen Dinge abzuschließen, weisen wir noch darauf hin, daß die Reformarbeit in China, deren wir vor acht Tagen gedachten, allerdings sehr ernst zu nehmen ist. Das Institut der seit Jahrhunderten in China bestehenden Sklaverei, die meist darauf zurückging, daß Eltern ihre Kinder verkauften, ist jetzt definitiv aufgehoben. Die Verfassung wird wahrscheinlich vor dem ursprünglich festgesetzten Termin eingeführt werden und überaus rege ist die Propaganda, die dahin zielt, in der Jugend einen opferfreudigen Patriotismus zu erwecken. Es geschieht namentlich durch Verbreitung von Liedern. Aus einer in Nankin erschienenen Sammlung teilt Albert Maybon in der „Opinion" einige Proben mit, die als Beleg dienen mögen:

„Soll das Land stark sein, muß der Bürger stark sein und jeder Krieger werden. Die Kraft eines Landes kommt zur Geltung, wenn alle verpflichtet sind, als Soldaten zu dienen. War China bisher schwach, so war Schuld daran seine Verachtung des Kriegsdienstes. Alle jungen Leute mögen sich unter den Fahnen zusammenfinden! Chinesische Kinder wisset dieses: für das Vaterland sterben, ist ein ruhmreicher Tod."

Auch eine Geschichte Chinas in volkstümlichen Versen wird verbreitet; in einer andern Sammlung ist die Tendenz entschieden antidynastisch, chinesisch, im Gegensatz zur herrschenden Mandschurasse, die nichts getan habe, um die chinesische Nation zu schützen:

„Die Mandschu neigen dem Niedergang zu. Öffnet die Augen ihr Bürger! Die Niederlage Rußlands hat uns keine Freude gebracht, denn der Sieg der Japaner brachte uns nichts Gutes."

Auch die Marseillaise ist übersetzt: „Möge schlechtes Blut unsere Reisfelder düngen!" so lautet der bekannte Refrain. Das ist Import aus der Fremde, aber die tiefe nationale Erregung und der Wille zur Macht sind original chinesisch, und damit wird eine nicht allzuferne Zukunft rechnen müssen.

Wie zu erwarten war, hat die Ermordung von Butros Ghali Pascha, dem ägyptischen Ministerpräsidenten, an dessen Stelle jetzt Mohammed Pascha Said tritt, der Sache der Nationalisten nur geschadet. Die Untersuchung hat erwiesen, daß der Mörder einer geheimen Gesellschaft „gegenseitiger Brüderlichkeit" angehörte, die aus extremen Nationalisten bestand. Nun hat Ibrahim el Wardani zwar bestritten, Mitwisser zu haben, aber es ist bekannt, daß seine Tat in den Kreisen der Muselmänner Billigung findet. Der alte Haß gegen die koptischen Christen, denen Butros angehörte, scheint mitgespielt zu haben. Das Organ Mustapha Kamel Paschas, die „Lewa", ist jetzt in die Hände der Partei übergegangen, die mit der englischen Vorherrschaft paktiert hat, und die Intransigenten sind im Augenblick ohne eigenes Preßorgan. Es heißt, daß sie eine neue Zeitung, „Das Banner" (El-Alam) gründen werden; jedenfalls aber hat die Ermordung von Butros zu einer Krisis geführt, welche die Stellung Englands trotz der allgemeinen Erregung gefestigt, nicht geschwächt hat.

In Persien dauert die Agitation gegen den Aufenthalt russischer Truppen im Lande fort, und ebenso das Bemühen, sich durch eine Zwangsanleihe im Innern der Notwendigkeit zu entziehen, die harten Bedingungen anzunehmen, unter denen Rußland und England ihre Anleihe zu oktroyieren bemüht sind. Es ist aber nur geringe Aussicht, daß jene innere Anleihe zustande kommt, und ebenso unwahrscheinlich ist es, daß die persische Regierung sich aus eigener Kraft jener russisch-englischen Umklammerung, unter der sie zu ersticken droht, wird entziehen können. Die gesamte Weltlage müßte eine andere werden, ehe das möglich ist.

Das unruhige Treiben auf der Balkanhalbinsel, das durch das Iswolskische Programm des Balkanbundes hervorgerufen wurde und das in den mit soviel Reklame ausgeführten Reisen zu kulminieren schien, dürfte wohl in einen Luftbau ausmünden. Wir glauben nicht, daß irgendeine wesentliche Veränderung der jetzigen Verhältnisse sich anders als auf gewaltsamen Wegen herbeiführen läßt. Ein Balkanbund ohne die Türkei ist eine Herausforderung der Türken, und ein Balkanbund mit ihr entweder ein Phantom oder ein politischer Verzicht Bulgariens und Serbiens auf ihre Zukunftshoffnungen. An das letztere zu glauben, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Wohl aber darf man hoffen, daß trotz der Grenzkonflikte an der bulgarisch-türkischen Grenze der Friede gewahrt bleibt. Denn daß die Türkei angreift, kann als ausgeschlossen gelten und ein bulgarischer Angriffskrieg würde von keiner Seite her, auch von der russischen nicht Unterstützung finden. Die bevorstehende Reise König Peters an den russischen Hof wird wohl vornehmlich die Bedeutung einer Rehabilitation tragen. Wenn der Zar ihn empfängt, gibt er damit der Überzeugung Ausdruck, daß die Dynastie der Karageorgiewitsch weder direkt noch indirekt an dem Untergang König Alexanders und seiner Gemahlin beteiligt ist, und daß er anerkennt, daß es für König Peter faktisch unmöglich ist, die Mörder seines Vorgängers zu bestrafen. Politisch aber dürfte er dieselben Ratschläge erhalten, wie sie der Zar der Bulgaren heimbrachte: Ruhe und Verträglichkeit mit den anderen slavischen Brüdern auf dem Balkan.

Die Lage in Griechenland und Kreta läßt sich nicht anders als mit Unruhe betrachten. Daß auch König Georg sich bereit gefunden hat, der verfassungswidrigen Berufung der Nationalversammlung zuzustimmen, ist in höchstem Grade bedauerlich. Er wird seine Stellung dadurch schwerlich stärken, zumal die Militärliga nach jedem Zugeständnis, das ihr gemacht wird, nur weitergehende Ansprüche erhebt, und Venizelos nach wie vor der eigentliche Leiter der gesamten Nation ist. Daß dessen Ziel aber die Vereinigung Kretas mit Griechenland ist, unterliegt keinem Zweifel.

In England hat sich ein politischer Trick abgespielt, welcher die höchste Erbitterung in den Kreisen der Unionisten erregt hat. Wir erinnern uns, daß die Auflösung des Parlaments und die Neuwahlen erfolgten, ehe das Budget für 1910 votiert war. Man rechnete nun darauf, daß bis Ostern das Kabinett sich die Provisorien für sechs Monate werde be-

willigen lassen. Statt dessen hat Lloyd George nur Kredite für sechs Wochen verlangt, so daß am 15. Mai über eine neue Forderung abgestimmt werden muß. Sollte bis dahin das liberale Kabinett in irgendeiner Frage geschlagen werden und zurücktreten müssen, so würde Mr. Balfour, an den die Bildung des Kabinetts fiele, mit seiner Minorität nicht in der Lage sein, auch nur einen Schilling zu erhalten. Durch dieses Manöver hat in der Tat Lloyd George die Konstituierung eines unionistischen Kabinetts unmöglich gemacht, da er es stets verhindern kann, daß das neue Kabinett die für die Staatsverwaltung unerläßlichen Kredite erhält. Ungesetzlich ist das Manöver, zu dem er gegriffen hat, nicht, da Präzedenzfälle vorliegen. Bis auf weiteres liegt es also noch in der Hand von Asquith, sich in seiner Stellung zu behaupten.

In Frankreich scheinen jetzt alle andern Fragen vor der „Affäre" Duez zurückzutreten. Der Mann hatte die Liquidierung des Verkaufs der eingezogenen Immobilien der Kirchen und Klöster zu besorgen und, wie sich jetzt herausstellt, dabei 10 Millionen unterschlagen und veraus-gabt. Verdacht gegen ihn bestand schon seit Jahren, er verstand aber dafür zu sorgen, daß die Gerüchte weder in der Presse noch im Parlament zum Ausdruck kamen. Man hat bei ihm eine Liste von 150 Namen gefunden, bei denen die Beträge verzeichnet waren, durch die er ihr Schweigen erkauft hat. Diese Namen sind aber fingiert und Duez erklärt frech, er werde die wirklichen Namen nicht nennen. Offenbar rechnet er darauf, daß die große Zahl der Mitschuldigen ihm als Schild dienen werde. Gelingen dürfte ihm das schwerlich, da die Untersuchung dank der Entschiedenheit des Ministerpräsidenten Briand mit großer Energie betrieben wird. Die Debatten, die über diese, an den Panamafrach erinnernde Sache geführt worden sind, trugen einen höchst erregten Charakter und haben ihren Abschluß noch nicht gefunden. Die ganze Prozedur der so rücksichtslos und brutal durchgeführten Trennung von Kirche und Staat ist wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Man wirft die Frage auf, ob all die Härten nur den Zweck gehabt hätten, Männern wie Duez für ihr verbrecherisches und sittenloses Treiben die Mittel zu beschaffen. Speziell die „katholischen" Organe, wie der „Eclair", bringen Enthüllungen über die Art, wie jene „katholische Milliarde" vergeudet worden ist, die allerdings auf das Werk Herrn Combes' die dunkelsten Schatten werfen.

Mit der Erledigung der marokkanischen Anleihe und der Annahme der durch das französische Ultimatum dem Sultan Mulay Hafid gestellten Bedingungen sind die marokkanischen Schwierigkeiten leider noch nicht zur Ruhe gelangt. In der Schauja finden neue Kämpfe statt, die neue Straferpeditionen nicht unwahrscheinlich machen. Der „Temps" bringt zwar ein Radiogramm, daß die allgemeine Lage in der Schauja befriedigend sei und daß der General Moinier alle Angriffe zurückgewiesen habe, aber es ist augenscheinlich, daß von einer Änderung in der Stimmung der Bevölkerung noch keine Rede sein kann. Die Ruhe reicht bis zu den französischen Vorposten oder, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, nicht einmal so weit. Im übrigen bleibt Marokko das alte Wespennest.

Die Mannesmann-Angriffe auf unser Auswärtiges Amt können nach den vorzüglichen Ausführungen des Unterstaatssekretärs Stemmrich und des Staatssekretärs v. Schoen in der Kommission nunmehr wohl als endgültig abgetan betrachtet werden. Wir freuen uns darüber um so mehr, als sich dabei zugleich herausgestellt hat, daß alles, was irgend möglich war, von seiten unserer Vertreter in Marokko, wie von unserer politischen Leitung hier geschehen ist, um das deutsche Interesse an den marokkanischen Erzlagern zu sichern und zur Geltung zu bringen.

Den Wandlungen, die sich in Rußland vorbereiten, wird man gut tun, die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir wiesen schon neulich darauf hin, daß das Zentrum, das bisher mit der Regierung Hand in Hand ging, in einer Reihe wesentlicher Fragen zu ihr in ziemlich schroffen Gegensatz getreten ist. Es handelt sich dabei um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten von großer Tragweite. Läßt sich das Programm Stolypin in den Satz zusammenfassen: zuerst Herstellung der Ordnung, danach Reformen, so lautet die Parole der Oktobristen: erst Beseitigung der Ausnahmezustände und Durchführung der Reformen, danach wird sich die Ordnung von selbst wieder einfinden. Beide Ansichten werden von patriotischen Männern vertreten, und es steht dem Ausländer nicht zu, sich in diesen ganz spezifisch russischen Angelegenheiten zum Richter aufzuwerfen. Daß zur Herstellung der Ordnung noch viel zu tun ist, läßt sich nicht bestreiten. Bis in die jüngste Zeit hinein melden die Zeitungen Tag für Tag von blutigen Ausschreitungen revolutionären oder räuberischen Charakters, und die wahrhaft erschütternden Ergebnisse der fast das ganze Reich umfassenden Senatorenrevisionen zeigen, wie

schwer der Kampf ist, den die Regierung mit einem korrumpierten Beamtentum zu führen hat. Andererseits ist es begreiflich, daß das Land sich danach sehnt, in die Bahnen ruhiger, gesetzmäßiger, durch keine Ausnahmezustände gelähmter Entwicklung einzutreten. Die bedenkliche Seite der jetzigen Lage sehen wir darin, daß die Oktobristen sich nach links, nicht nach rechts hin zu orientieren beginnen. Denn das könnte bei den nächsten Wahlen zu sehr unerfreulichen Ergebnissen führen. Auch in den nationalistischen Kreisen scheint sich eine Wandlung vorzubereiten. Der neoslavische Rausch hat großer Ernüchterung Platz gemacht, die „Nowoje Wremja" hat erst kürzlich den Neoslavismus bereits für tot erklärt. In den Kreisen der Rechten, deren Einfluß im Steigen ist, tritt die Abneigung gegen das englische Bündnis immer deutlicher hervor. Man fühlt sich düpiert und das dürfte wohl der Ausdruck eines richtigen historisch-politischen Instinktes sein, der tiefere Wurzeln haben könnte, als der im Augenblick vorherrschenden politischen Richtung lieb ist.

17. März 1910. Rücktritt des Dumapräsidenten Chomjäkow. Aufstände in Marokko.
18. März. Vereidigung des Kronprinzen Alexander von Serbien und des Infanten Herzog von Oporto auf die serbische bzw. portugiesische Verfassung.
21. März. Wüste Szenen im ungarischen Abgeordnetenhause. Rücktritt des Ministerium Sonnino in Rom. König Ferdinand und Gemahlin in Konstantinopel. Gutschkow wird zum Präsidenten der Duma gewählt.
22. März. König Peter von Serbien in Petersburg.

23. März 1910.

Die Verhandlungen zwischen Rußland und China über die Tschintschou-Aigunbahn und über das russische Gegenprojekt haben bisher zu keinem Abschluß geführt und die Einmischung Rußlands in die tibetanische Frage hat offenbar dazu beigetragen, die in der beiderseitigen Presse zu lebhaftem Ausdruck kommenden Gegensätze zu schärfen. Die besten Nachrichten über diese neuen ostasiatischen Schwierigkeiten finden wir in der amerikanischen Presse, für welche sie, im Zusammenhang mit den japanischen Angelegenheiten, von besonderem Interesse sind. Nach den Angaben, welche uns diese Quellen bieten, liegen die Dinge so, daß der russische Gesandte Korostowetz mit dem Direktor im chinesischen Auswärtigen Amt, Ma Tun, über beide Projekte verhandelt und erklärt hat, daß Rußland bereit sei, den Ching-Giers-Vertrag von 1899 zu annullieren, auf den es seinen Widerspruch gegen die Eisenbahn nach Aigun gründete, falls China sich bereit finde, das russische Projekt anzunehmen, nach welchem die Linie Kalgan—Urga—Kiachta bis zum Baikalsee geführt, und der sibirische Teil dieser Bahn von Rußland finanziert werden solle. Die Antwort Chinas wies auf die mit diesen Fragen zusammenhängenden englischen und amerikanischen Interessen und namentlich auf die große Bedeutung hin, welche diese Eisenbahnfragen für China hätten. Es sei daher unerläßlich, sie eingehend zu erwägen, bevor eine definitive Antwort erfolgen könne. Bei diesem Bescheid wird es bis auf weiteres bleiben, es bleibt aber auch die Beunruhigung über die Absichten Rußlands und Japans, und speziell die

Nachricht von dem bevorstehenden Besuch des Marquis Komura in Charbin wird dahin interpretiert, daß aus dem japanisch-russischen Abkommen ein Schutz- und Trutzbündnis beider Mächte werden könnte. Der „N. Y. H." vom 6. März bringt die weitere Sensationsnachricht, daß unter den flüchtigen Filipinos in Hongkong ein Brief des Professors Blumentritt (?), Direktor der Universität (!!) Leitmeritz, vom 25. Januar d. J. umlaufe, der den Gedanken ausführe, daß die Filipinos von Washington niemals Unabhängigkeit zu erwarten hätten; ihre einzige Hoffnung sei ein Krieg zwischen Japan und Amerika, Japan werde den Inseln Unabhängigkeit und den Europäern offene Tür für ihren Handel garantieren.

„Besiegt Japan Amerika — so fährt der Brief fort —, so befreit es sich von einer nahen Gefahr, eliminiert Amerika aus dem Pazifik und erweist den Europäern, die durch den Payne-tarif von den Philippinen ausgeschlossen sind, einen wesentlichen Dienst. Die europäischen Mächte sind eifersüchtig auf Japan und hassen es wegen seiner Erfolge in Industrie und Handel und haben die Herrschaft Amerikas auf den Philippinen vorgezogen, bis der Payne-tarif erschien. Jetzt aber hat das Bild sich verändert. Sie würden die Unabhängigkeit der Inseln willkommen heißen, wenn Japan sie verleiht, vorausgesetzt, daß Japan die offene Tür garantiert und den Staat unabhängig macht."

Dr. Blumentritt, der uns gänzlich unbekannt ist, soll nach einer Washingtoner Meldung des „N. Y. H." Freund eines von den Spaniern 1896 hingerichteten Filipino-Schriftstellers, Rizal, gewesen sein und seither die Frage der Unabhängigkeit der Inseln zu seiner Spezialität gemacht haben. Er steht mit einflußreichen Männern auf den Philippinen in Korrespondenz, und der veröffentlichte Brief sei wahrscheinlich ein Privatschreiben, das in Hongkong zu antiamerikanischer Agitation verwertet wurde. Das alles ist wohl möglich, hat aber nur soweit politische Bedeutung, als es zeigt, daß der Zusammenhang der chinesisch-japanisch-russischen Beziehungen die Rede Jakob Schiffs und der Eisenbahnplan des Staatssekretärs Knox eine Spannung der politischen Atmosphäre herbeigeführt haben, die für unverantwortliche Konjekturalpolitik außerordentlich aufnahmefähig ist. Es kommt zu alledem die steigende Sorge, welche die Zunahme der chinesischen Einwanderung in Rußland hervorruft. Die russische Presse aller Farben ist voll davon. „Die Flut der Gelbgesichter", schreibt der „Golos Moskwy", „ist so stark, daß sie die

russischen Arbeiter aus allen Zweigen ihrer Tätigkeit zu verdrängen droht". Alljährlich kämen einige hunderttausend Chinesen mit Frauen und Kindern in das Priamur- und Ussurigebiet, während die russische Einwanderung nur einige zehntausend jährlich betrage. Mit der billigen Arbeit der Chinesen zu konkurrieren aber sei den Russen unmöglich. In den Dörfern wucherten sie als Kaufleute und Arendatoren die Russen aus, so daß bereits gegen 75 v. H. des Handels in chinesischen und koreanischen Händen lägen.

„Die ökonomische Eroberung des russischen fernen Orients durch die gelbe Rasse geht in verstärktem Tempo weiter. Sie schreitet von Tag zu Tage fort. Mit der „Vergewaltigung durch die Gelbgesichter" zu kämpfen, geht aus vielen, zum Teil lokalen Ursachen, über die Kraft der russischen Bevölkerung. Es sind daher durchgreifende Maßregeln von seiten der Zentralregierung zu ergreifen, und das wirksamste, um den russischen Charakter des Landes zu erhalten, wäre die Durchführung eines Gesetzes, das die Einwanderung der „Gelbgesichter" unmöglich macht. Nur ein Damm in Gestalt eines Gesetzes wird imstande sein, den die Entwicklung des Landes tötenden Strom der gelben Flut zu hemmen und mit Errichtung dieses Dammes sollte man sich beeilen."

Ganz ähnlich spricht sich ein Brief aus, der der „Nowoje Wremja" aus Chabarowsk zugeht.

„Uns bedrängen die Japaner und Chinesen, sie bedrohen ernstlich das Priamurgebiet; Fleisch und Brot mangelt, es fehlt an professionellen Arbeitern, und wenn wir von der Notwendigkeit reden, sie hinauszudrängen, organisieren die Vertreter der gelben Rasse sich nur noch fester; sie erhöhen die Preise und das Leben wird ganz unmöglich. Wenn die Regierungsaufträge nicht wären, hätte der gesamte Handel sich auf ein Minimum reduziert, sogar die gewöhnliche Pelzwerksaison gedeiht nicht. Die Chinesen haben eine Art Hausierhandel in allen Städten eingeführt, ohne Erlaubnisdokumente, völlig unbehindert erbauen sie ihre Fansen an beliebigen Stellen, während die chinesische Regierung unseren Händlern in der Mongolei die Errichtung europäischer Baulichkeiten verbietet, ohne den entsprechenden Artikel des Traktats von Aigun zu beachten. Mit einem Wort, in den Grenzgebieten herrscht eine wohlüberlegte Repressivpolitik, während bei uns die frühere Systemlosigkeit, die Sorglosigkeit und Gutmütigkeit der russischen Natur sich geltend macht. Ist es nicht Zeit, um sich zu blicken

und zu vernünftigen Maßregeln zu greifen? Es könnte sonst ein neues Unglück geben."

Das alles scheint uns richtig zu sein, aber wenn dem so ist, fragt man mit um so größerem Erstaunen, weshalb die russische Regierung sich um eine Eisenbahn bemüht, welche Peking mit dem, bisher von der chinesischen Einwanderung nicht berührten Transbaikalgebiet verbinden soll, während die Eisenbahn Tschintschou—Aigun, gegen welche Rußland mit so großem Aufwand diplomatischer Anstrengungen wirkt, ausschließlich schlecht bevölkertes mandschurisches Gebiet durchziehen würde, in welchem die chinesische Einwanderung für Rußland unschädlich wäre?

Übrigens wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß der gemeine Mann in Rußland eine Abneigung gegen die Chinesen hat. Als in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Enquete über die Gedankenwelt der russischen Bauern von geschickten Händen angestellt wurde, in der Weise, daß den Bauern bestimmte Fragen vorgelegt wurden (veröffentlicht in dem Buch: Was soll das Volk lesen? und neuerdings bearbeitet in dem „Westnik Jewropy". März 1910), betrafen diese Fragen auch die Vorstellungen der Russen von andern Völkern. Dabei zeigten die Antworten, daß von allen Nationen den Chinesen die höchste Achtung entgegengetragen wird. Sie allein glauben nächst den Russen an den wahren Gott. Auf die Frage, welches Volk das stärkste sei, fielen unter 85 Antworten 42 auf China, 37 auf Rußland, 2 auf England, 2 auf Österreich und je eine auf die Schweiz und auf die Juden!

„China ist stärker als alle, weil es viel Volk hat und nie mit jemandem Krieg führte. Gott hat ihnen befohlen, nicht Krieg zu führen. Wird dieses Gebot gebrochen, so geht die Welt unter."

In einer anderen Antwort heißt es:

„Dort sitzen 400 Bären in Kellern; läßt man sie ausbrechen, so ziehen sie durch ganz Rußland und dann werden die Chinesen alle zu Mohammedanern machen, dann kommt das Ende der Welt."

Im Gouvernement Woronesh geht die Rede, daß vor dem jüngsten Gericht China (das weiße Arabien) die ganze Welt erobern werde, den weißen Zaren ebenfalls und den werde es drei Jahre lang gefangen halten; sobald aber das „weiße Arabien" den weißen Zaren frei gibt, geht die Welt unter. Anderseits läuft eine Reihe von Volkslegenden um, welche uns China als Verbündeten und Helfer Rußlands in Zeiten der

Not zeigen. Diese Legenden reichen bis in die Gegenwart hinein und tragen zum Teil einen sehr ergötzlichen Charakter, wie, um ein Beispiel anzuführen, die Reise, welche Kaiser Nikolaus II. als Thronfolger nach Japan unternahm, im Volksbewußtsein sich zu einer Werbung um die Hand der Tochter des Kaisers von China gestaltete, der als Mitgift der Braut viele Millionen Deßjätinen geben wolle, „damit das Land an die russischen Bauern verteilt werde". Bei der Zählung von 1897 aber hat der Landhunger folgende Legende geschaffen:

„Der Zar von China hat zwei Söhne, zwischen diesen teilte er noch bei Lebzeiten sein Reich, der jüngere Sohn wollte zu unserem Glauben übertreten, und berief zum Taufvater unsern Zaren. Unser Zar taufte ihn und dafür schenkte ihm der Taufsohn 20 000 Quadratwerst Landes. Nun will unser Zar die Kosaken vom Don dahin jagen und an den Don wird von uns ziehen dürfen, wer da will."

„Onkel Kitai (China) oder Zar Kitai — denn der Russe personifiziert die Völker — ist reich, gutmütig und freigebig, aber ein fauler, unbeweglicher Greis, der zwei Söhne hat", das bleibt das allgemeine Bild, das im Volke festsitzt. Vom „Deutschen" und vom „Franzosen" hat er bestimmte, aber durchaus unpolitische Vorstellungen, in den zahlreichen Kriegslegenden wird der Deutsche nie genannt, es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß man mit ihm im Frieden lebt. Überaus charakteristisch aber sind die Vorstellungen vom „Türken" (Turka) und von der Engländerin (anglitschanka). Der erstere wird mit größter Verachtung behandelt. Er empört sich häufig gegen den Zaren und muß dann zur Vernunft gebracht werden, aber eigentliche Erbitterung gegen ihn empfindet das Volk nicht. Um so stärker macht sie sich der „anglitschanka" gegenüber geltend. Sie ist reich, aller Wissenschaften kundig und listig. Schlauheit und Hinterlist sind die Charakterzüge, die ihr stets beigelegt werden.

„Alles Unheil geht von ihr aus, sie hetzt ein Volk gegen das andere, bleibt aber selbst stets aus dem Spiel. Anno 70 hat sie die Deutschen gegen die Franzosen gehetzt, im Jahre 84 die Franzosen auf China, 1877 überredete sie den Türken, gegen den weißen Zaren sich zu „empören" und gewährte ihm, dem Türken, heimliche Hilfe. Auch der russisch-japanische Krieg ist nicht ohne geheimes Eingreifen der Engländerin erfolgt."

So resümiert der „Westnik" die Summe der auf England zielenden Volkslegenden. Wir stellen aber zu besserer Charakteristik noch einige direkte Zeugnisse her: Daß Plewna sich so lange behauptete, wird folgendermaßen erklärt:

„Sie (die Engländerin) hatte eine unterirdische Eisenbahn nach Plewna gebaut und führte dem Türken Truppen und Lebensmittel zu, aber er, Tschernajew (nach anderer Version Hurko, Skobelew) sah die Straße der Engländerin sofort und befahl, sie zuzuschütten. Da hat man natürlich Plewna gleich genommen."

Während der Choleraepidemie in den 90er Jahren zirkulierte die folgende Legende:

„Als die Engländerin erfuhr, daß in Rußland viel Volkes geboren war, da hat sie die Doktoren erkauft, daß sie die Brunnen vergifteten und ein Sterben des Volkes herbeiführten. Sie wollte nämlich, daß das russische Volk abnehme, daß man es leichter ausrotten könne."

Die Vermählung der Tochter Alexanders III. mit dem Herzog von Edinburgh wurde im Volksmunde ein Mittel, zu dem der Zar gegriffen habe, um durch seine Tochter die „Engländerin" für den wahren Glauben zu gewinnen und dadurch die Feindin friedlich zu stimmen. Solcher Äußerungen liegt noch eine lange Reihe vor. Wir haben einige von ihnen hergesetzt, um die Tatsache der Unpopularität der jetzigen Politik Rußlands nicht nur in den breiten Volksmassen, sondern auch in den Reihen der Konservativen zu erklären, die mit dem Volke die meiste Fühlung haben. Die Freundschaft mit England und Japan, das stete offizielle Betonen der guten Beziehungen zur Türkei, sind Dinge, die dem Volke gleich unverständlich sind. Wir bedauern, daß jene Enquete über die Volksstimmung verhältnismäßig weit zurückliegt; sie würde heute vielleicht noch drastischere Urteile ergeben, speziell, wenn sie auf die slavische Frage, auf das Verhältnis zu Polen, Bulgaren, Serben ausgedehnt würde, denn die Volksphantasie arbeitet weiter; wir kennen kein Volk, in dem sie gleich tätig und schöpferisch in ihren wunderlichen Äußerungen wäre.

Rascher, als wir meinten, hat sich die vor 8 Tagen angekündigte Schärfung der Beziehungen zwischen Duma und Regierung und zwischen den Parteien untereinander zu einer Krisis zugespitzt. Sie hat die Demission des verdienten Präsidenten der Duma, Chomjakow, zur Folge gehabt, und eine Reihe von skandalösen Szenen in diesem dritten rus-

sischen Parlament nach sich gezogen. Dazu kommt, daß ein vom 4./17. Dezember v. J. datiertes Reskript des Ministerpräsidenten publiziert worden ist, aus dem sich ergibt, daß Stolypin einen, wie es scheint, fast hoffnungslosen Kampf gegen die Willkür der obersten Verwaltungsbeamten führt, die sich ungestraft erlauben dürfen, nach Gutdünken mit den Gesetzen zu verfahren. Man erblickt darin eine offizielle Bestätigung der Vorwürfe, die gegen das Ministerium von der Rednertribüne her erhoben worden sind. In der Tat, der Ministerpräsident steht vor einer furchtbar schweren Aufgabe. Die Senatorenrevisionen umfassen immer weitere Gebiete und führen zum Schluß, daß überall, wo ernstlich untersucht wird, die alte Sünde der russischen Bureaukratie, die wsjätka, das Bestechungssystem, an die Oberfläche tritt. Es sind aber ganz ungeheure Summen, um die es sich handelt und die fast ausnahmslos bereits verschwendet wurden. Denn der Russe hat nicht die Neigung zum Sparen und Zurücklegen für böse Tage, die sich bei den französischen Liquidatoren der Kirchengüter beobachten läßt. Das Schlimmste scheint aber die Schwierigkeit zu sein, die frei gewordenen Stellen mit zuverlässigen Beamten zu besetzen. Auch erstreckt sich die Untersuchung der Senatoren, soviel wir verfolgen können, diesmal fast ausschließlich auf die großen Diebe, das Übel reicht aber bis in die Kreise der untersten Bedienten und Agenten hinab. Die Generation, die in der sich vorbereitenden und während der tatsächlichen Revolution die entscheidenden Eindrücke ihres Lebens empfangen hat, ist wahrhaftig nicht dazu angetan, das Land zu regenerieren.

In Persien wächst der Widerstand gegen die russische Politik von Tag zu Tage. Er beginnt, wie die Schließung der Basare von Täbris beweist, einen populären Charakter anzunehmen. Man will die russischen Truppen womöglich aushungern. Daß sich das nicht ausführen läßt, liegt auf der Hand; wir glauben vielmehr, daß, wenn England es gestattet, das Einrücken weiterer Truppenabteilungen aus dem Kaukasus die nächste Folge sein wird. Der Pariser Korrespondent des „Standard" meldet auf Grund brieflicher Nachrichten, die ihm aus Teheran zugegangen sind, daß Persien durch die Ereignisse der letzten Jahre so völlig ruiniert worden sei, daß das wahrscheinliche Resultat die Absorbierung des Landes durch seine Nachbarn sein werde. Der betreffende Satz dieser Korrespondenz lautet:

„Die Bevölkerung ist überzeugt, daß die russischen Truppen niemals

abziehen werden, und ihre Gegenwart erbittert das Volk. Die britischen sind nicht viel populärer, und es sind die Deutschen, welche in größtem Ansehen bei den Nationalisten stehen. Vor einiger Zeit haben die Deutschen versucht, mit den von ihnen in der Türkei angewandten Methoden in Persien Fuß zu fassen, sie sind aber an der Wachsamkeit Englands und Rußlands gescheitert, und aus ihrer Bank wurde nichts. Die wenigen, die mit der inneren Lage vertraut sind, meinen, daß Persien niemals den Boden wiedergewinnen kann, den es verloren hat; daß es vielmehr unausbleiblich von Rußland im Norden und von England im Süden absorbiert werden wird, es sei denn, daß beide Mächte übereinkommen, aus Persien ein neues Ägypten zu machen."

Der Mann dürfte recht haben in seiner Charakteristik der Pläne beider Mächte. Nur wird wohl keiner, der nicht zur Curzondoktrin schwört, England für einen Nachbarn Persiens halten. Die Türkei scheint uns näher zu liegen. Auch werden schon jetzt durch die Politik, die beide Mächte verfolgen, die Interessen dritter Mächte, z. B. die Deutschlands, auf Erhaltung des Prinzips der offenen Tür direkt geschädigt. Das Geständnis, daß wir es den Intrigen Englands und Rußlands zu danken haben, daß unser Bankunternehmen in Teheran scheiterte, sagt uns zwar nichts Neues, mag aber als wertvoll registriert werden. Im übrigen scheint uns die englisch-russische Politik in Persien dem Grundsatz zu entsprechen: avilir puis démolir! Eine solche Politik trägt aber ihre Gefahren in sich selbst; beide Mächte scheinen eifrig bemüht, die wunden Stellen an ihrem Staatskörper zu vermehren.

In Frankreich trägt die innere Politik bereits ganz den Stempel der bevorstehenden Wahlen. Sie spielen sowohl in dem Liquidationsprozeß wie in den Kammerverhandlungen über Wahlbeeinflussung oder in den Kundgebungen der Parteihäupter aller Farben eine Rolle. Neben dem Manifest des Herzogs von Orleans an seine Anhänger zeigt es die unter dem Titel: „A bas les Tyrans" veröffentlichte Flugschrift der „Association antimaçonnique de France", aus der einige Leitsätze hier Platz finden mögen. Es sind Resolutionen der Freimaurerkongresse und Nationalversammlungen, und die Quellen werden zitiert:

„Der Freimaurer soll Bürger sein . . . aber er muß zuerst Freimaurer sein, erst danach Stadtrat, Deputierter, Senator, Minister oder Präsident der Republik. Die aktiven Freimaurer, die zu Senatoren oder Deputierten gewählt werden, versammeln sich mindestens alle

4 Monate im Grand Orient, um die allgemeinen Interessen der Freimaurerei und der Republik zu beraten. Anträge, die aus der individuellen Initiative der Freimaurer hervorgehen, werden in den Logen studiert, von ihnen dem Kongreß der Freimaurer vorgelegt, durch den Rat des Ordens an den Konvent gebracht, danach aber werden sie Gesetze des Staates, wenn sie von Deputierten, welche Freimaurer sind, aus der Rue Cadet in das Palais Bourbon getragen werden."

An diese amtlich-freimaurerischen Beschlüsse werden noch Äußerungen der Organe der Logen gereiht, die gleichfalls charakteristisch genug sind.

„Aufrichtig gesagt, das allgemeine Stimmrecht, wie es heute gesetzlich feststeht, stellt die Souveränität der öffentlichen Dummheit (imbécillité publique) das Rendezvous der schwachen Köpfe (des infirmités de l'intelligence) dar."

Das ist wenigstens offen, und enthält ein gut Teil Wahrheit; vielleicht mehr als die Verkündigung des Bruders Fernand Maurice, der 1890 im Konvent erklärte:

„Ich sage Euch, daß heute nach 10 Jahren die Freimaurerei ihren Sieg errungen haben wird und daß außerhalb unseres Kreises nichts in Frankreich sich regen wird!"

Nun, es regt sich doch noch mancherlei, aber es ist schwer zu glauben, daß die französische Nation sich auf die Dauer der Alleinherrschaft dieser geheimen Regierung fügen wird. Man hat mitunter den Eindruck, als ob die Reaktion dagegen begonnen hätte.

Einen, wie es scheint, ziemlich ernsten Kolonialkrieg muß Frankreich an der Elfenbeinküste auf sich nehmen. Die Schuld an der Erhebung der Eingeborenen tragen offenbar Mißgriffe des Gouverneurs, die nun mit Blut gesühnt werden müssen. Auch in Marokko schwärmen die Wespen wieder aus, und es ist schwer glaublich, daß an diesen sich ununterbrochen folgenden Erhebungen nur die Marokkaner Schuld tragen.

In England haben die letzten 8 Tage mehr verwirrend als klärend gewirkt. Der Reformplan Lord Roseberys hat selbst im Oberhause wenig Anhänger gefunden, obgleich er uns wohlgedacht und praktisch gut durchführbar scheint. Er würde, wenn durchgeführt, eine wesentliche Stärkung des Hauses der Lords zur Folge haben. Das aber ist es, was das Unterhaus am wenigsten wünscht, so daß eine Verständigung beider Häuser in dieser Frage ausgeschlossen ist. Da auch der Gegensatz

zwischen Iren und Liberalen fortdauert, die pekuniären Schwierigkeiten immer größer werden, und das ungeduldige Verlangen nach einer Rückkehr zu geordneten Verhältnissen steigt, wird die Wahrscheinlichkeit, daß die Auflösung des Parlaments bald erfolgt, stetig größer. Der Ausgang der Wahlen läßt sich aber nicht vorhersehen. Das für England Ungünstigste wäre die Wiederkehr eines ähnlichen Zahlenverhältnisses der beiden großen Parteien, wie es jetzt besteht.

Der jetzt veröffentlichte Bericht über die Verhandlungen, die der Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland vorausgegangen sind, sowie des beiderseitigen Bekenntnisses zum status quo auf der Balkanhalbinsel, sagt der Welt nichts Neues. Es ist im wesentlichen die formelle Anerkennung des Standpunktes, den der Frhr. v. Ährenthal gleich nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina eingenommen hat, und ein Zwang für Bulgarien und Serbien, auf ihre weitergehenden nationalen Aspirationen ad calendas graecas zu verzichten. In Griechenland ist durch den Thessalischen Bauernaufstand und durch die immer weiter gehenden Ansprüche der Liga die Lage schlimmer geworden als sie ohnehin schon war.

Mit lebhaftem Bedauern haben wir von den pöbelhaften Szenen gehört, die sich in Pest abgespielt haben. Die tätliche Beleidigung des Grafen Khuen-Hedervary geht selbst über die schlimmsten Ausschreitungen hinaus, die sich die österreichisch-ungarischen Volksvertretungen in ihrer unruhigen Geschichte haben zuschulden kommen lassen. Hoffentlich bleiben diese Ausschreitungen nicht ungesühnt. Die Ehre des ungarischen Volkes verlangt, daß die Männer aus den Reihen seiner Vertreter verschwinden, die ihm den Schimpf angetan haben.

Der wahrscheinlich gewordene Rücktritt des Ministeriums Sonnino wird in Deutschland überall bedauert werden. Es liegt kein sachlicher Grund vor, den Minister zu stürzen. Die dem Admiral Bettolo gemachten Vorwürfe sind ein Vorwand, und wir möchten hinzufügen, ein schlechter Vorwand, um das Kabinett zu beseitigen. Daß derartige Gewaltsamkeiten möglich sind, liegt in der Natur des parlamentarischen Systems, vor dem uns Gott in Gnaden bewahre.

23. März 1910. Ausbruch des Ätna.
24. März. Schwere Erkrankung Menelits von Abessinien. Lidj Jeassu Nachfolger. Absetzung der Kaiserin Taitu.
25. März. Luzzati bildet das neue italienische Kabinett.
28. März. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg reist nach Rom.
30. März. Die griechische Militärliga löst sich auf.

30. März 1910.

Die „North China Daily News" vom 7. März d. J. drucken einen kurz vorher im „Daily Telegraph" erschienenen Artikel ab, der den Titel führt: „Ein Geheimvertrag; von einem Bewunderer Lihungtschangs"; sie geben dabei zu verstehen, daß der Verfasser dieses Artikels kein Geringerer ist, als Sir Robert Hart, der berühmte Generalinspektor der chinesischen Zölle seit 1863, der seit 1896 auch das Postwesen in China kontrollierte und wohl als der hervorragendste und meistwissende europäische Kenner chinesischer Neugeschichte und Politik zu gelten hat. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Mann wie dieser Sensationsnachrichten in die Welt wirft um der Sensation willen. Wenn seine Nachrichten Sensation hervorrufen, so geschieht es wohl nur, weil die Wirklichkeit oft abenteuerlicher und unwahrscheinlicher klingt, als die seltsamste Erfindung. Wir benutzen die während der Osterstille stockende Berichterstattung der Presse, um unsern Lesern in fast vollständiger Übersetzung die für die Politik des Tages überaus wichtigen historisch-politischen Aufklärungen vorzulegen, die uns der Lihungtschang-Bewunderer darbringt.

Nach einer Einleitung, in welcher er von sich sagt, daß er zu den Füßen einiger der größten Staatsmänner gesessen habe, zu denen er Lihungtschang und Marquis Ito rechne, sowie die Männer, die in Europa und Amerika Geschichte gemacht und Reiche begründet hätten, gibt er das folgende Gespräch wieder, das er mit Li hatte:

„China — bemerkte einmal Lihungtschang — wird mitunter als „das verkehrte Europa" oder als eine „auf den Kopf gestellte Zivilisation" parodistisch charakterisiert. Es ist nicht meine Sache, darüber

ein Urteil abzugeben. Eines aber weiß ich mit Bestimmtheit, unser Land hat die eigentümliche Eigenschaft, die Europäer, die zu uns kommen, mißgünstig zu machen und ihre heiligsten Grundsätze und Prinzipien auf das groteskeste umzuformen. Leider gibt es keinen Spiegel, in dem sie sich selber sehen können. Ein Beispiel mag das illustrieren. Wenn eine europäische Nation eine Defensivallianz mit einer anderen schließt, pflegt sie in der Regel die Bestimmungen des Vertrages zu erfüllen. Keinesfalls tut sie das direkte Gegenteil. Wo es aber keine Allianz gibt, ist auch keine Hilfe zu erwarten. Handelt es sich aber um uns, die armen „verkehrten Ausländer", so ist ihre Haltung in schlimmster Weise die entgegengesetzte. Die heiligen Versprechungen, durch welche sie sich binden, uns gegen unsere Feinde zu verteidigen, sind nichts als Blumen im Spiegel und Sonnenstrahlen im Wasser. Nein! sie kehren uns den Rücken und schließen sich unseren Feinden gegen uns an, obgleich wir sie bezahlt haben, uns gegen sie zu unterstützen; dann aber, um das Werk zu krönen, fügen sie uns gerade die Unbill und die Beleidigungen zu, vor welchen sie sich verpflichtet hatten, uns um jeden Preis zu schützen. Mögen wir nun „verkehrte Europäer" sein oder nicht, jedenfalls sind sie das Gegenteil der Chinesen. Andererseits aber ist es seltsam zu beobachten, daß die Nation, gegen deren Feindseligkeit wir uns schützen wollten, dann — mit Einsetzung der eigenen Existenz — sich erhebt, um uns zu verteidigen. Weshalb geschieht das?"

Diese so allgemein gefaßte Beschuldigung verletzte mich, und das muß ich gezeigt haben, denn der ehrwürdige Staatsmann beantwortete meinen erstaunten Blick, indem er fortfuhr:

„Erinnere dich der Zeit, da wir gegen die Japs Krieg führten. Wir wurden geschlagen, gedemütigt, gebrandschatzt. Wir konnten uns nach keiner Seite um Hilfe wenden. Ohne politischen Rückhalt, Alliierte oder Freunde, beugten wir unseren Nacken unter das Joch. Da war es Rußland, unser Feind von ehemals, das sein Schwert um unserer Sache willen umgürtete und auf die Gefahr eines Krieges hin die Japs aus der Halbinsel Liaotung verdrängte. Und das tat ungebeten eben jenes Rußland, mit dem wir vielerlei Streitigkeiten und keinen Allianzvertrag hatten. War es blinde Narrheit, oder war es etwas anderes?"

„Nach diesen Ereignissen verband sich Rußland feierlich, die Integrität unseres großen Reiches unverletzt zu erhalten, und die Invasion der Japaner unverzüglich und schonungslos niederzukämpfen. Die

Triebfeder zu diesem Versprechen war, wie Rußland zugestand, der Preis, den wir zahlten: die Eisenbahn durch die Mandschurei. China, das an Ehrlichkeit im Handel glaubte, stützte sich nun mit vollem Nachdruck auf diesen Stab. Es hatte nichts, worauf es sich sonst hätte stützen können. Aber es war nur ein europäisches Schilfrohr. Unsere russischen Verbündeten gingen zum Feinde über, im Bündnis mit ihm griffen sie uns mit Nachdruck und Gewalt an, sie schändeten die heiligen Stätten unseres Landes und halfen die ehrwürdigen Regenten unseres Volkes verbannen. Weshalb? War es die Wirkung jener geheimnisvollen Tollheit, die alle Völker ergreift, die mit unserer Rasse in Berührung kommen, und sie mit feindseligen Absichten gegen uns erfüllt? Rußland, das freiwillig die Integrität unseres Landes garantiert hatte, okkupierte es nunmehr selbst."

„Schließe deine Augen und betrachte das Bild!" rief der Staatsmann aus. „Im Vordergrunde findest du Rußland in der doppelten Rolle eines Bundesgenossen und eines Feindes, die Integrität Chinas garantierend und verletzend. Gegenüber steht Japan, unser Feind seit Jahrhunderten, der sein Schwert zieht, nicht gegen uns, sondern um Rußland niederzuwerfen und es aus der Mandschurei zu vertreiben! Und dabei setzt Japan seine politische Existenz bei dem Unternehmen ein. Ist das nicht seltsam? Es erinnert mich an das, was die Christen ein Wunder nennen, nur daß bei all diesen Unternehmungen und Großtaten Japans und Rußlands weder für einen Gott Raum ist, noch auch für einen ehrenwerten Mann, wenn ein solcher, wider alle Erwartung, erstehen sollte."

Ein Monstrum von Konzession.

Was Lihungtschang damals und später über Anschläge und Methoden unsrer unnatürlichen Freunde und heimlichen Feinde mir zu erzählen geruhte, kombiniert mit dem, was ich aus andern Quellen darüber erfahren habe, wirft eine Flut von Licht auf die politische Bedeutung der Mandschurei, und hat mich davon überzeugt, daß dieser Teil des östlichen Problems in Wirklichkeit ein abendländisches Problem ist. Diese bilden den Grundstock der folgenden Erzählung und meiner bescheidenen Vorschläge.

Jedermann weiß, daß die Mandschurei eine chinesische Provinz ist. So sagt das Völkerrecht, und deshalb muß es wahr sein. Aber in

dem Geburtslande der regierenden chinesischen Dynastie ist das Völkerrecht ein toter Buchstabe. Wenn ein Europäer in die Mandschurei auswandert, bildet er sich gewöhnlich ein, daß er nach China gehe. Treibt ihn das Verlangen nach industriellem Gewinn, so rechnet er mit chinesischen Gesetzen und chinesischer Verwaltung, die ihn fördern oder behindern kann, und er trifft die entsprechenden Vorsichtsmaßregeln. In dem Augenblick aber, wo er Charbin berührt, befindet er sich in Rußland. Er muß sich daher in Handel und Wandel russischen Verhältnissen anpassen. Seine Streitigkeiten mit Chinesen, Deutschen oder mit seinen eigenen Landsleuten gehen an russische Gerichte. Die Landpacht ist russisch, russisch die Schulen, die Behörden, welche die Abgaben festsetzen, die Gefängnisse. In Kürze lernt der Europäer, daß er nicht in China, sondern in einer der Provinzen ist, die zu den Besitzungen des Zaren gehören. Der Grund dieser Umbildung eines Staates in einen anderen, ist, daß dort eine russische Eisenbahn besteht, die ein Monstrum von Konzession besitzt, das ihr all diese Rechte und viele andere verleiht, nichts als eine Eisenbahn!

Dieser Staat im Staat hat Anlaß zu einer Komödie von Irrungen und auch zu Tragödien der Industrie gegeben. Mißverständnisse tauchten auf, die in Streitigkeiten ausarteten. Man versuchte sie beizulegen, und es fanden sich Leute, die, um Frieden zu stiften, dem Ursprung dieser weitgehenden Privilegien nachforschten und dabei verblüffende Entdeckungen machten. Auf die Frage, weshalb die Regierung des Zaren besondere Rechte in China besitzen sollte, antwortete der bevollmächtigte russische Minister, auf Grund des Privilegs. Das ist aber nur eine Entgegnung und keine Antwort. Denn weshalb sollte ein Privileg (charter) politische Vorrechte mit industriellen Interessen verbinden? Niemand wird bestreiten, daß die Eisenbahngesellschaft bevollmächtigt war, ihr Eigentum zu verwalten, wie es ihr gefiel, da sie dazu, von den chinesischen Gesetzen unbelästigt, eine ausdrückliche Erlaubnis erhalten hatte. Die Forderung ist berechtigt. Aber keine Eisenbahngesellschaft kann ernstlich verlangen, daß man sie als einen unabhängigen Staat ansieht, derartige Ansprüche sind widersinnig. Das internationale Recht schließt sie aus.

Wie die Eisenbahn entstand.

Wir wollen jetzt die Frage erweitern und sie von einer andern Seite her betrachten. Wer beansprucht das Recht, für Ausländer und

Chinesen in der Mandschurei Gesetze zu erlassen? Eine private Eisenbahngesellschaft oder ein mächtiges Reich? Der russische Staat kann es nicht sein, da er seine eigene Verpflichtung verletzen würde, die im § III des Vertrages von Portsmouth niedergelegt ist. Auch kann es die Kompagnie nicht sein, da keine Privatgesellschaft der Welt kompetent ist, Gesetze für die Regierung eines Landes zu erlassen. Außerdem muß ein Privileg (charter), gleich einem Landesgesetz, eine Berechtigung sein, die nicht in Widerspruch zum common-sense, zum gesunden Menschenverstande steht. Nun war der einzige Grund der chinesischen Regierung, der für Konzessionen an die Eisenbahngesellschaft vorgebracht wurde, welche jetzt die nördliche Mandschurei regiert, der, daß die Gesellschaft imstande sein müsse, ihr Eigentum zu verwalten, ohne von den Chinesen dabei behindert zu werden. Aber es wäre eine Insulte des common-sense, zu behaupten, daß die Gesellschaft ihre Züge nicht fahren lassen und aus ihrem Eigentum nicht den besten Nutzen ziehen kann, ohne die Funktionen eines unabhängigen Staates zu usurpieren.

Doch wir wollen die Konzession selbst und ihre raison d'être prüfen. Sie entstand, weil Rußland wünschte, eine Sektion seiner sibirischen Eisenbahn durch die Mandschurei zu eigenem Bedarf nach Wladiwostok zu führen. Man ersparte dabei 342 Meilen Wegs und umging große Schwierigkeiten, die sich den Ingenieuren entgegenstellten. Für diese „invasion pacifique" mußte natürlich die Zustimmung Chinas erworben werden, und das bedeutete, daß zunächst Lihungtschang und dann durch ihn seine kaiserliche Herrin gewonnen werden mußte. Die Aufgabe schien schwierig, aber die russische Regierung spannte ihr Netz verführerisch aus und fing ihre Beute ohne Mühe. Herr Witte war Minister der Finanzen, und wie man sagt, noch vieler anderer Staatsdepartements, und er war es, der die Rute leimte, durch welche der vorsichtige Lihungtschang gefangen wurde. Wie dieser Trick ausgeführt wurde, ist niemals erzählt worden. Wenn es mit voller Aufrichtigkeit geschähe, würde die Glaubwürdigkeit auch des angesehensten Geschichtsschreibers erschüttert werden, so unwahrscheinlich ist das Zwischenspiel. Der Minister des Zaren gab der Verhandlung einen politischen Anstrich. Rußland, erklärte er, hat seine Politik im fernen Osten auf die Integrität Chinas basiert. Das war der feste Punkt in den immer wechselnden Ideen und Bestrebungen, und fest muß er um jeden Preis bleiben.

Das war Rußlands Gedanke und Gefühl; Japan, versicherte er, trage sich mit dem Plan territorialer Erweiterung auf Kosten Chinas. Die letzte Kampagne und die leichten Siege Japans hätten diese lange verfolgte Tendenz ans Licht gebracht. Zum Glück sei Rußland damals China zu Hilfe gekommen und habe der Vertrag von Shimonoseki, der die südliche Mandschurei an Japan auslieferte, rückgängig gemacht und das Land vom Feinde befreit. Sei das nicht eine Handlung unerschütterlicher Freundschaft gewesen?

Aufgeklärter Egoismus.

In Zukunft wie in der Vergangenheit, fuhr der Finanzminister fort, hielt Rußland es für nützlich, jede Gelegenheit zu ergreifen, um seine Freundschaft China gegenüber zu betätigen. Es sei dabei ebensosehr durch aufgeklärten Egoismus wie durch Sympathie bestimmt worden, da die vitalen Interessen beider Reiche tatsächlich identisch seien. Japans Bestrebungen seien dagegen selbstisch und zerstörend. Es hungert nach chinesischem Land und dürstet nach russischen Gewässern. Es ist ein Störenfried, der gebändigt werden muß durch die sich gegenseitig schützende Freundschaft Rußlands und Chinas. Wenn daher — was gewiß geschehen werde — Japan nächstens China überfalle, dann werde Rußlands Hilfe zur Verfügung des geliebten Nachbars stehen. Seine Truppen, sein schweres Geschütz .... aber wie solle man sie auf den Kriegsschauplatz schaffen? Es gebe weder zu Wasser noch zu Lande Straßen, noch andere Mittel zur Kommunikation. Diese ungünstigen Verhältnisse seien schwer in letzter Zeit ins Gewicht gefallen, da das geringe Kontingent, das Rußland in das Amurgebiet dirigierte, Kirin erst erreichen konnte, als seine Gegenwart ein Anachronismus — moutarde après dîner — war. Aktive Freundschaft beider Reiche verlange vornehmlich Schnelligkeit der Verbindungen für die russischen Truppen, und das wiederum bedeute eine Eisenbahn durch chinesisches Gebiet. Ohne Eisenbahn — keine Allianz, das sei die Formel in ihrer kürzesten Fassung.

Schließlich kam die Frage zur Entscheidung an Lihungtschang, und er fragte, ob eine wirkliche Allianz beabsichtigt sei. Die russische Regierung gab eine zustimmende Antwort und hielt daran fest. Die Defensivallianz wurde nun die Bedingung, von welcher der chinesische Staatsmann die Konzession abhängig machte. Das ist das Herz des Ganzen.

„Wir wollen euch die Nutznießung unseres Territoriums geben, um die Eisenbahn darauf zu bauen, wir wollen euch auch besondere Verwaltungsrechte verleihen, doch nur als integralen Teil eines umfassenden Defensivtraktats. Die Eisenbahnkommission soll die Folge der Defensivallianz sein, und wir wollen sie ohne Mißgunst bemessen. Wir gestatten euch die Nutznießung unseres Landes, und ihr garantiert uns die Integrität unseres Reiches."

Das war der Pakt, und dieser Pakt enthält die Motive Chinas für die Konzession. Lihungtschang legte in seiner Mitteilung an die Regierung darauf allen Nachdruck und betonte, er sei von unschätzbarem Wert für China, gegen welches England und Japan komplottierten. Er betrachtete die Konzession zum Bau der Eisenbahn und alles, was daran hing, als den Preis, den China für die Allianz zahlte. Würde die Allianz nicht vollzogen oder nicht voll geleistet, so sollten die russischen Ansprüche auf die Eisenbahn in sich zusammenfallen. Dieser Vorschlag war selbstverständlich. Was zu zeigen übrig bleibt, ist die Tatsache, daß in dem auf diesen zwei Sätzen ruhenden Pakt Rußland seinen Anteil am Kontrakt nicht erfüllt hat.

Ich stand in freundschaftlichen Beziehungen zu Lihungtschang in den kritischsten Zeiten seines Lebens. Ich kenne die Phasen, die er durchschritt, als er in den Verhandlungen mit der russischen Regierung und mit Witte um jeden Fußbreit Landes disputierte. Als die Notwendigkeit einer Eisenbahn bewiesen war, wollte der Bevollmächtigte Chinas sie mit chinesischem Gelde bauen. Aber der russische Staatsmann lehnte dies Angebot ab, weil der Wert der Linie davon abhänge, daß sie bald fertig werde und daß man den Bau deshalb sofort beginne, während China 10 bis 12 Jahre Zeit verlangte. Er drohte, sein Anerbieten rückgängig zu machen, wenn es nicht angenommen werde, wie es sei. Es war ein Ultimatum. Bevor er nachgab, wurde Lihungtschang in Audienz vom Zaren empfangen, und ich setze nunmehr einen Teil der Unterredung her, die nach dem chiffrierten Telegramm an den Tsunglinamen zwischen ihm und dem Kaiser geführt worden ist.

„Rußland — sagte Se. Majestät — besitzt enorme Strecken Landes, die wenig bevölkert sind. Es wird daher keinen Fußbreit Landes, das andern gehört, an sich reißen. Was aber China betrifft, so sei es ihm mit Banden der Freundschaft verbunden. Es habe kein anderes Motiv, die Eisenbahn in der Mandschurei zu errichten, als das, seine Truppen

schnell befördern zu können. Das aber sei nur notwendig, um China wirksam jederzeit zu Hilfe zu kommen, wenn es in Not gerate. Diese Eisenbahn werde also nicht nur Rußland dienen. Der Bau der Bahn gehe über die Finanzmittel Chinas. Wenn China aber die Konzession der russisch-chinesischen Bank in Schanghai verleihe, könne es durch entsprechende Stipulationen sich das Recht der Kontrolle sichern, so daß Schwierigkeiten nicht entstehen würden. Derartige Transaktionen seien in allen Ländern üblich. Aus diesen Gründen forderte der Zar mich auf, das Angebot zu überlegen und zu einem endgültigen Abschluß zu gelangen. Er wies darauf hin, daß China nicht wisse, wie bald Gefahren erstehen würden...., aber es könne wenigstens den Russen die Möglichkeit bieten, Hilfe zu leisten. Ich erfülle meine Pflicht, indem ich diese Worte der Krone zu ihrer Orientierung mitteile." So Lihungtschang.

Der russisch-chinesische Geheimvertrag.

In einer anderen Depesche berichtet der chinesische Vertreter über ein Gespräch, das er mit den russischen Ministern der Finanzen und des Auswärtigen hatte, telegraphisch:

„Der Fundamentalpunkt war jene Eisenbahnkonvention, die durch die Mandschurei führen soll, und daß, wenn die Konvention einmal ratifiziert sei, ein Geheimvertrag geschlossen werden solle."

Lihungtschang griff die Idee des Geheimvertrages schnell auf, suchte aber die Eisenbahnkonvention nach Möglichkeit hinzuziehen, indem er verlangte, daß ein russischer Beamter nach China geschickt werde, sie zu diskutieren. Das Ende der Wirkung von Ratschlägen und Drohungen, gnädigen Audienzen und lukullischen Banketten, denen in Petersburg und Moskau Lihungtschang unterzogen wurde, war der Geheimvertrag, dessen 6 Artikel, von Wort zu Wort, in der Übersetzung wie folgt lauten:

Artikel I. Jeder Angriff, der von Japan, sei er gegen russisches Territorium in Ostasien, oder gegen das Territorium Chinas oder Koreas gerichtet wird, soll den gegenwärtigen Vertrag notwendig in sofortige Wirksamkeit setzen. Für diesen Fall verpflichten sich die beiden hohen kontrahierenden Mächte, einander gegenseitig mit all ihren Streitkräften zu Lande und zu Wasser, über die sie im Augenblick verfügen können, zu unterstützen und einander nach Möglichkeit behilflich zu sein, diese Streitkräfte mit Lebensmitteln zu versorgen.

Artikel II. Sobald die beiden hohen kontrahierenden Mächte in gemeinsame Aktion verwickelt sind, darf kein Friedensvertrag von einer der beiden mit dem Gegner geschlossen werden ohne Zustimmung des anderen.

Artikel III. Während der Dauer der militärischen Operationen werden alle Häfen Chinas im Fall der Not den russischen Kriegsschiffen offenstehen, die hier von seiten der chinesischen Autoritäten alle Hilfe finden werden, deren sie bedürfen könnten.

Artikel IV. Um den Zugang russischer Landtruppen an den bedrohten Punkten zu erleichtern und die Mittel für ihre Subsistenz zu sichern, geht die chinesische Regierung auf den Bau einer Eisenbahn ein, die durch die chinesischen Provinzen des Amur und von Guirin (Kirin) in der Richtung auf Wladiwostok führt. Die Verbindung dieser Bahn mit der russischen soll nicht als Vorwand für irgendwelche Beeinträchtigung chinesischen Gebietes dienen, noch für Verletzung der souveränen Rechte Sr. Maj. des Kaisers von China. Bau und Exploitation dieser Eisenbahn wird der russisch-chinesischen Bank übertragen, und die Klauseln des Kontrakts, der zu diesem Behuf abgeschlossen werden wird, sollen zwischen dem chinesischen Gesandten in Petersburg und der russisch-chinesischen Bank gebührend diskutiert werden.

Artikel V. Es besteht Einverständnis darüber, daß in Kriegszeiten, wie Artikel I andeutet, Rußland freien Gebrauch der in Art. IV erwähnten Eisenbahn haben wird für Transport und Verproviantierung seiner Truppen. In Friedenszeiten soll Rußland das gleiche Recht für den Transit seiner Truppen und Lebensmittel haben, mit Unterbrechungen, die durch keine anderen Motive als die der Bedürfnisse des Transportdienstes gerechtfertigt werden sollen.

Artikel VI. Der gegenwärtige Vertrag soll an dem Tage in Kraft treten, da der in Artikel IV stipulierte Kontrakt von Sr. Majestät dem Kaiser von China bestätigt wird. Er soll von da ab, für einen Zeitraum von 15 Jahren, Kraft und Geltung haben. Sechs Monate vor Ablauf des Termins werden die beiden hohen kontrahierenden Mächte über Verlängerung dieses Vertrages in Verhandlung treten.

Der Wortlaut des Artikels IV dieses Vertrages läßt keinen Zweifel darüber, daß der Eisenbahnbau gerechtfertigt wird durch die Notwendigkeit, russische Truppen China zu Hilfe zu führen, und daß er kein Vorwand zur Expropriierung chinesischen Territoriums werden soll, noch

zu Eingriffen in die souveränen Rechte Chinas in irgendwelcher anderen Weise. Aber die heutige Sachlage in der Mandschurei stellt einen flagranten Bruch dieses Artikels dar, denn es ist eine Usurpation chinesischer Rechte, in der Nordmandschurei zu regieren. Artikel IV dieses Gesamtvertrages kann daher vom chinesischen Auswärtigen Amt angerufen werden gegen die Usurpation politischer Jurisdiktion durch die russischen Autoritäten in Charbin.

Das ist einer der Punkte, die, wie ich meine, in aller Freundschaft einem Schiedsspruch unterstellt werden könnten, und zwar in dieser Form: Ist es das russische Reich, das den Anspruch auf Jurisdiktion in der Mandschurei erhebt? und wenn das der Fall ist, wird dieser Anspruch nicht durch Artikel IV des Vertrages von Portsmouth annulliert? Nehmen wir aber einen Augenblick an, daß dieser Anspruch als vereinbar mit diesem Artikel und mit dem Prinzip der offenen Tür gilt, so ist er doch ganz bestimmt unvereinbar mit der Gerechtigkeit und Billigkeit. Denn er geht aus einer zweiseitigen Abmachung hervor, die von derjenigen der kontrahierenden Parteien gebrochen wurde, die den Nutzen davon zog, und er kann daher erfolgreich durch die internationalen Gesetze zurückgewiesen werden. Nehmen wir aber der Vollständigkeit halber an, daß Rußland für sein Besitzrecht eintritt und sich darauf beruft, daß China gegen den Kontraktbruch nicht protestiert hat, als er noch frisch war, so scheint uns auch dann die Frage gegen Rußland schlüssig zu sein. Denn die Streitigkeiten zwischen den Ausländern und dem chinesischen Residenten auf dem Eisenbahnterritorium machen eine internationale Definition der, gleichviel wie, erworbenen Rechte Rußlands notwendig. Und das führt uns wieder zu dem Kontrakt und seiner Sanktion zurück.

China kann jedenfalls mit Fug und Recht den Anspruch erheben, daß die Privilegien, die es der Eisenbahngesellschaft verliehen hat, mit gewissen Einschränkungen beurteilt werden. Das würde bedeuten, daß die Rechte der Kompagnie auf Jurisdiktion sich auf das Land ausdehnen, das in Wirklichkeit für die Nutzung der Eisenbahn unentbehrlich ist, nicht aber darüber hinaus. Nur der schmale Strich expropriierten Landes, der für die Verwaltung der Eisenbahn unentbehrlich ist, trägt das Recht der Jurisdiktion in sich. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß, da das

Land in der nördlichen Mandschurei billig ist, die Kompagnie 500 oder 600 v. H. mehr Land erworben hat, als notwendig war. Das aber war eine Kaufmannsspekulation, wie eine Untersuchung beweisen wird. China duldete sie, weil es glaubte, einen Alliierten vor sich zu haben. Mag eine internationale Kommission von Eisenbahnexperten entscheiden, ein wie breiter Streifen Landes für die Bedürfnisse der Bahn in Wirklichkeit erforderlich ist, dann wird der Streit sein Ende finden.

Eine andere Frage fließt, wenn ich so sagen darf, aus der Spitze meiner Feder, eine Frage, die nicht an einen Schiedshof gerichtet ist, aber an das Gewissen des Exfinanzministers und der jetzigen russischen Regierung. In dem VI. Artikel des Geheimvertrages wird stipuliert, daß 6 Monate, bevor die 15 Jahre ablaufen, während welcher dieses diplomatische Instrument Geltung hat, die kontrahierenden Mächte es verlängern können. Der Vertrag steht jetzt in seinem 15. Jahre. Ende 1910 verfällt er. Wird die russische Regierung Eröffnungen an China richten, um ihn zu verlängern? Ist die russische Regierung bereit, das chinesische Auswärtige Amt zu ersuchen, den Defensivvertrag auf weitere 15 Jahre zu erneuern? Und wenn nicht, weshalb nicht?"

Damit schließt diese höchst bedeutsame Enthüllung aus der Vorgeschichte der heutigen russisch-chinesischen Beziehungen, die uns Rußland im Einverständnis, wenn nicht im Bündnis, mit Japan eben gegen jenes China zeigen, mit dem die gegen Japan gerichtete Defensivallianz noch in voller Kraft fortbesteht. Wir haben uns entschlossen, die eingehenden Ausführungen Sir Robert Harts mit alleiniger Ausnahme der einleitenden Bemerkungen voll wiederzugeben, weil sie ein allgemeines Problem von großer Bedeutung zur Erwägung stellen. Das Urteil über die Entstehungsgeschichte der mandschurischen Bahn überlassen wir dem sittlichen Empfinden unserer Leser. Es wird gewiß nicht irre gehen. Von praktischer Bedeutung aber könnte die uns gewordene Belehrung für die Lösung der Schwierigkeiten in Charbin werden.

31. März 1910. Die französische Kammer nimmt ein Altersversorgungsgesetz an.
1. April. Zusammenkunft des Reichskanzlers mit San Giuliano, Minister des Auswärtigen, in Florenz.
3. April. König Peter von Serbien wird vom Sultan empfangen.
4. April. Unruhen im Somalilande.

6. April 1910.

Man versteht es wohl, daß Roosevelt, nachdem er seit seiner Landung in Mombassa „2500 Meilen (engl.) durch das dunkelste Afrika gewandert war und während dieser ganzen Zeit unter dem Schutz der britischen Flagge stand" — das sind Worte aus seiner Ansprache an die Scheiks, die ihn in Chartum begrüßten, — das Bedürfnis empfand, den Engländern seinen Dank für diesen Schutz zu sagen. Er tat es in der Ansprache, die er an die Studenten der Universität Kairo hielt. Sie war des Lobes der englischen Waltung in Ägypten voll, deutete an, daß er das Land für ein Verfassungsleben noch nicht reif halte, und sprach sich mit größter Schärfe über die Ermordung von Butros Pascha aus. Nun hätte man annehmen sollen, daß dieses Verhalten eines so einflußreichen und populären Mannes, wie es der frühere — und wohl auch der kommende — Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist, in England mit Genugtuung aufgenommen werden müsse. Das ist aber keineswegs der Fall gewesen. Offenbar ist es den Engländern überhaupt nicht lieb, wenn auf ihrem Boden, oder auf dem Boden, auf dem sie, gleichviel ob zu Recht oder zu Unrecht, die Herren sind, öffentlich von politischen Fragen geredet wird, die in die Sphäre der Reichspolitik fallen. So hat sich die englische Presse durchweg höchst ablehnend zu den Äußerungen Roosevelts gestellt, und, um ein Beispiel anzuführen, der „Standard" ihm einen Leitartikel gewidmet, der an ironischer Bosheit schwer zu übertreffen sein möchte.

„Wir erwarten mit Spannung — so schließt der „Standard" — die Entdeckung unserer Inseln durch Mr. Roosevelt, sowie die unparteiischen Bemerkungen, durch welche er ohne Zweifel überzeugt sein wird, uns auf unsere persönlichen und politischen Mängel aufmerksam

zu machen. Wir könnten das Kompliment beantworten, indem wir, sagen wir einen Ex-Prime-Minister — Mr. Asquith könnte bald eine ihm kongeniale Beschäftigung suchen — aussenden, um die Bürger der Vereinigten Staaten auf die Mängel ihrer Nationalverfassung und die Unvollkommenheiten ihres Nationalcharakters aufmerksam zu machen. Wir können uns nichts vorstellen, was den Amerikanern mehr gefallen würde."

Bei dem Versuche, uns die Gründe dieser Gereiztheit zu erklären, die auch in der „Westminster Gaz." zum Ausdruck kommt, stellen sich, abgesehen von der schon oben betonten allgemeinen Abneigung der Engländer, Fremde in ihre Angelegenheiten eingreifen zu sehen, zwei Erwägungen ein, die eine wahrscheinliche Lösung bieten. In Chartum hatte Roosevelt u. a. beiläufig bemerkt, daß die englischen Truppen den Ägyptern behilflich seien, die Mißwirtschaft der Derwische zu beseitigen, und daß England nicht beabsichtige, den Fehler zu wiederholen, den es beging, als es sich Ägypten zu eigen machte. Denn im Süden habe England sich durch keinerlei Versprechungen zur Räumung des Landes verpflichtet. Damit aber hat Roosevelt nach zwei Seiten hin wunde Punkte berührt. Die Engländer wollen bekanntlich von einer Räumung Ägyptens überhaupt nichts mehr wissen, den Süden aber betrachten sie schon jetzt als ihr Eigen, während das politische Dogma der ägyptischen Patrioten Befreiung Ägyptens von der englischen Vormundschaft fordert und den Sudan als ein von England mit ägyptischen Streitkräften und ägyptischem Gelde erobertes Land, zu mindestens teilweisem Besitz beansprucht. Steht auch über allen Zweifel fest, daß England den Süden behaupten und nicht wie das Somaliland dem „tollen Mullah" preisgeben wird, der Protest der Nationalisten hört darum nicht auf, und die zeitweilig ruhende Frage ist nunmehr wieder in den Vordergrund der Diskussion getreten. Dieselbe Wirkung aber hatte die Ansprache an die Studenten in Kairo. Da nun im Laufe des letzten Jahres die nationalistische Bewegung in Ägypten unzweifelhaft zunimmt, mag die Verstimmung in London auf eine sehr reale Sorge zurückzuführen sein. Wir setzen dafür das gewiß unverdächtige Zeugnis des ägyptischen Korrespondenten eines russischen Blattes (des „Golos Moskwy") her.

„Die Ereignisse — schreibt er — spitzen sich zu. Jedem, der in Ägypten lebt, ist es klar, daß das Land der Pharaonen vor Ausbruch

einer Revolution steht. Die Ermordung des Ministerpräsidenten, die Drohung der Muselmänner, alle koptischen Christen zu erschlagen, die wachsende Propaganda revolutionärer Ideen, die Entdeckung eines ganzen Netzes revolutionärer Organisationen und antienglischer Verschwörungen, einer Akademie von Bombisten usw. — das alles sind üble Vorzeichen. Eine Menge Europäer, die zur Kursaison hergekommen sind, ziehen es vor, Ägypten zu verlassen, und unter mehr oder minder stichhaltigen Gründen suchen auch die einheimischen reichen Beamten aus Kairo zu flüchten. Diejenigen von ihnen, die nicht fort können, zeigen sich auf den Straßen umgeben von Bewaffneten und von Geheimagenten, sogar der Khedive Hadji-Abbas-Hilmi, der davon träumt, zum großen Kalifen Arabiens ausgerufen zu werden, ist jetzt seltener als bisher in den Straßen der Stadt zu sehen. Auch die Engländer teilen die allgemeine Ansicht, daß drohende Ereignisse bevorstehen. Sie wissen natürlich, daß ihre Herrschaft ihnen keine treuen Untertanen in der Bevölkerung erzogen hat, und daß die nationalistischen Klubs schon längst den Haß gegen sie propagieren und den Boden für den Kampf der Ägypter um Unabhängigkeit und Befreiung des Vaterlandes vorbereiten. Erst kürzlich hat der Oberkommandierende der englischen Okkupationstruppen einen Armeebefehl erlassen, in dem er darauf hinwies, daß alle Truppen in Kriegsbereitschaft sein müßten. „Man muß auf jede Überraschung gefaßt sein," schließt dieser Befehl.

Man sagt, daß die englischen Truppen auf Kriegsfuß gebracht worden sind, weil der Chef der Detektivpolizei einer weitverzweigten Verschwörung der Nationalisten gegen die Engländer auf die Spur gekommen ist. Die Verschwörer wollten plötzlich die englischen Kasernen überfallen und sich des Arsenals und der Pulverkeller bemächtigen.". . .

Wir übergehen den Schluß der Korrespondenz, welche die Untersuchung gegen Al-Wardin, den Mörder von Butros Pascha, betrifft, und wollen auch dafür keine Bürgschaft übernehmen, daß die Farben in dem mitgeteilten Abschnitt nicht zu stark aufgetragen sind. Sicher ist dagegen, daß die englische Herrschaft mehr als je ausschließlich auf ihrer militärischen Macht ruht, und das mag die übermäßige Nervosität erklären, mit der die wohlgemeinten Äußerungen Roosevelts aufgenommen worden sind.

Ganz ähnlich liegen heute die Verhältnisse in Persien, das die drückende russisch-englische Vormundschaft nur zähneknirschend erträgt.

Die auf eine völlige Lähmung jedes Restes von Selbständigkeit berechneten Bedingungen des knapp bemessenen Vorschusses auf eine zu niedrig bemessene Anleihe, zu der England und Rußland sich verstanden haben, konnten nicht anders wirken, als den bittersten Haß hervorzurufen. Er richtet sich übrigens noch mehr gegen die Russen als gegen die Engländer, was sich wohl daraus erklärt, daß die letzteren ihr Spiel versteckter treiben, während Rußland, das seine Truppen bald vorrücken, bald wieder zurückmarschieren läßt, durch die nörgelnde Art seiner Politik fortdauernd reizt. Die Russen haben im Laufe der Zeit vom Kaukasus aus die folgenden Städte besetzt: Täbris, Rescht, Kaswin, Astara, Ardebil: von Transkaspien aus: Astrabad und Mesched. Aber damit scheint noch nicht genug geschehen. Während vor etwa 14 Tagen die „Nowoje Wremja" empfahl, zu einem System gleichgültiger Nichteinmischung zu greifen und abzuwarten, bis der chronische Zersetzungsprozeß in Persien in eine akute Form übergehe und damit eine Entscheidung notwendig mache, tritt sie jetzt, unter lebhaften Ausfällen gegen die Leitung der russischen Politik, durch den Mund ihres Teheraner Korrespondenten für erneutes aktives Vorgehen ein.

„Es ist sehr wohl möglich, daß in nächster Zukunft Rußland genötigt sein wird, zu energischeren und weiter angelegten Maßregeln zu greifen, um die persischen Provinzen in Ordnung zu bringen, die an Rußland grenzen und durch ihr chaotisches Treiben unsere Grenzen bedrohen."

Herr Jantschewski — so heißt der Korrespondent — kommt dabei zu dem überraschenden Schluß, daß England, um sein Prestige in Europa und Asien aufrecht zu erhalten, weit mehr der russischen Armee bedürfe als Rußland zum Schutz seiner ausschließlich territorialen Besitzungen der englischen Flotte.

„Man muß deshalb hoffen, daß in einer *so geringfügigen Frage*, wie es die persische ist, England nicht Stellung gegen die russischen Interessen nehmen wird, die in nichts die englischen berühren."

Ob man in England die persische Frage für eine geringfügige hält, ist uns sehr zweifelhaft. So weit sich an den Tatsachen, die sich vor unseren Augen abgespielt haben, die englische Politik in Persien erkennen läßt, hat sie zwar nichts dagegen einzuwenden, daß die wirtschaftliche und die politische Lähmung in Persien von Rußland aufrechterhalten wird, sehr viel aber gegen eine militärische Festsetzung Rußlands auf persischem

Boden. Denn ist erst Rußland Herr des Gebietes, das es mit der Zustimmung Englands als seine Einflußsphäre in Anspruch nimmt, so ist es undenkbar, daß es nicht auch in die sogenannte neutrale Zone übergreift und damit zu einem höchst lästigen direkten Nachbar der englischen Einflußsphäre wird. Das widerspricht aber ganz dem Geist des russisch-englischen Abkommens von 1907, das auf Mißtrauen, nicht auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaut ist, und dafür Sorge getragen hat, daß überall zwischen russischen und englischen Gebieten ein Pufferstaat zu liegen kommt, den beide Teile nicht anzutasten sich verpflichtet haben. Daß Rußland immer wieder genötigt worden ist, seine Truppen aus Persien zurückzuziehen, geht, wie feststeht, auf englischen Einspruch zurück.

Wie in Rußland die Herstellung normalen diplomatischen Verkehrs zwischen dem Petersburger und dem Wiener Kabinett verstanden wird, zeigt ein Leitartikel der „Nowoje Wremja" vom 21. März, dessen Schlußbetrachtung wir der Kuriosität halber hersetzen.

„A. P. Iswolski, der so oft vom Grafen Ährenthal betrogen worden ist, hat ihn diesmal recht kunstfertig in klares Wasser hineingezogen, wie einen Hecht, der sich in einen Haken ohne Köder festgebissen hat. Der österreichische Diplomat hat sein „Gesicht verloren". Wir hätten vorgezogen, daß er es beibehielte. Ein wenig Aufrichtigkeit und Gradheit hätten dazu genügt. Übrigens hat er sein Ziel doch erreicht: die Pestquarantäne, unter der er stand, ist aufgehoben."

Dieser Triumphruf ist nicht ohne verhaltenen Ärger. Die „Nowoje Wremja" hatte auf ein öffentliches Glaubensbekenntnis Österreich-Ungarns über die Balkan-Angelegenheiten gehofft, das damals und in den gewünschten Formen nicht zu erhalten war. Im übrigen ist der Standpunkt des Wiener Kabinetts wohlbekannt. Es will tatsächlich die Erhaltung des politischen status quo auf der Balkanhalbinsel, ohne jene inneren Vorbehalte, die sowohl von russischer wie von bulgarischer Seite gemacht werden, und deren Existenz zu bestreiten lächerlich wäre. Dieser Vorbehalt aber lautet: Erhaltung des status quo, solange wir nicht in der Lage sind, ihn gewaltsam zu ändern. Auf dieses Programm hin sind die Könige Ferdinand und Peter nach Petersburg befohlen, und dann nach Konstantinopel geschickt worden. Der „Temps" will wissen, daß auch König Georg von Griechenland denselben Weg nehmen wird. Aber weder Bulgarien

noch Serbien sind mit der Vertröstung auf die Zukunft, die ihnen zuteil geworden ist, zufrieden, und während sie in Konstantinopel, wie vorgeschrieben, sprachen und Reden austauschten, klangen nach wie vor die Flintenschüsse herüber, die an der bulgarisch-türkischen Grenze ausgetauscht wurden. Aber auch in Rußland selbst kann man Schüsse hören, und zwar in jenen transkaukasischen Gebieten, aus denen die schlimmsten revolutionären Elemente stammen, die bis auf den heutigen Tag die Unordnung in Persien aufrecht erhalten. Das letztere ist offiziell und in der Presse ungezählte Male bestätigt worden. Was aber die unglückliche Lage im Kaukasus betrifft, so wird sie von einem Korrespondenten aus Tiflis am 11./24. März der „N. W." schwarz in schwarz detailliert und folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die hinter uns liegenden zwei Monate des Jahres 1910 erinnern in vielen Stücken an dieselben Monate im Jahre 1905, als der Aufstand im Kaukasus begann. Wenn die Lehren der Vergangenheit nicht spurlos verschwunden sind, sollte man annehmen, daß die russischen Autoritäten im Kaukasus aufwachen werden; ist es doch handgreiflich klar, daß eine zweite kaukasische Revolution unmittelbar bevorsteht. Wird man aufs neue dulden, daß der Aufruhr zum Ausbruch kommt? Die revolutionären Parteien haben offenbar aus den früheren Erfahrungen Nutzen gezogen. Sie gehen jetzt weit planmäßiger und umsichtiger vor und handeln ohne Risiko, nach sicherer Rechnung. Die Häupter der revolutionären Komitees beuten jeden Fehler, den geringsten Mißgriff der Regierung aus und kennen die administrative Psyche der Woronzowschen Beamten auf das genaueste. Der Boden ist vorbereitet, und wenn wir das System nicht ändern, das seine völlige Untauglichkeit so glänzend erwiesen hat, so werden die Folgen der nahenden Revolution weit ernster sein als in den schimpflichsten Zeiten der Jahre 1905 und 1906."

Wir wissen nicht, wie weit hier die nationalistische Übertreibung die Farben gemengt hat, und wie weit die Abneigung gegen den Statthalter Woronzow mitspielt, gegen den die „N. W." schon lange im Felde liegt. Normal ist die Lage im Kaukasus unter keinen Umständen; die nationalistische Tendenz aber macht sich heute im politischen Leben Rußlands überall geltend. Zurzeit richtet sie sich gegen das gesamte Gebiet der Grenzmarken von Finnland, über die Ostseeprovinzen bis nach Polen und Wolhynien hinein. Sie greift in Verfassungsfragen, in das Unterrichtswesen, in religiöse Probleme (wie z. B. durch Be-

günstigung der Mariaviten den polnischen Katholiken gegenüber) ein. Sie beherrscht die leitenden Kreise, wie die Volksvertretung. Von den 442 Mitgliedern der Duma gehörten ursprünglich 125 den Oktobristen an, 140 der Rechten, von der 89 sich als besondere nationalistische Gruppe abgezweigt haben. Da nun die Oktobristen, wie ihr Organ, der „Golos Moskwy", ausdrücklich erklärt, ebenfalls nationalistisch sind, die nachgebliebene äußerste Rechte eine Potenzierung dieser Tendenz darstellt, ist bei allen Abstimmungen, welche Fragen der Nationalität betreffen, die Majorität der Unduldsamkeit gesichert. Glücklich ist das auf keinen Fall für Rußland. Es bedeutet einen inneren Kampf auf der gesamten Peripherie des Reiches und, falls die Tendenz siegt, eine wirtschaftliche und moralische Schwächung des Reichs.

Seit dem 21. März ist der Führer der Oktobristen, Gutschkow, an Chomjäkows Stelle Präsident der Duma. Wir schätzen ihn als eine lautere Persönlichkeit, bedauern aber, daß auch er immer mehr in das nationalistische Fahrwasser geraten ist, es führt in seinen Konsequenzen notwendig zum Chauvinismus.

In England ist die innere Krisis stetig akuter geworden. Seit dem 1. April hat das Finanzjahr 1910/11 begonnen, ohne daß das Budget des abgelaufenen Jahres votiert worden ist, und ohne daß auch nur der Entwurf für das Budget des neuen Jahres vorliegt. Bis zum 14. April muß die Entscheidung über das Vetorecht der Lords gefallen sein, und dann soll das Budget an die Reihe kommen; über eine von beiden Fragen kommt das Kabinett bestimmt zu Fall, und in England rechnet bereits alles mit den Neuwahlen, die für den Mai erwartet werden. Es ist aber keineswegs sicher, daß diese Wahlen zu einem klaren Ergebnis führen, so daß sich darauf eine Regierung für einen längeren Zeitraum gründen ließe. Bringt die Vetofrage das Kabinett zur Notwendigkeit einer Auflösung, so ist es nicht unmöglich, daß England nach den Wahlen genau derselben Lage gegenübersteht, wie heute. Kommt es aber zu einer Majorität der einen oder der anderen Partei, die erheblicher ist als die, über welche Asquith heute verfügt, so wird, wenn die Liberalen die Sieger sind, das Oberhaus ohne Zweifel entrechtet und danach Home Rule die Tagesfrage: siegen dagegen die Unionisten, so kann es zu einer Reform des Oberhauses kommen, welche die Partei stärkt, ob aber so weit, daß sie auf ein länger andauerndes Regiment rechnen kann, ist mehr als fraglich, es sei denn, daß große auswärtige

Verwicklungen eine tregua Dei zwischen den Parteien herbeiführen. Daß diese Lage auch vom internationalen Standpunkt aus gesehen nicht ohne Gefahren ist, liegt auf der Hand.

Auch Frankreich steht vor Neuwahlen. Sie sind auf den 24. April festgesetzt und werden aller Wahrscheinlichkeit nach an dem gegenwärtigen Bestand der Volksvertretung nur wenig ändern. Von Fragen der inneren Politik ist nur die Marinedebatte von größerem Interesse gewesen. Sie führte zu der mit großem Beifall aufgenommenen Erklärung des Marineministers, daß das neue Flottenprogramm Frankreichs 28 Schlachtschiffe in Aussicht nehme. Das Ziel ist, eine überwiegende Stellung im Mittelmeer zu gewinnen; offenbar verstimmt haben die letzten Äußerungen der englischen Presse über die schon berührte Frage des Sudan. In allen mit Ägypten in Zusammenhang stehenden Fragen denkt man auch heute noch mehr ägyptisch als englisch in Paris.

Der Rücktritt Sonninos hat zu einem Kabinett Luzzatti-San Giuliano geführt, das man, nach der politischen Vergangenheit beider Staatsmänner, wohl romanischer nennen könnte als das Sonninos. Aber wir können wohl mit Sicherheit annehmen, daß, wenn die Sympathien des neuen Kabinetts mehr nach Westen gerichtet sein sollten, seine Politik nach wie vor dem alten Kurs folgen wird. Der Aufenthalt unseres Reichskanzlers auf italienischem Boden hat nach dieser Richtung hin volle Klarheit gebracht. Wie uns von mehreren Seiten bestätigt wird, hat speziell die Persönlichkeit des Reichskanzlers, seine eindringende humanistische Bildung, die ihm die Stätten des klassischen Altertums als einen vertrauten Boden erscheinen läßt, und sein objektives, ruhiges Urteil den angenehmsten Eindruck hinterlassen. Man hat sich verstanden und gegenseitig angezogen. Vom Ministerium Luzzatti, dessen Haupt ja ein hervorragender und bewährter Nationalökonom ist, wird erwartet, daß es sich vornehmlich den Aufgaben des inneren, wirtschaftlichen Lebens zuwenden wird.

In den chinesischen Eisenbahnfragen ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es macht sich aber in der amerikanischen Presse eine nicht mißzuverstehende Erbitterung über den Frontwechsel Englands bemerkbar. Ebenso dauert der Gegensatz gegen Japan fort. Wie uns scheint, spielt jedoch dabei weniger die Handelsrivalität in der Mandschurei, als die Rivalität im Stillen Ozean und die Sorge um die amerikanischen

Vorposten auf den Philippinen und auf Hawai mit. Die Zukunftspolitik Japans ist aber nicht dahin gerichtet, sondern auf die nordöstlichen Küsten des asiatischen Kontinents, von der Mandschurei nach Kamtschatka hinauf. In dem übervölkerten China ist kein Boden für Kolonisation, und ebensowenig auf den amerikanischen Besitzungen, wie die Erfahrung der letzten Jahre gelehrt hat.

7. April 1910. Annahme der Resolution, die dem Oberhause alle Finanzrechte entzieht. Ablehnung des Antrags auf Verlängerung der Suezkanalkonzession.
9. April. Prinz Eitel Friedrich in Jerusalem.
11. April. Einlenken Bulgariens der Türkei gegenüber.

13. April 1910.

Wir sind in den letzten Jahren immer häufiger genötigt gewesen, darauf hinzuweisen, daß wir in Verfolgung unserer Interessen, politischer oder handelspolitischer Natur, überall auf die mißgünstige und zusammenwirkende Gegenaktion Englands, Frankreichs und Rußlands stoßen. Es gibt von dieser Regel fast keine Ausnahme. Sie macht sich in Europa wie in Asien, zum Teil auch in Afrika geltend und sucht in Nord- und Südamerika ein Feld der Tätigkeit zu gewinnen; aber sie ist dabei eifrig bemüht gewesen, die Motive dieser Feindseligkeit zu verbergen. Es sind immer große humanitäre Gesichtspunkte, mit denen sie sich deckt, und nur gelegentlich treten indisziplinierte Mitwisser des verfolgten Endzieles mit dem brutalen Bekenntnis zu demselben an die Öffentlichkeit. So haben während des letzten Wahlkampfes in England und schon vorher Männer von Rang und Bedeutung sich zu der in vielgenannten deutschfeindlichen Zeitungen und Zeitschriften vertretenen Ansicht bekannt, daß das Ziel aller englischen Politik sein müsse, Deutschlands Flotte zu vernichten. Dieselben Töne, allgemeiner gefaßt, machte sich das Hauptorgan der russischen Presse, die „Nowoje Wremja", in ihren Leitartikeln und ihren giftigen Korrespondenzen aus London und Wien zu eigen. Frankreich ist in den letzten Jahren etwas zurückhaltender gewesen, und nach dem Abkommen vom 9. Februar v. J. konnte es scheinen, als ob das Ausgleichen der Gegensätze an einem Punkte zu einer Verständigung führen könne, die alte Rivalitäten bei Seite schob. Man wußte bei uns, daß in der Tat dies das Ziel war, das patriotische Kreise in Frankreich verfolgten, und ist ihnen in ihren Bestrebungen, trotz übler Erfahrungen in der Praxis der französischen

Politik, freundlich in der Presse wie von hoher und höchster Stelle entgegengekommen. Aber offenbar wird in Frankreich ebenso wie in Rußland jedes freundliche Wort als ein Anzeichen von Schwäche betrachtet und ausgelegt, und jenes: „ils n'oseront pas", das in den letzten Zeiten des Regimes Delcassé in Frankreich von Mund zu Mund ging, scheint heute wieder zur Parole werden zu wollen.

Den Anlaß zu diesen Betrachtungen gibt uns das Buch des französischen Vizeadmirals E. Fournier: La politique navale et la flotte française. Paris 1910. Es ist veröffentlicht worden, als das neue französische Flottenprogramm zur Verhandlung in der Kammer stand, und wir wissen nicht, wie weit es von Einfluß auf die gefaßten Beschlüsse gewesen ist. Diese Beschlüsse, Begründung einer Flotte von 28 Schlachtschiffen und Verstärkung der Zahl der französischen Torpedos und Unterseeboote, entsprechen jedenfalls durchaus den Forderungen Fourniers. Die Beurteilung der militärisch-technischen Seite der behandelten Frage überlassen wir natürlich unseren Fachmännern in Marine und Armee. An dieser Stelle interessiert uns die politische Seite der Ausführungen Fourniers und zwar um so mehr, als er erklärt, mit unverblümter Offenheit zu reden. („De développer la pensée en toute franchise, jusque dans le domaine de la politique internationale où la vérité est en général dissimulée sinon déguisée sous les voiles discrets de la diplomatie.")

Fournier beginnt damit, daß er an der Hand eines Rückblicks auf die Lage im Jahre 1885 die Engländer auf die Gefahren aufmerksam macht, welche ihnen von einem feindseligen Frankreich drohen könnten. Seit Frankreich sich die furchtbare Waffe seiner Torpedo- und Unterseeboote als Offensivflotte geschaffen, könne England die wunden Punkte an seinem Leibe, Indien, Ägypten, den Suezkanal, die Besitzungen des fernen Ostens, nicht verteidigen, wenn der gute Wille Frankreichs versage. Konzentriere Frankreich seine Flotte in Brest und an den anderen Punkten, die ihm als Operationsbasis im Ozean dienen, so könne es jede Transportflotte vernichten, die bestimmt sei, englische Truppen dorthin zu schaffen, wo die Interessen des Reichs es notwendig machen, was gewiß ein zu beachtender avis au lecteur sein soll. Aber, fragt Fournier weiter, ist das auf die mögliche Gegnerschaft berechnete Flottenprogramm auch jetzt notwendig, da mit England eine entente cordiale Frankreichs und internationale Verträge mit anderen Mächten be-

stehen? Frankreich, England, Japan und Rußland hätten „um ihrer Sicherheit willen und zur Befriedigung ihrer nationalen Bestrebungen" Vereinbarungen abgeschlossen, die zwar auf verschiedene Objekte gerichtet, aber das gegenwärtige Gleichgewicht der Welt aufrechtzuerhalten bestimmt seien. Der Flottenplan Frankreichs müsse daher den Verpflichtungen entsprechen, die es seinen alliés actuels ou éventuels gegenüber auf sich genommen habe. — Wir machen auf den Plural aufmerksam. Offiziell hat Frankreich bekanntlich nur den einen Alliierten, Rußland: Fournier weist auf mindestens noch einen hin, und die weiteren Ausführungen über den Antagonismus zwischen England und Deutschland lassen keinen Zweifel darüber, daß ihm England als zweiter vorschwebt, und daß er aus dem englisch-japanischen Bündnis auf eine Verpflichtung Frankreichs im fernen Osten schließt, wie sie bekanntlich 1904 den Russen trotz ihres Bündnisses versagt wurde. Auf die groben historischen Irrtümer Fourniers gehen wir nicht ein. Er kennt offenbar die Ausführungen Hanoteaux' über den Berliner Kongreß nicht, sonst müßte er von der Rolle wissen, die England sowohl in der bosnisch-herzegowinischen wie in der tunesischen Frage gespielt hat, und ebenso lächerlich ist es, die russisch-französische Allianz in Zusammenhang mit dem Kongreß zu bringen, oder die Politik des Fürsten Lobanow Rostowski auf deutsche Beeinflussung zurückzuführen („artifices de la diplomatie du Kaiser"). Der Friede von Shimonoseki ist für Fournier eine deutsche Aktion, die Doggerbankaffäre wird zur Genesis der Marokkoaffäre usw., lauter Dinge, über die unter Männern, welche die politischen Zusammenhänge der jüngsten Vergangenheit aufmerksam verfolgt haben, weiter kein Wort zu verlieren ist. Man sollte es aber kaum für möglich halten, daß ein Franzose die Begünstigung der Kolonialpolitik Frankreichs, wie sie seit Ende der 80er Jahre von deutscher Seite erfolgte, als ein hinterlistiges an Frankreich begangenes Unrecht darstellen und daran die unverschämte Bemerkung knüpfen könnte, es sei geschehen „pour s'insinuer dans les bonnes graces de la France." Übertroffen wird sie nur durch die mindestens gleich zu qualifizierende Behauptung, in der Casablancaaffäre hätten wir einen Rückzug vor der französischen Kriegsbereitschaft angetreten. Was sollen wir endlich zu der Reihe verdächtigender und beleidigender Ausfälle sagen, welche direkt gegen die Person unseres Kaisers gerichtet sind? Darauf zu antworten ist nicht unsere Sache, sondern die des offiziellen Frankreich,

und wir dürfen wohl darauf rechnen, daß es sich der moralischen Verpflichtung nicht entziehen wird, die ihm Vizeadmiral Fournier oktroyiert hat.

Etwas eingehender verweilen wir bei der Charakteristik der Vorteile, die nach Fournier Frankreich aus seiner Allianz mit Rußland und seiner entente cordiale mit England zieht. Da erfahren wir zunächst, daß Frankreich ein Abkommen (accord) mit Japan abgeschlossen hat, von dem bisher nichts bekannt geworden war. Fournier setzt es in Gleichung mit dem russisch-englischen und dem russisch-japanischen Abkommen, so daß wir uns von seiner Bedeutung wohl eine Vorstellung machen können. Die Beziehungen Rußlands zu England und Japan tragen nämlich alle Merkmale einer sich vorbereitenden Allianz, so daß (wie Fournier ausführt) bei der „freundschaftlichen Annäherung" Frankreichs an Spanien und Italien, die französisch-russische Allianz „formant un faisceau puissant" nunmehr, da Rußland seine Armee wieder hergestellt habe, unerschütterlich feststehe und das Gleichgewicht an den europäischen Grenzen der Macht des „Kaiser" gegenüber darstelle. Der General Langlois habe gezeigt, daß die russische Armee bereits numerisch der deutschen gleichkomme, und die französische, deren Artillerie beträchtlich verstärkt sei, habe nunmehr nichts zu fürchten. Es fehle, um das Ziel, die völlige Lähmung Deutschlands, zu erreichen, nur noch die Aufstellung einer mächtigen englischen Armee: sie zu schaffen sei notwendig, um den britischen Archipel zu verteidigen, um die Neutralität der nördlichen Uferstaaten aufrechtzuerhalten; um Ägypten gegen einen türkischen Flankenangriff, und um den Suezkanal zu schützen; um Indien gegen eine feindliche Invasion (durch wen? Rußland oder Japan? sonst kann niemand in Frage kommen!) oder gegen Aufruhr zu verteidigen, endlich um, wenn die russische Armee die Offensive ergreife, den Türken in den Rücken zu fallen! Damit dieser letzte Punkt nicht mißverstanden werde, wiederholt Fournier: jene Begründung einer mächtigen englischen Armee sei notwendig „surtout pour faire contre-poids sur les points nécessaires, à l'armée Turque . . . ." was doch eine hübsche Illustration der Freundschaftsversicherungen gibt, an denen England, Frankreich und Rußland es heute der Türkei gegenüber nicht fehlen lassen. Außerdem wird der russischen Flotte die freie Fahrt zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer in Aussicht gestellt, was zur Folge haben soll, daß Rußland als

Mittelmeermacht sich nicht mehr in asiatische Abenteuer verirrt. Sollte aber die Pforte auf Schließung der Meerengen bestehen, so werde sie es mit England, Frankreich „et sans doute aussi" mit Italien zu tun haben, wobei diese Mächte zu Entschlüssen kommen könnten, welche für die Zukunft des neuen osmanischen Reiches und seiner Besitzungen am Mittelmeer verhängnisvoll werden könnten! Offenbar sind dem Herrn Vizeadmiral seine eigenen Phantasmen zu Kopf gestiegen. Es kommt aber noch besser! Frankreich muß nämlich seine Schlachtflotte auf höchstmöglicher Höhe halten, um die Amerikaner zu verhindern, gegenüber der, auf Erwerbung einer starken Position auf dem asiatischen Kontinent gerichteten Tendenz Japans, das von ihnen vertretene Prinzip der offenen Tür erfolgreich durchzusetzen. Voll Mißtrauen wird auf die Eile hingewiesen, mit der Amerika bemüht sei, den Panamakanal „à tout prix" zu vollenden; verdächtig erscheint auch das Bestreben Amerikas, im Stillen Ozean eine strategische Position zu behaupten. Die Aufgabe Englands und Frankreichs sei nun, einen Krieg zwischen Amerika auf der einen und Rußland und Japan auf der anderen Seite unmöglich zu machen. England müsse, wie Beresford treffend gesagt habe, seine Suprematie auf dem Meere — also auch im Stillen Ozean — aufrechterhalten. Es liege die Gefahr vor, daß Amerika sich mit China verständige und dessen Häfen zur Verfügung erhalte, was ihm ein Übergewicht über Japan geben würde. Die Gefahr dieser amerikanischen Politik müsse beschworen werden. Da nun andererseits die Möglichkeit vorliege, daß die amerikanische Flotte ebenso stark wie die englische und damit der japanischen überlegen werde, müsse, wenn in einem amerikanisch-japanischen Konflikt England Japan zu Hilfe komme, auch Frankreich eingreifen. Es heißt bei Herrn Fournier dann wörtlich:

„In solchem Fall würde für Frankreich die Verpflichtung eintreten, die Streitkräfte Englands, Japans und Rußlands zu ergänzen (faire l'appoint), wenn, wie sich voraussehen läßt, eine gegnerische Koalition zwischen Amerika und der Tripelallianz sich vollzieht. Frankreich könnte das tun und doch, wenn nötig allein, jede beliebige Macht in den europäischen Gewässern in Schach halten[1]), mit einem Flottenbestand,

[1]) Nur die beiden letzten gesperrten Stellen sind auch im französischen Original gesperrt.

der seiner Stellung und seiner geographischen Konfiguration entspricht und dessen Zusammensetzung im 2. Teil dieses Buches angezeigt ist."

„Da Deutschland sich bisher nicht dem Risiko ausgesetzt hat, Feindseligkeiten gegen uns zu unternehmen, sogar nicht unter Umständen, die seine eigene Diplomatie provozierte und die doch für den Erfolg seiner Waffen günstig schienen, so wird derselbe Instinkt der Vorsicht es auch dann davon abhalten, und diesmal aus allen denkbaren Gründen, ein schreckliches Abenteuer auf sich zu nehmen, bei dem es zu Lande wie zu Wasser so geringe Aussicht auf Sieg hat."

Im Schlußkapitel des uns allein beschäftigenden politischen Teils des Buches wird dann nochmals wiederholt, daß nächst der Tripelallianz der Gegner auf dem Kontinent die Türkei, auf dem Meer Amerika sei. Wir können nur wünschen, daß beide Mächte die Ausführungen des sehr ehrenwerten Vizeadmirals in Erwägung ziehen. Der „Matin", das meistgelesene Pariser Blatt, ist seines Ruhmes voll, die großen und ernsten politischen Zeitungen, wie „Temps" und „Débats", schweigen, und ebenso schweigt die französische Regierung. Sie werden ihre Gründe dazu haben und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geneigt sein, sich durch Verleugnung jener Bravaden einer immer unbequemen und in Zeiten einer bevorstehenden Wahl nicht ungefährlichen Kritik der führenden Chauvinisten auszusetzen. Selbst ein Ministerium könnte darüber zu Fall kommen, und das beati possidentes ist ja die Wahlparole. Aber auch für uns scheint sich aus dem Fournierschen Buch eine sehr zu beherzigende Lehre zu ergeben. Jedes Entgegenkommen, das Frankreich gezeigt worden ist, hat nur dahin geführt, die sorgfältig gehegte Feindseligkeit zu steigern. Es klingt aus den Fournierschen Ausführungen die französische Insulte wieder, die Bismarck vor Ausbruch des Krieges von 1870 in seinen Gedanken und Erinnerungen zur Mahnung für alle Zeiten aufbewahrt hat, und die im letzten Grunde den Krieg herbeiführte, die Insulte: „La Prusse cane". Nun, wegen eines törichten und anmaßenden Buches führt man keinen Krieg. Wo es aber die politische Praxis einer Regierung illustriert, „en toute franchise" die Schleier der diskreten Diplomatie niederreißt und den Tendenzen entspricht, die durch den kleinen Kreis der Leute bestimmt werden, die von jeher die Politik der Nation bestimmt haben, gleichviel ob sie Fournier oder Grammont heißen, da tut man gut, nicht mehr die Hand entgegenzu-

strecken und nach dem Grundsatz zu handeln: Auge um Auge und Zahn um Zahn!

Übrigens ist die neue französische Schlachtflotte zunächst noch ein Plan und die mächtige englische Armee zunächst noch ein Traum. Und nicht alle Träume reifen. In England stehen wir zwar vor einer neuen Flottendemonstration, aber zugleich vor den dauernden Wirren der um ihre Fortexistenz ringenden Parteien. In der laufenden Woche werden die Vetoresolutionen im Unterhaus angenommen sein. Am nächsten Montag beginnt die Verhandlung über den Zwangsschluß bei der Budgetberatung, und daran wird sich unmittelbar die Diskussion über das abgeänderte Budget für 1909/10 schließen, das durch alle drei Lesungen gebracht werden soll. Gleichzeitig will sich die Regierung auf weitere 6 Wochen die Kredite zur Fortführung der Geschäfte bewilligen lassen. Ende April kommt dann die Frühlingspause, und erst am 23. Mai tritt das Haus wieder zusammen. Die Befürchtung, daß bei der Abstimmung über das Budget die Iren versagen könnten, ist, wie es scheint, bereits durch ein Kompromiß beschworen. Alles weitere ist völlig unklar. Noch geht die Hoffnung, daß der König als Deus ex machina eingreifen werde. Daß er es versuchen wird, halten wir für wahrscheinlich.

Auch in Frankreich beherrschen die bevorstehenden Wahlen ganz die politische Lage. Die notwendige Energie, die Briand den rebellierenden inscrits maritimes gegenüber entfaltet, die nun zum dritten Male gezeigt haben, daß ihr Temperament keine Disziplin verträgt, mag nach einer Seite seine Stellung stärken; bei den entschlossenen Sozialisten hat sie, wie die Tumulte in St. Chamond beweisen, sie wesentlich gemindert.

Rußland hebt gegen eine halbe Million Rekruten aus, und die Lettres de Russie. des „Journal des Débats" haben eben erst mitgeteilt, daß die Reorganisation der russischen Armee nunmehr ein fait accompli sei, wozu wir Glück wünschen. Inzwischen aber ist das Bild der russischen Zustände nichts weniger als erfreulich. Die fortdauernden Senatorenrevisionen führen überall zu gleichem Resultat: Entdeckung großer und kleiner Diebe, Verhaftungen und Dienstentlassungen, und doch glaubt niemand, daß dadurch mehr erreicht wird als ein Personalwechsel. Daß jetzt die Revision, wie die Duma verlangt, auch auf das Marineressort ausgedehnt werden soll, hat in Petersburg und in Kronstadt eine wahre Panik hervorgerufen, und es geschieht alles Denkbare,

um die Revision zu hintertreiben, was ja gleich nach der Niederlage bei Tsuschima zum größeren Teil gelungen war. Heute aber dürfte das schwieriger sein, da, wie die Duma, auch Kaiser Nikolaus eine Revision wünschen soll. Was aber die Geister meist beschäftigt, ist die Arbeit an der politischen Entrechtung Finnlands. Die Finnländer behaupten, ohne Unterschied der Parteien, mit außerordentlicher und ruhiger Festigkeit ihren Rechtsstandpunkt. Die letzten Debatten im finnländischen Landtage lassen sich kurzweg als musterhaft in dieser Hinsicht bezeichnen. Auch finden im Lande keinerlei Ausschreitungen statt. Daß es sich aber für die Finnländer um mehr handelt, als um eigensinnige Behauptung einer verjährten Rechtsauffassung, daß sie mit ihrer Verfassung auch zugleich ihre Kultur verteidigen, mag die folgende, von der Petersburger „Retsch" veröffentlichte Liste der Streichungen zeigen, welche der finnländische Generalgouverneur am letzten finnländischen Budget vorgenommen hat:

Gestrichen sind die Kredite zum Unterhalt von Kinderbewahranstalten, von Sanatorien für Schwindsüchtige und Hautkranke; ebenso die staatlichen Subsidien für private Heilanstalten, Irrenhäuser und Armenhäuser.

Abgelehnt sind die bisherigen Unterstützungen der gemeinsamen Schulen für Knaben und Mädchen zwecks Gründung von Parallelklassen; einer Mädchenschule ist das Geld zur Lokalmiete verweigert worden, der Archäologischen Kommission und der Meteorologischen Sektion ist es ähnlich ergangen (Ergänzungsräumlichkeiten). Seminarien sind der Möglichkeit, Schulmobiliar anzuschaffen, beraubt worden. Als unnütz sind gestrichen worden die Subsidien für den Unterhalt und die Entwicklung der Handwerksschulen, für die Vorbereitung von agronomischen Dorfinstruktoren, für Handarbeits- und andere praktische Schulen. — Das Staatsarchiv hat ohne heizbaren Raum zu bleiben, und seine Akten brauchen keine Einbände.

Der Forstverwaltung ist der Kredit für die Verbesserung des Systems der Forstwirtschaft verweigert; die Kredite sind ausgeschaltet, die der Verbesserung der Kanäle, der Erhaltung und Remonte der staatlichen Liegenschaften und Gebäude dienen sollten. Der Technischen Hochschule ist der Kredit zur Errichtung eines Laboratoriums und zur Verschreibung von Maschinen für eine Versuchsstation nicht bewilligt worden. Schließlich ist die Regierungsunterstützung zur Fortsetzung der Forschungen

auf dem Gebiete der finnischen Sprache und Literatur verweigert worden, obgleich das Allerhöchste Reskript vom 17. April 1908 für ein Triennium eine jährliche Unterstützung von 50 000 Mk. für diesen Zweck vorsieht. Unter gleichen Verhältnissen sind 20 000 Mk. zum Unterhalt des Volkstheaters fortgestrichen. Der einzige Paragraph, wo für eine Erhöhung der Budgetassignierung plaidiert wird — ist der des Gehalts für die Kanzlei des Generalgouverneurs . . . .

Das klingt fast unglaublich, wird aber verständlich, wenn man weiß, daß neben jenem nisus destructivus, dem Bedürfnis, zu zerstören, das tief in der russischen Natur begründet ist, die Vorstellung mitspielt, daß es den Russen ungerecht erscheint, wenn andere es besser haben als sie. Hierin lag eines der wesentlichsten Motive, die dahin geführt haben, daß die deutsche Kultur in den Ostseeprovinzen zerstört und Letten und Esten zur Revolution erzogen wurden. Jetzt ist Finnland an die Reihe gekommen, aber es scheint, daß die Aufgabe schwieriger ist und mehr Zeit kosten wird, da es nicht gelungen ist, Finnen und Schweden voneinander zu trennen. Sie haben die richtige Empfindung, daß beide Teile in ihrer Existenz bedroht sind.

Die Unruhen im Kaukasus, auf die wir vor 8 Tagen aufmerksam machten, scheinen zu steigen, nicht abzunehmen, und das könnte auch auf die persischen Verhältnisse von Einfluß werden. Daß die russisch-englische Anleihe abgelehnt worden ist, ist ein erstes Zeichen dafür. Es wird aber alles darauf ankommen, daß nun die Perser sich auch selbst zu helfen wissen. Kenner der dortigen Verhältnisse behaupten, daß im Lande ungeheuere Geldsummen verborgen werden. Finden der Medschlis und die Regierung so viel Vertrauen und so viel Autorität bei der Bevölkerung, daß auf Grund dieses latenten Reichtums sich eine erheblichere innere Anleihe begründen läßt, so könnte Persien wieder zu selbständigem politischen Leben gelangen. Aber die Schwierigkeit, sich der erstickenden russisch-englischen Umklammerung zu entziehen, bleibt auch dann immer noch sehr groß.

Die neue Türkei hat mit einem albanischen Aufstande zu kämpfen, der sehr bedenklich schien, doch bieten sich seit einiger Zeit Aussichten auf einen friedlichen Ausgleich, und das ist um so mehr zu wünschen, als die Zwischenfälle an der türkisch-bulgarischen Grenze sich immer wieder erneuern und nicht auf bloße Mißverständnisse zurückzuführen sind. Die Vorbereitungen zur Ausführung der lange geplanten Eisen-

bahnbauten auf türkischem Boden schreiten offenbar rüstig fort. Daß die Adriabahn verwirklicht wird, ist nicht mehr zweifelhaft, und dasselbe gilt von der kleinasiatischen Bahn Samsun-Siwas, die ein französisches Konsortium bauen wollte. Neuerdings aber scheint man in der Türkei zum Entschluß gekommen zu sein, die Bahnen selbst auszuführen, was ja nur zu billigen ist, wenn die Türkei so weit fortgeschritten sein sollte, daß sie eigene Ingenieure und Techniker stellen kann. Wir treten in diesem Zusammenhang einer Ansicht entgegen, die an der Hand eines in der „Finanzchronik" veröffentlichten Artikels von Dr. Paul Rohrbach auch von der „Kreuz-Ztg." übernommen worden ist. Rohrbach macht gegen die Alexandrette-Trasse der Bagdadbahn Front mit Gründen, die schon im Dezember vorigen Jahres, offenbar von sehr berufener Seite, in den „Münchener Neuesten Nachrichten" widerlegt worden sind. Die Trasse über Alexandrette verbindet Aleppo, das Zentrum des gesamten syrischen Handels, mit dem Meere und hat eine Länge von 120 km. Die Trasse über Bagdje, für die Rohrbach eintritt, aber könnte Transporte von Aleppo her erst in Mersina, 350 km vom Meere, erreichen; sie müßte außerdem über den unwirtlichen Amanus ziehen und wäre wirtschaftlich unrentabel. Das Motiv für die Polemik Rohrbachs ist ein auf ungenaue Orientierung fundiertes Interesse für die Türkei, die er vor einem groben Mißgriff bewahren will. Er fürchtet nämlich, daß die Alexandrette-Trasse die Bahn für eine Strecke von 100 km unter die Kanonen der englischen Kriegsschiffe bringen werde, wenn es einmal zu einem englisch-türkischen Konflikt komme. Nun beträgt aber die der Küste entlang laufende Strecke nicht 100, sondern 21 km (von Payas nach Alexandrette), die, wie jeder Blick auf die Karte zeigt, leicht durch Minen und Torpedos zu schützen sind. Da nun der Generalissimus Mahmud Schefket Pascha und der frühere Kommandant des 1. Armeekorps und jetzige Wali von Smyrna, Mahmud Mukthar, sowie Generaloberst v. d. Goltz sich unbedingt für die Trasse über Alexandrette ausgesprochen haben, wird man ihren Erwägungen doch wohl eine größere Autorität in betreff der strategischen Seite der Frage beimessen, als Dr. Rohrbach. Über die wirtschaftlichen Vorzüge der Alexandrette-Trasse besteht an keiner Stelle ein Zweifel. Daß aber die Annahme der Alexandrette-Trasse auf englische Anregung erfolgt sei, ist direkt falsch.

14. April 1910. Auflösung der spanischen Cortes.
15. April. Theodor Roosevelt in Wien.
18. April. Beginn der englischen Nordseemanöver. Demission des australischen Bundesministeriums.
20. April. Türkisch französische Grenzzwischenfälle im Sudan.

20. April 1910.

In England sind die Würfel der ersten großen Entscheidung um das Vetorecht des Oberhauses und damit zugleich um Home Rule gefallen. Der 14. April ist so unzweifelhaft zu einem der großen historischen Tage Englands geworden und seine praktisch-politische Bedeutung liegt zu nicht geringem Teil gerade darin, daß diese Entscheidung noch keine endgültige ist. In der stürmischen Sitzung wurden die Anträge der Opposition sämtlich abgelehnt und danach die drei Resolutionen der Regierung angenommen. Der Abschluß war ein dramatischer. Die kurzen Reden von Asquith und Balfour, in welchen die großen Gegensätze, die heute England in zwei Lager teilen, zu scharfem, wohlerwogenem Ausdruck kamen, verdienen in vollem Wortlaut festgehalten zu werden, der Telegraph gibt nur einen Auszug.

„Ich hoffe," begann Mr. Asquith, „daß man mir gestattet, eine kurze Erklärung zu machen, welche die künftigen Absichten der Regierung betrifft. Es ist nicht üblich, daß eine Regierung politische Erklärungen über Dinge abgibt, die noch nicht geschehen sind (Beifall der Opposition), aber wir stehen exzeptionellen und vielleicht einzigartigen Verhältnissen gegenüber. (Beifall der Ministeriellen, Gegenrufe der Opposition.) Die drei Resolutionen, die zur Abstimmung kommen, waren in zweierlei Hinsicht charakteristisch. Erstens waren sie im Prinzip im letzten Hause der Gemeinen von einer ungeheuren Majorität gebilligt worden, auch wird niemand leugnen, daß sie an hervorragender, wenn nicht an hervorragendster Stelle, kürzlich bei den allgemeinen Wahlen vor das Land gebracht worden sind, und sie sind während der letzten 14 Tage in jedem

Stadium ihrer Entwicklung von diesem neuen Hause durch Majoritäten gebilligt worden, die selten weniger als 100 betrugen.

Zweitens ist es nicht nur nützlich, sondern eine Existenzfrage für uns als politische Partei, daß das Prinzip dieser Resolutionen zum Gesetz wird. Ich sagte letzten Dezember in Albert Hall und habe davon kein Wort zurückzunehmen oder zu erläutern, daß es keinen Wert für uns hätte, im Amt zu bleiben, wenn wir uns nicht Garantien sichern könnten, die erfahrungsmäßig für die Partei des Fortschritts notwendig sind, damit sie mit Nutzen und Ehre legislativ tätig sein kann. Garantiert würden diese Resolutionen sein, wenn sie im Statute-Book Aufnahme finden, aber bevor sie dort ihren Platz haben, gibt es keinerlei legislatorische Akte, abgesehen vom Budget und von einigen nicht strittigen Angelegenheiten, welche wir vornehmen könnten, ohne vergeblich zu arbeiten oder uns gar lächerlich zu machen.

Aus diesem Grunde habe ich, zum Besten der Regierung, es nicht nur passend, sondern notwendig gefunden, dem Hause und dem Lande jetzt, da diese Resolutionen dem Urteil andrer Leute zufallen, anzuzeigen, welches unsre weiteren Absichten sind.

Lehnen die Lords unsere Politik ab, oder weigern sie sich sie in Erwägung zu ziehen, wenn sie jenem Hause formell vorgestellt wird, dann werden wir es für unsere Pflicht halten, unverzüglich der Krone unseren Rat zu erteilen (lauter und anhaltender Beifall der Ministeriellen) in betreff der Schritte, die zu ergreifen wären, wenn diese Politik in diesem Parlament Gesetzeskraft erhalten soll. (Beifall.) Welches die genaue Fassung dieses Rats sein wird (ironischer Beifall der Opposition und Gelächter, einige rufen: Fragen Sie Redmond). Ich mache als Haupt dieser Regierung eine ernste Deklaration der Landespolitik und meine, ich darf erwarten, daß man mich achtungsvoll anhört. (Beifall der Ministeriellen.) Welches die genaue Fassung dieses Rats sein wird, wäre natürlich nicht richtig jetzt zu sagen, aber wenn wir uns nicht in der Lage finden sollten, sicherzustellen, daß diese Politik in diesem Parlament Gesetzeskraft erhält, so werden wir entweder vom Amt zurücktreten oder eine Auflösung des Parlaments empfehlen. (Lauter Beifall der Ministeriellen.) Und lassen Sie mich noch folgendes hinzufügen: daß wir unter keinen Umständen eine Auflösung empfehlen werden, außer unter solchen Voraussetzungen (conditions), die dafür bürgen, daß in dem neuen Parlament das in den Wahlen vom Volke ausgesprochene

Urteil zum Gesetz gemacht wird. (Lauter und anhaltender Beifall der Ministeriellen.)"

Da es 11 Uhr war, erklärte der Speaker, daß er das Haus vertage, da aber Balfour entgegnen wollte und Asquith ihm den Weg dazu ebnete, fiel der Opposition das Schlußwort zu. Balfour sagte:

„Die Mitteilung, die der Prime Minister eben gemacht hat, ist, wie jeder zugeben wird, von höchster Bedeutung. Es ist, glaube ich, der Kulminationspunkt langer Verhandlungen, die zwischen Sr. Majestät Regierung und andern Gruppen dieses Hauses stattgefunden haben. Das Budget mußte der Preis des erlangten Einverständnisses sein. Der Preis, um den gekämpft wurde, war das Budget. Es fragte sich, wieviel die Herren von der Opposition geben konnten und wieviel die Nationalisten forderten. Wie ich höre, haben Mr. Redmond und seine Freunde sich dahin geeinigt, ein Budget zu verschlingen, das ihnen widerwärtig geblieben ist und gegen welches die Abneigung in Irland stetig wächst. Auch die enthusiastischsten Nationalisten werden nicht behaupten, daß das Budget im April 1910 populärer sei, als es im November 1909 war. Anderseits hatte Mr. Asquith seine konstitutionelle Stellung als Minister und Berater der Krone in Betracht zu ziehen. Er mußte erwägen, welches die Traditionen seiner hohen Stellung waren und welchen eigenen Kurs er zu verfolgen hatte, wenn er den Charakter dieses hohen Amtes behaupten wollte. Ich muß nun sagen, daß diese Verhandlungen, gleich anderen, nur beide Parteien ärmer gemacht zu haben scheinen, als sie vorher waren. Die Iren werden ein Budget annehmen, das ihnen mißfällt, weil sie glauben, es annehmen zu müssen, um ein anderes Ziel zu erreichen, dem sie nachstreben: Home Rule für Irland. (Beifall der Nationalisten.) Sie werden erhalten, was sie nicht wollen, und ich bin sehr zweifelhaft, ob ihnen zufallen wird, was sie wünschen. (Abwarten und sehen!)[1] Das ist die Lage.

Die Lage der Regierung ist, daß sie das Budget erhält, an welches sie ihren Ruf gesetzt hatte, das Volksbudget, an dem kein Komma geändert werden sollte, aber sie haben dafür, daß es unverändert angenommen wurde, wie mir scheint, einen extravaganten Preis gezahlt. Was hat Mr. Asquith getan? Am ersten Tage der Session hielt er eine Rede,

[1] Wir setzen die Namen, statt der im englischen Parlament üblichen Umschreibungen.

die mit großer Beredsamkeit die Politik schilderte, an der ein Minister der Krone, der den Souverän zu beraten hat, festhalten müsse; es sei eine delikate und schwierige Lage, und wir haben das alle mit Interesse und vielfach zustimmend angehört. Welchen Ausdruck hat er nun dieser Überzeugung gegeben? In welche Lage hat er die Krone durch seine heutige Erklärung gebracht?

Ich will nicht über die Verfassung dogmatisieren und nicht sagen, daß nach menschlichem Ermessen keine Verhältnisse eintreten können, in denen es Pflicht des Prime Ministers ist, vor den Souverän zu treten und ihn um das zu bitten, was euphemistisch „Garantien" genannt wird, was aber, wie ich glaube, in gutes Englisch übersetzt bedeutet, daß 500 Gentlemen, die nicht dazu geeignet sind, zu Peers erhoben werden. Nun sehe ich zwar, daß unsere Gegner nicht 500 Mann stark sind, aber weil ich nicht über die Voraussetzungen dogmatisiere, unter denen ein Prime Minister in äußerster Not berechtigt ist, die Verfassung zu zerstören (lauter Beifall der Opposition), deren Hüter er sein soll, sage ich, klipp und klar, daß der Gedanke, einen solchen Rat um Monate zu antizipieren und dem Hause der Commons und dem Lande anzukündigen, daß unter gewissen unbekannten und nicht definierten Verhältnissen etwas angeregt werden wird, was kurzweg Zerstörung der Verfassung ist — das, denke ich, zeigt eine andere Vorstellung von Pflicht, als sie irgendein Vorgänger von Mr. Asquith gehabt hat.

Er hat die Iren für sein Budget erkauft (lauter Beifall der Opposition) und er hat sie mit Erfolg erkauft; aber der Preis, den er gezahlt hat, ist der Preis der Würde seines Amtes (lauter Beifall der Opposition) und aller großer Überlieferungen, auf die wir stolz sind. (Langer und anhaltender Beifall und Gegenkundgebungen der Ministeriellen.)"

Die Erregung war so groß, daß kurz bevor Asquith und Balfour ihr Schlußwort sprachen, es beinahe zu einer Prügelei im Hause gekommen wäre. Die Iren glaubten gehört zu haben, daß ihnen zugerufen wurde: Dynamiter, ihr Dynamiterpack! Mr. Redmond stürzte über die Bänke auf einen Mr. Wilson zu, von dem der Ruf angeblich stammte. Zum Glück traten andere dazwischen und die Diskussion wurde in die Korridore verlegt, wo der Streit geschlichtet wurde. Die Iren aber schlossen mit dem zweimaligen Ruf: „Ein Hoch für Home Rule in Irland und nieder mit dem Hause der Lords!" Es ist jetzt wohl nicht mehr zweifelhaft, daß die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen unmittelbar bevorstehen,

denn an einen Peersschub ist schwerlich zu denken, bevor die Wahlen noch einmal gesprochen haben. Danach aber könnte er unnötig werden.

Die 64 Arbeiter, die aus England nach Deutschland zogen, um sich durch eigenen Augenschein von unseren Arbeiterverhältnissen eine Vorstellung zu machen, sind nunmehr heimgekehrt, und Mr. Alfred Bridge, der ihnen die Mittel zur Reise gab, hat sie zu einem Luncheon im Hotel Cecil versammelt, wo sie von ihren Eindrücken Rechenschaft gaben. Sie sind sehr günstig gewesen. Armut und Not, wie sie in London zu sehen gewohnt wären, hatten sie nirgends getroffen, erst jetzt seien ihnen die Augen darüber erschlossen worden, wie schlimm es in London stehe. Auch sei das Leben um vieles billiger und die Nahrung gut. Mit den arbeitenden Klassen stehe es weit besser als in England. Arbeitslose sehe man an den Ecken der Londoner Straßen mehr als in ganz Deutschland. Die Leute, welche versucht hätten, die englischen Arbeiter über Lebensweise und Arbeitsverhältnisse in Deutschland zu täuschen, verdienten als Vaterlandsverräter aus dem Lande gehetzt zu werden. Einen großen Eindruck haben die Engländer von den Wirkungen der allgemeinen Wehrpflicht gewonnen. Das Aussehen und die Haltung der Leute, die Präzision ihrer Arbeit sei eine ganz andere, nichts von der Schlaffheit, auf die man in englischen Werkstätten stoße (In Germany there was none of the slouching they saw amongst the men in English workshops), endlich sie haben alles Land unter dem Pflug oder sonst kultiviert gefunden. Und das alles trotz der Schutzzölle. Der „Standard", der einen langen Bericht über die Aussagen der Arbeiter bringt, wird so, was ihm seltsam genug steht, zum Lobredner Deutschlands. Doch da diese Eindrücke gegen die Partei Asquith und den Freihandel ausgenutzt werden sollen, nimmt man die unbequeme Beigabe mit in den Kauf. Es wäre aber nicht übel, wenn sich auch bei uns ein Sozialpolitiker fände, der deutschen Arbeitern zur Studienreise nach England verhelfen wollte; nur müßte die Führung einem Manne übertragen werden, der Schein und Wirklichkeit zu sondern weiß und nichts anderes bezweckt, als die Wirklichkeit zu zeigen.

In Australien ist jetzt die Regierung ganz in die Hände der Arbeiterpartei übergegangen. Mr. Deakin wird durch das Haupt der Labour party Mr. Andrew Fisher ersetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Schwerpunkt der politischen Macht fortan im Zentralparlament ruhen, das bisher den Staatenparlamenten gegenüber nur beschränkte

Befugnisse hatte, und Mr. Fisher seine Macht zu sozialistischen Experimenten benutzen, durch die namentlich der Großgrundbesitz in Australien zu leiden haben wird. Aber auch handelspolitische Experimente scheinen bevorzustehen, und der Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dürfte sich zuspitzen. Daß eine Abwendung von der imperialistischen Tendenz Australiens stattfindet, ist nicht zu erwarten. England wird seine Dreadnoughts erhalten und die Abschließung gegen gelbe Einwanderer wird fortbestehen. Mr. Deakin, dessen Wiederwahl zunächst zweifelhaft schien, hat nun doch seinen Sitz behauptet. Im Zentralparlament gestaltet sich das Verhältnis folgendermaßen: 41 Arbeiter, 30 Anhänger Deakins (die sogenannten Fusionisten) und 4 Unabhängige, von denen angenommen wird, daß sie mit der Labour party gehen werden. Sie wird daher in allen Fragen ihren Willen durchsetzen können.

Auch auf dem weiten Felde der auswärtigen Politik Englands macht sich der Gegensatz gegen die von der Regierung in Persien gespielte Rolle immer mehr geltend. Sehr viel Beachtung hat ein Artikel der „Nation" vom 9. April gefunden, der im Gegensatz zu der von der „Times" eingenommenen Haltung darauf hinweist, daß England keinerlei Ursache habe, sich wegen der Bemühungen der Deutschen Bank um Konzessionen in Persien zu beunruhigen.

„Deutschland", so führt die „Nation" aus, „kann keinerlei Absichten auf persisches Territorium oder gegen die Unabhängigkeit Persiens hegen. Rußland aber trägt sich offenkundig mit solchen Absichten. Wenn das unangenehme Perspektiven eröffnet, trifft die Schuld unsere Diplomatie, die sich so unkritisch den russischen Plänen zu Dienst stellte. Es gab andere Wege, die offen standen. Wir haben erfahren, daß eine Gruppe persischer Bankiers bereit war, den Persern zu helfen, weil sie glaubten, daß der Triumph der Verfassung die beste Sicherheit für die Freiheit ihrer verfolgten Glaubensgenossen biete. Hätten wir diesen Plan nicht entmutigt, so wäre Persien jetzt all seiner drückenden Verlegenheiten ledig."

Die Tatsache ist interessant, fällt aber leider in die Kategorie der versäumten Gelegenheiten. Um so erfreulicher ist es, daß die Kronjuwelen Persiens einen so reichen Ertrag versprechen, daß zunächst wenigstens jener mörderische russisch-englische Vorschuß nicht angenommen zu werden braucht, und wenn die erste Not vorüber und ein Stück Ordnung ohne

Hilfe russischer Bajonette hergestellt ist, werden wohl auch weitere Mittel aufzubringen sein. Eine innere Notwendigkeit, daß Persien als Staat untergeht, liegt nicht vor.

Die oft wiederholte Behauptung, daß Abbas Hilmi II., der Khedive von Ägypten, darauf ausgehe, ein arabisches Khalifat zu begründen, tritt uns jetzt auch in der russischen Presse entgegen. Ein Korrespondent des „Golos Moskwy" bringt darüber aus Kairo sehr bestimmte Angaben. Die Pilgerfahrt des Khedive nach Mekka sei ein Schild zur Verdeckung dieses großartigen Planes gewesen. Er habe in Mekka alle Scheiche und arabische Stammeshäuptlinge, sowie Deputierte aus den arabischen Vilajets der Türkei empfangen. Auch habe die Verhandlung den Charakter einer panarabischen Konferenz getragen, was die Türkei veranlaßte, dem Scherif von Mekka zu untersagen, den Khedive mit königlichen Ehren zu empfangen. Die Verhandlungen hatten jedoch einen so sehr konspirativen Charakter getragen, daß die Türken nichts Positives erfahren konnten. Aber die ägyptischen Nationalisten ständen den Bestrebungen des Khedive sympathisch gegenüber und seine Popularität sei heute groß. Für das Letztere spricht auch eine Mitteilung, die Jean Rodes, den der „Temps" als „envoyé spécial" nach Ägypten geschickt hat, seinem Auftraggeber macht. Rodes hat eine lange Unterredung mit dem Khedive gehabt, der sich sehr französisch und sehr als Verfassungsfreund zeigte. Er sprach sich entschieden für die jetzt abgelehnte Erneuerung der Suezkanalkommission aus, rühmte sein Land und sein Volk, sagte aber natürlich kein Wort über Dinge, die er nicht jedermann hätte sagen können. Das Khalifat steht, wenn der Gedanke ägyptischen und nicht englischen Ursprungs sein sollte, jedenfalls noch in weitem Felde.

Den französischen Wahlen rücken wir nun täglich näher. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß als Wahlparole eine Änderung der bestehenden Verfassung und die Einführung eines neuen Wahlmodus: Proportional-Vertretung, welche auch die Minderheiten zur Geltung bringt, dienen wird. In der Presse ist fast alles einig, auf die Sünden des Parlaments und der jetzigen Regierung hinzuweisen, auch eine Ansprache des Papstes an französische Pilger spricht sich in diesem Sinn aus, wogegen das offizielle Frankreich die gegenwärtigen Zustände in das hellste Licht setzt, was freilich zu den seltsamsten Widersprüchen führt. Die sozialen und politischen Zustände des Augenblicks schildert die „Revue politique et parlementaire" folgendermaßen:

Soziale Krisis: Die Entvölkerung zeigt sich in einem Überschuß der Todesfälle über die Geburten im 1. Halbjahr 1909. Abnahme der Nativität, die durch Zunahme der Fehlgeburten, die Progression des Alkoholismus und der Kriminalität der Jugend im Zivil wie in der Armee gesteigert wird.

Finanzielle Lage: Die Staatsschuld ist die höchste in Europa und beträgt 32 Milliarden; das Budget erreicht (mit den Ausgaben für Departements und Kommunen) 5 Milliarden und hat 1909 ein Defizit von 200 Millionen gebracht. Um die Ausgaben zu decken, steigt der Prozentsatz der Abgaben stetig, und zwar in den letzten 10 Jahren um 40 Fr. auf den Kopf, während der für dieselbe Zeit in Deutschland 1 Fr. 62, in England 4 Fr. 83, in den Vereinigten Staaten 0 Fr. 90 beträgt. Der Handel hat in Frankreich um 30 v. H., in England um 33 v. H., in den Vereinigten Staaten um 50 v. H. und in Deutschland um 60 v. H. zugenommen. Die französische Marine sei von der 4. auf die 5. Stelle in der Reihe der Großmächte gesunken.

Die politische Krisis charakterisiere sich durch ein Übermaß von Befugnissen des Staates und zugleich durch fortschreitende Erschlaffung der öffentlichen Gewalten. Etatismus und Syndikalismus untergraben die Fundamente der Freiheit und der Autorität. Die Institutionen Frankreichs hätten trotz der trügerischen republikanischen Etikette einen monarchischen und cäsaristischen Charakter. An die Stelle eines Cäsar sei die Diktatur der parlamentarischen Majorität getreten. Der Syndikalismus ist auf dem Wege, die Freiheit des Individuums zu unterdrücken, er greift in die Freiheit der Arbeit ein, übt Gewalt gegen die Häupter der Industrie wie gegen die Arbeiter, die sich dem Joch des Syndikats entziehen wollen, und schwächt durch die stete Bedrohung mit systematischen Ausständen Handel und Industrie Frankreichs im Spiel der Weltkonkurrenz. In diesen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit versage der Staat nur zu häufig, unverzeihlich aber sei, daß er gegen das Gesetz von 1884 die Bildung von Beamtensyndikaten begünstige.

Die Vertreter des Landes und das Personal der Regierung steigern die Befugnisse des Staates, um den Umkreis der Begünstigungen, die sie zu vergeben haben, zu erweitern und damit ihren Einfluß auszubreiten, sie sind nachsichtig gegen die Mißbräuche der Arbeiter- und Beamtensyndikate, weil diese eine beträchtliche Macht bei den Wahlen darstellen und daher geschont werden müssen. Die Frage der Behauptung des

Mandats — das sei das Geheimnis einer Toleranz, die Freiheit der Arbeit, Privateigentum und die Volkssouveränität bedrohe.

Es schließt sich an diese Ausführungen, deren Pessimismus doch durch sehr positive Vorzüge Frankreichs abzuschwächen ist, eine Reihe von praktischen Vorschlägen, um bei den bevorstehenden Wahlen die Schäden der bestehenden Ordnung zu beseitigen. Man solle von jedem Kandidaten verlangen, daß er ein Bekenntnis über seine Stellung zur Frage der Staatsbefugnisse (étatisme) und der Syndikate ablege. Wer sich zum Programm der Radikalsozialisten bekenne, dürfe nicht in die Kammer. Dieses Programm sei von einer der bedeutendsten Gruppen der Majorität folgendermaßen formuliert worden: „Die einen wie die andern (Radikale und Sozialisten) wollen der Kollektivität alle Güter überweisen, die kollektiv und zum Besten aller exploitiert werden können. Also: allgemeine Transportmittel, Minen, Banken, Versicherungen und einige andre leicht zu monopolisierende Industrien. Einige bleiben dabei stehen, andre gehen weiter bis zur Exploitation des Grund und Bodens. Aber wenn die radikalsozialistische Partei wirklich eine schöpferische ist, wird sie nicht schwanken. Sie wird den demokratischen Geist in die öffentlichen Gewalten hineintragen" (was dann weiter ausgeführt wird). In Hinblick auf die Gefahren, die dieses Programm für jeden in sich schließe, sei es unerläßlich, daß die Wähler ihre Stimmen nur Kandidaten geben, welche sich auf das Programm der Wahlreform verpflichten. Das Stimmen nach Arrondissements sei gerichtet, ein verfaultes System: Listenskrutinium mit proportionaler Vertretung der Weg zur Rettung.

Wir glauben, daß, soweit Formen überhaupt politische Schäden heilen können, die ihrer Natur nach doch stets in Zusammenhang mit der nationalen Psyche stehen, das vorgeschlagene Mittel ein gutes ist, und wünschen den Patrioten der „Revue politique et parlementaire" den besten Erfolg. Aber ihre Gegner sind zurzeit noch die Herren der Lage, und sie unterlassen nichts, um sich und ihrer Doktrin das Wahlfeld zu sichern.

Der Aufstand in Albanien ist von den Türken rasch unterdrückt worden, aber sie haben ihre Truppen noch nicht zurückgezogen, was wohl seine guten Gründe haben wird. Im übrigen ist es, abgesehen von der bulgarischen Grenze, verhältnismäßig ruhig auf der Balkanhalbinsel. Der originelle Vorschlag Bulgariens, eine neutrale Zone zwischen Mazedonien und Bulgarien zu schaffen, wird für die Türkei wohl nur diskutabel sein, wenn diese Zone in bulgarisches Territorium

fällt, auf mazedonischem Boden würde sie einem Verzicht zugunsten Bulgariens gleichkommen. Über die Frage der Balkanföderation hat der frühere serbische Minister Mijalowitsch, wie wir der Zeitschrift „L'Hellénisme" entnehmen, sich kürzlich sehr vernünftig ausgesprochen. Er tritt für den Gedanken an sich lebhaft ein, stellt aber seine Verwirklichung davon in Abhängigkeit, daß die verschiedenen Völker und Staaten des Balkans a u f r i c h t i g an ihn herantreten.

„Wenn die Griechen glauben, auf diesem Wege das byzantinische Kaiserreich herstellen zu können, die Bulgaren davon träumen, das Reich ihrer Zaren wiederzugewinnen, und wenn die Serben bis zum Ägäischen und Adriatischen Meer vordringen wollen, dann wäre es besser, diese Konföderation gar nicht zu bilden, sie würde den Keim des Todes in sich tragen. Vor allem aber müßten die Türken ihre chauvinistischen Ideen fallen lassen; sie sind nicht zu verwirklichen, und die Zeiten neuer Eroberungen sind auf immer für sie geschwunden."

Das ist gewiß richtig gedacht. Aber Herr Mijalowitsch lebt in England, und auf dem Balkan denkt man weniger nüchtern.

In den Vereinigten Staaten schienen in letzter Zeit die Aussichten der Demokraten sehr an Boden gewonnen zu haben. Das hat sich plötzlich geändert, da Bryan, der Führer und Kandidat der Partei, sich für die Silberwährung als Parole einer künftigen Präsidentenwahl ausgesprochen. Damit hat er seine Aussichten, wenn sie überhaupt vorhanden waren, selbst vernichtet.

Die Unruhen im Jangtsegebiet ist man bemüht auf zufällige Ereignisse lokaler Natur zurückzuführen und ihnen den antieuropäischen Charakter abzustreiten. Das wäre möglich; wahrscheinlicher jedoch ist eine Kombination von Motiven, unter denen die Abneigung gegen die Fremden keine geringe Rolle spielen mag.

Der Vertrag zwischen Frankreich und Japan, dessen wir vor acht Tagen gedachten, ist am 10. Juni 1907 in Paris unterzeichnet worden. Es ist ein gegenseitiger Garantievertrag, der die Garantie der Integrität Chinas in sich schließt und sich auf die benachbarten Gebiete erstreckt, in welchen Japan oder Frankreich Souveränitätsrechte oder andere Rechte irgendwelcher Art erworben haben. Sie werden sich gegenseitig unterstützen, um den Frieden und die Sicherheit dieser Regionen und ihre Rechte aufrechtzuerhalten. Wir haben diesen Vertrag seinerzeit eingehend gewürdigt (Deutschland und die große Politik 1907 S. 222).

21. April 1910. Theodor Roosevelt in Paris. Französische Vorstellungen wegen Schwächung der russischen Aufstellung an der Westgrenze.
23. April. Eröffnung der Brüsseler Weltausstellung.
24. April. Neuwahlen in Frankreich. Millerand in Paris nicht wiedergewählt.

27. April 1910.

Nachdem das Ministerium Asquith sein Programm im Unterhause durch alle Stadien, die der endgültigen Entscheidung vorausgehen mußten, glücklich geführt hat, fällt nunmehr das letzte Wort dem Oberhause und dem Könige zu. Es ist nicht zweifelhaft, daß sie dem Ja! der Commons ihr Nein! entgegensetzen werden, so daß danach die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen folgen wird. Man nimmt jetzt allgemein an, daß die Wahlen erst im Juni, die „Times" sagt sogar: im Juli, erfolgen werden. Wenn nun völlige Einmütigkeit darüber herrscht, daß dies die Wege sind, die sich als die gebotenen aus den politischen Gegensätzen ergeben, welche die beiden großen historischen Parteien Englands trennen, so kann doch niemand mit Sicherheit den Ausgang der Wahlen vorhersehen. Unionisten und Radikale bekennen sich aus technischen Gründen zu einem Optimismus, hinter dem sie ihre Sorgen verbergen, und einen Sieg, der die eine oder die andere Partei mit überwältigender Majorität in das Unterhaus führt, erwartet wohl niemand in beiden Lagern. Es scheint, daß die alte Kontroverse: Freihandel oder Schutzzoll bei der Wahl nicht direkt als Parole auftreten wird: Reform des Oberhauses und Home Rule werden die Losungen sein; aber wie es stets zu geschehen pflegt, werden bei den Wahlkämpfen alle politischen Probleme, an denen England interessiert ist, mit herhalten müssen. Sowohl die innere wie die auswärtige Politik spielt mit und die Befürchtung ist nicht ganz ungerechtfertigt, daß Fragen auswärtiger Politik zu Parteizwecken künstlich aufgebauscht werden könnten. Denn, wie die „Times" sagt, herrscht zurzeit die Leidenschaft, nicht die Vernunft (at the present stage passion holds

the sway). Durch alle großen englischen Zeitungen geht jetzt eine Reklame, welche eine volle Seite des Formats der „Times“ oder des „Standard“ einnimmt. In der Mitte Neptun mit dem Dreizack, darüber in fetter Schrift eine Reihe patriotischer Maximen: „Der Dreizack Neptuns ist das Szepter der Welt.“ „Was ist der größte Vorzug eines Sterblichen im weltumfassenden britischen Reich? Sich einen britischen Bürger zu nennen!“ Es schließt sich daran ein Zitat aus einer Rede des Earl Grey, des früheren Gouverneurs von Kanada:

„Ich halte das britische Reich für das mächtigste Instrument, das je gebildet oder von Menschen erdacht worden ist, um die Segnungen gleichen Rechts, unparteiischer Justiz, christlicher Tugend und echten Rittertums über die ganze Erde zu verbreiten. Ich halte es für den größten Vorzug eines Sterblichen, sich einen britischen Bürger zu nennen und des Glücks teilhaftig zu sein, seine Kräfte König Eduard, dem Friedensstifter, der sichtbaren Verkörperung der britischen Rasse, zu Dienst zu stellen.“ . . .

Nun folgen patriotische Verse „let us rule the world together“ und zwei kurze Kraftartikel, von denen der erste mit dem stolzen Satz schließt: Britannien muß entweder die Welt regieren oder als Nation niedergehen, und ein zweiter, der gegen die Kosten der Kriege in höchst sentimentalen Tönen vorgeht. Das Ganze aber mündet in Empfehlung eines Fruchtsalzes aus, das als Universalmittel empfohlen wird! Offenbar ist die chauvinistische Note das zugkräftigste Reklamemittel, und die Dose Sentimentalität, die angeschlossen wird, nur bestimmt, die Wirkung zu erhöhen.

Wir stehen nach wie vor diesen inneren Fragen, solange sie innere Fragen bleiben, völlig unparteiisch als Beobachter gegenüber. Eine Lähmung des Oberhauses wird man aus prinzipiellen Gründen nicht für eine Verbesserung der englischen Verfassung halten, wohl aber ist eine Reform, der die Organisation unseres Herrenhauses sehr wohl als Muster dienen könnte, wünschenswert, und das dürfte auch der schließliche Ausgang sein. Die auswärtige Politik würde durch einen Kabinettswechsel schwerlich eine Änderung erfahren. Sir Edward Grey, den wir übrigens seiner persönlichen Eigenschaften wegen sehr hoch schätzen, hat im wesentlichen dieselben Tendenzen vertreten wie Lansdowne. Wie der letztere die französische Politik in Abhängigkeit von der englischen brachte, ist es Grey gelungen, die russische Politik in eine Art

Vasallenstellung zu führen, was ihm vom englischen Standpunkte aus ja nur zum Ruhm gereichen kann. Die Entente vom Oktober 1907 ist ein nicht unwürdiges Seitenstück zur Entente vom 8. April 1904, und erst die Kombination beider hat die politische Stellung des heutigen England begründet. Daß diese Stellung auch ihre nicht ungefährlichen Kehrseiten für England hat, geht nicht auf diese Abkommen, sondern auf Entwicklungen zurück, die einen fatalen Charakter tragen und weit älteren Ursprungs sind: von dem Risiko, das an den Ententen hängt, wird nicht England getroffen, sondern jeder seiner beiden Genossen, und das ist eine Tatsache, die sowohl in Frankreich wie in Rußland von zahlreichen einsichtigen Männern anerkannt, die aber weder hier noch dort an den leitenden Stellen zugegeben wird. Man verleugnet nicht gern, was man selbst begründet hat.

Der Ausgang der Wahlen in Frankreich mündet in eine erhebliche Stärkung der regierenden Partei der Radikalsozialisten aus. Dennoch glauben wir nicht, daß eine weitere Wendung nach links bevorsteht, weil nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, Briand doch ein zu einsichtiger Staatsmann ist, als daß er den anarchischen Elementen, die sich vordrängen, gestatten sollte, Boden zu gewinnen. Auch läßt sich von ihm erwarten, daß er mit der neuen Kammer die ersehnte Wahlreform durchführt, die den Minoritäten möglich macht, auch ihre Überzeugungen zur Geltung zu bringen. Die jetzigen Wahlen haben gezeigt, daß trotz der energischen Agitation der Führer und trotz der Erbitterung über die quinze mille der Glaube an die Möglichkeit eines Erfolges fehlte. Man stand ihnen, wie der „Temps" schreibt, fast gleichgültig gegenüber, wohl nicht, weil es keine Probleme mehr gibt, von denen man wünschte, daß die Kammer sie löst, sondern weil es an Initiative fehlt, den eigenen Willen durchzusetzen. Das Bild, das Roosevelt in seiner mit Recht bewunderten Rede in der Sorbonne vom Bürger, wie er sein soll, entwarf, ist eben in Frankreich nicht Wirklichkeit. Die égalité, die er verdammt, ist die herrschende Doktrin, der Sozialismus, dessen Utopien er verspottet, sitzt am Ruder, Rhetoren und Journalisten der Richtung, die er brandmarkt, haben einen größeren Einfluß auf die Massen, als diejenigen, deren segensreiche Tätigkeit er rühmt, so daß, wenn man die Charakteristik französischer Zustände, die alle Tage in den ernsten und patriotischen Organen Frankreichs zu lesen ist, mit dem Idealbilde eines Bürger-Republikaners in Parallele stellt, das Roosevelt entwirft, man

an eine Satyre denken könnte. Und doch darf davon keine Rede sein. Roosevelt gab das Bild des Staatsbürgers, das er an sich selbst zu verwirklichen ernstlich bemüht ist und deshalb wirkte sein $1^1/_2$stündiger Vortrag wie eine Predigt, nach welcher man sich vornimmt, neue Wege einzuschlagen. Kurz gesagt, es war die werbende Kraft einer echten Überzeugung, und eben deshalb hatte sie den erstaunlichen Erfolg, der uns aus den Urteilen der französischen Presse entgegenklingt.

Auf eine Wandlung in der Richtung der öffentlichen Meinung Frankreichs, die wir schon seit geraumer Zeit verfolgen, macht der polnisch-russisch-französische Historiker Waliszewski in dem 82. seiner „Briefe aus dem Abendlande" aufmerksam. Diese Briefe werden als Feuilletons in der „Nowoje Wremja" veröffentlicht, sind stets wert gelesen zu werden und zeugen von einem beinahe chauvinistischen russischen Patriotismus, was dem Autor von den Polen sehr übel genommen wird.

„Ohne Zweifel" — schreibt Waliszewski — „ist es in Rußland nicht unbemerkt geblieben, daß das alte Interesse Frankreichs an den polnischen Angelegenheiten wieder lebendig geworden ist. Zeitungs- und Journalartikel, Broschüren, Bücher, Vorträge führen eine Sprache, als seien wir in die Zeit vor 1870 versetzt. In dem Streit zwischen den beiden Zweigen der slavischen Familie schmückt man in verhängnisvoller Weise den einen Teil mit dem, was man dem andern nimmt. Polen ist in gewissen Kreisen wieder zu Gnaden aufgenommen worden, namentlich von der Jugend an den Universitäten, und das ist ein sicheres Zeichen dafür, daß das Prestige Rußlands weniger stark ist als bisher. Ich will keinen Schluß daraus ziehen, aber ich stelle die Tatsache fest. Was ist nun die Ursache dieser Erscheinung? Es sind viele Ursachen, die dahin geführt haben; man ahnt zum Teil nichts davon, oder man wendet ihnen nicht genügende Beachtung zu. Unzweifelhaft haben seit den freudigen Tagen des Admirals Avelan die Verhältnisse sich geändert. Frankreich ist stärker geworden und Rußland schwächer. Nationen sind aber egoistisch."

Noch nach Tsuschima habe Frankreich an eine baldige Wiedergeburt Rußlands geglaubt und es durch seinen Kredit unterstützt. Dieser Glaube sei jetzt erschüttert. Monate und Jahre seien hingegangen und die Hoffnungen hätten sich nicht verwirklicht. Man habe erwartet, daß das Volk Peters des Großen mit Riesenschritten vorwärts schreiten

werde, es sei aber stehen geblieben und scheine in die früheren Zustände zurückzuversinken. Das angebliche Plus des Budgets sei eine Fiktion, es fehle an einem Programm für die Finanzen und der Staat verwende die Einkünfte unproduktiv. Auch mit der erwarteten Wiederbelebung der nationalen Energie und des Patriotismus sei es nichts, stehe doch die Regierung in den besten Beziehungen zu Deutschland! Wenn Iswolski nach Berlin gehe, würden die Franzosen verstehen, ihm zuvorzukommen. Da man von Rußland enttäuscht sei, werde man rufen: es lebe Deutschland. Schon jetzt werde Paris von jenseit der Vogesen her überflutet. In Theater und Cafés, ja sogar in einige Salons dringen die Deutschen ein und reden sogar laut, ohne, wie früher, ihre Stimme zu dämpfen, Deutsch! Seit 10 Jahren gebe es eine „Pariser Zeitung", aber erst seit einigen Monaten wage man sie durch Plakate zu empfehlen. Der Tatsache, daß das Institut de France abgelehnt habe, das Berliner Universitätsjubiläum zu beschicken, habe nichts zu sagen, das Institut habe keine Fühlung mit der Nation. Herr Waliszewski wirft darauf eine hochpolitische Frage auf, über die wir ihn selbst reden lassen:

„Bedeutet dies alles, daß das russisch-französische Bündnis erschüttert ist? Unzweifelhaft nein. Aber ihm droht eine Gefahr, und Rußland hat im Bündnis seine bevorzugte günstige Stellung verloren. Ich will noch eine Hypothese zusetzen. Im Fall eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich konnten wir je nach Wunsch eingreifen oder neutral bleiben.

Ich spreche nicht von den bestehenden Verpflichtungen, sondern von Entscheidungen, die man in Zukunft wird treffen müssen. Es ist ja bekannt, daß in den entscheidenden Augenblicken Verträge nur soweit wirksam sind, als es vorteilhaft ist, sie zu beobachten. Für den Fall eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland hatte Frankreich bis in die jüngste Zeit hinein nicht eine gleiche Selbständigkeit. Auch wenn es neutral bleiben wollte, wäre es nicht möglich gewesen, da das allgemeine Gefühl der Nation es nicht geduldet hätte. So war es und so ist es offenbar heute nicht mehr.

Und weshalb? Ja, weil wir den Weg der Entsagung betreten haben, weil wir darauf verzichten, eine Rolle zu spielen, oder versäumen, uns die Möglichkeit dazu zu schaffen, weil wir träge, sorglos, unordentlich und unverträglich sind, vornehmlich aber, weil wir den Glauben an uns verloren haben und, selbst enttäuscht, auch andere enttäuschen."

Herr Waliszewski weist noch darauf hin, wie ganz anders Peter der Große und Katharina II. gedacht und gehandelt hätten, gibt dann Herrn Kokowzew und Herrn Iswolski noch einen kräftigen Seitenhieb und schließt mit den dunklen Worten:

„Es ist nicht ein Programm, das uns, den Regierten wie den Regierenden, fehlt. Auch wäre es unnütz, eins auszuklügeln. Die Natur hat es uns vorgeschrieben. Es fehlt uns nur am Willen, an die Verwirklichung der Aufgaben zu schreiten, die sie uns gestellt hat, und an Ausdauer, sie zu Ende zu führen, und das alles, weil wir den Glauben verloren haben."

Man fragt, was der russische Leser sich nun als seine von der Natur gebotene Aufgabe denken soll? Nach dem Vorausgeschickten offenbar einen Krieg gegen die Deutschen, solange es noch an der Zeit ist. Wir möchten aber Herrn Waliszewski und seine Leser zur Widerlegung dieser doch immerhin sehr riskanten Utopien auf einen Artikel des Fürsten Grigori Trubetzkoi verweisen, der in der Nummer vom 27. März der „Moskauer Wochenschrift" (russisch) über die russisch-deutschen Beziehungen erschienen ist und in den guten Rat ausmündet, den ganzen Ballast von Mißtrauen zu beseitigen, durch den künstlich die Beziehungen beider Nationen zueinander beschwert worden sind. Er führt auch diejenigen ad absurdum, die von einem russisch-deutschen Kriege dauernde Vorteile erwarten, und wir stimmen ihm darin rückhaltlos zu, ganz wie wir mit ihm der Ansicht sind, daß es uns absolut nichts angeht, in welcher Weise Rußland seine Polenfrage zu lösen bemüht ist. Wirkliche Interessengegensätze, die Lebensfragen der einen oder der anderen Nation sind, existieren nicht, wohl aber Konflikte, die überall aufflammen, seit Rußland sich, im Gegensatz zu der säkularen Politik des Reiches, der Koalition angeschlossen hat, durch welche England seine Tyrannis auf den Meeren behaupten will. Diese Kernfrage hat Trubetzkoi nicht angefaßt, an ihr, nicht an dem russisch-französischen Bündnis, an dessen praktische Betätigung in einem Angriffskriege wir trotz Fourniers „politique navale" nicht glauben und das wir nicht fürchten, hängt alles, auch die ruhige Weiterentwicklung der inneren Verhältnisse Rußlands.

Übrigens beginnt man sich in Frankreich nicht nur für die polnischen, sondern auch für die finnischen Verhältnisse lebhaft zu interessieren. Der „Temps" vom Montag hat über diese Frage eine sehr interessante

Korrespondenz gebracht, aus der sich ergibt, daß die Finnländer keineswegs so intransigent sind, als man nach den Mitteilungen der offiziösen und der nationalistischen Presse Rußlands schließen mußte. Die finnländische Kommission, in der Russen und Finnländer zusammen tagten, hatte eine Reihe Punkte als gemeinsame Reichsangelegenheiten in Antrag gebracht, über welche die Finnländer bereit waren, sich zu verständigen: Militärangelegenheiten, Eisenbahnen, Telegraphen, Naturalisation, Gerichtsstand von Russen in Finnland und von Finnländern in Rußland usw. Der „Temps" hatte in einem Artikel vom 27. März dazu bemerkt, daß, wenn Rußland der opportunistischen Politik des finnländischen Landtags entgegenkomme, eine Verständigung von Dauer, die jedermann wünschen müsse, ohne Zweifel zu erreichen sei. An eben diesem Tage wurde aber die Entscheidung über die Finnland zu oktroyierenden Reichsgesetze der Duma übertragen, die keinerlei Recht dazu hat, während der finnländische Landtag durch seine Verfassung berufen ist, über Gesetze, welche das nationale Leben betreffen, zu diskutieren und abzustimmen. Auch jetzt noch wäre eine friedliche Lösung des Konflikts möglich, falls die Duma von der Regierung forderte, daß der finnländische Landtag zu gleichem Recht zur Verhandlung der legislativen Arbeiten herangezogen wird, welche der Krisis ein für allemal ein Ende machen sollen. Leider ist dazu die Aussicht sehr gering, weder in der Duma, noch im Reichsrat ist eine Majorität dafür zu haben, und die Regierung hat durch ihre Organe auf das entschiedenste gegen ein solches Kompromiß Stellung genommen. Die schlimme Folge wird, wie wir aus der Zuschrift an den „Temps" schließen müssen, ein Konflikt sein, den die russische Regierung nur gewaltsam wird bewältigen können und an dem diese höchstkultivierte Provinz des Reichs aller Wahrscheinlichkeit nach auch materiell verkümmern wird. Wir haben uns bisher jeder Polemik in dieser finnländischen Frage enthalten, da sich das Recht eines Staates, seine eigenen Provinzen zu ruinieren, ja nicht bestreiten läßt, auch hat Rußland in dieser Hinsicht bereits eine reiche Erfahrung; aber die Tatsache muß doch konstatiert werden, daß Rußland und seine Volksvertretung sich durch ihre finnländische Politik moralisch auf einen ganz isolierten Standpunkt gestellt haben.

Die persische Frage hat sich bis zur Stunde nach Ablehnung der Bedingungen, an welche Rußland und England die Gewährung einer Anleihe knüpften, nur soweit geklärt, als der Ertrag der Kronjuwelen

Aussicht bietet, über die nächsten Verlegenheiten hinwegzukommen. Dagegen ist es zu einer noch nicht endgiltig gelösten Ministerkrisis gekommen und Rußland hat den General Rshewski nach Kaswin geschickt, um die dort stehenden russischen Truppen zu besichtigen. Von dort ist der General nach Teheran gezogen. Aus russischer Quelle läuft eine Reihe beunruhigender Nachrichten um. Die Lage im südlichen Persien habe sich verschlechtert. Kaschkaizen, Luren und der Scheich Gazal hätten sich gegen die Bachtiaren verbunden und der Gouverneur von Schiras schwanke, ob er Ispahan verlassen solle, dessen Gouverneur zwei Anhänger von Garib Khan in ungelöschten Kalk habe werfen lassen!

In Peking hat der russische Gesandte durch den Waiwupu der chinesischen Regierung folgende Forderungen zugehen lassen, welche die Gewässer und das Land in der Provinz Heiluntschan betreffen: 1. den Russen soll das ausschließliche Recht gehören, die Flüsse der Provinz zu befahren; 2. in Taonanfu soll ein Konsulat begründet werden; 3. alle Anleihen, welche die chinesische Regierung aufnimmt, um den Handel der Provinz zu heben, müssen mit Wissen und Billigung Rußlands abgeschlossen werden; 4. Rußland soll das ausschließliche Recht erhalten, die Mineralrechte der Mongolei auszubeuten.

Es wird eines sehr starken Druckes bedürfen, um China zur Bewilligung dieser weitgehenden Forderungen zu bewegen, die wiederum in einem Teil Chinas in Verletzung des Prinzips der offenen Tür ein russisches Monopol zu begründen suchen. Übrigens sucht China seinerseits jetzt mit großer Energie in Tibet festen Fuß zu fassen. Der dortige chinesische Gesandte hat (laut russischer Quelle) folgende telegraphische Befehle erhalten: Sofort einen Dalai-Lama zu wählen, die Garnison in Tibet zu vergrößern, die Aufsicht über die Administration des Landes zu verschärfen, heimliche Reisen von Ausländern in Tibet zu verbieten und endlich die Grenzen Tibets zu den Nachbarstaaten genau festzustellen und danach die Entscheidung dieser Frage der Haager Konferenz zur Prüfung vorzulegen.

Die Unruhen im Jangtsegebiet sollen auf einen Hungeraufstand zurückzuführen sein. Mit dem Mangel an Reis fiel der Kurs des Kupfergeldes, der Versuch einiger Kaufleute, die Ernte aufzukaufen, steigerte die Erbitterung. In Tschansha verkauften Eltern ihre Kinder, um Reis zu erhalten, die Zahl der Arbeitslosen wurde noch durch die zahlreiche Garnison der Stadt gesteigert. Nebenher lief auch das Gerücht um, daß

das chinesische Reich unter die Fremden geteilt werden solle, was die ohnehin nationalistisch erregte Bevölkerung vollends außer Rand und Band brachte. Auch in Hankau macht sich eine antieuropäische Bewegung geltend. Die 6000 Mann starke Garnison von Tschansha ist zu den Empörern übergegangen; ob der Gouverneur sich selbst getötet oder umgebracht worden ist, steht nicht fest. Von neun christlichen Missionen sind sechs verbrannt worden: die chinesische innere, die vereinigte evangelische, die norwegische, die Londoner und die römisch-katholische Missionsstation. Als die Unruhen begannen, waren glücklicherweise zwei englische Dampfer in Tschansha, die allen Ausländern eine Zuflucht boten, jetzt sind englische, französische und amerikanische Kreuzer unterwegs, um der chinesischen Regierung, die 2000 Mann regulärer Truppen hingeschickt hat, bei Unterdrückung des Aufstandes behilflich zu sein. So läßt sich hoffen, daß die Ruhe bald hergestellt wird, ohne daß sich freilich dafür bürgen läßt, daß beim nächsten Anlaß nicht neue Unordnungen ausbrechen.

In Korea scheint Japan nunmehr Ernst zu machen. Der Ministerresident Graf Sone, der an Stelle Itos diesen Posten übernahm, ist aus Söul abgerufen worden. Wie es heißt, weil er ein Gegner der Politik Katsuras ist, der auf die völlige Einverleibung hinarbeitet. Sone war für eine mildere Praxis eingetreten und wollte, wie Ito, eine allmähliche und nicht gewaltsame Japanisierung der Halbinsel erreichen. Ob das möglich gewesen wäre, läßt sich von hier aus nicht entscheiden; daß die Koreaner an ihrem Widerwillen gegen Japan festhalten, ist aber sicher. Um diese asiatischen Angelegenheiten zu erledigen, bemerken wir noch, daß England soeben das bisher von Siam abhängige Reich Trungano, das nordöstlich von Englisch-Malakka am Meer liegt, seiner Hoheit unterstellt hat. Der „Standard" bemerkt dazu triumphierend, daß jetzt die gesamte asiatische Küste, vom persischen Golf bis zum Golf von Siam unter britischer Jurisdiktion steht. Großbritannien wird eben immer größer. Wir wissen nicht, ob diese letzte Annexion im Zusammenhang mit der Mission Lord Kitcheners steht, dessen Rückkehr jetzt in England mit Ungeduld erwartet wird. Er hat seine Aufgabe, Australien und Neuseeland militärisch zu organisieren, glücklich gelöst — soweit das unter den dortigen Verhältnissen überhaupt möglich ist, — danach besuchte er China und Japan, wo er bekanntlich mit höchsten Ehren empfangen wurde, jetzt soll er Vorsitzender des Rats für die

Reichsverteidigung werden. Herr Wesselitzki, der glücklich wieder in London ist, teilt mit, daß Kitchener mobile Korps zur Aktion auf dem Kontinent vorbereite, was in Frankreich enthusiastisch aufgenommen werde, da man dort nur unter dieser Bedingung ein formelles Bündnis abschließen wolle.

Auf der Balkanhalbinsel ist es, abgesehen von den keineswegs leicht zu nehmenden Kämpfen der Türken mit den Albanern, leidlich ruhig. Was an Intrigen gesponnen wird, die ja auf diesem Boden nie abreißen, ist schwer zu durchschauen. Jedenfalls geht die Agitation für den Balkanbund weiter, wozu Hilmi Paschas Aufenthalt in Rußland wesentlich beigetragen zu haben scheint, auch heißt es, daß der Fürst Nikita von Montenegro sich eifrig um den Königstitel bemüht. Eine gewisse Mißstimmung in die Bundesfreundschaft haben die Beziehungen König Peters zum Patriarchen von Konstantinopel in Bulgarien hervorgerufen. Religiöse Gegensätze sind auf diesem Boden politische; und Exarchat und Patriarchat sind unversöhnliche Rivalen.

Die kretische Frage ist nach wie vor nicht ungefährlich, aber bis zum Zusammentritt der hellenischen Nationalversammlung wird sie ruhen.

Ob Menelik gestorben ist oder noch lebt, steht noch immer nicht fest. Wahrscheinlich ist das erstere. Nachdem die Kaiserin Taitu unschädlich gemacht ist, hat nun der von Menelik zu seinem Nachfolger bestimmte Prinz Lidj Jassu am 17. April Besitz vom abessinischen Thron ergriffen. Am 23. sollte die Krönung stattfinden.

28. April 1910. Das englische Oberhaus nimmt das Finanzgesetz an. Vertagung des Parlaments. Vincente Gomez wird Präsident von Venezuela.
30. April. Vertrauensvotum für das Ministerium Luzzati. Erfolge der Türkei in Albanien.

4. Mai 1910.

Die „Empire Review" bringt wiederum einen lesenswerten Artikel von Dicey, der für eine Verständigung zwischen England und Deutschland eintritt, zugleich aber betont, daß die besonderen Verhältnisse Großbritanniens die Aufrechterhaltung des Zwei-Mächte-Standard erforderlich machten. Dagegen läßt sich nichts einwenden, denn das ist eine englische Angelegenheit in politischer wie in finanzieller Hinsicht. Nur ist das Ziel längst mehr als erreicht, wenn man das System der englischen Allianzen und Abkommen mit heranzieht. Es gilt nicht als zweifelhaft, daß in bestimmten Kombinationen, die ihre Begrenzung in Europa finden, England auf die französische und die russische Flotte rechnen kann, während im fernen Osten unter allen Umständen Japan mit England Hand in Hand zu gehen verpflichtet ist. Deutschland aber ist bei analogen Verhältnissen so gut wie ausschließlich auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Wir wollen das nicht weiter ausführen, glauben auch nicht, daß die notwendigen Konsequenzen sich dem Urteil unserer Leser entziehen. Das Gerede von den möglichen, gegen England gerichteten Allianzen ist eben eine Ausgeburt überhitzter Phantasie oder aber ein unwahrer Vorwand, hinter dem sich Absichten verbergen, die man h e u t e auszusprechen nicht mehr für opportun hält. Nicht in der europäischen, sondern in der asiatischen und afrikanischen Stellung Großbritanniens liegen die Gefahren, welche eine Sorge der fernblickenden Staatsmänner des Foreign office gerechtfertigt erscheinen lassen, und die von ihnen selbst als Erbe einer falsch gerichteten Politik übernommen worden sind. Wir haben auf diese Tatsache mehrfach hinweisen müssen und finden sie immer aufs neue von anderer kundiger Seite bestätigt.

So bringt der „New York Herald" vom 22. April den ungemein interessanten Bericht, den Mr. Melville E. Stone, das Haupt der großen

Organisation der „Associated Preß", im Lotos-Klub zu New York abgestattet hat. Von allem, was er gesehen und gehört habe, sei ihm die asiatische Frage als das Bedeutsamste erschienen. Die Völker kaukasischer Rasse wüßten offenbar nicht, wie ernst die Lage sei. In Asien habe man seit Jahrhunderten den größten Respekt vor kriegerischer und physischer Macht gehabt, wie sie erst von ihren eigenen Fürsten, dann von dem weißen Mann ausgeübt wurde, der hinter den Kanonen stand. So sei England Indiens mächtig geworden und so habe überall der weiße Mann die Herrschaft errungen, wo er seine Feuerwaffen sprechen ließ, bis der russisch-japanische Krieg ausgefochten ward und die gesamte Lage in Asien nun plötzlich eine andere wurde infolge der Enthüllungen, die er brachte. Die Nationen des Ostens wurden sich mit einemmal dessen bewußt, daß der Asiate, wenn er hinter der Kanone steht, ebenso viel Volk töten kann, als der weiße Mann. Seit der Vertrag von Portsmouth in dieser Erkenntnis unterzeichnet wurde, habe es daher Revolutionen in Rußland, in der Türkei, in Persien gegeben und bedenkliche Unruhen in Indien, China und Ceylon.

„Ich will nicht," sagte Stone, „von der sogenannten japanischen Frage sprechen und sage auch nicht, daß es bald zu einem Kriege zwischen den östlichen und westlichen Völkern kommen wird. Aber wir Westländer machen uns keine rechte Vorstellung davon, mit welcher Begier die orientalischen Völker die praktischen Vorteile unsrer Zivilisation absorbiert haben. Man nehme z. B. die Fortschritte, die sie in den Methoden des Sanitätswesens gemacht haben. Die Sterblichkeit in Asien war noch vor einem halben Jahrhundert entsetzlich. Das aber hat sich infolge unserer sanitären Methoden geändert. Die Abnahme der Sterblichkeitsziffer beginnt zu der erstaunlichen Tatsache zu führen, daß die Völker Asiens sich rascher vermehren, als die Europas und Amerikas; man kann sagen, daß, während die westlichen Völker in arithmetischer Proportion wachsen, die asiatischen in geometrischer Progression zunehmen. Dessen sollten Europa und Amerika gedenken. Die Gefahr ist nicht unmittelbar bevorstehend, aber wir werden schließlich mit überwältigenden Zahlen zu rechnen haben.

Für amerikanische Waren sei ein großer Absatz in Asien kaum noch zu finden. Die gröberen Sorten Baumwolle verarbeite Indien jetzt selbst, und aus klimatischen Gründen könnten die feinsten nur in Manchester verfertigt werden. Mit den Mühlen am Jangtse könne das

Weizenmehl aus Minneapolis nicht mehr konkurrieren, und Roheisen werde seit einem Jahre aus China nach Amerika zu Preisen importiert, die trotz der Zölle und der Fracht niedriger seien als die amerikanischen; dazu komme der entsetzliche Fall des Wechselkurses. Ein Sovereign, der vor zehn Jahren 5 Shanghai-Taels kostete, müsse jetzt mit 10 Taels bezahlt werden, und es sei klar, daß unter diesen Verhältnissen China keinen großen Import aufnehmen könne. Noch sei das Geschäft für Amerika möglich, aber man beeile sich; schon jetzt sei China so weit, selbst Stahlschienen zu produzieren und seine Eisenbahnen zu bauen.

Auch die Lage in Indien sei höchst bedenklich. Es sei zwar nicht zu einer Erhebung wie 1857 gekommen, denn England habe seit 50 Jahren seine Vorsichtsmaßregeln getroffen, strategische Bahnen gebaut und Truppen an den kritischen Punkten konzentriert, auch sei die Artillerie nur in Händen englischer Soldaten. Aber die Bengalen trügen die englische Herrschaft nur ungeduldig, und Bomben wie Morde würden wahrscheinlich häufiger werden. Mit Fortschritt und Bildung steigere sich das Verlangen nach Anteil an der Regierung, und der alte Gegensatz zwischen Hindus und Moslem, auf dem die Stärke der Stellung Englands lange ruhte, beginne zu schwinden, der gemeinsame Antagonismus gegen die Kaukasier aber lebe fort. Auch das sei eine neue Entwicklung, die in Europa nicht ausreichend gewürdigt werde.

Mr. Stone scheint auf seiner Weltreise das südliche Asien mehr als das nördliche ins Auge gefaßt zu haben. Wir sind aber zweifelhaft, ob nicht Rußland früher als England mit diesem Gegensatz von Kaukasier und Asiaten zu rechnen haben wird. Wie England durch sein japanisches Bündnis die eigene Stellung in ganz Süd- und Westasien gefährdet hat und wohl auch bei einer eventuellen Erneuerung seines Bündnisvertrages schwerlich die Ausdehnung desselben auf Indien und die anliegenden Länder erlangen wird, so läßt sich schon jetzt mit voller Bestimmtheit sagen, daß Rußland durch seine Verständigung mit Japan über die Stellung beider Mächte in der Mandschurei eine societas leonina eingegangen ist, in der jedenfalls die Rolle des Löwen den Japanern zufällt. Die immer erneuten Warnungen, die aus Russisch-Ostasien den russischen Zeitungen zugehen, werden von der russischen Regierung geflissentlich übersehen, und doch steht fest, daß Japan sich bereits jetzt in dem ganzen Gebiet von Kamtschatka bis zur Mündung des Amur als den künftigen Herrn betrachtet. Uns sind von Männern, die ihre Nach-

richten an Ort und Stelle gesammelt haben, und deren Glaubwürdigkeit keinem Zweifel unterliegt, darüber die erstaunlichsten Nachrichten zugegangen. Es zieht sich dort ein Gewitter zusammen, das noch lange am Horizont stehen bleiben mag, sich aber, wenn die Stunde schlägt, in gefährlichen Schlägen entladen wird. Wieweit es klug ist, daß Rußland im Vertrauen auf diesen Feind von gestern und Freund von heute, China fortgesetzt provoziert und noch jüngst durch die Forderung eines Bergwerksmonopols in der Mandschurei und der ausschließlichen Schiffahrt auf dem Sungari in gebieterischer Weise herausgefordert hat, wird eine vielleicht nicht allzuferne Zukunft zeigen. China, das bereits heute seine Beamten in Tibet auf dem Wege drahtloser Telegraphie instruiert, ist ein gefährlicher Gegner und auf dem besten Wege, sich nach japanischem Vorbild zu einer militärischen Großmacht zu entwickeln, der in diesen fernen Gegenden Rußland gleiche Massen nicht entgegenführen kann.

In den bereits einmal herangezogenen Briefen aus Ägypten, die Jean Rodes dem „Temps" zuschickt, wird u. a. ein interessantes Gespräch wiedergegeben, das Rodes mit dem Führer der ägyptischen Nationalisten Mohammed Ferid hatte. Es sind im Grunde die gleichen Eindrücke, die man aus den Mitteilungen von Stone gewinnt, nur daß hier Afrika, nicht Asien spricht.

„Wir machen uns," sagte Ferid, „keinerlei Illusionen über die Versöhnungspolitik von Sir Eldon Gorst. Er hat dem Khedive einen Schein von Macht nur gewährt, damit Ägypten glaube, daß es von seinem Souverän regiert wird. Es ist, mit heuchlerischen Mitteln, dieselbe Politik, die Lord Cromer verfolgte. Wir erwarten nichts von den Engländern. Wir wissen, daß sie Verfassungen nur ihren Kolonien verleihen, in denen das weiße Element herrscht. Ägypten werden sie ebensowenig eine Konstitution geben wie den Indern, höchstens werden sie uns im Lauf von 50 Jahren einige Brocken zuwerfen."

Rodes bemerkt dazu, daß er den Scharfblick des Mannes bewundert habe, denn ihm habe ein hochgestellter Engländer zu derselben Frage gesagt: „Natürlich wollen wir ihnen eine Verfassung geben, aber das ist eine Frage von Generationen, nicht von Jahren, wie gewisse Leute glauben." Übrigens haben die Ägypter nicht minder heftig gegen die Tyrannei Frankreichs in Algier, Tunis und Marokko als gegen England deklamiert. Ein Ägypter sagte zu Rodes: „Ich kann die Versicherung

geben, daß die großen arabischen Häuptlinge euch aus vollem Herzen hassen!" und ein anderer: „Sie werden doch nicht bestreiten, daß der Islam Zivilisation und Wissenschaft vor all eueren Staaten kannte!" Das ist allerdings kindisch naiv, aber der geheime Gedanke, der jetzt durch alle politisch denkenden Köpfe des Orients zieht, kam zu aufrichtigem Ausdruck, als er sagte: „Wer kann wissen, was wir nach 20 Jahren tun werden? Weshalb sollten wir nicht den Japanern nachahmen?"

Waverley, der unversöhnliche Gegner der Engländer, macht auf die Erbitterung aufmerksam, die es in Ägypten erregt, daß England sich jetzt, in striktem Widerspruch zur Konvention vom 19. Januar 1899, durch das ägyptisch-englische Gericht den Sudan hat zusprechen lassen, obgleich das Land bis zum 22. Grad südlicher Breite durch einen Generalgouverneur verwaltet wird, den der Khedive mit Zustimmung Englands ernennt. Es gährt eben überall im Orient, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß ein europäischer Krieg alle diese Elemente zu dem Versuch reizen werde, ein verhaßtes Joch abzuschütteln.

Lord Kitchener ist nun nach 7jähriger Abwesenheit nach England zurückgekehrt. Zuletzt hat man ihn in New York bei den sogenannten Pilgrims gefeiert. Er hat es aber charakteristischerweise nicht für möglich befunden, auch nach Kanada zu fahren, da er vom Burenkriege her sowohl bei den englischen wie bei den französischen Kanadiern höchst unpopulär ist. Diese kanadischen Verhältnisse gewinnen überhaupt immer mehr an Interesse. Die Verständigung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten in der sehr schwierigen Tarifffrage ist ohne jedes Mittun Englands perfekt geworden, was noch vor wenigen Jahren undenkbar war. Im Augenblick ist man allseitig zufrieden, da auch England durch einen Tarifkrieg zwischen Kanada und der amerikanischen Regierung aufs äußerste geschädigt worden wäre. Die Annäherung Kanadas an die Vereinigten Staaten hat jetzt auch ihren monumentalen Ausdruck in dem Gebäude des in Washington errichteten „Internationalen Bureau" gefunden, das ein Geschenk Carnegies ist. Neben den 21 Wappen der übrigen amerikanischen Staaten prangt auch das kanadische und ein Piedestal steht frei, um die Bronzebüste eines hervorragenden Kanadiers aufzunehmen. Endlich notieren wir noch, daß englischerseits die Absicht bestand, Sir Wilfried Laurier zum Generalgouverneur von Südafrika zu machen, er aber entschieden ablehnte.

Was nun die inneren englischen Angelegenheiten betrifft, so sind, nachdem die „Finance Bill" vom Unterhause angenommen, vom Könige gebilligt und dem Oberhause in der üblichen feierlichen Form übergeben worden war, beide Häuser in die Ferien gegangen, die bis zum 26. Mai dauern werden. Auch ist alles auseinandergestoben, Asquith und Lloyd George sind bereits auf dem Kontinent, um sich von den, allerdings nicht geringen Strapazen der letzten Kämpfe zu erholen. Der Wortlaut der „Parliament Bill", über die das Unterhaus, gleich nachdem es wieder zusammentritt, abstimmen wird, und das bestimmt ist, die Macht des Hauses der Lords zu beschränken, liegt nunmehr im offiziellen Text vor. Es sind im wesentlichen die Resolutionen, über die das Unterhaus bereits am 14. August vorigen Jahres abgestimmt hat, und es ist sicher, daß sie angenommen werden. Neu ist die Steigerung der Befugnisse des Speaker, der darüber zu entscheiden haben wird, ob eine Bill als Finanzbill zu betrachten ist. Auch das ist eine Neuerung, daß die Dauer eines Parlaments auf 5 Jahre als Maximum festgesetzt wird. Die heute übliche Dauer von 7 Jahren geht auf ein Gesetz von 1715 zurück. Ob es zu einer Reform des Oberhauses kommt, die ebenfalls angekündigt wird, ist fraglich, da die Reform als solche das Haus der Lords nur stärken würde, was der im Unterhause vorherrschenden Tendenz widerspricht. Daß aber die „Parliament Bill" zu einer Auflösung und zu Neuwahlen führt, ist gleichfalls sicher. Dann wird wiederum die Stellung von größter Bedeutung sein, welche die Iren einnehmen. Im „Gaelic American" wird die Polemik gegen Redmond mit außerordentlicher Erbitterung geführt. Man wirft ihm vor, daß er durch seine Zustimmung zum Budget Lloyd Georges Irland auf das Schwerste pekuniär geschädigt habe, ohne feste Aussicht etwas zu erreichen. Home Rule werde er von den Liberalen nicht erhalten, dagegen bleibe ihm der Haß der Unionisten, die über kurz oder lang wieder ans Ruder kommen werden. Wir glauben, daß der „G. Am." recht hat und daß in der Tat gerade die Homerulefrage es sein wird, welche die Unionisten wieder ans Ruder führt, denn in dieser Frage ist die überwiegende Majorität der Engländer eines Sinnes. Sie fürchten ein autonomes Irland. Im Augenblick treten jedoch alle anderen Fragen in England zurück vor der wilden Spekulation in Kautschuk-Aktien. Es sind seit dem Januar dieses Jahres nicht weniger als 223 neue Kautschukkompagnien entstanden, von denen einige Dividenden von 165 bis 287 v. H. geben. Es sind enorme Vermögen bei dem recht-

zeitigen Ankauf der so rasch und so hoch gestiegenen Aktien gemacht worden. Aber es ist höchstwahrscheinlich, daß die Verluste noch größer sein werden, wenn das Spielfieber einer nüchternen Beurteilung der Lage Platz gemacht haben wird.

Der großartige Flug Paulhans von London nach Manchester ist ein Triumph Frankreichs, der in England mit allem Anstand, den die Engländer beim Sport beachten, hingenommen worden ist. Von dem gleichzeitig mit Zeppelin III zugrunde gegangenen englischen Militärluftschiff finden sich in den englischen Zeitungen nur ganz kurze Notizen.

In Frankreich werden die Stichwahlen an dem ersten Resultat wesentliche Änderungen nicht bringen. Aber eine Reihe der führenden Staatsmänner, wie Doumer und Millerand, müssen um ihren Sitz nochmals kämpfen, und die Wahl von Delcassé wird angefochten. Es heißt, daß er bestimmt ist, Botschafter in Petersburg zu werden, was uns doch wenig glaublich erscheint.

Die fortdauernden Kämpfe in Albanien, deren Ursachen noch immer nicht recht aufgeklärt sind, bedeuten eine ernste Verlegenheit für die Pforte. Glückt es ihr, wie wir wünschen, der Erhebung bald Herr zu werden und Albanien danach mit den neuen Zuständen zu versöhnen, so war der Preis des Kampfes wert. Ein unentschiedener Ausgang, der zu halbem Frieden führt, wäre dagegen in höchstem Grade zu bedauern, da er das Ansehen der neuen Türkei ernstlich schädigen könnte. An offenen und versteckten Gegnern aber fehlt es ihr ja nicht. Sehr erfreulich ist eine Nachricht der von den arabischen Deputierten des türkischen Parlaments herausgegebenen Zeitung „Dsharidat el Arab", daß nämlich die Regierung beschlossen habe, die arabische Sprache in Parlament, Regierung und Gericht der türkischen paritätisch zur Seite zu stellen. Diese kluge und absolut notwendige Maßregel soll der Initiative und der mutigen Zähigkeit Hakki Paschas zu danken sein.

Die programmatische Erklärung des Ministeriums Luzzati hat einen guten Eindruck gemacht und dem leitenden Minister ein Vertrauensvotum eingetragen, so daß jetzt aller Grund ist an eine längere Dauer der neuen Regierung zu glauben. In Rußland erregt es großes Aufsehen, daß der Moskauer Ordinarius für Völkerrecht, Graf Leonid

Kamarowski sich mit großer Entschiedenheit für den finnländischen Rechtsstandpunkt ausgesprochen hat. Aber es ist wenig Aussicht, daß er mit seiner wohlbegründeten Ansicht durchdringt. Dazu ist die nationalistische Bewegung in Rußland zu stark.

Mit großer Befriedigung begrüßen wir es, daß dank der Festigkeit unserer Regierung in den Verhandlungen mit England und Belgien unsere Stellung am Kongogebiet voll behauptet worden ist.

5. Mai 1910. Iswolski in Berlin.
6. Mai. Tod König Eduards VII.
9. Mai. Proklamierung Georgs V.
10. Mai. Theodor Roosevelt in Berlin.
11. Mai. Protest der Pforte wegen der Haltung der kretischen Nationalversammlung.

11. Mai 1910.

König Eduard VII. hat einen schönen Tod gehabt. Er ist nach kurzem Leiden schmerzlos ins Jenseits hinübergeschlummert: bis zum letzten Augenblicke freier Besinnung seinen Königspflichten hingegeben, umringt von den Seinigen, während vor dem Palast eine lautlose Menge in aufrichtigem Kummer, Stunde um Stunde ausharrend, der traurigen, bereits als unvermeidlich geltenden Entscheidung entgegensah. Die englische Nation ist einmütig darin, in ihm einen König zu beweinen, in dem sie die Verkörperung des eigenen Genius erblickte. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß er wirklich aufrichtig geliebt wurde. Man bewunderte seine außergewöhnliche Begabung, die Kunst seiner Diplomatie, seine Meisterschaft, die äußeren Formen bis in das minutiöseste Detail hinab zu beherrschen, seine Vorurteilslosigkeit und seine Feinheit im Umgang mit Menschen, wie seine Fähigkeit, sie für sich zu gewinnen. Er hat, ohne dadurch Anstoß zu erregen, im Gegensatz zur parlamentarischen Doktrin Englands, aber ohne ihre Formen zu verletzen, die auswärtige Politik Großbritanniens tatsächlich geleitet, so daß, gleichviel ob Konservative oder Liberale am Ruder waren, die Richtung dieser Politik dieselbe blieb und alle entscheidenden Aktionen von ihm persönlich ausgingen. Der „T e m p s" bezeugt uns die für den Kenner nicht überraschende Tatsache, daß König Eduard die englisch-französische Entente über den Kopf beider Regierungen hinweg nicht nur vorbereitete, sondern perfekt machte. „Car il agit seul. Le voyage à Paris de 1903, qui a déclenché le mouvement franco-anglais, a été son œuvre personnelle. Il l'a annoncé à M. Loubet s a n s q u e l e s g o u v e r n e m e n t s f u s s e n t i n f o r m é s." Mutatis mutandis kann wohl

dasselbe von all den großen politischen Aktionen Englands während der letzten neun Jahre gelten. Als am 23. Januar 1901 König Eduard VII. den Thron bestieg, da haben wir an dieser Stelle die Erwartungen, die wir an das neue Regiment für die deutsch-englischen Beziehungen knüpften, folgendermaßen formuliert:

„Ein Nebeneinander und Miteinander in ehrlicher gegenseitiger Gleichstellung, das ist es, was wir wünschen, und wir sehen nicht, daß nach irgendeiner Seite hin vitale Interessen des einen oder anderen Teils dem widersprächen. Unseren „Platz an der Sonne" haben wir uns erworben, jetzt wollen wir ihn sichern und nutzbar machen und unserer Zukunft nicht präjudizieren lassen. Dasselbe gönnen wir allen andern und ohne jeden Vorbehalt auch England."

König Eduard ist anderer Meinung gewesen. Er war der Meinung, daß Deutschland bereits zu mächtig sei, und dachte es von der Sonne weg, mehr in den Schatten zu drängen. Unser Freund ist er nicht gewesen. Er suchte seine politischen Freunde unter den Rivalen Deutschlands, und es konnte wohl scheinen, als ginge das letzte Ziel seiner weit ausblickenden Politik dahin, England, das er aus seiner „glänzenden Isolierung" hinausgeführt hatte, zum Mittelpunkt einer gegen Deutschland gerichteten Koalition zu machen. Es ist das nicht gleich in voller Deutlichkeit zutage getreten. Die Politik, welche England nach der glücklichen Beendigung des Burenkrieges verfolgte, ging zunächst dahin, die „smaller nations" an England zu binden, dann richtete sie ihre Spitze gegen Rußland.

Die englisch-japanische Allianz vom 30. Januar 1902 hat den russisch-japanischen Krieg erst möglich gemacht und eine politische Lage geschaffen, die es den Franzosen klar machen mußte, daß eine Entente mit England für sie wichtiger sein könne als jene Allianz mit Rußland, deren Ausdehnung auf den fernen Osten dem Grafen Lambsdorff schon 1902 in einigermaßen brüsker Form verweigert worden war. Port Arthur wurde bereits bombardiert, Marquis Ito hatte schon die Verwaltung Koreas übernommen und die Japaner standen am Jalu, als der englisch-französische Vertrag vom 8. April 1904 unterzeichnet wurde. Immerhin behielt Frankreich so viel Eigenbewegung, daß es der ihrem Unheil entgegendampfenden russischen Flotte eine beschränkte Gastfreundschaft gewähren durfte. Die volle Bedeutung der englisch-französischen Freundschaft aber machte sich vor und während des Marokko-

konfliktes geltend. König Eduard, der mit Herrn Delcassé eng befreundet war, und ihm auch nach seinem Sturze die Treue bewahrt hat, ist in Unterstützung der französischen Ansprüche bis an die äußerste Grenze gegangen, und nur der Tatsache, daß Deutschland bereit war, einen Krieg zur Wahrung seiner Rechte auf sich zu nehmen, ist es zu danken, daß dieser Krieg vermieden wurde. Die Behauptung Herrn Delcassés, daß er für den Kriegsfall das Versprechen eines englischen Bündnisses erhalten habe, ist unwiderlegt geblieben. Frankreich hätte dann gegen Deutschland dieselbe Rolle gespielt, die Japan gegen Rußland zugefallen war. Das Meisterstück König Eduards aber war, daß er mit dem russischen Delcassé, Herrn Iswolski, jenes Abkommen vom 31. August 1907 vereinbarte, das die wunden Stellen im englischen Kolonial- und Interessengebiet auf asiatischem Boden schloß und der russischen Politik eine Wendung gab, die notwendig zu einem Konflikt mit Österreich-Ungarn und dadurch indirekt auch mit Deutschland führen mußte. Auch hat die Gefahr nahe genug gelegen; daß sie nicht Wirklichkeit wurde und dann aller Wahrscheinlichkeit nach in einen Weltbrand ausmündete, ist vor allem der zugleich entschlossenen und maßvollen Haltung Deutschlands zu danken gewesen. Nun glauben wir nicht, daß ein europäischer Krieg in den Absichten König Eduards gelegen hätte. Er war selbst kein Kriegsmann, sondern — um wiederum den „Temps" reden zu lassen — „ami de la paix par goût et par doctrine", wohl aber war sein Ziel eine Einschüchterung und Isolierung Deutschlands, was den Wünschen der Wortführer des englischen Imperialismus entsprach und, wäre es verwirklicht worden, den höchsten Jubel der englischen Nation erregt hätte. Auch die gegen die Ausführung unsres Flottenprogramms gerichtete Agitation trug einen ähnlichen Charakter und ist auf die gleichen Motive zurückzuführen. Es ist bei einem Manne, wie König Eduard es war, völlig ausgeschlossen, daß er an das Gespenst einer von Deutschland her seinem Volke drohenden Gefahr geglaubt hätte. Auch hat er unsres Wissens nie eine Äußerung getan, die sich dahin deuten ließe. Aber unzweifelhaft hätte das englische Volk es als einen hoch erwünschten Erfolg des Königs betrachtet, wenn wir uns dazu verstanden hätten, die Ausführung unsres Programms aufzugeben.

Man kann die Frage wohl aufwerfen, ob die Lage Englands heute eine günstigere ist, als sie es im Jahre 1901 war? Wir möchten sie nicht unbedingt bejahen. Zwar hat das riesige Kolonialreich auch während

der letzten 9 Jahre, namentlich in Afrika, stetig an Umfang gewonnen, die Einflußsphäre in Asien ist weiter geworden, der Handel hat sich neue Gebiete erschlossen, die Flotte — das Schwert Englands — ist stärker als je vorher, nicht nur an Zahl, sondern auch im Verhältnis zu allen übrigen Marinen der Welt, ungeheuere Kapitalien sind in Unternehmungen auf fremdem Boden angelegt, in Argentinien allein zum Beispiel 400 Mill. Lstr., England besitzt ein System von Ganz- und Halb-Allianzen wie nie zuvor im ganzen Verlauf seiner Geschichte, endlich, seine großen Kolonien sind nie so reich und mächtig gewesen wie heute. Nebenher aber kommen politische Tatsachen in Betracht, welche auf dieses glänzende Bild ihre Schatten werfen. Die japanische Allianz, welche zunächst so greifbare Erfolge brachte, hat eine asiatische Frage ins Leben gerufen, die vorher in ihren heutigen Erscheinungsformen nicht bestand. Der Nimbus der weißen Rasse hat in erstaunlicher Weise abgenommen, und davon wird England noch mehr betroffen als Rußland. Sollte es einmal Japan beikommen, sich an die Spitze der asiatischen Bewegung zu stellen, so läßt sich die englische Stellung in Indien nicht drei Monate lang behaupten. In Ägypten hat diese Bewegung ihren Reflex geltend gemacht, eine islamitische Frage beginnt aufzutauchen; in Südafrika ist die Leitung der Politik in die Hände des holländischen Elements übergegangen, d. h. gerade die Entwicklung hat sich vollzogen, die England unmöglich machen wollte, als es den Burenkrieg auf sich nahm; Kanada hat sich handelspolitisch vom Mutterlande emanzipiert und baut eine Flotte, die nicht unbedingt zu Englands Verfügung steht, endlich, die innere Entwicklung Englands zeigt uns eine überaus kritische Lage, die sich noch dadurch verschärft, daß das Verlangen Irlands nach voller Autonomie nie lebendiger gewesen ist, als heute. Es ließen sich noch mancherlei Momente anführen, die einem englischen Patrioten Sorge machen können. Scheinbar ist die Macht Großbritanniens zu keiner Zeit größer gewesen, als da König Eduard seine Augen schloß; man könnte sie mit der Stellung Rußlands beim Tode Kaiser Alexanders III. vergleichen. Aber das Verhältnis der positiven und der negativen Kräfte ist schwer abzuschätzen. Wir haben von den positiven eine sehr hohe Vorstellung, aber gewiß würden sie an Kraft und Wirksamkeit um mehr als das Doppelte wachsen, wenn als negativer Faktor das törichte, durch nichts gerechtfertigte Mißtrauen gegen Deutschland schwände und, wie wir vor neun Jahren wünschten, „einem Nebeneinander und Miteinander

in ehrlicher gegenseitiger Gleichstellung" Platz machen wollte. Daß die Regierung König Georgs V. zu diesem Ergebnis führt, ist unser aufrichtiger Wunsch für England wie für uns.

Wenn diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen, werden wir Mr. Roosevelt als unseren Gast in Berlin begrüßt haben. Er hat inzwischen halb Europa durchzogen und ist überall nicht nur offiziell in außerordentlicher Weise gefeiert, sondern auch als eine populäre Größe von dem spontanen Enthusiasmus der Massen begrüßt worden. Daß diese Aufnahme dem Menschen, nicht nur dem ehemaligen und vielleicht zukünftigen Präsidenten gilt, beweist wohl die Tatsache, daß, als 1877 Ulysses Grant seine Rundreise durch Europa machte, er nicht annähernd in gleicher Weise geehrt worden ist. Und doch war auch er ein ganzer Mann, der Held von Chatanooga und Richmond, der zweimal Präsident gewesen war, mit nicht geringer Aussicht, noch ein drittes Mal seine Wohnung im Weißen Hause zu nehmen. Der Unterschied zwischen ihm und Roosevelt liegt wohl darin, daß dem letzteren nicht nur eine spezifisch amerikanische, sondern eine universale Bedeutung zukommt. Er hat, wie kein Amerikaner vor ihm, es verstanden, die ethische Seite der Menschheitsprobleme zu erfassen und zu vertreten, mit rückhaltloser Offenheit und warmem Herzen. Das kombiniert sich in ihm mit einem scharfen Blick für Realitäten und mit außerordentlicher Frische und Beweglichkeit des Geistes. Und das ist es, was ihn überall so anziehend erscheinen läßt. Für uns kommt noch die Tatsache hinzu, daß unser Kaiser ihm eine herzliche Zuneigung entgegenträgt, und daß der Name Roosevelt in dauerndem Zusammenhang mit unsrer Universität und mit dem so erfreulich regen wissenschaftlichen Verkehr zwischen Deutschland und Amerika steht. So rufen wir ihm auch unsrerseits ein herzliches Willkommen entgegen!

Mit dem Abschluß der Stichwahlen in Frankreich am letzten Sonntag läßt sich nunmehr ein vollständiges Bild des neuen französischen Parlaments gewinnen. Das Ergebnis war, wie wir es erwartet haben, die Bestätigung der Tatsache, daß die Herrschaft in Frankreich der radikalsozialistischen Partei gehört. Sie verfügt über die absolute Majorität in der Kammer mit ihren 358 Stimmen, denen alle übrigen Parteien zusammengenommen nur 303 Stimmen entgegenzusetzen haben. Von diesen sind jedoch noch 99 Stimmen abzuziehen, von denen 78 den geeinigten Sozialisten gehören, die unsern Sozialdemokraten entsprechen,

die übrigen den sogenannten unabhängigen Sozialisten. In Summa muß man daher mit einer weiteren Verschiebung nach links rechnen, wie es in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs uns in so außerordentlich charakteristischer Weise entgegentritt. Es ist aber nicht undenkbar, daß wir vor einem Wendepunkt stehen, da sich bei den Wahlreden und in den Wahlprogrammen, die von den französischen Zeitungen in voller Ausführlichkeit wiedergegeben werden, gezeigt hat, daß die öffentliche Meinung des Landes mit großem Nachdruck auf eine Änderung des Wahlmodus dringt. Was man verlangt, ist die représentation proportionelle, die Verhältniswahl, die auch den Minderheiten zu ihrem Recht verhelfen soll. Da nun mit Sicherheit zu erwarten ist, daß der Präsident Herrn Briand mit der Neubildung des Ministeriums betrauen wird, darf man annehmen, daß er bei der Wahl seiner Kollegen auf diese Stimmung Rücksicht nehmen wird. Wird dann bei den nächsten Wahlen nach dem neuen System gewählt, so könnte aus der heutigen Minderheit der 204 Nichtsozialisten eine Mehrheit werden. Aber zunächst ist jene R. P. noch nicht angenommen, und dann müssen 4 Jahre hingehen, ehe Neuwahlen erfolgen. Wer aber wagt es, so weit voraus zu blicken.

Die Kämpfe in Albanien dauern fort und die Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauten widerspruchsvoll. Russische Meldungen berichten von einem Siege der Albaner und von ihrem Vormarsch auf Ipek, die türkischen Nachrichten geben zwar die Schwierigkeiten der Lage zu, sind aber optimistisch. Am meisten Beachtung scheint uns der Wiederhall zu verdienen, den die albanischen Ereignisse im bulgarischen Regierungsorgan, dem „Prjäporetz", gefunden haben. Wir geben den Text des Artikels nach der russischen Übersetzung des „Golos Moskwy" wieder:

„Es braucht nicht verhehlt zu werden, daß die albanische Bewegung von der bulgarischen Regierung mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet wird. Wollten wir davon schweigen, so würden wir nur stärkeren Verdacht gegen uns hervorrufen. Unsere Regierung ist allerdings mit der Lösung einer ganzen Reihe innerer Fragen beschäftigt, aber sie verfolgt zugleich sorgsam, was nicht allzuweit von der bulgarischen Grenze geschieht. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß bei den energischen Maßregeln, welche die türkische Regierung ergriffen hat und zu ergreifen fortfährt, der albanische Aufstand bald bezwungen sein wird. Als gute Freunde der Türken wünschen wir, daß das möglichst bald geschehe. Es ist aber auch möglich, daß unsre Erwartungen sich nicht rechtfertigen,

daß in der Nachbarschaft Mazedoniens ein Krieg mit all den Opfern, Verwüstungen und Greueln entbrennt, mit denen jeder Krieg verbunden ist, vor allem aber der schrecklichste aller Kriege, der Bürgerkrieg. Es ist auch möglich, und das fürchten wir zumeist, daß infolge eines solchen Bürgerkrieges in unserm Nachbarreiche, die Lage der bulgarischen Bevölkerung in Mazedonien kritisch wird.

Wie soll in solchem Fall die bulgarische Regierung sich verhalten? Es liegt auf der Hand, daß sie nicht teilnahmslos bleiben kann. In Berücksichtigung der Stellung, die Bulgarien einnimmt, und den Lebensinteressen Bulgariens Rechnung tragend, wird sie reden müssen. Sie wird mitsprechen müssen, selbst wenn die bulgarische Bewegung den Charakter einer chronischen Wunde annimmt, die den Frieden auf dem Balkan bedroht und die Gefahr von außen her vergrößert. Bis dahin, d. h. solange ein solches Moment nicht eintritt — und wir wünschen aufrichtig, daß es nicht geschieht — können die bulgarische Gesellschaft und die bulgarische Presse der Regierung nur ein Verhalten empfehlen, jenes Verhalten, das in der klassischen Warnung Ausdruck findet: caveant consules!"

Dieser Ausfall macht, wie begreiflich ist, in Rußland den übelsten Eindruck. Man fürchtet, daß dadurch die durch König Ferdinands Besuch mühsam angebahnte bulgarisch-türkische Annäherung in die Brüche gehen könnte. Freuen wird man sich in Konstantinopel darüber jedenfalls nicht. Aber als Aufklärung über die natürlichen Grenzen der bulgarischen Freundschaft könnte jener offiziöse Artikel nützlich werden.

Mit großem Interesse haben wir das Referat über einen Vortrag gelesen, den Bernard Temple in der Zentral-Asiatischen Gesellschaft zu London gehalten hat. Lord Lamington, früher Gouverneur von Queensland und 1903—1907 von Bombay, präsidierte.

Der Redner ging davon aus, daß in Persien drei Bewegungen von unberechenbarer dynamischer Energie sich geltend machen und bereits nach Indien, Arabien, der Türkei und Ägypten hinüberfluten. Die erste sei die Noahtheorie vom Ursprung der Rassen, die für Millionen von Mohammedanern den Charakter eines religiösen Glaubens habe; die zweite stelle den Traum des Islam dar, die Glorie seiner Vergangenheit wieder aufleben zu lassen, die dritte betreffe Persiens eigene Stellung in dem Schema der Weltpolitik. Persien verspreche in nicht zu ferner Zukunft der religiöse Mittelpunkt für die Bestrebungen des Islam zu

werden. Ein gutes Verhältnis zu Persien sei daher ein wichtiger Faktor für die Dauer des britischen Reiches (of Great Britains stability as an Empire). Die revolutionären Elemente in Indien seien fast alle nicht mohammedanisch, es wäre schlimm, wenn die Mohammedaner sich ihnen anschließen sollten. In dieser Hinsicht aber sei die russisch-englische Konvention, die man bewundert und der man vertraut habe, von besonders übler Wirkung gewesen. Nachdem er, Temple, 12 Monate lang durch Persien gereist sei, habe er sich überzeugt, daß die Folge Mißtrauen, Übelwollen und Besorgnis war. Er habe mit 300 Vertretern der öffentlichen Meinung des Landes gesprochen, sie alle hätten ihm gesagt, durch das Abkommen mit Rußland habe England Persien betrogen. Die Erbitterung gehe aber nicht darauf zurück, daß das Abkommen überhaupt stattgefunden habe, sondern darauf, daß die Bestimmungen jenes Abkommens nicht eingehalten wurden. Persien wolle nicht mehr von den beiden Mächten, als daß sie ihm gestatten, ruhig an der eigenen Entwicklung zu arbeiten. Die zwei letzten Jahre aber hätten bewiesen, daß die Mächte die Unabhängigkeit Persiens nicht erhalten, sondern vernichten wollten, und daß sie das Land verhindern, sich selbst zu reformieren. Persien könne nicht fortschreiten, weil es überall von Rußland behindert werde, das jeden Fortschritt unmöglich mache. Bleibe es bei diesem Kurs, so werde nach wenigen Jahren Persien überhaupt nicht mehr in der Lage sein, sich aufzurichten. Dann aber werde eine fremde Intervention die Folge sein, und das bedeute das Ende aller persischen Bestrebungen.

Wir bedauern, daß uns der volle Text dieses Vortrages nicht zugänglich war. Da Lord Lamington Unionist ist, gibt er uns wohl den Standpunkt der Opposition, aber wir glauben, daß auch Sir Edward Grey unter den Konsequenzen dieses Abkommens seufzt. Tatsache ist jedenfalls, daß den Engländern die Anwesenheit russischer Truppen höchst peinlich ist, wie die wiederholten Anfragen im Parlament bewiesen haben, während anderseits die öffentliche Meinung in Rußland auf rasches und energisches militärisches Vorgehen drängt, und die unsichere Haltung des Ministers des Auswärtigen nicht versteht. In der Tat, er wird nach zwei divergierenden Richtungen gezerrt, und man kann sich in seine peinliche Lage wohl hineindenken.

Eine ungeheures Aufsehen machende Entdeckung hat die Senatorenrevision des Generals Reidhardt gebracht. Eine Haussuchung bei dem

Obersten Akimow, Chef der 1. Abteilung der Intendanturverwaltung und nächstem Mitarbeiter des Hauptintendanten General Schuwajew, hat zur Auffindung von Dokumenten geführt, aus denen sich ergibt, daß Akimow der eigentliche Chef einer organisierten Bande war, welche die Regierung systematisch ausplünderte. General Schuwajew, der ihm blind vertraute, hatte ihm, was nicht ohne eine gewisse Komik ist, die Reform des Intendanturwesens übertragen. Durch die Hände Akimows gingen alljährlich Lieferungen im Werte von 70 Millionen Rubel.

Der „G. M." knüpft daran die folgende Betrachtung:

„Die Senatorenrevisionen haben ein entsetzliches Bild des Raubsystems der Intendantenwirtschaft aufgedeckt. Man hat Rußland ausgeplündert, die Armee „ausgezogen" und jeden, der mit der Intendantur in Berührung kam, korrumpiert. Die Lieferanten für die Intendantur verloren schnell das Gefühl der Pflicht dem Vaterlande gegenüber und das Gefühl der Verantwortlichkeit vor dem Gesetz. Eine solche Lage konnte nur entstehen und herrschen, wenn diejenigen, welche die Leitung in Händen hatten, sie begünstigten oder mindestens duldeten. Es wurde ja nicht einfach geraubt, sondern es war ein System. In der Gesellschaft wußte man es längst. Man entrüstete sich und hörte schließlich sogar auf sich zu entrüsten. Und deshalb ist man heute über die Enthüllungen der Senatoren nicht erstaunt, sondern erfreut. Das ist nicht Leichtfertigkeit, sondern ein Seufzer der Erleichterung, und jetzt erwartet die gequälte Gesellschaft, daß das ganz Rußland umfassende Raubsystem der Intendantur d i e s m a l von Grund aus zerstört werde. Wir sagen diesmal, denn bisher hat eine solche Hoffnung stets getäuscht."

Das wird an dem Prozeß illustriert, der den diebischen Intendanten des Türkenkrieges 1877/78 im Jahre 1882 gemacht wurde. Es kam nichts dabei heraus, und ähnlich ist es nach allen Kriegen gewesen, die Rußland geführt hat. Die Versuchung war zu groß und die Tradition, daß die Krone beraubt werden dürfe, zu alt. In kleinen Dingen gilt diese Tradition noch heute fast allgemein, und es scheint uns sehr optimistisch, wenn nun erwartet wird, daß die einmalige große Säuberung die hergebrachte Auffassung beseitigen wird. Was Rußland fehlt, ist ein sicheres Rechtsgefühl. Der Staat als solcher hat nie Anstand genommen, verbürgtes Recht zu brechen. Das zeigt die Geschichte aller Fremdvölker, die in den Bestand des Reiches aufgegangen sind. Erworbene Rechte aber sind Eigentum, wie andres Eigentum auch. Wer

die einen verletzt, kann nicht darauf rechnen, daß das andre respektiert wird.

Über die russisch-japanische Verständigung bringt der „Golos Moskwy" vom 8. Mai die folgende wichtige Korrespondenz aus Charbin:

„In Charbin hat ein Ereignis stattgefunden, an dessen Möglichkeit noch vor sehr kurzer Zeit niemand geglaubt hätte. Auf einer Versammlung im Lokal der Charbiner Börse haben sich Vertreter der russischen Garnison, des russischen Generalkonsulats, der Eisenbahn, der Stadtverwaltung, der Banken, des Börsenvereins, der größten Kaufmannsfirmen, der gelehrten Gesellschaften und aller Organe der Presse sowie zahlreiche Personen, die sympathisch dazu standen, versammelt, um ihre Freundschaftshand den 40 Vertretern der japanischen Kolonie entgegenzustrecken und ihnen zu sagen, daß alles Vergangene jetzt vergessen sei, und daß man in Zukunft Hand in Hand mit den Feinden von gestern gehen müsse, gegen den Feind von heute und morgen — gegen China.

Das war der Sinn der an diesem Tage in Charbin gegründeten Gesellschaft, die den bescheidenen Namen „russisch-japanische Gesellschaft" trägt . . . . . Auf die Chinesen hat die Begründung dieser Gesellschaft einen überwältigenden Eindruck gemacht. Eine Wolke von Denunziationen und sorgenvollen Anfragen flog nach Peking. Man muß erwarten, daß sich im gesamten fernen Osten ein Lärm erheben wird, dessen Echo auch nach Europa dringen muß."

Das sollte uns nicht wundern, aber wir verstehen nicht recht, welchen Vorteil Rußland aus einem neuen Konflikt im fernen Osten ziehen kann, da die Früchte nicht ihm, sondern Japan zufallen müssen. Denn Japan ist auf diesem Boden nicht nur die bei weitem erfahrenere, sondern auch die stärkere Macht.

14. Mai 1910. Die Duma nimmt die gegen Finnland gerichteten Gesetzesvorlagen an.
16. Mai. Generaloberst v. d. Goltz trifft in Argentinien zur Zentenarfeier ein.
17. Mai. Abreise Kaiser Wilhelms nach London.

18. Mai 1910.

Eine Rooseveltwoche liegt hinter uns. In der Tat hat die außerordentliche Persönlichkeit des Mannes, der noch vor kurzem das Haupt eines der mächtigsten Staaten der Welt war, in diesen Tagen mehr als alles andre die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der Eindruck, den er hinterlassen hat, läßt sich wohl dahin zusammenfassen, daß alle, die Gelegenheit hatten, ihn kennen zu lernen, und das waren naturgemäß nicht viele, ein Verständnis dafür gewannen, daß Roosevelt so überaus faszinierend auf die Psyche seiner Landsleute einwirkt. Die gedrungene Gestalt mit dem mächtigen Nacken, ein Kopf, der im Profil an Ernst v. Wildenbruch erinnert, voll gesehen eben nur Roosevelt zeigt, überaus lebendig im Ausdruck, wenn er spricht und seine Worte durch eine ungewöhnlich beredte Gestikulation begleitet und gleichsam illustriert, energische aber nicht hastige Bewegungen, das gibt in seiner Summe ein Bild, das, einmal gesehen, nicht wieder vergessen wird. Nichts in ihm erinnert an die feinen Diplomaten- und Gelehrtenköpfe, wie wir sie als Vertreter der Vereinigten Staaten in Politik und Wissenschaft kennen gelernt haben, man möchte eher an einen Volkstribunen denken, und selbst in den Reden, die er in Paris und Berlin vor einem auserwählten Kreise gehalten hat, spricht er im Grunde wie vor einer Volksversammlung, weit über den Kreis seiner Zuhörer hinaus, höchst populär, mit der nicht zu verkennenden Absicht verbunden, für seine Gedanken und Überzeugungen zu wirken. Der Grundton seiner Reden wird durch ethische Maximen bestimmt, die sein Wesen so durchaus erfüllen, daß sie in mannigfaltiger Form stets wiederkehren, man könnte sie alle zusammenfassen als eine Predigt zur Mannhaftigkeit. Dazu kommt eine Begeisterungsfähigkeit, ein an Thomas Carlyle erinnernder

Heroenkultus, das Bedürfnis, an die guten Seiten im Menschen zu appellieren, kurz eine Fülle pädagogischer Kräfte.

Bei alledem wäre unser Bild unvollständig ohne den Hinweis auf das ihm innewohnende Bedürfnis, seine Überzeugungen und Gedanken in Taten umzusetzen. Seine ganze Natur verlangt nach Aktion, körperlicher, geistiger, politischer. Seine Erlebnisse in Kriegs- und Jagdabenteuern beweisen die eine Seite dieser Anlage, seine umfassende schriftstellerische Tätigkeit die zweite, die Geschichte seiner Leistungen als Staatsmann die dritte. Wahrscheinlich wird, wenn wir von den nächsten Mitarbeitern Roosevelts absehen, niemand diese letzte Seite seines Wesens besser kennen gelernt haben als Kaiser Wilhelm, der seit jenem 14. September 1901, da Roosevelt die Erbschaft McKinleys als Präsident der Vereinigten Staaten übernahm, fortdauernd in regem, immer persönlich-freundschaftlicher werdendem Verkehr mit ihm gestanden hat. Die Herzlichkeit Sr. Majestät im Verkehr mit seinem „Freunde Roosevelt" hat vor aller Welt Zeugnis abgelegt für den Charakter dieser Beziehungen.

Nun ist schon lange vor der Begegnung in Berlin die Frage aufgeworfen worden, wieweit der Rundreise des ehemaligen Präsidenten durch Europa, und speziell seinem Aufenthalt auf deutschem Boden, politische Bedeutung beizumessen ist. Man sprach davon, das Ziel der Reise sei, für den Gedanken einer Abrüstung oder doch einer Herabsetzung der Rüstungen einzutreten, und es hätte des entschiedenen Dementis nicht bedurft, das Roosevelt diesen abenteuerlichen Gerüchten entgegensetzte, um ihre völlige Grundlosigkeit zu erweisen. Mr. Roosevelt ist Privatmann und hat eine politische Mission erst dadurch erhalten, daß Präsident Taft ihn beauftragte, als außerordentlicher Gesandter bei den Feierlichkeiten der Bestattung König Eduards zu fungieren. Nichts aber liegt ihm ferner, als sich zum Agenten der Utopisten des ewigen Friedens herzugeben; das bezeugen seine Schriften wie sein ganzes Leben, und man sollte doch nicht vergessen, daß er es ist, dem die Vereinigten Staaten es zu danken haben, daß sie heute wieder über eine mächtige Flotte verfügen können. Endlich hätte, wenn Roosevelt seinen persönlichen Einfluß nach dieser Richtung geltend machen wollte, ihn sein Weg zunächst nach England und erst darauf nach Deutschland führen müssen. Denn die einzige Gefahr, die dem Frieden in Europa und damit dem Weltfrieden droht, liegt in den krankhaften Übertreibungen des englischen Imperialismus.

Sie sind uns neuerdings wieder in einem Artikel der „National Review": „Die wahre Krisis" aus der Feder von H. W. Wilson drastisch genug entgegengetreten. Die wahre Krisis ist nämlich wiederum die Wehrlosigkeit Englands vor einem drohenden deutschen Überfall. Wilson verlangt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England — was auch wir empfehlen, da dann mit voller Sicherheit anzunehmen ist, daß England ebenso friedfertig gesinnt würde, wie Deutschland es ist — aber er verlangt es nur, weil er erst danach der Bundesgenossenschaft Frankreichs und Italiens (!) sicher zu sein glaubt, und bringt alle die alten Verdächtigungen und Verleumdungen wieder vor, die wir zum Überdruß seit Jahr und Tag gehört haben. Diese steten Wiederholungen, daß Deutschland über das „wehrlose" England herfallen wolle, sind nachgerade beleidigend geworden, und wir würden uns schämen, von unserem Vaterlande mit so geringer Zuversicht zu reden, wie Mr. Wilson es von dem seinigen tut. Was aber berechtigt ihn, uns eine Seeräuberpolitik zuzumuten, für welche die Beispiele nicht in unserer Politik zu suchen sind, und wie vereinbart er es mit seinem nationalen Selbstgefühl, wenn er sich nicht sicher fühlt, sobald nicht zwei englische Schiffe gegen jedes neue deutsche vom Stapel gelassen werden? Es ist, in Anbetracht der schon jetzt bestehenden ungeheuren numerischen Überlegenheit der englischen Flotte (55 Linienschiffe gegen 24 deutsche, 38 Panzerkreuzer gegen 8, 35 große geschützte Kreuzer gegen 6, 37 kleine geschützte Kreuzer gegen 23, 204 Torpedofahrzeuge gegen 87 deutsche im Mai 1909) unbegreiflich, daß eine große Nation, wie es die englische ist, ihren Wortführern gestatten kann, mit solchem Kleinmut vor die Öffentlichkeit zu treten, wenn man nicht etwa annehmen muß, daß aggressive Pläne — zu denen ja mehr als einmal englische Staatsmänner sich bekannt haben — dahinter stecken. Wir verkennen die exponierte Stellung des britischen Reiches keineswegs, aber wenn es an vielen Stellen bedroht ist, so gibt es eine, an der es absolut sicher ist, und das ist das europäische Großbritannien. Auch braucht England nur die entsprechenden diplomatischen Schritte zu tun, um eine vertragsmäßige Garantie dieser Stellung gerade von der Macht zu erhalten, deren Angriff es zu fürchten vorgibt.

Was aber die Gefährdung anderer Punkte des britischen Reiches betrifft, so ist sie fast überall auf verhängnisvolle Fehler der englischen Politik oder auf den rücksichtslosen Egoismus englischer Kaufleute zurückzuführen, die der Versuchung, ein großes Geschäft zu machen, auch da

nicht widerstehen können, wo sie die englische Politik direkt schädigen. Der Burenkrieg hat seinerzeit ein Beispiel dafür gegeben, einen neuen Beleg bringt der durch Persien gehende Waffenhandel nach Afghanistan und Indien. Unter dem Pseudonym Asiaticus werden dafür die Beweise im Maiheft der „National Review" erbracht. Als Australien und Neuseeland das Martinigewehr abschafften, um sich neu zu bewaffnen, wurden die alten Gewehre nach England verkauft und von dort, wahrscheinlich über Maskat, nach Afghanistan geschmuggelt. Da die australische Regierung zu lächerlich niedrigen Preisen verkauft und die Afghanen jeden Preis zahlen, der verlangt wird, ist das Geschäft ein glänzendes.

„Man nimmt an," schreibt Asiaticus, „daß im Jahre 1908 nicht weniger als 23 000 brauchbare Flinten die indischen Grenzstämme erreichten, und daß ein weiterer Bestand von gegen 50 000 Flinten unter die Stämme während der Transportsaison 1909 verteilt wurden. 1908—9 wurde die ungeheure Zahl von 85 820 Flinten in Maskat gelandet, von denen 43 200 Martinis aus Belgien und 25 600 aus Großbritannien kamen. 1907—08 war die Zahl noch größer. Diese Flinten sind, was nicht übersehen werden darf, für den praktischen Gebrauch den modernsten Waffen unserer eigenen Truppen gleichwertig. In den bergigen Gebieten der Grenzstämme ist die größere Tragweite des Lee-Enfield-Gewehrs nur selten ein Vorteil, und die Martinikugel verwundet gefährlicher. Dazu berichtet der „Pioneer" letzten Dezember, daß „Martinigewehre zu Zehntausenden" die Grenzstämme und Afghanistan erreicht haben. Inzwischen aber haben wir, was unglaublich klingt, erlaubt, daß aus England große Massen Patronen mit explodierenden Kugeln exportiert wurden, obgleich wir nicht gestatten, daß unsere eigenen Truppen sie führen und obgleich das Völkerrecht den Gebrauch verbietet. Das allgemeine Ergebnis des Waffenverkaufs ist, daß während der Besitz einer Flinte früher der beneidete Vorzug einzelner in den Grenzdistrikten war, jetzt jedermann sich mit einem Präzisionsgewehr bewaffnet. Der Preis der Gewehre ist mit bedeutsamer Schnelligkeit gefallen. Vor 3 Jahren war der Durchschnittspreis eines Martini an der Grenze 30 Lstr., der eines Magazingewehres 80 Lstr., jetzt ist der Marktpreis 8—9 Lstr. Auch dabei ist der Profit ein ungeheurer, da man in England das Martinigewehr mit 30 bis 24 Sh. bezahlt. Munition hat ebenfalls in scheinbar unbegrenzter Menge

den Weg zur indischen Grenze gefunden, und Patronen, für die man früher 2 Pence das Stück zahlte, sind jetzt vier für einen Penny zu haben. Maskat hat 1908—1909 nicht weniger als $12^1/_2$ Millionen Patronen abgenommen. Waffen und Munition sind so reichlich vorhanden, daß das Stehlen von Flinten aus unsren Grenzposten ganz aufgehört hat. Es lohnt den Grenzdieben nicht mehr, ihr Leben daran zu setzen."

Asiaticus macht dabei der französischen Regierung den Vorwurf, daß sie nicht, wie sie wohl könnte, dem Sultan von Oman den Import von Waffen nach Maskat verbiete. (The persistence with which France protects this shameful traffic is a turning disgrace to the French nation, though not more disgraceful than the facilities given to it in England.) Das klingt sehr bitter, aber der Nachdruck muß doch auf den Nachsatz fallen: England hat doch kein Recht zu erwarten, daß die Franzosen britisch-patriotischer sind als sie selbst, und endlich ist es ohne jede Ausnahme englische Kaufmannsregel gewesen, vor und während eines Krieges beiden Parteien Waffen zu liefern. Zwischen Afghanistan und England herrscht Friede und Freundschaft, und sollte der Emir einmal Krieg führen, so könnten seine Waffen sich eher gegen Rußland als gegen England richten.

Asiaticus macht zum Schluß seiner Ausführungen noch darauf aufmerksam, welche Gefahr diese bewaffnete Nachbarschaft für den Fall eines indischen Aufstandes — denn von dieser Möglichkeit wird immer mehr gesprochen — bedeuten könnte! An die Möglichkeit glauben auch wir. Nur scheint sie uns ferner zu liegen als man in England annimmt. Hat das Bündnis mit Japan den Anstoß zu dem neuen asiatischen Selbstbewußtsein gegeben, so ist es zugleich — solange es währt — eine Assekuranz für England. Es ist daher schwerlich anzunehmen, daß ein indischer Aufstand vor 1915 zum Ausbruch kommen sollte. Alles wird dann von den Bedingungen abhängen, unter denen Japan bereit sein wird, ein neues Bündnis mit England zu schließen. Garantiert es ihm, wie 1905 für den Zeitraum von 10 Jahren geschah, wiederum seine südasiatische Stellung, so hat es keine Not, andernfalls aber wird aller Wahrscheinlichkeit nach England allerdings um Behauptung seiner indischen Stellung kämpfen müssen. Dann aber könnte für die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Gefahr Wirklichkeit werden, die General Homer Lea in seinem ausgezeichneten Buch: The Valor of ignorance (New York

and London. Harper & Brothers 1909), so überaus anschaulich und überzeugend geschildert hat. Wir möchten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um diejenigen unserer Leser, die sich für die ernsten Probleme des pazifischen Ozeans und seiner Küsten interessieren, darauf hinzuweisen, daß hier ein Kenner ersten Ranges spricht, der zugleich von hoher sittlicher Warte aus Menschen und Verhältnisse beurteilt. Es spricht etwas vom Scharnhorst-Clausewitzschen Geist aus ihm, und auch da, wo man ihm nicht meint zustimmen zu können, flößt seine Ansicht Respekt ein. Was aber den Schutz betrifft, den die Tripel-Entente England gewährt, so mißt ihr Waverly in einem seiner geistreichen Artikel über das „unbekannte England" die Bedeutung bei, die ein Sonnenschirm bei schönem Wetter hat.

Eine interessante Statistik der französischen Wahlen, die unsere Ausführungen vor 8 Tagen ergänzt, bringt der „Temps". Die Minister und Staatssekretäre des Kabinetts Briand sind alle wiedergewählt worden, von den 17 ehemaligen Ministern, die zur letzten Kammer gehörten, sind Berteaux, Brisson, Caillaux, Clemenceau, Delcassé, Etienne, Jonnart, Pelletan, Jules Roches, Siegfried wiedergewählt worden. Von den Unterlegenen ist der bekannteste Doumer. Von der Akademie française wurden gewählt: Maurice Barrès, Paul Deschanel, de Mun. 100 Abgeordnete sind Grundbesitzer, 120 Advokaten, 50 Ärzte, 44 Journalisten, 17 Militärs, 13 hohe Beamte, 11 Ingenieure usw. Die Kammer wird Mittwoch, den 1. Juni, zusammentreten.

Es ist uns aufgefallen, daß in letzter Zeit der „Temps" wieder sehr pessimistisch über Mulay Hafids Stellung und Absichten spricht. Beides ist falsch und scheint auf den Ärger Herrn Tardieus zurückzugehen, daß sich mit dem jetzigen Sultan das Spiel nicht weiterführen läßt, dem der vorige Sultan zum Opfer fiel. Mulay Hafid scheint vielmehr seiner Stellung vollkommen gewachsen zu sein und wird, wenn wir uns richtig orientiert haben, auch in nächster Zukunft die Frage der Anleihe zu allseitiger Zufriedenheit in Ordnung bringen. Herr Tardieu findet aber, daß der Weg zwischen Lipp' und Bechersrand, zwischen Versprechen und Taten gar zu weit ist, und will durchaus nicht verstehen, weshalb Herr Pichon mit Sultan und Machsen soviel Umstände macht.

Aber offenbar will der Leitartikler des „Temps“ möglichst bald mit Marokko ein Ende machen. Er meint, man habe früher von einem „empire qui croule“ gesprochen, während es sich doch um ein „empire à naître“ handle, was wohl nicht anders zu verstehen ist, als daß Marokko empire français werden soll, und zu allem Überfluß noch durch die weitere Behauptung bestätigt wird, daß Marokko dank dem deutsch-französischen Abkommen von 1909 „est sorti du terrain international“. Wir verstehen durchaus nicht, worauf eine solche Behauptung sich fundiert. In dem Vertrage vom 9. Februar, der den Vertrag von Algeciras nicht aufhebt, verpflichtet sich Frankreich zur Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches und zur Sicherung der ökonomischen Gleichheit, so daß die Interessen unseres Handels und unserer Industrie nicht geschädigt werden, wogegen wir anerkannt haben, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs mit der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung im Innern verknüpft sind. Das ist eine Auslegung, nicht eine Beseitigung der Bestimmungen von Algeciras, und die Integrität und Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches steht nach wie vor unter dem Schutz internationalen Rechts.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß Herr Pichon in der marokkanischen Frage korrekt und vorsichtig vorgegangen ist und an den Extravaganzen des „Temps“ keinen Anteil hat. Sie sind zudem bei der Erregung, die in der islamischen Welt jetzt unzweifelhaft im Steigen ist, nicht ungefährlich. Wir haben dafür ganz kürzlich einen interessanten Beleg in dem „Lagos Weekly“ vom 26. März gefunden. Unter der Überschrift: „Islam in Afrika“ berichtet er: Dr. Kamm hat kürzlich eine Reise vom Niger zum Nil gemacht und unterwegs die religiösen Phänomena und Probleme dieser Gebiete studiert. Was ihm am meisten auffiel, war die große und schnelle Ausbreitung des Islam. Fünf Jahrhunderte lang hat es in Afrika steten Krieg zwischen Mohammedanern und Heiden in Adamawa, Kordofan und im Tal des Schari gegeben. Dieser Krieg hat jetzt ein Ende gefunden, und mohammedanische Kaufleute und Missionare durchziehen jetzt friedlich jeden Teil des Kontinents. Die Neger fallen dem Islam leicht zu und der Konvertit wird gewöhnlich ein leidenschaftlicher Propagandist. Dr. Kamm kommt zum Schluß, daß ein Proselytismus in geometrischer Progression sich feststellen lasse. Es werde, meint er, mit der Bekehrung ganz Afrikas zum Islam enden,

nur den äußersten Süden, Teile von Britisch-Ostafrika und Abessinien ausgenommen. Wenn das geschehe, gebe es einen beunruhigenden Ausblick in die Zukunft für alle Gebiete auf dem Kontinent. Eine Fackel, die an einem Ende des moslemischen Afrika angezündet werde, könne eine Flamme erregen, die bis zum anderen Ende reiche, und eine Insurrektion des Kontinents werde schwer niederzuwerfen sein.

Beiläufig bemerkte Dr. Kamm, daß es nur noch zwei Straßen gebe, auf welchen ein vorteilhafter Sklavenhandel geführt werde — vom westlichen Sudan nach Mekka und vom Zentral-Sudan nach Marokko. Die englische Regierung könnte schon jetzt den ersten Weg sperren, da er durch britisches Territorium führt, den zweiten nur durch Okkupierung des Territoriums des widerlichen Sultans von Darfur."

Auf der Balkanhalbinsel scheint erfreulicherweise der Aufstand der Albaner infolge der schweren Schläge, welche ihnen die türkische Armee beigebracht hat, dem Erlöschen nahe zu sein. Dagegen hat sich die kretische Frage und mit ihr die der türkisch-griechischen Beziehungen wieder zugespitzt, seit die christlichen Kreter dem Könige von Griechenland den Treueid geleistet haben. Die Schutzmächte, deren Verlegenheiten allgemach einen grotesken Charakter annehmen, behaupten, daß dadurch der status quo nicht verletzt sei, da die Kreter bereits früher einmal dem Könige geschworen hätten. Damals aber sprachen sie auch die Vereinigung der Insel mit dem Königreich aus, und beides wurde gleichzeitig für ungültig erklärt. Da liegt für die Kreter der Schluß nahe, daß die Mächte auch die Wiederholung des Anschlusses an Griechenland für keine Verletzung des status quo erklären würden. Daß die Türken diese Logik nicht mitmachen wollen und von den Mächten eine Definition des Begriffs status quo wünschen, kann unter diesen Umständen nicht befremden. Von dem Iswolskischen Plan des Balkanbundes ist es inzwischen ganz still geworden. Die Schwierigkeiten müssen doch größer sein, als er angenommen hat.

Im fernen Osten scheint der Abschluß eines russisch-japanischen Bündnisses — trotz aller Dementis — und die Annexion Koreas durch Japan unmittelbar bevorzustehen. So wenigstens muß man nach den Berichten und Betrachtungen der russischen Zeitungen schließen.

20. Mai 1910. Bestattung König Eduards VII.
Auf Venizelos' Antrag wird den kretischen Mohammedanern der Zutritt zur Nationalversammlung in Kanea verweigert.
25. Mai. Zirkularnote der Pforte in kretischen Angelegenheiten. Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Berlin.

25. Mai 1910.

Die traurigen Feierlichkeiten in London haben ihr Ende gefunden. Alle die zahlreichen Gäste, die als Leidtragende erschienen waren, unter ihnen der nächste festländische Verwandte König Eduards, unser Kaiser, haben die Heimreise angetreten, und allmählich wird nun auch in England das Alltagsleben in Staats- und Privatinteressen sein Recht fordern. Eine hochgradige Gemütsanspannung kann naturgemäß nicht lange anhalten, aber sie kann eine Nachwirkung hinterlassen, sie kann zu einer neuen Richtung der Gedanken derjenigen führen, welche den Gang der politischen Ereignisse, wenn nicht bestimmen, so doch stark beeinflussen, und das scheint, im Augenblick wenigstens, der Fall zu sein. Wir haben mit großer Genugtuung die freundschaftlichen und anerkennenden Äußerungen der englischen Presse verfolgt, die Kaiser Wilhelm gewidmet waren. Unzweifelhaft hat sein ganzes Wesen, die Aufrichtigkeit seiner Trauer, die Herzlichkeit, die er König Georg in diesen schweren Tagen entgegentrug, was von seinen Äußerungen bekannt geworden ist, einen tiefen Eindruck gemacht. Er scheint darin zu gipfeln, daß man empfunden hat, wie unsinnig es ist, diesem Manne den Gedanken unterzulegen, einmal über das überraschte England herzufallen. Vielleicht war es auch der andere Gedanke: wie wertvoll eine bisher stets zurückgewiesene tatkräftige Freundschaft sein könnte, der sich unwillkürlich aufgedrängt hat. Denn beides steht in innerem Zusammenhang. Wie sollte nicht der, den man zu Unrecht für einen Feind gehalten hat, als Freund erwünscht sein, sobald diese Erkenntnis zum Durchbruch kommt? Die Streitaxt scheint begraben, und gewiß werden nicht wir es sein, die sie wieder hervorholen. Wir

haben an dieser Stelle immer wieder, seit langen Jahren darauf hingewiesen, daß die Interessengegensätze, welche uns als natürliche Ursache der feindseligen Haltung der öffentlichen Meinung Englands vorgeführt wurden, künstlichen Konstruktionen, nicht Realitäten entsprechen, sobald der ehrliche Wille vorhanden ist, des falschen Scheins Herr zu werden, und sobald das Mißtrauen schwindet, dem jeder Erfolg des andern Teils als eine Minderung und Gefährdung der eigenen Weltstellung erscheint. Wie oft ist von deutscher Seite gerade das hervorgehoben worden, was uns verbindet: das Blut in unseren Adern, die Gemeinschaft unseres wissenschaftlichen Denkens, unseres moralischen und dichterischen Empfindens; der lebendige Sinn für die Natur und das gleiche Bestreben, die Rätsel zu lösen, die sie dem menschlichen Geiste stellt, die gleiche Freude an Beherrschung der Elemente und an Erschließung der Welt, endlich das entschlossene Festhalten am monarchischen Gedanken, der nirgend in aller Welt auf festeren Fundamenten ruht als in Deutschland und England. Das sind die positiven Kräfte, die uns zusammenführen sollten, und wenn wir dabei als Dritten in dieser natürlichen Gemeinschaft, an die Vereinigten Staaten von Nordamerika denken, in denen deutsches und englisches Blut sich vermengen, die wie England und Deutschland ein tatkräftiges, seemächtiges Volk sind — so mag man das eine Utopie schelten, auf Allianzen und Ententen hinweisen, die andere Kombinationen darstellen — es bleibt trotz allem ein politisches Ideal, das die Zukunft einmal verwirklichen kann. Das Wann und das Wie entzieht sich unsern Augen, die wohl in die Ferne blicken, aber die Zukunft nicht durchdringen können. Wohl aber vermögen wir zu erkennen, daß uns zwar in die Hand gegeben ist, den rechten Augenblick zu nutzen und dadurch unsrer Zukunft und der nachfolgender Generationen eine bestimmte glückliche Richtung zu geben, daß aber der versäumte Augenblick niemals, die versäumte Gelegenheit nur in außerordentlich seltenen Fällen wiederkehrt. Und so sei es nochmals wiederholt, wir begrüßen den neuen Ton, den die englische Presse angeschlagen hat, mit besonderer Genugtuung und werden jede Wendung, die geeignet ist, eine Verständigung zu fördern, als einen Vorteil betrachten, der uns und England in gleicher Weise zugute kommt. Deutschland hat nie mehr verlangt, als zu gleichem Recht in ehrlicher Konkurrenz seine Weltstellung auszubauen, und ist stets bereit gewesen, wohlerworbene Rechte Dritter zu respektieren. Das ist unsere Politik, nicht mehr, aber auch nicht weniger; wo uns der

gleiche Wille und dieselbe Achtung unseren Rechten und Interessen gegenüber entgegentritt, da können wir die Hand reichen.

Rußland ist in London bei der Bestattung König Eduards durch den Bruder des Zaren, den Großfürsten Michail Alexandrowitsch vertreten gewesen. Auch zwischen dem russischen Kaiserhause und König Georg V. sind die verwandtschaftlichen Beziehungen die engsten. König Georg und Kaiser Nikolaus II. sehen einander, wie die von den russischen Blättern nebeneinander gestellten Photographien zeigen, zum Verwechseln ähnlich und zwischen beiden Dynastien sind die Sympathien überaus lebendig. Ist doch das Englische fast zur Umgangssprache des russischen Hofes geworden. Aber es ist schwer, sich größere Gegensätze als das Volkstum beider Reiche darzustellen. Die Rassengegensätze, die zwischen Lateinern und Slaven sehr leicht zu Kompromissen führen, lassen sich zwischen Angelsachsen und Slaven nicht überbrücken, was freilich nicht ausschließt, daß Russen sich völlig anglisieren, aber den russifizierten Engländer fast zur Unmöglichkeit macht. Es haben wohl Engländer in russischen Diensten gestanden, aber sie haben unseres Wissens nie Nationalität und nationale Sitten aufgegeben, was sich bekanntlich von den in Rußland lebenden Deutschen leider keineswegs sagen läßt. Es ist daher nicht wunderbar, daß sich allmählich über den Eroberungszug, den das englische Unternehmertum durch Rußland macht, Unzufriedenheit zu regen beginnt. Namentlich in den Bergwerken, die in englischen Besitz übergegangen sind, macht sich das geltend, da die Engländer, wie es scheint, prinzipiell nicht Russen als Beamte anstellen. Andererseits macht die russische Industrie jetzt den Versuch, sich von der englischen Konkurrenz zu emanzipieren. So hatte die englische Firma Morgan die Lieferung der Tiegel für Schmelzöfen für ganz Rußland monopolisiert. Die Eisenwerke in Luga haben jetzt einen glücklichen Versuch gemacht, brauchbare Tiegel selbst herzustellen, aber, und das ist charakteristisch — sie wenden sich an die Regierung mit der Bitte um Unterstützung, da sie sonst zu unterliegen fürchten. Politisch ist dagegen England heute in Rußland entschieden populär, nur die Rechte, die eine Annäherung an Deutschland vorziehen würde, macht davon eine Ausnahme. Sie ist aber trotz lebhafter Sympathien, die ihr in anderer Hinsicht von seiten der Regierung entgegengetragen werden, in dieser Beziehung völlig machtlos, und es ist zunächst nicht daran zu denken, daß sie mit ihren Ideen durchdringt. In der Duma hat es in den letzten Wochen lebhafte Debatten gegeben, in

welchen der Sieg der Regierung teils bereits zugefallen ist, teils mit Sicherheit zufallen wird. Das gilt von der finnländischen Verfassungsfrage, in der nur noch die Linke Widerstand leistet, und wie zu erwarten war, der Protest der englischen Parlamentarier die Aussichten der Finnländer nur noch ungünstiger gestaltet hat; es gilt von der Erledigung des Streits, über die Rechte des Zaren unbeschränkt über Armee- und Marinefragen zu entscheiden; endlich von dem Landschaftsprojekt für die 6 Westgouvernements, das so angelegt ist, daß dem polnischen Element in diesen Gouvernements unmöglich gemacht werden soll, durch seinen überlegenen Einfluß, der sich auf größeren Reichtum und höhere Bildung gründet, die an Zahl weit überwiegende russische Bevölkerung niederzuhalten. Es handelt sich dabei um die von Weißrussen bewohnten Gouvernements Witebsk, Minsk, Mohilew und um die kleinrussischen: Wolhynien, Podolien und Kiew. Die Regierung hatte ihr Ziel erreichen wollen, indem sie den Nationalitäten „auf historischer Basis" eine prozentuale Vertretung in den Landschaftsversammlungen gewähren und damit die Polen zurückdrängen wollte. Dieser Antrag wurde aber von der Dumakommission abgelehnt. Sie erklärte sich für die unveränderte Landschaftsordnung vom 12./24. Juni 1890. Zur Verteidigung der Regierungsvorlage hat nun am 20. Mai der Ministerpräsident P. A. Stolypin unter stürmischem Beifall der gesamten Rechten und der Oktobristen in die Debatte eingegriffen. Die entscheidenden Stellen der Rede Stolypins lauten:

„Das russische Staatselement muß überwiegen, die russische Staatsidee Fuß fassen und sich des planmäßigen Angriffs der Polen auf die russische Kultur erwehren. Die Regierung ist berechtigt, dem russischen Element seinen Schutz zu verleihen. Wäre es der russischen Regierung würdig, untätig dem Kampfe zuzuschauen, im Hippodrom am Finish zu stehen und nur das Resultat des Kampfes zu registrieren? (Stürmischer Beifall rechts.) Die Regierung beschloß, die Landschaftsordnung einzuführen und das prozentuale Verhältnis zwischen den Russen und Polen auf historischer Basis, die historische Rolle der orthodoxen Geistlichkeit und die Rechte der Russen zu berücksichtigen. Halbe Maßregeln wären nur gefährlich. Unlogisch wäre es, wenn man die russisch-nationalen Interessen nur halb schützen wollte. In diesem Fall wäre es besser, man verzichtete ganz auf die Einführung der Landschaft. Aus letzterem Grunde wird auch die Landschaftsordnung

in den 3 Gouvernements des Generalguberniums Wilna nicht eingeführt."

Stolypin schloß daran eine historische Übersicht über die Geschichte der kleinrussischen und westrussischen Gouvernements, wobei er das Regime Katharinas II. und Nikolaus' I. rühmte und scharf auf die Fehlgriffe der beiden Alexander hinwies, die sich durch die polnischen Aufstände von 1830 und 1863 gestraft hätten. Die Rede mündete in eine Charakteristik des Verhaltens der Polen während der letzten Revolution und in der ersten Duma aus.

„Vor der Dumaauflösung am 3. Juni 1907 sprach ich mit polnischen Abgeordneten und sagte ihnen, daß es in der Politik keine Rache, wohl aber Folgen gebe. Die Polen entgegneten, sie könnten ihre politische Richtung nicht ändern. Das bewirkte, daß die Regierung ihren Plan der Landschaftsordnung auf der Basis der Proportionalwahl einzuführen, fallen ließ. Die ganze Geschichte des Westgebiets beweist die Notwendigkeit, das russische Element zu schützen. Daher kann die Regierung auf die Nationalkurien nicht verzichten . . ."

Die Ovation, die dieser Rede folgte, war in der Geschichte der Duma beispiellos. Stolypin konnte sich ihr schließlich nur schwer entziehen, aber es ist doch wieder ein spezifisch russisches Moment, wenn die beiden russischen Bischöfe, die an der Verhandlung teilnahmen, auf den Ministerpräsidenten zustürzten und ihm die Hände küßten. Man darf wohl sagen, daß ein derartiger Überschwang der Gefühle und ein solcher Ausdruck der Dankbarkeit in keiner anderen Volksvertretung Europas denkbar gewesen wäre. Daß die Regierung nach alledem trotz der ablehnenden Haltung der Kommission durchdringen wird, ist sicher, aber die Fortsetzung der noch nicht abgeschlossenen Debatten ist überaus stürmisch gewesen. Auch fällt auf, wie allgemein in den großen russischen Blättern die Wendung gegen die Propaganda der katholischen Kirche unter Weißrussen, Littauern und Kleinrussen ist. Die mariavitische Bewegung, von der jetzt wieder mehr geredet wird, findet entschiedene Begünstigung von seiten der Regierung. Es sind bereits 200 000 Köpfe, die zur Herde des mariavitischen Bischofs J. Maria Michael Kowalski gehören. Kowalski ist vom altkatholischen Bischof in Utrecht geweiht worden, aber die Mariaviten lassen sich dabei nicht mit den Altkatholiken identifizieren. Der Ursprung ist nicht der gleiche. Die Bewegung richtete sich ursprünglich gegen die Sittenlosigkeit polnisch-katholischer Geistlicher und schien

in Schwarmgeisterei ausmünden zu wollen. Man kündigte das bevorstehende Erscheinen des Antichrist an und eine Frau galt als Prophetin. Das alles aber ist in ruhige Bahnen gelenkt worden, und heute sind es vornehmlich drei wesentliche Unterschiede, welche die Mariaviten von den römischen Katholiken trennen. Sie erkennen den Papst nicht als das unfehlbare Haupt der Kirche an, sie wählen ihre Geistlichen unter Teilnahme der Laien, sie begehen ihren Gottesdienst in der Muttersprache. Auch die Priesterehe wird jetzt gestattet; da sich in Rußland die Begriffe katholisch und polnisch fast völlig decken, die von ihren katholischen Landsleuten bitter gehaßten Mariaviten zur Regierung stehen und nicht unter den griechisch-orthodoxen missionieren, ist es sehr wohl möglich, daß sie unter dem Schirm des Staates zu größerer Bedeutung gelangen. In dem jetzigen Kampfe, den Staat und Gesellschaft gegen die Polen führen, sieht man in ihnen Bundesgenossen. Herr Menschikow von der „Nowoje Wremja", dem die Polendebatten der letzten Zeit offenbar zu Kopf gestiegen sind und dem die Phantasie durchgeht, wenn der Geist über ihn kommt, hat dann auch gleich eine große auf den Untergang Rußlands berechnete Verschwörung entdeckt:

„Polen wird die Avantgarde Österreich-Ungarns und Deutschlands sein, um, nachdem Rußland zerstört ist, auf seinen Ruinen das alte Polen „vom Meer zum Meer" herzustellen. Sie wollen nicht nur sich von der Oberherrlichkeit Rußlands freimachen, sondern sie wollen ihre Herrschaft auch dem Teile Rußlands aufnötigen, der Jahrhunderte unter dem Joch der Polen geseufzt hat."

Er knüpft hieran eine Schilderung der polnischen Verschwörung mit ihren Mittelpunkten in Krakau und Lemberg, ihrem Stabe von Spionen, ihren Kampfesorganisationen, Kriegsschulen und endlich mit dem ungeheuren Einfluß, den sie durch polnische Beamte in fast allen staatlichen Stellungen Rußlands ausübe. Wir überlassen die Nachprüfung dieser Angaben, die unter Berufung auf Stadnicki, Polonus Viator, Sarenko und andere polnische Schriftsteller vorgebracht werden, den Spezialisten polnischer Tagespolitik. Das Ganze mutet uns an, wie eine Phantasie über die polnischen Aufstandsanläufe von anno 1846. Es ist ja nicht unmöglich, daß die Translozierung russischer Truppen aus dem Königreich Polen weiter nach Osten hin, wie es der neue russische Aufmarschplan anordnet, in erhitzten Köpfen ähnliche Hoffnungen anregt, wie Herr Menschikow sie als Herold ankündigt. Darüber regen sich auch

andere Leute auf, der „Temps“ zum Beispiel, der in einem Leitartikel vom 20. Mai die russische Regierung wegen der Verlegung des 5. Armeekorps von der Weichsel nach Perm-Wologda direkt zur Rede stellt, weil damit die Militärkonvention verletzt sei, die einen Teil des russisch-französischen Allianztrakts bilde. Für den immerhin denkbaren Kriegsfall komme Frankreich dadurch in eine ungünstige Lage. Allianzen hätten nur Wert, soweit ihnen militärische Realitäten entsprechen. Rußland wäre daher verpflichtet gewesen, bevor es einen so wichtigen Schritt tat, mit der französischen Regierung den Plan zu prüfen, das aber sei nicht geschehen.

Wenn wir recht unterrichtet sind, ist aber das 5. Korps noch keineswegs von der Weichsel abgerufen worden. Daß eine solche Dislozierung bevorsteht, war uns aber schon lange aus der russischen Presse bekannt, die weitläufig darüber verhandelt hat und die Maßregel mit der Absicht in Zusammenhang brachte, Petersburg von der Landseite her in besseren Verteidigungszustand zu setzen. Wir können uns nicht denken, daß der französische Generalstab das alles übersehen hätte. Zeit zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Rußland über diese Frage lag also vor. Es hätte uns keineswegs beunruhigt, wenn die Folge ein Verbleiben des 5. Korps in seinen jetzigen Positionen gewesen wäre. Aber vielleicht macht der Artikel des „Temps“ einen solchen Eindruck in Petersburg, daß man sich nachträglich entschließt, seinen Redakteuren eine Entschuldigung oder doch mindestens eine Erklärung vorzubringen.

Auf die langatmigen, mit kleinen und großen Bosheiten gespickten Ausführungen der „Nowoje Wremja“ zur Bagdadbahnfrage, über die Pläne der Alldeutschen (aus der Feder Wesselitzkis) und zur persischen Frage gehen wir heute nicht ein. Zur letzteren hat die „Kölnische Zeitung“ neuerdings in einer offiziösen Kundgebung das Wort ergriffen, die an Sachlichkeit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und an politischen Mittelpunkten, die wichtiger sind, als das Redaktionslokal der „Nowoje Wremja“, wahrscheinlich ein besseres Verständnis finden wird. Alle diese Fragen sind zudem ihrer Natur nach nicht besonders dringlich, sie können sich nicht anders als langsam entwickeln, so daß das triviale Wort: „Kommt Zeit, kommt Rat“ hier wohl am Platze ist.

Dagegen nehmen die türkisch-kretischen, um nicht sagen zu müssen die türkisch-griechischen Beziehungen einen direkt drohenden Charakter an. Das allgemach beinahe lächerlich gewordene Spiel mit dem Begriff

„Erhaltung des status quo ante“ mündet in einen Circulus vitiosus aus, und die so geschaffene Lage erregt schließlich die höchste Unzufriedenheit aller Teile. Der „Eclair“ charakterisiert die Lage nicht übel folgendermaßen:

„Man erklärt einerseits, daß es unmöglich sei, die Insel von der Türkei zu lösen, andererseits verhindert man die Türken daran, dort ihre Autorität zur Geltung zu bringen; die kretischen Deputierten leisten dem Könige den Treueid, und die Mächte schreiten ein, um den status aufrechtzuerhalten, von dem niemand was wissen will: weder Kreter, noch Griechen, noch Türken. Das ist das Werk des europäischen Konzerts.“

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ hat dann aus Bulgarien eine Reihe von Nachrichten gebracht, die, wie uns scheint zu Unrecht, vom „Temps“ übernommen werden. Sie künden nämlich ziemlich unverblümt an, daß König Ferdinand entschlossen sei, falls es wegen Kretas zu Verwicklungen kommen sollte, aktiv vorzugehen, d. h. für den Fall einer Annexion Kretas Kompensationen zu fordern. Uns scheint der Gedanke absurd. Denn wenn die Türkei, was wir nicht glauben, sich dazu bereit finden sollte, auf Kreta zu verzichten, ist erst recht nicht daran zu denken, daß sie sich dazu verstehen könnte, auch nur einen Fuß breit anderen türkischen Landes abzutreten. Schon die bloße Forderung einer Kompensation könnte einen Kampf auf Leben und Tod herbeiführen, in dem Bulgarien der türkischen Übermacht völlig isoliert gegenüberstehen würde. Wir halten König Ferdinand für viel zu klug und vorsichtig, als daß er sich in eine solche Lage versetzen könnte. Die völlige Unterwerfung Albaniens aber scheint eine Frage naher Zukunft zu sein. Wenn wir richtig sehen, ist zudem in London die Neigung sehr gering, eine Vereinigung Kretas mit Griechenland zu fördern, aber in Paris scheint man anders darüber zu denken. Neuerdings heißt es freilich, Herr Pichon habe während seines Aufenthalts in London auch in dieser Frage eine Verständigung mit Sir Edward Grey erreicht. Sie ist aber so kompliziert, daß der Erfolg erst abzuwarten ist.

Eine überaus interessante Nachricht bringt der „Standard“ aus Indien. Danach soll der Emir sich bereitgefunden haben, in Gemeinschaft mit einer englischen Kommission, an deren Spitze Mr. J. S. Donald steht, während der Emir durch den Sirdar Abdul Mahab vertreten wird, die englisch-afghanische Grenze zu bereisen, um die unruhigen Grenzstämme wegen ihrer Streitigkeiten und Raubzüge zur Rechenschaft zu

ziehen. Man muß danach schließen, daß jene Kommission nichts anderes ist, als eine kombinierte englisch-afghanische Expedition, und man kann dem „Standard" nur recht geben, wenn er darin „a happy augury" für die Zukunft erblickt, denn diese Cooperation der Afghanen wird ganz bestimmt in Indien, wo eben jetzt die Erregung wieder sehr groß ist, tiefen Eindruck machen.

Bei der Säkularfeier seiner Unabhängigkeit, die Argentinien jetzt begeht, ist Deutschland, das eben erst einen hochbegabten jüngeren Diplomaten als Gesandten nach Buenos Aires geschickt hat, außerdem noch durch eine so weltbekannte Persönlichkeit wie General v. der Goltz vertreten. Es ist bei dieser Gelegenheit eine sehr interessante historisch-politische Schrift von dem Direktor der Nationalbibliothek Paul Groussac, einem naturalisierten Franzosen, veröffentlicht worden: „Les Iles Malouines, nouvel exposé d'un vieux Litige. Buenos Aires 1910." Es handelt sich um die auf Palmerstons Befehl am 1. Januar 1833 vollzogene Annexion der zu Argentinien gehörenden Falklandsinseln. Argentinien war damals zu schwach, um mit mehr als mit einem Protest antworten zu können, die Monroe Doctrin zu jung und zu wenig anerkannt, um sich geltend zu machen. Aber die Argentinier haben ihren Protest immer aufs neue wiederholt. Groussac, der offenbar als Vertreter der nationalen Stimmung schreibt, verlangt nun nicht Rückgabe der Insel, sondern einen Schiedsspruch, den England bisher immer abgelehnt hat. Argentinien sei bereit, im voraus zu erklären, daß es jeden direkten Schiedsspruch, oder jede Entscheidung des permanenten Haager Tribunals anerkennen werde, und appelliere an das Rechtsgefühl Englands. Die Schrift führt das Motto: Adhuc sub judice lis est.

Gewisses Aufsehen hat es in Kairo erregt, daß der Mufti sich geweigert hat, das Todesurteil über El Wardani, den Mörder von Butros Pascha, zu bestätigen. Es ist aber nicht daran zu denken, daß dieses Veto Beachtung findet. Man ist gewöhnt, die Befragung des Mufti als bloße Formalität anzusehen. Das Urteil des Gerichts könnte nur aufgehoben werden, wenn der Kassationshof aus legalen Gründen eine neue Untersuchung anordnen sollte, was er gewiß nicht tun wird. Wohl aber kann das ablehnende Votum des Mufti die ohnehin erregte Stimmung der ägyptischen Nationalisten noch mehr erhitzen.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und der Türkei über die tunesisch-tripolitanische Grenze sind soeben zu glücklichem Abschluß

gelangt. Dehibat bleibt bei Tunis, Nezzan mit seinen Dependenzen der Türkei. Dagegen hat Frankreich erhebliche Vorteile dadurch gewonnen, daß ihm der volle Besitz einer Karawanenstraße nach Ghadames und eine Reihe wichtiger Wasserplätze und Brunnen zuerkannt worden ist.

Auch wir haben eine wichtige Grenzrichtung erledigt. Es handelte sich um das strittige Gebiet zwischen Tanganikasee und Lado, wo die Grenzen Englands, des Kongostaates und Deutsch-Ostafrikas zusammenstoßen. Uns bleibt dabei das Ostufer des Kiwasees gesichert, leider nicht auch die in der Mitte des Sees gelegene Insel Kwidji, die dem Kongostaat zugefallen ist.

Wir notieren zum Schluß die folgende Meldung der „Nowoje Wremja“:

„Die südmandschurische Bahn schließt im Juni dieses Jahres in London und Paris eine Anleihe von 40 Millionen Jen zum Bau der Linie Mukden-Andun ab.“

Sie ist offenbar glücklicher als Ungarn, das auf die größten Schwierigkeiten in Paris stößt, um die Kotierung an der Pariser Börse zu erlangen. In hiesigen, mit den Pariser Verhältnissen wohl bekannten Bankkreisen führt man diese Schwierigkeiten auf russische Einflüsse zurück, denen die französische Regierung sich nicht entziehen konnte.

26. Mai 1910. Ermordung des Inspektors der russ. Geheimpolizei Muratow in Moskau.
28. Mai. Tod Robert Kochs.
San Giuliano in Berlin.
Antigriechischer Boykott in den türkischen Häfen des Schwarzen Meers. Weitere Ausbreitung der Cholera in Rußland.
31. Mai. Ministerium Botha in der südafrikanischen Union.

1. Juni 1910.

Edmond Rousse, einer der vornehmsten Geister, die in Frankreich nach der ersten Restauration erstanden sind, schreibt am 10. März 1848 einem Freunde, der in Sedan lebte, unter dem ersten Eindruck, den die Februarrevolution auf ihn gemacht hatte, aus Paris:

„Welche Träume, mein Freund! oder vielmehr welche Wirklichkeit, phantastischer als jeder Traum! Ist es Schickung, Fatum, Vorsehung oder Ἀνάγκη, daß wir immer denselben historischen Felsblock hinaufwälzen, der seit 60 Jahren stets wieder herabstürzt!"

Dieser Gedanke eines patriotischen Franzosen drängt sich unwillkürlich auf, wenn man das eben erschienene Buch eines anderen patriotischen Franzosen liest: Alcide Ebray, ancien ministre résident de France: „La France qui meurt". Der Verfasser setzt als Motto Jeremias II 31—32 hin:

„(Du böse Art merke auf des Herren Wort.) Bin ich denn Israel eine Wüste oder ödes Land? Warum spricht denn mein Volk: „Wir sind die Herren und müssen dir nicht nachlaufen?"

Vergißt doch eine Jungfrau ihres Schmuckes nicht, noch eine Braut ihres Schleiers; aber mein Volk vergißt meiner ewiglich."

Herr Alcide Ebray ist früher Redakteur am „Journal des Débats", der „Revue politique et parlementaire" und dem „Mémorial diplomatique" gewesen. Unter Delcassé ging er, wie in Frankreich so häufig geschieht, aus der Journalistik zur Diplomatie über; er ist in der Schweiz, dann in New York Generalkonsul gewesen, 1907 wurde er zum Ministerresidenten in Bolivia ernannt, aber bald danach reichte er seinen Abschied

ein, weil seiner Überzeugung die von Frankreich in der marokkanischen Frage eingeschlagene Richtung widersprach und ihn zugleich die innere Politik des Ministeriums unbefriedigt ließ. Schon damit ist eine gewisse Charakteristik gegeben. Sowohl „Journal des Débats" wie die „Revue pol. et parlementaire" gehören zu den entschiedensten Gegnern der radikal-sozialistischen Politik, während in auswärtigen Fragen sich nur eine teilweise Übereinstimmung bei ihnen verfolgen läßt. Die „Débats" sind nicht so sachlich wie die „Revue", deren Urteil sich viel weniger durch die oft chauvinistischen Strömungen der öffentlichen Meinung beeinflussen läßt. Beide haben die neueste französische Kirchenpolitik auf das schärfste verurteilt und beide sind entschiedene Gegner der Formen, welche der heutige französische Parlamentarismus angenommen hat, sowie des geltenden Wahlsystems. Wir haben mehrfach Anlaß gehabt, darauf hinzuweisen. Herr Alcide Ebray übertreibt die Negation in seiner Darstellung der auswärtigen wie der inneren Politik, beide erscheinen ihm gleich verwerflich, und der Schluß, den er aus dem Zeitbilde, das er entwirft, zieht, ist der, daß Frankreich zugrunde gehe, wenn es länger im Bann der herrschenden Richtung bleibe.

Wir gehen auf die Vorwürfe, die er der Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs macht, nicht ein. Er steht einerseits ganz auf dem Boden delcassistischer Anschauungen, so daß sich mit ihm über die wohltätige Lösung, welche die marokkanische Frage gefunden hat, nicht diskutieren läßt, anderseits scheint er kein Auge dafür zu haben, daß Frankreich sich im Laufe der letzten 30 Jahre ein Kolonialreich erworben hat, das mit dem englischen an Umfang zu rivalisieren beginnt. Es ist noch in den letzten Monaten um das wichtige Gebiet von Wadai vergrößert worden. Man mag daher wohl über die Methoden streiten, welche die französische Kolonialpolitik verfolgt — und wir sind weit davon entfernt, sie für nachahmungswert zu halten, da sie auf eine souveräne Verachtung fremder Selbständigkeiten zurückführen und islamisches Land als freie Beute betrachten —, es läßt sich doch nicht bestreiten, daß es seit den Tagen Colberts eine erfolgreichere Ausbreitung französischer Herrschaft nicht gegeben hat. Aber Alcide Ebray sucht Erfolge an den europäischen Grenzen, und das mündet naturgemäß in die bald mehr, bald minder deutlich zum Ausdruck kommende Predigt einer Revanchepolitik aus. Aber, wie gesagt, auf diese Fragen wollen wir heute nicht eingehen. Wichtiger ist uns die monarchistische Tendenz,

die durch das ganze Buch klingt. Der Verfasser verzweifelt daran, daß vom Fortbestand der Republik, so wie sie ist, sich eine Erhebung Frankreichs zu neuer Größe erwarten lasse. Schon Bismarck habe erkannt, daß ein republikanisches Frankreich für Deutschland ungefährlicher sei als ein monarchisches, und habe deshalb die Republik gestützt und mit Gambetta Brüderschaft schließen wollen. Er habe gewußt, welche Kraft die Monarchie bedeute. In Frankreich aber sei man gewohnt, jede Regierung vom Tarpejischen Felsen zu stürzen, sobald das Glück ihr einen Augenblick den Rücken kehre.

„Wenn 1870 das Glück den deutschen Souveränen untreu geworden wäre, hätten ihre Untertanen sich gewiß nicht gegen sie gewandt, um sie zu entthronen. Im Gegenteil, das Volk hätte sie in ihre Schlösser geleitet und ihnen Loyalität und Hingebung bezeugt. . . . Lorbeergekrönt wurde der Landesherr triumphierend mit „Heil Dir im Siegerkranz!" begrüßt. Dornengekrönt wäre er noch geheiligter erschienen: Heil Dir im Dornenkranz! So handelten die Preußen ihrem Könige und ihrer Königin gegenüber. — Der Königin Luise, deren Name noch heute geweiht ist — und das zu einer Zeit, da ihr von Napoleon zertretenes Land nur noch ein zuckender Fetzen war: Heil Dir im Dornenkranz! So tun alle Völker, die sich die Empfindung menschlicher Großmut und nationalen Schamgefühls gewahrt haben. Es gibt aber andere Völker, bei denen diese Empfindung versagt, die sich nicht scheuen, ihren Souverän in dem Augenblick zu stürzen, da er in die Hände eines feindlichen Monarchen fällt."

Ebray exemplifiziert weiter an der Treue, die der Königin Viktoria und dem Kaiser Franz Josef in Tagen des Mißgeschicks gewahrt wurde, und weniger glücklich an der Haltung Rußlands nach dem japanischen und Spaniens nach dem kubanischen Kriege. Es schließen sich hieran bittere Bemerkungen über den Mangel patriotischer Erziehung in Zivil und Militär, Klagen über die unpatriotische Haltung von Regierung und Parlament, die selbst, wenn sie über eine Armee verfügten, welche die Sicherheit des Sieges verbürgte, von ihr keinen Gebrauch machen würde aus Furcht, durch einen Krieg die eigene Stellung zu erschüttern. Sobald jemand im Parlament für eine kraftvolle Politik eintrete, werfe man ihm vor, daß er ein Feind der Republik sei. Was alles beherrsche, sei das Dogma der „paix à outrance" des Friedens um jeden Preis. Es werden eben alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens in Frank-

reich, die dem Verfasser bedenklich erscheinen, und die es zum Teil auch sind, sittliche, religiöse, ökonomische, finanzielle, durch das Versagen des republikanischen Systems erklärt, welches tatsächlich Frankreich zur Ohnmacht verurteile. Man könne sogar die Frage aufwerfen, ob es nicht eher schädlich als nützlich sei, wenn Frankreich „dans le cas où elle devrait continuer de vivre en République" Heer und Flotte instand halte, da der Staat infolge des Wesens republikanischer Verfassung doch verurteilt sei, stets zurückzuweichen. Man erreiche durch die Ausgaben für die Wehrkraft nur, daß der Minister des Auswärtigen sich in der Illusion bewege, ein Instrument zu besitzen, auf das er sich stützen könne, während es doch im letzten Augenblick versagen würde.

Die Männer, welche die Republik gründeten, hätten entweder sich selbst getäuscht oder die Nation betrogen. Sie hätten verstehen müssen, daß ein republikanisches Frankreich zwar ein „Land" im geographischen und administrativen Sinne, aber nicht eine „Macht" in der diplomatischen und internationalen Bedeutung des Wortes bleiben könne. Schließlich mündet das Buch aus in dem leidenschaftlichen Verlangen nach einem Herrn. Herr Alcide Ebray ist bereit, jedem zu folgen, der mit starkem Willen sich selber an die Stelle der vielen setzt, die Frankreich alles genommen und nichts gegeben haben. Er hat an Boulanger geglaubt und hält es noch heute für einen unverzeihlichen Fehler, daß die „Débats" damals mit am Sturz des Mannes gearbeitet haben. Im Grunde sei die Republik allen höher stehenden Geistern in Frankreich zum Ekel geworden, man ertrage sie, weil man an die Möglichkeit nicht glaube, sie los werden zu können. Und doch sei es weder unmöglich noch unwahrscheinlich, daß ein anderes Regime komme. Die Franzosen sowohl wie die Fremden wüßten, daß die Anarchie solche Fortschritte gemacht habe, die politische Maschine so verdorben und abgenutzt sei, daß der geringste Zufall die Wandlung herbeiführen könne. Oder anders ausgedrückt, man habe den Eindruck, daß die Republik am Ende ihres Verlaufs stehe (que la République est vers la fin de sa course) und daß der Augenblick, sie zu beseitigen, stündlich kommen könne (peut surgir d'un moment à l'autre). Eine militärische Erhebung, das Vorgehen entschlossener Zivilisten könne den Anstoß geben und die Folge eine Monarchie, das Kaisertum — oder ein Konsulat sein. Das revolutionäre Proletariat werde sich nicht widersetzen und die Republik nicht verteidigen, die, wie sie behaupten, ihre Versprechungen nicht

gehalten habe. Auch diejenigen würden sich fügen, denen die Republik theoretisch höher stehe, denn man habe aufgehört, etwas von ihr zu hoffen. Eine Gefahr könne nur von einer Seite kommen, von den Feinden Frankreichs, die, wie Bismarck, kein monarchisches Frankreich dulden wollen, weil sie es für gefährlich halten. Für Erhaltung der Republik würden auch alle Feinde der Religion sein, die in dem heutigen Frankreich einen Verbündeten ihrer Ideale erblicken, ebenso die Soziologen, die glücklich seien, daß in Frankreich, gleichsam in anima vili, so viele Experimente versucht werden, die sich beobachten lassen, bevor man sie im eigenen Lande wiederholt.

Aber auf diese Bundesgenossen der Republik legt Ebray kein Gewicht; sie werden nur herangezogen, um das System, das er bekämpft, noch verdächtiger zu machen. Es tritt auch nicht in voller Klarheit hervor, ob er selbst daran glaubt, daß andre Mächte (lies Deutschland) eine monarchische Restauration in Frankreich gewaltsam behindern werden. Er geht um die Frage herum, ohne sich für ein ja oder nein zu entscheiden. Aber wahrscheinlich sucht er diese „Gefahr" zu machen. Wir können ihn darüber beruhigen. So wenig Deutschland ein Interesse daran hat, dem heutigen Frankreich ein anderes Regiment zu wünschen, ebensowenig würde es sich berechtigt fühlen, einzugreifen, wenn in Paris ein neuer Cäsar oder König auf den Schild gehoben werden sollte. Daß jeder Staat politisch auf seine Façon selig werden darf, ist ein Grundsatz, den heute niemand bestreitet. Eine Gegenaktion findet erst statt, wenn ein Staat in fremde Grenzen eingreift oder fremde Rechte verletzt, und da ist es gleichgültig, ob der Gegner Präsident, Kaiser oder Konsul ist.

Wir haben den Inhalt der „France qui meurt" nicht annähernd erschöpft. Das Buch verdient durchaus gelesen zu werden und kann als ein sehr zu beachtendes Zeichen einer zwar nicht neuen, aber in den Vordergrund des politischen Lebens drängenden Strömung gelten. Der „historische Felsblock", von dem Edmond Rousse spricht, wird wieder den Berg hinaufgewälzt; es ist nicht undenkbar, daß diesmal auf der Höhe ein fester Punkt erreicht wird, auf dem er — eine Zeitlang — stehen bleibt.

Vielleicht ist die neue von Papst Pio X. erlassene Enzyklika gegen den Modernismus ein Zeichen, daß auch im Vatikan das Nahen einer politischen Wendung gespürt wurde. Bekanntlich haben die Versuche

des offiziellen Frankreich, eine Versöhnung mit der Kurie herbeizuführen, keinen Erfolg gehabt. Wenn die Enzyklika von gewissen Nationen spricht, „die unter dem falschen Namen der Freiheit die härteste Tyrannis ausüben", so denkt der Papst dabei ohne Zweifel an Frankreich. Auch die übrigen Sätze der päpstlichen Kundgebung deuten dorthin. Herrn Alcide Ebrays neues Regime aber müßte damit beginnen, das Konkordat wiederherzustellen, und darin, nicht in dem von ihm angenommenen Eingreifen „anderer Mächte" scheint uns ein wesentliches Hindernis für eine monarchische Restauration zu liegen.

An den vor 8 Tagen hier wiedergegebenen Protest des „Temps" gegen die Dislozierung der russischen Truppen nach Osten, hat sich jetzt auch eine eingehende Polemik des militärischen Experten des „Journal des Débats", Charles Malo, geschlossen, die mit nicht minderer Schärfe vom Standpunkt des französischen Interesses aus die Maßregeln des russischen Kriegsministers kritisiert. Malo wirft ihm vor, daß er die korrekten Grundsätze aufgegeben habe, die seit dem Berliner Kongreß behauptet wurden. Selbst während des japanischen Krieges sei man nur wenig von ihnen abgewichen. Seit zur französisch-russischen Allianz die Entente mit England gekommen sei und der alte Ehrgeiz Deutschlands durch den neuen Ehrgeiz Österreichs verstärkt wurde, sei die Konzentrierung der Hauptmacht Rußlands in Polen nur um so notwendiger geworden. Die Konzentrierung rückwärts, nach der gegen Karl XII. und Napoleon in Anwendung gekommenen Methode, werde keine Vorteile, sondern Schaden bringen. Deutschland werde dadurch nur die Zeit gewinnen, unbehindert seinen Gegner im Westen zermalmen, und sich danach auf den Gegner im Osten zu werfen und ihm im Bunde mit Österreich nach Herzenslust zusetzen. Wenn dann die Russen „in ihren Wüsten" den neuen Napoleon oder Karl XII. erwarten wollen, so sei das vortrefflich. Aber die deutschen Militärschriftsteller hätten den Fall vorhergesehen.

„Wir werden so dumm nicht sein, sondern uns damit begnügen, uns tüchtig in Polen zu befestigen, um es, wenn die Zeit gekommen ist, wie billig zu annektieren."

Wir wissen nicht, woher Malo dies Zitat nimmt, aber wir können ihm die Versicherung geben, daß eine Annexion Polens in Deutschland nicht als ein Vorteil, sondern als eine ernstliche Schädigung betrachtet werden würde. Es gibt für uns überhaupt keine anderen Wahrschein-

lichkeiten eines Konfliktes mit Rußland, als die, welche durch einen russischen Angriff hervorgerufen werden könnten. An dessen Möglichkeit aber glauben wir nicht. Es gibt zurzeit in Europa nur eine Frage, die Besorgnisse erregt, und von der läßt sich annehmen, daß sie nicht in einen Konflikt ausmünden wird, daß aber, falls es dennoch geschehen sollte, sie lokalisiert bleibt. Wir denken natürlich an Kreta. Mit Eröffnung der Nationalversammlung in Kanea „im Namen des Königs der Hellenen und auf Grund der Beschlüsse des griechischen Parlamentes in Kreta vom 30. September 1908 und vom 16. Dezember 1909" ist die Situation allerdings außerordentlich gespannt geworden. Die 16 mohammedanischen Abgeordneten, die zugegen waren, überreichten (laut offiziellem Protokoll) dem Präsidenten Michelidokis den folgenden schriftlichen Protest:

„Wir Unterzeichnete, mohammedanische Bevollmächtigte zur dritten Session des kretischen Parlaments, beehren uns im Namen des mohammedanischen Elements mitzuteilen, daß wir dagegen protestieren, daß die Arbeiten dieser Session nach griechischen Gesetzen eröffnet werden. Wir bitten Sie, Sorge zu tragen, daß dieser unser Protest in das Protokoll aufgenommen wird."

Michelidokis nahm die Bittschrift entgegen und schritt danach an die Vereidigung der Deputierten. Die Christen schworen in folgendem Wortlaut:

„Im Namen der hlg. Dreieinigkeit schwören wir Treue dem Vaterlande und dem konstitutionellen Könige der Hellenen und verpflichten uns der Verfassung, den Gesetzen und den Beschlüssen des Reichs zu gehorchen."

Als nun die Mohammedaner sich wiederum näherten, um einen zweiten Protest zu überreichen, riß ihnen der Deputierte Daskolojannis das Dokument aus den Händen und zerriß es in kleine Stücke. Der Präsident sagte darauf, daß der strafwürdige Akt einer einzelnen Person nicht als Ausdruck des Willens der Versammlung gelten dürfe, und daß die Mohammedaner berechtigt seien, zu protestieren. Die Regierung und Venizelos gaben — laut Protokoll — dieselbe Erklärung ab. In Wirklichkeit soll der Verlauf jedoch weit stürmischer gewesen sein. Nachdem der Lärm sich gelegt hatte, teilte der Präsident mit, daß König Eduard gestorben sei, und schlug vor, zum Zeichen der Trauer die Sitzungen auf drei Tage auszusetzen. Danach ging die Versammlung ohne weitere Zwischenfälle auseinander.

Der Protest, den die Mohammedaner dem Präsidenten und den Agenten der Schutzmächte einhändigten, lautet:

„Wir alle beehren uns mitzuteilen, daß wir, uns ausschließlich auf die souveränen Rechte des Osmanischen Reiches berufend und ohne Interessen zu verfolgen, die über die Grenzen der Autonomie hinausgehen, im Namen des mohammedanischen Elements gegen die Zumutung protestieren, dem Könige der Hellenen nach griechischen Gesetzen den Treueid zu leisten."

Die christlichen Kreter haben darauf den Mohammedanern die Teilnahme an den weiteren Sitzungen untersagt, falls sie sich nicht zum Schwur entschließen. In Kreta ist es danach, soviel bekannt wurde, ruhig geblieben, aber die Mohammedaner der Insel scheinen Gewalt zu fürchten und haben die Pforte um Schutz angegangen. Am 28. kam die Kretafrage zur Verhandlung im türkischen Parlament. Man verlas den Protest der 16, und danach folgte eine von 200 Deputierten unterzeichnete Interpellation, welche Auskunft darüber verlangte, was die Regierung getan habe, um die souveränen Rechte der Türkei zu schützen.

Überaus leidenschaftlich erklärte der arabische Scheich Essad, daß die Beduinen Medinas geschworen hätten, Kreta zurückzugewinnen oder zu sterben: wenn nicht vor Ablauf einer Woche das Kabinett die kretische Frage löse, würden alle Muselmänner, selbst die des Sudans und Algiers (!) sich zusammentun, um vom Kabinett die Fahne des Propheten zurückzuverlangen und sich selber Recht zu schaffen.

Der Großwesir gab die beruhigende Versicherung, daß die Mächte erkannt hätten, daß es unmöglich sei, Kreta den Griechen zu geben, auch seien die Mächte der Türkei jetzt günstiger gesinnt, diese aber könne nur durch einen Krieg genötigt werden, auf Kreta zu verzichten. Aber die Regierung könne nichts überstürzen. Mit Griechenland habe die Türkei nichts zu schaffen, Kreta werde der Türkei nicht verloren gehen. In der Nachmittagssitzung wurde die Verhandlung wiederum mit großer Leidenschaft aufgenommen. Sie schloß mit einer längeren Rede Hakki Paschas, die in die folgende Erklärung ausmündete:

„Weder mit Griechenland noch mit Kreta haben wir es zu tun. Es ist daher unnütz, von Krieg und Zwangsmaßregeln zu reden. Wir haben es ausschließlich mit den Mächten zu tun. Die Regierung ist voll Eifer bemüht, ihre souveränen Rechte und die osmanischen Interessen

in Kreta zu wahren. Werden sie bedroht, so wird die Regierung nicht zögern, Gewalt zu gebrauchen.

Im türkischen Senat nahm die Verhandlung einen ähnlichen Verlauf, und so liegt jetzt alles in der Tat an der Entscheidung der Mächte. Es steht noch garnicht fest, wie sie fällt; keinesfalls führt sie zum Anschluß der Insel an Griechenland, wahrscheinlich zu einer autonomen Stellung unter türkischer Oberherrlichkeit und einem von der Türkei bestätigten Fürsten. Die Schwierigkeit liegt in der Personalfrage. Wie es heißt, soll an einen italienischen Prinzen gedacht werden, der dann etwa eine ähnliche Stellung wie der Khedive in Ägypten einnehmen könnte. Vorläufig scheint noch keine Verständigung erfolgt zu sein und auch die Einmütigkeit der Schutzmächte ist zweifelhaft. Was not tut, ist nicht nur eine klare, sondern eine rasche und endgültige Entscheidung. Daß die Türken sehr ungeduldig geworden sind, zeigt der Boykott, der den griechischen Handel trifft.

Wie die „Cetinjer Zeitung" in einem Leitartikel ausführt, ist für den 1. August, den Tag des Regierungsjubiläums und der goldenen Hochzeit des Fürsten, die Proklamierung Montenegros zum Königreich zu erwarten. Wenn man an den geringen Umfang und die geringe Macht des kleinen Felsenreiches denkt, versteht man nicht recht, was der prunkende Titel, der dem armen Lande nur Kosten, nicht Vorteile bringen kann, für einen Zweck hat. Wenn er aber einen Anspruch auf territoriale Vergrößerung in sich schließen sollte, bedeutet er eine Gefahr für den Frieden auf der Balkanhalbinsel, den aufrechtzuerhalten heute das lebhafte Bemühen aller Mächte ohne Ausnahme ist.

Aus Persien lauteten die Nachrichten zeitweilig günstig. Neuerdings wird aber wieder von dem Einrücken weiterer russischer Truppen gesprochen, auch von Unruhen in Urmia ist die Rede, aber es ist unmöglich, von hier aus die widerspruchsvollen Angaben der Presse zu kontrollieren. Aufgefallen ist uns, daß in den russischen Zeitungen immer von strategischen Interessen Rußlands in Persien die Rede ist. Es ist uns völlig unerfindlich, wie eine auswärtige Macht in einem unabhängigen Staate strategische Interessen haben kann. Das wäre ein völkerrechtliches Kuriosum, für das es Präzedenzfälle nur dort gibt, wo, wie in der Mandschurei, Gewalt und nicht Recht entscheidet.

3. Juni 1910. Sieg des Grafen Khuen Hedervary bei den ungarischen Reichstagswahlen.

8. Juni 1910.

An die ungemein zutreffenden allgemeinen Bemerkungen, welche die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer an die letzte päpstliche Enzyklika geknüpft hat, seien hier einige Betrachtungen politischen Charakters geschlossen. Die gegen den Protestantismus als solchen gerichteten beleidigenden Bemerkungen können an den Staaten mit ausschließlich evangelischer Bevölkerung unbeachtet vorübergehen. Es wird in ihnen kein Gegensatz zwischen konfessionellen und staatlichen Pflichten entstehen und keine praktische politische Frage aufgerührt, die zu einem Konflikt führen könnte. Wir können dieser Gruppe auch die Staaten anreihen, in denen der Katholizismus nur von einer verschwindenden Minderzahl vertreten wird, oder in denen Staat und Kirche bei konfessionell gemischter Bevölkerung, getrennt nebeneinander bestehen, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dagegen werden aber auch in den rein protestantischen Staaten die gegen ihre Fürsten gerichteten Schmähungen direkt als eine Beleidigung empfunden, die eine Sühne verlangt, die, wie wir hoffen, von der Kurie aus eigener Initiative ihnen geboten werden wird. Aber die Enzyklika „Editae saepe Dei“ gewinnt eine andere Bedeutung in den Staaten ausschließlich katholischen Bekenntnisses, sowie in den Staaten, in welchen beide Konfessionen nebeneinander stark vertreten sind. In den ersteren, wobei an Frankreich, Spanien, Portugal und Italien zu denken ist, verdammt die Enzyklika mit aller Schärfe die zwischen Kirche und Staat bestehenden Verhältnisse, die ja allerdings vom Standpunkt mittelalterlicher Weltanschauung, die von der Kurie noch heute in vollem Umfange behauptet wird, als ketzerische Abweichungen von der rechten Lehre bezeichnet werden können und auch bezeichnet werden. Was als Modernismus verdammt wird, trifft die Haltung der Regierungen dieser Staaten in fast allen die Kirche, die Schule und die gelehrte Forschung betreffenden

Fragen, und nur, wenn durch ein Konkordat die Kurie selbst sich zu einem Kompromiß bereit fände, könnte der Gewissenskonflikt, in dem weite Kreise der Bevölkerung dieser Staaten leben, gehoben werden. Der „Temps" führt die gegen das heutige Frankreich gerichteten Punkte der päpstlichen Enzyklika ausdrücklich an, aber wir haben nicht bemerkt, daß man in Frankreich oder in Italien sich über die Enzyklika sonderlich aufregt: man ist seit langem gewohnt, dergleichen päpstliche Kundgebungen gleichsam unter den Tisch zu werfen. Das schließt freilich nicht aus, daß bei dem eruptiven Charakter, welchen die Wandlungen im religiösen Leben Frankreichs zu tragen pflegen, sie in Zukunft einmal aufgehoben und zu voller Geltung gebracht werden. Die Wendung gegen den Protestantismus, seine Führer und seine Fürsten, ist in der Enzyklika gleichsam als abschreckendes Beispiel angeschlossen worden, um zu zeigen, wohin der Modernismus in seinen Konsequenzen führe. Das könnte uns ebenso gleichgültig sein, wie die Wendungen, durch welche die ganz oder fast ausschließlich katholischen Staaten getroffen werden, da wir wissen, daß die Kurie „unter Christentum das konfessionell katholische versteht" (Kahl: Kirchenrecht), wenn nicht das Verhältnis der beiden Konfessionen zueinander für uns eine eminent politische Bedeutung hätte. Es gilt das speziell von der Art und Weise, wie in unseren Provinzen mit starker polnisch-katholischer Bevölkerung die Konfession als Kampfmittel gegen das Deutschtum ausgebeutet wird. Die gegen die Reformation und gegen die protestantischen Fürsten gerichteten Sätze der Enzyklika sind Waffen, die sich gegen die Autorität des Kaisers und Königs und gegen die Zugehörigkeit zum preußischen Staat ausnutzen lassen, und die nach den Erfahrungen, die wir seit über hundert Jahren gemacht haben, auch ohne Zweifel in diesem Sinne gebraucht werden dürften. Eine ähnliche Wirkung der Enzyklika läßt sich in Großbritannien erwarten, wo erstens das seit der spanischen Heirat sehr rege Mißtrauen der protestantischen Schotten, zweitens aber der Gegensatz der katholischen Iren gegen die Engländer eine weitere Steigerung erfahren muß. Nun ist es natürlich nicht unsere Sache, für die Verlegenheiten einzutreten, welche die Enzyklika den Engländern bringen kann; wohl aber ist es unerläßlich, daß von seiten der Kurie eine nicht mißverständliche Erklärung gegeben wird, daß sie durch ihre — wie jetzt ausgelegt wird — „historischen" Bemerkungen über Reformation, Reformatoren und reformierte Landesherren, uns nicht eine Brand-

fackel in eine ohnehin schwierige Provinz hat werfen wollen, vielmehr Gehorsam und Achtung der Obrigkeit und Friedfertigkeit den christlichen Glaubensgenossen anderer Konfessionen gegenüber, als katholische Pflicht bezeichne. Wir hoffen, wie gesagt, daß eine solche Erklärung aus der eigenen Initiative der Kurie hervorgehoben wird, und können nur bedauern, daß ein so weltkundiger Mann, wie es der Herr Kardinalstaatssekretär ist, die Folgen einer Kundgebung, deren Verantwortung dem greisen Papste aufgebürdet worden ist, so wenig vorauszusehen vermochte. Die Interpellationen, die der Herr Reichskanzler im Abgeordnetenhause beantworten wird, werden uns die Stellung bald zeigen, welche die Regierung in dieser Frage einzunehmen denkt. Je entschiedener sie die Verunglimpfungen zurückweist, um so sicherer kann sie sein, daß das protestantische Deutschland zu ihr stehen wird. Eine Abberufung unserer Gesandtschaft am Vatikan, wie sie von einigen unserer Zeitungen verlangt wird, scheint uns nicht geboten. Solange der Papst zugleich Landesherr war, konnte eine derartige Maßregel die Wirkung eines heilsamen und bekehrenden Druckes ausüben: heute würden wir damit nur uns selbst schädigen, da der Staat im Interesse seiner katholischen Angehörigen die Beziehungen zur Kurie pflegt, und uns nichts ferner liegen kann, als unsere katholischen Landsleute unter den Folgen der Enzyklika, die sie nicht verschuldet haben, leiden zu lassen. Andererseits scheint uns im Interesse der Kurie zu liegen, in guten Beziehungen zu dem Staate zu bleiben, in welchem die katholische Minorität mehr als in jedem andern Staate der Welt alle Vorteile einer gewissenhaft aufrechterhaltenen staatsbürgerlichen Parität genießt. Wir wünschen nichts lebhafter, als daß dieser in jeder Hinsicht schädliche Konflikt so bald wie möglich aus der Welt geschafft wird.

Das politische Gesamtbild, wie es sich heute darstellt, zeigt zwar in den stets entscheidenden Beziehungen der großen Mächte zueinander nichts Beunruhigendes, ist aber auch nicht als erfreulich zu bezeichnen. In dem kretischen Wetterwinkel stehen die vier Schutzmächte nach wie vor ratlos, und wie es scheint auch keineswegs in Einhelligkeit ihrer Aufgabe gegenüber. Die Forderung, daß die Nationalversammlung in Kanea die mohammedanischen Abgeordneten der Insel unvereidigt in ihren Schoß aufnimmt, geht an der eigentlichen Schwierigkeit vorüber. Diese liegt darin, daß die christlichen Kreter dem Könige von Griechenland den Treueid geleistet haben, der mit den souveränen Rechten der

Türkei auf keine Weise vereinbar ist. Da nun die Schutzmächte der Türkei ihre Souveränität garantiert haben, muß dieser Eid vor allem als null und nichtig beseitigt werden, und das läßt sich erreichen, sobald Griechenland durch König und Volksvertretung in bindender Form erklärt, daß es die Annahme dieses Treueides ablehne. Daß die Türkei in solchem Fall bereit ist, den Kretern eine autonome Regierung mit den weitgehendsten Rechten zu gewähren, steht durchaus fest, und das würde der Insel die Möglichkeit und die Mittel geben, aus dem Zustande politischer Nervenüberreizung, in dem sie seit Jahr und Tag lebt, in die Bahnen einer gesunden Entwicklung überzugehen. Wir könnten dann auch darauf rechnen, daß der Balkan überhaupt ruhiger wird. Jetzt erhitzen sich an den Möglichkeiten, welche die kretisch-griechische Frage bietet, die kaum zum Stillstande gelangten Leidenschaften aufs neue. Das Bandenwesen in Mazedonien ist wieder lebendig geworden, und die Türkei wird nicht anders können, als es blutig niederzuschlagen. Dann stehen wir genau vor denselben Schwierigkeiten, die bis kurz vor der großen Staatsumwälzung bestanden, aus der die neue Türkei hervorging. Nun ist Albanien noch immer nicht ganz beruhigt: Die Nachrichten, auf welche wir unser früheres optimistisches Urteil gründeten, haben sich als falsch erwiesen. Schefket Pascha ist zwar bisher mit seinen Operationen glücklich gewesen und hat jetzt auch in Diakowa unbehindert einziehen und die Unterwerfung der Bevölkerung entgegennehmen können, aber er scheint darauf zu verzichten, die faktische Unterwerfung ganz durchzuführen und sich in einzelnen Landschaften (Debra, Malissia) mit dem Schein der Unterwerfung begnügen zu wollen. Auch die Königspläne des Fürsten von Montenegro wirken beunruhigend. Der neue Titel bringt neuen Ehrgeiz, man fragt sich, welche Richtung er nehmen könnte, und glaubt nicht, daß er vor einer Wendung nach außen zurückschrecken wird. Von einer Besserung der persischen Verhältnisse kann noch immer keine Rede sein. Die Ministerkrisis dauert fort und ebenso die Unsicherheit im Lande. Neuerdings ist von Einfällen der Kurden im Gebiet von Urmia die Rede, wo türkische und persische Grenzstreitigkeiten seit lange bestehen und noch immer nicht ausgetragen sind; endlich stehen nach wie vor russische Truppen in Kaswin, Ardebil und an einer Reihe anderer Punkte, zu großem Leidwesen der Perser, die nichts sehnlicher wünschen, als diese uneigennützigen Helfer abziehen zu sehen. Als neues Moment der Unruhe im nahen Orient ist die steigende

Erregung in Ägypten hinzugekommen. Das Gerücht will wissen, daß englische Truppen nach Ägypten verschifft werden und Sir Eldon Gorst, weil er zu milde sei, abgerufen werden solle; man sucht einen Zusammenhang zwischen diesen angeblich bevorstehenden Maßregeln und den so großes Aufsehen erregenden Reden Roosevelts in Kairo und beim Lord Mayor-Bankett in London. Jetzt hat die türkische „Jani Gazeta" aus, wie sie behauptet, zuverlässiger Quelle erfahren, daß der durch Wardani ermordete Minister Butros Pascha kein Patriot, sondern ein von der Suezkanal-Kompagnie bestochener Verräter gewesen sei, das sei durch die nach Butros Tode aufgefundene Korrespondenz desselben mit Vertretern der Suezkanal-Gesellschaft und der englischen Regierung bewiesen. Die „Jani Gazeta" verdächtigt zugleich den Khedive. Aber all dieser Klatsch — denn mehr ist es jedenfalls nicht — hat dahin geführt, daß Wardani als nationaler Märtyrer gefeiert wird. Man verlangt Revision seines Prozesses und unterstützt jetzt diese Forderung durch das Gutachten eines in Kairo sehr angesehenen Arztes Meltan, demzufolge Butros Pascha nicht an seiner Wunde, sondern infolge der ungeheueren Dose Chloroform (150 g) gestorben sei, die man bei der 2½ Stunden dauernden Operation verwendet hat. Die ägyptischen Nationalisten sind jetzt bemüht, auch in Amerika für sich Stimmung zu machen. Im Juniheft der „North American Review" ist eine „Antwort Ägyptens an Colonel Roosevelt" vom Sheich Ali Youssuf erschienen, die mit großer Geschicklichkeit die Sache der ägyptischen Zivilisation dem harten Urteil gegenüber verteidigt, das Roosevelt abgegeben hat. Dasselbe Heft bringt zwei Aufsätze, welche die Frage beantworten wollen, welches die Stellung Roosevelts nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten sein werde. Der erste ist von Dr. Stephens Wise, Rabbi der freien Synagoge, der zweite von Norman L. Mack, Präsident des demokratischen Nationalkomitees. Die Antworten sind die denkbar entgegengesetzten. Wise legt sie in den Mund zweier seiner Freunde, eines früheren Ministers im Roosevelt-Kabinett und eines der Führer in Wall Street: der erstere sagt ohne Schwanken, daß Roosevelt wiedergewählt und die Verfassung so geändert werden würde, daß er sein Amt bis an sein Lebensende behalte, und zwar werde das nicht im Interesse Roosevelts, sondern in dem des Landes geschehen. Der Börsenmann aber sagte: Was immer Roosevelt in Zukunft machen mag, er wird stets ein gewaltiger Faktor zum Guten sein. Ganz anders lautet das Urteil von

Norman L. Mack. Er spricht sich mit großer Entschiedenheit sowohl dagegen aus, daß Roosevelt nach seiner Rückkehr die Leitung der Präsidentschaft Tafts übernehme, als auch gegen seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten für 1912. Das wäre die Apotheose des „one-man power" und die Bestätigung der Legende, daß das amerikanische Volk nicht einen Präsidenten, sondern einen Herrn brauche („that what the American people need is not a President, but a master"). Im Grunde geben beide Parteien damit zu, daß er der stärkste Mann im Lande ist. Zugleich aber gestehen sie, daß sie keineswegs wüßten, was die eigentlichen Absichten Roosevelts seien. Wir müßten sehr irren, wenn nicht die allgemeine Überraschung, welche der Welt bevorsteht, eine sehr einfache Lösung findet. Roosevelt wird tun, was das natürlichste ist, er wird Privatmann bleiben, durch seine Zeitschrift den „Outlook", wie er es bisher getan hat, rücksichtslos seine Meinung sagen und schließlich durch den consensus omnium genötigt werden, sich als Kandidat für den third term aufstellen zu lassen. Aber wieviel Wasser muß noch bis dahin den Mississippi hinabfließen?

Die Unruhen in China sind nicht unbedenklich und tragen ohne Zweifel einen antidynastischen Charakter, der die Beseitigung der mongolischen Dynastie zum Ziel nimmt, und bei der die Erregung der fremdenfeindlichen Stimmung ein Mittel ist, die Massen in Bewegung zu setzen. Bisher aber sind alle derartigen Versuche — auch die Boxerbewegung war ursprünglich antidynastisch — kläglich gescheitert. Die Mandschu sind die stärkere Rasse und die Chinesen haben ihnen keinen Prätendenten kaiserlichen Geblüts entgegenzusetzen. Gefährlich könnte die Rebellion erst werden, wenn Japan ihre Führung übernehmen wollte. Daran aber ist vorläufig nicht zu denken, da Japan im nordöstlichen Asien von Kamtschatka bis Korea zu tief engagiert ist und auch, wenn die Aufgaben dort gelöst wären, sich eher nach Westen als nach Osten wenden dürfte. Zurzeit haben sämtliche am chinesischen Handel interessierten Mächte durch Entsendung von größeren und kleineren Kriegsschiffen in den Jangtsekiang Anstalten getroffen, ihren Nationalen wenn nötig Schutz zu gewähren, aber auch die chinesische Regierung ist so energisch vorgegangen, daß die Ausstellung in Nankin unbehindert eröffnet werden konnte.

In Rußland haben die inneren Fragen zunächst fast alles Interesse absorbiert. Der Ministerpräsident Stolypin hat in der vielumstrittenen

Angelegenheit der Landschaftswahlen in den Westprovinzen einen vollen Sieg errungen, jetzt steht ihm ein zweiter in der finnländischen Verfassungsfrage bevor. In den Westprovinzen ist man auch sofort an die Arbeit gegangen. In welchem Sinne, zeigt ein Artikel des Krakauer „Czas" vom 18. Mai Er meldet nämlich:

„Daß im Ministerrat ein neuer Anschlag gegen die Bevölkerung in Wolhynien, Podolien und Kiew vorbereitet werde. Ausländer, die die russische Untertanschaft angenommen haben, sowie Polen, die aus dem Königreich Polen stammen, dürfen hiernach dort keinen Grund und Boden außerhalb der Städte erwerben. Die Gouverneure sind berechtigt, zuwiderhandelnde Personen auszuweisen."

„Dies ist" — kommentiert der „Czas" — „nicht nur eine Rückkehr zu den Zuständen vor der Konstitution, sondern eine weitere Fortsetzung des Russifizierungs- und Ausrottungssystems, das seit dem letzten Aufstande ohne Unterbrechung verfolgt wurde. Der neue Schritt erscheint als eine Verschärfung, weil das, was früher als persönlicher Wille des Monarchen oder als Maßnahme eines Ministers galt, jetzt die Form eines Gesetzes erhalten soll. Ferner sollen sich die Beschränkungen nicht nur auf Wolhynien, wo sich Ansiedler aus dem Königreich Polen zahlreicher niederzulassen anfingen und die Befürchtungen eines Konflikts mit Österreich größer wurden, sondern auf alle drei dem Kiewer Generalgouverneur unterstellten Gouvernements erstrecken. Schließlich erscheint die Beschränkung des Landerwerbs als rücksichtslos, da auch der Landerwerb zu Zwecken der Industrie verboten ist. Das Projekt bezweckt vor allem eine Beschränkung der Rechte der Polen, sowohl derjenigen, die außerhalb der Grenzen des russischen Reichs geboren sind, wie der aus dem Königreich stammenden. Nur in bescheidenem Maße werden auch Angehörige fremder Staaten betroffen; am meisten vielleicht noch die Deutschen, die sich ziemlich zahlreich in Wolhynien angesiedelt haben."

Es knüpfen sich hieran eine Reihe bitterer Bemerkungen, die wir nicht wiederholen wollen. Nur die Schlußbetrachtung sei noch hervorgehoben:

„Anstatt der Gleichberechtigung haben jetzt die Polen eine neue Beschränkung.... Das gegen die Polen gerichtete Ausnahmegesetz ist eine besondere Illustration für den Konstitutionalismus Stolypins und für die slavische Politik der russischen Regierung. Unter dem Eindruck

dieses Projekts wird die russisch-polnische Versöhnungskommission in Petersburg tagen, und zugleich wird man die Sirenenstimmen der „Nowoje Wremja" vernehmen, die die Polen zur Teilnahme an dem Slavenkongreß in Sofia einladen!"

Die Bitterkeit ist verständlich. Aber Rußland hält den Polen ihre Erhebungen von 1830—31 und 1863 sowie die Rolle vor, die sie während der letzten Revolution gespielt haben. In Wolhynien, Podolien und Kiew sind die Polen den russischen Grundbesitzern wirtschaftlich sehr überlegen, man fürchtet, daß die letzteren allmählich verdrängt oder polonisiert werden, und sucht dem vorzubauen. Es ist eine Schutzmaßregel des Schwächeren gegen den Stärkeren, was ja nicht sehr schmeichelhaft klingt, aber den Tatsachen entspricht. Anders liegen doch die Dinge in Finnland. Ohne auf die Rechtsfrage einzugehen und uns in den bitteren Streit einzumengen, der zwischen Finnländern und Russen ausgekämpft wird, halten wir es doch für notwendig, auf eine Tatsache hinzuweisen, die besser als andere erklärt, weshalb sich die Finnländer mit Hand und Fuß gegen den engeren Anschluß an Rußland sträuben. Es ist die Scheu vor dem Eindringen des russischen Tschinownik und des russischen Popen ins Land. Beide Elemente wirken, wie eine nicht abzuweisende Erfahrung zeigt, destruierend und ruinierend. Das drastische Beispiel der drei Ostseeprovinzen ist zu naheliegend, um von den Finnländern übersehen zu werden. In den Ostseeprovinzen ist erst durch Betrug die bäuerliche Bevölkerung der lutherischen Kirche entzogen worden, dann hat man sie durch die ins Land geschickten russischen Lehrer zur Revolution erzogen, das ganze Volksschulwesen desorganisiert und endlich die deutsche Universität Dorpat zugrunde gerichtet, alle deutschen Gymnasien russifiziert und damit verdorben, aus den Gerichten und Behörden die deutsche Sprache und die beiden Bauernsprachen verdrängt, kurz, so weit wie irgend möglich, das Land geistig, materiell und moralisch zugrunde gerichtet. Was sich an Kultur erhalten hat, besteht nicht dank der russischen Regierung, sondern trotz ihr. Was Wunder, daß die Finnländer keine Neigung zeigen, ihre Kultur denselben Erfahrungen auszusetzen.

In Frankreich haben die Wahlen den Anhängern der Wahlreform eine so überwältigende Majorität gesichert, daß das Ministerium nunmehr mit seinem Programm für die R. P. hervorgetreten ist; aber es stößt damit auf heftigen Widerspruch, und es läßt sich vorhersehen, daß

der Regierungsentwurf wesentlich modifiziert aus Kammer und Senat hervorgehen wird. Die auswärtige Politik Frankreichs hat den Erfolg aufzuweisen, daß die marokkanische Anleihe, so wie Frankreich sie wollte, nunmehr Tatsache geworden ist. Was wir bedauern ist, daß der für den Sultan nachbleibende Überschuß so gering ist, daß sich an eine Reform der Scherifischen Finanzwirtschaft nicht denken läßt. Es wird bei dem alten System gewaltsamer Beitreibungen bleiben, was um so bedenklicher scheint, als dem Sultan in seinem Bruder Mulay Kebir ein neuer Prätendent entgegengetreten ist, dem die Anhänger Bu Hamaras zufallen. In alledem liegt eine Perspektive neuer Wirren.

Wenig erfreulich sind auch die Nachrichten aus Portugal und Spanien. Die Nachbarschaft der großen französischen Republik wirkt, wie sich nicht verkennen läßt, politisch ansteckend. Die Zahl und der Einfluß der republikanischen Elemente steigt und nebenher macht sich auch die alte romanisch-slavische Krankheit, der Anarchismus terroristischer Observanz, wieder geltend.

Sehr erfreulich ist es dagegen, daß in Ungarn die politische Tyrannis der Parteien Kossuth und Just gebrochen ist. Wieweit es Khuen-Hedervary gelingen wird, ein gesundes Zusammenarbeiten der beiden Reichshälften durchzusetzen, kann freilich nur die Erfahrung lehren.

Ganz ohne Mißton ist die Reise Kaiser Franz Josefs durch Bosnien und Herzegowina verlaufen. Sie hat einen aufrichtigen dynastischen Enthusiasmus hervorgerufen, von dem sich hoffen läßt, daß er zur Tradition dieser neuen Landesteile wird.

Zum Schluß eine persönliche Bemerkung. Das offiziöse Blatt der Petersburger Regierung, die „Rossija", zitiert aus meiner Wochenschau vom 25. Mai den Passus, in dem gesagt wird, daß nach der Rede Stolypins über die Frage der Westprovinzen die beiden zur Duma gehörenden Bischöfe dem Ministerpräsidenten die Hände geküßt hätten. Die „Rossija" erklärt, ich hätte das „als Feind Rußlands" erfunden. Das ist natürlich falsch. Ich habe die Nachricht aus dem Dumabericht der in Petersburg erscheinenden deutschen Zeitung genommen, was die „Rossija" wissen mußte. Was aber den „Feind Rußlands" betrifft, so glaube ich in den bösen Jahren des japanischen Krieges und der russischen Revolution die wahren Interessen Rußlands nachhaltiger und energischer vertreten zu haben, als irgendein in Rußland erscheinendes Blatt es getan hat. Aus der Perspektive lassen sich die Ereignisse oft

besser beurteilen als in unmittelbarer Nähe und unter dem verwirrenden Eindruck der hin- und hergezerrten öffentlichen Meinung eines fiebrisch erregten Landes. Die Nachwehen dieses Fiebers lassen sich noch jetzt erkennen und kommen nirgend zu deutlicherem Ausdruck als in den Verhandlungen der Dritten Duma. Im übrigen wünsche ich, wie alle besonnen denkenden Deutschen, ein gesundes und zufriedenes Rußland an unsern Grenzen und deshalb bedaure ich die Wege, die Rußland in seiner inneren wie in seiner äußeren Politik eingeschlagen hat.

9. Juni 1910. Der Kaiser genehmigt das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Dernburg.
10. Juni. Der Herzog von Connaught wird zum G.-Gouverneur von Kanada ernannt.
Protest Rußlands gegen das türkische Flottenprogramm.

---

15. Juni 1910.

In den letzten acht Tagen hat das Ausland sich mit uns in Anlaß des Rücktritts des Staatssekretärs Dernburg sehr eingehend beschäftigt. In England, Frankreich, Rußland wird in Korrespondenzen, die teils von London, teils von Berlin ausgehen, Exzellenz Dernburg als der nächste Kanzler des Deutschen Reiches angekündigt. So schreibt der Berliner Korrespondent des „Standard":

„In Kreisen, die den ruhelosen Ehrgeiz und die unerschöpfliche Energie Herrn von Dernburgs kennen, glaubt man allgemein, daß er seine Stellung als Staatssekretär der Kolonien aufgegeben hat, weil er „at some future date" einen höheren Posten, und zwar keinen geringeren als den des Reichskanzlers einnehmen will. Herr von Dernburg hat mit scharfem Blick erkannt, daß das Ende der jetzigen Kanzlerschaft wahrscheinlich nicht fern liegt. Er weiß auch, daß ein arger Mangel an brauchbaren Kandidaten für den höchsten Ministerposten im Reich besteht. Er selbst hegt den Ehrgeiz, seinem Vaterlande als Kanzler ebenso wirksam zu dienen wie als Kolonialminister, und will Reichskanzler werden. Er fühlt, daß er größere Aussicht hat, dieses Ziel zu erreichen, wenn er ein unabhängiger Mann ist, als wenn er Staatssekretär für die Kolonien bleibt. Dies ist die Erklärung des Rücktritts von Dernburgs, die heute in den bestinformierten Kreisen gegeben wird; man glaubt, daß seine Laufbahn keineswegs beendet ist, sondern vielmehr im Begriff ist, in ihr bedeutsamstes Stadium zu treten."....

Nun glauben wir nicht, daß Herr Dernburg sich über diesen und verwandte Kommentare seines Rücktritts freuen wird, auch halten wir die ihm untergeschobenen ehrgeizigen Motive für falsch. Nicht etwa,

weil wir glauben, daß ein Mann von den Gaben und den Erfolgen Dernburgs nicht das Recht hätte, einen hohen Ehrgeiz zu hegen, wir schätzen vielmehr die Verdienste, die er sich erworben hat, sehr hoch ein, aber wir glauben, wie er selbst gesagt hat, daß er die Aufgabe, zu deren Lösung er mit glücklicher Menschenkenntnis berufen wurde, auch tatsächlich gelöst hat. Er hat dem Kapitalismus das Wirkungsfeld eröffnet, das ihm an der Erschließung unserer Kolonien zukam, und hat ihm dieses Feld auch für die Zukunft gesichert; der glückliche Impuls, den er dem Eisenbahnbau, der kräftige Anstoß, den er dem Wiederaufleben des Glaubens an unsere koloniale Zukunft gegeben hat, das alles wird ihm unvergessen bleiben und die Diamanten, die seinen Stern schmücken, sind gewiß wohlverdient. Wenn aber der Staatssekretär in dem Augenblick, da Verwaltungsfragen und landwirtschaftliche Probleme in den Vordergrund traten, auf seiner Verabschiedung bestand, wird er dazu gewiß seine guten Gründe gehabt haben. Es kann seinem Verstande und seiner Selbsterkenntnis nur zur Ehre gereichen, daß er sich Aufgaben entzog, die seinem Bildungsgange und seinen Anlagen nicht entsprechen. Und eben deshalb halten wir auch die Phantasien, die ihn nach dem Kanzlerposten jagen lassen, für Phantasien. Herr v. Bethmann Hollweg, der vor noch nicht einem vollen Jahre unter den schwierigsten inneren und äußeren Verhältnissen sein hohes Amt übernahm, besitzt, wie allbekannt ist, das volle Vertrauen des Kaisers, und von einem Ausbieten seines Erbes kann keine Rede sein. Wir haben den dringendsten Wunsch, daß seine Kanzlerschaft von vieljähriger Dauer sei, und halten die parteipolitischen Angriffe, die sich gegen ihn richten, für eine direkte Schädigung unserer Interessen im Auslande wie im Inlande. Nach beiden Richtungen hin ist eine scharf charakterisierte Situation übernommen worden, und es ist entschieden verfrüht, schon jetzt darüber entscheiden zu wollen, welche Modifikationen oder neue Wendungen sie unter der politischen Leitung unseres fünften Reichskanzlers annehmen wird. Von heute auf morgen pflegen sich solche Wandlungen nicht zu vollziehen; jedenfalls befinden wir uns nicht in einem Stadium, in welchem nach einem sechsten Reichskanzler gesucht wird. Herrn Dernburg aber wünschen wir Glück zu seiner bevorstehenden ostasiatischen Reise und zu den Aussichten, die sich ihm, wenn wir recht unterrichtet sind, in einer unserer großen Dampferlinien bieten.

Mit Genugtuung nehmen wir Akt davon, daß die deutsch-französisch-englisch-spanische technische Kommission, die zur Feststellung eines Minengesetzes für Marokko in Paris tagte, ihre Arbeiten beendigt hat, und daß das neue „Minenreglement" die Bestätigung des diplomatischen Korps in Tanger erhalten hat. Die Veröffentlichung des Textes wird wohl nicht lange auf sich warten lassen, und dann werden wir auch erfahren, was sich von den Mannesmannkonzessionen hat retten lassen, für welche, wie uns bekannt ist, von seiten unserer Regierung in den Grenzen des Möglichen mit großer Energie und Zähigkeit gekämpft worden ist. Von der neuen französischen Kammer läßt sich mit einiger Sicherheit noch nicht reden. Die 200 neuen Mitglieder sind parlamentarisch noch unbekannte Größen und noch nicht endgültig den bestehenden Parteischablonen angegliedert worden. Über die Programmrede Briands gehen die Meinungen weit auseinander. Man will abwarten, wie das Bukett seiner Verheißungen sich zu verwirklichen beginnt. Dagegen ist man allgemein sehr zufrieden mit seiner Charakteristik der auswärtigen Lage Frankreichs. Er verstand es all die Töne anzuschlagen, die man in Frankreich gern hört, auch den von der Freudigkeit, mit der man 1908 bereit gewesen sei, mit den Waffen in der Hand, wenn nötig, die Ehre Frankreichs zu verteidigen, wozu dann der „Temps" kommentiert, daß nur dadurch das Abkommen vom 8. Februar 1909 möglich geworden sei. Wir wollen diese Legendenbildung nicht stören; uns verletzt sie nicht, und mit der Zeit wird sie von den Franzosen selbst aus den Akten ihres Ministeriums des Auswärtigen korrigiert werden. Die Kriegsgefahr hat im Jahre 1908 keinen Augenblick bestanden. Die Franzosen erklären ja selbst, daß sie nur einen Defensivkrieg führen wollten — da fehlte der Gegner. Aber es wird nützlich sein, einen kurzen Abschnitt aus der politischen Erklärung Briands wiederzugeben.

„Frankreich" — sagte er — „hat eine Allianz und Freundschaften abgeschlossen, die es zu kräftigen bemüht sein wird. Aber solche „Ententen" setzen voraus, daß es imstande ist, seine Stellung (rang) in der Welt zu behaupten. Der Wert seiner Mitwirkung wird nach seiner Stärke bemessen, und es ist eine Pflicht der Loyalität, dem Alliierten wie den Freunden gegenüber, die Stärke unversehrt zu erhalten. Darüber wird die Regierung nicht unterlassen, mit eifersüchtiger Sorge zu wachen. Sie

ist daher entschlossen, vom Lande alle unerläßlichen Opfer zu verlangen. Sie nimmt sich namentlich vor, das Parlament zu ersuchen in kürzester Frist über das Marineprogramm zu verhandeln: es ist dringend notwendig zu einem Beschluß zu gelangen, den das höchste Interesse der Nation verlangt."

Die gesperrten Stellen sind die vom „Temps" in seiner Wiedergabe der Briandschen Rede hervorgehobenen, und die betreffenden Sätze können wohl allgemeine Gültigkeit beanspruchen. In Frankreich ist man aber vorläufig noch meist besorgt, den Revers dieser scharf geprägten Sätze dem Alliierten, Rußland, ans Herz zu legen. Unsere Leser erinnern sich der Beunruhigung, welche die angekündigte Verlegung des im Warschauschen stehenden 5. russischen Armeekorps weiter nach Osten in Frankreich hervorrief. Der „Temps" warf den Russen direkt vor, daß sie damit die an den Allianzvertrag geknüpfte militärische Konvention verletzten, was bekanntlich von russischer Seite nachdrücklich bestritten wurde. Jetzt richtet der „Temps" einen neuen Angriff gegen die russische Marinepolitik und macht sich dabei die strenge Kritik zu eigen, die ein englisches Fachblatt „The Engineering" gegen die Fehler in der Anlage der neuesten russischen Kriegsschiffe richtete. Es ist dabei charakteristisch, daß der „Temps" mit Nachdruck darauf dringt, daß die russische Admiralität der Konlrolle der Duma unterliege.

„Die Admiralität hat fast immer die Duma von oben herab und verächtlich behandelt. Nichts rechtfertigt diese Haltung. Es ist wünschenswert, daß in Zukunft gewählte Abgeordnete an der Vorbereitung der Nationalverteidigung Anteil nehmen und die Methoden einer Bureaukratie kontrollieren, die in vielfacher Hinsicht Anlaß zur Kritik bietet."

Wir wollen die Richtigkeit dieses letzten Satzes nicht bestreiten; aber der „Temps" scheint zu vergessen, daß er mit unzarter Hand einen der wundesten Punkte im russischen Verfassungsleben berührt hat: wie weit nämlich das autokrate Recht des Zaren in Fragen beschränkt ist, welche die Wehrkraft Rußlands zu Wasser und zu Lande betreffen. Wenn Frankreich, auf seine Rechte als Alliierter fußend, in dieser spezifisch russischen Frage das entscheidende Wort zu sprechen berechtigt wird, ergibt sich allerdings ein Verhältnis zwischen beiden Mächten, das — gelinde gesagt — für Rußland

nicht sehr ruhmvoll ist. Es heißt freilich, daß Rußland gerade jetzt in ähnlicher Weise den Türken in ihrem Flottenbau dreinredet, und nicht dulden will, daß die Türkei Fahrzeuge baut, die eventuell stärker sein könnten als die weniger leistungsfähigen Schiffe Rußlands im Schwarzen Meer. Aber das klingt so abenteuerlich und würde ein so naiver Eingriff in das Recht eines selbständigen Staates sein, daß wir diese Nachricht nicht glauben wollen, bevor sie eine offizielle Bestätigung findet.

Auch nach einer anderen Richtung werden in Frankreich Töne angeschlagen, die in Rußland nicht gefallen können. Wir machten schon vor einiger Zeit darauf aufmerksam, daß in Paris das Interesse für Polen wieder sehr lebendig geworden ist. Jetzt bringt die „Revue" vom 1. Juni (es ist die frühere „Revue des Revues") einen Artikel von Marius-Ary Leblond: „La Pologne d'aujourd'hui", der in die folgende zusammenfassende Betrachtung ausmündet:

„Das junge Polen ist eine der meist solidarischen, fleißigen und energischen Nationen Europas. Es ist — in großer Geduld aber sehr beharrlich — bereit, aus dem nächsten gesamteuropäischen Krieg (conflagration) Nutzen zu ziehen, um je nach den Verhältnissen Unabhängigkeit oder mindestens Autonomie zu erwerben. Ganz Europa, und Rußland in erster Reihe, werden viel gewinnen, wenn diese Wünsche in Erfüllung gehen: Die Zivilisation hat nicht zu viel Kräfte, die ihr dienen!"

Wir erlauben uns die bescheidene Frage, ob die Autonomie oder die Selbständigkeit Polens nicht durch einen Weltenbrand zu teuer erkauft wird? Daß die Polen eine solche Frage mit nein! beantworten ist sicher, und auch verständlich. Weniger verständlich wäre uns dieses Nein! aus französischem Munde, und aus russischem wird es gewiß nicht zu hören sein.

Die Debatte und endgültige Abstimmung in dritter Lesung über die finnländische Verfassungsfrage hat in der Duma zu einer Niederlage der Linken geführt, in welche auch die Oktobristen hineingezogen wurden, deren, die Selbständigkeit von Schule, Presse und Versammlungsrecht fordernde Amendements, ebenfalls fielen, weil die gesamte Opposition vor den entscheidenden Abstimmungen den Saal verließ. Die Majorität fiel damit der Rechten zu, die natürlich keinen Anlaß hatte, den Oktobristen Zugeständnisse zu machen.

Freilich, wären die Oktobristen geblieben, was sie 1907 waren, als die heutige Duma sich konstituierte, die Finnlandvorlage wäre gewiß nicht durchgegangen. Aber in den bald 3 Jahren, die seither hingegangen sind, ist die Partei chauvinistisch und nationalistisch geworden, wobei natürlich eine Reihe humanitärer Prinzipien über Bord fiel. Da jetzt auch der Reichsrat die Vorlage, wie sie aus der Duma kam, unverändert und, wie es scheint, fast ohne Diskussion angenommen hat, ist diese tief erregende Frage entschieden. Ob, wie Herr Purischkewitsch rief, damit „Finis Finlandiae" wirklich gegeben ist, scheint fraglich. Rußland hat zwar zahlreiche finnische Stämme verdaut, und die Großrussen haben ihren blonden Typus von jetzt fast ganz verschwundenen finnischen Stämmen, aber das waren Stämme minderer Kultur; in Finnland handelt es sich um eine Mischung schwedischen und finnischen Blutes von außerordentlicher Zähigkeit und hoher Bildung, die Bevölkerung ist zudem eine geschlossen lutherische. Sie zu russifizieren wird fast unmöglich sein und kann Jahrhunderte fordern, aber ohne Zweifel läßt sie sich weit schneller zu Grunde richten.

Kann das Eindringen russischer Kultur auf diesen Boden nur als ein Rückschritt bezeichnet werden, so bedeutet es dafür in Zentralasien stets einen Fortschritt, nur daß es auch dort nicht ohne Gewalt und Rechtsbruch gehen will. Täuschen wir uns nicht, so steht in nicht ferner Zukunft die völlige Annexion des Chanats Buchara bevor. Schon als in diesem Winter der Emir von Buchara in Petersburg erschien, um dem Zaren seine Huldigungen darzubringen, drängte die russische Presse, ein Ende zu machen. Diese Rufe werden jetzt immer lauter und scheinen in Zusammenhang mit der persischen Frage zu stehen. Man wirft dem Emir, nächst seiner Mißregierung, seine Hinneigung zu den Schiiten und seine Begünstigung persischer Elemente in der Armee und am Hofe vor, und glaubt an panislamische Intrigen. In Konstantinopel habe sich ein Verband „Junge Bucharei" gebildet.

„Der Orient — schreibt ein offenbar gut orientierter Gewährsmann des „Golos Moskwy" — und besonders die muselmännischen Territorien, machen eine Krisis durch, die in jedem Staate in eigener Weise der europäischen Hegemonie sehr gefährlich werden kann. Wir dürfen die Augen über die Lage in unserem Buchara nicht schließen.

Es ist unerläßlich, daß die russische Macht in die Verwaltung der dortigen Regierungen eingreift. Der Islam und sein Weltzusammenhang ist kein Mythus. Für den Scherif von Mekka wird überall in muselmännischen Landen gesammelt, und unsere „Hadschis" nehmen mit allen Mohammedanern an diesen Sammlungen teil, um dem Grabe des Propheten zu huldigen. In diesem Jahre haben die Hadschis ihre Sammlungen sogar unserem politischen Agenten verheimlicht. Auch für die Hedschasbahn sind Hunderttausende von Rubeln von der Bevölkerung und vielleicht sogar vom Emir von Buchara dargebracht worden. Unmöglich läßt sich eine Kontrollierung der Finanzen und der Verwaltung Bucharas länger aufschieben: tun wir es nicht von oben, so wird das Volk sich von unten her Gerechtigkeit schaffen."

Das Ganze mündet in die Forderung aus, Buchara mit dem Generalgouvernement Turkestan zu verbinden, und es knüpft sich daran die folgende Apostrophe:

„Wann endlich wird unser Ministerium des Auswärtigen so weit sein, daß es erkennt, wie notwendig und unaufschiebbar eine aktive und energische Politik in Chanat Buchara durchgeführt werden muß."

Die unbequeme Frage ist leicht zu beantworten. Jeder Blick auf die Karte zeigt, daß Buchara die Straßen nach Afghanistan und nach Indien hinab beherrscht. Es ist undenkbar, daß im russisch-englischen Vertrage vom 30. August 1907 eine Annexion Bucharas ausdrücklich ausgeschlossen worden sein sollte. Trotz aller Freundschaft würde man eine so nahe unmittelbare Nachbarschaft Rußlands gewiß nicht mit günstigen Augen ansehen.

Eine höchst auffallende Meldung ging am 23. Mai der „Nowoje Wremja" von ihrem Argus-Korrespondenten aus London zu. Er berichtete nämlich, daß die Kolonisten von Rhodesia entschlossen seien, sich des belgischen Katangagebietes zu bemächtigen. Jetzt ist ein ausführlicher Bericht eingelaufen, dem wir folgende Angaben entnehmen. König Leopold habe, um die englische Agitation gegen die Mißwirtschaft im Kongogebiet zum Schweigen zu bringen, jahrelang einzelnen Engländern Privilegien in der von drei Seiten durch britisches Gebiet eingeschlossenen Kongolandschaft Katanga verliehen, so daß jetzt $^7/_{10}$ dieser Provinz Engländern gehöre. Nachdem nun

der freie Kongostaat in den Besitz Belgiens übergegangen war, wurde Katanga ebenso behandelt wie andere Provinzen, und namentlich der Export durch Lastträger zum Atlantischen Ozean gelenkt, während die geographische Lage auf den Indischen Ozean hinwies. Die infolgedessen steigende Unzufriedenheit der englischen Kolonisten ging auf die Rhodesier über. Sie beschlossen — wie Herr Argus schreibt, nach dem historischen Beispiel, das Jameson gegeben hat — die „Ausländer" in Katanga durch einen „raid" zu „befreien" und hoffen auf besseren Erfolg, da man die Belgier nicht mit den Buren vergleichen könne. Die Vorbereitungen seien schon getroffen, ja vielleicht habe der „raid" bereits stattgefunden. Die zurzeit in London anwesenden Belgier machten aus ihren Befürchtungen kein Hehl und ebenso sei die englische Regierung besorgt, die unter keinen Umständen den Gewaltstreich dulden wolle. Aber dieser geplante „raid" habe nicht wenig internationale Intrigen hervorgerufen, und von denen hofft Herr Argus-Wesselitzki später erzählen zu können. Das ist nun bisher nicht geschehen und geschieht vielleicht überhaupt nicht; wer aber der internationale Intrigant ist, der ihm vorschwebt, kann nicht zweifelhaft sein, das ist ihm stets Deutschland.

Eine Freudenbotschaft für England ist die Nachricht vom Tode des „tollen" Mullah, die jetzt feststeht. Dieser außerordentliche Mann ist von einem der Stämme, mit denen England Freundschaftsverträge geschlossen hat, bei Sarun schwer verwundet und gefangen genommen worden, danach hat man ihn erschossen. Seine Anhänger sind ohne Führung und völlig desorganisiert. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß England die beschlossene Räumung des Landes jetzt rückgängig machen wird, so daß ein neuer Zuwachs des gewaltigen afrikanischen Reiches der Engländer bevorsteht, der mit der Zeit auf Kosten Abessiniens zu einer Verbindung Britisch-Ostafrikas mit dem Somaliland führen kann.

Die Union der Staaten des common wealth von Südafrika ist nun auch formell perfekt geworden. Obgleich der nationale Frieden zwischen Holländern und Engländern Südafrikas äußerlich recht gut aufrecht erhalten wird, läßt sich doch nicht verkennen, daß das englische Element sich in seinem Stolz durch das tatsächliche Überwiegen der Buren verletzt fühlt. Ist Louis Botha doch das anerkannte

Haupt der Union und das von ihm gebildete Ministerium vornehmlich aus seinen engeren Landsleuten, den unterworfenen aber nicht besiegten Kämpfern so vieler ruhmvoller Schlachten gebildet worden. Der Führer des englischen Elements ist Dr. Jameson. Im Juli werden die Wahlen zum südafrikanischen Parlament stattfinden, wobei Botha für Prätoria-Ost, Smuts für Prätoria-West kandidieren wird. Die Ergebnisse der Wahlen versprechen von großem Interesse zu sein. Daß Sir Herbert Gladstone als Generalgouverneur alles tun wird, um die englischen Kandidaten zu stützen, versteht sich von selbst. Der Nachfolger Lord Mintos als Vizekönig von Indien wird Sir Charles Hardinge, der jetzt 52 Jahre alt ist und eine überaus glänzende politische Laufbahn hinter sich hat. Er kam 1881 als Attaché an die Botschaft in Konstantinopel, wo ihn Lord Dufferin zu seinem Privatsekretär machte. Danach ist er in Berlin, Washington, Konstantinopel, Bukarest, Paris, Teheran gewesen, 1904 wurde er Botschafter in Petersburg, und das russisch-englische Abkommen vom 30. August 1907 ist sein Werk. Februar 1906 wurde er Unterstaatssekretär und daneben der stete politische Begleiter König Eduards auf seinen Reisen; 1903 in Lissabon, Rom und Paris, 1906 in Athen und Friedrichshof, 1907 in Wilhelmshöhe und Ischl, 1908 in Kopenhagen, Stockholm, Reval, Kristiania, 1908 wieder in Friedrichshof und Ischl und Februar 1909 in Berlin. Man kann wohl sagen, daß es in den letzten sieben Jahren keine große politische Aktion gegeben hat, an der er nicht seine Arbeit gehabt hätte. Daß man gerade ihn nach Indien schickt, kann als Beweis dienen, daß dort eine Politik der Vermittlung, nicht der Gewalt, ins Auge gefaßt wird. Was nun die inneren englischen Angelegenheiten betrifft, so sind die Aussichten, daß es zu einem Ausgleich zwischen den Parteien kommt, kaum noch vorhanden. Der Kampf um das Vetorecht des Hauses der Lords muß ausgefochten werden. Man nimmt jetzt an, daß die Wahlen, welche die Entscheidung bringen sollen, im September stattfinden werden, obgleich von allen Seiten darauf hingearbeitet wird, einen weiteren Aufschub, eventuell bis zum Februar nächsten Jahres zu erreichen. Aber die Regierung hält ihre Aussichten für günstiger, wenn sie beim September als Termin bleibt, und das dürfte entscheiden. Wir halten es aber keineswegs für unmöglich, daß die Neuwahlen zu einem Ergebnis führen, welches die Gesamtlage

ebenso unsicher erscheinen läßt, wie sie es jetzt ist. In der Kretafrage ist es um nichts besser oder klarer geworden. Mittlerweile aber nähern wir uns dem Juli, die konstituierende griechische Nationalversammlung muß dann zusammentreten und es läßt sich kaum daran zweifeln, daß eine Anzahl Kreter sich melden wird, um als gewählte Abgeordnete der Insel ihren Platz in den Reihen der übrigen griechischen Staatsbürger einzunehmen. Was aber wird dann geschehen?

Frankreich möchte die Lösung des Problems einer Konferenz übertragen sehen, und die französische Presse ist wenig erbaut von der antitürkischen Wendung, welche die Politik Sir Edward Greys einschlägt. Aus den offiziellen Erklärungen der französischen wie der englischen Regierung läßt sich aber bisher nichts von einem Antagonismus ihrer Politik in der Kretafrage erkennen. Es ist zunächst noch nur eine Preßpolemik.

16. Juni 1910. Arizona und New Mexiko werden vom Senat in Washington als Staaten anerkannt.
17. Juni. Kämpfe von Franzosen und Marokkanern am Muluja.
18. Juni. Die Anhänger Muley El Kebirs schließen sich wieder dem Sultan Muley Hafid an.
20. Juni. Aufruhr der Afridi.

22. Juni 1910.

Das vor zwei Jahren erschienene lehrreiche Buch von Gorjäinow, Direktor der russischen Staatsarchive: „Bosporus und Dardanellen", das an dieser Stelle mehrfach besprochen worden ist (Deutschland und die große Politik 1908), ist jetzt in französischer Übersetzung bei Plon-Nourrit in Paris erschienen, und von dem früheren französischen Minister des Auswärtigen Gabriel Hanotaux, der selbst ein hervorragender Historiker ist, mit einer historisch-politischen Einleitung versehen worden. Sie verdient um so mehr Beachtung, als Hanotaux in seiner „Geschichte des heutigen Frankreich" ein sehr eingehendes Kapitel dem Berliner Kongreß und der orientalischen Frage gewidmet hat. Er konnte neben den Akten des französischen Staatsarchivs noch die bisher ungedruckten Erinnerungen von Karatheodori Pascha und Peter Schuwalow benutzen, die ganz überraschende und neue Lichter auf den Verlauf der Ereignisse warfen. Die vielleicht indiskreten, aber um so interessanteren Mitteilungen Gorjäinows boten weitere Aufklärung, und da nun einmal das Geheimnis der Vorgeschichte und der Geschichte des Berliner Kongresses nicht mehr bewahrt wird, wäre es — damit die volle historische Wahrheit ans Licht kommt — wohl nützlich, wenn auch in Berlin, Wien und London, die alle drei bei den einseitigen Enthüllungen schlecht fahren, korrespondierende Archivpublikationen folgten. Was uns politisch, in Hinblick auf die heutige Orientkrisis, interessiert, ist der von Hanotaux gemachte Versuch, eine Lösung der großen Konfliktfrage: Bosporus und Dardanellen, zu finden.

Rußland, so führt er aus, fühlt sich im Schwarzen Meer wie in einem Gefängnis eingeschlossen. Seine Flotten stecken gleichsam

in einer Flasche „y sont embouteillées". Die 1877 von dem russischen Botschafter in Wien, Nelidow, aufgestellte russische Formel für die Lösung des Problems lasse sich nicht durchsetzen. In der Tat, Nelidow schrieb eine Denkschrift vom 10./22. November 1877:

„Freie Verbindung mit dem Mittelmeer und zugleich die Möglichkeit, fremde Flotten zu verhindern, unsere Küsten am Schwarzen Meer zu bedrohen, das war immer das Ziel unserer Politik der Türkei gegenüber und muß es für immer bleiben. Wir müssen also eine Kombination suchen, die uns allein die freie Schiffahrt durch die Meerengen gestattet und alle anderen Kriegsflaggen ausschließt."

In diesem „uns allein" und in Ausschluß der anderen liegt, wie Hanotaux ganz richtig betont, die Schwierigkeit. Unmöglich könne doch der Herr der Meerengen ausgeschlossen werden, und ebensowenig könne man ihm untersagen, im Fall eines Konflikts seine Bundesgenossen zu Hilfe zu rufen. Die Forderung Nelidows verlange nicht mehr und nicht weniger als die Souveränität über Konstantinopel. Es werde daher Rußland nichts übrig bleiben, als sich die Frage vorzulegen, ob Bosporus und Dardanellen allen Mächten zu öffnen, oder aber allen inklusive Rußland zu verschließen seien. Die Nelidowsche Formel sei nur durch eine Wandlung der politischen Karte Europas zu verwirklichen, das führe aber zu Komplikationen, welche die Weisheit des europäischen Konzerts bisher zu vermeiden vorgezogen habe.

„Ich glaube, — fährt Hanotaux wörtlich fort — daß nach reiflicher Überlegung Rußland sich für die einfachste, weiteste und modernste Lösung entscheiden wird: die freie Durchfahrt für alle. Rußland fürchtet die Möglichkeit eines neuen Sewastopol; aber die Zeitverhältnisse sind doch ganz andere geworden. Das „freie Meer" — eine solche Lösung im Prinzip und als früher oder später zu erreichendes Ziel angenommen — würde bald, kraft der Tatsachen und infolge von Wandlungen, die sich vor unseren Augen im Völkerrecht vollziehen, die Vorbedingungen zur Verwirklichung rascher finden, als man auf den ersten Blick anzunehmen geneigt ist.

Ein bedeutsames Ereignis hat sich eben vollzogen: mit dem Bau neuer österreichischer Flotteneinheiten macht die germanische Politik ihren Einzug ins Mittelmeer. Die Interessen Englands, Frankreichs, Italiens sind nicht mehr ganz dieselben. Das Gleich-

gewicht ist wieder bedroht. Diese Mächte werden vielleicht in naher Zukunft die Verstärkung entgegennehmen, die ihnen die russische Flotte bringen kann, wenn diese sich schnell rekonstituiert. Es zeigen sich also bereits weitere und elastischere Lösungen als die, welche in überlieferten Rubriken sich als mumienhafte Fetische erhalten haben. Wenn diese Stunde schlägt, wird Rußland, wenn es fertig ist, mit neuen Argumenten kommen, die Europa nach seiner Weisheit und nach seinen Interessen würdigen wird.

Gewiß ist die Frage der Meerengen eine der allerverwickeltsten, die es gibt. Aber da die Politik sich mit der Geographie ändert, hat sie, selbst vom Standpunkt der Seemächte aus gesehen, nicht mehr die gleiche Bedeutung, seit der Suezkanal gegraben worden ist; vielleicht hat die Hand von Lesseps ein unerwartetes Kodizill dem berühmten Testament Peters des Großen — gleichviel ob es echt oder unecht ist — hinzugefügt."

An dieser Ausführung fällt vor allem eins auf, daß die Türkei, in deren Hand de jure die Entscheidung liegt, so ganz übergangen ist. Und doch ist sie heute gewiß nicht als quantité négligeable beiseite zu lassen. Wenn wir uns recht erinnern, ist sie schon 1905, als die Emeute des „Potemkin" das Schwarze Meer unsicher machte, an die Neubefestigung des Bosporus herangetreten; es ist schwerlich anzunehmen, daß die neue Türkei die dringende Aufgabe vernachlässigen sollte, die beiden Meerengen zu sichern und sich das natürliche Recht zu wahren, die eigene Tür nach Belieben zu schließen oder zu öffnen. Das Nelidowsche Programm aber hat insofern seine Grundlage verloren, als seither eine rumänische und eine bulgarische Kriegsmarine entstand, die zwar bei beiden Mächten sehr bescheiden ist, aber eine Zukunft nicht ausschließt. Das wesentliche Argument jedoch, das in Petersburg gegen die Ausführung des Hanotauxschen Gedankens sprechen muß, ist das folgende: Man kann sich wohl denken, daß eine politische Lage eintritt, die, wie 1833, zu einem russisch-türkischen Bündnis führt, das andern Mächten die Meerengen schließt, sie aber für Rußland öffnet; unmöglich aber läßt sich darauf rechnen, daß die Tripelentente, die für Rußland jede Gefährdung durch England und Frankreich ausschließt, eine für alle Zeit dauernde Kombination darstellt, auf welche sich mit solcher Sicherheit rechnen läßt, daß die Entfestigung von Bosporus und Dardanellen daraufhin

von diesen Mächten erzwungen wird. Denn, daß die Türkei anders als gewaltsam dahin geführt werden könnte, allen fremden Kriegsschiffen den Zugang zu dem offenen Konstantinopel freizugeben, ist so augenscheinlich, daß es nicht lohnt, länger bei dieser Frage zu verweilen. Im Augenblick liegt das Problem so, daß Rußland als die stärkere Seemacht für seine Politik an der Südküste des Schwarzen Meeres — und das bedeutet Kleinasien — weiterer Unterstützung nicht bedarf. Ein völliger Umschwung würde erst eintreten, wenn die Türkei einmal im Schwarzen Meer seekräftiger würde als Rußland, woran wohl nicht zu denken ist. Dagegen weisen allerlei Anzeichen darauf hin, daß eine Wandlung in den bestehenden Kombinationen der Mächte sich vollziehen könnte. In der „Kreuz-Zeitung" wurde kürzlich das Referat abgedruckt, das einer der Führer der Rechten, Georgi Wassiljewitsch Butmi, am 17. Mai im Verein des Erzherzogs Michael gehalten hat. Dieses Referat war entschieden antienglisch und plädierte für ein Zusammengehen von Rußland und Deutschland. Nun überschätzen wir die Macht und den Einfluß dieser Partei nicht, sie hat auf die auswärtige Politik Rußlands bisher nicht die geringste Einwirkung, aber es ist doch eine Tatsache von Bedeutung, daß ein Teil der russischen Intelligenz, die zugleich den vornehmsten und reichsten Kreisen der Nation angehört, gegen die herrschende, von Iswolski inaugurierte Politik auftritt. Dieselben Kreise sind aus Erwägungen, die ihrer Weltanschauung entstammen, zugleich Gegner des republikanisch-sozialistischen Frankreich, und es ist eine weitere, nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Antipathie der großen Massen in Rußland sich weit mehr gegen Franzosen und Engländer richtet, als gegen die Deutschen. Der Deutschenhaß, der die Presse beherrscht, hat seinen Kern in der Bureaukratie und in den radikalen und revolutionären Parteien, denen der starke monarchische Staat an der Westgrenze ein Gräuel ist. Schon das gibt ein unsicheres Zukunftsbild. Es kommt aber noch ein neues Moment hinzu. In England mehrt sich langsam aber stetig die Zahl der Politiker, welche sowohl die japanische Allianz, als das russisch-englische Abkommen vom 30. August 1907 für einen Fehler halten, und die an die Stelle der unfruchtbaren Gegnerschaft gegen Deutschland eine möglichst enge Verständigung setzen möchten. Für eine Verständigung mit Deutschland hat sich der „Daily Telegraph" in einem vortrefflichen Leitartikel am

24. Mai ausgesprochen, dieselbe Richtung vertritt auch das „Daily Chronicle". Es ist zudem bekannt, daß von Amerika aus eifrig für eine deutsch-englisch-amerikanische Verständigung gearbeitet wird — auch die Verwirklichung dieses Gedankens, dem wir sehr sympathisch gegenüberstehen, mag noch in weiter Ferne liegen, aber es wäre schon heute lächerlich, ihn a limine als phantastisch abzulehnen. Wir haben ebensowenig notwendige Interessengegensätze gegen England, wie gegen Rußland, und hüben wie drüben muß man sich sagen, daß es einen unbequemeren Gegner und einen wertvolleren Freund als Deutschland schwerlich zu gewinnen gibt. Daß eine Wandlung kommen wird, sehen wir vorher; über die Richtung, die sie nimmt, werden Zeit, Verhältnisse, Interessen entscheiden. Wir wollen ihnen nicht durch stets unsichere Prophezeiungen vorgreifen.

Im Augenblick hat sich auf französischem Boden ein Prozeß abgespielt, der in Rußland ungeheures Aufsehen gemacht hat, von dem man aber in der offiziellen und offiziös beeinflußten Presse nicht gern spricht.

Am 8. Mai 1909 wurde der Oberst v. Kotten, Chef der Petersburger Ochrana, d. h. der Geheimpolizei, von einem russischen Anarchisten Michail Herschowitz Rips (einem Juden, der sich Witkow nennen ließ) unter dem Vorwande, daß er ihm wichtige Enthüllungen machen werde, in sein Quartier Paris, Rue Bolivar, gelockt und dort schwer verwundet. Rips gab zunächst an, er habe auf den Oberst geschossen, weil dieser mit der beleidigenden Zumutung an ihn herangetreten sei, sich zum Polizeispion herzugeben. Die Untersuchung ergab aber, und Rips gestand, daß er absichtlich v. Kotten zu sich gelockt habe, um ihn zu ermorden. Der Mann war tatsächlich längere Zeit Polizeispion gewesen, hatte auch wertvolle Anzeigen gemacht, deren Richtigkeit sich bestätigte, und war in Paris wieder zu den Anarchisten übergetreten, denen er sich durch die Ermordung Kottens legitimieren wollte. Die Sache kam vor ein Pariser Geschworenengericht. Als Verteidiger von Rips fungierten die Advokaten Willme und Tomasino, als Advokat des Klägers der Verteidiger Zolas, Labori. Unter den Zeugen finden wir Jaurès, de Pressensé, Jean Longue, Verfasser des Buches „Polizei und Terroristen", Burzew und Bakai, beide aus dem Azew-Prozeß bekannt, den Revolutionär Rubanowitsch, den flüchtigen Advokaten Staal und andere gleichen oder

verwandten Charakters. Die Sozialisten hatten schon vorher in ihrer Presse die öffentliche Meinung gegen Kotten und für Rips zu mobilisieren verstanden, das Zeugenverhör trug denselben Charakter. Jaurès suchte an dem Fall Landesen-Harting die politische Polizei Rußlands zu brandmarken und machte damit großen Eindruck auf Tribünen und Geschworene. Die Aussagen der anderen Zeugen stärkten diesen Eindruck, sie gaben eine Art Geschichte der russischen Revolution von den 70er Jahren bis zur Garinschen Revision und wiesen natürlich alle Schuld der Regierung und der Polizei zu. Herr Labori hatte mit Behauptung seiner Klage bei der dadurch hervorgerufenen Aufregung der Hörer entschieden eine schwierige Aufgabe. Wir geben seine sehr charakteristische Rede nach dem telegraphischen Auszuge wieder, den der „Golos Moskwy" bringt. Die „Nowoje Wremja" hat bisher von diesem Prozeß keine Notiz genommen.

„Obgleich ich" — sagte Labori — „hier als Zivilkläger auftrete, bin ich doch nicht hergekommen, um materielle Ziele zu verfolgen. Mein Ziel ist ein moralisches, meine Aufgabe, einen russischen Offizier, den Oberst v. Kotten, gegen Insinuationen zu verteidigen, nicht zu dulden, daß hier der Uniform des Offiziers eine unverdiente Beleidigung angetan wird. Wir haben hier die Beschreibung einer langen Reihe von Episoden aus der russischen Revolution angehört. Aber diese Geschichte ist nur auf revolutionäre Quellen aufgebaut. Ich sage nicht, daß diese Quellen gar kein Vertrauen verdienen, aber sie sind einseitig. Ich bringe meinem Klienten, dem tapferen Offizier v. Kotten, dieselbe Achtung entgegen wie Burzew. Sie nehmen beide die gleiche Stellung ein: v. Kotten ist Chef der Staatspolizei — Burzew der Revolutionspolizei. Beide sind sie tapfer, energisch, unverbrüchlich ihren Zielen ergeben, ich habe die höchste Verehrung für sie. Ob v. Kotten in seiner Tätigkeit Fehler begangen hat, weiß ich nicht; die Zeugen haben hier keine einzige Tatsache angeführt, die einen Schatten auf diesen Offizier wirft, der auf seine Schultern die schwere Aufgabe Karpows nahm (bekanntlich wurde Kotten nach der Ermordung des Chefs der Geheimpolizei Karpow zu dessen Nachfolger ernannt). In der Tätigkeit Burzews gibt es Fehler, sie stehen vor euch in der Person des Zeugen Bakai. Wer ist dieser Herr? Ein Verräter, Angeber, Überläufer. Einem solchen Mann darf man kein Wort glauben. Burzew aber baut auf Bakais Worte die Ge-

schichte der russischen Revolution. Deshalb kann man sich kein richtiges Bild vom russischen Leben machen, wenn man nur eine Seite hört. Seht doch die andere, die Kehrseite an. Erinnert euch des Attentats, das gegen das Haupt der uns befreundeten Nation gemacht wurde. Erinnert euch der Explosion der Höllenmaschine im Hause Stolypins auf der Apothekerinsel, der unschuldigen Opfer dieses Attentats, der Schmerzen der Kinder, der Tränen der Mutter — das alles klagt gegen Grausamkeit und Ungerechtigkeit."

Labori knüpfte hieran eine Reihe von Zahlen, um den schrecklichen Blutdurst der russischen Revolutionäre zu charakterisieren. Dann schloß er:

„Wenn Gewalt gebraucht wurde, ward sie von beiden Seiten gebraucht. Aber das wichtigste für uns ist hier, daß das Haupt der russischen Regierung feierlich vor der Volksvertretung erklärt hat, daß die Regierung Provokationen verachtet und nicht zuläßt. v. Kotten konnte nicht tun, was seine Regierung nicht duldet. Unter den jetzigen Voraussetzungen des russischen Lebens können Provokationen nicht stattfinden."

Offenbar haben wir hier nur eine dürftige Wiedergabe der Rede Laboris, die, wie der Gewährsmann des „Golos Moswy" telegraphiert, die beste während des ganzen Prozesses war. Aber den erwarteten Eindruck hat sie jedenfalls nicht gemacht. Michail Herschowitsch Rips ist unter dem Beifall der Tribünen freigesprochen worden, was ja bei der sozialistisch-anarchistischen Strömung, die Frankreich beherrscht, nicht wundernehmen kann. Aber als Sympton verdient dieser Prozeß die höchste Beachtung. Das Gefährliche ist die Ansteckung, die aus diesen zwischen Radikalismus, Sozialismus und Terrorismus schwankenden Kreisen hervorgeht, die Schwächung des sittlichen Niveaus, welche die Freisprechung eines Mannes wie Rips zur Folge haben muß. Daß Kotten nicht ermordet, sondern nur verwundet wurde, hatte er nur seinem energischen Niederkämpfen des Mörders zu danken, und daß Rips nicht im Affekt gehandelt hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß er sich schon am 23. April die Pistole verschaffte, mit der er seinen Anschlag am 8. Mai verübte. Dazu kommt die ganz ungehörige Parallele zwischen v. Kotten und Burzew. Freisprechungen, wie die von Rips, auf dem überdies der schwere Verdacht ruht, andere Morde begangen zu haben, sind einer

direkten Ermunterung zu neuen Verbrechen gleichzusetzen, und dessen bedarf es in Rußland, wo die Attentate und Morde anarchistischer Provenienz neuerdings wieder stark zunehmen, wahrlich nicht. Auch die anarchistischen Parteien in Portugal und Spanien schöpfen aus solchen Quellen neue Kraft, und es will uns, je länger je mehr, scheinen, daß das Asyl, das Frankreich politischen Verbrechern gewährt, bei denen sich die Grenze zwischen Mord aus Blutdurst und Mord aus Fanatismus nicht mehr ziehen läßt, zu einer Gefahr wird, die alle Staaten, aber keinen mehr bedroht als Rußland.

Durchaus ungehörig ist, wie wir schon lange beobachten, das Treiben der französischen Presse in bezug auf Elsaß-Lothringen. In dieser Hinsicht gehören „Temps" und „Journal des Débats" zu den schlimmsten Hetzern. Es ist ein systematisches Schlechtmachen jeder Maßregel der deutschen Regierung, kombiniert mit einer weinerlichen Sentimentalität, die nachgerade nur Mitleid erregen kann. Im Augenblick ist man bemüht, die bevorstehende Verfassung des Reichslandes zu diskreditieren, bevor sie noch bekannt ist. Es ist schade, daß man den Elsaß-Lothringern nicht als Kur den Genuß eines Jahres französischer Freiheit und französischer Steuern verschreiben kann, sie würden besser schätzen lernen, was ihnen an wahrer Freiheit als deutschen Reichsgenossen beschert worden ist.

Aber dieses taktlose und provozierende Verhalten der französischen Presse in allen Elsaß-Lothringen betreffenden Fragen hat noch eine weitere Bedeutung. Es macht die Bemühungen der uns bekannten vortrefflichen Männer zunichte, die auf Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hinarbeiten, und weckt auch da Mißtrauen, wo wir es vielleicht mit ehrlich gemeintem guten Willen zu tun haben. Was würde man wohl in Frankreich sagen, wenn Italien Savoyen und Nizza in ähnlicher Weise in Aufregung und Unzufriedenheit zu erhalten bemüht wäre? Beide Provinzen sind aber von Frankreich nicht kraft des Kriegsrechts, sondern durch das Gaukelspiel eines Plebiszits und durch Verträge gewonnen worden, die sich nur durch den moralischen Zwang erklären lassen, der zur Unterzeichnung nötigte!

Ein merkwürdiges Bild der Leistungsfähigkeit französischer Techniker haben die kläglichen Versuche gezeigt, die Leichen der Unglücklichen zu bergen, die mit dem „Pluviose" untergegangen sind. Wenn

man bedenkt, daß die Japaner die riesigen Fahrzeuge der gesunkenen russischen Kriegsflotte ohne jeden Fehlversuch in kurzer Zeit vom Grunde des Ozeans hervorholten, erscheint dieses Versagen völlig unbegreiflich, und die Mutmaßung liegt nahe, daß es auf anderen Gebieten nicht um vieles besser stehen wird.

Die eben zum Abschluß gelangte französische Volkszählung hat eine Bevölkerung von 39252245 Köpfen ergeben, gegen 38269011 im Jahre 1901. Im Vergleich zum Jahre 1908 sind die Geburten um 33000 gesunken, die Todesfälle um 11274 gestiegen. Die Heiratsziffer betrug auf 10000 Köpfe 157 gegen 161 im Jahre 1908, die Zahl der Scheidungen auf 10000 Einwohner 6,56 gegen 3,68 im Jahre 1900. Der „Petit Temps" hat darüber und über andere statistische Ergebnisse Daten von großem Interesse gebracht.

Unsere Mutmaßung, daß Papst Pius X. die Borromäus-Enzyklika gar nicht ganz gelesen hat, wird wahrscheinlich durch die, wie es scheint, gut bezeugte Nachricht, daß der Kardinalstaatssekretär erklärt hat, er habe diese Enzyklika erst nachträglich kennen gelernt. Das macht die Sache zwar nicht besser, aber doch begreiflicher, und erinnert an jenen russischen Gouverneur, den man vor kurzem veranlaßte, ungelesen ein Schriftstück zu unterzeichnen, in dem er sich für völlig unfähig erklärte. Er wurde nach Petersburg zitiert und soll eine unangenehme Viertelstunde bei Stolypin verbracht haben. Immerhin sollte die Frage der Enzyklika jetzt ruhen. Wir haben kein Interesse daran, den Streit weiterzuführen, nachdem die Kurie ihr Bedauern ausgesprochen und das Verlesen der Enzyklika in Deutschland untersagt hat.

Weder in der englischen Verfassungsfrage, noch über die kretischen Wirren ist eine endgültige Entscheidung gefallen. Hier wie dort ist man bemüht, einen erträglichen Ausweg zu suchen, aber gefunden hat man ihn noch nicht. In Persien ist man gleichfalls von normalen Verhältnissen noch weit entfernt, in Indien, Ägypten, China gärt es. Auf der Balkanhalbinsel beunruhigt die Haltung Montenegros und Bulgariens, das sich lebhafter als gut ist für die Mazedonier interessiert. Auf den Anfang Juli bevorstehenden Slavenkongreß in Sofia wird vom 10.—13. Juli ein panslavisches Turnfest folgen, zu dem 500 tschechische Sokols, 50 Turner aus Kroatien, 200 aus Serbien, 50 Slowenen, 200 Russen, dazu Bulgaren und Mazedonier in

nicht angegebener Zahl erscheinen sollen. Auch französische Slavenfreunde sind geladen: Leroi Beaulieu, Victor Bérard, René Pinon und endlich Herr Stead, der sich bekanntlich für alles begeistert.

In Toronto ist Professor Goldwin Smith gestorben, der tapfere Vorkämpfer für die politische Selbständigkeit Kanadas. Er schrieb unter dem Pseudonym „The bystander" in kanadischen und amerikanischen Blättern und war als Publizist ersten Ranges hoch angesehen. Wir werden seine stets sachkundigen Ausführungen sehr vermissen. Wie es scheint, ist Kanada im Begriff, sich von England eine selbständige konsularische Vertretung zu erwirken, was ein weiterer Schritt zu der wirtschaftlichen Emanzipation des Landes wäre, wie sie schon beim Abschluß der jüngsten Handelsverträge sich praktisch geltend machte.

23. Juni 1910. König Ferdinand und Gemahlin in Paris.
25. Juni. Kaiser Franz Joseph eröffnet den ungarischen Reichstag.
26. Juni. Konstituierung des Ministeriums Teixera de Souza in Lissabon.
Note der Schutzmächte an die Türkei: Sie werden die Souveränität der Türkei in Kreta aufrecht erhalten.
28. Juni. Rücktritt des Fürsten Radolin, Staatssekretär Freiherr von Schön sein Nachfolger als Botschafter in Paris. Herr von Kiderlen-Waechter wird Staatssekretär im Ausw. Amt.

29. Juni 1910.

Das enfant terrible des russischen Journalismus, Herr Menschikow, beschäftigt sich in der „Nowoje Wremja" vom 21. Juni mit der Kretafrage. Er ist mit der offiziellen Politik Rußlands und namentlich mit dem jüngsten Vorschlag Iswolskis, nicht nur Schiffe nach Kreta zu schicken, sondern auch die Insel durch Schutztruppen zu besetzen, im höchsten Grade unzufrieden. Unter dem Vorwande, die Christen zu schützen, würden in Wirklichkeit türkische Interessen gefördert.

„Die zusammenbrechende Türkei wird mit viel Kunst vor dem „Krach" gerettet und man darf daher wohl fragen, ob es unter den so wesentlich anders gewordenen Verhältnissen Rußlands würdig ist, noch ferner den Titel einer Schutzmacht zu tragen? Welche Vorteile fallen uns dadurch zu, daß wir in der Türkei gewaltsam Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten?"

Die Tatsache, daß noch drei andere Mächte als Schutzmächte figurieren, könne nicht als Rechtfertigung aufgeführt werden. England, das in aller Welt gewöhnlich die Einmischungen anrege, stecke auch hier dahinter, und er wolle es ihm nicht zur Schuld anrechnen. Die Lage Englands sei eben eine ganz außerordentliche. Der Besitz einer ungeheuren Flotte nötige, Beschäftigung für dieselbe zu suchen, und deshalb übernehme es England so gern, irgend jemanden zu beschützen, und aus Freundschaft, ohne jedes Opfer an Blut, habe sich daraus z. B. für die Türkei der Verlust von Cypern und

Aegypten ergeben. Mit den Schutzmächten Frankreich und Italien stehe es etwas besser, sie seien Mittelmeermächte und könnten ohne übermäßige Kosten dort ihre Interessen geltend machen, was in betreff Rußlands nicht der Fall sei. Unter Nikolaus I. habe Rußland ebenfalls zu den Schutzmächten der Türkei gehört, das habe aber zu Ende der Regierung des Kaisers zu dem erstaunlichen Resultat geführt, daß die andern Schutzmächte sich zusammen taten und über Rußland herfielen. Daran knüpft sich der folgende Ausfall gegen Iswolski, den wir wörtlich hersetzen:

„Ich beuge mich vor dem Genius unseres Ministers des Auswärtigen, der in ganz Europa frühstückt, als ob er dort zu Hause wäre, aber ich erlaube mir daran zu zweifeln, daß die Fortsetzung dieser Politik nützlich ist. Das Londoner Kabinett hat einen Vorschlag Frankreichs in dieser Angelegenheit direkt abgelehnt; Deutschland und Oesterreich aber enthalten sich klüglich jeder Einmischung in fremde Angelegenheiten, gleichviel, ob es sich um türkische oder um griechische handelt. Das hat nicht verhindert (vielleicht sogar befördert), daß Deutschland den ersten Sessel am Bosporus einnahm . . . und daß Oesterreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina einsteckte. Es ist Zeit, daß auch wir uns ernstlich fragen: Was bedeutet denn die Insel Kreta für Rußland, selbst wenn das Königreich Griechenland als Zugabe mitkäme? Mit diesem, in Wirklichkeit uns feindseligen Königreich verbinden uns nur dynastische Bande, deren hohe Bedeutung die Hellenen von heute nicht zu schätzen verstanden haben . . . . Dieses radikalste aller rechtgläubigen Völkchen beantwortet unsere Wohltaten mit bitterem Haß gegen alles Slavische im allgemeinen und gegen Rußland insbesondere. Nun hat der Haß oder die Liebe dieses Heldenlandes für Rußland zwar nur eine rein akademische Bedeutung. Wir sind den Griechen trotz ihres Hasses wohlgeneigt; das gewaltige russische Volk muß aus moralischen Gründen die Vereinigung Kretas mit Griechenland wünschen. Ist das aber der Fall, wie läßt es sich erklären, daß wir diesem gerechten Wunsche Griechenlands entgegentreten? . . . Welche Gefühle erwecken wir bei den Griechen, wenn wir die souveränen Rechte der Türkei aufrecht erhalten: Dankbarkeit oder Flüche? Nun wird ein Verehrer von Herrn Iswolski sagen, „wir besetzen Kreta ja zum Besten der Kreter; wir schützen sie vor türkischem Terrorismus.

Jetzt ist Kreta autonom wie unser Finnland, was will man mehr. Sie mögen loben und Gott danken!" Darauf möchte man fragen: Habt ihr denn eine Vollmacht der Kreter, ihr Land zu besetzen? Sind sie mit ihrem jetzigen Schicksal zufrieden? Nein und aber nein! Die Kreter wollen nicht Autonomie, sondern volle Freiheit, und viele von ihnen möchten ihr Leben hingeben, um diese Freiheit zu erkämpfen. Ich meine, das ist ihre innere Angelegenheit und die der Türken, und fremde Mächte sollen sich darin nicht einmischen. Staatliche Unabhängigkeit, natinale Einheit, sind so hohe Güter und Völker, die sie verloren haben, verlangen so heiß danach, daß keine Autonomie sie befriedigt, ganz wie unser Finnland das jetzt völliger Unabhängigkeit zustrebt."

Menschikow führt ganz richtig weiter aus, daß Kreta sich der Okkupation nicht widersetzen werde, weil es nicht gegen vier Großmächte kämpfen könne: werde aber die Okkupation einmal aufgehoben, so müsse sofort ein neuer Aufstand folgen. Sie gravitieren zu Griechenland, die Schwerkraft entscheide. Ebenso unzufrieden wie die Griechen seien aber auch die Türken mit der Okkupation. Die Türkei meine selbst mit den „Unruhen" fertig werden zu können, und es lasse sich nicht leugnen, daß die souveränen Rechte der Türkei verletzt würden. Okkupation sei verhüllte Eroberung. Geniale Diplomaten, wie Iswolski, werden freilich beweisen, daß eine Okkupation durch Fremde noch keine Verletzung souveräner Rechte bedeute. Aber Bosnien, Herzegowina und Ägypten seien nicht vergessen und führten zu anderen Schlüssen. Was Menschikow fürchtet, ist, daß die ganze Erbitterung der Türken sich gegen Rußland richten werde und über kurz oder lang ein Krieg an der transkaukasischen Grenze entbrennen könne.

Nun wird Herr Menschikow sich inzwischen beruhigt haben. Sir Edward Grey hat den russischen Vorschlag abgelehnt wie vorher den französischen, und es bleibt bei dem englischen Gedanken, daß Kriegsschiffe der vier Schutzmächte, wie so lange Jahre vorher, das in Kreta aufrechterhalten, was man die Ordnung zu nennen sich gewöhnt hat. Über die letzten Absichten der Schutzmächte sind wir trotz allem nicht orientiert, denn es handelt sich nur um einen momentanen Erfolg: der drohende Krieg zwischen der Türkei und Griechenland soll verhindert werden, und das läßt sich sonder Zweifel

mit den bisher gebrauchten Mitteln noch für längere Zeit erreichen. Wie aber der Ausgang sein soll, darüber stehen Ansichten und Wünsche der Ententemächte sehr entschieden auseinander. Frankreich wünscht ein Definitivum, um die Insel den Türken zu erhalten, deren Wohlwollen in Paris weit höher geschätzt wird als das der Griechen, die nichts oder wenig zu vergeben haben. In England wird aber kein Hehl daraus gemacht, daß es sich nur um ein Manöver handelt, das in die endgültige Vereinigung Kretas mit Griechenland ausmünden soll. „Schließlich müssen die nationalen Wünsche der Kreter erfüllt und die Einigung mit Griechenland muß vollzogen werden", „the union with Greece, must be consummated" schreibt die offiziöse „Westminster Gazette" vom 14. Juni, und am folgenden Tage hat Sir Edward Grey in einer kunstvollen Rede, die in bewunderungswürdiger Weise mit den englischen Sympathien für die Türkei und den gleich lebhaften Sympathien Englands für die Griechen wie für die muselmanischen und für die christlichen Kreter Fangball spielte, doch dem Parlament nicht verhehlt, daß der Ausgang die Annexion Kretas durch Griechenland sein werde. Nun hat er den Satz nicht positiv, sondern negativ formuliert. Es kann, sagte er, meiner Ansicht nach keine Rede davon sein, daß die Annektierung durch Griechenland im jetzigen Augenblick die endgültige Lösung wird „there can, in my opinion, be no question of annexation to Greece as a definite solution at the present time". Also doch wohl später, und es handelt sich zurzeit offenbar nur darum, die Türken davon abzuhalten, selbst ein Definitivum zu schaffen, was ja in ihrer Hand lag und vielleicht noch liegt, sobald sie mit einem festen Entschluß an das Problem herantreten und von ihrem unantastbaren souveränen Recht Gebrauch machen. Aber wir bestreiten nicht, daß der günstige Augenblick vielleicht schon verpaßt ist. Vor vier Wochen lagen die Verhältnisse unvergleichlich viel günstiger für die Türkei. Liegen erst die Linienschiffe der Schutzmächte in der Sudabai, oder ist erst der heute abgelehnte Iswolskische Antrag auf militärische Besetzung der Insel Wirklichkeit geworden, so wird die Insel für die Türkei als verloren gelten müssen. Die für eine türkische Regierung gefährliche Konsequenz dieser Tatsache liegt aber darin, daß sich durchaus nicht absehen läßt, weshalb die übrigen Inseln des Archipels nicht dem Beispiel der Kreter folgen sollten. Samos z. B. zeigt schon heute

die größte Neigung, diese Wege zu gehen, und auch andere Inseln könnten sich der Hoffnung hingeben, daß auch für sie ein Konsortium von Schutzmächten eintritt, das der Türkei gegenüber als Schild dient.

Summasummarum, wir sind der Meinung, daß das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten eines selbständigen Staates mit Notwendigkeit zu einer Verletzung völkerrechtlicher Grundsätze führt und an sich unsittlich ist. Sobald man diese Frage ohne Voreingenommenheit durchdenkt, ist es nicht möglich, zu einem andern Schluß zu gelangen. Keine der Schutzmächte hat eigene Rechte auf Kreta zu verteidigen und die politischen Vorwände — Furcht vor einem Konflikt in Mazedonien — kommen heute, da die bulgarische Frage im wesentlichen gelöst und die Türkei stark genug ist, sich selbst zu behaupten, ernstlich nicht mehr in Betracht. Aber allerdings, es läßt sich stets ein Mittel finden, Konfliktsmomente zu schaffen. Gerade jetzt liegt dafür ein, ich möchte sagen klassisches Beispiel vor. Der bulgarische „Telegraph" verbreitete vor einigen Tagen die Nachricht, daß im Wilajet Bitolje die Türken sich unerhörte Gewaltsamkeiten den Serben dieses Gebiets gegenüber zuschulden kommen ließen. Was in Wirklichkeit im Wilajet Bitolje vor sich geht, hat aber schon am 21. Juni, also vor dem Alarmruf der Bulgaren, ein russisches Blatt, der „Golos Moskwy", uns in einer Korrespondenz aus Bitolje verraten. Diese Korrespondenz berichtet nämlich in höchster Sorge, daß im Wilajet ein Konflikt zwischen Serben und Bulgaren bevorstehe. Der Patriarch von Konstantinopel hat nämlich, wie es sein gutes Recht ist, einen Bischof für den Sprengel Dibra-Kitschewo ernannt. Die Wahl ist auf einen Serben Warnawa (Barnabas) gefallen, und das ist es, was die Bulgaren erregt. Die Verhältnisse im Wilajet Bitolje liegen nämlich ähnlich wie in Mazedonien. Auch da stehen Bulgaren und Serben national und kirchlich einander als Rivalen gegenüber. Die Serben als die Schwächeren werden von der Pforte unterstützt, und die Bulgaren, die gegen einen griechischen Bischof auf diesem Boden nichts einzuwenden haben, fürchten im höchsten Grade die von einem serbischen Bischof geleitete Propaganda, da es in dessen Händen liegt, die Pfarren mit serbischen Priestern zu besetzen und dadurch die Bulgaren unmerklich durch die Kirche zur serbischen Nationalität überzuführen. Das Wilajet Bitolje aber gehört ebenso zum Kampfesfelde

der feindseligen serbisch-bulgarischen Brüder, wie jeder andere Fleck Erde auf der Balkanhalbinsel, wo ihre Sitze aneinanderstoßen. Auch das ist eine Illustration zu dem bevorstehenden Slavenkongreß in Sofia. Alle slavischen Völker ohne Ausnahme haben in der Theorie große Worte zur Hand, um für die Verbrüderung und die politische Einigung der „Brudervölker" einzutreten, in der Praxis des politischen Lebens sind sie Gegner und alle von der gleichen Hoffnung beseelt, auf Kosten der übrigen der einigende Faktor zu werden. Der Schluß, zu dem diese Tatsachen führen, die in anderer Form sich stets aufs neue wiederholen, ist wohl der, daß wir nicht stabilen, sondern werdenden Verhältnissen gegenüberstehen, deren schließliche Wendung keineswegs vorherzusehen ist, von denen wir aber verstehen, daß sie trotz der guten Worte, die der Türkei von allen Seiten gegeben werden, in der hohen Pforte ein Gefühl der Sicherheit nicht aufkommen lassen. Die junge Türkei hat noch weit mehr Ursache als die alte, dafür Sorge zu tragen, daß sie fest auf eigenen Füßen stehe.

Inzwischen hat eine große Wandlung sich in dem Allianzsystem der großen Mächte bereits vollzogen. Der russisch-japanische Vertrag, auf dessen Wahrscheinlichkeit wir schon lange hingewiesen haben, ist jetzt perfekt geworden, und der offiziöse Telegraph weist darauf hin, daß daraus wohl ein Bündnis werden könnte. Sucht man die Frage zu beantworten, inwieweit eine solche Allianz auf die bestehenden Kombinationen einwirken könnte, so scheint ein oberflächlicher Blick dahin zu weisen, daß bei der bestehenden englisch-japanischen Allianz das Hinzutreten der Verbindung Rußland-Japan in Hinblick auf das russisch-englische Abkommen vom 30. August 1907 eine weitere Festigung einer russisch-englisch-japanischen Verbindung zeigt, die bei der gewaltigen Macht, die sie darstellt, bestimmt sein muß, ganz Asien zu beherrschen. Die genauere Erwägung ergibt jedoch eine andere Ansicht. Zunächst darf nicht vergessen werden, daß es drei Rivalen (um nicht zu sagen Feinde) sind, die sich die Hände reichen, daß die russisch-japanische Kombination zudem, wie auch Dillon in der „Contemporary Review" darlegt, als Gegengewicht gegen die Annäherung der Vereinigten Staaten an China gedacht ist. Eine antiamerikanische Politik aber kann England, trotz seines japanischen Bündnisses, nicht mitmachen; jedes englische Ministerium, das es damit versuchen wollte, würde über Nacht gestürzt werden. In

gewissem Sinne erscheint daher die russisch-japanische Kombination als ein Abrücken von England, was noch wahrscheinlicher wird, wenn man sich erinnert, daß England an der Aufrechterhaltung der offenen Tür im fernen Osten meist interessiert ist. Japan sowohl wie Rußland sind aber in der Praxis (nicht in der Theorie) ihrer Handelspolitik exkludierend. Noch bedenklicher erscheint uns, daß sich auf die Dauer ein Zusammenstoß Rußlands und Chinas — der stets weitere Kreise ziehen kann — schwerlich wird vermeiden lassen. Zu den alten Streitfragen ist jetzt eine neue in dem Grenzkonflikt von Urjänchai gekommen, über den der General Popow soeben ein Aufsehen erregendes Buch veröffentlicht hat. Es handelt sich um ein chinesisches Gebiet, das vom Altaigebirge südlich bis zum See von Kosse Gol reicht und an Umfang etwa dem Deutschen Reich gleichkommt. Es hat, wie Popow versichert, reiche Gold-, Asbest- und Kupferlager sowie andere wertvolle Mineralien und stößt direkt an die russische Grenze. Die von China abhängige Bevölkerung ist nomadisch und soll einmal den ersten Romanow als ihren Herrn anerkannt haben. Auch soll ein Grenzvertrag 1727 zu Butrinsk mit China abgeschlossen sein, von dem Popow behauptet, daß jene Nomaden ihn verletzt hätten. Sein Vorschlag ist nun der folgende:

„Wir müssen China erklären, daß das Land uns gehört, mag China beweisen, daß wir im Unrecht sind und uns die dokumentarischen Belege dafür vorbringen."

Das letztere wird wohl in ausreichender Form überhaupt nicht möglich sein, und es ist daher kaum daran zu zweifeln, daß jetzt, da Rußland sich vor Japan sicher fühlt, das Vordringen der russischen Grenzen in die Mongolei hinein in verstärktem Tempo vor sich gehen wird.

In Rußland hat die Finnlanddebatte jetzt im Reichsrat ihr Ende gefunden und trotz der recht ernst zu nehmenden Opposition ist die Regierungsvorlage angenommen worden.

Die große Rede, welche der Ministerpräsident Stolypin gehalten hat, vertrat den Standpunkt, daß die Staatsraison den Versprechungen des Monarchen vorzugehen habe, wie er denn schon in einer früheren Rede mit erstaunlicher Unbefangenheit darauf hinwies, daß die Ostseeprovinzen sehr viel weitere, feierlich beschworene und im Nystader Frieden völkerrechtlich bestätigte Privilegien gehabt hätten, und von

ihnen heute doch nichts übrig geblieben sei. Die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, aber sie bestätigt nur den von uns oft hervorgehobenen Fundamentalsatz, daß das Rechtsgefühl dem russischen Genius fremd ist, und durch die Kategorien „verboten" und „erlaubt" ersetzt wird. Bekanntlich ist nichts wandelbarer und widerspruchsvoller als russische Gebote und Verbote, Gesetze und Verordnungen, zwischen denen sich mit Virtuosität zu bewegen die eigentliche Kunst der russischen Bureaukratie ist; in dieser Hinsicht und in dem Fehlen des Verständnisses für Rechtsbegriffe steht die Duma aber der Bureaukratie in nichts nach. Um so mehr haben wir uns gefreut, im Reichsrat die ernste Stimme von Männern zu hören, die sich auf den europäischen Standpunkt zu stellen den Mut hatten.

Die neueste Wendung des russischen „Rechtsgefühls" geht gegen die deutschen Kolonisten in Wolhynien, die als Vorposten der deutschen Armee geschildert werden, und denen deshalb der Erwerb von Grundbesitz außerhalb der Städte verboten werden soll. Man hofft, sie dadurch allmählich aus dem Lande zu drängen. Wie wir hören, soll der Entwurf zu einem analogen Gesetze für die Ostseeprovinzen bereits ausgearbeitet werden: ein neues Zerstörungswerk, das gewiß den Beifall der Duma finden wird. Das sind eben die Früchte der neuen russischen „Freiheit". Aber wir sind gespannt zu hören, was die russische Presse dazu sagen wird, daß in der Hellfeldaffäre die Zwangsvollstreckung nunmehr endgültig abgelehnt worden ist. Sie haben einen so ungeheuren Lärm über die Parteilichkeit der deutschen Gerichte erhoben, solange der Prozeß noch im Gange war, daß man jetzt wohl erwarten dürfte, daß sie revozieren und deprezieren.

Der Konflikt der Kurie mit der spanischen Regierung nimmt einen akuten Charakter an. 62 spanische Prälaten haben gegen die Kirchenpolitik Canalejas protestiert und im Einvernehmen mit der Kurie auch das Dekret vom 10. Juni verworfen, das den Dissidenten Freiheit des Kultus verliehen hat. Es läßt sich aber nicht übersehen, daß die spanische Regierung in ihrem Kampf gegen den Klerikalismus sich in einer Notlage befindet, die durch die massenhafte Übersiedelung geistlicher Kongregationen aus den Philippinen und aus Frankreich nach Spanien entstanden ist. Aber eine Gefahr bedeuten diese Gegensätze trotzdem, da die Regierung nebenher noch durch das Bündnis der Republikaner mit den Karlisten bedroht wird. König Alfonso

befindet sich tatsächlich in einer furchtbar schwierigen Lage. Nicht leichter ist die Lage König Manuels von Portugal; wir befürchten durchaus, daß es in nicht allzu ferner Zukunft hier wie dort zu einer Katastrophe kommen könnte, zumal die anarchistischen Elemente noch ihre besondere blutige Politik verfolgen. Das gibt eine Gesamtlage, für deren Gesundung ein Heilmittel bisher von keinem Staatsmann gefunden worden ist.

30. Juni 1910. Vertagung von Reichsrat und Duma zum 28. Oktober.
1. Juli. Demission des dänischen Ministeriums Zahle. Krawalle in Paris bei der Hinrichtung des Mörders Liabeuf.
2. Juli. Furchtbarer Waldbrand in Kanada.

---

6. Juli 1910.

Die „Westminster Gazette", das Organ des regierenden englischen Ministeriums, ironisiert die jetzige innerpolitische Lage Englands in ihrer Nummer vom 30. Juni durch folgendes Schreiben:

„Aufgefangener Brief XIX. Von Sulla, dem Konföderierten, seinem Chef Catilina.

Mein lieber Catilina! — Du kennst mich zu gut, als daß ich mich über die Gefühle länger verbreiten müßte, die mir die verhängnisvolle Wendung einflößt, welche die Geschäfte genommen haben. Käme es auf mich an, so würde ich sofort einen Tag des Fastens und der Buße für die unionistische Partei ansagen. Friede! Du weißt, wie ich das Wort hasse. Versöhnung! Du weißt, wieviel salbungsvolle Schwäche es verbirgt. Ich kann mich kaum beherrschen, wenn ich sehe, wie die sanften Quäker unserer Partei über ihren Patriotismus und unsere Pflicht Opfer zu bringen, schwätzen, damit ihnen nicht die Köpfe gebrochen werden. Denn darum, mein lieber Catilina, handelt es sich. Gerade als die Cobdeniten in unserer Gewalt waren, als die Vorsehung sie in unsere Hände geliefert zu haben schien, da sollen wir uns zu ihnen setzen und mit ihnen erwägen, unter welchen Bedingungen es ihnen gefallen wird, unsere Peers zu verschonen. Hat es jemals etwas Demütigenderes gegeben? Als ob wir das geringste Interesse daran hätten, was aus den Peers wird, wenn wir nicht in der Tariffrage durchdringen; oder als ob irgend etwas, das die Mandarine in ihrer Konferenz zustande bringen, auch nur ein Zehntel des Schadens gut machen könnte, der entsteht, wenn die Cobdeniten siegen.

Aber diese Mandarine sind unverbesserlich. Jede neue Woche denke ich, daß sie alle Möglichkeiten der Unfähigkeit und des Unverstandes erschöpft haben, und dann geschieht etwas Neues, was grundlose Tiefen enthüllt. Natürlich wird, wie immer, gesagt, der „liebe Arthur" sei so klug, daß er alle zusammen und jeden einzeln unterkriegen wird, aber ich frage Dich, wann hat es je eine Niederlage der Unionistenpartei gegeben, der diese Erwartung nicht vorausging? Wenn wir uns durchaus blamieren sollen, wäre es doch besser, mit offenen Augen in das Sprechzimmer von Asquith-Lloyd George zu gehen. Jetzt stecken alle Mandarine der beiden Lager die Köpfe zusammen und verkünden dem Lande, daß die Frage der Peers *die* sei, der alle übrigen Fragen untergeordnet werden müßten. *Wir* aber sollen inzwischen nicht roh und vulgär sein, damit die heilige Ruhe, die für ihre Meditationen unerläßlich ist, nicht durch den Lärm unserer Kämpfe gestört werde. Und doch ist es, wie Du und ich wissen, für unsere Kampagne unerläßlich, daß wir dem britischen Publikum die Überzeugung beibringen, *daß der Tarif die Frage der Fragen ist*, die Frage, von der die Einheit des Reiches und die Existenz des Landes abhängt, die Frage, vor der das Geschwätz über Lords und Commons völlig unbedeutend ist. Wie, frage ich Dich, werden wir dem Volk das glaubhaft machen, wenn *unsere* „großen Führer" — Gott steh uns bei — geschäftig mit *ihren* „großen Führern" konspirieren, um jedermann einzureden, daß nichts von Belang ist, als was sie im Sitzungssaal des Prime Minister beraten. Und dabei weiß niemand, worüber sie reden. Es gilt sogar als unverschämt, danach zu fragen.

Ich sehe zwei Auswege aus dieser Affäre — beide unheilvoll für uns, wenn wir es dazu kommen lassen. Entweder verständigen sie sich, in diesem Fall werden die nächsten zwei Jahre damit hingehen, die Maschinerie der neuen Ordnung in Gang zu bringen, und dann wird man uns wieder sagen, daß es roh und vulgär ist, von irgend etwas anderem zu reden. Oder aber, sie verständigen sich nicht, und in solchem Fall gibt es eine neue konstitutionelle Explosion und wir treten nochmals vor das Volk mit den Peers am Halse. Es gibt aber noch eine dritte Möglichkeit, die Publius Spurius Brummagensis, wie er mir sagt, am meisten fürchtet: Daß nämlich unsere Mandarine ihre gemäßigten mit einem Programm fangen,

das beide Parteien zerbricht, und eine Whig Junta zur Macht für das nächste halbe Dutzend Jahre führt. Siehst Du sie nicht auf den vorderen Bänken sitzen, die feierlichen, sauerblickenden, gewichtigen, höflichen Nichtigkeiten, die sich täglich Schmeicheleien sagen wegen ihres gesunden Menschenverstandes und des ungeheueren Dienstes, den sie dem Lande erweisen, indem sie uns und die Radikalen zugleich stürzen.

Mir persönlich ist nur zweifelhaft, ob A. J. B. durch diese „schweren Väter" nicht so gelangweilt wird, daß er es nicht länger als einige Wochen aushält; aber Spurius hat Recht, wenn er sagt, daß die Konferenz ihm (B.) eine einzigartige Gelegenheit bietet, jedermann zu beseitigen, immer vorausgesetzt, daß er auch seine Peers preisgibt. Bringt er das wirklich fertig, so kann er mit einem Programm hervortreten, das 1. verhängnisvoll wäre für die Radikalen, 2. dem Lande höchst plausibel erscheinen würde, 3. von der Regierung den rechten Flügel ablösen, 4. unsere alte Nobility rasend machen, und 5. den Weg für eine Whig-Koalition bereiten würde, die uns 6. in eine Königliche Kommission verbannen würde.

Spurius ist vielleicht in seinen Ideen etwas romantisch, aber welchen Ausweg ich auch suchen mag, ich komme stets auf eine dieser widerwärtigen Alternativen zurück. Bitte, sage mir, was wir tun sollen, denn in dieser Lage sehe ich für uns nichts als völligen Ruin. Dein tiefbetrübter Sulla."

Wir wollen die klassischen Erinnerungen der „Westminster Gazette" über die Beziehungen von Sulla und Catilina nicht pedantisch korrigieren. Briefschreiber und Adressat sind benannt worden, um den Weg, der von der Reaktion zum Umsturz führt, anzudeuten. Das Charakteristische ist, daß das Organ der Liberalen, wie uns scheint mit Recht, die Tariffrage als das eigentliche Kampfobjekt hinstellt, und das Eintreten der Unionisten für das Haus der Lords als Maske. Anderseits ist die notorische Unzufriedenheit eines nicht geringen Teils der Unionisten mit der Führung Balfours — man denke an die wenig urbanen Angriffe, die die „National Review" schon lange gegen ihn richtet — geschickt ausgenutzt worden, um der Reform des Oberhauses, als Objekt minoris momenti, den gehässigen Charakter zu nehmen, der ihr beigemessen worden ist. Endlich soll die Hoffnungslosigkeit der Unionisten und die Gefahr gezeichnet werden, die ein

Kompromiß bringen könnte. Daß eine Verständigung der acht Mitglieder der „Versöhnungskonferenz“ unwahrscheinlich ist, entspricht den tatsächlichen Verhältnissen und wird in anderen Ausführungen der „Westminster Gazette“ ausdrücklich hervorgehoben. Es ist bereits jetzt fast unmöglich, den für die Dauer der Konferenz zwischen beiden Parteien geschlossenen Waffenstillstand aufrecht zu erhalten. Sollte, wie befürchtet wird, das Parlament Ende dieses Monats auseinandergehen, ehe die Entscheidung in der Konferenz gefallen ist, und dann bis zum nächsten Februar vertagt werden, ohne offiziell das Ergebnis der Verhandlungen des Komitees der 8 erfahren zu haben, so wird die Lage unleidlich und unhaltbar. Was sich dem Beobachter, der nicht inmitten dieser Kämpfe steht, aufdrängt, ist die trostlose Verwirrung der Lage, die wohl auf lange hinaus mehr als alles übrige das leidenschaftliche Interesse der Engländer in Anspruch nehmen wird.

Sorge bereitet in England die Entwicklung der Verhältnisse in Kanada, das immer mehr dahin drängt, dem Mutterlande gegenüber eine weitergehende Selbständigkeit zu erlangen. So berichtet die in Montreal erscheinende „Patrie“, daß der Ministerpräsident, Sir Wilfrid Laurier, wenn er zur nächsten Reichskonferenz nach London fahren wird, dort die Frage der diplomatischen Stellung der großen autonomen Kolonien zur Sprache bringen werde. Es handelt sich in erster Linie darum, die Stellung der auswärtigen Vertreter in Kanada zu regeln und die Verbindung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten dadurch zu erleichtern, daß die Verhandlungen zwischen der britischen Kolonie und der großen Republik fortan ohne britische Vermittlung stattfinden. Sollte aber Laurier mit seinen Plänen durchdringen, so kann kaum zweifelhaft sein, daß das Beispiel Kanadas, mit den durch die geographischen Verhältnisse gebotenen Modifikationen, auch in Südafrika, Australien und Neu-Seeland Nachahmung finden wird. Es liegen aber zwischen England und Kanada noch andere Gegensätze vor. Die kanadische Regierung weigert sich, den Auswurf der englischen Stadtbevölkerung als Ansiedler zuzulassen, was in England sehr verstimmt hat, während andererseits in Kanada die Drohung einiger englischen Finanzleute böses Blut gemacht hat, daß, wenn Kanada die britische Flotte nicht materiell unterstütze, das englische Geld aufhören würde, nach Kanada zu fließen. Man ist

eben sehr empfindlich geworden, und teilt offenbar nicht die erstaunliche Ansicht, zu der jüngst der Finanzminister Lloyd George sich bekannt hat, daß das Anwachsen unserer Flotte, deren Bauprogramm er um 50 v. H. verringert sehen möchte, England zu neuen Rüstungen nötige. Wir hatten gehofft, daß diese Frage nun endlich vom Programm, wenigstens der englischen Minister, schwinden werde, aber wie wir zu unserem Bedauern feststellen müssen, ist die Wandlung zum Bessern, die nach dem Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London einzutreten schien, nur eine vorübergehende gewesen. Man rüstet sich offenbar zu einer neuen Kampagne gegen uns. Wir bedauern das umsomehr, als das Anglo German Friendship Committee, das Albert Committee und der Erzbischof von Canterbury neuerdings sehr eifrig dem englischen Flottenchauvinismus entgegenarbeiten. Der Erzbischof hat die kirchlichen Gemeinden zu Aeußerungen über die deutsch-englischen Beziehungen aufgefordert und in derselben Frage sollen 50000 Rundschreiben an Personen versandt werden, die im kirchlichen Leben bedeutende Stellungen einnehmen. Solch eine Agitation geistlichen Charakters hat in England zwar größere Aussicht als bei uns, einen wichtigen Einfluß auszuüben, daß sie aber in die Kreise der Politiker hineinreicht, in deren Händen die Entscheidung ruht, ist sehr unwahrscheinlich. Sie folgen den säkularen Traditionen, von denen die Geschichte Englands redet und mit ihnen, nicht mit den stets vorhandenen humanitären Bestrebungen weiter Kreise der Nation, haben wir zu rechnen. Es wäre aber zu wünschen, daß der vortreffliche Aufsatz, den der Admiral z. D. Kalau vom Hofe in den „Grenzboten" über Abrüstungs- und Flottenfragen veröffentlicht hat, auch in England bekannt würde. Wohlgesinnte Blätter, wie der „Daily Chronicle", könnten sich dadurch ein wahres Verdienst erwerben.

Seit dem 2. Juli weilt der Zar Nikolaus II. in Riga, um der Enthüllung eines Denkmals beizuwohnen, das die Stände des Landes seinem großen Ahnherrn Peter errichtet haben; diesem dankten Estland und Livland ihre kapitulationsmäßig, und durch den Nystadter Frieden völkerrechtlich gesicherte Sonderstellung über deren Zusammenbruch der Ministerpräsident Stolypin sich jüngst so — sonderbar geäußert hat. Es mag daher der Inhalt dieser Sonderrechte in ihren wesentlichen Punkten der leicht vergessenden Gegenwart ins Gedächtnis gerufen werden. Sie enthalten nichts, was nicht noch heute mit den

recht verstandenen Interessen Rußlands im Einklang stände: Der Zar garantiert für sich und seine Nachfolger:

Gewissensfreiheit und evangelische Konfession, frei auf ewige Zeiten von jeder Beschwerung durch geistliche und weltliche Präscripta, Zensuren, Menschensatzungen und Turbierung.

Deutsche Obrigkeit, deutsches Recht, deutsche Verwaltung, den status provincialis, die Verfassung der Stadt (Riga und Reval) nebst allen alten Kompetenzen.

Von alledem ist heute fast nichts mehr übrig geblieben und was nachblieb, steht unter dem Damoklesschwert der doppelten Willkür der Duma und der regierenden Bureaukratie, als deren Werkzeug Wort und Unterschrift des Zaren mißbraucht werden. Diese Unterschrift ist jetzt, wahrscheinlich eben in Riga, auch unter das Todesurteil gesetzt worden, das Duma und Reichsrat über die finnländische Verfassung gesprochen haben. In der Tat: „Eide brechen wie Glas", wo sie nicht als ein heilig zu haltendes Erbe, sondern als ein Hindernis nivellierender und geistloser Gleichmacherei betrachtet werden. In den baltischen Provinzen reiften als Früchte dieser Zerstörungsarbeit die lettische und die estnische Revolution; wer mag vorhersehen, welche Früchte sie in Finnland tragen wird? Die jetzt in die Ferien gegangene russische Volksvertretung, die unter dem Bann ihrer nationalistischen Überhitzung so sehr stand, daß sie den für die unerläßlichen Arbeiten am Revaler Hafen verlangten Kredit versagte, weil die baltischen Abgeordneten nicht jener Finnlandvorlage zugestimmt hatten, befindet sich selbst in einem Stadium der Zersetzung. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die bisher vorherrschende Fraktion der Oktobristen ihre Stellung behauptet; sie bröckelt nach links und nach rechts ab und was nachbleibt, wird machtlos sein. Ebenso unsicher ist die Zukunft der extremen Rechten, die gleichfalls dem nationalistischen Moloch zum Opfer fallen muß, wenn sie sich nicht zu einer wahrhaft konservativen, die demagogischen Elemente abschüttelnden Rechtspartei umbildet, also die Rolle übernimmt, welche zu spielen die Oktobristen sich unfähig erwiesen haben. Das alles weist auf eine wenig hoffnungsvolle Entwicklung für die Zukunft hin, was, kombiniert mit der unruhigen auswärtigen Potlitik Herrn Iswolskis, im Effekt nur die Interessen der äußersten Linken fördern kann und neue krampfhafte Erschütterungen nicht ausschließt.

Über die Notwendigkeit, die Disziplin in der russischen Armee zu stärken, gibt der „Raswjedschik", Organ des russischen Kriegsministeriums, sich interessanten Betrachtungen hin. Er geht von einem Vorgang während des letzten Krieges aus: Eine Kompagnie Infanterie sollte Kosaken auf einer Position ablösen, die beschossen wurde. Die Kompagnie blieb jedoch hinter einem Hügel stehen und war weder durch Befehle, noch durch flehendes Bitten, noch endlich durch die Flüche des alten Kompagniechefs zu bewegen, auch nur einen Schritt weiter zu gehen, obgleich sie bisher noch nicht einen Mann verloren hatte. Darauf ging der alte ehrenfeste Hauptmann, von nur einem Feldwebel begleitet vor. Beide fielen nach einiger Zeit vor dem Feinde, aber auch danach rührte die Kompagnie sich nicht.

„Das, schreibt der „Raswjedschik", ist die Frucht der in Friedenszeiten versagenden eisernen Disziplin. Was aber sehen wir heute? Die Disziplin nimmt stetig ab; die Fälle von Ungehorsam nehmen zu, aus den Reihen der Soldaten erstehen Horligens (was etwa dem Begriff entspricht, den die Franzosen mit dem Wort „Apaches" verbinden), mit denen sich nichts anfangen läßt, da alle ernsten Mittel fehlen, um sie zu bekämpfen; das alles wird in Kriegszeiten eine reiche Ernte geben, wenn man die Ansteckungsgefahr nicht in der Wurzel vernichtet. Unsere Kriegsgerichte aber mit ihren Sprüchen, die nicht die Bedürfnisse des wirklichen Lebens, sondern eine kasuistische Auslegung der Gesetze zur Richtschnur nehmen, und rein formalistisch sind, schwächen vollends die bereits ganz untergrabene Disziplin."

Zu dieser Ausführung, die ganz unseren Nachrichten entspricht, bemerkt der „Golos Moskwy":

„Das alles ist ganz richtig, es scheint uns aber, daß es fast unmöglich ist, bei der kurzen Dauer der Dienstzeit den Soldaten die für Kriegszeiten erforderlichen Eigenschaften zu geben, wenn die Schulbank sie dazu nicht vorbereitet hat. Eine auf Furcht vor Strafe gegründete Disziplin wird im Kriege nicht das leisten, was von ihr gefordert wird."

Wir wollen eine gewisse Allgemeingiltigkeit dieses Satzes nicht bestreiten, müssen aber doch daran erinnern, daß die russischen Soldaten sich nie tapferer geschlagen haben, als in den, nicht allzuweit zurückliegenden Jahren, da Knute und Spitzruten als Erziehungs-

werkzeuge benutzt wurden. Nicht nur die Individuen, auch die Völker wollen individuell behandelt werden!

Der jetzt publizierte japanisch-russische Vertrag führt sich als eine Vereinbarung zur Aufrechterhaltung des status quo im fernen Osten ein. Aber wie nichtssagend ist der Begriff des status quo im Orient geworden? Er ließe sich als eine langsamere Form der Durchbrechung geltender Rechts- und Territorialbestände charakterisieren, wie er sich z. B. in Korea vollzogen hat und noch vollzieht, um in die völlige Annektierung dieses „Kaiserreichs" durch Japan auszumünden, was bekanntlich eine Frage nächster Zukunft ist. Genau dasselbe aber läßt sich von den zweifellos chinesischen Provinzen der nördlichen und der südlichen Mandschurei sagen. Sie sind bestimmt, früher oder später russisch resp. japanisch zu werden. Auch der status quo in Kreta, den nördlichen Balkanstaaten, Persien und Ägypten trägt diesen Charakter: der Unterschied liegt nur in der Größe der Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um diesen Begriff in sein Gegenteil zu verwandeln. Man ermüdet schließlich, die einzelnen Stadien dieses Prozesses zu verfolgen und sehnt sich nach einer endlichen Entscheidung, die zu festen und klaren Normen der politischen Ordnung führt.

Nach den letzten Improvisationen des Generals Moinier in Marokko, die ihn 200 Meilen aus dem Okkupationsgebiet hinausgeführt haben, müßte man befürchten, daß auch der status quo in Marokko bestimmt ist, ähnliche Wandlungen zu erfahren, wenn wir nicht wüßten, daß Herr Pichon sich höchst mißbilligend über den unternehmenden General ausgesprochen hat. Wir werden ja bald erfahren, welches die praktischen Folgen des Dissensus zwischen ihm und Moinier sein werden, unter allen Umständen halten wir es für gewiß, daß der territoriale status quo nicht um einen Zoll breit modifiziert werden wird.

In Frankreich bereiten sich offenbar bedeutsame Wandlungen vor. Das hat die Programmrede Briands am 27. Juni gezeigt, durch die er sich zum Führer der konservativen Elemente in der Republik aufgeworfen und den bisher herrschenden Radikal-Sozialisten den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Auch sein mutiges Einschreiten gegen die bei der Hinrichtung des Apachen und Zuhälters Liabeuf demonstrierenden Haufen des Pöbels, die von der C. G. T. und der „guerre sociale" vorgeschickt worden waren, zeigt, daß es ihm ernst

war mit jenem: Genug! Geht nicht weiter! das er in der Kammer seinen Bundesgenossen von ehemals, den Radikal-Sozialisten, mit dröhnender Stimme zurief. Wir dürfen darauf rechnen, daß er auf dieser Bahn weiter schreiten wird und es bleibt abzuwarten, wie weit seine Ministerkollegen sich geneigt zeigen werden, den großen Sprung mitzumachen. Wie wir hören, steht außer der Wahlreform auch eine große Verwaltungsreform in Frankreich bevor. Es handelt sich darum, die Präfekturen zu größeren Verwaltungseinheiten, etwa in der Art unserer Oberpräsidentschaften, zusammenzufassen, wobei soweit möglich, zu der alten historischen Einteilung der Provinzen zurückgegriffen werden soll. Damit dürfte eine Dezentralisation vorbereitet werden, die, wenn sie zu wirklichem Leben gedeiht, die überwiegende, schädliche Vorherrschaft von Paris brechen oder doch beschränken könnte. Sollte sich das bestätigen, so wäre ein wesentlicher Schritt getan, um Frankreich gesunderen politischen Verhältnissen zuzuführen.

7. Juli 1910. Vorstellungen Deutschlands in Petersburg wegen Übergriffe der russischen Grenzer auf preußischem Boden.
Entdeckung eines reaktionären Geheimbundes in Konstantinopel.
9. Juli. Zusammentritt der tretischen Nationalversammlung.
Demission des persischen Kabinetts.
12. Juli. Entdeckung revolutionärer Umtriebe in Havanna.

---

13. Juli 1910.

Admiral Mahan, der kein Engländer von Geburt ist, sondern 1840 im Staate New-York das Licht der Welt erblickte, heute also ein alter Herr von 70 Jahren ist, hat sich das sehr zweifelhafte Verdienst erworben, in das verglimmende Feuer des englischen Mißtrauens gegen Deutschland frisches Öl zu gießen, so daß es heute in neuer Glut wieder auflodert. Mahans Ausführungen finden sich in einem Artikel „Britannien und die deutsche Flotte", der am 4. Juli in der „Daily Mail" erschien und den dieses Blatt am 9. Juli nochmals abdruckte, als könne dieses unionistische Kampfesorgan seinen Lesern die Erwägungen Mahans nicht ernst genug ans Herz legen. Der Artikel ist zu weitläufig, als daß wir ihn hier in vollem Umfang hersetzen könnten, aber unumgänglich erscheint es, den wesentlichen Inhalt deutschen Lesern vorzuführen.

Mahan geht davon aus, daß die deutsche Flotte heute die zweitstärkste nächst England sei, was falsch ist, denn diese Stelle gehört Amerika, und daß es keineswegs darauf ankomme, festzustellen, was Deutschland mit dieser mächtigen Waffe beginnen wolle, sondern daß die Tatsache der Existenz dieses neuen internationalen Faktors an sich die Aufmerksamkeit jedes Patrioten, gleichviel, ob er Staatsmann oder Privatperson sei, herausfordere. Er will nicht untersuchen, ob Deutschland eine Invasion Englands und die Auflösung des britischen Reiches plane, oder ob die deutschen Absichten sich gegen die andere Küste des Atlantic und gegen die Monroe-Doktrin richten. Er stellte nur fest, daß Deutschland stärker sei als Amerika,

und keine Interessen auf dem amerikanischen Kontinent zu schonen habe, wie England in Kanada.

Diese liebenswürdige Verdächtigung fällt jedoch nur gleichsam beiläufig, das Wesentliche ist ihm, den Engländern bange zu machen. Zunächst, so führt er aus, sei die monarchische Staatsordnung Deutschlands stärker in der Exekutive als die der englischen Demokratie. Der Friede der letzten 30 Jahre, der mehr äußerlich (formal peace) als wirklich gewesen sei, habe die Völker entwöhnt, auswärtige Gefahren zu verstehen. Man zweifle an der Möglichkeit eines Krieges und verfalle daher in Untätigkeit. Wer genauere Kenntnisse habe, wisse, daß es in diesen 30 Jahren drei Kriege gegeben habe, die zwar nicht zu Kanonenschüssen führten, in denen aber das Stärkeverhältnis über den Ausgang entschied. In solchen Fällen sage man: „der Krieg ist glücklich vermieden worden", was irreführend sei. In Wirklichkeit habe auch hier die organisierte Kraft schlagfertiger Armeen und Flotten entschieden. Daraus folge, daß die Nation, in der die Majoritäten einen durchschlagenden Einfluß in Fragen auswärtiger Politik und der Landesverteidigung haben, andersregierten Staaten gegenüber ungünstiger stehen. In der Rivalität zwischen England und Deutschland lägen die Vorteile auf seiten Deutschlands, weil dessen Regierung nicht wie die englische in auswärtigen Fragen stets einen Seitenblick auf die Wähler werfen müsse. Diese englischen Wähler also müßten die Gefahr ihrer Lage erkennen. Sie könnten, wenn sie nur wollten, eine verhältnismäßig ebenso große Armee haben wie Deutschland, zumal sie so viel reicher seien als Deutschland. Aber offenbar wolle die englische Demokratie nicht, und es sei nicht wahrscheinlich, daß sich das ändere. Nun sei freilich die Flotte da, in großer Überlegenheit und vortrefflich bemannt. Aber auch in betreff der Flotte gebe es keine Dienstpflicht. Englands Seeleute seien zwar Staatsbürger, aber doch Söldlinge, die man bezahle, damit die übrigen nicht zu dienen brauchen. Um so notwendiger sei daher rechtzeitige Vorbereitung zum Kriege.

Noch niemals seien einer Demokratie so schwierige Aufgaben gestellt worden, wie dem heutigen England. Das britische Reich sei territorial ein Erbe aus nicht demokratischer Zeit, und die Welt beobachte nunmehr mit Spannung, ob der Erbe sein Erbteil werde behaupten können. Die Symptome seien nicht ungünstig. Die regie-

rende Arbeiterpartei in Australien habe beschlossen, ihre Flotte in Kriegszeiten zu absoluter Verfügung der englischen Admiralität zu stellen, und das sei ein Standpunkt, zu dem die englische Arbeiterpartei sich noch nicht aufgeschwungen habe. Das britische Reich sei aber ein Ganzes mit vielen Teilen, und seine Sicherung verlange erstens den Schutz der britischen Inseln, als des Ecksteins, und zweitens Sicherung jedes einzelnen der abliegenden Teile. Das bedeute Aufrechterhaltung einer Kontrolle über alle Verbindungswege zwischen dem zentralen Königreich und den Dominien, also gleichsam eine militärische Operationsbasis zur Front der tatsächlichen Operationen. Bei der heutigen Lage Europas habe die Schöpfung einer deutschen Flotte in ihrer jetzigen und künftigen Entwicklung dahin geführt, daß England vier Fünftel seiner disponiblen Schlachtschiffe in den britischen Gewässern konzentrieren müßte, und diese Tatsache mache Deutschland zum Antagonisten Englands. Er wolle nicht sagen, daß dies die Absicht Deutschlands sei, er statuiere nur eine militärische und nationale Tatsache, ohne auf die Motive einzugehen. Die geographische Lage beider Staaten wiederhole genau die Englands und Hollands zur Zeit Cromwells. Erst nachdem beide Nationen gefochten hatten, und Holland weniger in Schlachten als durch Zerstörung seines Handels niedergeworfen war, habe England, nachdem der Druck in der Nordsee aufgehört hatte, nach außen hin sich ausbreiten können. Vierzig Jahre später hätten dann beide Völker unter dem Antrieb einer großen gemeinsamen Gefahr sich zusammengeschlossen, was ohne den vorausgegangenen Kampf wohl nicht geschehen wäre. Im Laufe des Krieges habe England damals das Mittelmeer preisgegeben, um sich in den heimischen Gewässern zu konzentrieren, und das habe, da die Handelswege Hollands abgeschnitten wurden, die Entscheidung herbeigeführt.

Auch heute habe England zu einer ähnlichen Konzentration das Mittelmeer zum großen Teil aufgegeben. Über vier Fünftel der Schlachtschiffe lägen in der Home- und in der Atlantic-fleet. 1899 habe es 11 Schlachtschiffe im Mittelmeer gegeben, jetzt seien es nur 6 von geringerer Stärke. Was habe es nun zu bedeuten, daß sich heute wiederhole, was vor 300 Jahren geschah? Man könne nur zum Schluß gelangen, daß die englische Regierung der Meinung sei, daß die Sicherheit Englands die Schwächung, ja das Aufgeben der

wichtigsten Wasserstraße des Reiches verlange („requires the weakening, almost to abandonment of the most delicate, yet very essential, link in the system of communication of the Empire").

Nun sei ja für den Augenblick die Konzentration in den Heimatsgewässern, und der ungeheure Positionsvorteil Englands im Vergleich zu den deutschen Handelsstraßen, eine bedeutende Sicherheitsgarantie, welche zudem Deutschland von den britischen Dominien trenne, aber die Gefahr der Zukunft sei die Schlaffheit der englischen Wähler, im Vergleich zu der gewaltigen Organisationskraft Deutschlands. Die Konzentration der Schlachtflotte in den Heimatsgewässern sei korrekt, ebenso das relative Aufgeben der Mittelmeerstellung, für den Augenblick wenigstens, aber die offenbare Abneigung, weitere Opfer zu bringen (to acquiesce in present naval requirements), weise auf den Tag hin, da die Herrschaft im Mittelmeer in andere Hände übergehen werde, wenn die Schlachtschiffe alle um die britischen Inseln konzentriert bleiben. Das bedeute aber zugleich den Zusammenbruch des Reichs. Schwäche im Mittelmeer zeige an, daß England weder an erster Stelle, noch als Alliierter eine Rolle spielen könne in dem großen Drama, von dem das Erwachen des fernen Ostens den ersten Akt darstelle. Denn zu den Personen des Dramas gehörten Ägypten, Indien, Australien und Neu-Seeland.

Das ist Mahans letztes Wort. Der nahe liegende Gedanke, daß alle diese Gefahren, mit denen er England schreckt, verschwinden sobald England zu einer ehrlichen Verständigung mit Deutschland gelangt, scheint ihm nicht gekommen zu sein. Er läßt seine Leser unter dem Eindruck jener holländischen Parallele, die den Gedanken nahe legt, es zu machen, wie einst Cromwell getan.

Es ist schwer zu verstehen, wie aus amerikanischer Feder solche Ausführungen kommen können, deren sachliche Richtigkeit — was die Opferwilligkeit der Engländer zur Verstärkung ihrer Flotte betrifft — wir auf das entschiedenste bestreiten. Es ist viermehr beispiellos, was England alljährlich für sein Kriegsbudget ausgibt; für das laufende Jahr beträgt es, nach den Erklärungen von Asquith, 74 300 000 Lstr. oder 1486 Mill. M., von denen mehr als die Hälfte auf die Flotte fallen, und wobei die Aufwendungen Kanadas, Australiens, Neuseelands und Südafrikas nicht in Anschlag gebracht worden sind. Sir George Reid, der Oberkommissar von Australien, hat eben jetzt erklärt, daß Australien

alljährlich über 2½ Millionen Pfund für Kriegsrüstungen ausgeben werde, wir kennen nicht die Zahlen der übrigen großen Kolonien. Jetzt, da eine englische Flotte von 350—400 Fahrzeugen in der Nordsee ihre Manöver macht und in ungeheurer Übermacht der unsrigen gegenübersteht, 56 Linienschiffe und 38 Panzerkreuzer gegen unsere 26 Linienschiffe und 9 Kreuzer, von einer deutschen Gefahr zu reden, ist lächerlich und vom englischen Standpunkt aus unendlich beschämend, was auch der „Economist" erkannt zu haben scheint. Sehr wenig fair aber ist der Kommentar, den die „Daily Mail" an diesen Mahanschen Artikel knüpft wenn sie zur deutschen Flotte noch die unsrer Alliierten rechnet und dabei versäumt, auch die Flotten der ganzen und halben Alliierten Englands, Japan, Rußland und Frankreich, mit in Anschlag zu bringen! Und doch hat das englisch-französische Abkommen der französischen Flotte den Schutz der englischen Interessen im Mittelmeer anvertraut. Die Flottenpolitik Italiens aber fällt nicht in den Kreis der Vereinbarungen des Dreibundes. Noch erstaunlicher freilich ist, daß der „Spectator" bei Besprechung derselben Ausführungen Mahans seinen Lesern zu suggerieren versucht, daß die deutschen Staatsmänner zum Kriege greifen könnten, um inneren Schwierigkeiten zu entgehen, da zurzeit „according to Herr Harden, Germany is threatened with serious internal trouble. Thus a predisposing cause to war exists in her case". Wir beneiden den „Spectator" nicht um diesen Kronzeugen. Seine unsaubere Feder arbeitet auch in politischen Fragen gegen die Interessen von Kaiser und Reich, man muß sehr unwissend sein, wenn man zu solchen Autoritäten greift.

Aber vielleicht ist der Mahansche Artikel anderen Motiven entsprungen als der zärtlichen Fürsorge für Englands Zukunft. Wir stehen unter dem Zeichen des russisch-japanischen Vertrages, und in Amerika gibt man sich keiner Illusion darüber hin, daß er bestimmt ist, Japan freie Hand nach anderer Richtung, und zwar wahrscheinlich gegen die Vereinigten Staaten zu geben. Unsere Leser erinnern sich des düsteren Bildes, das General Peal von den Gefahren entwarf, die Amerika von seiten Japans drohen. Seither haben sich die Stimmen gemehrt, die mit Sorgen dieselbe Befürchtung teilen, und wie stets in der Presse der Vereinigten Staaten, kommt das zu drastischem und übertriebenem Ausdruck. Vielleicht hofft Mahan, daß, wenn England der Sorge um Deutschland ledig ist, es wieder versuchen werde, die halb-

verlorene Stellung im Pacific zurückzugewinnen, jedenfalls aber eine Zertrümmerung der amerikanischen Flotte verhindern werde. Eine Unterstützung Amerikas durch Deutschland muß ja, solange das englisch-japanische Bündnis und die feindselige Haltung Englands gegen uns währt, als ausgeschlossen gelten. Sollte aber diese Erwägung ihn bestimmt haben, so wäre es klüger und anständiger gewesen, die Bemühungen um eine Verständigung zwischen London und Berlin zu fördern, statt ihnen entgegenzuarbeiten.

Was nun aber jenen russisch-japanischen Vertrag betrifft, der sich für eine gegenseitige Garantie des status quo und der beiderseitigen Verträge mit China ausgibt, so fällt sein Schwerpunkt auf die nicht bekannten geheimen Artikel des Vertrags, an deren Existenz die gesamte Welt, auch in Rußland glaubt. Der „Golos Moskwy" sagt direkt, der Vertrag sei „offenbar mit koreanischer Münze bezahlt" worden, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir hinzufügen: und mit mongolischer. Wahrscheinlich wird das eine wie das andere sehr bald zutage treten. Wenn nun die russischen, englischen und französischen Zeitungen in diesem Vertrage — der uns im Lichte eines Schutz- und Trutzbündnisses erscheint — eine Bürgschaft für Erhaltung des Friedens erblicken, so ist wohl das Gegenteil richtig. Bedroht ist zunächst China, abgesehen von der Festsetzung des russischen Einflusses in der Mongolei, vornehmlich durch den gemeinsamen diplomatischen und materiellen Druck beider Mächte. Es wird sich das gefallen lassen, solange es sich zu schwach fühlt, Widerstand zu leisten, und keine Helfer findet. Aber gewiß kommt einmal der Tag der Abrechnung, da das Schwergewicht der gewaltigen vorwärtsdringenden chinesischen Massen die Schranken durchbrechen wird, die ihnen gesetzt worden sind. Bedroht ist das Prinzip der offenen Tür durch die Prohibitivpolitik, die Japan tatsächlich verfolgt und durch die es nicht nur uns, sondern auch alle übrigen am mandschurischen Handel beteiligten Mächte, vornehmlich aber die Vereinigten Staaten und England schädigt. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, daß man sich das ohne zu Repressalien zu greifen gefallen lassen wird. Auch hat es wohl seine guten Gründe, wenn England jetzt Konsuln in die mandschurischen Städte schickt. Endlich haben wir nicht den geringsten Glauben daran, daß das Einvernehmen zwischen Rußland und Japan von Dauer sein kann. Die sehr wesentlichen Gegensätze der beiderseitigen Interessen an den Küsten nördlich von der Man-

dschurei bis hinauf nach Kamtschatka werden ebenso vertuscht, wie die von allen im fernen Osten lebenden Engländern schwer empfundenen Gegensätze der britischen und der japanischen Interessen. Es spielt bei ihnen ebenso wie bei den Amerikanern auch die Rassenantipathie mit, über die wohl das Londoner Kabinett sich zeitweilig hinwegsetzen kann, das aber in Wirklichkeit unausrottbar ist und namentlich in Australien und Neuseeland ebenso unüberbrückbar scheint, wie in den Weststaaten Amerikas. Der kürzlich von einer Kommission der Regierung in Kalifornien gefaßte Beschluß, die Einwanderung der Japaner als nützlicher Elemente zu fördern, wird, wenn er ausgeführt werden sollte, diesen Rassengegensatz weit eher steigern als hindern.

Das alles sind drohende Zukunftsaspekte, und wenn die „Times“ in ihrer Besprechung des russisch-japanischen Vertrages hervorhebt, daß dadurch auch Frankreich als Alliierter Rußlands, und England als Alliierter Japans, noch enger aneinandergeschlossen würden, und eine neue Bürgschaft für den Weltfrieden gewonnen sei, so scheint uns das Gegenteil die richtige Zukunftsperspektive zu bieten. Die Wahrscheinlichkeit spricht fortan dafür, daß ein Konflikt im fernen Osten nicht mehr lokalisiert bleiben, sondern nur allzuleicht eine weltweite Verwicklung nach sich ziehen kann. Aber das mag noch fern liegen. Die Annexion von Korea wird Zeit fordern, und es läßt sich annehmen, daß Japan an die Verwirklichung seiner weiteren Pläne erst gehen wird, wenn es sich des Erfolges sicher fühlt. Heute fehlt ihm vor allem noch die finanzielle Unterlage zu so kostspieligen Unternehmungen, wie es ein Eroberungskrieg unter allen Umständen ist.

Ein Ereignis von großer Bedeutung wäre es, wenn wirklich der Panamakanal, wie die Bauleitung ankündigt, schon zu Beginn des nächsten Jahres eröffnet werden sollte. Nicht nur dem Welthandel, sondern auch der Machtstellung der Vereinigten Staaten bieten sich damit neue Aussichten. Die Kanalschleusen sind so angelegt, daß sie die größten Fahrzeuge gleichzeitig aus dem Pacific in den Mexikanischen Meerbusen und umgekehrt vom Mexikanischen Golf in den Großen Ozean führen können, so daß die amerikanische Flotte dann wohl zum letzten Mal eine Weltreise um das Kap Horn gemacht haben wird.

Großes Aufsehen erregt eine politische Niederlage, die Theodore Roosevelt jüngst in Albany, Staat New York, erlitten hat. Er hatte sich in einem Telegramm an den Vorsitzenden des republikanischen

Grafschaftskomitees Griscom dahin ausgesprochen, daß er die durch die Cobb Bill beantragte Legislativen-Befugnis der Urwählerversammlungen billige und ernstlich hoffe, daß die Bill Gesetz werde. Die Cobb Bill ist aber mit 80 gegen 63 Stimmen abgelehnt worden.

„Das ist", schreibt der „New York American", „ein politisches Waterloo. Zum ersten Male in den 7 Jahren seiner triumphierenden Laufbahn hat Roosevelt eine ernste Niederlage erlitten. Sie trifft ihn im Zenith seiner Karriere, auf der Höhe seiner Macht . . . . . Zeigt dieses zusammengebrochene Prestige an, daß die republikanische Organisation überhaupt unwirksam geworden ist, oder daß Roosevelt, der am Perihelion war, der Sonne nie mehr so nahe kommen wird? Wir werden es sehen!"

Die demokratischen Zeitungen jubeln und höhnen, die republikanischen sind kleinlaut. Wir glauben nicht, daß zu dem einen wie zu dem andern ein ernster Grund vorliegt. Das Erstaunliche ist nur, daß es Roosevelts erste Niederlage ist; im übrigen ist man in Amerika gewohnt, das Ereignis des Tages zu übertreiben und bald genug wieder zu vergessen. Roosevelt hat sein letztes Wort gewiß noch nicht gesprochen.

Der widerliche Faustkampf zwischen dem weißen und schwarzen Preisboxer mit dem blutigen Nachspiel, das er gefunden hat, erregt auf dem Kontinent nur Ekel. In England hat man die Spannung der Amerikaner geteilt und wie sie das Gefühl einer Niederlage gehabt, als der weiße Mann unterlag.

„Johnsons Sieg" — schreibt die „Sun" — „ist für die schwarze Rasse etwas Analoges mit dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges für die gelbe Rasse. Der Krieg lehrte die Asiaten, daß sie auch Armeen ausbilden, ausrüsten und brauchen, sie führen und ihren gefährlichsten Feind niederwerfen konnten. Zum erstenmal in der neuen Geschichte vertrieben Asiaten Europäer von einem Boden, den sie erobert hatten, und nötigten ihnen einen schimpflichen Frieden auf. Die Folgen waren ungeheuer. . . . Es wäre zuviel gesagt, wenn man von diesem Preiskampf für Amerika dieselben Folgen erwarten wollte, die der Krieg für Asien hatte. . . . Wahrscheinlich werden die religiösen Gruppen der Schwarzen, in welchen die Gleichheit von Schwarz und Weiß gepredigt wird, großen Zulauf haben. Auch das Selbstvertrauen der Schwarzen bei ihren Bewerbungen um staatliche Anstellungen wird zunehmen.

Tatsächlich bedeutet der Sieg Johnsons ein Erwachen der schwarzen Rasse, eine Beschleunigung des nationalen Selbstbewußtseins. . . ."

Es wird dann die Frage aufgeworfen, ob nicht ein Rassenkrieg in Sicht sei. Die „Sun" lehnt die Möglichkeit nicht ab, sieht sie aber erst in weiter Ferne und meint, zu beseitigen wäre die Gefahr nur, wenn rechtzeitig die Gleichheit der Rassen anerkannt werde. Das mag ganz treffend sein; es ist aber so gut wie ausgeschlossen, daß die Amerikaner sich je dazu verstehen. Der Widerwille gegen die Schwarzen sitzt bei ihnen noch weit tiefer als die Abneigung gegen die Gelben.

Die Kreter haben sich den Noten und Schiffen der Schutzmächte und der angedrohten Ausschiffung von Marineinfanterie gefügt und sich entschlossen, die Mohammedaner unvereidigt in die Nationalversammlung zuzulassen. Damit ist, wenn es sich um mehr als ein Zugeständnis handelt, das der überlegenen Macht ihrer Schutzfreunde gilt, für den Augenblick die Krisis gelöst. Laudabiliter se subjecerunt. Es fragt sich nur, auf wie lange. Da die Schutzmächte sich zu einem Definitivum nicht entschließen können, wird man wohl annehmen müssen, daß sie noch mehrfach ihre Schiffe senden und abrufen werden. Aber es wäre interessant festzustellen, wie viele Millionen Kreta den vier Mächten gekostet hat.

13. Juli 1910. Kampf zwischen chinesischen Piraten und Portugiesen bei Kolowan.
14. Juli. Friedfertige Rede von Asquith über die deutsch-englischen Beziehungen.
15. Juli. Grunewaldfeiern auf galizischem und russisch-polnischem Boden. Ermordung des Seid Abdallah in Teheran.
16. Juli. Kämpfe zwischen Franzosen und Marokkanern am Malaja. Kaiser Nikolaus II. in Riga.
19. Juli. Meuterei in Schanghai.

---

20. Juli 1910.

Fast alle Parlamente sind in die Ferien gegangen, auch das russische, wenn es erlaubt ist von ihm diese prinzipiell nicht anerkannte Bezeichnung zu brauchen. Reichsrat und Duma werden erst am 28. Oktober ihre Arbeit wieder aufnehmen. Man muß russischer Nationalist sein, um die gesetzgeberische Tätigkeit der letzten Session als positive Leistung zu bezeichnen, und um an die Dauer ihrer Erfolge zu glauben. Sie gipfelte, abgesehen von der Agrarfrage, deren gesetzgeberische Lösung bei den Bauern, deren Nutzen sie dienen soll, auf einen ebenso eigensinnigen wie unvernünftigen Widerstand stößt, vornehmlich in den gegen die verfassungsmäßige Selbständigkeit Finnlands in allen nicht die auswärtige Politik Rußlands berührenden Fragen gerichteten Beschlüssen und in der Maßregelung der Westprovinzen. Wir halten es für höchst unwahrscheinlich, daß hier wie dort das erstrebte Ziel erreicht wird. Beide, Finnland wie die Westprovinzen, werden in ihrer Entwicklung, der materiellen wie der geistigen, einige Jahrzehnte hindurch herabgedrückt werden und, aller Wahrscheinlichkeit nach, zugleich in ihrer besonderen nationalen Art sich innerlich festigen. Es wird gehen, wie es nach den barbarischen Repressionsmaßregeln ging, die den polnischen Aufständen von 1830 und 1863 folgten: die Not und der unvernünftige Druck wirkten erzieherisch und abhärtend; sie werden der Zeit warten, da Rußland sein „nadojelo“ — ich bin es überdrüssig geworden — sprechen und es mit einem neuen System versuchen wird. So ist es immer gewesen, und nichts spricht dafür, daß es nicht auch in Zukunft ebenso sein wird.

Nun hat es ja in letzter Zeit nicht an Anstößen gefehlt, die den Gedanken eine andere Richtung hätten geben können. Zunächst war es der Vertrag mit Japan, über dessen Opportunität man bereits zu streiten beginnt. Der wortreiche und stets impulsive Herr Menschikow hat z. B. den Stab über diesen Vertrag gebrochen, und wir wissen positiv, daß viele denken wie er. Doch darauf kommen wir noch zurück. Momentan erregender, weil leichter in ihren Wirkungen zu übersehen, sind die Verhandlungen des Slavenkongresses in Sofia und der Widerhall gewesen, den die Feier der Schlacht bei Tannenberg in Krakau, auch in Rußland, zumeist aber in Litauen, gefunden hat. Der Kongreß in Sofia läßt sich vom Standpunkt des Programms, das man ausführen wollte, kurzweg als ein völliger Mißerfolg bezeichnen. So optimistisch die allgemeinen Betrachtungen lauten, die in den Leitartikeln der russischen Zeitungen — namentlich vor Beginn des Kongresses — zum Ausdruck kamen, so unzufrieden und tief verstimmt lauten die Referate über den Verlauf, sobald auf die Tatsachen eingegangen wird. Der Professor Pogodin, Slavist an der russischen Universität Warschau, hat in der Petersburger russischen „Börsenzeitung" eine blutige Kritik über diese „Theatermache von einem Kongreß" veröffentlicht. Am schwersten fallen dabei die Schläge auf seine russischen Landsleute, die als „Statisten des Ballettkorps zur Darstellung einer slavischen Idylle" erschienen seien. Noch schärfer lautete der Protest, den Dr. Lutzenko, der als Delegierter der Odessaer Gesellschaft „Geeinigte Slaven" in Sofia erschienen war, in der bulgarischen „Abendpost" veröffentlicht hat. Einige der russischen Delegierten seien erschienen im Fell des Lammes, aber mit Wolfszähnen. Den Deputierten Markow vom österreichischen Reichsrat nennt er „moskophil" und Unterdrücker des „Ukrainischen Volkes". Dann folgten persönliche Angriffe und der Streit ist im Verlauf des Kongresses immer heftiger geworden, so daß die „Nowoje Wremja" selbst sich zu dem Bekenntnis genötigt sieht: „anstatt einer Kundgebung der geistigen Einheit Rußlands und aller Slaven erfolgte eine Demonstration der inneren Uneinigkeit Rußlands." Ebenso uneinig aber standen Serben und Bulgaren einander gegenüber, so daß sogar gegen die ausdrückliche Bestimmung des Programms, welche alle Politik ausschloß, die bulgarischen Mazedonier einen Protest gegen die serbische Propaganda in Mazedonien einbrachten. Endlich, es fehlten die Polen auf dem Kongreß, und als Sprecher der Slavophilen erklärte ein Herr

Wassiljew den Neoslaven, sie hätten bisher noch nicht einen neuen Gedanken in die Welt gesetzt — worin er unzweifelhaft recht hat — denn wenn sie sich im Gegensatz zu den alten Slavophilen von der Politik fernhalten wollten, so sei das ein Widerspruch in sich. Die Idee der Slavophilen sei, mit gemeinsamen Kräften Deutschland und seine Vorhut Österreich zurückzuwerfen! Das mag vielleicht die Herzensmeinung der Majorität gewesen sein, aber da die österreichischen Slaven sich unmöglich zu diesem Programm bekennen konnten, ist man schließlich streitmüde auseinander gegangen. Ganz besonders enttäuscht soll der Dr. Kramarz sein — in der Tat, mit dieser Armee läßt sich nicht fechten.

Die Krakauer Festlichkeiten am 15. Juli, zur 500jährigen Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg, wird niemand, der sich ein ruhiges Urteil wahrt, den Polen verdenken. Der Tag von „Grunewald" (wie die Polen sagen), bedeutet allerdings einen Höhepunkt in ihrer Geschichte, wenn auch der Erfolg über die gefürchteten Eisenritter des Deutschen Ordens, nur Dank der litauischen Hilfe und Dank dem Verrat errungen werden konnte, den die Städter im Rücken des Ordens verübten. Es ist aber zugleich ein verhängnisvoller Schicksalstag für die Litauer geworden, die an den Folgen dieses Sieges, zu dem sie das beste beigetragen haben, als lebendige Nationalität zugrunde gegangen sind. Ein halbes Jahrhundert vorher, in den Tagen Olgerds, hätte man glauben müssen, daß Litauen der Kern eines großen Reiches werden solle, das sich bereits vom Schwarzen bis zum Baltischen Meer und von der Oka zu Bug und Weichsel erstreckte. Ganz West- und Südrußland hatten den Litauern die Befreiung vom Mongolenjoch zu danken, an politischer Kraft und Initiative war es dem benachbarten Polen weit überlegen. Es ist bekannt, wie die Klugheit der polnischen Staatsmänner es verstand, durch die Ehe des Litauers Jagailo mit der polnischen Königstochter Hedwig dieses Verhältnis in sein Gegenteil zu verkehren. Aber erst drei Jahre nach der Schlacht bei Tannenberg, im Oktober 1413, in Hrodlo, fiel die endgültige für die litauische Nationalität verhängnisvolle Entscheidung. Litauen wurde dem polnischen Staat in aller Form einverleibt, die litauischen Großen, soweit sie katholisch waren, den polnischen Adelsgeschlechtern so angeschlossen, daß sie in ihre Wappen- und Sippengemeinschaften aufgingen, das Land nach polnischem Muster organisiert und die griechisch-katholische Bevölkerung ausdrücklich von jedem politischen Einfluß und jedem Anteil am Regi-

ment ausgeschlossen. Litauen wurde dadurch im vollen Sinne des Wortes entmannt. Sein Adel, als allein berechtigter Stand, vom Polentum aufgesogen und die unheilvolle Entwicklung, welche die polnische Adelsdemokratie seit dem Ende des 15. Jahrhunderts nahm, auch auf litauischen Boden übertragen. Der Abschluß dieser Entwicklung erfolgte auf dem Unionsreichstage zu Lublin 1569. Es scheint nun, daß alle diese bitteren Erinnerungen heute in Litauen wieder lebendig geworden sind. Die Litauer haben deshalb an der Feier in Krakau nicht teilgenommen und mit außerordentlicher Bitterkeit ihre alten Rechnungen den Polen wieder vorgelegt. Aber diese litauisch-polnischen Gegensätze, die von Rußland gepflegt worden sind, um die Polen zu schwächen, haben noch die weitere Bedeutung, daß hier eine alte, durch vier Jahrhunderte fast stumme Nationalität sich wieder zu regen beginnt und Ansprüche auf nationales Sonderleben erhebt, die in schreiendem Gegensatz zu der Uniformitätspolitik stehen, welche das heutige offizielle Rußland unter dem Beifall des regierenden Großrussentums vertritt. Man kann daher wohl die Frage aufwerfen, ob Rußland nicht den Fehler gemacht hat, den Teufel durch Beelzebub zu vertreiben? Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß es in Zukunft auch mit einer litauischen Frage zu tun haben wird.

Nachdem die ersten ganz oder halb offiziellen Beifallsbezeugungen über die russisch-japanische Vereinbarung verklungen sind, werden allmählich Stimmen laut, die auf den Revers der Medaille hinweisen. Erstaunlich ist zunächst die Entrüstung, die der Vertrag in Japan hervorgerufen hat. Man will dort nicht verstehen, weshalb die Nordmandschurei an Rußland ausgeliefert worden sei. Ein in Tokio erscheinendes Blatt sagt ganz direkt, Ostasien gehöre nur den Japanern, was den bekanntlich in Japan umlaufenden Kartenbildern entspricht, welche die ganze Küste von Kamtschatka bis zu Korea einschließlich mit den japanischen Farben bezeichnet. Die Stimmung erinnert an die Erregung, welche die Nachricht vom Frieden von Portsmouth in Japan hervorrief. Auch diesmal hat die Polizei lärmende Volksmassen in Osaka und Jokohama auseinandertreiben müssen. Die „Jen" bringt darüber charakteristisches Detail. Die japanische Regierung, die natürlich nicht sagen kann, daß der Petersburger Vertrag nur die Bedeutung einer Etappe in ihrem Vordringen auf dem asiatischen Kontinent hat, ist nun bemüht, die Vorteile jenes Vertrages in möglichst helles Licht zu setzen,

aber sie findet nur wenig Glauben. Von Dauer wird diese Unzufriedenheit aber schwerlich sein; die Regierung ist stark genug, sich durchzusetzen, wenngleich die zunehmende sozialistische Bewegung ihr Sorge zu machen beginnt. Im übrigen ruht sie nicht in ihren Bestrebungen, den japanischen Einfluß im Stillen und sogar im Indischen Ozean weiter auszudehnen.

Die „Revue politique et parlementaire" bringt zu diesem Thema eine höchst instruktive Studie von Henri Labroue: „l'expansion Japonaise au Siam et à Java." Auch in Siam haben die Engländer, wie 15 Jahre vorher in Japan, 1909 auf das Privileg der Exterritorialität verzichtet und damit anerkannt, daß sie Siam bereits zu den „modernen" Staaten zählen, was begreiflicherweise das Selbstbewußtsein dieses, neuerdings von England und Frankreich erst bekämpften, dann umworbenen Staates erheblich gesteigert hat. Aber die Japaner haben den Einfluß beider europäischer Mächte aus dem Felde geschlagen; sie hegen an dieser Stelle keinerlei kriegerischen Ehrgeiz, sondern suchen in Siam Verbündete. Auch besteht in Bangkok eine japanische, in Tokio eine siamesische Gesandtschaft, die Japaner leiten durch ihre Pädagogen die Erziehung in der königlichen Familie und in den Kreisen des Adels und haben neuerdings auch die wirtschaftliche Ausbildung des Landes in ihre Hände genommen. Die 1909 von Japan gegründete Vereinigung orientalischer Studenten zählt auch siamesische Mitglieder, in Tokio gibt es einen Lehrstuhl für das Siamesische und beide Nationen tauschen ihre Marineoffiziere an den Marineakademien aus. Die 25 000 Mann starke siamesische Armee ist von Japanern instruiert und mit japanischen Flinten bewaffnet worden. Auch die Herrscherhäuser stehen in nahen Beziehungen. Der Kronprinz von Siam hat eine japanische Prinzessin geheiratet. Parallel damit gehen die stetig zunehmenden Handelsbeziehungen beider Länder, so daß der japanische Einfluß immer mehr den europäischen verdrängt. Labroue kommt zum Schluß, daß, wenn Unruhen in Indien oder in Französisch-Hinterindien ausbrechen sollten, Siam im Einverständnis mit Japan ein höchst gefährlicher Nachbar werden könnte, und damit hat er ohne Zweifel recht. In Java dringen die Japaner nicht direkt ein, da ihnen das Klima zu tropisch ist, aber die zu Japanern naturalisierten Chinesen von Formosa nehmen an Zahl zu, wenn sie auch heute gegen die 37 Millionen Malaien der Insel mit ihren 563 000 Köpfen nicht viel bedeuten, sind sie doch immer siebenmal so zahlreich als die in Java lebenden Europäer. Nun geht in Japan eine

von dem Abgeordneten Takekochi Yosaburo geführte lebhafte Agitation seit mehren Jahren dahin, daß die Sundainseln bestimmt seien, japanische Exploitationskolonien zu werden. Leichter aber als die französischen, englischen oder amerikanischen Besitzungen seien die holländischen zu nehmen. Holland, sagt T. Y., ist ein Land zehnten Ranges, klein, schwach, entlegen. Es danke seine Existenz der Rivalität der Mächte; nur auf der gegenseitigen Eifersucht der europäischen Staaten basiere die Sicherheit von Holländisch-Indien. Aber die internationale Lage werde nicht immer dieselbe bleiben, und komme es einmal zu einer Teilung, so dürfe Japan wohl den Löwenanteil beanspruchen. Ihn lockt namentlich die strategische Wichtigkeit der Sundastraße, zwischen Java und Sumatra. Holland besitze diese Inseln bereits 300 Jahre und doch gebe es auf ihnen nur 70 000 Holländer, während 110 000 Japaner in Formosa lebten, das erst seit 10 Jahren japanisch sei. Außerdem tue Holland nichts, um die Kultur zu heben. In Java gebe es nur 48 000 Schüler usw. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Malayischen, das von den Philippinen bis nach Ceylon und zur Ostküste Madagaskars gesprochen wird, besteht seit 1907 ein Lehrstuhl für Malayisch in Tokio. 1909 ist in Batavia ein japanisches Konsulat begründet worden, es existieren japanische Banken und Fabriken, der Export Japans ist seit 1899 von 125 000 Fr. auf 5 312 000 Fr. gestiegen, der Import von 4,5 Millionen auf 60 Millionen. Kurz, das alles scheint sehr verlockend, und Herr Takekochi läßt sich durch die 33 000 Mann Truppen, die Holland auf Java unterhält, nicht schrecken: „Es ist Zeit" — sagt er —, „daß Japan ein Ende mit der Extravaganz macht, daß ein kleines Land wie Holland so gewaltige und so fruchtbare Territorien besitzt wie die Sundainseln." Das ist zwar recht brutal ausgedrückt, gibt aber zu denken. Auch erklärt es neben der Beunruhigung, die trotz allem in Neu-Seeland und Australien fortdauert, weshalb England so gewaltig an der Befestigung der Straße von Malakka arbeitet.

Wir sind damit von den russischen Angelegenheiten abgelenkt worden, obwohl die Moral dieser Betrachtungen auch an der Sängerbrücke Beachtung verdient — wir müssen aber noch auf die Festtage hinweisen, die vom 16. bis 18 Juli in Riga in Anwesenheit der kaiserlich russischen Familie stattgefunden haben, und die in der Enthüllung einer Statue Peters des Großen ausmündeten zur Erinnerung an die vor 200 Jahren erfolgte Kapitulation der Stadt Riga und die Bestätigung

der Landesprivilegien durch den Zaren. Der livländische Landmarschall Baron Pilar v. Pilchau konnte in seiner Ansprache an den Zaren darauf hinweisen, daß der livländische Adel den Eid, den er damals für sich und seine Nachkommen geleistet hatte, in Treue gehalten habe. Der Zar antwortete mit einigen huldvollen Worten, in denen freilich der Verpflichtung nicht gedacht wurde, die Peter für sich und seine Nachkommen den Landesrechten gegenüber auf sich genommen hatte. Das Programm der Festlichkeiten ist dank den sehr umfassenden Vorsichtsmaßregeln, die von dem Gouverneur Sweginzew und der von Petersburg herübergenommenen Sicherheitspolizei getroffen wurden, ohne jeden störenden Zwischenfall verlaufen. Nur hörte, solange die kaiserliche Jacht „Standart" in der Düna lag, fast aller Verkehr auf dem Strom und an seinen Ufern auf.

Rußland hat in diesem Jahre eine glänzende Ernte zu erwarten. Aber die Cholera macht Sorge. Auch ist es bereits zu den für Rußland charakteristischen Choleraunruhen gekommen. Man vertreibt die Ärzte und Sanitätsbeamten, vernichtet Medikamente und duldet keine Desinfizierungen. Namentlich die Weiber auf den Dörfern glauben an drohende Vergiftung und suchen sich logischerweise mit allen Mitteln dagegen zu wehren. Eine andere Epidemie, die noch weit schwerer empfunden worden ist als die Cholera, die Senatorenrevisionen, scheint am Erlöschen zu sein. Die Herren Garin, Neidthard, Medem und wie sie alle heißen, haben ihre Untersuchungen beendigt und eine erschreckend große Ausbeute gehabt. Es hat kein Ressort gegeben, das die „Revision" ertragen konnte, sie waren allzumal Sünder und die unnachsichtige Strenge der revidierenden Senatoren wird vielfach als übermäßige Härte empfunden, speziell wo es sich um alte Sünden handelt. Man hat keine Rücksicht auf Stellung und Protektion genommen und nicht nach dem alten Rezept gehandelt, die großen Diebe laufen zu lassen und die kleinen zu hängen. Gewiß liegt hier ein großes Verdienst Stolypins vor, der den Senatoren den Rücken sicherte und der persönlich keine Menschenfurcht kennt. An den dauernden Erfolg dieser Reinigung vermögen wir trotzdem nicht zu glauben. Das Übel sitzt zu tief, und an bestimmte Ressorts, Kriegs- und Marineministerium, die seit Menschengedenken die größten Schäden bargen, hat man sich unsers Wissens noch nicht mit einer alles umfassenden Revision herangewagt, nur die Intendanturen wurden durchmustert,

was freilich dahin führte, daß von 1100 Beamten 200 und darunter 5 Generäle sich wegen Veruntreuungen vor Gericht werden verantworten müssen. A. Stolypin, der Bruder des Ministerpräsidenten, macht dazu die amüsante Bemerkung, daß die ungeheure Menge der Verhaftungen die Spitzbuben darüber aufklären könnte, daß sie die Majorität bilden, und das könne, da die Majoritäten entscheiden, nicht ungefährlich werden. Natürlich ist das satirisch gemeint, aber gewiß gibt es Leute, die so denken. In England ist man wenig zufrieden mit dem langsamen Fortschritt des Baues der vier russischen Dreadnoughts. Die Zahl der Arbeiter ist auf ⅓ reduziert worden. „Diese Tatsache wird durch Mangel an Mitteln erklärt, andere aber meinen, das Marineministerium habe so viele Arbeiter entlassen, um demonstrativ auf die Schwierigkeit seiner Lage hinzuweisen. Jedenfalls erklären diejenigen, die mit dem Bau der Flotte beauftragt sind, daß die Schiffe nicht annähernd zu der vorgeschriebenen Zeit fertig sein würden." So telegraphiert ein Korrespondent des „Standard" am 10. Juli.

Die jüngste Flottendebatte im englischen Parlament hat zu einer Erklärung von Asquith geführt, deren wohlwollende Tendenz wir nicht verkennen, deren tatsächliche Angaben aber wieder von übertreibenden Ungenauigkeiten strotzen. Kaum ist das alles zurechtgestellt, so bringt der Berliner Korrespondent des „Standard" Alarmnachrichten über eine große Unterseeflotte, die wir bauen, und die sogar benutzt werden könne, um britische Schlachtschiffe anzugreifen, die in britischen Häfen liegen! Wir bemerken dazu, daß nach dem „Nauticus" von 1910 England 66 fertige und 21 im Bau begriffene Unterseeboote hat, während für Deutschland notiert wird: „Durch den Etat von 1910 sind weitere Mittel zu Versuchen und zur Beschaffung bewilligt", woraus sich ergibt, daß wir unter allen Umständen uns bestenfalls in einem Anfangsstadium befinden, während England in voller Bereitschaft dasteht! Aber das genügt, um Hetzorgane wie den „Standard" zu veranlassen, seine Leser in Aufregung zu versetzen. Wenn wir uns für einen bestimmten Typus entschieden haben werden, wird er selbstverständlich nicht bestimmt sein, im Hafen festzuliegen, aber wir glauben, daß auch die Engländer ihre Unterseeboote nicht gebaut haben, um Fische zu fangen, ganz ebenso wie ihre Dreadnoughts wahrscheinlich nicht bestimmt sind, Spatzen zu schießen. Die Sitzungen der Vetokonferenz scheinen wider Erwarten doch in gegenseitige Zugeständnisse ausmünden zu

wollen, die zu einem Kompromiß führen, jedenfalls aber haben sie schon jetzt die eine Wirkung gehabt, daß von einer unmittelbar bevorstehenden Auflösung des Parlaments nicht mehr die Rede ist. Es scheint, daß für das Jahr 1910 alles beim alten bleibt. Irren wir nicht, so werden die Iren den Preis der Verständigung der beiden großen politischen Parteien zu zahlen haben, und das Homerule wird, wie so häufig schon, ad calendas graecas verschoben.

Dagegen haben nach anderer Richtung die Iren einen Erfolg errungen. Die von dem Präsidenten der „Gaelic League" Dr. Hyde seit Jahren erhobene Forderung, daß für die geborenen Iren die Kenntnis der irischen Sprache Voraussetzung der Aufnahme in die „National University", mit ihren Colleges in Dublin, Cork und Galway sein solle, tritt mit dem Jahre 1913 in Kraft infolge eines Beschlusses, den der Senat der irischen Nationaluniversität am 20. Juni gefaßt hat. Der Erzbischof von Dublin, als Kanzler der Universität, hat das Werk wesentlich gefördert, und eine von der Stadt Dublin und den irischen Grafschaften aufgebrachte jährliche Zahlung von 70 000 Lstr. sichert die Existenz des nationalen Unternehmens. Über die Bedeutung desselben apodiktisch zu urteilen, wäre verfrüht. Sie kann sehr groß, aber sie kann auch ganz unbedeutend sein, wenn die Iren selbst nicht Nachhaltigkeit in dem Bestreben zeigen, ihre in Irland fast erstorbene Sprache wieder lebendig zu machen. Gelingt aber das letztere, so ist damit eine Periode für die Geschichte der keltischen Rasse eingeleitet und nicht zweifelhaft, daß die Bewegung in Schottland, Wales, Amerika und wohl auch auf französischem Boden einen lebhaften Widerhall finden wird. Die Organe des irischen Nationalismus urteilen sehr optimistisch. Die Nationaluniversität werde in demselben Sinne irisch sein, wie Cambridge und Oxford englisch. Aber wer wollte die Schwierigkeiten verkennen, die sich der Erfüllung dieser Hoffnungen entgegenstemmen? Schon die Beschaffung einer Literatur wissenschaftlicher Handbücher ist eine fast unlösbare Aufgabe. Wir kennen die Schwierigkeiten, die sich gleichartiger Bestrebungen der Esten, Letten und Litauer entgegensetzen. Auch in Rumänien, Ungarn und bei den kleinern slavischen Völkerschaften haben sie bestanden und sind dort mehr äußerlich als innerlich überwunden worden. Dasselbe gilt von der finnischen Sprache. Man kommt bei weiterer Erwägung zum Schluß, daß in allen diesen Fällen mindestens eine der großen Weltsprachen der National-

sprache zur Seite treten muß. Für die Iren wird also unter allen Umständen das Englische neben dem Irischen fortbestehen, ja die völlige Verdrängung des ersteren müßte direkt als ein Schlag für die intellektuelle Ausbildung der irischen Kelten betrachtet werden. Darüber hilft kein Patriotismus und kein Optimismus hinweg.

In den Ländern lateinischer Zunge tritt uns auf europäischem Boden viel Pessimismus entgegen. Leroy Beaulieu hat wieder einmal das Problem der sinkenden Geburtsziffer Frankreichs behandelt und die schlimmsten Folgen angekündigt, wenn man nicht zu den von ihm empfohlenen Heilmitteln greifen will, um der französischen Familie das fehlende dritte Kind zu geben. Es sind im Grunde dieselben Rezepte, mit denen es die römischen Kaiser versucht haben — ohne zum Ziel zu gelangen.

In Spanien wird die innere Lage von Woche zu Woche bedenklicher. Parallel mit der tief gehenden Aufregung, die der Streit mit der Kurie über die anerkannten und die nicht anerkannten Kongregationen, sowie die Frage der öffentlichen Duldung nichtkatholischer Kulte hervorgerufen hat, geht eine revolutionäre und eine karlistische Bewegung, zu der neuerdings noch sozialistische Ausschreitungen in Bilbao gekommen sind. Die Regierung des Ministeriums Canalejas, das der König durch seine Thronrede vom 15. Juni wesentlich in seiner Stellung gestärkt hat, sieht gefährlichen Entscheidungen entgegen, ohne rechte Aussicht zu haben, ihrer je ganz Herr zu werden, da, was aus Spanien flüchtet, auf französischem Boden Aufnahme findet und im günstigen Augenblick wieder in Spanien auftaucht. Auch in Italien machen neben glänzenden Erfolgen im Wirtschaftsleben der Nation beunruhigende Symptome sich geltend, die von dem tiefen sittlichen und religiösen Niveau weiter Volksklassen Zeugnis geben.

Dagegen beginnt je länger je mehr in Südamerika und in Mexiko gesundes Leben zu sprießen. In Mexiko ist der geniale Porfirio Diaz, jetzt ein Greis von 80 Jahren, wieder zum Präsidenten gewählt, nachdem er in den 33 Jahren, da er die Leitung der Republik in Händen hatte, sie tatsächlich aus einem verwilderten Gemeinwesen zu einem wirklichen Kulturstaat emporgehoben hat. Ebenso gewaltig ist das Aufblühen von Argentinien, Chile, Brasilien. In dem Panamerikanischen Kongreß, der jetzt in Buenos Aires tagt, liegt die Führung zweifellos in ihren Händen. Die Streitigkeiten zwischen

Bolivia und La Plata, zwischen Peru und Ecuador sind dank der Vermittlung der Vereinigten Staaten von Nordamerika leidlich ausgeglichen. Es läßt sich erwarten, daß das Beispiel der drei großen südamerikanischen Republiken auch auf diese unruhigen Staatenbildungen zurückwirken wird. Besser als vor einigen Jahrzehnten ist es auch dort geworden. In Zentralamerika aber ist nach wie vor die politische Polizeiaufsicht der Vereinigten Staaten noch unentbehrlich.

20. Juli 1910. Liga der Anti-Suffragettes in England.
21. Juli. Niederlage des Präsidenten Madriz von Nicaragua durch General Estrada.
22. Juli. Präsident Hermes da Fonseca in Berlin. Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten Maura. Revolution in Honduras.
27. Juli. von Kiderlen-Waechter und Graf Aehrenthal in Marienbad.

---

27. Juli 1910.

Von den Nachklängen, welche Roosevelts Aufenthalt in England folgten, verdient vielleicht das größte Interesse ein Referat, welches „The New York World" vom 10. Juli über eine Unterredung gibt, die der ehemalige Präsident mit König Georg hatte. Der Londoner Korrespondent des Blattes erklärt, er habe seine Nachrichten aus zwei voneinander unabhängigen Quellen, von denen die eine rein politisch sei, die andre aus Hofkreisen stamme, seine beiden Gewährsmänner aber seien durchaus in der Lage, sich genau zu informieren. Ohne unsrerseits für die Authentizität dieser Nachrichten einzutreten, halten wir es doch für wichtig, an ihnen nicht vorüberzugehen, weil ihnen in Amerika Glauben geschenkt wird, und sie dort wirken, als handle es sich um Realitäten.

Man habe, erzählt der „World", vom Abschluß eines englisch-amerikanischen Schiedsvertrages gesprochen, worauf Roosevelt mit voller Offenheit erklärte, daß der Abschluß eines solchen Vertrages unmöglich sei, solange Amerikaner irischer Herkunft unversöhnt England gegenüberständen. Roosevelt betonte, aus demselben Anlaß, daß die Gefahr für die englisch-amerikanischen Beziehungen sehr ernst werden müsse, wenn eine Krisis unter Verhältnissen ausbreche, in welchen für gewöhnlich die Sympathie der Amerikaner auf englischer Seite stehen. König Georg gab das zu, und das Gespräch ging nunmehr ganz natürlich auf die Homerulefrage über, wobei Roosevelt dafür eintrat, daß wenn Homerule den Iren gewährt werde, dadurch nicht nur der Bestand des britischen Reiches, sondern auch die englisch-amerikanischen Beziehungen (sentiment) wesentlich gefestigt werden müßten. Roosevelt

habe sich über die Homerulefrage nicht nur durch direkte Verhandlungen mit den Führern der Iren orientiert, sondern auch irische Unionisten, die er bei Sir Horace Plunkett traf, gesprochen; endlich habe sein Freund Gifford Pinchot in diesem Jahre zweimal Irland besucht und die Überzeugung gewonnen, daß, abgesehen von einer Handvoll Orangisten, alles Homerule für unvermeidlich halte. Die Abneigung der Tory dagegen sei — abgesehen von den irischen Unionisten — geschwunden, und die alte Wahlparole: „gegen Irland" habe bei den letzten Wahlen keinen Widerhall gefunden.

König Georg soll nun, wie der Korrespondent des „World" hört, sich den Ansichten Roosevelts angeschlossen haben und mit Asquith, Lloyd George und Arthur Balfour darüber in Beratung getreten sein. Auch Königin Mary sprach sich dafür aus, daß die Häupter beider Parteien über Homerule zu einer Verständigung kommen müßten, und der erst danach zusammentretenden Konferenz über das Vetorecht der Lords, gab der König zu verstehen, daß, wenn sie sich über die Vetofrage nicht verständigen könnte, doch nicht versäumt werden dürfe, einen Plan für Homerule zu entwerfen. Auf seinen Wunsch sei die Zahl der Mitglieder der Konferenz auf 8 erhöht und der Staatssekretär für Irland Augustine Birrell hinzugezogen worden. Wahrscheinlich werde die Konferenz nicht imstande sein, den Wunsch des Königs zu erfüllen, daß aber König Georg infolge seiner Unterredung mit Roosevelt die Konferenz berief, sei sicher.

„Der König" — so schließt diese Korrespondenz — „wünscht, daß sein Krönungsjahr durch eine Konsolidierung des britischen Reiches denkwürdig werde, das aber würde die Verleihung der Homerule bedeuten, da das Reich dann einig und unüberwindlich vor der Welt stehen werde."

Es ist uns aufgefallen, daß keine der uns zugänglichen großen englischen Zeitungen von dieser wirklichen oder angeblichen Unterredung Notiz genommen hat. Unwahrscheinlich ist die Echtheit keineswegs. Es ist allerdings ein schreiendes Bedürfnis für England, daß diese irische Wunde einmal geschlossen werde, und ebenso richtig erscheint uns der Satz, daß ein englisch-amerikanischer Schiedsvertrag, geschweige denn eine Allianz nicht geschlossen werden kann, solange die amerikanischen Iren unversöhnt bleiben. Auch ist zu beachten, daß in den Vereinigten Staaten Iren und Deutsche Hand in Hand gehen, seit das offizielle und nichtoffizielle England seine antideutsche Kampagne führt. Beide

Nationalitäten fühlen sich insofern als Bundesgenossen, als sie, soweit es in ihrer Hand liegt, zu verhindern bemüht sind, daß die Macht der V. St. sich der englischen Politik zu Dienst stelle. Eine lange Reihe gemeinsamer Feste, in welchen die Deutschen an den irischen, die Iren an den deutschen Gedenktagen teilnahmen, hat von dieser Verbrüderung — der wir unsere vollen Sympathien entgegenbringen — Zeugnis abgelegt. Auch kann nicht zweifelhaft sein, daß Roosevelts in den Kreisen der Iren neuerdings stark erschütterte Popularität durch die Nachricht von seinem Eintreten für Homerule wieder festen Boden gewinnen wird.

Inzwischen sind bekanntlich die Sitzungen der Vetokommission vertagt und seither beginnt die öffentliche Meinung in England sich wieder anderen Fragen zuzuwenden. Da ist zunächst erfreulich, daß der gesunde Sinn des Landes sich entschlossen gegen die unsinnige, in gefährliche Hysterie ausgeartete Bewegung der Suffragettes richtet. Lord Cromer hat sich an die Spitze einer zu begründenden Anti-suffragette-Liga gestellt. Zu den Mitunterzeichnern seines Aufrufs gehören Lord Lansdowne, Josef Chamberlain nebst seinem Sohn Austin, Lord Roberts, Lord Halifax, der Erzbischof von Canterbury, Rudyard Kipling, die Herzoge von Argyll, Norfolk und Devonshire, Lord Rothschild usw., auch eine Reihe von Frauennamen. Große Namen und große Vermögen stehen hinter der neuen Liga, und man darf nur wünschen, daß ihre Bemühungen von Erfolg sein werden. Was die Mittel betrifft, durch welche die Liga ihr Ziel erreichen will, so scheint die Absicht vornehmlich dahin zu gehen, durch die Presse auf die öffentliche Meinung zu wirken, um die teils lächerlichen, teils direkt gefährlichen Ausschreitungen dieser wild gewordenen Frauen zu zügeln. Ob dadurch das Ziel erreicht wird, erscheint uns fraglich, wahrscheinlich wird die Epidemie erst aufhören, nachdem die provozierenden Kundgebungen der Suffragettes einmal zu schweren Unglücksfällen geführt haben.

Die Parlamentsdebatten haben in der Frage der Zivilliste König Georgs und des königlichen Hauses nach heftigen Angriffen von seiten der Arbeiterpartei dahin geführt, daß Balfour es nötig fand, den Nachweis zu bringen, daß ein Staat wie Großbritannien nur als Monarchie, nicht als Republik Bestand haben könne. Es ist in der Tat nicht abzusehen, weshalb die großen Kolonien einen auf vier Jahre gewählten Präsidenten der englischen Republik als ihr natürliches Oberhaupt anerkennen sollten, der notorisch nur als Parteihaupt

ins Amt kommen könnte und nicht beanspruchen darf mehr zu sein als etwa der Präsident der Republik Australien, Kanada oder Südafrika! Es war im Grunde kläglich, daß Balfour auch den Einwurf widerlegen mußte, die Republik sei billiger als die Monarchie. Glücklicherweise lassen ideale Werte sich nicht auf Pfund und Schilling abschätzen und das Verhältnis gegenseitiger Treue, das zwischen dem ererbten, durch die Geschichte von Jahrhunderten mit Land und Leuten verbundenen Herrscher und seinem Volke besteht, nicht wie ein Rechenexempel behandeln. Daß der Monarch über den Parteien steht, was der aus dem Kampf der Parteien hervorgegangene Präsident einer Republik nicht kann, selbst wenn er es noch so redlich wollte, daß in ihm die Überlieferung seines Geschlechts mit der des Volkes identisch ist, daß ererbte Treue das Ganze umschließt und einigt, darin liegt die unvergleichlich höhere Würde der Monarchie vor der Republik, vor allem aber vor den Republiken, die ihre Entstehung gebrochener Treue verdanken. Damit soll natürlich diese Frage nur gestreift, nicht annähernd erschöpft sein. Sie schließt eines der bedeutsamsten Probleme der Menschheitsentwicklung in sich und kann nicht mit drei Worten erledigt werden. Aber wenn Balfour damit recht hat, daß in der Tat der Fortbestand der Erbmonarchie die Voraussetzung für Erhaltung des britischen Reiches ist, so ist das in Anbetracht der überaus geringen Befugnisse, welche die Praxis der englischen Verfassung dem Königtum gelassen hat, ein ganz erstaunliches Beispiel dafür, wie hoch die Bedeutung ist, die dem Erbrecht im Königshause beizumessen ist. Denn in England regiert der Prime Minister und die Majoritätspartei, aus der er hervorgegangen ist, und doch ist es der König und sein Name, der das Reich zusammenhält.

Eine sehr bedeutsame Debatte fand am 21. Juli im Unterhause statt. Dillon lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die jetzige Lage Ägyptens. Sie sei infolge gewisser Reden innerhalb und außerhalb des Parlaments in den letzten Wochen akut geworden. Er protestierte gegen die letzten Erklärungen Sir Edward Greys, denen zufolge alles in bester Ordnung sei. Vielmehr sei die Gesamtlage Ägyptens außerordentlich ernst und die Regierung scheine einen Weg einzuschlagen, der zu Zuständen führe, die noch weit schlimmer seien, als die in Indien. Sir Edward antwortet (nach dem Referat des „Daily Chronicle"), daß, was den Suezkanal beträfe, die Regierung diese Frage vom ägyptischen und vom britischen Standpunkte aus betrachten müsse. Es liefen viele der

Regierung ungünstige Nachrichten um. So sage man z. B., daß England die ägyptische Regierung als ein Werkzeug benutze, um die eigenen Interessen zu fördern. Das sei aber grundfalsch. Die Interessen Englands als Aktienbesitzer und Kauffahrer — die außerordentlich groß seien — würden sorgfältig gewahrt durch das Schatzamt, die Handelskammer und das Auswärtige Amt, die untereinander und mit den offiziellen Direktoren der Kanalkompagnie in Beratung ständen. Es werde in dieser Frage keinerlei Druck auf die ägyptische „Assembly" geübt, um sie zu bestimmen. Was das Preßgesetz angehe, so sei er fest davon überzeugt, daß etwas Derartiges bestehen müsse, wenn man die Ordnung in Ägypten aufrechterhalten wolle. „Was aber die Okkupation betrifft, so wurden wir zu ihr gedrängt (we drifted into it), jetzt aber haben wir nicht logische Probleme zu lösen, sondern mit Tatsachen zu rechnen, und Tatsache ist, daß Ägypten an materiellem Gedeihen gewonnen hat, die Regierung ist erstaunlich viel besser geworden, und große Schäden, die früher bestanden, sind verschwunden." Er könne sich nichts denken, was unbeständiger, verderblicher wäre, was sicheres Unheil hervorrufen, das Vertrauen zerstören und alle Geschäfte in Ägypten mehr entwerten würde, als wenn er nur ein Wort von dem zurücknehme, was er jüngst gesagt habe. Im Gegenteil, er bekräftige alles, was er gesagt, und wenn er noch einmal zu reden genötigt und seine Politik darzulegen veranlaßt würde, so würde er nicht schwächere, sondern noch bestimmtere Ausdrücke brauchen: „Es wäre höchst verderblich, wenn in der Fremde der Gedanke aufkommen könnte, daß unsere Macht über Ägypten und unser Entschluß, unsere Stellung dort zu behaupten, in irgendwelcher Hinsicht geschwächt wäre."

Der „Temps" gibt den ersten von uns gesperrten Satz folgendermaßen wieder: „nous avons à considérer les faits plutôt que les théories" und damit ist der Sinn vielleicht besser getroffen als in der Formulierung, an die wir uns gehalten haben. Ohne auf die Frage der Okkupation Ägyptens einzugehen, deren historischer Zusammenhang noch immer nicht genügend festgestellt ist, können wir den Satz doch nicht unwidersprochen lassen, daß der Ursprung eines faktisch ausgeübten Rechts gleichgültig ist. Dann müßte auch zugestanden werden, daß die Okkupation Persiens und die Aufteilung des Landes zwischen Rußland

und England, oder die Teilung der Mandschurei zwischen Rußland und Japan, wenn sie gegen alle feierlich gegebenen Versprechungen und Verpflichtungen einmal Tatsachen werden sollten, und durch angebliche oder wirkliche materielle Vorteile, die jenen Ländern zuteil wurden, sich rechtfertigen oder vielmehr begründen ließen, eine normale und notwendige Entwicklung darstellen würden, vor der alle Rechtsfragen zurückzutreten hätten. Der früher von den konservativen wie von den liberalen Regierungen Englands eingenommene Standpunkt, das Land werde geräumt werden, sobald es soweit sei, sich selbst regieren zu können, war vielleicht weniger aufrichtig gedacht, aber gewiß verletzte er weniger das Rechtsgefühl der Ägypter. Wir fürchten, daß die Erklärung Sir Edward Greys die Erregung in Ägypten eher steigern als mindern wird.

Die Engländer sagen, sie seien für Ägypten „verantwortlich"; genau dasselbe können sie in betreff Persiens und Russen und Japaner in betreff der Mandschurei sagen, und es ist deshalb nur logisch, wenn Sir Edwrad Grey sich ohne jeden Vorbehalt bereitgefunden hat, den Standpunkt anzuerkennen, auf den sich jene beiden Mächte in schlecht verhülltem Widerspruch zum Vertrage von Portsmouth in ihrem jüngsten Vertrage gestellt haben. Die Begründung, mit welcher China den Vertrag anerkannt hat, ist in den Formen der Zustimmung im Grunde eine energische Ablehnung, denn China ist auf den Boden des Friedens von Portsmouth zurückgetreten und hält mit allem Nachdruck, im Gegensatz zu den neuesten „Tatsachen" an der völkerrechtlichen Grundlage fest, die damals vereinbart und anerkannt wurde. Das mag als „Ideologie" erscheinen, kann aber über Nacht einmal „Tatsache" werden. Die „Daily News", die sich in Beurteilung des russisch-japanischen Abkommens auf den Standpunkt stellen, daß zur Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür England und Deutschland Hand in Hand gehen müßten, knüpft daran die folgende nicht uninteressante Betrachtung:

„Deutschlands Vorgehen gegen Marokko ist hier mehrfach so ausgelegt worden, als ob es gegen England gerichtet sei. In Wirklichkeit aber rettete Deutschland den englischen Kaufleuten einen Markt, der von ihnen bereits aufgegeben war, da England den Franzosen das Recht zugestanden hatte, Marokko nach 30 Jahren dem Welthandel zu verschließen. Dies Zugeständnis war gemacht worden, weil Frankreich versprochen hatte, England freie Hand in Ägypten zu lassen; aber wie

wertvoll Ägypten auch in politischer Hinsicht sein mag, dem englischen Kaufmann würde es den Verlust Marokkos niemals aufwiegen. Deutschland protestierte gegen die Schließung der „offenen Tür" in Marokko, und Frankreich sah sich gezwungen, nachzugeben."

„Zwischen Rußland und Japan besteht jetzt ein Vertrag in bezug auf die Mandschurei und den fernen Osten. China ist von der größten Bedeutung für den englischen Handel, und es ist deshalb unerläßlich, daß China ein offener neutraler Markt bleibe. England muß alles aufbieten, um zu verhindern, daß Rußland und Japan den Handel mit der Mandschurei monopolisieren, es darf dabei der energischsten Unterstützung von seiten Deutschlands sicher sein." Das letztere wäre natürlich nur richtig, wenn England so dächte wie die „Daily News", was wir, nach der jüngsten Erklärung Sir Edward Greys auf dem Bankett, das in Hampton Court der japanischen Delegation gegeben wurde, leider bezweifeln müssen. Übrigens entnehmen wir einer sehr interessanten Korrespondenz des „New York Herald" aus London, daß England sich mit der Absicht trägt, seine Flotte in den chinesischen Gewässern durch Schiffe von dem Vor-Dreadnought-Typus zu vergrößern und zwar zunächst durch „Swiftsure" und „Triumph", die jetzt zur Mittelmeerflotte gehören und dort durch „Lord Nelson" und „Agamemnon" von der Home fleet ersetzt werden sollen. Der Gewährsmann des „New York Herald" meint, daß vor 1915 eine recht stattliche Flotte englischer Kriegsschiffe in Ostasien beisammen sein werde.

Bevor wir diese ostasiatischen Dinge verlassen, sei noch ein Irrtum zurechtgestellt, zu dem uns der vor 8 Tagen an dieser Stelle wiedergegebene Aufsatz des Professors Henry Labroue über die Ausdehnung Japans auf Siam und Java veranlaßt hat. Bei näherer Prüfung hat sich nun herausgestellt, daß die tatsächlichen Angaben von Labroue fast alle falsch sind, so daß natürlich auch alle politischen Schlüsse, die daraus gezogen wurden, fallen müssen. Von seinen Ausführungen bleibt nichts bestehen, als daß Japan in normalen freundschaftlichen Beziehungen zu Siam steht und daß der japanische Handel in Java im Steigen begriffen ist. Wir bitten unsere Leser, alles übrige aus ihrem Gedächtnis zu streichen und die falsche Orientierung durch das Vertrauen zu entschuldigen, das wir aus vieljähriger Bekanntschaft der vortrefflichen „Revue politique et parlementaire" entgegenbringen. Diesmal hat sie Unglück mit ihrem Gewährsmann gehabt, und wir mit ihr.

Einer sehr anschaulichen und überzeugenden Kritik unterzieht die „Sun" das jüngste Vorgehen der Franzosen in Marokko.

„Will man das Schema der französischen Operationen verstehen, so braucht man nur einen Blick auf die Karte zu werfen. Im Herzen von Marokko, in der Region, wo der große und der mittlere Atlas sich begegnen, liegen die Quellen von zwei Flüssen. Der eine, die Muluja, fließt mit einigen Umwegen von Südwesten nach Nordosten und mündet in das Mittelmeer. Der andere, der Wady Um er Rebia, fließt südwestlich, bis er den Wady el Abid aufnimmt, wendet sich dann scharf nach Westen und fließt im rechten Winkel zu seinem ursprünglichen Lauf direkt dem Atlantischen Ozean zu. Die Landschaft, durch die er vor seinem Richtungswechsel fließt, ist der Distrikt Tadla. Nach der Wendung bildet der Wady Um er Rebia die Südgrenze der Schauja. Es wird nun sofort klar, was die Franzosen wollen, wenn man im Licht dieser geographischen Orientierung ihre jüngsten Berichte liest. Ihre Expedition aus der Schauja nach Tadla hat sie vom Atlantischen Ozean an den Fuß des Atlas geführt. Gleichzeitig rückten sie aus Algier an das rechte Ufer der Muluja fast seinen ganzen Lauf entlang. Genau als die algerische Expedition den geeigneten Punkt erreicht hatte, begann die Tätigkeit in der Schauja.

Wenn die französischen Operationen in dem Distrikt des Hochplateaus in Ostmarokko und in Tafilet vollendet sein werden, dann wird das ganze marokkanische Gebiet südlich vom Atlas tatsächlich französische Truppen als Garnison haben. Zugleich wird der Besitz des Schaujadistrikts und das Hinterland von Tadla einen Querstreifen französischen Territoriums zwischen Nord- und Südmarokko, zwischen den Hauptstädten Fez und Marokko legen. Vom Atlantischen Ozean bei Casablanca über den Atlas jenseits Tadla, dann durch Tafilet zum Ende des algerischen Eisenbahnsystems bei Colomb Bechar oder bei Igli, das die Eisenbahn bald erreichen muß, wird sich ein Hochweg ziehen, auf welchem hinter dem Schirm des Atlas die Franzosen ihre Armeen in Bewegung setzen und auf dem sie ihre Truppen verproviantieren können. . . . Tadla wird offenbar ein französischer Posten werden und die Straße von Casablanca dahin führen. Inzwischen werden die durch die Akte von Algeciras gestatteten Operationen diesseits des Atlas beschleunigt werden. Heute sind die Franzosen bei Bu Denib im Wady Ghir. Die Straße nach Tafilet ist weniger als 100 Meilen lang, und der nächste Zug der

Franzosen geht ohne Zweifel nach Tafilet. Sind dort erst Garnisonen untergebracht, so bedarf es nur geringen Vorgehens von Tadla über die Berge und drei Linien französischer Expansion treffen sich: vom Atlantischen Ozean durch Wady Um er Rebia, vom Mittelmeer die Muluja entlang und vom Saum der Wüste bei Colomb Bechar und Tafilet.

Da die Franzosen durch das Dazwischentreten Deutschlands in Algeciras daran verhindert worden sind, Marokko auf einmal zu absorbieren, haben sie die langsamere, aber sichere Methode ergriffen, stückweise zu annektieren. In fünf Jahren haben sie Figuig, Tuat und das rechte Ufer der Muluja absorbiert. Vor Ende des Jahres werden sie in Tafilet sein. Das wird ihnen ganz Marokko südlich vom großen Atlas und östlich von der Draa ausliefern. Wenn danach die Garnisonen von Tadla und Tafilet imstande sein werden zu kooperieren, können die Franzosen wählen, ob sie sich nach Sudan wenden und die Region zwischen Um er Rebia und Tensift „okkupieren" oder nach Norden gegen Mekinez und Fez. Wahrscheinlich wird die Haltung Deutschlands diesen Entschluß beeinflussen, aber man muß wohl annehmen, daß der Widerstand Deutschlands die „Tunifizierung" Marokkos eher aufschieben, als hindern kann."

Das alles ist sehr einleuchtend und aus englischer Quelle besonders interessant, da wir wohl nicht zu Unrecht annehmen, daß der Verfasser des Artikels einer jener englischen Kaufleute ist, auf welche der oben angeführte Artikel der „Daily News" hinweist. Vielleicht ist der Schluß nicht allzu gewagt, daß wir mit unserem Widerspruch gegen die „Tunifizierung" Marokkos nicht immer allein stehen werden. Im übrigen aber erinnern wir uns, daß der Vertrag von Algeciras die Integrität Marokkos garantiert. Das ist Tatsache, nicht Theorie.

Der „Temps" hat sich sehr über das Gerücht aufgeregt, daß die Türkei dem Dreibunde beizutreten gedenke, und daran die folgende charakteristische Bemerkung geknüpft:

„Das europäische Gleichgewicht ist jetzt so gestaltet, daß jede Wandlung seiner Elemente für die Gruppe beunruhigend wird, die dieser Wandlung fern bleibt. Selbst wenn jene Nachricht sich nicht bestätigen sollte, dürfen wir daher in voller Offenheit sagen — ohne befürchten zu müssen, dadurch bei der Türkei anzustoßen, — daß, falls sie sich der Kombination des Dreibundes anschließen sollte, sie unvermeidlich die

Sympathie und die Unterstützung Frankreichs, Englands und Rußlands verlieren würde."

Es schließen sich daran Komplimente für die Männer, die in der Türkei am Ruder sind, und die Versicherung, daß Frankreich korrekte Beziehungen der Türkei zu Österreich-Ungarn wünsche, auch während der bosnisch-herzegowinischen Krisis alles getan habe, um der Türkei die möglichsten Vorteile zu sichern. Aber eben deshalb werde Frankreich „es mit Bedauern sehen, wenn das osmanische Reich auch nur einen geringen Teil seiner internationalen Autonomie aufgeben sollte". Aber es sei zum Glück ja bekannt, daß diese vorteilhafte Autonomie grade den Jungtürken am Herzen liege!

Das ist sehr freundlich gedacht; aber sollte den Türken nicht der Gedanke kommen, weshalb ihre „internationale Autonomie" ihnen nicht gestattet, Bündnisse zu schließen, mit wem ihnen beliebt, was doch sonst eine der primitivsten Voraussetzungen internationaler Autonomie ist?

Doch dieser Gedanke ist rein akademisch. Das Gerücht vom bevorstehenden Eintritt der Türkei ist ohne jedes Fundament. Wohl aber können wir dem „Temps" verraten, daß die Beziehungen der Türkei zu Deutschland, und wie wir voraussetzen, auch zu Österreich-Ungarn nicht bloß „korrekte", sondern vortreffliche sind, und daß wir allen Grund haben anzunehmen, daß es dabei bleiben wird.

28. Juli 1910. Änderung des Verfassungseides des Königs von England.
29. Juli. Übernahme des Ausw. Amtes durch v. Kiderlen. Abberufung des spanischen Botschafters vom Vatikan.
30. Juli. Kämpfe zwischen Spaniern und Marokkanern.
31. Juli. Russisch-chinesisches Abkommen über die Fischerei auf dem Sungari.
1. August. Weltfriedenskonferenz in Stockholm.
2. August. König Alfons in Paris.

3. August 1910.

In den englisch-tibetanischen, respektive englisch-chinesischen Beziehungen scheint sich eine Krisis vorzubereiten, die im Hinblick auf die allgemeine Lage der ost- und zentralasiatischen Politik von weiterer Bedeutung werden könnte. Der historische Zusammenhang, in dem die heutige Politik Englands Tibet und China als der suzeränen Macht gegenübersteht, ist der folgende: Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts waren, wenn wir von der heroischen Periode der indischen Kompagnie unter Warren Hastings absehen, die Beziehungen Englands zu Tibet nur indirekte. In den Jahren 1842 und 1855 drang der englische Vasallenstaat Kaschmir in Klein- und Mittel-Tibet vor, und die englisch-indische Kompagnie erkannte die so erworbenen Territorien als rechtmäßigen Besitz Kaschmirs an. Es folgte die weitere Ausbreitung Englands auf Kosten der Himalajastaaten. Sikkim, $^2/_3$ von Butan, Birma, ein Stück von Nepal, das alte Reich der Sikhs von Lahore wurden englisch, jedoch so, daß Butan, Nepal und Kaschmir ihre Herrscher behielten, aber die englische Schutzherrschaft anerkannten. Sie mußten sich verpflichten, der englisch-indischen Armee Kontingente zu stellen, die wegen ihrer militärischen Tüchtigkeit sehr hoch eingeschätzt wurden und englische Residenten in ihren Hauptstädten dulden. In Kaschmir stehen sogar sämtliche einheimischen Truppen unter englischem Kommando. Noch wichtiger aber war es vielleicht, daß alle diese Vasallenstaaten versprechen mußten, keine Europäer oder Amerikaner in ihre Dienste zu nehmen. Man wollte die Erziehung zu Gehorsam und Respekt in

eigenen Händen behalten. Danach hat England am 17. März 1890 einen Vertrag mit China abgeschlossen, durch den die Indien und Tibet gemeinsame Grenze anerkannt wurde, und im Zusammenhang damit schloß sich daran am 19. Mai desselben Jahres eine Konvention, die das englische Protektorat über Sikkim und die zwischen Sikkim und Tibet geltende Grenze legalisierte.

Es ist im Grunde nicht zu verwundern, daß man sich über diese Dinge in Rußland aufzuregen begann. Schon seit den Tagen Katharina II. bestanden Beziehungen zu den tibetanischen Lamas; das war wegen der zahlreichen buddhistischen Untertanen Rußlands eine Notwendigkeit. Aber erst seit den 3 Forschungsreisen Przewalskis (1871—85) und der Expedition von Piewzow und Bogdanowitsch (1889—90) wurde mit dem wissenschaftlichen auch das politische Interesse für Tibet lebendiger. Als die Engländer durch den Vertrag vom 5. Dezember 1893 zu Darjeeling sich einen Markt in Yatung hatten öffnen lassen, erschien 1894 in Petersburg ein burjätischer Lama, und drei Jahre danach erreichten zwei Mitglieder einer russischen wissenschaftlichen Expedition Lhassa. Am 30. September 1900 wurde ein Abgesandter des Dalai Lama in Livadia vom Zaren empfangen, und eine zweite große Gesandtschaft nach Petersburg folgte zu Ende des Jahres 1902. Es ging das Gerücht, daß der Dalai Lama sich durch einen Geheimvertrag unter russischen Schutz gestellt habe. Seither klagten die Engländer darüber, daß ihrem Handel in Tibet die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden, und die englisch-russischen Beziehungen spitzten sich, im Zusammenhang mit diesen tibetanischen Fragen, ganz außerordentlich zu. Wohl verstanden, am 30. Januar 1902 war das japanisch-englische Bündnis abgeschlossen worden und ziemlich genau ein Jahr danach kündigte Lord Curzon an, daß England einen Residenten in Lhassa brauche, um seine Rechte in Tibet zur Geltung zu bringen. Es ist darüber zu einer höchst gereizten diplomatischen Korrespondenz zwischen Petersburg und London gekommen, die nachträglich veröffentlicht wurde, und in der beide Teile sich Wahrheiten mit erstaunlicher Offenheit gesagt haben. Aber dank den vorausfallenden Schatten des russisch-japanischen Krieges war England der stärkere Teil. Im Juli 1903 fand die Expedition Younghusband-Macdonald statt, welche am 3. August die Engländer nach Lhassa führte. Der Dalai Lama, der russische Oberst Kozlow und der Burjäten-Lama Dschurdjew entflohen noch rechtzeitig in die Mongolei, das endliche

Resultat aber war trotzdem der sogenannte Younghusbandvertrag, der Tibet verpflichtete, den Engländern 3 Märkte zu erschließen: Yatung, Gyangtse und Zartok, die Bienenzölle aufzuheben, 12½ Millionen Francs Kriegskosten zu zahlen und endlich den Engländern das Schumbital abzutreten. Dazu bestimmte der Artikel 9 dieses Vertrages, daß jede Veräußerung tibetanischen Gebietes, die Aufnahme von Agenten fremder Mächte, der Bau von Eisenbahnen, die Anlage von Straßen und die Ausbeutung der Mineralschätze des Landes durch Fremde und unter ausdrücklicher Zustimmung Englands erfolgen dürfe, in jedem Fall aber England die Vorhand behalte. Die entrüstete chinesische Regierung hat dann den Dalai Lama abgesetzt, da sie mit Recht ihre souveränen Rechte durch diesen Vertrag gröblich verletzt sah, und auch Lord Lansdowne fand es nicht möglich, den Younghusbandschen Vertrag zu ratifizieren. Aber er knüpfte Verhandlungen mit China an, die am 17. September 1905 in einen neuen, am 27. April 1906 auch von China anerkannten tibetanisch-englischen Vertrag ausmündeten, der dem englischen Handel den Weg nach Lhassa erschloß, die oberherrlichen Rechte Chinas und die Integrität des tibetanischen Territoriums aber unangetastet ließ.

Zwischen dem Younghusband-Vertrag und dem Vertrage vom 17. September 1905 aber liegt die Verkündigung der sogenannten Curzon Doctrin, die in dem von Curzon gebrauchten Wortlaut folgendermaßen lautet:

„Indien ist gleich einer Festung, deren Gräben von zwei Seiten der Ozean bildet, und deren Mauern Gebirge sind. Jenseits dieser Mauern findet man Glacis von veränderlicher Ausdehnung. Wir gehen nicht darauf aus, sie zu okkupieren, aber wir können nicht dulden, daß ein Feind sie besetzt. Wir sind sehr zufrieden, sie in Händen von Freunden und Alliierten zu sehen; wenn aber nicht freundschaftliche Einflüsse eindringen und bis an unsere Mauern reichen, dann werden wir genötigt sein einzuschreiten. Das ist das Geheimnis der ganzen Lage in Arabien, in Persien, in Afghanistan, in Siam, in Tibet."

Diese Curzon Doctrin kann noch heute als der Schlüssel zur asiatischen Politik Englands gelten und auch der russisch-englische Vertrag vom 30. August 1907, durch welchen beide Mächte sich u. a. verpflichteten, in keiner Weise in die tibetanischen Angelegenheiten einzugreifen, steht nicht in Widerspruch dazu. Wenn Rußland jeder Aktion in Zentralasien

entsagt, braucht auch England keine Hand zu rühren, und daraus erklärt es sich auch, daß als zu Anfang dieses Jahres China mit Erfolg daran ging, seine Autorität in Tibet durchzusetzen und der Dalai Lama eine Zuflucht in Indien suchte und fand, England weder gegen seine Absetzung, noch auch sonst gegen das Vordringen Chinas in Tibet protestierte.

Erst jetzt sind in London und Kalkutta plötzlich Bedenken aufgetaucht. Man fürchtet, daß die englische Agentur in Gyangtse angegriffen werden könnte, und die englisch-russischen Truppen haben Befehl erhalten, sich in Bereitschaft zu setzen, um in Tibet einzumarschieren. Seit die Chinesen in Lhassa eingerückt sind — so schreibt der „Standard" — hat eine enorme Zuwanderung von Chinesen in Tibet stattgefunden, sowohl von Osten wie von Westen (aus der Mongolei). Die Tibetaner seien aber jeder Ausdehnung chinesischen Einflusses feindlich gesinnt. Nun habe England vor etwas über zwei Jahren einen Handelsvertrag mit China abgeschlossen und sich darin verpflichtet, die in Gyangtse stehenden englischen Truppen, die bestimmt sind, den englischen Handel zu schützen, nach Ablauf von 2 Jahren abzurufen, damit sie durch chinesische Truppen ersetzt würden, denen dann der Schutz der Straßen zwischen Gyangtse und Yatung zufallen sollte. Jetzt ist dieser Zeitpunkt gekommen, aber aus dem am 14. Juli veröffentlichten tibetanischen Blaubuch ergibt sich, daß Sir Edward Grey den englischen Gesandten in Peking darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Beziehungen Chinas zu Nepal, Sikkim und Bhutan verdächtig seien und die chinesische Regierung darüber nicht im Ungewissen gelassen werden dürfe, daß England die Interessen dieser Staaten verteidigen werde. Die nach Tibet zu sendenden Truppen (das 2. Bataillon der 10. Gurkhas aus Almora, die 48. Pioniere aus Allahabad und eine Gebirgsbatterie) aber würden zurückgezogen werden, sobald die Verhältnisse es gestatten. Da Sir Edward Grey sich ebenso im Parlament ausgesprochen hat, werden diese Truppen wohl in Tibet ebenso lange bleiben, wie etwa die englischen Okkupationstruppen in Ägypten oder die russischen in Persien.

Nun ist kein Zweifel, daß den chinesischen Staatsmännern nichts ferner liegen kann als die englischen Vasallenstaaten im Himalaya zu bedrohen, daran ist nicht zu denken. Sie räumen ein wenig mit dem Mönchsregiment in Tibet auf und hüten sich sorgfältig vor Verletzung englischer Interessen. Das Vorgehen Englands muß aber um so mehr

einen andern Grund haben, als es den Bestimmungen des russisch-englischen Vertrages vom 30. August 1907 ins Gesicht schlägt. Unter diesen Umständen wird eine Konjektur erlaubt sein. Der japanisch-russische Mandschureivertrag, der ebenfalls in striktem Gegensatze zu einem älteren Vertrage, dem Frieden von Portsmouth, steht, verletzt englische Rechte, die beim Abschluß des englisch-russischen Abkommens als gesichert galten, und unsere Leser werden sich erinnern, wie wenig Anklang der Mandschureivertrag in der öffentlichen Meinung Englands fand. Trotzdem hat Sir Edward Grey vor dem Parlament seine volle Zustimmung zu diesem Vertrage ausgesprochen, was in der Presse zu der notorisch falschen Vermutung führte, daß Sir Edward der intellektuelle Urheber des Vertrages sei. In Wirklichkeit scheint Rußland die englische Zustimmung dadurch erkauft zu haben, daß es den Engländern freie Hand in Tibet ließ, was nebenbei den Vorteil hat, China im Süden zu beschäftigen, während Rußland und Japan sich häuslich in der Mandschurei einrichten und Rußland — wie immer wahrscheinlicher wird — auch in der Mongolei Fuß zu fassen entschlossen ist. Es ist eine do ut des-Politik, bei der beiden Teilen kleine Vertragsbrüche nachgesehen werden.

Übrigens hat die japanische Freundschaft in Rußland ebenso viel Gegner wie in England, wo ihre Zahl stetig wächst. So veröffentlicht ein General (?) Martynow im „Golos Moskwy" vom 24. Juli einen überaus heftigen Protest gegen das japanische Bündnis. Japan und Rußland, sagt er, sind von Natur Feinde, darüber helfe kein papierner Vertrag hinweg. Was Japan wolle, sei nicht die ohnehin stark bevölkerte südliche Mandschurei, sondern das russische Küstengebiet am Stillen Ozean mit seinen unberührten ungeheuren Reichtümern, die jetzt kaum verteidigt würden. Andererseits werde Rußland, sobald es erstarkt sei, den von Japan besetzten Ausgang zum freien Meer zurückgewinnen müssen. Die Japaner hätten das Bündnis nur geschlossen, um Rußland vom fernen Osten abzulenken, und würden, sobald sie Finanzen, Heer und Flotte wieder in Stand gesetzt hätten, den Krieg gegen Rußland wieder aufnehmen. Bei der Teilung der Mandschurei aber habe Japan den Löwenanteil mit Mukden und seinen Kaisergräbern und dazu noch Korea erhalten. Höchst unnötigerweise habe Rußland sich China zum Feinde gemacht, die Vereinigten Staaten und die andern für das Prinzip der offenen Tür eintretenden Mächte verstimmt. Die strategisch-schwierige

Stellung Rußlands im fernen Osten hätte zu einem Bündnis nicht mit Japan, sondern mit China und Amerika führen sollen, man hätte ausländisches Kapital durch Verleihung von Konzessionen heranziehen müssen, um eine Interessengemeinschaft gegen Japan zu schaffen usw. In Summa, das unnatürliche Bündnis mit Japan beleidige das patriotische Gefühl der echten russischen Männer, die noch in Trauer der erlittenen Niederlagen gedenken. Wer 1871 den Franzosen ein Bündnis mit Deutschland angetragen hätte, wäre verhöhnt worden.

„Heute aber, nur 5 Jahre nach Port Arthur, Mukden und Tsuschima, stehen russische Truppen, die den Schimpf noch nicht getilgt haben, der ihnen zugefügt wurde, an der Seite ihrer gelben Besieger, und vielleicht werden sie gemeinsam mit ihnen ihr Blut vergießen für die Interessen des Mikado."

Der „Golos Moskwy" erklärt nun freilich, daß er die Ansichten dieses seines ständigen militärischen Mitarbeiters nicht teile, aber es ist sicher, daß Herr Martynow viele Gesinnungsgenossen hat, und nichts ist wahrscheinlicher, als daß er schließlich mit seinen Überzeugungen die öffentliche Meinung Rußlands zum Bundesgenossen haben wird.

Diese öffentliche Meinung beginnt sich jetzt mit immer größerer Entschiedenheit gegen die Senatorenrevisionen zu wenden. Natürlich nicht, weil man die Diebe schützen möchte, sondern weil als Resultat der Revision sich eine weitere Verschlimmerung der ohnehin gewiß nicht idealen Verhältnisse ergeben hat. So erhebt ein Herr, der „Cassius" zeichnet, einen wahren Notschrei in der „Nowoje Wremja". Eine konsequent durchgeführte Revision der Intendantur, der Gerichte, der Polizei, der Organe der Selbstverwaltung, ja sogar der Kirche werde in Rußland nichts zurücklassen als Trümmer. Wenn man die Moskauer Polizei dem Gericht überweise, frage jedermann, weshalb Senator Garin nicht auch alle übrigen Gerichte revidiert habe, weshalb namentlich nicht auch die Zentralorgane, von denen, wie der Polizeichef von Moskau General Reinbot urkundlich bewiesen habe, die Befehle ausgingen, nach denen er sein Verhalten richtete, und weshalb endlich revidiere man nicht die Revisoren? Offenbar, weil das Resultat eine allgemeine Desorganisation, ein Chaos wäre. Das jetzt erreichte Resultat aber führe eher zur Anarchie als zum Triumph der „Ordnung". „Die Leute, welche die Intendantur kennen, behaupten, daß der Dienst so organisiert sei, daß ein Intendant gar nicht anders könne,

als stehlen!" Mit den Revisionen sei es also nicht getan, vielmehr sei eine Fundamentalreform unerläßlich, welche vom Prinzip der persönlichen Verantwortlichkeit jedes Chefs für die ihm anvertrauten staatlichen Interessen ausgeht. . . . Auch der „Golos Moskwy" konstatiert die steigende Unzufriedenheit mit den Revisionen, meint aber, daß der Widerspruch aus dem reaktionären Lager komme, dessen Vertreter die alte bequeme Zeit zu retten bemüht seien. Das Blatt erwartet von einer gründlichen Säuberung aller Ressorts den Sieg der Wahrheit und für die Zukunft ein reines und ehrliches russisches Beamtentum.

Wir wünschen, daß es recht behielte. Aber es fällt schwer, daran zu glauben, wenn man die Berichte liest, die aus Petersburg und Wladiwostok einlaufen. Die alles umfassenden Diebstähle, die während des Krieges stattfanden, und an denen, wenn natürlich nicht alle, doch eine ganz ungeheure Zahl von Offizieren bis zu den Generalen hinauf beteiligt waren, lassen eine Wandlung wenig glaubhaft erscheinen. Zwar der panische Schrecken, den die Nachricht hervorgerufen hat, daß das Marineministerium auch einer Revision unterzogen werden solle, hat sich in etwas gelegt, seit sich nur ein Teil der Befürchtung bestätigte. Die Revision wird nichts berühren, was nicht direkt zur Marineintendantur gehört, und es wird daher die Fiktion sich aufrechterhalten lassen, daß alles übrige in bester Ordnung ist. Wer aber bürgt dafür, daß die Ersatzmänner, die an die Stelle der jetzt in Untersuchungshaft befindlichen Beamten treten, ihr Amt anders anfassen, als die Tradition von Jahrhunderten natürlich und selbstverständlich erscheinen läßt? Schon jetzt laufen, wie der „Golos Moskwy" berichtet, von allen Seiten Klagen ein, daß die neuen Intendanten es toller trieben als ihre abgesetzten Vorgänger. Und das erscheint nur natürlich, da alle Wahrscheinlichkeit dagegen spricht, daß auf eine eben abgeschlossene Senatorenrevision eine zweite neue Revision folgen sollte. Doch wir brechen ab, das Thema ist unerschöpflich und jeder Tag bringt neues Material in den Tatsachenchroniken der russischen Zeitungen.

Für H o m e r u l e ist im „Daily Chronicle" das Parlamentsmitglied Dr. Arthur Lynch sehr energisch eingetreten und ebenso der Home-Sekretär für Irland, Mr. Birrel. Beide denken an eine Föderation, etwa wie sie in den Beziehungen Englands zu den großen Kolonien besteht, und das scheint allerdings ein Gedanke zu sein, der eine Zukunft hat. Nur ist nicht daran zu denken, daß Mr. Asquith die Erfüllung dieser Idee

bringt. Dr. Lynch erwartet von der Verwirklichung auch ein engeres Zusammenstehen von England und Amerika — aber nach den letzten Erklärungen von Asquith über die zwölf Sitzungen, die die Vetokonferenz gehalten hat, liegt Homerule noch in weitem Felde. Es scheint uns vielmehr, daß eine Verständigung mit den Konservativen nur auf dem Boden einer Reform des Hauses der Lords zu erreichen sein wird — wenn überhaupt sie erreicht wird. Nach langen Beratungen und Schwankungen ist jetzt endlich die Formel festgesetzt worden, in welcher König Georg sein religiöses Bekenntnis beim Krönungseide ablegen wird. Ganz beseitigt sind die für die Empfindungen der englischen Katholiken verletzenden Bezeichnungen, die gegen die römische Kirche gerichtet waren, und ebenso hat man sich endlich entschlossen, darauf zu verzichten, daß die anglikanische Kirche als Staatskirche bezeichnet werde. Das war ein Zugeständnis, welches das liberale Kabinett den sogen. Nonkonformisten leisten mußte. Der Eid des Königs lautet fortan folgendermaßen: „Ja, in Wahrheit, ich bekenne, bezeuge und erkläre aufrichtig und feierlich, im Angesicht Gottes, daß ich treuer Protestant bin und daß, indem ich mich dem wahren Sinn der Gesetze anpasse, die bestimmt sind, die protestantische Thronfolge meines Königreiches zu sichern, ich diese Gesetze beobachten und aufrechterhalten werde, so gut ich es vermag."

Was aus Frankreich herüberklingt, ist wenig erfreulich; die leider noch nicht erledigte Affäre des betrügerischen Bankiers Rochette ist sehr unnötigerweise zu einer Staatsaktion aufgebauscht worden. Dann kam die Affäre Graby. Ein Soldat, Graby, hat eine alte Dame, Mme. Gouin, beraubt und brutal ermordet. Er trat sie erbarmungslos „à coups de talon" zu Tode. Diesen Mann nun hat der Präsident begnadigt, während er kurz vorher an einem anderen Mörder, Liabeuf, das Todesurteil hat vollziehen lassen. Die Tatsache, daß er eine Uniform trug, hat Graby gerettet, wozu das „Journal des Débats" mit Recht bemerkt „aus der Entscheidung des Präsidenten . . . . folgt, daß ein Apache befürchten muß guillotiniert zu werden, wenn er in seinen Zivilkleidern mordet, aber sein Leben rettet, wenn er den Mord während seiner Dienstzeit vollführt." Nebenher steht Frankreich in steter Sorge um einen Generalausstand seiner Eisenbahner, wie denn trotz aller Entschiedenheit, die der Ministerpräsident zeigt, die schlimmsten Formen sozialistischer Zersetzungsarbeit fortdauern. Auffallend ist ein Leitartikel

des „Temps" vom 28. Juli, in welchem die russisch-persischen Beziehungen, wie sie sich im Laufe dieses Jahres gestaltet haben, recht unparteiisch geschildert werden. Der „Temps" gelangt dabei zum Schluß, daß die russische Politik und der Patriotismus der Perser unversöhnliche Gegensätze darstellen.

Der Konflikt Spaniens mit der Kurie hat zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt und droht noch größere Folgen nach sich zu ziehen. Behauptet sich die Regierung, so dürfte die Entwicklung ähnliche Wege gehen wie in Frankreich und in eine Trennung von Kirche und Staat ausmünden. Aber der Widerstand der Kirche, welcher der Carlismus und der Separatismus des Nordwestens zur Seite steht, macht es wahrscheinlich, daß der Widerstand der „Katholiken" stärker und leidenschaftlicher sein wird. Immerhin ist es ein merkwürdiges Schauspiel, daß die romanischen Staaten sich einer nach dem anderen von den uralten Einflüssen Roms frei machen. Italien führte den Reigen, dann folgte Frankreich, jetzt Spanien. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, wann auch Portugal die Trennung von Kirche und Staat zum Ziel seiner Politik machen wird.

Auf der Balkanhalbinsel beginnen die türkisch-bulgarischen Verhältnisse sich zuzuspitzen. Beide Teile weisen dem Gegner die volle Schuld zu. In Wirklichkeit liegt die Gefahr darin, daß Bulgarien die Politik wieder aufnimmt, die es vor der jungtürkischen Revolution in Mazedonien verfolgte. Was jetzt geschieht, ist die Wiederholung der Ereignisse von 1906, nur mit dem Unterschiede, daß die Türkei heute weit stärker ist als damals. Der Verkauf der „Weißenburg" und des „Kurfürsten Friedrich Wilhelm" ist ein großer Dienst, den Deutschland der Türkei und der Sache des Friedens leistet. Erst jetzt läßt sich darauf rechnen, daß die kretische Frage einen friedlichen Verlauf nimmt. Der Entschluß, die beiden in vortrefflichem Zustande befindlichen starken Schiffe wegzugeben, ist unserm Marineministerium, wie wir wissen, nicht leicht gefallen. Ein Ersatz ist immer erst nach etwa 3 Jahren zu schaffen. Was den Ausschlag gab, war neben dem Wunsch unseres Auswärtigen Amts, der Türkei gefällig zu sein, vornehmlich die Erwägung unsern Werften Beschäftigung zu geben. Mögen auch unter türkischen Fahnen die beiden, auf stolze Namen getauften Schlachtschiffe diesen Namen Ehre machen.

Die Ernennung Herrn v. Kiderlen-Waechters hat in der

Redaktion der „Nowoje Wremja“ wahre Bestürzung hervorgerufen. Sie widmet ihm die folgende Betrachtung:

„Noch gefährlicher als die bevorstehende Erhöhung der deutschen Armee um 42 000 Mann ist es, daß an die Spitze der deutschen Diplomatie Herr Kiderlen-Waechter tritt, ein Mensch von Bismarckschem Typus, sowohl was sein Äußeres als was die Entschiedenheit seines Charakters betrifft. Er pflegt grob zu sein, ist schneidend, stark, ein Mann durchgreifender Maßregeln und dabei soll er, wie man sagt, russophobe sein.“

Herr Menschikow, von dem diese Charakteristik stammt — zu der wir übrigens Herrn v. Kiderlen beglückwünschen —, knüpft daran Betrachtungen über die der Welt und speziell Rußland von Deutschland drohenden Gefahren, tröstet sich aber schließlich selbst damit, daß die sozialen Nöte, in denen wir leben, eine Friedensbürgschaft werden könnten, es sei denn, daß man sie durch ein auswärtiges Abenteuer abzulenken suche. In Österreich sei die Armee überzeugt, daß der Krieg mit Rußland schon nach einigen Monaten kommen werde. Das habe der Bürgermeister von Krakau, Leo, beim Empfang der russischen Delegierten zum Jubiläum der Schlacht bei Tannenberg wörtlich so gesagt!

Nun, der Herr Bürgermeister wird es wohl wissen.

5. August 1910. Deutschland verkauft die Panzerschiffe „Kurfürst Friedrich Wilhelm" und „Weißenburg" an die Türkei.
7. August. Niederlage von Sattar-Khan und Bayhir-Khan in Teheran.
10. August. Hundertste Geburtstag von Cavour.

10. August 1910.

Wir haben unter dem Drang der aktuellen Tagespolitik lange nicht Zeit gefunden, uns mit den englisch-südafrikanischen Angelegenheiten zu beschäftigen. Und doch ist es ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung, das sich dort am 31. Mai dieses Jahres vollzogen hat: die Union der vier südafrikanischen Kolonien Englands, Kapland, Oranjekolonie, Transvaal und Natal, zu einem autonomen Föderativstaat. Damit ist nicht nur ein neues Staatsgebilde, sondern, wie ausdrücklich und offiziell betont wird, auch eine neue Nation konstituiert worden, und wir stehen nicht an, ihr eine sehr bedeutsame Zukunft vorherzusagen.

Ein Rückblick auf den Weg, der bis zur Erreichung dieses Zieles durchmessen werden mußte, kann nur lehrreich sein. Es ist das große historische Verdienst Campbell Bannermans, daß er, als im Februar 1905 der entscheidende Wahlkampf gegen das regierende unionistische Kabinett begann, in sein Programm auch die Einführung verantwortlicher Regierungen in Transvaal und Oranjekolonie aufnahm. Als der Dezember des Jahres ihm den glänzenden Sieg brachte, von dem noch heute sein Nachfolger im Amt Mr. Asquith zehrt, hat er treulich Wort gehalten. Die besiegten Burenrepubliken traten zu gleichem Recht an die Seite von Kapland und Natal, und schon bald danach tauchte der Gedanke auf, diese vier Kolonien zu einem föderativen Ganzen zusammenzufassen. War es doch die Entwicklung, die sich als eine natürliche Notwendigkeit in Australien und Kanada, gleichsam von selbst, ergeben hatte. Aber gewiß gehörte mehr Kühnheit und mehr Vertrauen dazu, in Afrika zu wiederholen, was dort ohne Erschütterungen geschehen war.

In Afrika standen zwei Nationen, die holländische und die englische, nebeneinander, mehr äußerlich als innerlich verbunden, Nationen, die vor kurzem noch auf Leben und Tod miteinander gerungen hatten, und von denen die siegreiche englische — was doch sehr bedeutsam ist — eine Minorität darstellte. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie aus eigener Kraft der Buren hätte Herr werden können. Die gesamte Macht des britischen Reiches mußte dazu herangezogen werden: Indien, Kanada, Australien schickten ihre Kontingente. Die englische Flotte schnitt den Buren jede Verbindung mit der Außenwelt ab, und das neutrale Portugal gestattete englischen Truppen den Durchzug durch sein Gebiet, damit sie den Buren in den Rücken fallen könnten. Was das englische Südafrika an Kämpfern aufstellte, kam dagegen kaum in Betracht.

Aber die Opfer an Blut und Leben, welche die Buren auf dem Schlachtfelde wie in den Konzentrationslagern gebracht haben, waren ganz ungeheure. Man hätte glauben können, daß hier ein Haß erwachsen müsse, der nicht zu löschen sei. Das aber ist nicht der Fall gewesen. Die Buren beugten sich einer Entscheidung, die ihnen schließlich wie ein Gottesurteil erschienen sein mag. Denn, das darf nicht vergessen werden, es waren theokratische Vorstellungen, aus denen sie ihre Widerstandskraft geschöpft hatten; nun waren sie bereit, die neuen Wege zu gehen, die Gott sie gehen hieß. Sie vereinigten damit trotz allem einen festen Glauben an ihre Zukunft. Es ist erstaunlich, wie wenige von ihnen die Heimat verlassen haben, und gewiß sind das nicht die besten Elemente gewesen. Die blieben im Lande nach jenem 31. Mai 1902, und sie waren es, die mit gesundem Sinn und rüstiger Tatkraft die Niedergeworfenen wieder aufzurichten verstanden. Als, dank Campbell Bannermans Initiative, am 23. Februar 1907 das erste Ministerium der autonomen Kolonie Transvaal gebildet wurde, stellten die Buren ihren besten Mann, Louis Botha, den Helden von Colenso und Spionskop, an die Spitze des Ministeriums. Botha war damals 43 Jahre alt, ohne die Vorbildung, die man beim Leiter eines Staates voraussetzt, weder Jurist, noch praktischer Verwaltungsbeamter, noch geschulter Soldat. Ein Landwirt, wie sie es alle sind; aber erzogen durch die harte Schule des Lebens, von genialen Anlagen, stetigem Fleiß und jener Kraft des Charakters, die ihre Schwingen sicherem Selbstgefühl und dem Bewußtsein verdankt, einem edlen und hohen Ziel nachzustreben. Dazu kam die strahlende Liebenswürdigkeit seines Wesens, der weder die harten

Köpfe seiner Landsleute, noch das forschende Mißtrauen der Engländer widerstehen konnten. Als er im Mai 1907 als Vertreter Transvaals auf der Londoner Kolonialkonferenz erschien, hat er sie alle gewonnen, den König, die Minister und, was doch viel sagen will, sogar die Journalisten der imperialistischen Oppositionspresse. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, daß der Eindruck, den er machte, vornehmlich dazu beigetragen hat, daß nunmehr der Gedanke reifte, eine südafrikanische Union ins Leben zu rufen.

Aber ziemlich genau 3 Jahre sind hingegangen, ehe diese „gefährliche Utopie" (wie die Gegner sagten) Wirklichkeit wurde. Die entscheidenden Schritte geschahen 1909. Am 4. Juni nahm eine konstituierende Versammlung, auf der Kapland, Oranjestaat und Transvaal vertreten waren, eine Unionsverfassung an: ein Unionsparlament in Kapstadt, Regierung und Verwaltungsbehörden in Prätoria, die Obergerichte im Bloemfontein; die Exekutive sollte dem von England eingesetzten Generalgouverneur gehören, mit einem Ministerium zur Seite, die Legislative dem Parlament, das aus Senat und Abgeordnetenhaus bestehen sollte, in Angelegenheiten aber, die nicht die Gesamtheit betrafen, den autonomen Einzelstaaten. Die Zentralverwaltung übernimmt alle Vermögensbestände und Schulden der Kolonien, die beiden Sprachen, Englisch und Holländisch, sind innerhalb der Union gleichberechtigt, es gilt das allgemeine Wahlrecht für alle Männer europäischer Herkunft. Das sind die Grundzüge. Nach einigem Zögern hat sich auch Natal am 13. Juni (mit 11 121 gegen 3701 Stimmen) der Union angeschlossen und darauf, am 20. August, das englische Unterhaus in dritter Lesung diese Verfassung angenommen, ohne ein Titelchen an ihr zu ändern. Da nun feststand, daß im Mai 1910 die Union ins Leben treten sollte, begann man in Südafrika Vorbereitungen zu den Wahlen zu treffen, die darüber entscheiden mußten, wem die Führung im neuen Verfassungsleben der Union zufallen solle, den Engländern oder den Buren. Der erste Gedanke ist wohl gewesen, ein Koalitionsministerium zu bilden, wobei der englische Kandidat der frühere Prime Minister des Kap war, John Xavier Merriman, ein ausgezeichneter Finanzmann, der aber auch bei den Engländern wenig populär war. Was ihm Aussichten bot, war, daß Jameson, der eigentliche Führer der imperialistisch-progressiven Partei, energisch für ihn eintrat, und Jamesons Einfluß unter der englischen Bevölkerung Südafrikas ist außerordentlich groß. Die Buren

aber haben ihm seine Vergangenheit wohl vergeben, nicht aber vergessen können. Als leitender Minister der Union war er undenkbar. In Transvaal wurde diese Partei durch drei Minenmagnaten vertreten: Sir Percy Fitzpatrik, Bailey und Lionel Philipps. Ihnen gegenüber stehen die Parteiorganisationen der Buren, im Kap der „Bond", im Oranjestaat die „Unie", in Transvaal „Het Volk" unter Führung von Louis Botha und Smuts.

Nachdem nun Botha eine Rundreise durch ganz Südafrika gemacht hatte, fand Ende März eine Parteiversammlung von Het Volk in Pretoria statt, der Botha sein Ministerprogramm vorlegte und auf der er mit ebensoviel Mut wie gesundem Verstand die zuweit gehenden Ansprüche seiner Anhänger zurückzuweisen verstand. Alle seine Vorschläge fanden schließlich einstimmige Annahme. Inzwischen rückte die Zeit der endgültigen Entscheidung immer näher. Wohin sie fallen werde, ließ sich bereits erkennen, als am 6. April im Kap die Wahl von acht Senatoren für das Unionsparlament erfolgte. Gewählt wurden sechs Mitglieder des Bond und nur zwei Imperialisten. Am 15. April wurde die letzte Session des Kapparlaments eröffnet, Mitte Mai verabschiedete sich Lord Selborne, der durch sein konziliantes und taktvolles Auftreten wesentlich dazu beigetragen hatte, die Gegensätze zwischen Siegern und Besiegten auszugleichen. Dann traf der erste Generalgouverneur von Südafrika, Viscount Gladstone of Lonark ein, und die Spannung stieg nun aufs Höchste: Es fragte sich, wem er die Bildung des Ministeriums anvertrauen werde. Der in Kapstadt erscheinende „Leader" schrieb damals, obgleich imperialistisch gesinnt — Merriman sei ungeeignet, da das Land nicht einen vorsichtigen Finanzmann, sondern einen Mann brauche, der die in den letzten Jahren aufgespeicherte Energie kühn zur Entwicklung bringe. Das beste wäre ein Ministerium Botha-Jameson, das nächstbeste Botha allein. Botha verfolge eine positive Politik, keine Politik der Negation, er fördere eine wissenschaftliche Landwirtschaft, und benutze seinen großen persönlichen Einfluß im Sinne jedes Fortschritts. Am 21. Mai brachte die „South Afrika News" die Nachricht, daß die Transvaalminister sich geweigert hätten, in einem Kabinett Merriman ein Amt zu übernehmen, und das mag die Entscheidung herbeigeführt haben — am Nachmittag desselben Tages folgte die amtliche Bestätigung der Ernennung Bothas zum Chef des Kabinetts. Daß Jameson der Führer der Opposition wird, ist sicher; er hat auf einem Kongreß zu Bloem-

fontain die imperialistischen Progressisten der vier Staaten um sich gesammelt. Dagegen steht auch fest, daß Merriman sich ihm nicht anschließen, sondern als „Unabhängiger" Botha unterstützen wird. Das Unionsministerium ist nun folgendermaßen komponiert: Drei frühere Transvaalminister: L. Botha als Präsident und Landwirtschaftsminister, General Smuts Inneres und Landesverteidigung, Hull Finanzen, 4 Mitglieder des Kapministeriums Merriman: Sauer, Malan, Burton, Graef, je 2 aus Orange und Natal, Fischer, Herzog, Moore und Cubins. So ist die englisch-imperialistische Partei ganz in den Hintergrund gedrängt; die Regierung gehört den Buren und die Führung im Ministerium haben die drei Transvaaler Botha, Smuts und Hull.

Am 31. Mai erschien die erste Nummer des Regierungsblattes „The Union of South Africa Government Gazette", natürlich in Prätoria, vor dem jetzt Kapstadt zurückstehen muß. Die Zeitung ist doppelsprachig. Sie brachte amtliche Aktenstücke über die Begründung der Union von Südafrika, die Ernennung des Generalgouverneurs, sowie die ihm erteilte Instruktion, dazu die übrigen Ernennungen, von denen hervorzuheben ist, daß General Herzog als Chief Justice gegebenenfalls Vertreter des Generalgouverneurs sein wird. Es stehen nun freilich noch einige Monate lebhafter politischer Aufregungen bevor, da am 3. November die Eröffnung des Unionsparlaments in Gegenwart des sehr populären Herzogs von Connaught, der Herzogin und der Prinzeß Patricia stattfinden soll. Bis dahin muß das Wahlgeschäft erledigt sein und die Wahlagitation ist bereits im Gange. General Smuts wird in Prätoria-West, Botha in Prätoria-Ost und zwar gegen Sir Percy Fitzpatrik kandidieren. Dieser letzteren Wahl wendet sich um so mehr das allgemeine Interesse zu, als Fitzpatrik hier in seinem früheren Wahlkreis bekämpft wird, und Botha in seiner ersten Wahlrede, Ende Juni, das Programm der neuen von ihm begründeten südafrikanischen Nationalpartei darlegte. Er sprach holländisch und seine Rede wurde für die in der Versammlung anwesenden Engländer übersetzt. Der Inhalt dieses Programms ist kurz gefaßt der folgende: 1. Gerechte und gleichmäßige Behandlung aller Mitglieder der Union. 2. Gleichberechtigung beider Nationalitäten und Sprachen. 3. Ausschließung der Eingebornenfrage aus der Parteipolitik, gerechte und sympathische Behandlung der Eingeborenen in weitherzigem und liberalem Sinn. 4. Beförderung der europäischen Einwanderung, Ausschließung der asiatischen. 5. Aus-

gedehnte Erziehungspolitik. 6. Verbesserung der Arbeitsbedingungen weißer Handarbeiter. 7. Einrichtung eines ausreichenden Systems nationaler Verteidigung für Südafrika als Glied des britischen Reichs, und Verpflichtung der Bürger, an der Verteidigung teilzunehmen. 8. Reorganisation der Staatsverwaltung. 9. Energische Eisenbahnpolitik. 10. Beschaffung sicherer Grundlagen für die Mineninduſtrie und Heranziehung flüssigen Kapitals. 11. Förderung der Landwirtschaft und neuer Siedelungen. Endlich betont dieses Programm mit großem Nachdruck die Zugehörigkeit zur britischen Flagge.

Die Unionisten sind durch dieses Programm, dem sie in keinem Punkte widersprechen können, in Verlegenheit gesetzt. Auch ist ihr eigenes Programm ziemlich farblos. Es redet nicht von der allgemeinen Wehrpflicht, ist in der Frage der Eingeborenenpolitik radikaler und rückt die Chamberlainschen Reziprozitätsgedanken in den Vordergrund, d. h. lauter Sätze, denen die Buren ihren Widerspruch entgegenstellen. Daß die Kapkolonie sich zurückgesetzt fühlt und das Vorherrschen Transvaals nur unwillig trägt, geht aus den Stimmen der kapländischen Presse deutlich hervor. Nebenher geht das Bestreben der nordöstlichen Gebiete des Kaps, eine eigene Provinz zu bilden. In Grahamstown hat sich zu diesem Zwecke eine Eastern-Province-Association gebildet, und das gibt uns einen Fingerzeig über die bevorstehende weitere Entwicklung der südafrikanischen Föderation. Aus den vier Staaten werden, ebenso wie es in Kanada und in Australien der Fall war, im Lauf der Jahre viele werden, sei es durch Teilung der bestehenden Staaten, sei es durch Wandlung der Protektorate, in denen jetzt der Generalgouverneur als High Commissioner fungiert, in autonome Kolonien. Wie dem auch sei, zunächst wird die Arbeit der Zentralregierung sich so gut wie ausschließlich den inneren Fragen wirtschaftlichen Charakters zuwenden müssen. Die beiden großen Probleme: Eingebornenpolitik und Sprachenfrage werden, so weit das irgend möglich ist, zurücktreten, denn beide Parteien wollen jetzt noch nicht an ihnen rühren. Trotzdem bestehen sie fort und wie sie gelöst werden vorherzusagen, wäre vermessen. Denn wenn, um mit Bismarck zu reden, Südafrika in den Sattel gesetzt ist, und wie wir hinzufügen, auch bewiesen hat, daß es reiten kann, so steht doch keineswegs fest, w o h i n es reiten wird.

Wohin der Ritt geht, ist freilich auch die große Zweifelsfrage, die jetzt überall in England erhoben wird, und es ist wohl ein Zeichen der

Unsicherheit, mit der das englische Volk in die Zukunft blickt, daß jetzt fast alle Probleme britischer Politik gleichzeitig aktuell werden. Wir denken dabei nicht an den two power standard und die damit verbundenen Halluzinationen, das ist ein chronisches Leiden, über dessen Charakter nur der Patient im Unklaren ist, sondern an die Nervosität, die auf dem gesamten Gebiet des britischen Reiches und seiner stetig sich erweiternden Einflußsphären zum Ausdruck kommt. Wir sahen, wie trotz bündiger Verträge die Anstalten getroffen werden, Tibet in den Kreis der „glacis" des Reichs zu ziehen. Parallel damit geht ein immer deutlicher gekennzeichnetes Vordringen in Persien, und die gewaltsame Beherrschung aller Küsten des persischen Golfes, unter dem Vorwande, einen Waffenhandel zu verhindern, von dem England befürchtet, daß er von Koweit oder Maskat durch Persien und Afghanistan nach Indien kommen könnte, wohin der Weg 2400 englische Meilen beträgt! Man muß die „Times of India" lesen, um zu übersehen, mit welcher Ungeniertheit und Konsequenz dieser völkerrechtlich gewiß nicht verbotene Waffenhandel verfolgt wird. Da England sich weder mit Persien noch mit Afghanistan im Kriege befindet, kann von Kriegskonterbande füglich keine Rede sein. Zurzeit sind fünf Kreuzer und Kanonenboote und neun bewaffnete Schleppdampfer beschäftigt, den Persischen Golf zu bewachen; wie das geschieht, aber mag ein typisches Beispiel zeigen. Zu Anfang dieses Jahres hatte ein französischer Waffenhändler, Goguer, aus Maskat 1500 Gewehre und 120 000 Patronen in ein Segelschiff nach Koweit verladen, wohin bisher die Engländer den Waffenhandel gnädigst gestattet hatten, weil Mubarek Bey zu ihren Anhängern gehört. Goguer hatte Ausweispapiere vom französischen Konsul und vom Sultan von Maskat. Trotzdem griff ein englisches Kriegsschiff sein Fahrzeug auf und brachte es nach Maskat zurück. Goguer, der sich weigerte, die Gewehre zurückzunehmen, fordert hohen Schadenersatz, aber obgleich Monate seither vergangen sind, haben wir in keiner französischen Zeitung die geringste Notiz von diesem doch auffallenden Gewaltstreich gehört.

Es scheint sich aber noch mehr vorzubereiten. Die „Times of India" druckt einen Artikel des uns nicht zugänglichen „Pioneer" vom 3. Februar ab, in dem behauptet wird, daß die Stammesfürsten von Persisch-Beludschistan sich unabhängig erklärt hätten, so daß Persien diese Grenzprovinz verloren habe. Da nun Persisch-Beludschistan die Straße von Bender Abbas ins Innere hinein beherrsche, werde England sich

genötigt sehen, des indischen Handels wegen dort einzugreifen. Nun haben wir allerdings bemerkt, daß an der Südgrenze Persiens starke englische Machtmittel entfaltet werden, aber nicht das geringste Symptom von einer separatistischen Bewegung in Persisch-Beludschistan in Erfahrung bringen können, obwohl die gut orientierte russische Presse, die allmählich recht eifersüchtig geworden ist, sich das gewiß nicht hätte entgehen lassen. Aber im Juni hat der englische Agent in Koweit wiederum 300 Gewehre beschlagnahmt und die englischen Kriegsschiffe haben eine Dhau mit 2000 Gewehren und einer Million Patronen aufgebracht. Die Konsulatswache in Bender Abbas ist auf 75 Seapois verstärkt worden, von englischen Expeditionen landeinwärts aber wurde mehrfach berichtet. Schon im Januar drang ein halbes Regiment indischer Truppen in Südpersien ein, um versteckte Waffenlager der Afghanen und Beludschen zu durchsuchen, und im März landeten englische Truppen westlich von Lingali Soldaten und Matrosen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß Vorbereitungen getroffen werden, für England ein Äquivalent zu schaffen, falls Rußland dauernd in Nordpersien Fuß fassen sollte.

Auch in betreff Indiens läßt sich die Frage aufwerfen, wohin der Weg geht. Offenbar soll mit dem System verhältnismäßiger Milde endgültig gebrochen worden. Die Berichte der englischen Zeitungen, speziell der „Times", sind voller Meldungen über Verhaftungen, Haussuchungen, Unterdrückung von Zeitungen und anderen Zwangsmaßregeln. Man will einer weit verbreiteten Verschwörung auf die Spur gekommen sein und mit den Gegnern der englischen Herrschaft aufräumen. Aber das alles ist nur ein Kampf gegen die Symptome einer tief gegründeten nationalen Strömung, die ihr Fundament in jener asiatischen Bewegung hat, die im Zusammenhang mit dem englisch-japanischen Bündnis infolge der furchtbaren Niederlagen Rußlands entstand. Der Glaube an die Überlegenheit der weißen Rasse ging damals verloren, und das mandschurische Bündnis der Russen und Japaner wird im Orient erst recht als ein Triumph Asiens empfunden. Kein Zweifel, daß sich auch hier etwas Neues vorbereitet.

Wir wollen nicht weiter an den Wandlungen exemplifizieren, die sich eben jetzt auf kanadischem und australischem Boden vollziehen, obgleich auch sie alle Beachtung verdienen; nur auf zwei interessante Tatsachen sei zum Schluß noch hingewiesen. Der „Daily Expreß" ist mit dem Vorschlag hervorgetreten, daß König Georg bei seiner Krönung

den Kaisertitel „erhalten" solle (should receive the title of „Emperor of the British").

„Das britische Reich", sagt der „Expreß", „ist jetzt mehr als eine konventionelle Bezeichnung, und es ist gewiß angemessen, daß das Empire einen Emperor erhält. Es darf nie vergessen werden, daß der Souverän das einzige lebendige Band zwischen den verschiedenen Gebieten des British Empire ist, und daß die kolonialen Gerichtshöfe eine endgültige Entscheidung nicht der englischen Gerichte, sondern des Privy Council des Königs anrufen, das aus dem Gesamtreich ernannt wird. Indien ist ein Kaisertum für sich, und König Georg Kaiser von Indien, aber außerhalb Indiens haben wir die absurde Anomalie eines Empire ohne Emperor."

Diese Anregung hat, nach den Äußerungen der Presse zu urteilen, die beste Aussicht, populär zu werden.

Die zweite Tatsache, auf die wir hinweisen wollen, ist das Manifest, das 21 schottische Parlamentsmitglieder, teils Liberale, teils Zugehörige der Arbeiterpartei, erlassen haben. Sie haben sich zu einem „schottischen Nationalkomitee" zusammengetan und verlangen für Schottland Homerule. Es ist das erstemal, daß Schottland mit dieser Forderung hervortritt, und daher wichtig, die Hauptsätze des Manifests kennen zu lernen.

„Die Regelung der konstitutionellen Frage wird Gelegenheit geben, die parlamentarische Arbeit auf der Grundlage des Heimfalls (devolution) zu reorganisieren. Irlands Verlangen, sich selbst zu regieren, wird wahrscheinlich nicht überhört werden. Schottland ist in seiner Weise nicht weniger dringend. Eine Politik des Rückfalls schottischer Angelegenheiten an Schottland (a policy of devolution for Scottish affairs) schließt einen Bruch mit dem veralteten System in sich, das seit 200 Jahren galt. Dies System wurde uns bei der Union aufgezwungen, als Schottland tatsächlich den Händen der Bureaukratie überliefert wurde."

Es schließt sich hieran der Nachweis, daß Schottland durch die geltende Verfassung schwer geschädigt werde, und die Aufforderung an die Wähler, neben der Reform der Lords auch ein besonderes Parlament für Schottland zu verlangen, während dem Parlament in Westminster die Angelegenheiten des Empire bleiben sollten.

Es ist nun im höchsten Grade beachtenswert, daß, während die unionistischen Zeitungen unter Führung der „Times“ einen Alarmruf wider den neuen Separatismus erheben und von der Schaffung künstlicher Nationalitäten reden, die „Westminster Gazette“ mit großer Entschiedenheit für die Vorschläge des Manifestes eintritt. Auch Homerule für Irland gewinnt dadurch an Aussichten, da die „W. G.“ ohne Zweifel Fühlung mit den regierenden Kreisen genommen hat, ehe sie mit ihrer Billigung hervortrat.

11. August 1910. Brüsseler Abkommen zwischen Belgien, Deutschland und England über die Grenzen am Kiva-See und Rufiji.
13. August. Präsident Fallières' Reise in die Schweiz.
14. August. Feuersbrunst in der Brüsseler Weltausstellung.
15. August. Konferenz zwischen dem Grafen Ahrenthal und Hakki Pascha in Marienbad.
16. August. Die Türkei gestattet die Rückkehr der nach Bulgarien geflüchteten Mazedonier.

17. August 1910.

Das New Yorker „Evening Journal" vom 28. Juli bringt zwei die politische Situation sehr drastisch kennzeichnende Karikaturen. Die eine zeigt uns auf einem Schiff die demokratische Partei in Sturm und Gewitter auf hoher See. Auf der Kommandobrücke steht ein Esel, der die Notflagge gehißt hat. Bryan fällt eben über Bord in den offenen Rachen eines Haifisches. Von Ohio aus schwimmt Garfield nach Oyster Bay, d. h. zur Wohnstätte Roosevelts, der, wie es scheint, ihm in einem Boot entgegensegelt. Als Unterschrift: „All at Sea, dropping the Pilot. Sie haben ihren Steuermann über Bord geworfen!"

Auch die zweite Karikatur zeigt ein Schiff im Sturm. Am Steuer Roosevelt, der mit verzweifelter Anstrengung das Fahrzeug von einem Felsen abzulenken sucht, an dem es scheitern muß. Von dem über Bord gefallenen Longworth sieht man noch Knöchel und Sohlen; im Hintergrunde des Schiffs sitzt Taft bei einem Glase Wein, und auf die ängstliche Frage eines Passagiers: „Wie entgehen wir dem Felsen?" antwortet er: „Frage den Steuermann, ich habe Urlaub."

Die Legende darunter lautet: „Es war aber Mitternacht auf dem Meere, und ein Sturm war in der Tiefe!"

Das bringt den Lesern recht deutlich vor Augen, daß die Republikaner sich in denselben Nöten befinden wie die Demokraten. In der Tat ist die Lage, wie uns ein Privatschreiben aus New York mitteilt, sehr interessant und unsicher. Unzweifelhaft entwickelt sich ein Interessengegensatz zwischen dem von Roosevelt und dem von Taft ausgehenden Einfluß in der republikanischen Partei, und bisher ist die Partei Roosevelt

der verlierende Teil. Roosevelt hat sich als ein „hoo doo", d. h. als unglückbringend für jede Person und für jede Maßregel erwiesen, für die er eingetreten ist: was aber Bryan betrifft, so hat er seinen Einfluß völlig verbraucht und jedermann ist seiner müde geworden. Aber noch steht die heiße Zeit der Novemberwahlen bevor, und im Laufe des September und Oktober kann sich noch mancherlei ereignen. Die steigenden Kosten des Lebensunterhalts und der Miete, die allgemeine Korruption im öffentlichen Leben und die unsinnige Extravaganz der Reichen, die Schwindeleien der Fondsbörse, das alles hat eine Stimmung erzeugt, unter der beide politischen Parteien zu leiden haben werden. Wären die Sozialisten organisiert wie in Deutschland, so hätten sie jetzt große Aussichten. Das ist aber nicht der Fall, auch haben sie niemanden, der die Fähigkeit hätte, sie zu führen. Wahrscheinlich wird es ihnen gelingen, beide, Demokraten und Republikaner, zu schwächen, aber ohne daß irgendwelche Wirkung davon zu erwarten wäre.

Großes Aufsehen hat eine dem „World" aus London zugegangene Kabeldepesche gemacht, welche über zwei Gespräche berichtet, die Theodore Roosevelt angeblich mit König Georg gehabt hat. Es handelte sich, wie wir am 27. Juli ausführlich berichteten, um Agitation für Homerule in Irland als Mittel, ein Bündnis zwischen Amerika und England möglich zu machen. Dieses Themas haben sich nun auch kanadische Blätter bemächtigt, wie wir einem sehr eingehenden Referat der „New York Times" vom 31. Juli entnehmen. Zum Ausgangspunkt dient die Wiedergabe einer Rede von Mr. Birrell, der als Obersekretär des Lord Leutnants von Irland, Mitglied des Kabinetts Asquith ist. Birrell führte aus, daß die Föderation des britischen Reiches wahrscheinlich mit der Föderation des sogen. Vereinigten Königsreichs beginnen werde, das man offenbar so nenne, weil es weder den Interessen noch dem Geist nach „vereinigt" (united) sei. Schottland, sagte er, sei in Revolte, Wales sei unzufrieden und es sei eine wahre Stupidität, durch irische Stimmen über Englands Kriege entscheiden zu lassen. England habe einen Anspruch auf ein eigenes Parlament und könne, um den eigenen englischen Interessen Beachtung zu sichern, es dadurch gewinnen, daß es den beiden anderen Königreichen, Schottland und Irland, gestatte, ihre besonderen Parlamente zu haben, so daß die Reichsinteressen einem durch lokale Probleme nicht beschwerten, wahrhaft imperialistischen Parlament überlassen blieben. Auch würde eine solche Föderation

Raum für die überseeischen Dominien bieten, sobald sie den Zutritt wünschen sollten.

Die „New York Times" meint, daß dies der Gedanke sei, der hinter der geheimnisvollen Andeutung der Londoner Blätter stecke, daß die konstitutionelle Frage eine Lösung finden werde, „von der niemand geträumt habe", und schenkt ihm ihren vollen Beifall, hebt aber hervor, wie merkwürdig es sei, daß diese dezentralisierenden Pläne mit einer nach Zentralisation strebenden Bewegung in den Vereinigten Staaten parallel laufen. Während die Engländer einsehen, daß es möglich sei, das Parlament zu entlasten, suchten die amerikanischen Politiker der Nationallegislatur Aufgaben zuzuweisen, die besser in den Lokalvertretungen erledigt würden. Das wird mit Einzelheiten belegt, die für uns nicht von Interesse sind. Das Wesentliche liegt darin, daß der Gedanke der Föderation in England an Boden gewinnt und daß damit eine Entwicklung vorgezeichnet ist, die als politische Perspektive auch von uns mehrfach ins Auge gefaßt wurde. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Frage wohl aufgeworfen werden kann, ob alle Dominien eine Teilnahme an dem Reichsparlament wünschen würden. Teilnahme legt Verpflichtungen auf, und es scheint nicht, daß die Neigung groß ist, die besonderen Interessen der Dominien, die natürgemäß auch von der auswärtigen Politik des Reiches berührt werden, in Abhängigkeit von einem Parlament zu setzen, in welchem ihr Votum niemals den Ausschlag geben kann. Die sehr imperialistisch gestimmten Reden, die Sir Wilfried Laurier auf seiner Rundreise durch das westliche Kanada gehalten hat, scheinen uns stark darauf berechnet zu sein, den Londoner Geldmarkt willig zu machen, da seine Partei sich nur im Regiment zu behaupten Aussicht hat, wenn sie die Mittel zu beschaffen versteht, die zur Fortsetzung ihrer großartigen Kanal- und Eisenbahnpolitik erforderlich sind. Lauriers Politik ging stets dahin, die möglichste Selbständigkeit Kanadas zu behaupten und ihm auch in seinen Beziehungen zu auswärtigen Staaten Aktionsfreiheit zu sichern. Den besten Beweis dafür liefert seine in England wenig populäre Handelspolitik.

Von dem panamerikanischen Kongreß ist wenig zu sagen. Was dabei hervortrat, war das Zusammenstehen von Chile und Argentinien, den beiden blühendsten und tatkräftigsten südamerikanischen Kolonien. Nachträglich aber hat sich an den Kongreß eine Polemik geknüpft, die von allgemeinerem Interesse ist. Die „New York Times" hatte gesagt, daß

die „vernachlässigten südamerikanischen Märkte des kommerziellen Übergewichts der Engländer müde seien und es mit Freuden begrüßen würden, wenn die Vereinigten Staaten dagegen in aktive Opposition treten wollten. Darauf antwortet der in englischer Sprache erscheinende „Buenos Aires Herald" mit außerordentlicher Schärfe. Argentinien, Chile, ja alle lateinisch amerikanischen Republiken mit Ausnahme von Mexiko, Kuba und vielleicht Peru, hätten ihren Geldmarkt in London. Noch jetzt aber liege es so, daß amerikanisches Kapital und amerikanische Arbeit im eigenen Lande mehr Beschäftigung als auswärts fänden. Dazu sei Amerika der Rival Argentiniens auf dem Londoner Markte, und wenn Argentinien auch nicht in Manufakturen mit den Vereinigten Staaten konkurrieren könne, so gebe es doch wenige Exportartikel Argentiniens, welche die Vereinigten Staaten nicht in gleicher oder gar in größerer Menge auf dieselben Märkte werfen. Übrigens sei Argentinien kein Kind mehr, das man mit einer Klapper amüsiere.

„Diese Republik ist sich ihres Wertes und ihrer Zukunft ebenso bewußt, wie ihre „älteren Brüder" andrer Rasse und andrer Hemisphäre. Auch darf man sie denen gegenüber nicht undankbar schelten, die ihr das Vaterland erschlossen haben, überall Kolonisten ansiedelten, ihr Gut herüberbrachten, es verschifften, verkauften, Geld in ihren Beutel taten, und ihnen freie Hand ließen, über ihre politischen Geschicke zu verfügen."

Das klingt stolz und ist voll von wohlberechtigtem Selbstgefühl. Ganz ähnliche Töne aber schlägt die deutsche „La Plata-Zeitung" an, die den Panamerikanismus mit aller Entschiedenheit zurückweist. Es sind Individualitäten und Selbständigkeiten, die hier herangewachsen sind, nicht Vasallenschaften, geneigt, Werkzeuge fremder Interessen zu werden. Und das läßt sich nur freudig begrüßen. Die Welt würde zu einförmig werden, wenn die Entwicklung eine andere wäre.

Die Frage der amerikanischen Interessen in Ostasien berührt ein in New York erscheinendes japanisches Blatt „Japanese-American Commercial Weekly", das offenbar für die Chinesen und Japaner geschrieben ist, da Text und Anzeigen in chinesischer Schrift gedruckt werden, mit Ausnahme der letzten Seite, die gewöhnlich mehrere kurze zur Belehrung der Amerikaner bestimmte Leitartikel enthält. Die letzte uns zugegangene Nummer datiert vom 23. Juli und bringt einen Aufsatz „Wie China ruiniert wird" (China being driven to ruin). Die Methoden,

durch welche die abendländischen Mächte China zum Fortschritt führen wollen, seien grundfalsch, und es sei zweifelhaft, ob diese Mächte überhaupt ein starkes China brauchen könnten. Ein starkes China werde keine Konzessionen vergeben, sondern vielmehr die schon verliehenen zurückzunehmen suchen. Die Eisenbahnanleihen seien dem Volke aufgenötigt worden und die Regierung sei sowohl zu schwach, solche Angebote abzuweisen, als auch die Opposition des Volkes zu unterdrücken. Sie müsse daher wählen zwischen den Fremden und der Unterstützung des Volkes. 1900 habe sie das letztere getan und zu ihrem Schaden die Boxer gegen die Fremden aufgeboten. Tue sie jetzt das Gegenteil, so gefährde sie den Bestand der Dynastie. Wenn nun die Mächte für die Mandschus eintreten, werde es einen Bürgerkrieg und vielleicht eine Teilung Chinas unter die Fremden geben und schließlich einen allgemeinen Kampf um den größten Teil der Beute, wozu die Mächte heute weder militärisch noch sonst vorbereitet seien. Der Hauptfehler aber sei, den Fortschritt auf dem Wege von Konzessionen herbeiführen zu wollen. Der Fortschritt von China sei eine Frage für sich, der Profit fremder Konzessionäre eine andere. Das erste könne erreicht werden, indem man die Regierung stärke, nicht indem man sie tyrannisiere und schwäche, wie die Konzessionsjäger es täten. Und dann: Bestehe denn eine Nation oder ein Land nur, um durch eine andere Nation ausgebeutet zu werden? Sei es recht, daß die Fremden China nur mit begehrlichen Augen ansehen, ohne das Beste der Regierung und des Volkes im Auge zu haben? Sei es eine christliche Methode, welche die fremden Regierungen verfolgen, wenn sie die Chinesen am Halse fassen und sie würgen, bis sie alles von sich gegeben haben, was sie an Naturschätzen und aufgesammeltem Reichtum besitzen? Wenn die abendländischen Mächte das wankende Reich auf sichere Füße stellen wollten, täten sie gut, ihre Geldschnapper zurückzuhalten und die Regierung in ihren Reformplänen zu unterstützen. Weigern sie sich, es zu tun, so ist ihr Wunsch China zu fördern ein leeres Wort. „Offenheit und rücksichtsloses Handeln ist zwar brutal, würde aber im allgemeinen die Tätigkeit der Diplomatie wesentlich vereinfachen!“ Wir zweifeln nicht daran, möchten aber dem Verfasser dieses Artikels, der T. Baba zeichnet, die Frage vorlegen, wie er denn das Vorgehen Japans gegen China in der Mandschurei und gegen Korea rechtfertigt, und ob ihm nicht bekannt ist, daß die Methoden, die er empfiehlt, Unterstützung der chinesischen Regierung in

ihren Reformplänen und Förderung der Kultur durch Schulen, Forst- und Industrieanlagen usw. seit Jahren von Kiautschou aus in erfolgreichster Weise geübt werden? Die Provinz Schantung steht als Beweis unserer Tätigkeit da. Was aber die Konzessionen betrifft, so kommt es auch da darauf an, wie sie gewonnen und wie sie gebraucht werden. In dieser Hinsicht aber muß gerade das Verhalten Japans, das in die Expropriierung und Annektierung großer Provinzen ausmündet, und dessen mandschurische Politik eine Teilungspolitik ist, als abschreckendes Beispiel dienen. Wir wissen niemand, der weniger berechtigt wäre, den Moralprediger hervorzukehren, als gerade Japan, dem es für alle Zeiten unvergessen bleiben wird, daß seine Regierung keinen Anstand nahm, die kriegsgefangenen russischen Matrosen und Soldaten für die Revolution zu erziehen.

Aber freilich, die russischen Bundesgenossen haben das längst vergeben und viele unter ihnen haben ja gerade diese Tätigkeit den Japanern als ein besonderes Verdienst angerechnet. Ob sie sich heute noch dazu bekennen, wissen wir freilich nicht.

Zu den von uns aufgeführten russischen Stimmen, die sich gegen die russisch-japanische Allianz — so darf man jetzt wohl sagen — wenden, ist eine sehr gewichtige in dem „Westnik Jewropy" (europ. Bote) gekommen. Diese weitverbreitete, dem Radikalismus näher als dem Liberalismus stehende Monatsschrift, spricht es ausdrücklich aus, daß der Vertrag vom 4. Juli 1910 nichts anderes bedeute, als eine Teilung der Mandschurei zwischen Rußland und Japan und Ausschließung aller Fremden von jeder Teilnahme an den innern Angelegenheiten der Mandschurei. Aus dem Text des Vertrages könne man den Schluß ziehen, daß die Mandschurei gar nicht mehr als chinesische Provinz anerkannt werde, und deshalb garantierten auch nur Rußland und Japan, nicht China, die Aufrechterhaltung des status quo.

Der Artikel 3: „Falls Ereignisse stattfinden, welche den erwähnten status quo bedrohen, werden beide vertragschließenden Mächte jedesmal in Beziehung zueinander treten, um sich über die Maßregeln zu verständigen, welche sie erforderlich finden werden, um diesen status quo aufrechtzuerhalten," sei so unbestimmt gehalten, daß Japan sehr wohl für bedrohlich halten könne, was Rußland förderlich erscheine, und umgekehrt, so daß die schwersten Verwicklungen daraus entstehen könnten. Worauf begründe sich das im Vertrag vorausgesetzte „unbedingte gegen-

seitige Vertrauen und die Solidarität zwischen Rußland und Japan, nach allem, was im letzten Jahrzehnt geschehen sei?" Japan sei zu einer aktiven, angreifenden Rolle im fernen Osten berufen, es sei, recht betrachtet, die einzige aggressive Macht und daraus folge nach Artikel 3, daß Rußland der Führung Japans werde folgen müssen. In der Politik China gegenüber habe Rußland das dringendste Interesse, den Frieden aufrecht zu erhalten, während Japan jede ihm beliebige Politik gegen China führen könne, auch die eines Bündnisses gegen jedermann sonst. Von der mandschurischen Bahn, die nichts einbringe als Kosten, meint der „Westnik", es wäre am besten, sie zu verkaufen. Die den Japanern zugefallene Bahn aber sei ein Werkzeug für Begründung des merkantilen Übergewichts und die Herrschaft der Japaner in einem weiten Teile Chinas.

Rußland habe auf die Mandschurei nur ephemere Rechte, der Vertrag sei eine grundlose Herausforderung und Verhöhnung Chinas, das denn auch in seiner diplomatischen Antwort auf diese russisch-japanische Verständigung versucht habe, den Vertrag so auszulegen, als ob China nach wie vor Herr des Landes sei. Kurz die russische Diplomatie habe Rußlands gute Beziehungen zu dem friedlichen und geduldigen China geopfert, um der sehr zweifelhaften Freundschaft des ehrgeizigen und unternehmenden Japans willen — und doch seien erst 5 Jahre seit dem schweren japanischen Kriege hingegangen. Einige Zurückhaltung dem neuen Freunde gegenüber wäre daher wohl am Platze gewesen. „Die Konvention vom 4. Juli — so schließt die Betrachtung — hat uns nicht von weiteren Sorgen um die Mandschurei befreit, sie legt uns vielmehr neue Verpflichtungen und neue Verantwortlichkeiten in betreff der weiteren Entwicklung im fernen Osten auf." Der Satz ist ohne allen Zweifel richtig und genau dasselbe gilt vom russisch-englischen Vertrage vom 30. August 1907. Er hat Rußland in das ungerechte persische Unternehmen hineingenötigt und hätte schon jetzt infolge des englischen Aufmarsches gegen Tibet, Rußland in das Abenteuer einer Unternehmung gegen Chinesisch-Tibet gezogen, wenn nicht im letzten Augenblick Sir Edward Grey sich entschlossen hätte, weiteres Vorrücken zu verbieten. Offenbar haben die schweren Sorgen, welche mit Recht durch die wachsende Feindseligkeit der Inder gegen alles Englische wachgerufen wurden, diesen Gegenbefehl veranlaßt. Man will vorher mit den Teilnehmern an einer großen Verschwörung aufräumen, die kürzlich entdeckt worden

ist, deren Zusammenhänge aber sorgfältig geheim gehalten wurden. Die am 15. August beginnenden Gerichtsverhandlungen werden wohl Licht in diese dunkle Affäre bringen. Aber in Indien wie in Ägypten sind die Gegensätze bereits so scharfe geworden, daß auf ein Ersticken der Flamme kaum noch gehofft werden kann. Sie frißt unter der Asche weiter und es scheint uns sicher, daß England noch ganz außerordentliche Opfer wird bringen müssen, um seine Herrschaft hier wie dort zu behaupten. Hat es sie aber hergestellt, so wird es — eine Sisyphusarbeit — immer von neuem wieder beginnen müssen, denn die Formel wie die Interessen Englands gewahrt und die berechtigten Wünsche der Bevölkerung befriedigt werden können, ist noch nicht gefunden worden. Sie ist auch nicht zu finden, so lange Indien die Kosten an Blut und Geld tragen muß, welche die imperialistische Politik in Indien und an den glacis von Indien nicht entbehren kann. So lange es dabei bleibt, wachsen die Köpfe der Hydra wieder. Tertium non datur.

Die Balkanangelegenheiten nehmen eine erfreuliche Wendung. Es läßt sich jetzt darauf rechnen, daß Griechenland und Kreta ruhig bleiben. Albanien und Mazedonien werden bald entwaffnet sein. Der Versuch Bulgariens, die mazedonische Frage wieder vor ein europäisches Forum zu ziehen, ist endgültig als gescheitert zu betrachten. Auch die Annahme des Königstitels durch den Fürsten von Montenegro, die in Serbien Befürchtungen wachgerufen hat, weil man dort vor dem Gedanken eines Großserbien mit Montenegro als Kern begreifliche Scheu empfindet, kann unter den jetzigen Verhältnissen nur mit Befriedigung begrüßt werden. Der Fürst ist ein kluger, alter Herr, der die Grenzen kennt, welche ihm gesetzt sind, und Großserbien ist ein Traum, der vielleicht in Zukunft, unter ganz neuen Voraussetzungen Wirklichkeit werden kann, heute aber ein Phantom ist. Das Wesentliche bleibt, daß die Türkei nicht nur stark, sondern noch stärker wird, was ja mit größerer und geringerer Aufrichtigkeit heute alle Mächte zu wünschen beteuern.

In Rußland hat der Friedenskongreß in Stockholm, wegen seiner Finnland betreffenden Resolution, große Erbitterung hervorgerufen. Es sei ein Kreuzzug gegen Rußland gepredigt worden, und der schwedische Minister des Auswärtigen habe als Ehrenvorsitzender des Kongresses daran teilgenommen. Die russische Presse ist eben gewöhnt, in Superlativen zu reden und jede Kleinigkeit zu Staatsaktionen aufzubauschen. So wettert Herr Menschikow in einem seiner Leitartikel, den er „Zwei

Nachbarn" überschreibt, dagegen, daß Österreich-Ungarn in Frankreich eine Anleihe aufnimmt — so viel uns bekannt ist, handelt es sich um einen Versuch, der bereits auf den durch Rußland veranlaßten Widerspruch Herrn Pichons hin — gescheitert ist. Herr Menschikow weiß nun, daß diese Anleihe eine Kriegsanleihe sein sollte, deren Spitze gegen Rußland gerichtet war! Der andere Nachbar ist Japan, das ebenfalls rüstet, um — Rußland Ostsibirien zu nehmen! In der Tat, das ist eine schreckliche Position! und Herr Menschikow trifft hier, was ihm nur selten widerfährt, mit den Politikern des „Westnik Jewropy" zusammen.

Aktueller als diese Phantasien ist die traurige Wirklichkeit, daß im ganzen östlichen und südlichen Rußland, sowie in mehreren Gouvernements des Zentrums und des Nordens, Petersburg mit eingeschlossen, die Cholera in unerhörter Weise wütet; dazu ist noch die Pest gekommen, die in Odessa festsitzt. Das alles übt einen niederdrückenden Einfluß auf Handel und Wandel aus. Daneben aber laufen die Prozesse, die gegen die ungetreuen Intendanten geführt werden.

18. August 1910. 80. Geburtstag Kaiser Franz Josefs.
20. August. Einweihung des Kaiserlichen Schlosses zu Posen.
21. August. Verleihung des Schwarzen Adlerordens an König Manuel von Portugal.
28. August. 50jähriges Regierungsjubiläum Nikolaus I. von Montenegro: Als Gäste die Könige Victor Emanuel von Italien und Ferdinand von Bulgarien anwesend.
29. August. Proklamation Montenegros zum Königreich.
30. August. Eintreffen des Kaisers und der Kaiserin von Rußland in Schloß Friedberg.
30. August. Zusammenkunft des Grafen Aehrenthal und San Giulianos in Salzburg.
4. September. Kaiser Wilhelm nimmt von Lord Roberts die Notifizierung der Thronbesteigung König Georgs V. entgegen.
5. September. Die vier Schutzmächte Kretas genehmigen die Zulassung von Venizelos zur griechischen National-Versammlung.
6. September. Griechenland verlangt von der Pforte Schadenersatz für Verluste durch den Boykott griechischer Waren.
10. September. Scheitern der französisch-türkischen Anleiheverhandlungen.
12. September. Eröffnung der internationalen Seerechtskonferenz in Brüssel.
13. September. Antiklerikale Maßnahmen der portugiesischen Regierung.
15. September. Die französische Regierung verbietet die Eröffnung eines jungägyptischen Kongresses in Paris.
15. September. Rücktritt des Ministeriums Malinow in Bulgarien.
16. September. Prügeleien in der griechischen Nationalversammlung.
17. September. Beilegung des Konflikts zwischen Patriarchat und Pforte.
18. September. Tod des russischen Botschafters in Paris, A. J. Nelidow.
18. September. Rekonstruierung des Ministeriums Malinow.
18. September. Verhängung des Belagerungszustandes über den Sandschak Monastir.
20. September. Besuch Kaiser Wilhelms in Wien.
22. September. Tod des Regenten von Persien Ali Reza Khan.
23. September. Eröffnung der portugiesischen Cortez. Der finnländische Landtag lehnt die von der russischen Regierung eingebrachten Gesetze ab.
27. September. Zusammenkunft zwischen Hakki Pascha und Graf Aehrenthal in Wien.
29. September. Graf Aehrenthal besucht San Giuliano in Turin.
30. September. Tod des Generals Verdy du Vernois.
1. Oktober. Der Staatssekretär von Kiderlen-Waechter überreicht in Bukarest sein Abberufungsschreiben.
2. Oktober. Eröffnung des chinesischen Vorparlaments.
5. Oktober. Ausbruch der Revolution in Lissabon.
6. Oktober. Unterdrückung einer Kaffernrevolte in Süd-West.
6. Oktober. Eröffnung des 3. deutschen Kolonialkongresses zu Berlin.
7. Oktober. Ausweisung aller Kongregationen aus Portugal.
8. Oktober. Auflösung des finnländischen Landtages.
8. Oktober. Verhängung des Belagerungszustandes über Saloniki.
10. Oktober. Zentenarfeier der Berliner Universität. Von Kiderlen-Waechter wird vom Kaiser Franz Josef empfangen. Niederlage der Drusen durch türkische Truppen.
11. Oktober. Ausstand französischer Eisenbahner.
12. Oktober. Eröffnung der Delegationen in Wien.
15. Oktober. Zentenarfeier der preußischen Kriegsakademie.

16. Oktober 1910. Übersiedlung König Manuels nach England.
18. Oktober. Ende des Ausstandes der französischen Eisenbahner.
20. Oktober. Bildung des Ministeriums Venizelos in Athen.
22. Oktober. Vorstellungen der Pforte an England wegen der Kohlenstation in Um el Kair.
23. Oktober. Deutschfeindliche Demonstrationen von Persern in Konstantinopel. Tod des Königs von Siam.
24. Oktober. Besuch des Kaisers und der Kaiserin in Brüssel.
25. Oktober. Auflösung der griechischen Nationalversammlung.

26. Oktober 1910.

Der „Daily Chronicle" vom 22. Oktober veröffentlicht aus seinem Leserkreise die folgende Zuschrift:

„Das neue Marineschreckbild. Ist es von irgendwelchem Nutzen, mit Mr. Balfour und seinesgleichen vom christlichen oder ethischen Standpunkt aus zu reden? Oder ist es vielleicht nützlich, den Standpunkt des gesunden Menschenverstandes zur Geltung zu bringen? Ihr Berliner Korrespondent erzählt uns heute morgen, daß Mr. Balfours Rede als gefährlich und höchst inopportun beurteilt wird. Das ist nicht eine Kundgebung, die Deutschland veranlassen wird, auch nur um Haaresbreite von seiner Marinepolitik abzuweichen. Wenn die Rede überhaupt eine Wirkung hat, so wird sie die deutsche Regierung nur in dem Entschluß bestärken, ihr Programm vollkommen auszuführen (to proceed with its programme to the bitter end).

Natürlich! Als Mr. Balfour und seine Gefolgschaft den ersten Dreadnought bauten und prahlten, daß sie die deutsche Flotte aus den Meeren verjagen würden, da sahen wir, wie Deutschland begann Dreadnoughts zu bauen. Auch das war ganz natürlich. Wenn ich in Shepperton mir eine Extradogge anlegen und prahlen wollte, daß diese Dogge alle Hunde des Dorfes umbringen werde, was würde geschehen? Das weiß jeder, der die menschliche Natur kennt und die Welt, in der er lebt. Und wenn ich dann immer neue Doggen anschaffen wollte, was würde dann die wahrscheinliche Folge sein? Wir würden über kurz oder lang die Arbeit tun, die den Wölfen zufällt. Ich sage nur was Hunderttausende denken. John Page Hopps, Shepperton-on-Thames, Art. 21."

Der Vergleich ist ebenso drastisch als treffend, aber wir fürchten, daß es allerdings nur Hunderttausende sind, die so denken, und daß Millionen durch die mehr als zehnjährige Agitation, die mit allen Mitteln dahin arbeitet, Deutschland als den Feind darzustellen, so weit

hypnotisiert sind, daß sie den Sophismen und notorisch falschen Darstellungen Balfours und nicht dem common sense folgen, der die Gespenster zu verscheuchen sucht, die sie selbst beschworen haben. Die Erfahrung hat uns leider bewiesen, daß die Nation alle Besinnung vor solchen Gespenstern verliert, und die Panik, welche die ersten deutschen Luftschiffe hervorriefen, die damit verbundene lächerliche Spionenfurcht, die gehäuften Vorsichtsmaßregeln und die offenkundig gegen Deutschland gerichtete Angriffsaufstellung der gesamten englischen Flotten, das sind Dinge, die sich doch nicht vergessen lassen. Es würde daher an Landesverrat grenzen, wenn wir auch nur um „Haaresbreite" von unserem Flottenprogramm abweichen wollten. Auch ist uns die Wiederaufnahme der englischen Flottenagitation keine Überraschung. Wir haben erwartet, daß sie mit dem Moment einsetzen werde, da der Kampf um die Majorität im nächsten Parlament, nach der Anstandspause, die dem Tode König Eduards folgte, wieder aufgenommen werden mußte. Denn gelöst ist keines der Probleme, die den Gegensatz zwischen den beiden großen regierenden Parteien Englands begründen. Nur in der auswärtigen Politik sind sie im wesentlichen eines Sinnes. Hat doch auch Winston Churchill jetzt den Vorschlag Lord Charles Beresfords unterstützt, durch eine Riesenanleihe zum Bau neuer Dreadnoughts mit einem Schlage die deutsche Flotte schach und matt zu setzen, und das Organ Sir Edward Greys, die „Westminster Gazette", empfahl, auf einige Zeit die Amortisation der englischen Schuld, die jährlich $6^1/_2$ Mill. Pfund beansprucht, auszusetzen, um diesen Forderungen gerecht zu werden. Der „Temps", dem wir diese Nachricht entnehmen, findet diese Wandlung in den Grundsätzen der liberalen Finanzpolitik des Ministeriums Asquith höchst bezeichnend (significatif) und hat damit durchaus recht. Im Hinblick auf die Wahlen wagt das liberale Ministerium nicht dem Wunsch nach Anschaffung „neuer Doggen" entgegenzutreten, und eben deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß es gegen seine bessere Einsicht das auf sich nimmt, was Mr. Hopps „the wolf business" nennt. Aber wir halten es doch für notwendig, noch einmal in nicht mißverständlicher Weise zu formulieren, was den Kern des Gegensatzes bildet, der sich immer schärfer zwischen uns und England ausgebildet hat. Es ist weder Gegensatz der Rassen, noch der Kultur, noch der wohlverstandenen Interessen beider Nationen, sondern die Tatsache, daß in Deutschland ein neuer mächtiger Faktor entstanden ist,

der für das Interesse aller seefahrenden Nationen eintritt: für die Freiheit der Meere! Für dieses hohe Ziel ist Rußland unter der Kaiserin Katharina II., Frankreich unter dem ersten Napoleon und in ungleichen Anläufen bis zum Jahre 1904, im ganzen späteren Verlauf seiner Geschichte eingetreten, und diesem Ideal strebt mit höchster Energie die große Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu. Es ist auch die Entwicklung des Völkerrechts, die alle übrigen Nationen ersehnen. Wenn heute Rußland und Frankreich ihre alte Politik verleugnen, so hat das seinen Grund in politischen Beziehungen, welche die Gewähr der Dauer ebensowenig in sich tragen, wie das englisch-japanische Bündnis, das bekanntlich in allen englischen Kolonien und bei allen im fernen Osten lebenden Engländern im höchsten Grade unpopulär ist. Die Zeit wird das Problem lösen, und nichts ist unwahrscheinlicher, als daß die Lösung gegen Vernunft und Gerechtigkeit schließlich zugunsten Englands ausfallen wird. Auch zweifeln wir nicht daran, daß, wenn einmal die Entscheidung in diesem Sinn gefallen ist, England selbst dabei seine Rechnung finden wird, und zwar besser und sicherer als bei der Politik des Zähnefletschens, in der es sich heute gefällt.

Die jüngst so großes Aufsehen erregende Ausführung der „Times" über die wahrscheinlich eintretende Notwendigkeit einer Teilung Persiens zwischen Rußland und England reduziert sich — seit der Text der offiziellen englischen Note bekannt ist — offenbar auch auf eine Politik des Zähnefletschens. England kann eine Nachbarschaft Rußlands, wie sie notwendige Folge einer Teilung wäre, unter keinen Umständen wünschen, schon weil bei einer russisch-englischen Nachbarschaft alle materiellen und politischen Vorteile Rußland zufallen müssen. Es ist nicht denkbar, daß sich englische Truppen im südlichen Persien behaupten, sobald Rußland im Norden festen Fuß gefaßt hat, denn Rußland ist dann nicht nur in der Lage, die geringen Streitkräfte, über die England disponiert, alle Zeit ins Meer zu werfen, sondern es kann ihnen auch den so heiß erstrebten Landweg nach Indien endgültig versperren, ohne daß England in der Lage wäre, etwas dagegen zu tun. Diese öffentlich nie ausgesprochenen Befürchtungen sind es offenbar, welche Sir Edward Grey immer wieder veranlaßt haben, darauf zu drängen, daß die Russen ihre Truppen aus Persien, speziell aus Kaswin, zurückziehen, was diese auch mehrfach versprochen haben, aber niemals ausführen konnten, weil im entscheidenden Augenblicke stets „gänzlich unerwartete" Hindernisse dazwischen

traten. Da jetzt England offiziell erklärt hat, daß es ihm nur darauf ankomme, die Sicherheit auf der Straße von Buschir nach Ispahan herzustellen, und daß nur im Falle, daß die persische Regierung in spätestens drei Monaten nicht selbst dafür Sorge trage, persische Truppen durch 8 bis 10 Offiziere der indischen Armee zum Schutz dieser Straße organisiert werden sollen, würde in der englischen „Einflußsphäre" eine ähnliche Bildung entstehen, wie sie die Russen in der Kosakenbrigade zu Teheran besitzen. Man darf mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß diese englische Organisation Wirklichkeit wird, womit dann jede weitere Möglichkeit, auf einen Abzug der russischen Truppen zu dringen, schwinden würde. Wir wissen aber aus sicherer Quelle, daß im Kaukasus alle Vorbereitungen getroffen worden sind, um, falls es notwendig oder nützlich werden sollte, größere Truppenmassen nach Persien zu werfen. Es liegen in diesen höchst gespannten Verhältnissen Zukunftsmöglichkeiten verborgen, mit denen gerechnet werden muß. Nach neueren Nachrichten, deren Bestätigung uns noch nicht absolut sicher scheint, sollen türkische Posten in mehrere persische Städte eingerückt sein, „um die osmanischen Konsulate und die türkischen Untertanen zu schützen", d. h. genau unter den Vorwänden, die das Einschreiten der Russen und Engländer veranlaßt haben. Wir hoffen, daß diese Nachricht sich nicht bestätigen wird, da es mehr als je nottut, daß die noch selbständigen moslemischen Nationen politisch zusammenstehen. Ein Eingreifen der Türkei würde nicht nur den alten Haß zwischen Sunniten und Schiiten wieder in Flammen setzen, sondern auch der englisch-russischen Politik neue Vorwände zur Fortführung ihrer zersetzenden Aktion bieten.

In der Türkei hat neben der kretischen Frage, die mit der Abweisung der Kretenser aus der griechischen Nationalversammlung und bei der weisen Fassung, mit der die osmanische Regierung die Ernennung Venizelos zum griechischen Ministerpräsidenten hingenommen hat, zu einem Ruhepunkt gelangt scheint, nichts die Gemüter mehr erregt, als die Frage der Anleihe, die der Finanzminister Dschavid Bey in Frankreich aufnehmen wollte. Der Abschluß der Anleihe, der zeitweilig unmittelbar bevorzustehen schien, ist daran gescheitert, daß Frankreich an die Gewährung der Anleihe politische Forderungen knüpfte, die von der Türkei als ihrer Würde nicht entsprechend abgelehnt wurden. Trotzdem wurde in gutunterrichteten Finanzkreisen an das schließliche Zustandekommen der Anleihe in Frankreich geglaubt, weil die Türkei

unter allen Umständen einen starken Rückhalt an Deutschland hat, das jene 150 Millionen Francs, um die es sich handelt, der Türkei geben kann, ohne irgendwelche politische Bedingungen daran zu knüpfen. Jetzt, da die Verhandlungen mit Frankreich endgültig gescheitert sind, hat denn auch ein Konsortium deutscher Banken, dem sich aller Wahrscheinlichkeit nach österreichische anschließen werden, der Pforte ein entsprechendes Angebot auf rein geschäftlicher Grundlage gemacht, und es ist sicher, daß die Verständigung ohne jede Schwierigkeit folgen wird. Der „Temps" meint freilich, selbst wenn Deutschland die Nöte des Augenblicks befriedige, werde die Türkei doch zu Frankreich zurückkehren müssen, wenn es einer weiteren größeren Anleihe bedürfe, von der die 150 Millionen nur ein Vorschuß seien. Aber hierin dürfte die Berechnung trügen. Wenn unsere deutsche Finanz die türkische Anleihe übernimmt, ist sie sich auch der Konsequenzen wohl bewußt, die sich daraus ergeben; damit hat man offenbar in Frankreich nicht gerechnet. Die diplomatische Niederlage ist trotz der Fanfaren des „Matin" nicht mehr zu bemänteln. Allerdings spielt hier, wie bei der ungarischen Anleihe, noch das politische Moment mit, daß Frankreich genötigt ist, dem mot d'ordre zu folgen, das von Petersburg und London ausgeht, wobei Petersburg den stärkeren und wirksameren Druck ausübt, wie das ja bei der ungeheuren Verschuldung Rußlands Frankreich gegenüber begreiflich ist. Sie hat nicht zu einer Abhängigkeit der russischen Politik von Frankreich geführt, sondern das gerade entgegengesetzte Verhältnis begründet, wie die Geschichte der letzten Jahre beweist.

Es ist aber vielleicht am Platze, darauf hinzuweisen, daß die ungeheure Flüssigkeit des französischen Geldes keineswegs ein Zeichen für die Prosperität des Landes ist. So rühmlich der Sparsamkeitstrieb der Franzosen ist, gerade er hat die Wirkung gehabt, die Kraft der privaten Initiative und den Unternehmungsgeist der Nation zu lähmen. Man braucht nur einen Vergleich zwischen den französischen und den deutschen Städten zu ziehen, um sich davon zu überzeugen. Während das deutsche Kapital am Ausbau der Städte, an großen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen arbeitet, stagnieren die französischen Städte mit drei bis vier Ausnahmen sämtlich. Sie sind geblieben, was sie vor 1870 waren, ja zum Teil sogar zurückgegangen, weil der kleine Rentner, und das sucht die Mehrzahl der Franzosen

schon in einem Lebensalter zu werden, das bei uns noch angestrengtester Arbeit gehört, mühelos und bescheiden von den Zinsen leben will, die er von Anleihen zieht, die im Auslande untergebracht sind und die dort zur Befruchtung fremden Unternehmungsgeistes dienen, oder — was ja auch vorkommt — mit offenen Händen verschwendet werden. Daß bei dieser Entwicklung, wenn nicht eine radikale Wandlung eintritt, das Land trotz seines wunderbaren natürlichen Reichtums herabgehen muß, ist so selbstverständlich, daß wir uns weitere Ausführungen versagen. Überhaupt stehen Schein und Wirklichkeit in Frankreich in flagrantem Gegensatz. Trotz der offiziellen antikirchlichen Politik ist die ungeheure Mehrzahl der Franzosen und sind fast alle Französinnen sehr positiv katholisch: trotz aller Begeisterung für das Prinzip des Republikanismus sehnt man sich nach dem Glanz der monarchischen Zeiten und spottet man über die bürgerliche Schlichtheit wenig repräsentierender Staatsoberhäupter: endlich, trotz aller sozialistischer Doktrinen jauchzt man jedem zu, der mit starker Hand den Konsequenzen des Sozialismus entgegentritt. Das Niederwerfen des Ausstandes der Eisenbahner und ihrer Freunde durch den Sozialisten Briand ist ein klassisches Beispiel dafür. Daß bei alledem unter Tausenden kaum einer wagt, für volle Gewissensfreiheit einzutreten, die Berechtigung des monarchischen Gedankens zu verteidigen oder die Fundamente des zur Tyrannis ausgewachsenen Sozialismus anzutasten, gehört zu den Widersprüchen, in denen man gewohnt ist, sich zu bewegen, und liegt an der gänzlichen Wehrlosigkeit, mit der man dem regierenden Kreise der redegewandten und phrasenreichen Südfranzosen gegenübersteht. Es gibt eben heilige Phrasen und heilige Schlagworte, an die man zwar nicht glaubt, gegen welche aber höchstens unter vier Augen protestiert wird, und es ist sehr geringe Aussicht, daß sich das ändern wird. Wenn trotzdem die republikanisch-sozialistische Kontagion unter den romanischen Nationen um sich greift, so liegt das daran, daß auch hier „der Schein mehr Wesen hat, als die Wirklichkeit" und der Schein der republikanischen Erfolge Frankreichs berückend wirkt.

In Spanien hat die kluge Politik Canalejas es verstanden, die Gefahr — wir hoffen auf lange — abzuwenden, in Portugal aber ist der Zusammenbruch der Monarchie unter so erschütternden Umständen erfolgt, daß wir noch einmal darauf zurückkommen möchten. Das Königtum Dom Manuels war ja im Grunde ein Zufallskönigtum.

Auch er war bestimmt zu fallen, als sein Vater und sein Bruder so ruchlos ermordet wurden, und sein Thron erschien uns von vornherein auf unsicheren Stützen zu ruhen, als es sich als unmöglich erwies, die Mörder, auf deren Mitwisser jedermann mit Fingern weisen konnte, zu bestrafen. Die Treulosigkeit des größten Teils der Marine und des Heeres, der Mangel an kühner Initiative von seiten des jungen Königs, der sein Leben hätte einsetzen müssen, um an der Spitze der treu gebliebenen Truppen seine Ehrenpflicht dem Thron gegenüber zu erfüllen, der nicht nur ihm, sondern seinem Geschlecht gehörte, das alles wirkte zu der ruhmlosen Katastrophe zusammen, die nun über Portugal hereinbrach. Ein Lichtstrahl in diesem dunkeln Bilde ist, daß die diplomatischen Vertreter Portugals ohne jede Ausnahme ihre amtlichen Stellungen niedergelegt haben. Aber schließlich werden wohl auch sie sich in die Tatsache finden, daß ein Königtum, das sich selber preisgibt, nicht zu retten ist. Wenn das aus den Neuwahlen hervorgehende Parlament die Republik sanktioniert und dann die Mächte, wie es nicht anders sein kann, sie anerkennen, werden auch sie dem Vaterlande geben, was des Vaterlandes ist. An die Zukunft der Republik aber werden wir erst zu glauben beginnen, wenn sie sich stark genug zeigt, die Mörder Dom Carlos zu strafen, und selbst dann scheint uns die politische Zukunft eines Landes problematisch, das bei einer Bevölkerung, die mehr als 80 v. H. Analphabeten zählt, die Einführung eines *Einkammersystems* für möglich hält und es für notwendig befunden hat, nicht nur die Kinderei einer Aufhebung aller Adelstitel zu dekretieren, sondern sogar die gegen die Anarchisten gerichteten Ausnahmegesetze aufzuheben. Das aber geschieht zu einer Zeit, da in Frankreich kein Tag ohne anarchistische Anschläge hingeht. Endlich, die *Vorgeschichte dieser Revolution* ist noch zu schreiben. Es steht nach den Aussagen der Männer, welche die Revolution vorbereitet haben, fest, daß sie mit einflußreichen englischen Parlamentariern das Detail ihrer Pläne schon vor Monaten in London beraten haben. Es gehört die Naivetät eines Kindes dazu, anzunehmen, daß die englische Regierung davon nichts erfahren haben sollte. In ihrer Hand aber lag es, die Revolution zu verhindern. Ein englischer Dreadnought vor Lissabon hätte genügt, die Meuterei der Flotte zu verhüten, die den Ausschlag für den Sieg der Revolutionäre gegeben hat. Aber freilich, England war genötigt, alle seine Aufmerksamkeit auf die Nordsee zu richten, um London vor

einer deutschen Invasion zu schützen, und jene republikanischen Unterhändler hatten die Verpflichtung übernommen, vor allen Dingen an der englischen Allianz festzuhalten, oder mit andern Worten, es bei der alten Vasallenschaft Portugals bleiben zu lassen. Die Summe von alle dem aber nennt man Freiheit. Es fällt wirklich schwer, nicht ironisch zu werden.

Die große Wandlung, die sich in Rußland mit dem Rücktritt Iswolskis vollzogen hat, kann in ihren Folgen noch nicht richtig geschätzt werden. Der provisorische Stellvertreter, Herr Sasonow, ist ein noch unbeschriebenes Blatt für die nicht Petersburger Welt. In der russischen Residenz hat er den Ruf eines sehr liebenswürdigen Mannes und eines großen Arbeiters, aber man zweifelt an seiner Fähigkeit, ein so großes und kompliziertes Departement, wie es das Auswärtige Amt ist, zu beherrschen und dem ungeheueren Stabe der ihm unterstellten Beamten zu imponieren. Darüber wird nur der Erfolg entscheiden können. Wie weit Herr Sasonow an der auffallenden Verstärkung der russischen Truppen im fernen Osten Anteil hat, vermögen wir nicht zu beurteilen und ebensowenig sind seit dem Beginn seiner Amtsverwaltung Maßregeln nach anderer Richtung getroffen worden, die sich mit Sicherheit auf seine Initiative zurückführen lassen. Am interessantesten wird es sein, die Haltung Rußlands in den persischen und türkischen Angelegenheiten zu verfolgen. Die innere russische Politik nimmt immer mehr ein scharf nationalistisches Gepräge an, das namentlich den Deutschen gegenüber sowohl in den Ostseeprovinzen wie in den zahlreichen deutschen Kolonien Südrußlands, zum Ausdruck kommt. So hat man den letzteren u. a. jeden Erwerb von Immobilien außerhalb der Städte verboten. Die Folge wird ohne Zweifel eine verstärkte Rückwanderung nach Deutschland sein, was uns nur Nutzen bringen kann, den Russen aber ihr tatkräftigstes Bauernelement entzieht. Uns ist dabei eine charakteristische Äußerung in Erinnerung gekommen, die sich in den sehr interessanten Memoiren des Senators K. N. Lebedew zum Jahr 1846 findet. In Rußland war damals der Gegensatz gegen die Regierung weit stärker, als heute glaubhaft erscheint. Der intolerante russische Nationalismus wandte sich gegen die Deutschen, die lange nicht mehr den Einfluß besaßen, wie im ersten Jahrzehnt der Regierung des Kaisers Nikolaus. Lebedew erzählt nun, der damalige Thronfolger und spätere Kaiser Alexander II. habe in besonderem Anlaß gesagt: „Die Deutschen

dienen uns, die Russen aber, wie sie sagen, dem Reich." Dazu bemerkt Lebedew unter anderem:

„Sobald die rein monarchischen Grundlagen in Rußland zu wanken beginnen, wird den Deutschen das Leben unmöglich werden. Das Verschwinden einer deutschen Partei wird das offenkundige Zeichen einer Schwächung der Selbstherrschaft sein." Dann schließt er, nach einigen Bemerkungen, die den Deutschen nicht eben günstig sind, mit folgender Betrachtung: „Ich wiederhole, diese deutsche Partei ist der Selbstherrschaft günstig, und das Schlimme, das von ihr ausgeht, wird kaum oder vielmehr kann gar nicht so groß werden, als das Übel wäre oder sein könnte, das eine einseitige Entwicklung der russischen Partei bringen würde, die in der Landaristokratie Fuß zu fassen versucht."

Das ist ganz richtig und erklärt zu nicht geringem Grade die Wendung gegen die russischen Deutschen. Als Alexander III. die Deutschenverfolgung aufnahm, geschah es, um durch Befriedigung der Wünsche der Nationalisten den russischen Konstitutionalisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wenn diese Bewegung noch heute in verstärktem Maße fortdauert, folgern wir, daß das politische Barometer Sturm ankündigt.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ringen Demokraten und Republikaner um die Entscheidung, die nach zwei Jahren fallen muß. Im Augenblick liegen die Aussichten der Demokraten günstiger, und der Erfolg müßte ihnen zufallen, wenn wir nicht aus Erfahrung wüßten, daß ihre politische Klugheit im entscheidenden Augenblick zu versagen pflegt.

„Taft", schreibt uns ein Freund aus Amerika, „steigt oder sinkt, je nachdem Flut oder Ebbe vorherrscht." Daß Roosevelt mit seiner vollen Energie in den Kampf eingetreten ist, versteht sich von selbst, und daß er nicht überall die Grenzen einhält, die Berechnung und Vorsicht zu gebieten scheinen, ist ebenso selbstverständlich. Auch seine Aussichten sinken heute und steigen morgen; welches der Ausgang sein wird, ist unmöglich vorherzusehen, und sicher ist nur das eine, daß er keineswegs gesonnen ist, sich auf das dolce far niente eines Farmer- oder Jägerlebens zurückzuziehen. Die große politische Kraft, die in ihm lebt, sucht nach Betätigung, und in irgendeiner Form, als Oberhaupt des Staates oder als Führer einer großen Partei, wird er sich geltend machen.

28. Oktober 1910. Eröffnung der Duma in Petersburg, der Sobranje in Sofia.
29. Oktober. Freiherr von Schön in Paris.
30. Oktober. Vertrauensvotum für das Ministerium Briand. Verhaftung von Franco in Lissabon.
31. Oktober. Landung englischer Truppen in Lingeh.
1. November. Reiz wird zum Senatspräsidenten der Union von Südafrika gewählt.
2. November. Beginn der Orientreise des Kronprinzen.

---

2. November 1910.

In recht eigentümlicher Weise bereitet die „Nowoje Wremja" die öffentliche Meinung — wohl nicht nur Rußlands, sondern auch Deutschlands — auf den bevorstehenden Besuch Kaiser Nikolaus II. in Potsdam vor. Daß sie der Tatsache jede politische Bedeutung abspricht, kann uns natürlich nicht wundern, da das Blatt journalistisch seit undenklicher Zeit von seiner Feindschaft gegen Deutschland lebt; aber es ist uns nicht recht verständlich, weshalb, wenn die „Nowoje Wremja" recht haben sollte, Herr Sasonow, der doch jetzt die auswärtige Politik führt, sich den Mühen einer Reise unterzieht, der irgendwelcher mögliche Nutzen von vornherein abgesprochen wird. Dazu sollte unter den heutigen Verhältnissen seine Zeit doch zu kostbar sein. Noch erstaunlicher ist aber der folgende Passus in einem der bekanntlich von Herrn Pilenko geschriebenen Leitartikel desselben Blattes vom 27. Oktober. Es heißt daselbst:

„Kein anderer als Rußland hat Deutschland geschaffen. Den bitteren Geschmack seiner Schöpfung erkannte es zuerst 1878. Das fliegende Wort von der gelben Gefahr, das in Berlin gesprochen und entworfen wurde, gewann für uns die Bedeutung eines blutigen Krieges. Vor zwei Jahren stellte der Ritter, der von uns die ererbten goldenen Sporen erhalten hatte, sich in blanker Rüstung uns entgegen. Auf dem Balkan, in der Türkei, in Persien, in China, überall tritt er aus irgend welchem Grunde uns entgegen."

Es schließt sich hieran die Ausführung, daß glücklicherweise das russisch-französische Bündnis und die russisch-englische Entente in asiati-

schen Angelegenheiten, die „übermäßige Unternehmungslust politischer Romantiker" zügele.

Wir wollen auf die letzteren Behauptungen nicht ausführlich widerlegend eingehen. Es gehört zum eisernen Bestande der „Nowoje Wremja", daß Deutschland 1878 Bosnien und Herzegowina an Österreich ausgeliefert habe, obgleich die Okkupation dieser Provinzen bekanntlich durch das geheime österreichisch-russische Abkommen vom Jahre 1877 vereinbart war, das, wie die „Nowoje Wremja" weiß, nur deshalb eine den russischen Interessen so ungünstige Wendung nahm, weil der damalige russische Botschaftssekretär die Depeschen an Österreich verkaufte, aus denen sich ergab, welchen Preis Rußland äußersten Falls für die Neutralität Österreichs in dem Balkankriege zahlen wollte, den es damals zu führen entschlossen war. Das Wort von der „gelben Gefahr" aber ward durch den Gesandtenmord in Peking gerechtfertigt, der mit dem russisch-japanischen Kriege nichts zu schaffen hat. Er wäre ohne das voraus gegangene englisch-japanische Bündnis nimmermehr ausgebrochen, und führte zu einer Niederlage Rußlands, wie selbst in Rußland heute niemand mehr bestreitet, infolge des moralischen Bankerotts, der sich in allen Richtungen des öffentlichen Lebens zeigte, und infolge der Revolution, die, ruchlos genug, zum Ausbruch geführt wurde, als das Vaterland sich in äußerster Not befand. Das ist die Wahrheit, nicht was die „N. W." deklamiert.

Was aber die „Schaffung des Deutschen Reiches" durch Rußland betrifft, womit offenbar die russische Neutralität während des deutsch-französischen Krieges gemeint ist, so wollen wir dagegen der „Now. Wrem." und ihren Freunden erzählen, wie Preußen das russische Reich „geschaffen" hat. Wir müssen dabei bis an das Ende des nordischen Krieges zurückgreifen. Peter der Große, der sich bekanntlich verpflichtet hatte, Livland nicht für sich zu erobern, sondern es seinem polnischen Bundesgenossen zurückzuerstatten, hatte deshalb bis 1710 Estland und Livland so völlig verwüstet, daß es schließlich, wie ihm sein Feldmarschall schon 1704 schrieb, nichts mehr zu verwüsten gab. Wie Inseln behaupteten sich noch die Städte Riga und Reval, bis sie endlich, und mit ihnen die Ritter- und Landschaften Estlands und Livlands Kapitulationen abschlossen, die gegen Anerkennung der russischen Staatsangehörigkeit ihnen das Recht auf deutsche Obrigkeit, Gewissensfreiheit, deutsches Recht und deutsche Sprache sicherten. Eine

Entscheidung war damit noch nicht gefallen, der Kampf mit Schweden dauerte fort, und der Ausgang konnte zweifelhaft erscheinen, seit Karl XII. aus Bender nach Schweden zurückgekommen war. Der Zar suchte zu einem Vergleich mit ihm zu gelangen, der unter Verzicht auf Riga und das südliche Livland ihm den Rest seiner Eroberungen am finnischen Meerbusen und an der Ostseeküste sichern sollte. Karl dachte er mit Norwegen, Mecklenburg und Pommern zu entschädigen, ohne jede Rücksicht auf Preußen und dessen Ansprüche. Die großen Intriganten Graf Goerz und Kardinal Alberoni haben dabei eine wesentliche Rolle gespielt; auch Frankreich und der Kaiser sollten ihre Entschädigung finden. Das alles scheiterte, als am 11. September 1718 Karl XII. vor Friedrichshall fiel; Goerz endete am Fuß des Galgens auf dem Schafott, Ulrike Eleonore aber schloß mit Dänemark, Preußen und Hannover Frieden, damit Schweden noch einmal den Kampf um die baltische Ostseeküste aufnehmen könne. Das gab für Peter eine sehr ernste Lage, sobald es der Königin gelang, eine Koalition gegen ihn zu bilden. Der Zar stand damals völlig isoliert; auch der Wiener Hof, dem die Hinrichtung des Zarewitsch Alexei ein „moralisches Grauen" eingeflößt hatte (Alexei war Schwager des Kaisers), hatte sich von ihm abgewandt. Als die schwedischen Werbungen nun nach allen Seiten hin ertönten, in England, Paris, Warschau, Berlin, Wien schwedische Boten erschienen, spitzte sich die Frage schließlich zu folgendem Problem zu: Da durch eine Flottenexpedition die Macht Rußlands nicht zu brechen war, mußte eine Möglichkeit gefunden werden, auf dem Landwege dem Feinde auf den Leib zu rücken, um ihn, sei es durch eine gewaltige militärisch-diplomatische Demonstration zu freiwilligem, oder durch Waffengewalt zu erzwungenem Verzicht auf die baltischen Gebiete zu nötigen. Petersburg, Ingermannland, Karelien sollten ihm unter allen Umständen bleiben, auch die freie Schiffahrt auf der Ostsee war man bereit, ihm zu garantieren, aber Estland und Livland, die Gebiete alter abendländischer Kultur, sollte es herausgeben. Das gab zwei Möglichkeiten: man konnte mitten durch Polen ziehen, aber der Weg war weit und August der Starke war für eine Kombination nicht zu haben, die sein an drei Seiten von russischem Gebiet umgrenztes Reich unweigerlich früher oder später den größten Gefahren aussetzte; oder aber die alliierten Truppen nahmen ihren Weg durch Preußen. Es kam alles darauf an, was König Friedrich Wilhelm I. tat. Öffnete er

der Koalition die Straße durch Preußen, so sprach alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß Peter zurückweichen und sich auf das Land am finnischen Meerbusen beschränken mußte. Der König hat gezögert; seine Minister waren dem Plane hold, die nahe Nachbarschaft Rußlands schien ihnen gefährlich, da, am 26. Juli 1720, hat Friedrich Wilhelm über den Kopf seiner Minister hinweg durch sein Nein! dem Zaren die baltischen Provinzen gerettet, deren Besitz ja erst das russische Kaiserreich geschaffen hat. Erst als nun der Zerfall der großen Koalition unmittelbar folgte, weil sie sich nach dem „Nein" Preußens gleichsam entwaffnet fühlte, mußte sich Schweden zum Frieden bequemen, und nahm Peter den Kaisertitel an. Mit wie viel größerem Recht also könnten wir sagen, daß erst Preußen das russische Kaiserreich geschaffen hat, und daß Rußland ihm für die Erwerbung der Ostseeprovinzen ewigen Dank schuldig ist?

Aber wir sind nicht so töricht wie die Historiker und Politiker der „Nowoje Wremja", der übrigens beiläufig mitgeteilt sei, daß sie die dokumentarischen Belege für unsere Ausführungen in Nr. 2 und 3 der „Göttinger gelehrten Anzeigen" vom Jahre 1889 finden kann und zwar mit dem Kommentar Schirrens, dessen historische Autorität wohl auch sie anerkennen wird. Auch kennen wir die Motive des Königs nicht; Ranke, der diese Dinge nur flüchtig berührt, meint, es sei aus Mißtrauen gegen England und Frankreich geschehen. Mir ist nicht unwahrscheinlich, daß es ihm widerstrebte, die Fremden durch sein Land ziehen zu lassen; sein Stolz bäumte sich dagegen auf, auch steht fest, daß er ein persönliches Wohlgefallen für den großen Barbaren empfand. Ihn zog eine starke Mannesnatur unwiderstehlich an. Als er bei der Nachricht von Peters Tode zugleich einen Bericht erhielt, daß die Kaufleute der City mit einem Fest den Tod „dieses Teufels" gefeiert hätten, da schrieb er an den Rand: „Die Schurken!" In seinen eigenen Landen aber ordnete er eine 4wöchentliche Trauer an. Doch wie dem auch sei, wir haben einen Dank dafür nie beansprucht und wissen, daß Interessen im politischen Leben entscheiden und daß, wer diese Interessen rechtzeitig zu nutzen versäumt, die Folgen sich selber zuzuschreiben hat. Die versäumten Gelegenheiten, über die schon die Kaiserin Katharina II. philosophiert, sind in der Geschichte aller Staaten zahlreich, und nur sehr selten lassen sie sich nachholen. Rußland hatte 1870 sehr reale Gründe, neutral zu bleiben, das stärkste persönliche Motiv Alexander II. war die vom Vater ererbte Abneigung gegen Österreich. Die gesamte russische Intelligenz

hat aber während des ganzen Verlaufs des deutsch-französischen Krieges kein Hehl daraus gemacht, daß sie uns alles Üble wünsche. Den Beleg dafür findet die „Nowoje Wremja" in ihren eigenen Leitartikeln.

Am 28. Oktober hat die dritte Duma ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Sie haben gleich zu Anfang zu einer Demonstration geführt, weil der Präsident Fürst Wolkonski sich weigerte, die Kammer aufzufordern, sich zu Ehren Muromzews zu erheben, der am 17. September gestorben und in Moskau unter großen Kundgebungen zu Grabe getragen worden ist. Die ganze Linke verließ zum Zeichen des Protestes den Saal. Nun ist zwar Muromzew Präsident der ersten Duma gewesen, aber nicht Mitglied der dritten; dazu kommt, daß die erste Duma aus bekannten Gründen aufgelöst wurde und unter Muromzews Leitung jener Wyborger Aufruf erlassen wurde, der die Bevölkerung aufforderte, keine Steuern zu zahlen, und die Soldaten, ihre Fahnen zu verlassen. Daß die Vertretung der Nation diesem Mann nicht außergewöhnliche Ehrungen bezeugen durfte, liegt wohl auf der Hand. Den Verhandlungen und Arbeiten der Duma sehen wir nur mit geringer Zuversicht entgegen. Die Parteigegensätze sind außerordentlich geschärft, die Oktobristen entmutigt und ohne rechte Führung, die Linke ganz intransigent. Daß es in der jetzt zur Verhandlung stehenden Frage des Primärunterrichts zu einer befriedigenden Lösung kommt, ist höchst unwahrscheinlich, zumal religiöse, konfessionelle und nationale Fragen dabei mitspielen. Dem neuen Minister der Volksaufklärung, Herrn Kasso, wird wenig Vertrauen entgegengetragen. An eine Durchführung der allgemeinen Schulpflicht vollends ist nicht zu denken. Es fehlt dazu an Geld und an Menschen. Schwierigkeiten werden zudem bei der Erörterung des Marinebudgets erwartet, da die letzte Zeit wiederum zahlreiche Schäden in der Marineverwaltung offengelegt hat und das Vertrauen zu ihr noch weiter gesunken ist. Ob auch Fragen der auswärtigen Politik zur Diskussion kommen werden, ist sehr zweifelhaft, da auch in diesem Punkte die Meinungen weit auseinandergehen, und wie die Nachrufe auf den zurückgetretenen Minister Iswolski gezeigt haben, weite Kreise, zumal aber die einflußreiche Rechte, den heutigen Kurs der auswärtigen Politik Rußlands für unglücklich halten. Die Nachricht, daß England jetzt 100 Mann regulärer Truppen in Persien gelandet hat, wird diese Unzufriedenheit steigern, und an ein Zurückziehen

der russischen Truppen aus Kaswin, und wo sonst sie stehen, ist danach nicht mehr zu denken; vielmehr läßt sich voraussehen, daß weitere Verstärkungen folgen werden. In Frankreich setzt der „Eclair" seine Angriffe auf diese Politik fort. Er findet die Entrüstung der Russen und Engländer über die Annexion Bosniens und der Herzegowina im Licht dieser Politik erstaunlich komisch. Das Foreign Office verlange von Persien im Süden die Herstellung einer Ordnung, welche die englischen Agenten zu verhindern beauftragt seien; es handele sich um nicht mehr und nicht weniger als um Wiederholung des Anschlags, der Ägypten in englische Hände gebracht habe. Die jetzt in die Welt geworfene Nachricht, daß sechs türkische Armeekorps (?) in die Distrikte von Urmia und Kermandbehir (? es soll wohl heißen Kermanschah) eingerückt seien, ist natürlich falsch. So viel uns bekannt ist, sollten die Wachen einiger türkischer Konsulate um je 15 Mann verstärkt werden, was in Summa noch lange nicht eine Kompagnie ausmacht.

Auf der Balkanhalbinsel ist es von dem angeblich rumänisch-türkischen Bündnis allmählich still geworden, aber es ist aufgefallen, daß König Ferdinand in der Thronrede, mit der er die Sobranje eröffnet hat, von seinen guten Beziehungen zu allen Großmächten und von der günstigen Aufnahme sprach, die er bei seinen Besuchen in Petersburg, Paris, Konstantinopel und Cettinje gefunden habe, aber weder Rumäniens noch auch Serbiens gedachte. Wenn man sich des ungeheuren Lärms erinnert, mit dem Iswolski den kommenden Balkanbund ankündigte, läßt sich daran wohl erkennen, wie weit noch der Weg bis zur Verwirklichung dieses Gedankens ist. Auch das Bandenwesen in Mazedonien will nicht aufhören, und ein neues Moment der Beunruhigung liegt in der Forderung von 42 Millionen für Kriegsbedürfnisse, welche die bulgarische Regierung von der Sobranje verlangt. Wie weit es Venizelos gelingen wird, der Krisis Herr zu werden, welche die Auflösung der Nationalversammlung in Athen hervorgerufen hat, bleibt abzuwarten. Die Anhänger der einander bisher stets ablösenden Ministerpräsidenten: Rallis, Mauromichelis und Theotokis wollen sich an den Neuwahlen nicht beteiligen und es fragt sich, welcher Art die Versammlung sein wird, die schließlich zustande kommt. Bei alledem ist der glänzende Verlauf der türkischen Manöver, die zum erstenmal 70 000 Mann vereinigt haben, wohl eine Bürgschaft dafür, daß der Friede gewahrt bleibt, trotz der Zündstoffe, die sich auf allen Seiten häufen.

Auch in Japan ist dem Parlament im Budget für 1911/12 die Forderung eines außerordentlichen Kredits von 30 Millionen Yen für Schiffsbauten vorgelegt, die auf 6 Jahre verteilt werden sollen, so daß die Ausführung des japanischen Flottenprogramms vom 7. Juni 1903 schon 1913 möglich sein wird, eine Beschleunigung, die, wie der „Golos Moskvy", dem die Nachricht entnommen ist, mitteilt, durch das Verhältnis zu Amerika und das Ablaufen des englischen Bündnisses im Jahre 1915 motiviert wird. — In China scheinen dagegen die Fragen der äußeren Politik vor der großen Bewegung zurückzutreten, die sich im Innern vorbereitet und zum Teil bereits vollzogen hat. Es wird unseren Lesern erinnerlich sein, daß seit Mitte Juli 1909 in China Provinziallandtage bestehen, die schnell ein intensives politisches Leben zeigten. Am 3. Oktober ist nun in Peking ein Reichsausschuß von etwa 180 Köpfen eröffnet worden, dessen Mitglieder zur Hälfte von den Provinziallandtagen, zur andern Hälfte von der Zentralregierung ernannt worden sind. Die Tätigkeit des Reichsausschusses ist eine vorbereitende, beratende. Er zerfällt, wie wir einer Korrespondenz der deutschen „Petersburger Zeitung" aus Peking entnehmen, in 6 Abteilungen mit je einem Abteilungsführer, auch sind Kommissionen für Spezialberatungen gebildet und auf der Tagesordnung stehen Fragen, wie die der allgemeinen Wehrpflicht, der Unabhängigkeit der Richter, der Bildung der chinesischen Diplomatie, des allgemeinen Schulzwanges, der Stellung Chinas zum russisch-japanischen Abkommen usw. Nach dem von der verstorbenen Kaiserin-Mutter festgestellten, „im heiligen Edikt" formulierten Plan sollten die Reformen nur sehr allmählich zur Ausführung gelangen. Aber die Provinziallandtage sind ungeduldig geworden und verlangen Beschleunigung. Man möchte das chinesische Parlament, das eine wirkliche Volksvertretung sein soll, recht bald verwirklicht sehen. Da nun alle Vizekönige mit alleiniger Ausnahme der von Tientsin und Nanking sich ebenfalls dahin ausgesprochen haben, ist es nicht unmöglich, daß der Regent nachgibt. Jedenfalls würde das ein ungeheures Experiment bedeuten, das vielleicht zur Stärkung, wahrscheinlicher zu einer Schwächung des Reiches führen wird. Das Beispiel Japans ist keineswegs als für Chinas Reformreife beweisend zu betrachten. Japan war national und religiös homogener und dort ging der Reform eine sehr starke Konzentrierung der Macht in wenigen Händen voraus. In China ist alles anders. Rassen (Mongolen, Mandschu,

Chinesen verschiedenen Stammes) und Religionen (Buddhismus, Taoismus, Anhänger des Konfutse, Islam, Ahnenkultus, Heiden und etwas über 1 Million Christen) und dem entsprechend auch die politischen Gegensätze stehen einander schroffer gegenüber, während gleichzeitig die Selbständigkeit der Provinzen außerordentlich groß ist. Das alles kündigt Schwierigkeiten an, die nicht leicht zu überwinden sein dürften, wenn nicht eine alles überragende Persönlichkeit die Führung behauptet. Dieser Mann aber ist bisher noch nicht gefunden und es kann die Frage aufgeworfen werden, ob man ihn in Peking gern erstehen sähe.

Doch wir kehren zu den uns näher liegenden europäischen Angelegenheiten zurück. Da läßt sich nur mit höchster Anerkennung der Energie gedenken, welche die französische Regierung, speziell der Ministerpräsident Briand, bei Niederwerfung der mit dem Eisenbahner-Ausstand verschmolzenen anarchistischen Bewegung gezeigt hat. Der Ansturm des Anarchismus läßt sich heute fast überall in Europa nachweisen und man kann den Verdacht nicht unterdrücken, daß er von den sozialistischen Heißspornen, d. h. von den Führern, gefördert wird, damit die Bresche in den Bau staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung geschlagen wird, durch die sie ihren siegreichen Einzug zu halten gedenken. Es ist nun überaus glücklich, daß es in Frankreich regierende Sozialisten sind, die den Kampf gegen den nach Alleinherrschaft drängenden terrorisierenden und terroristisch-anarchistischen Sozialismus führen müssen. Die Pflicht des Schutzes der Arbeitswilligen den ausständigen organisierten Arbeitern gegenüber hat als Pflicht staatlicher Selbsterhaltung von ihnen anerkannt werden müssen, weil sonst die individuelle Freiheit nichts anderes wäre als ein leeres Wort. Aber gerade wegen seines konsequenten und mutigen Verhaltens ist Briand in der Kammer beschimpft worden, als wäre er ein Verräter an Freiheit und Vaterland.

„Es war", schreibt der „Eclair", „eine Szene wie im Konvent. Aufrecht, mit den Fingern drohend auf Briand hinweisend, das Gesicht konvulsivisch durch Wut verzerrt, heulend, daß ihnen der Atem ausging, so stand dieser Haufe von Agitatoren, die nicht aufhörten, den Soldaten Desertion und den Bürgern Aufstand zu predigen. Als Verteidiger gesetzlicher Ordnung brüllen sie: Demissionieren, Demissionieren! Man ächte ihn, den Diktator. Dabei begleitete das Klappen ihrer Pulte das Feuer dieses entsetzlichen Sturmes. Wahnsinnsschauer zogen über das Gesicht der meist Erregten, die auf die Bänke geklettert waren,

den Körper gekrümmt, mit vor Wut fletschenden Zähnen und vor Haß glühenden Augen, glichen sie Doggen, auf welche die Peitsche ohne Unterlaß niedersaust. Und wie in den Tagen des Konvents wurde auch das Publikum auf den Tribünen vom allgemeinen Fieber ergriffen, alles stand aufrecht und schloß sein Geschrei und seine Bravorufe denen der Majorität an."

Ähnlich, aber weit ernster, äußert sich der „Temps" vom 31. Oktober. Wir erfahren durch ihn, daß Briand nur für die Stenographen gesprochen hat. Selbst die erste Reihe der Abgeordneten hat ihn nicht gehört, und dieser Kampf eines Mannes gegen die brutalen und gemeinen Instinkte der menschlichen Natur habe eine volle Stunde gedauert.

„Denn — so sagt der „Temps" wörtlich — es waren nicht nur die wilden Bestien der Partei der Unifizierten, die sich auf ihre Leute stürzten, auch alle die Totengräber waren da: die Schakale und Geier der äußersten combistischen Linken, die durch den anreizenden Geruch des Todes angezogen wurden. Jeder wollte seinen Anteil und zeigte Zähne, Schnabel und Klaue. Die wichtigsten von ihnen nahmen eine theatralische Haltung an. Die Masse begnügte sich nach der Jagdbeute zu bellen, und da es an Hörnern fehlte, schlug man den Takt der Fanfare mit den Pultdeckeln."

Der „Temps" macht — wir wissen nicht mit welchem Recht, den Royalisten und Bonapartisten den Vorwurf, daß sie die Majorität der unifizierten Sozialisten gewählt hätten, und fährt dann fort:

„Was aber uns Republikaner betrifft, so müssen die Ereignisse von gestern uns zu sehr ernsten Erwägungen führen. Wir müssen Gesellschaft und Verfassung verteidigen. Wird die Kammer wirklich durch revolutionäre Gewalttätigkeit unterdrückt, so wird der Herr Präsident der Republik — dessen Rolle beginnt — sicher erinnern müssen, daß er sich vom Senat das Recht zur Auflösung holen kann. Seine hohe Verantwortlichkeit wäre ernstlich in Anspruch genommen, wenn er dulden wollte, daß eine Kammer, die von der Anarchie geknechtet wird und die allen Intrigen gehorcht, Frankreich und die Republik in Gefahr bringt. Zwischen der Nationalvertretung und dem Haufen Ehrgeiziger oder Feiger, welche sich der Tyrannei der unifizierten Sozialisten unterwerfen, gibt es nichts Gemeinsames. Noch hat die Majorität einige Aussicht, sich wieder aufzuraffen; wir wünschen lebhaft, daß sie es tut,

denn sie kann um keine Stufe tiefer sinken, und es gibt keinen Fehler, den sie nicht begangen hätte."

Inzwischen ist mit 381 Stimmen gegen 170 die von der Regierung abgelehnte Tagesordnung verworfen worden. Aber das gibt noch keine Entscheidung. Was sie braucht, ist ein Vertrauensvotum und es ist nicht unbedingt sicher, daß sie es erhält, da hinter Herrn Combes Elemente stehen, die sehr wohl gegen den einfachen Übergang zur Tagesordnung stimmen konnten, weil diese ihnen nicht deutlich genug gegen die Regierung gerichtet war. Auch ist das Resultat der Abstimmung vom lebhaften Beifall der Linken begrüßt worden. Wir brauchen nicht zu sagen, daß alle unsere Wünsche auf einen vollen Sieg der Regierung gerichtet sind. Zu der vom „Temps" vorgeschlagenen Auflösung zu schreiten ist nicht ungefährlich. Bei der tiefen Erregung, die durch Frankreich geht, ist den Elementen, die der „Temps" les bêtes féroces du parti unifié, die chacals et vautours der Partei Combes, und die tourbe d'ambitieux ou de lâches der Kammer nennt, ein weiter Spielraum der Agitation geboten und ihr Sieg wahrscheinlich, wenn dem Wahlterrorismus, der ohne Zweifel von ihnen ausgehen wird, nicht ein eiserner Wille zum Sieg von seiten der Regierung gegenübertritt.

Jedenfalls sind diese Dinge sehr lehrreich, und wir wollen uns nicht verhehlen, daß auch wir von ihnen zu lernen haben.

Die Verhaftung Francos in Portugal wegen illegaler Handlungen durch die jetzige Regierung, die ihre Existenz einer Straßenrevolte und einem Eidbruch verdankt, ist wohl ein Gipfel politischer Unverfrorenheit. Aber freilich Francos Tätigkeit ging dahin, beides, Revolution und Eidbruch, zu verhindern und zugleich das Leben seines Königs zu retten. Da seine Gegner von damals heute die Herren sind, ist es nur logisch, daß er im Unrecht ist. Wenn die Wölfe in den Hof dringen, werden die Hunde gefressen.

Im „Eclair" vom 31. Oktober schreibt Waverley in einem seiner „Angleterre inconnue"-Artikel: Die englischen Konsols fallen noch immer. Am 26. Oktober standen sie auf 78⅝, vor dem Burenkriege auf 112. „The Imperial Maritime League", die durch das deutsche Schreckgespenst immer fassungsloser wird, versucht sich an einer Agitation für eine Marineanleihe von 100 000 000 Lstr. Es würde schwer fallen sie unterzubringen und sie würde ein stetiges Weiterfallen der Konsols zur Folge haben. Diese Liga regt sich auch wegen einer Deklaration auf,

die der Unterschrift Sir E. Greys harrt, um definitiv zu werden. Sie betrifft die wichtige Frage der Kriegskonterbande. Im Namen der Liga hat Mr. Wyatt erklärt, „daß die Annahme der Londoner Konvention durch England das Land Panikpreisen aussetzen würde, die sofort eine nationale Hungersnot zur Folge haben müßten, so daß man geneigt sein werde, einen demütigenden Frieden zu schließen, bevor noch die Flotte hätte kämpfen können. Ein derartiger Friedensschluß bedeute Auflösung des Reichs und endgültigen ökonomischen Ruin der britischen Nation".

„Also — fährt Waverley fort — die englischen Flotten würden so unnütz sein, daß England sich zu einem schimpflichen und verderblichen Frieden gezwungen sehen würde, noch bevor es einen Kanonenschuß abfeuern konnte! Ich kenne viele Mitglieder der „Flottenliga", die für gewöhnlich Männer von gesundem Verstande sind. Sobald sie aber das Wort „Deutschland" aussprechen hören, verlieren sie völlig den Kopf und sehen bereits die pommerschen Grenadiere in Pall Mall defilieren...."

Ja, heißt es bei Fritz Reuter, denn helpt dat nicht!

3. November. Umbildung des Kabinetts Briand ohne Millerand und Viviani. Exzesse der Bergarbeiter in Wales.
4. November. Kaiser Nikolaus II. und Minister Sasonow in Potsdam.
4. November. Eröffnung des südafrikanischen Parlaments in Kapstadt.
4. November. Ein kaiserlich-chinesisches Dekret bestimmt das Jahr 1913 für Eröffnung des Parlaments.
5. November. Rückkehr Kaiser Nikolaus II. nach Hessen.
6. November. Besuch des Kronprinzen von Schweden in Berlin.
6. November. Nachricht von französischen Verlusten in Aquatorialafrika (Wadai).
7. November. Festsetzung des Krönungstermins für König Georg V. auf den 22. Juni 1911.
8. November. Eröffnung des belgischen Parlaments.
9. November. Sieg der Demokraten bei den Wahlen in den Ver. Staaten.

9. November 1910.

Der Besuch Kaiser Nikolaus II. in Potsdam ist gewiß eine politisch wichtige Tatsache, und die Bemühungen, die von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Beweggründen gemacht worden sind, die Zusammenkunft beider Monarchen zu einem Akt notwendiger Courtoisie herabzudrücken, werden daran nichts ändern. Unser Kaiser und der Zar haben schon vor 1894, das heißt vor dem Tode Alexanders III., in freundschaftlichen Beziehungen zueinander gestanden, und seither ist das Verhältnis noch ein weit engeres und persönlicheres geworden. Die kommenden Generationen werden wohl einmal aus der Korrespondenz beider Herrscher erfahren, wie treu Kaiser Wilhelm dem Freunde in all den schwersten Augenblicken einer wahrlich nicht leichten Regierung zur Seite gestanden hat.

Während des japanischen Krieges und während der russischen Revolution, als England der Verbündete Japans war und Frankreich die Leistungen seiner Bundespflichten auf das Mindestmaß herabdrückte, als Regierung und öffentliche Meinung beider Reiche offenkundig für die erste revolutionäre Duma Partei ergriffen, da standen Kaiser Wilhelm und Deutschland zu Rußland, und wir glauben nicht, daß Kaiser Nikolaus II. das vergessen hat. Die öffentliche Meinung Rußlands freilich hat das alles längst entweder in sein Gegenteil ver-

kehrt, oder sie will nicht daran zurückdenken. Sie hat ihre eigene Politik, und die ist, wenn wir von den hochkonservativen Kreisen absehen, nicht erst von gestern her entschlossen antideutsch. Aus der Diagonale, die von den Sympathien der Herrscher zu der Abneigung führt, welche die russischen Zeitungs- und Klubchauvinisten uns so treu bewahren, haben sich leidliche nachbarliche Verhältnisse ergeben, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß es dabei bleiben wird.

Kaiser Nikolaus hat Wert darauf gelegt, seinen neuen Verweser des Ministeriums des Auswärtigen, Herrn Sasonow, in Potsdam vorzustellen und, wie wir hören, hat dieser einen vortrefflichen Eindruck hinterlassen. Von fundamentalen Wandlungen in der Richtung der Politik beider Staaten kann natürlich keine Rede sein, und was an positiven Angaben über die Verhandlungen verbreitet wird, die zwischen den beiderseitigen Staatsmännern stattgefunden haben, ist billige Konjektur. Wer mit einiger Aufmerksamkeit seine Zeitung liest, kann derartige Programme leicht so entwerfen, daß sie recht plausibel erscheinen, ohne daß ihnen auch nur das geringste tatsächliche Wissen zugrunde liegt. Namentlich die Berliner Korrespondenzen englischer Blätter sind in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Es lohnt absolut nicht, auf diese Nachrichten einzugehen, und bei einiger Überlegung läßt sich der Schluß nicht abweisen, daß komplizierte politische Probleme in Unterredungen zwischen Frühstück und Souper nicht endgültig gelöst werden, und daß es die Aufgabe der Botschafter ist, in sorgfältig erwogenen Verhandlungen die Gleichung zwischen den Interessen der beiderseitigen Reiche zu finden, die zu einer glücklichen Lösung führt. Das Wesentliche ist der *Geist*, in dem solche Verhandlungen geführt werden, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir versichern, daß in Potsdam wie in der Wilhelm-Straße der lebhafte Wunsch bestand, daß sie in einem Geist gegenseitigen Wohlwollens geführt werden. Darin aber sehen wir die politische Wichtigkeit der Potsdamer Tage. Wir dürfen annehmen, daß wir nicht vor einer neuen Ära Iswolski stehen.

Die Personalveränderungen, die sich im *englischen Kabinett* vollzogen haben und die Rekonstruktion des Kabinetts *Briand*, bedeuten nicht eine Wandlung der politischen Richtung, sondern nur eine stärkere Vertretung bereits vorhandener Tendenzen. In England unterstreicht man gleichsam die Absicht, den Kolonien, namentlich aber

Indien, nachdrücklichere Aufmerksamkeit zuzuwenden; in Frankreich ist man entschlossen, mit dem revolutionären, dem Anarchismus nahestehenden Flügel der Sozialisten zu brechen, und speziell Dreierlei nicht mehr zu dulden: sabotage, d. h. böswillige Zerstörung von Staats- und Privateigentum, die chasse aux renards, d. i. Mißhandlung und Behinderung von Arbeitswilligen, endlich Ausstände der in öffentlichen Betrieben stehenden Beamten und Arbeiter, wobei namentlich an die Eisenbahner zu denken ist. Daß Briand trotz des Vertrauensvotums, das ihm schließlich die Abstimmung vom 30. Oktober brachte, demissionierte, erklärt sich daraus, daß seine ursprüngliche Majorität in der Kammer um 146 Stimmen zurückgegangen war, und aus der Notwendigkeit, die bevorstehenden Kämpfe mit einem ganz homogenen Kabinett aufzunehmen. Millerand und Viviani mußten daher weichen, mit ihnen noch fünf andere Mitglieder des Kabinetts, an deren Stelle lauter zuverlässige Anhänger Briands getreten sind, Politiker, die noch kein Ministeramt bekleidet haben. Ob der neue Unterstaatssekretär der Finanzen Lefèvre glücklich gewählt ist, erscheint uns jedoch fraglich. Er hat sich seinerzeit in der „affaire des fiches" aufs schwerste kompromittiert. Genaueres über das Programm des Ministeriums werden wir erst erfahren, nachdem es sich am Dienstag der Kammer vorgestellt haben wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Briand mit leidenschaftlichen Angriffen zu rechnen haben, wenn auch zu hoffen ist, daß ein gewisses Schamgefühl die Wiederholung der Szenen vom 29. unmöglich machen wird. Wir wünschen Herrn Briand in diesen Kämpfen einen fröhlichen Sieg. Er ist heute der Protagonist im Kampf um die Rechte des Staates und um die Freiheit des Individuums gegen die Tyrannis der Sozialdemokratie.

In England werden nach wie vor die Verhandlungen der Vetokonferenz geheim gehalten. Man erfährt aus den Zeitungen nur, daß die 16., 17. usw. Sitzung stattgefunden habe, und infolgedessen hat auch die Polemik der Parteien zeitweilig wieder an Schärfe verloren, aber das Gefühl der Unsicherheit ist allgemein. Jedenfalls stehen wir unmittelbar vor einer Entscheidung von außerordentlicher Tragweite. Die Agitation der Reichsmarineliga für die 100 Millionen Pfund-Anleihe dauert natürlich fort. Mr. Asquith hat erst kürzlich wieder eine dahinzielende Petition erhalten, die von 468 Offizieren jeden Ranges und von zahlreichen Privatpersonen unterzeichnet war. Daß es aber zur

Bewilligung einer so ungeheuren Anleihe — 2 Milliarden Mark — kommen könnte, glaubt im Grunde wohl niemand. Auch ist das Interesse heute mehr einem anderen Problem zugewandt, das je länger je mehr beunruhigt. Die Stimmung in Kanada beginnt bedenklich zu werden, und die in Ottawa eröffneten Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über Abschluß eines Handelsvertrages werden in London sehr mißtrauisch verfolgt. Schon daß Mr. Knox nach Kanada geht, statt die kanadischen Unterhändler nach Washington zu rufen, zeige, wie lebhaft der Wunsch des amerikanischen Volkes nach näheren Beziehungen oder, wie ein New Yorker Korrespondent des „Standard" schreibt, nach „engerer Verwandtschaft" mit Kanada sei. Dazu kommt, daß bei der Nachwahl in Drummond Athabaska ein nationalistischer Flottengegner, Mr. Gilbert, gesiegt hat, obgleich die Regierung alles daran gesetzt hatte, um ihren Kandidaten durchzubringen. Die von einem bisher kaum genannten Herrn Bourassa geführten Nationalisten siegten mit 800 Stimmen. Bourassa wurde dabei von der katholischen Geistlichkeit und von den französischen Kanadiern unterstützt, welche sich die Regierung dadurch entfremdet hat, daß sie neuerdings die von dem Bischof von London (Ontario) auf Befehl des Erzbischofs Bourne von Westminster rücksichtslos aufgenommene Anglisierungspolitik in den bisher französischen Schulen begünstigt. Namentlich in Montreal ist die Erregung in den französischen Kreisen sehr groß. Sie ist noch dadurch gesteigert worden, daß bei dem kanadischen Eucharistenkongreß die französische Trikolore nicht den ihr gebührenden Platz erhalten hatte und vor der irischen Fahne zurückstehen mußte. Dazu kommen die den Franzosen ungünstigen Äußerungen der unionistischen Presse, die mit Entrüstung darauf hinweisen, daß die französischen Kanadier dem Französischen die gleichen Rechte gewinnen wollen, wie sie das Englische besitzt und wahre Erbitterung hervorgerufen haben. Man muß die französischen Zeitungen Kanadas gelesen haben, um sich eine Vorstellung davon zu machen. Der Kampf geht seit dem September ohne Unterbrechung weiter, und hat nicht nur den nationalen Frieden, sondern auch das friedliche Nebeneinander der Konfessionen ernstlich gefährdet. In London verhehlt man sich das Bedenkliche nicht, das sich aus der Summe dieser Tatsachen ergibt. Der „Standard" meint, alles werde sich zum besten wenden, wenn England sich entschließe, den Kanadiern eine bevorzugte Stellung auf seinen Märkten zu gewähren, die doch

immer noch die größten der Welt seien. Aber daran ist natürlich nicht zu denken, solange ein liberales Kabinett in London am Ruder sitzt, und der „Standard" macht sich auch keine Illusionen. Er kommt dabei zu den folgenden doch sehr beachtungswerten Folgerungen.

„Die einzige andere erträgliche Alternative wäre völlige Unabhängigkeit (absolute independence); denn so sehr wir auch diese Entwicklung bedauern würden, sie wäre, meinen wir, würdiger und ehrenvoller, als die Union mit einer fremden Macht."

Am unerträglichsten und schimpflichsten aber erscheint dem „Standard" ein Reziprozitätsvertrag Kanadas mit den Vereinigten Staaten, der notwendig zu einer Union führen müsse.

„Die Sache erscheint unmöglich und unglaublich — und doch, es kann dazu kommen, wenn wir länger zögern. Kommt auf der nächsten Reichskonferenz keine Vereinbarung zustande, dann kann sie für immer unmöglich geworden sein, und die schicksalsschwere Allianz mit den Vereinigten Staaten Wirklichkeit werden."

Noch vor einem halben Jahre hätte kein englisches Blatt gewagt, mit diesen Alternativen vor die Öffentlichkeit zu treten. Man kannte die Gefahr, aber es war stillschweigendes Übereinkommen, von ihr nicht zu reden, und man hat es kontinentalen Blättern bitter übel genommen, wenn sie die Anzeichen verfolgten, die auf eine solche Wendung hinwiesen. Und doch ist das die Entwicklung, der alle großen englischen Kolonien, wenn nicht große Veränderungen in den europäischen Allianzverhältnissen eintreten, früher oder später nicht entgehen werden. Sobald die materiellen und ideellen Voraussetzungen für ein selbständiges Regiment vorhanden sind, das sich aus eigener Kraft behaupten kann, muß die Lösung vom Mutterlande sich vollziehen. Es ist eine Frage der Zeit, und wenn sie für Australien noch fern liegen mag, für Kanada liegt sie nahe, und selbst für die Vereinigten Staaten von Südafrika, deren erstes Unionsparlament der Herzog von Connaught soeben unter rauschendem Beifall so schön eröffnet hat, kann die Periode voller Selbständigkeit weit näher liegen, als heute glaubhaft erscheint. Die englische Politik geht dahin, die kritische Stunde so weit als möglich hinauszuschieben.

Daß die klugen und weitblickenden Staatsmänner, welche die Geschicke Englands leiten, dies Endziel der notwendigen Entwicklung „weißer" Kolonien nicht erkennen, halten wir für ausgeschlossen. Nur wollen sie, und das ist ein sehr begreiflicher und natürlicher Wunsch, aus frei werdenden Kolonien feste Bundesgenossen machen. Daß von diesem Gesichtspunkte aus eine Verbindung Kanadas mit den Vereinigten Staaten als eine Kombination erscheint, „in which there is neither dignity nor honour" verstehen wir gleichfalls, ganz wie wir verstehen, daß der steigenden Sorge um Kanada auch eine steigende Agitation für ein englisch-amerikanisches Bündnis parallel geht. Man arbeitet zunächst mit allen Mitteln dahin, das politische Zusammengehen von Deutschen und Iren in den Vereinigten Staaten zu durchbrechen, weil man in London mit Recht annimmt, daß diese Kombination Gegnerin einer englisch-amerikanischen Allianz ist, die nur den Zweck verfolgt, ein neues Kriegswerkzeug gegen Deutschland bereit zu stellen. Die Sendung Redmonds nach Amerika, die im Auftrage des liberalen Kabinetts geschah, hatte diesen Zweck, ist aber im wesentlichen als gescheitert zu betrachten, obgleich sie nicht ohne Rückwirkung auf die Iren der grünen Insel geblieben ist.

Aber noch in anderer Hinsicht werfen diese kolonialen Zukunftsfragen ein Licht auf die auswärtige Politik Englands. Sie erklären uns die außerordentliche Energie, mit der England von Ägypten aus sein ost- und mittelafrikanisches Reich ausbaut, dem die Kap-Kairobahn als Rückgrat dienen soll, und die gleiche Energie, die an die Behauptung und Sicherung des anglo-indischen Reiches gesetzt wird. Was in Ägypten, Arabien, Persien, Beludschistan, Tibet und Hinterindien geschieht, dient alles dem gleichen Zweck, die große Rückzugslinie zu sichern, deren England nicht entraten kann, wenn es aus eigener Kraft sich als alleinige Herrin der Meere behaupten und der ungeheuren Mittel dauernd sicher sein will, deren es bedarf, um das aufrechtzuerhalten, was es den Zweimächte-Standard nennt. Nur von diesem Gesichtspunkt aus wird auch die allen Überlieferungen widersprechende Haltung Englands in der persischen Frage verständlich. England hat von jeher all seinen Einfluß daran gesetzt, den russischen Einfluß aus Persien zu verdrängen. Das ist schon seit den Tagen Peters des Großen die Politik gewesen, an der alle englischen Staatsmänner festgehalten haben. Im 19. Jahrhundert,

seit Rußland in Zentralasien Fuß gefaßt hatte, wurde die Sphäre der englischen Gegenwirkungen eine immer weitere; sie dehnte sich auf Afghanistan, auf das Hochland von Pamir, auf Kleinasien aus, und dabei blieb es bis zu jenem 31. August 1907, der das russisch-englische Abkommen formulierte — kaum zwei Monate, nachdem das englische Kabinett sich entschlossen hatte, die Bildung einer südafrikanischen Föderation zu gestatten. England hat in Persien Fuß gefaßt nicht nur, um sich den nächsten Landweg nach Indien zu sichern, sondern um den von dem Persischen Golf ausgehenden Waffenhandel zu verhindern, der Afghanistan rüsten und Indien bewaffnen könnte. Recht deutlich ist das durch die Expedition bewiesen worden, welche die „Proserpina" am 2. November bei Bris, in der Nähe von Chabbar ins Land hineinschickte, um afghanische Waffenhändler abzufangen. Diese haben die 60 Mann starke englische Expedition „angegriffen", d. h. sie haben sich verteidigt und den Engländern recht empfindliche Verluste bereitet. Wenn nun England in seinem jüngsten Ultimatum von Persien verlangt, daß es die Handelsstraßen im Süden sicherstellen solle, widrigenfalls England diese Sorge auf sich nehmen werde, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als daß England von Persien fordert, daß es seine Straßen *sperren* soll, damit die Afghanen und Beludschen den England lästigen und gefährlichen Waffenhandel nicht weiterführen können. Nun besteht aber zwischen Afghanistan und Persien Frieden, und, so viel uns bekannt ist, auch Friede und Freundschaft zwischen Afghanistan und England, auch kennen wir kein internationales Gesetz, das die Waffeneinfuhr nach Afghanistan untersagt. Es ist eben ein *Gewaltakt*, den England sich erlauben kann, weil seine Schiffe den persischen Golf beherrschen. Admiral Slade, dessen Geschwader zu Anfang dieses Jahres noch durch zwei „Extra-Schiffe" verstärkt wurde, hat 4 Kompagnien des 123. Regiments Ontram-Schützen aus Ahmednagar und das 117. Mahretten-Regiment zu seiner Verfügung, um die Straßen zu behüten, die von der Mekranküste landeinwärts führen. Das mag im Interesse der Selbsterhaltung Englands sehr zweckmäßig sein, aber wir verstehen nicht, weshalb England, wenn es sich in seinem guten Recht glaubt, nicht offen mit der Forderung hervortritt, daß Persien den Afghanen seine Straßen sperren solle! Es könnte sich ja dabei auf die, freilich von niemandem in aller Welt anerkannte „Curzondoktrin" berufen, die ja auch Persien für eines der Vorwerke

Indiens erklärt. Historisch betrachtet, läßt sich jedoch einwenden, daß bisher noch alle Versuche, den Zugang moderner Waffen von einem Lande abzuschneiden, gescheitert sind. Man hat es, wenn wir vom Altertum absehen, im 16. Jahrhundert mit Rußland versucht, als es gegen die Ostsee vordrang. — Der Deutsche Reichstag dekretierte damals eine Waffensperre, aber die Engländer führten den Russen die Waffen über Archangelsk zu, und schließlich haben auch die Hanseaten selbst an diesem vorteilhaften Handel teilgenommen; Europa und Amerika haben Ostasien bewaffnet, und vor Ausbruch des Burenkrieges haben englische Händler die glänzendsten Geschäfte mit Waffen und Geschütz gemacht, die sie nach Transvaal und in den Oranjestaat lieferten. Es handelt sich auch in dieser Frage um ein Früher oder Später, nicht um ja oder nein! Wir möchten aber keineswegs dafür einstehen, daß nicht auch Engländer am Waffenhandel nach Afghanistan und darüber hinaus beteiligt sind.

Über die Politik Japans bringen russische Blätter merkwürdige Nachrichten in der Form von Korrespondenzen aus Charbin. Die „Rig. Ztg." faßt sie folgendermaßen zusammen:

„Ein Teil der japanischen Presse verlangt von Rußland die Einhaltung eines geheimen Artikels der Konvention vom 21. Juni 1910, demzufolge Rußland erklärt habe, daß seine Interessen vorwiegend in der Mongolei und nicht in der Mandschurei lägen. Dahin möge Rußland den Schwerpunkt seines Handels mit China verlegen und zu dem Zweck eine Bahn Kjachta—Kalgan bauen. Andernfalls wird mit ernsten Folgen gedroht, da eine Nichtbefolgung jener „Verpflichtung" in Japan als Wunsch, ihm an der Küste des Stillen Ozeans Konkurrenz zu machen, aufgefaßt werden würde." Mit andern Worten, Rußland wird aufgefordert, sich nach Westchina zurückzuziehen, um den Japanern in Ostchina nicht hinderlich zu sein. Dabei wird darauf hingewiesen, daß der Weg von Moskau nach Peking über Kjachta, um 2½ tausend Werst kürzer sei, als durch die Mandschurei; daß die Mongolei von den Chinesen rasch kolonisiert werde, und ihr demnächst ein gewaltiger Aufschwung bevorstehe; daß endlich die Mongolei Rußland „geistig näherstehe", als die Mandschurei, zumal die Mongolen mit den russischen Burjäten im engsten Konnex ständen. Kurzum, Japan verlangt nicht, daß Rußland die Mandschurei völlig aufgebe, wohl aber sollen die Russen nicht neue Absatzmärkte dort

suchen, wo die Japaner festen Fuß gefaßt haben, wie z. B. in Nordostchina."

Daß japanische Zeitungen so schreiben und japanische Kaufleute eine solche Entwicklung wünschen, ist nicht unwahrscheinlich, aber gewiß hat die japanische Regierung nicht so unbequeme Mahnungen gestellt. Dazu ist jene russisch-japanische Konvention zu frischen Datums, und das Interesse beider Mächte, in guten Beziehungen zu bleiben, zurzeit noch zu lebendig. Es hat uns aber überrascht, daß die „Nowoje Wremja", in einem Leitartikel „Siam und Japan" dem sich mit großer Hartnäckigkeit in Frankreich behauptenden Verdacht gegen Japan (wie noch jüngst in dem Buche von Roger Dorient „le Japon et la politique Française" geschehen ist) auch ihrerseits einen weiten Spielraum gibt. Es entspricht das dem Mißtrauen, das uns schon lange in russischen Blättern Japan gegenüber entgegentritt. Die Vertragspolitik Iswolskis ist eben nichts weniger als populär geworden.

Auch Herr Wesselitzki läßt sich neuerdings wieder hören. Er schreibt, er habe in letzter Zeit aus Rußland Briefe erhalten, die sich so pessimistisch über die Lage der anglo-franko-russischen Gruppe aussprechen, daß sie ihn beunruhigt hätten, wenn er nicht Beweise hätte, daß dieser Pessimismus ganz grundlos sei. Er führt zwei Tatsachen an: 1. Die augenfällige finanzielle und ökonomische Erschöpfung nicht nur Österreich-Ungarns, sondern auch Deutschlands und 2. der ebenso augenfällige Aufschwung Rußlands, Englands und Frankreichs, in militärischer, finanzieller und ökonomischer Hinsicht, sowie in bezug auf die Konsolidierung ihrer inneren staatlichen Macht, wobei bewußt die kolossale Finanzkraft der beiden letztgenannten Reiche für Zwecke der triple entente verwandt würden. Man dürfe daher mit Recht hoffen, daß das wachsende Übergewicht der Defensivliga, die Annexionsmächte von weiterer Verletzung der Traktate abhalten werde!

Nun, wir gratulieren zu diesem Aufschwung und bewundern die in Persien sich zeigende defensive Kraft der Koalition.

Da wir schließen, geht uns der „Daily Chronicle" vom 7. d. Mts. zu, der über die „englisch-deutschen Beziehungen" eine Berliner Korrespondenz bringt, mit welcher die Redaktion des Blattes sich in einem Leitartikel inhaltlich identifiziert. Der Verfasser dieser Korrespondenz hat Gelegenheit gehabt, in Berlin mit einigen unserer Gesandten sowie mit Botschaftern fremder Mächte und einer Reihe von Finanzgrößen,

Beamten, Politikern über die brennende Frage der deutsch-englischen Beziehungen sich zu unterhalten. Das hat ihn zu einem Urteil über das Verhältnis beider Mächte und zu Vorschlägen zur Besserung dieses Verhältnisses geführt, die wir ohne jeden Vorbehalt für das Beste erklären müssen, was seit Beginn der großen antideutschen Agitation von einem Engländer darüber gesagt worden ist. So ruhig, vorurteilsfrei und besonnen ist das Urteil. Die These, die der Verfasser vertritt, ist nun, daß in Deutschland der Wunsch allgemein ist, zu einem freundschaftlichen Einvernehmen mit England zu gelangen, und daß das wohlverstandene Interesse Englands verlange, alles zu tun, um diesem ehrlichen Wunsch auch aufrichtig entgegen zu kommen. Der Entwicklung des deutschen Handels Hindernisse zu bereiten, sei ein politischer Fehler, durch den England sich selbst schädige. Es sei unmöglich, die aufsteigende Bewegung des deutschen Handels zum Stehen zu bringen, auch bestände zwischen keinen zwei anderen Nationen eine größere Interessengemeinschaft auf diesem Gebiete, als zwischen Deutschland und England. Auch in Persien und in der Türkei vertrete Deutschland das Prinzip der offenen Tür, und nicht ohne Grund hätte man sich in Deutschland darüber beklagt, daß England der deutschen Kolonialpolitik die Wege verlegt habe, während es alle französischen Unternehmungen förderte. Es gebe kein englisches Interesse, das durch den Bau der Bagdadbahn verletzt werde, die bestimmt sei, ein weites Gebiet der Kultur zu erschließen, vielmehr werde auch der englische Handel nur gewinnen, wenn die Bahn einst vollendet sei. Daß Deutschland Englands Rüstungen zur See übertrumpfen wolle, sei unwahr. Die deutsche Flotte wolle vor allem den deutschen Handel schützen, dann sei sie bestimmt, einen möglichen Angriff abzuwehren und, wo nötig, in internationalen Fragen als Waffe der Diplomatie zu dienen. Natürlich wünsche das Militär einen Krieg, aber die Entscheidung liege beim Kaiser, und so sehr dieser stets bereit sei, die deutschen Interessen zu verteidigen, so aufrichtig sei auch sein Wunsch, den Frieden zu erhalten. Aber völlig ausgeschlossen sei eine Verständigung über Herabsetzung der Rüstungen zur See, *wenn nicht eine politische Verständigung vorausgegangen sei*. Daß Deutschland die Rüstungen aus finanziellen Gründen nicht tragen könne, sei ein Irrtum. Die Last sei zwar schwer, aber das Land reicher, als England zu wissen scheine. Bleibe es bei der jetzigen politischen Lage, so werde wahrscheinlich im nächsten Jahre

die Flottenvorlage noch erweitert werden. Der Schluß der Ausführungen gilt der Beantwortung der Frage, ob eine Verständigung möglich sei. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung erkennen die Vorteile einer Verständigung mit uns an. Nach unserer Allianz (sic!) mit Frankreich und unserer entente mit Rußland, namentlich nach dem Vertrage mit Rußland und Japan, liegt eine Verständigung mit Deutschland nicht außerhalb diplomatischer Möglichkeiten. Unsere Freundschaft mit Frankreich schließt Freundschaft mit Deutschland nicht aus. Die Streitkräfte Frankreichs sind vornehmlich für Verteidigung vor einem deutschen Angriff organisiert." Die Hauptfrage, ob Frankreich bereit sei, den status quo in Elsaß-Lothringen anzuerkennen, wirft der Verfasser auf, ohne sie zu beantworten, aber es ist kein Zweifel, daß sie ihm vor der Frage der deutsch-englischen Verständigung zurücksteht, deren Vorteile für England und die Welt er dann nochmals einzeln aufzählt. Wir möchten diese Aufzählung noch um einen wesentlichen Punkt erweitern: Ein deutsch-englisches Einvernehmen würde mit einem Schlage die Beziehungen Englands zu seinen Kolonien zum Bessern ändern. Kanada will nicht in einen deutsch-englischen Krieg verwickelt werden, Australien vermißt den Schutz der an die Nordsee gebannten englischen Flotte. Mit dem Aufhören der Besorgnis würden auch die Sorgen schwinden, die sich für England an Zukunftswahrscheinlichkeiten knüpfen.

10. November 1910. Gegenbesuch Kaiser Wilhelms in Wolfsgarten. Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anleihevertrages.
11. November. Revolutionäre Bewegungen in Mexiko.
12. November. Ein kaiserlich chinesisches Dekret ordnet Vorbereitungen für die Parlamentswahlen an.
14. November. Rückreise des Zaren nach Rußland.

16. November 1910.

Die letzten 8 Tage haben eine Reihe höchst bedeutsamer Entscheidungen gebracht, die, obgleich von langer Hand vorbereitet und nicht gänzlich unerwartet, doch als vollzogene Tatsachen ein anderes Gesicht zeigen, als solange noch die Möglichkeit einer anderen Wendung erwogen werden konnte.

Die Verständigungsversuche zwischen Liberalen und Unionisten in England, die in der sogenannten Vetokonferenz seit dem 17. Juni gemacht wurden, sind endgültig gescheitert, und Mr. Asquith hat sich zum König begeben, um die Genehmigung zur Auflösung des Parlaments und zum Ausschreiben von Neuwahlen zu erbitten. In den Vereinigten Staaten haben bei den Senatswahlen wie bei Besetzung der Gouverneursposten die Republikaner eine schwere Niederlage erlitten, die zugleich den Charakter einer persönlichen Niederlage Roosevelts trägt. In Frankreich hat das rekonstruierte Ministerium Briand sich der Kammer vorgestellt und zwar ein Vertrauensvotum erhalten, aber trotzdem schlecht abgeschnitten, da der Ministerpräsident die von ihm erwartete Energie nicht zeigte und sein Programm es an Folgerichtigkeit und Klarheit fehlen ließ. In China ist durch ein kaiserliches Edikt die Berufung von Ober- und Unterhaus eines chinesischen Parlaments für das Jahr 1913 angekündigt worden.

Man könnte darüber streiten, welcher dieser Tatsachen die größte internationale Bedeutung beizumessen ist. Am ehesten ließen die französischen Angelegenheiten, so wichtig sie auch vom allgemein sozialen Gesichtspunkte sind, sich zurückstellen, da wir noch nicht aus der Rede Briands wissen, ob das Gesetz, durch welches der Ausstand der in öffent-

lichen Diensten stehenden Arbeiter und Beamten unmöglich gemacht werden soll, über die Allgemeinheiten hinausgehen wird, die er als Palliativmittel in Aussicht gestellt hat. Worauf es ankommt, ist, daß der Ausstand von Eisenbahnern usw. als strafbare Handlung bezeichnet und entsprechend geahndet wird. Der Ministerpräsident hat „den Stier nicht an den Hörnern gefaßt" und wenn er das nicht rechtzeitig nachholt, könnte sein Ministerium darüber scheitern. Denn darüber kann kein Zweifel sein, das nicht revolutionär gesinnte Frankreich, das immer noch die erdrückende Mehrheit darstellt, will vor Wiederholung der Ausschreitungen, welche die letzten Wochen — und wir könnten rückwärtsschauend sagen — die letzten Jahre brachten, in Zukunft gesichert sein. Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn Briand, was er gut einleitete, nicht auch zu gutem Abschluß bringen sollte, denn daß gerade das sozialistisch-republikanische Frankreich zu durchschlagenden Schutzmaßregeln gegen die destruktiven Tendenzen greift, die sich mit Notwendigkeit aus den Übertreibungen der Doktrin und aus dem Mittun der anarchistischen Elemente ergeben die in diesem Milieu heranreifen, das ist allerdings von allgemeiner und internationaler Wichtigkeit. Der suggestiven Kraft, die dem Streik und Zerstörungsunwesen innewohnt, entspricht die beruhigende Wirkung, die von der entschlossenen und kraftvollen Verteidigung der Lebensinteressen der Gesamtheit durch die Organe des Staates ausgeht. Die Bestrafung der Schuldigen bewirkt, daß ungezählte andere sich von einer Schuld fernhalten, der sie sonst verfallen würden, und eben deshalb wird Schwäche in solchen Fällen zu einer Versündigung an der Menschheit. — Wir hoffen, daß es nicht notwendig werden wird, an dem Ausgang der Moabiter Krawalle oder der Ausschreitungen in Wales die Wahrheit des Satzes zu exemplifizieren.

Die Wiederaufnahme des Kampfes zwischen Liberalen und Unionisten geht ebenfalls nur scheinbar ausschließlich England an. Zunächst ist eine Rückwirkung auf die weite Welt der englischen Kolonien und Dependenzen selbstverständlich. Nur in den Fragen der großen, zumal der europäischen Politik, ist es ziemlich gleichgültig, ob der Staatssekretär des Auswärtigen der einen oder der anderen Partei angehört, die feststehenden Grundsätze bleiben dieselben, und Sir Edward Grey wandelt in allen wesentlichen Fragen dieselben Wege wie der Marquis of Lansdowne. Wohl aber ist alle Welt

daran interessiert, daß die Umwandlung Großbritanniens in ein abgeschlossenes Gebiet, das der freien Handelskonkurrenz der übrigen Mächte durch britische Vorzugstarife entzogen wird, nicht zur offiziellen Politik Englands wird. Der alte Chamberlain hat soeben wieder die Frage der Tarifreform als Parole ausgegeben, und offenbar wird das der Kampfruf sein, mit dem die Unionisten dem Ministerium Asquith entgegentreten werden. Die Wahlparole der Liberalen ist unseren Lesern bekannt. Sie wollen dem Oberhause die Möglichkeit nehmen, ein Finanzgesetz zum Scheitern zu bringen, das Vetorecht der Lords einschränken und die Dauer der Legislaturen von sieben auf fünf Jahre herabsetzen. Das ist die Hauptsache; aber nicht darum allein geht der Kampf. Es müssen infolge des von den Liberalen mit der Arbeiterpartei und den Iren abgeschlossenen Bündnisses auch deren Wünsche Berücksichtigung finden und es ist nicht mehr zweifelhaft, daß das Gladstonesche Homerule seine Auferstehung erleben wird, und zwar in weiterem Sinne, als er es je ins Auge gefaßt hatte. Nicht nur Irland, sondern auch Schottland und Wales — home rule all round — verlangen eigene Parlamente, und wenn auch zunächst nur die irische Frage als brennend bezeichnet werden kann, sind damit doch die Wege gewiesen, welche eine spätere Entwicklung einschlagen wird. Sogar ein Teil der Unionisten wäre bereit, den irischen Wünschen entgegenzukommen, wozu sich 1886 ja auch Lord Salisbury verstehen wollte, vorausgesetzt, daß sie Garantien dafür erlangen, daß dadurch die Sicherheit des Reiches nicht gefährdet wird. In diesem Punkte aber scheint eine Schwierigkeit zu liegen, wie sich wahrscheinlich im Verlauf des Wahlkampfes zeigen wird. Zurzeit ist das Zusammengehen von Iren und Liberalen so gut wie sicher und damit auch ein Wahlerfolg des Ministeriums Asquith mehr als bloß wahrscheinlich; es wird jetzt angenommen, daß die Wahlen zwischen dem 2. und 17. Dezember d. J. stattfinden werden. Siegen nun die Liberalen, so ist auch eine Erweiterung der Selbständigkeit der Kolonien zu erwarten, für die, wie es heißt, ein neues Staatssekretariat in London begründet werden soll. In Amerika hofft man davon, wie eine Korrespondenz des „New York Herald" aus Ottawa (Ontario-Kanada) ausführt, die Aufhebung der lästigen Beschränkung, die den Generalkonsuln und Konsuln auswärtiger Mächte infolge eines Befehls von Lord Elgin 1906 auferlegt wurde. Danach sind Generalkonsuln und Konsuln in K a n a d a bloß geduldet (ebenso in Australien und wohl auch in Süd-

afrika), sie dürfen zwar für ihre Staatsangehörigen eintreten, wenn diese ihrer Hilfe bedürfen, aber sie werden formell nicht anerkannt, und alle offiziellen Geschäfte müssen zwischen ihren Regierungen und dem Londoner Kabinett geführt werden. Selbst bei Empfängen beim Generalgouverneur erhalten sie keine ihrem Range entsprechende Stellung, sondern haben hinter Bürgermeister und Sheriff zurückzustehen, während ein englischer Generalkonsul in den Vereinigten Staaten einem Brigadegeneral der amerikanischen Armee gleichgestellt ist. Tatsächlich hat die kanadische Regierung einen Teil dieser veralteten Beschränkungen bereits durchbrochen und z. B. die Tarifverhandlungen mit Deutschland durch den kanadischen Finanzminister mit dem deutschen Generalkonsul führen lassen. Auch ist charakteristisch, daß bei einer jetzt notwendig gewordenen Nachwahl zum kanadischen Parlament der von Sir Wilfried Laurier unterstützte Kandidat unterlag, was allgemein als ein Votum gegen die von Laurier befürwortete englische Flottenpolitik gilt, und wie dem „New York Herald" gemeldet wird, zu Verwicklungen von großer Tragweite in der nächsten Reichskonferenz führen kann.

Daß die deutsche Flotte, wie bei der letzten Wahl, zum Angriffsobjekt als Mittel des Stimmenfanges dienen wird, ist unwahrscheinlich geworden. Mr. Haldane hat sich, wie erinnerlich, darüber jüngst in Warrington ganz unzweideutig ausgesprochen.

„Ich spreche", sagte er, „aus guter Kenntnis und kann versichern, daß unsere Beziehungen zur deutschen Regierung selten bessere gewesen sind als in diesem Augenblick. Viele hervorragende Deutsche haben sich aufrichtige Mühe gegeben, unseren Standpunkt zu verstehen und zu würdigen, und viele von uns andererseits haben sich aufrichtig bemüht, den Standpunkt Deutschlands zu verstehen. Es sollte keinerlei Rivalität vorhanden sein. Wir sind zwei große Nationen, denen die Welt ein weites Feld für Handel und Industrie öffnet, und meine Hoffnung geht dahin, daß, wenn wir im Laufe der Zeit mehr von dieser großen Nation wissen werden — groß in Reichtum, in ihrer Organisation und ihrer glänzenden Wissenschaft und Kunst —, daß wir dann immer mehr einsehen werden, daß wir uns mit ihr zusammentun sollten, um den Fortschritt der Welt zu fördern. (We shall come to feel that we more and more ought to be associated with her in promoting the progress of the world.) Ich halte es daher nicht

für berechtigt, daß wir Deutschland kritisieren, weil es seine Flotte so organisiert, wie es ihm gut scheint, und Deutschland hat Anspruch auf eine große Flotte, weil es einen großen Handel hat —, ganz wie Deutschland keinen Anstoß daran nehmen kann, wenn wir unsererseits unser Heer und unsere Flotte vervollkommnen und dafür sorgen, daß sie auf sicherem Fundament ruhen."

Das ist vortrefflich, und wir stellen dieses Urteil gesunder Vernunft mit Genugtuung jenem Artikel des „Daily Chronicle" zur Seite, dessen wir vor 8 Tagen gedachten. Die Formel jeder Politik, die Aussicht auf bleibende Erfolge haben will, ist ja, daß sie die eigenen Interessen energisch so weit verfolgt, als sie nicht mit den berechtigten Lebensinteressen anderer in notwendigem Gegensatz stehen. Auf diesem Boden müßte eine Verständigung allezeit möglich sein. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß der nationale Egoismus die Tendenz hat, den Begriff der „berechtigten Lebensinteressen" zu weit auszudehnen, und das bleibt der Streitpunkt.

Der Ausfall der Wahlen in Amerika läßt sich im allgemeinen als ein Protest gegen das übertriebene Schutzzollsystem des Payne-Aldrich-Tarifs auslegen. Die unerträglich gewordene Teuerung, die sich überall fühlbar macht, hat das Votum der Wähler beeinflußt. Ob damit auch ein sicheres Anzeichen für das Ergebnis der nach zwei Jahren bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gegeben ist, wagen wir nicht zu behaupten. Zwei Jahre sind eine lange Zeit, und jedes unerwartete Ereignis — und wie viele Möglichkeiten bieten sich da — kann zu einer Umstimmung führen. Auch fehlt es der demokratischen Partei an einem Präsidentschaftskandidaten, auf den die Augen der Nation bereits gerichtet sind. Die Männer, deren Namen man bisher genannt hat, sind Kapazitäten zweiten und dritten Ranges, mehr lokale Berühmtheiten als nationale Größen. Roosevelt hat sich durch seine impulsive Natur hinreißen lassen, mehr hervorzutreten, als seinem Interesse entsprach. Wahrscheinlich wäre er heute noch der populärste Mann in den Vereinigten Staaten, wenn er sich jeder Wahlagitation enthalten hätte. Seinen Gegnern wäre sein Schweigen unheimlicher gewesen, als es alle seine Reden waren. Aber gerade das Stillehalten widersprach seiner Kämpfernatur, und wir müßten sehr irren, wenn er nicht auch ferner immer wieder auf dem Kampfplatz erscheinen sollte. Dem Phlegma seines einstigen Freundes Taft würden wir einen ruhigen Abschluß

der zweiten Hälfte seiner Präsidentschaftsjahre wohl gönnen, aber das liegt mehr in Roosevelts als in seiner Hand.

Das Manifest, welches die Umwandlung Chinas in einen konstitutionellen Staat ankündigt, lautet folgendermaßen:

„Der Kaiser Kwangsu hat ein Programm konstitutioneller Reformen entworfen; seit unserer Thronbesteigung haben wir uns genau daran gehalten und uns nicht erkühnt, davon abzuweichen. Obgleich wir zahlreiche Bittschriften erhielten, haben wir aus Vorsicht geschwankt, sie zu erfüllen; nachdem wir uns aber überzeugt hatten, daß die Verhältnisse sich geändert haben, und die Lage kritisch geworden ist, haben wir uns entschlossen, sie zum Besseren zu verändern und schon vor Empfang der letzten Bittschrift die Notwendigkeit erkannt, eine Verfassung einzuführen. Jetzt sprechen wir unsere Zustimmung zu schnellster Durchführung der Reformen aus. In Anbetracht aber, daß eine ganze Reihe vorbereitender Arbeiten erledigt werden muß, bestimmen wir einen Zeitraum von 3 Jahren bis zur Eröffnung des Parlaments.

In der Zwischenzeit werden wir das Regierungssystem ändern, ein Kabinett organisieren, die konstitutionellen Gesetze und Verordnungen veröffentlichen, welche sich auf die Wahlen zum Oberhaus und Unterhaus beziehen, und auch andere notwendige Anstalten treffen. Der von uns festgesetzte Termin kann nicht geändert werden. Mögen die Beamten und das Volk sich für ihre neuen Pflichten vorbereiten. Wir hoffen, daß die Resultate der Reform den himmlischen Geist Kwangsus erfreuen und die Wünsche des Volkes befriedigen werden."

Wie sich aus einer Pekinger Korrespondenz der „K. Z." ergibt, ist dieser Entschluß der Krone durch eine Art friedlicher Revolution erzwungen worden, die ihren Ursprung in der Sorge fand, die das jüngste russisch-japanische Abkommen und die Annexion Koreas hervorrief, und zu einem Bündnis zwischen den Pekinger Studenten und den Vertretern der mandschurischen Provinzen Girin und Gailunkiang führte. Es fand eine große und aufregende Versammlung statt, die zu dem Beschluß führte, dem Kaiser eine mit dem Blut der Teilnehmer besprengte Petition zu überreichen. Der Minister des Innern, Su, übernahm es, sie dem Kaiser, d. h. dem Regenten einzuhändigen, worauf, nach Anhörung des Senats, das oben mitgeteilte Edikt veröffentlicht wurde. — Ob trotz der bestimmten Versicherung, daß vor 1913 die Einführung des Parlaments nicht erfolgen werde, es bei diesem Termin

bleiben wird, ist abzuwarten. Unter allen Umständen ist die Zusage nicht mehr rückgängig zu machen, und das bedeutet eine ungeheuere, in ihren Folgen unberechenbare Wandlung im fernen Osten. Das Beispiel Japans, hinter dem die Chinesen gewiß nicht an Fähigkeiten wenn auch an kriegerischem Sinn zurückstehen, zeigt, was möglich wäre, und es ist wohl charakteristisch, daß die Besorgnis vor diesen Möglichkeiten am stärksten in Japan zutage tritt. Schon die Nachricht von der in Amerika bevorstehenden Anleihe von 50 Millionen Dollar rief in der japanischen Presse große Aufregung hervor. Während sie einerseits versicherte, daß England, Frankreich und Deutschland dem Zustandekommen der Anleihe entgegenwirken würden, was in betreff Deutschlands sicher falsch ist, da uns eine Entwicklung der ruhenden wirtschaftlichen Kräfte Chinas nur erwünscht sein kann, warnt sie anderseits China, das durch die Garantien, die man von ihm verlangen werde, in politische Abhängigkeit von den Fremden geraten müsse. Schwerlich ist davon eine Wirkung zu erwarten; China wird das Geld mit Freuden entgegennehmen und auch die erforderlichen Sicherheiten stellen — vorausgesetzt immer, daß Amerika die Anleihe wirklich gewährt, was nicht ganz sicher zu sein scheint.

Ein merkwürdiges Zeichen dafür, wie sehr in letzter Zeit das Selbstgefühl der Chinesen sich gehoben hat, bietet eine Pekinger Korrespondenz des „Golos Moskwy", in der erzählt wird, daß auf eine Forderung des russischen Gesandten in der Höhe von 50 000 Tael, zur Entschädigung russischer Untertanen, die von mandschurischen Räubern ausgeplündert waren, vom Waiwupu die folgende Antwort erfolgte:

„Da die Russen sehr häufig in die Rechte der mandschurischen Beamten eingegriffen haben, so daß die letzteren niemals die Räuber energisch verfolgen konnten, ist die chinesische Regierung bereit, falls fortan die russische Regierung sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mandschurei enthält, den russischen Untertanen volle Sicherheit von Leben und Eigentum im ganzen chinesischen Territorium zu garantieren. Unter den jetzigen Verhältnissen lehnt es aber der Waiwupu ab, über die Frage einer Entschädigungszahlung von 50 000 Tael in Verhandlung zu treten."

Das ist sehr deutlich und enthält eine bittere Kritik der russischen Verwaltung in der Mandschurei.

Über die Bedeutung des in diesem Jahre abgeschlossenen russisch-japanischen Vertrages hat Dr. Ariba in der Zeitung „Pinnon Dsin" einen Artikel veröffentlicht, der nicht mit Unrecht in der russischen Presse Aufsehen erregt. Der Vertrag, den Japan 1907 mit Rußland abschloß, so argumentiert Ariba, sei aus politischen Erwägungen abgeschlossen worden, die sich aus den Zeitverhältnissen erklären, während das Abkommen von 1910 der Tatsache entsprang, daß beide Mächte aufrichtig von seiner Notwendigkeit überzeugt waren. Der publizierte Text berühre zwar nur die mandschurische Frage, es sei aber nicht zweifelhaft, daß er auch eine Reihe anderer „offener Fragen" vorentschieden habe. Namentlich Artikel 3 verdiene Beachtung. Beide Mächte hätten zwar kein formelles Bündnis abgeschlossen, es trete aber deutlich zutage, daß sie unter gewissen Umständen als Verbündete handeln würden. Daraus ergebe sich ein doppelter Vorteil für Japan. Einmal könne Japan, da ein neuer russischer Krieg unmöglich sei, seine Rüstungen einschränken (was bekanntlich nicht geschieht!), andererseits sichere es seine Stellung, falls das englisch-japanische Bündnis nicht erneuert werden sollte. Japan stehe für alle Eventualitäten sicherer als vorher. Der russisch-englische Vertrag von 1907 habe England von der Sorge um seine indischen Besitzungen befreit, und es brauche daher die Hilfe Japans nicht mehr. Japan wiederum habe eine Garantie für seine Stellung in der Mandschurei erhalten, was ihm, bei der gemeinsamen Exploitation der mandschurischen Bahnen durch Rußland und Japan, große materielle Vorteile schaffe. Es frage sich nun, was China dazu sage? In Peking glaube man, daß der Vertrag gegen China gerichtet sei, um den Chinesen die Wiedergewinnung der Mandschurei unmöglich zu machen. Nun lasse sich nicht vorhersagen, was geschehen werde, wenn der Termin der Okkupation der Halbinsel Kwantung mit Port Arthur ablaufe; sicher sei aber, daß, wenn Japan verlange, daß dieser Termin verlängert werde, es bei Rußland Unterstützung finden würde. Seinerseits werde Japan Rußland unterstützen, wenn nach Ablauf des dreißigjährigen Kontrakts mit der russisch-chinesischen Bank Rußland sich weigern sollte, die mandschurischen Bahnen nochmals zu erwerben (d. h. wohl, wenn es sie einfach für sich behält!). China sei ohne Zweifel berechtigt, die Ansprüche beider Mächte nicht anzuerkennen, müsse aber damit rechnen, daß es dann auf das gemeinsame Entgegenwirken Rußlands und Japans stoßen werde.

Dazu bemerkt der Korrespondent des „Golos Moskwy", dem wir diese interessante Mitteilung danken: „Also behauptet Dr. Ariba, daß das russisch-japanische Abkommen von 1910 einen geheimen Artikel enthält, der zum Teil gegen China gerichtet ist. Sollte das richtig sein, so würde das Abkommen einen ganz besonderen Charakter gewinnen."

Die durch die Zeitungen gehende Nachricht, daß England und Rußland nach wie vor bereit sind, der persischen Regierung 10 Millionen Franken zu leihen, ohne irgend welche politische Bedingungen daran zu knüpfen, läßt sich kurzweg als falsch bezeichnen.

Die Betrachtungen der russischen Presse über die Potsdamer Tage sind mit Ausnahme der „Semschtschina" meist kritisch gestimmt, oder fordern die Kritik heraus. Wenn die „Nowoje Wremja" uns versichert, daß sie von jeher die aufrichtige Freundin Deutschlands gewesen sei, so können wir über diese schamlose Unwahrheit nur die Achseln zucken. Sie war alle Zeit unsere bitterste Feindin, und ist es trotz aller Heuchelei noch heute. Wenn sie jetzt in anderem Sinne schreibt, entschädigt sie sich dafür in Verdächtigung der in Rußland lebenden Deutschen, worunter namentlich die deutschen Kolonisten in Kleinrußland zu leiden haben, seit der Ministerpräsident Herr Stolypin selbst durch gesetzgeberische Maßregeln den Anstoß dazu gegeben hat, das gänzlich inhaltlose Gerede von einer deutschen Gefahr in Südrußland wieder aufzubringen. Wie trefflich übrigens die Russifikation arbeitet, mag man daraus sehen, daß einer der gehässigsten Artikel gegen jene Kolonisten von einem Mann geschrieben ist, der mit dem russischen Namen „Hofstetter" zeichnet. Auch mag darauf hingewiesen werden, daß in einer der letzten Dumasitzungen dem Oktobristen v. Anrep, von einem Mitgliede der Rechten ein „deutscher Hund" an den Kopf geworfen wurde. Mit solchen Stimmungen haben wir zu rechnen!

17. November 1910. Annahme der Resolution Roseberry durch das Haus der Lords.
17. November. Proteste in Teheran gegen die russische und die englische Politik.
20. November. Tod Leo Tolstois in Astapowo.

23. November 1910.

Der 18. November 1910 wird ein für alle Zeiten denkwürdiger Tag in der Geschichte Englands bleiben: an diesem Tage, dem Freitag voriger Woche, hat das liberale Kabinett den Unionisten, das Unterhaus dem Hause der Lords den Krieg angekündigt, und in beiden Häusern ist der Kampf aufgenommen worden. Auch hat man in ganz England das Gefühl gehabt, vor einer Entscheidung von ungeheurer Tragweite zu stehen. Man muß bis auf die Tage der Reformbill, in das Jahr 1832 zurückgreifen, wenn man eine Parallele für die Erregung finden will, die sich der Gemüter bemächtigt hatte. Die Luft — sagt ein Augenzeuge — war dick von Gerüchten, die Nerven aufs äußerste gespannt, die Stimmung nahe daran, hysterisch zu werden. Wenn man sage, daß das Haus gedrängt voll war, so bedeute das mehr als daß jeder Platz besetzt war. Auch die Gänge waren Kopf an Kopf gefüllt, alle Stehplätze hinter dem Sessel des Präsidenten besetzt, und hinter den Schranken, da, wo auch nicht Mitglieder des Parlaments sich aufhalten dürfen, sowie in den Galerien war es gedrängt voll wie in den Galerien eines Theaters am Weihnachtsabend (as the gallery of a theater on Boxing Night). Sehr zahlreich waren die Peers vertreten. Die Minister und die Führer der Opposition wurden mit lauten Beifallsrufen von ihrer Partei begrüßt: ein „Orkan von cheers" tönt von den Bänken der Unionisten, als Balfour und Austen Chamberlain eintreten. Dann wird es plötzlich still. Lloyd George kündigt an, daß er eine Botschaft des Königs zu verlesen habe. Sie fordert das Haus auf, die Extra-Alterspensionen zu bewilligen, die Ende des Jahres ausgezahlt werden sollen. Unter allseitiger Zustimmung erfolgt die Bewilligung. Es schließt sich daran die kurze Beantwortung einer Reihe von Fragen,

die auf den Ministertisch niedergelegt sind, und darüber geht unter allgemeiner Ungeduld und lauten Gesprächen eine Stunde hin. Endlich, um 1 Uhr, erhebt sich der Premierminister Asquith; unter gespanntester Aufmerksamkeit legt er in kurzer Rede die Entschlüsse des Ministeriums dar: die Regierung wird dem König raten, das Parlament Montag, 28., aufzulösen. In der Zwischenzeit — also im Laufe dieser Woche — wird das Haus die wesentlichen Bestimmungen der Finanzbill erledigen und dabei die Debatte auf die Einkommensteuer, den Zoll auf Tee und die Frage des Tilgungsfonds beschränken. Es wird am Dienstag eine Erklärung über das Osborne-Urteil abgegeben werden, und das Haus der Lords wird Gelegenheit erhalten, mit „Ja" oder „Nein" zur Vetobill der Regierung Stellung zu nehmen. Amendements oder Abänderungen können nicht Berücksichtigung finden. Er weiß im voraus, wie die Entscheidung fallen wird. Wenn im nächsten Jahr die Liberalen wieder zur Regierung gelangen, wird er den Antrag auf Einführung von Diäten stellen.

Balfour antwortete sarkastisch und bitter. Seine Partei sei bereit, den ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Aber daß man den Lords die Möglichkeit nehme, über eine vitale Frage des Reichs zu diskutieren, und mit Vorschlägen hervorzutreten, die Männern von gemäßigter Gesinnung annehmbar wären, das sei unerhört.

Es hat danach noch ein Geplänkel gegeben, das namentlich dahin zielte, Asquith zu veranlassen, Näheres über seine Verhandlungen mit dem König mitzuteilen. Asquith sagte jedoch nicht mehr, als daß er nach wie vor auf dem Boden der Erklärung stehe, die er am 14. April dieses Jahres abgegeben habe. Der entscheidende Punkt dieser Erklärung lautete:

„Lassen Sie mich hinzufügen, daß ich keinenfalls eine Auflösung empfehlen werde, es sei denn unter solchen Bedingungen, die dafür Bürgschaft bieten, daß im neuen Parlament das Urteil des Volkes, wie es in den Wahlen zum Ausdruck kommt, Gesetzeskraft erhält."

Daß heißt doch, daß eventuell auch durch einen Peersschub der Widerspruch des Oberhauses gebrochen werden wird und daß König Georg — dessen Name sorgfältig jeder Debatte entzogen wurde — dem zugestimmt hat.

Es fiel allgemein auf, daß Redmond schwieg, offenbar muß er sich seines Erfolges sehr sicher fühlen, denn nach den positiven Ver-

sicherungen, die er in Amerika gegeben hat, würde er für einen Verräter gelten, wenn der schließliche Ausgang nicht Homerule für Irland wäre. Ungeduldiger war Mr. Barnes, der Führer der Arbeiterpartei; er drohte, mit seinen Leuten gegen die Liberalen zu stimmen, falls das Osborne-Urteil nicht aufgehoben werde, das die Verwendung von Streikfonds zu Wahlzwecken bestraft hatte. Auch hier ließ Asquith, der sich überhaupt durch große Kaltblütigkeit und Ruhe auszeichnete, sich nicht über sein Programm hinausführen. Die Osbornefrage wird Dienstag geklärt werden. So ging die Sitzung ihrem Ende entgegen. Inzwischen aber hatte vor den Toren des Unterhauses eine neue große Demonstration der Suffragettes, bereits die 14., stattgefunden. Etwa 300 ältere und jüngere Damen, die eine Vorversammlung in Caxton Hall abgehalten hatten, waren unter Führung von Mrs. Pethik Lawrence und der beiden Pankhurst, Mutter und Tochter, in Gruppen von je 13 im Anmarsch. Wie üblich hatte eine ungeheure Menschenmenge sich ihnen angeschlossen, so daß die 1000 Polizisten, die vor St. Stephens Hall die Ordnung aufrecht zu erhalten hatten, bald nicht mehr ihrer Aufgabe gewachsen waren, und obgleich sie schließlich ohne viel Rücksicht losschlugen (it may, as it doubtless will, be said that the police behaved brutally towards some of the offenders, but the aggravation they received was great, and in many cases they had to use considerable force to protect themselves from injury" (so referiert der „Standard"), war man genötigt, die berittenen Gendarmen einschreiten zu lassen, um den Platz zu säubern. Verhaftet wurden 120 Personen, darunter nur vier Männer. Eine der unternehmenden Damen war über das Gitter des Cromwell-Denkmals geklettert und hätte sich wahrscheinlich schwer beim Abspringen verletzt, wenn einer der Policemen sie nicht in seinen Armen aufgefangen hätte. Das war die erste Verhaftete.

Im Oberhause war es Lord Crewe, der die Beschlüsse des Kabinetts vorbrachte, worauf Lord Lansdowne ihm mit scharfer Replik entgegentrat. Bekanntlich hatte das Haus wenige Tage vorher die Anträge Lord Roseberrys auf Reform des Oberhauses einmütig angenommen. Das hätte noch vor einem Jahre ohne Zweifel die Stellung der Lords gerettet, und in der Tat wollte Roseberry eine durchschlagende Reform. Sein Antrag war:

1. Das Haus der Lords solle aus Lords des Parlaments bestehen: a) die von der gesamten Körperschaft der erblichen Peers aus ihrer

eigenen Mitte gewählt und von der Krone ernannt werden, b) aus solchen, die kraft ihres Amtes oder ihrer Verdienste einen Sitz erlangen, c) endlich aus denen, die von außerhalb (d. h. aus dem Unterhause) gewählt werden.

Diese Sätze bieten natürlich nur den Rahmen für eine Reform, wie sie Lord Roseberry seit bald 20 Jahren verficht. Aber er hat allezeit eine unglückliche Hand gehabt, und ist stets entweder zu früh oder zu spät mit seinen Plänen hervorgetreten. Der Erfolg, den er im Oberhause durch Annahme seiner Anträge fand, ist vielleicht der deutlichste Beleg dafür, daß das Haus seine eigene Sache bereits verloren gegeben hatte. Denn im Grunde steht er allein, und die staatsmännische Gabe, das rechte Wort und den rechten Entschluß zur rechten Zeit zu finden, hat ihm immer gefehlt, was wohl als ein klassisches Beispiel dafür gelten kann, daß hohe Begabung und glänzende Bildung trotz aller dialektischer Kunst an sich noch keine Gewähr für politische Fähigkeiten bieten.

Zum Glück wird die Zeit politischer Überhitzung, welche die Wahlen bringen müssen, nicht allzulange dauern. Am 20. Dezember wird die Entscheidung bereits erfolgt sein, aber dann werden wir entweder einem neuen demokratischen England gegenüberstehen, oder, falls wider alle Wahrscheinlichkeit die Unionisten siegen sollten, neuen, mit noch größerer Leidenschaft geführten Kämpfen entgegensehen müssen. Daß von unionistischer Seite trotz allem die Agitation gegen die deutsche Flotte in den Kampf hineingezogen wird, läßt sich direkt als eine politische Unredlichkeit bezeichnen. Es geschieht gegen besseres Wissen. Aber Lord Beresford, der die ersten Angriffe gegen uns eingeleitet hat, ist schon seit 1902 ein so entschiedener Gegner Deutschlands, daß wir uns über ihn weiter nicht aufregen. Es gibt Leute, die ihr Leben lang von einer Idee zehren, und zu diesen muß er offenbar gezählt werden.

Inzwischen hat sich am 18. November der Abschied Lord Mintos und der Einzug des neuen Vizekönigs von Indien Lord Hardinge vollzogen. Als der eine in Kalkutta das Schiff bestieg, das ihn nach England zurückführt, landete der andere in Bombay, um sein verantwortungsschweres Amt zu übernehmen. Lord Hardinge kann als überzeugter Anhänger der neuen von Sir Edward Grey inaugurierten Politik gelten. Er steht ganz auf dem Boden des englisch-russischen Abkommens vom August 1907 und gilt in betreff der indischen Politik als Vertreter einer energischeren Repression der nationalen Ansprüche

der Inder, als Lord Minto sie zuließ. Daß man übrigens auch bemüht ist, die Inder durch Entgegenkommen zu gewinnen, und auf ihre Phantasie zu wirken, zeigt die Tatsache, daß König Georg V. am 1. Januar 1912 einen Krönungs-Durbar in Delhi feiern wird, der gewiß mit großartigstem Aufwand an Pracht und Schaustellungen, wie die Orientalen es lieben, begangen werden wird. Wie es heißt, beabsichtigt der König auch die großen autonomen Kolonien, oder sagen wir richtiger die Nationen, von Kanada, Australien und Südafrika zu besuchen, und auch das wird bei dem stark ausgebildeten Loyalitätsgefühl der Engländer seinen Eindruck nicht verfehlen. Ein König von England, von dem mehr als von anderen das Wort gilt, „le roi règne, mais il ne gouverne pas" kann sich zudem leicht auf längere Zeit absentieren, ohne daß der Gang der Geschäfte dadurch leidet und König Georg als kundiger Seemann liebt das Wasser. Auch das halten wir nicht für ausgeschlossen, daß er den Kaisertitel annimmt. Die Abneigung der regierenden Parteien dagegen ist, seit sie sich beide vom imperialistischen Gedanken haben durchdringen lassen, völlig geschwunden, und man scheint zu meinen, daß in den weiteren Rahmen die großen Kolonien sich leichter und dauernder werden einschließen lassen.

Es ist nicht recht klar, ob der Plan einer Überlandbahn von Calais nach Bombay englischen oder russischen Ursprungs ist. Daß man ihn, wie neuerdings in russischen Blättern geschieht, mit den Potsdamer und Berliner Unterhaltungen Herrn Sasonows in Zusammenhang bringt, halten wir für falsch, und ebenso unwahrscheinlich ist es, daß sich bereits ein deutsch-russisch-englisch-französisch-persisches Konsortium zur Ausführung des Planes zusammengefunden haben sollte. So weitgehende Unternehmungen wollen finanziell, technisch und politisch sehr genau erwogen sein, ehe man sich zu einem Ja oder Nein entschließt. Die Route, die jetzt als die wahrscheinlichste bezeichnet wird, soll über Calais, Berlin, Alexandrowo, Warschau, Rostow am Don nach Baku und von dort über Enseli, Teheran, Kerman, Nuschki nach Bombay führen, so daß man in 7 bis 7½ Tagen von London nach Indien gelangen würde. Deutschland würde dann durch eine Linie Teheran—Hanekin die gewünschte Verbindung mit der Bagdadbahn gewinnen. Man braucht diesen Plan nur zu durchdenken, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu erkennen, die ihm im Wege stehen. Zunächst ist die Voraussetzung einer Zustimmung der beiden meist in Betracht kommenden

Regierungen, der russischen und der englischen, daß sie beide davon überzeugt sind, daß jenes Übereinkommen von 1907 ein bleibendes Vertrauens- und Freundschaftsverhältnis begründet habe. Die geschäftlichen Beziehungen beider Staaten geben, wenn wir von den $2^1/_2$ letzten Jahren absehen, den Beweis, daß das Gegenteil die Regel war, und es ist ja kein Geheimnis, daß nicht nur die gesamte Rechte der Duma und des Reichsrats, sondern auch weite Kreise der öffentlichen Meinung Rußlands an der Politik Iswolskis nichts mehr verurteilen, als den Abschluß dieses englischen Abkommens über die gegenseitigen Interessensphären in Asien. Findet, was ja nicht unmöglich ist, ein Frontwechsel Rußlands statt, so erschließt ihm jene Bahn ein bisher fast verschlossenes Angriffsfeld, während andererseits die Bahn Ruschki-Teheran England die Möglichkeit bieten würde, den Russen in Persien sehr empfindliche Unannehmlichkeiten zu bereiten. Endlich wäre zur Ausführung des Unternehmens doch die Zustimmung Persiens unerläßlich, das wahrscheinlich heute nur geringe Neigung zeigen wird, den beiden Mächten, die es meist fürchtet und haßt, den Weg zu ebnen, damit sie sich im Herzen Persiens, in Teheran, die Hände drücken können. In Rußland verspricht man sich große materielle Vorteile davon, daß dieser Überlandweg 500 geographische Meilen lang durch russisches Territorium führen würde, und gewiß wäre das eine wesentliche Quelle neuer Einnahmen für die russischen Eisenbahnen; aber sie würden gerade den Völkerschaften zugute kommen, deren materielles Aufkommen man heute in Rußland niederzuhalten bemüht ist: den Polen, Kleinrussen und, horribile dictu, den deutschen Kolonisten in Südrußland. Sind doch gerade jetzt die russischen Zeitungen aller Farben voll von Angriffen gegen die „deutsche Invasion", und, wie wir hören, ist bereits ein Gesetz fertiggestellt, das die Einwanderung von Deutschen nach Rußland überhaupt verbietet. Den Anlaß dazu hat die lächerliche Behauptung gegeben, daß die Deutschen, die in Rußland naturalisiert sind, eine doppelte Staatsangehörigkeit haben, die russische und die deutsche, und dadurch gleichsam als Vorposten für die bevorstehende deutsche Invasion dienen. Uns ist kürzlich eine Nummer der in Petersburg erscheinenden Zeitung „Objedinenije" (Vereinigung) zugegangen, die einen Leitartikel unter dem Titel: „Ein deutsches Zartum in Westsibirien auf den Trümmern der Besitzungen der Kosaken" bringt. Angeschlossen ist eine Karte der sibirischen Bahn bis nach Tomsk, die längs dem Strang

der Eisenbahn rechts und links eine endlose Reihe deutscher Kolonien und Schlösser zeigt. Nun erfährt man freilich, daß diese Kolonisten nicht nur Deutsche, sondern auch Engländer, Dänen, überhaupt Nichtrussen sind, die Deutschen aber Mennoniten, also russische Untertanen seit Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, die später das europäische Rußland verließen, um eine Stätte in Sibirien zu finden, wo man sie ihres Glaubens und ihrer Nationalität wegen nicht bedrängte. Andere wieder sind Baptisten, die aus denselben Gründen das europäische Rußland verlassen haben. Die verdrängten Kosaken aber sind meist Offiziere, die mit dem ihnen zugewiesenen Lande nichts anzufangen wußten, und froh sind, es verkaufen zu können, um den Barertrag zu verjubeln. Es ist genau dieselbe Erscheinung, die sich in Ostsibirien verfolgen läßt, wo die dort angesiedelten Kosaken ihr Land an chinesische Einwanderer verkaufen und verpachten. Als Schreckgespenst dient natürlich der alldeutsche Verband und der Gustav-Adolf-Verein, von denen der erste sich unseres Wissens niemals mit den sibirischen Kolonisten befaßt hat, der letztere keinen anderen Zweck verfolgt, als das konfessionelle Leben lebendig zu erhalten. Aber auch seine Hände reichen nicht so weit. Zudem ist es die Aufgabe des in Petersburg für die evangelische Kirche eingesetzten Generalkonsistoriums, in dieser Hinsicht nach dem Rechten zu sehen, und wir wissen, daß dort ehrlich und gewissenhaft gearbeitet wird, ohne in die Rechte anderer Konfessionen einzugreifen. Es ist eine Art Verfolgungswahn, der sich in den Köpfen dieser Patrioten regt und der in merkwürdigem Gegensatz zu der Ungeniertheit steht, mit der eben diese Elemente sich erlauben, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen. So hat, um ein Beispiel anzuführen, die russische Presse während der Ausgleichsverhandlungen, die ein leidliches Einvernehmen zwischen Tschechen und Deutsch-Böhmen herbeizuführen bemüht waren, alles was an ihr lag getan, um diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Es sei Pflicht der Böhmen, den Kampf aufrecht zu erhalten und sich nicht mit den Deutschen in Österreich zu verständigen, weil es deren Ziel sei, sich Salonikis zu bemächtigen und sich zu Herren des Ägäischen Meeres zu machen.

„Die Tschechen würden sonst genötigt sein, die Knechtungspolitik Österreichs gegen die Südslaven zu unterstützen, zumal gegen die Serben, über deren Leichnam allein Österreich-Ungarn Saloniki erreichen kann.

Sollten die tschechischen Politiker sich wirklich entschließen, diese brudermörderische Politik zu verfolgen? Sie würden damit nur den Ast absägen auf dem sie selber sitzen....

So schrieb die „Nowoje Wremja" am 30. Oktober. Seither sind die Ausgleichsverhandlungen leider gescheitert, und wie wir annehmen müssen, unter russischem Einfluß, denn Herr Kramarz und Genossen sind gewohnt, sich ihre Parole aus Petersburg und Moskau zu holen. Aber wie groß war dagegen die Entrüstung, als kürzlich bei der Duma ein Protestschreiben von 120 französischen Senatoren und 293 Mitgliedern der französischen Kammer gegen die in Finnland begangenen Rechtsbrüche einlief. Herr Deitrich hat im Namen des Reichsrats, die Herren Krupenski und Schetschkow im Namen der Duma ihrer Entrüstung über dieses Eingreifen in innere russische Angelegenheiten Ausdruck gegeben. Und in der Tat, trotz unserer Sympathien für die Finnländer, die ohne revolutionäre Zutat ihr gutes Recht zu behaupten suchen, können wir dieses Vorgehen von über 400 französischen Politikern nur als ganz ungehörig bezeichnen. Seit den Jahren 1831 und 1863, als Frankreich für die russischen Polen eintrat — die freilich heute von allen Franzosen preisgegeben sind — ist nichts ähnliches geschehen. Aber könnten jene 400 nicht erwidern, wenn ihr so in die österreichisch-ungarischen Verhältnisse ungeniert eingreift, weshalb sollten wir nicht für Finnland eintreten, dem ihr die frischen Eide von 1905 gebrochen habt? Sie könnten auch auf Persien hinweisen, wo es nur noch russische und englische, aber keine persischen Interessen mehr gibt — wenn sie dort nicht selbst die Hände im Spiel hätten. Auch sind in Wirklichkeit diese Proteste gar nicht ernst gemeint. Man hat eine Mode mitgemacht, wie andere Moden auch, und wäre auf das äußerste erschreckt, wenn die russische Regierung annehmen sollte, daß ein ernster Wille hinter jenen Worten stecke. Ein ernster Wille tritt uns in Frankreichs Politik nur entgegen, wo es einen greifbaren Vorteil gilt, wie denn z. B. die Fremdenlegion, dieser dunkle Fleck an der Ehre des französischen Staates und der französischen Armee, trotz der unbestreitbaren Verworfenheit der Institution aufrecht erhalten wird. Haben wir doch erst jüngst wieder den Fall erlebt, daß die Bitte eines unglücklichen deutschen Vaters, der seinen verirrten Sohn den seelenmörderischen Fesseln der Fremdenlegion entreißen wollte, vom französischen Kriegsministerium mit Hohn zurückgewiesen wurde. Es ist eine Art Janitscharentum, das zum Dienst

einer unsittlichen Kolonialpolitik ausgebeutet wird, und das, wie in den Kreisen der besten französischen Patrioten gewiß nicht verkannt wird, der Nation zur Schmach, nicht zur Ehre dient. Auch ist die gesamte französische Presse einmütig darin, die heikle Frage der Fremdenlegion nicht zu berühren. Es läßt sich eben nichts zu ihrer Rechtfertigung anführen. Aber wie in Rußland führt man auch in Frankreich doppelt Buch, und es ist doch charakteristisch, daß sowohl der „Temps" wie das „Journal des Débats" ihren Lesern weder von jenen französischen Protesten noch von den russischen Antworten das geringste mitgeteilt haben. Sie haben beide freilich ebenso über die Ausschreitungen geschwiegen, welche Matrosen der amerikanischen Kriegsschiffe sich in Cherbourg und Paris haben zu Schulden kommen lassen, obgleich sie sonst gewissenhaft über alles referieren, was in die Kategorie des Skandals und der Sensation fällt. Jeder aufrichtige Freund Amerikas wird es aber für seine Pflicht halten, recht nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß für bessere Disziplin in der amerikanischen Kriegsmarine Sorge getragen wird. Was helfen die schönsten Schiffe, wenn sie nicht durch den Geist der Manneszucht beherrscht und vergeistigt werden?

Zum Schluß noch ein Wort über Tolstoi. In den französischen und englischen Blättern hat man auf eine verfrühte Meldung von seinem Tode ihm lange und anerkennende Nekrologe geschrieben. Aber wenn man die Summe seines Lebens zieht, ist es doch mehr unheilvoll als fördernd gewesen. Er hat in höchstem Maße das bewunderungswürdige russische Talent des Erzählens gehabt und der russischen Literatur wie der Weltliteratur eine gewaltige Anregung gegeben. Aber er ist, wie alle großen Talente Rußlands, wie die Puschkin, Herzen, Dostojewski, Turgenew, herangereift in steigendem Gegensatz gegen den Staat, der ihm so sehr als die Quelle alles Übels erschien, daß er die Rettung schließlich in einem mystischen Anarchismus suchte, für den er leidenschaftlich Propaganda machte, ohne sich doch in Wirklichkeit von den Zusammenhängen lösen zu können, durch welche Geburt, Erziehung, Lebensgewohnheit, ihn an eben diesen verhaßten Staat und eben diese verachtete Kultur und Gesellschaft knüpften, über die er Fluch und Bann aussprach, gleichwie sie ihn durch ihre höchsten kirchlichen Autoritäten mit Fluch und Bann belegt hatte. So ging schließlich ein Zug tiefer innerer Unwahrhaftigkeit durch sein ganzes Leben und

er hat uns vor wenigen Monaten noch in einer Skizze: „Drei Tage im Dorfe“ ein ergreifendes Bild der Lüge seines Lebens entworfen. Daß er sich ihr schließlich durch die Flucht zu entziehen suchte, ist ein Zeichen, wie tief die Qual war, die an ihm zehrte. Jetzt hat der Tod ihn befreit, und man mag ihm wohl nachrufen: Frieden deiner Asche! Wenn nur nicht zu befürchten wäre, daß das Unkraut, das er ausgesäet hat, immer neue Schößlinge treiben wird, und länger fortlebt, als die schönsten Früchte, die der Dichtergenius in ihm gezeitigt hat.

24. November 1910. Meuterei brasilianischer Kriegsschiffe.
25. November. Niederlage von Kramarz, Dr. Fiedler wird Präsident des tschechischen Klubs.
28. November. Auflösung des englischen Unterhauses. Eröffnung des rumänischen Parlaments.

30. November 1910.

Wir haben mit einer Entschuldigung an die Adresse des „Journal des Débats" zu beginnen. Die Redaktion des Blattes hat schon am 4. Juni dieses Jahres gegen die Protestadresse, welche in finnländischen Angelegenheiten von 120 Senatoren und 296 Mitgliedern der französischen Kammer der russischen Duma zugesandt wurde, ihrerseits und zwar sehr nachdrücklich Protest erhoben. Die „Débats" schrieben damals:

„Es ist unerhört, daß Mitglieder unseres Parlaments kollektiv einen Gesetzentwurf kritisieren, den die Regierung der alliierten und befreundeten Macht eingebracht hat. Wir rechnen fest darauf, daß der Adreßentwurf unserer Parlamentarier nicht über die Wandelgänge der Kammer und des Senats hinausdringen wird. Wenn die Regierung ihre Pflicht versteht, wird sie die Aufmerksamkeit der Unterzeichner mit aller nötigen Energie auf die Bedeutung der Folgen hinweisen, die sich aus ihrem unqualifizierbaren Schritt ergeben."

In der Tat, man kann nicht treffender und schärfer rügen, und es ist gewiß nicht die Schuld der „Débats" gewesen, wenn ihr Warnungsruf ungehört verhallte. Wir bedauern aufrichtig, ihn übersehen zu haben. Die Proteste von russischer Seite sind erst in den letzten Tagen erschienen und scheinen noch nicht abzubrechen, erst durch sie haben wir von den französischen Protesten erfahren. Wir möchten jedoch an die sich hieran schließenden Bemerkungen der „Débats" — die uns Haß gegen Frankreich und Rußland vorwerfen — einige allgemeine Bemerkungen knüpfen.

Haß gegen ein Volk oder einen Staat ist eine solche Ungeheuerlichkeit, daß wohl niemand, der sich ein besonnenes und gesundes moralisches Urteil gewahrt hat, sich dieser Verirrung schuldig machen wird.

Jedes Volk ist in seinen großen Männern verehrungswürdig, mögen sie nun den Künsten, der Wissenschaft oder dem Dienste des Staates angehören; was aber die große Masse des nicht auf den Höhen der Menschheit stehenden Teils einer Bevölkerung betrifft, so sucht sie ihre Ideale zumeist in den Pflichten und Freuden des Familienlebens, in Erwerb und Arbeit, und in dieser Hinsicht werden die Nationen einander ziemlich ähnlich sein. Wie dürfte da von Haß und Abneigung die Rede sein? Wo publizistische Polemik tätig ist, trifft sie die Grenzgebiete der gegenseitigen Interessen, und das hat weder mit Abneigung noch mit Sympathien von Person zu Person oder gar von Volk zu Volk etwas zu tun. Es wäre ein völliger Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß das französische und das russische Volkstum einander anziehen, weil beide Staaten seit einer Reihe von Jahren politisch Hand in Hand gehen, oder daß das tiefgewurzelte Mißtrauen, das sich historisch zwischen Russen und Engländern ausgebildet hat, seit 1907 nun plötzlich geschwunden sei. Vielmehr sind im russischen Volksbewußtsein als politische Antipathien, die u. a. in ihren Sprichwörtern zum Ausdruck kommen, nur drei übrig geblieben: Der „Franzus" — in der unauslöschlichen Erinnerung an 1812, während der Krimkrieg bereits halb vergessen ist — die „Anglitschanka", die Engländerin, in Erinnerung daran, daß der zum Kriegsdienst eingezogene Bauer überall England als direkten oder indirekten Feind fand, endlich der „bussurman", der Türke, in dem er den Erbfeind erblickt. Das ist jedoch weniger eine Rückwirkung der letzten Türkenkriege, als vielmehr eine Übertragung der mehr oder minder lebendigen Erinnerung an das Joch der seit Mitte des 13. Jahrhunderts mohammedanischen Mongolen auf die Türken. Der Gegensatz ist stets auf beiden Seiten mehr ein religiöser als ein nationaler gewesen. Dem Deutschen, der mit dem russischen Volke in Berührung kommt, tritt nicht Feindseligkeiten entgegen, wohl aber ist es in sehr häufigen Fällen ein gegenseitiges Sichnichtverstehen, das darauf zurückzuführen ist, daß die Deutschen — vielleicht zu pedantisch — stets den Rechtsstandpunkt vertreten, der im Volksbewußtsein vor wirklichen oder vermeintlichen Billigkeitserwägungen zurücktreten muß. In der praktischen Politik spielen solche naiv urteilenden Elemente überhaupt nicht mit. Dagegen kommen zwei Faktoren in Betracht: Die offizielle Leitung der auswärtigen Politik und der wirklich einflußreiche Teil der politischen Presse.

Was nun, um bei den deutsch-französischen Beziehungen zu bleiben, die erstere betrifft, so ist sie uns seit 1866 entschlossen feindselig gewesen und auf dem Standpunkt geblieben, daß sie uns einen Waffenstillstand, nie einen aufrichtigen Frieden gewähren kann. Sie hat keine Gelegenheit vorüberziehen lassen, einer Gegnerschaft, die sich uns aufbaute, ihre fördernde Hand zu reichen, und das ist, vielleicht mit der einzigen Ausnahme der Haltung Jules Ferrys, so geblieben bis auf den heutigen Tag. Es ist uns aber fraglich, wie weit die sich ablösenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten dabei in Abhängigkeit von dem gestanden haben, was man in Frankreich öffentliche Meinung nennt und was in Wirklichkeit die Meinung des extrem chauvinistischen Teils der Pariser Presse ist, der sich leider auch ernste politische Organe in einer Reihe wesentlicher Fragen akkomodieren. Wir haben uns im Gespräch mit besonnenen französischen Patrioten stets unter vier Augen oder in kleinem Kreise verständigen können. Mit den großen Pariser Tageblättern ist es unmöglich, weil sie mit den sonoren Phrasen glauben rechnen zu müssen, welche Tribünen wie Volksversammlungen gleich beherrschen. Wenn niemand in Frankreich es wagt, gegen das unsittliche Institut der Fremdenlegion aufzutreten, so ist das freilich eine spezifisch französische Angelegenheit, die uns nur in besonderen Fällen direkt trifft, wenn ein verlorener Sohn, den die Elternliebe noch zu retten hoffte, einem Verhängnis verfällt, aus dem es keine Rettung mehr gibt. Anders aber steht es um eine andere spezifisch deutsche Angelegenheit, in welcher wir täglich von französischer Seite eine Einmischung erleben, wie die „Débats" sie soeben so scharf verurteilt haben, wo es sich um die „puissance alliée et amie" handelte. Wir denken dabei natürlich an die Art und Weise, wie die elsaß-lothringischen Angelegenheiten in der französischen Presse behandelt wurden und noch heute behandelt werden. Sie schürt jede Unzufriedenheit, gibt Ratschläge, wie dem deutschen Interesse entgegenzuwirken sei, die dann von der französischen Presse der Reichslande begierig aufgenommen und verbreitet werden, und arbeitet an der Verbreitung historischer Legenden, an welche schließlich zu glauben Mode geworden ist. Es ist nicht wahr, daß die Elsässer in der großen Revolution zu patriotisch-französischen Republikanern geworden sind. Sie haben schwer genug an der republikanischen Beglückungspraxis des St. Just und Lebas zu leiden gehabt, und sind erst durch den

Siegesrausch, der von dem großen Napoleon ausging, zu Gesinnungsfranzosen geworden, ohne doch je — wenn wir von den Elsässer Juden absehen — als Vollfranzosen anerkannt zu werden. Aber allerdings, sie haben Frankreich eine lange Reihe tapferer Soldaten und hervorragender Feldherrn gegeben, und noch jetzt zeigt die französische Armeeliste, wie stark der Zoll ist, den das Elsaß Frankreich entrichtet, und was heute als geborener Elsässer Franzose geworden ist, das ist es auch ganz. Auch liegt uns fern, es ihnen zu verdenken; wir haben unter unseren Landsleuten genug klingende Namen französischer Herkunft, um Wandlungen recht zu würdigen, die sich so vollzogen haben. In das mit Strömen von Blut zurückgewonnene Land, das uns durch Trug und Gewalt entrissen wurde, als die Übermacht auf französischer Seite war, wollen wir uns aber von außen her keine Zwietracht hineinbringen lassen und unser „hands off" ist mindestens ebenso ernst gemeint wie jene Proteste, die jetzt von Petersburg aus in finnländischen Angelegenheiten nach Paris gehen.

Und noch eins möchten wir den „Débats" in Erinnerung bringen: seit bald 10 Jahren erscheinen in den Spalten dieses Blattes „Lettres de Russie", die an Verunglimpfung und Verleumdung alles Deutschen selbst von der „Nowoje Wremja" kaum übertroffen werden und wesentlich dazu beitragen, den französischen Chauvinismus und die trügerische Hoffnung auf russische Hilfe bei einem französischen Revanchekriege lebendig zu erhalten. Wir wissen aber, daß das Echo dieser Artikel ebenso sehr, wenn nicht noch mehr für Petersburg als für Paris bestimmt ist, und daß ihre Wirkung nicht unwesentlich dazu beiträgt, ein Gefühl ruhiger Sicherheit in Europa nicht aufkommen zu lassen. Die „Lettres de Russie" tragen den Chauvinismus gewisser Petersburger Kreise nach Paris und die französischen Revanchephrasen nach Petersburg, ganz wie Herr Wesselitzki die parallele Arbeit von London her besorgt. Sie sind beide einander würdig.

Wie ganz anders geartet war doch der Mann, dessen hundertjährigen Geburtstag Rußland am 25. November begangen hat: Nikolai Iwanowitsch Pirogow. Er, der von sich sagt, daß sich in ihm „mit tiefer Sympathie zur Heimat eine ganz unüberwindliche Abneigung gegen nationale Selbstüberhebung und Selbstbespiegelung" ausbildete, war der russische Typus eines Patrioten, wie er sich unter äußerlichen Wandlungen, die das Erbe an nationaler Eigenart bedingt,

unter allen Nationen in leuchtenden Vorbildern findet. Was ihn neben seiner bahnbrechenden Tätigkeit als Chirurg auszeichnete, war der scharfe kritische Verstand, die Selbstzucht und die edle Menschlichkeit, die ihn unter allen Umständen das rechte Maß einhalten ließ. Ein himmelweiter Unterschied trennt ihn von dem genialeren Tolstoi. Er hat sein Leben lang nur Gutes gestiftet, und man darf wohl von ihm sagen, seine Werke folgen ihm nach. Leider ist einer der wesentlichsten Teile seiner Lebenserinnerungen *) ungedruckt geblieben: seine Darstellung der Regierung Alexanders II., die bis zum März 1881 führte, also ein Werk seines völlig ausgereiften Alters war. Die Publikation scheiterte an einem Zensurverbot; wir meinen, daß unter den heutigen, so völlig veränderten Verhältnissen keine Bedenken mehr vorliegen könnten, und daß gerade die Zentenarfeier einen würdigen Anlaß gibt, die wissenschaftliche und politische Welt mit diesem Werk des vortrefflichen Mannes zu bedenken. Die Feier selbst ist überall würdig verlaufen, sehr im Gegensatz zu den Unruhen, welche der Tod Tolstois zur Folge hatte. Die Studenten verschiedener Universitäten, zumeist die Petersburger, haben für Abschaffung der Todesstrafe demonstriert, und drei Tage lang ist die Stadt in der Sorge vor ernsteren Krawallen gewesen. Das Ende waren, wie vorauszusehen, Nogaikenhiebe, Verwundungen und Verhaftungen, und es scheint, daß nur das außerordentlich starke Aufgebot von Polizei und Militär Schlimmeres verhütet hat. Am bedenklichsten wäre wohl, wenn die russischen Zeitungen mit ihrer Vermutung recht hätten, daß die Studenten nur Marionetten in den Händen sozialdemokratischer und sozialrevolutionärer Führer gewesen seien. Das würde beweisen, daß die Ruhe, die jetzt glücklicherweise einzutreten schien, mehr äußerlich als wirklich ist.

Der Plan der russischen Verbindungsbahn nach Indien scheint nun doch auf russische Initiative zurückzugehen. Herr Sweginzew, Mitglied des Reichsrats, ist in London eingetroffen, um mit den englischen Politikern darüber zu verhandeln. Nun ist zwar in der „Times" ein Artikel erschienen, der das Projekt warm befürwortet, aber was sonst aus englischen Blättern zu uns herüberklingt, ist dem Plan weit weniger günstig. Wir stoßen auf denselben Einwand, den wir vor 8 Tagen geltend machten: Die Eisenbahn wäre vortrefflich,

*) Deutsch in meiner Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten, übersetzt von Fischer.

wenn die Möglichkeit eines Mißbrauches unter veränderten Verhältnissen nicht vorläge. Denn wer könne in die Zukunft blicken? Dazu kommt die geringe Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung Persiens. Vom deutschen Standpunkt aus läßt sich nur wünschen, daß diese Hindernisse beseitigt werden, da die Herstellung der Linie, unter Voraussetzung einer Verbindung mit der Bagdadbahn, sehr wesentlich zum Aufblühen Mesopotamiens und Kleinasiens beitragen würde, was ja auch unseren handelspolitischen Interessen in der Türkei wie in Persien zugute kommen müßte.

Merkwürdig übelgelaunt klingen die englisch-offiziösen Depeschen des „Bureau Reuter" aus Persien. So wird vom 25. November gemeldet:

600 Mann russische Truppen sollen in Enseli gelandet werden, um nach Kaswin zu marschieren. In diplomatischen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß die russische Okkupation einen permanenten Charakter gewinnt. Der jüngst von der persischen Regierung gemachte Vorschlag, daß, nach Anerkennung des status quo in betreff der von Rußland nach Djulfa und Täbris eingeführten Automobile, die russischen Truppen zurückgezogen werden sollen, scheint sich demnach nicht verwirklichen zu wollen.

Ein zweites Reutertelegramm zählt die Forderungen auf, von deren Erfüllung Rußland die Abberufung seiner Truppen abhängig mache:

1. Freigebung der Schiffahrt auf dem Urmiasee; 2. Erneuerung des Kontrakts der Kosakenbrigade unter den alten Bedingungen; 3. Gewährung der versprochenen Eisenbahnkonzessionen; 4. Verlängerung der Konzession für die Karadagh Kupferminen; 5. zollfreier Import von Automobilen auf der Straße Täbris-Kaswin-Hamadan-Rescht-Teheran.

Der Reuterbericht lobt demgegenüber die entgegenkommende Haltung Persiens, das bereit sei, diese Forderungen dem Medjlis vorzulegen, vorausgesetzt, daß Rußland sich verpflichte, sofort nach Annahme der Forderungen alle seine Truppen aus ganz Persien zurückzuziehen. Andere, vom „Daily Chronicle" wiedergegebenen Reutertelegramme wollen wissen, daß der persische Gouverneur von Enseli sich sehr energisch gegen das Eindringen der Russen und Engländer ausgesprochen habe, aber bei der Bevölkerung auf völlige Gleichgültig-

keit gestoßen sei, daß dagegen die persische Regierung mit großer Entschiedenheit den Standpunkt vertrete, daß weder im Norden noch im Süden Leben, Eigentum und Handel Rußlands und Englands eines Schutzes bedürften.

Es fällt sehr schwer, aus den Widersprüchen, die sich in den persischen und in den russisch-englischen Berichten gegenüberstehen, den wahren Tatbestand zu erkennen. Für sicher halten wir jedoch, daß jene 600 Mann, die nach Enseli geschickt werden, nicht Verstärkungs-, sondern Ablösungstruppen für Kaswin sind und weiter, daß in England nicht die geringste Neigung vorhanden ist, die innerpolitische Krisis durch einen Konflikt mit Persien zu verschärfen.

Schon vor der Parlamentsauflösung, die (Montag) erfolgt sein muß, haben die Parteien den Wahlkampf aufgenommen. Die Gegensätze sind so zugespitzt wie irgend denkbar und alle Möglichkeit einer schließlichen Verständigung erscheint ausgeschlossen. Der Vorteil ist zunächst durchaus auf Seiten der Liberalen. Die Annahme der Finanzbill, der Roseberyschen Reformvorschläge und der Lansdowneschen Resolutionen haben die Lage der Unionisten nicht gebessert. Man sieht in ihrem Zugeständnis nur das Bekenntnis, daß sie selbst nicht mehr an die Möglichkeit glauben, ihre Stellung so wie sie historisch sich herangebildet hat, zu behaupten. Im irischen Lager ist zwar Hader ausgebrochen, aber es ist ausgeschlossen, daß die Iren in das unionistische Lager übergehen, und dasselbe gilt von der Arbeiterpartei, auf welche Asquiths Versprechen, daß sie Diäten erhalten würden und daß ihnen das Recht, einen Wahlfond zu bilden, gesichert werden solle, einen großen Eindruck gemacht hat. Wir werden in nächster Zeit mit all den Übertreibungen zu rechnen haben, die englische Wahlreden — und nicht nur englische — zu kennzeichnen pflegen. Man wird daher gut tun, sie nicht allzu ernst zu nehmen. Auffallend sind die ausgesprochenen Sympathien, die in Australien und in Kanada den irischen Wünschen entgegengetragen werden. In Kanada haben, wie wir dem „Eclair" entnehmen, Sir Wilfried Laurier, der Staatssekretär, der Oberstaatsanwalt von Ontario, der Prime Minister von Quebek, die Minister der Kolonien und Fischereien in Quebek, der öffentlichen Arbeiten von Manitoba, der erste Minister von Saskatschewan, der Generalstaatsanwalt von Neu-Schottland, der erste Minister von Britisch-Columbien, der Gouverneur von Quebek, der Präsident der kanadischen Handelskammer,

Mitglieder von Parlament und Senat, die Direktoren der großen Eisenbahngesellschaften usw. sich an der Subskription für den irischen Wahlfond beteiligt und das läßt wohl keinen Zweifel, daß das Programm „Home Rule all round" ihren Beifall findet.

Die Nachrichten über die Revolution in Mexiko entsprechen glücklicherweise nicht der Wirklichkeit. Der alte Porfirio Diaz hält die Zügel noch immer in festen Händen und ist Herr der Lage. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Erhebung einen antiamerikanischen Charakter trug; man warf dem Präsidenten vor, daß er nicht energisch genug Übergriffen amerikanischer Bürger entgegengetreten sei. Aber dazu wird es ihm an triftigen Gründen nicht gefehlt haben.

Die Meuterei der brasilianischen Flotte hat ihre Vorgeschichte. Schon seit längerer Zeit zeigten sich die Mannschaften unzufrieden und vor wenigen Wochen fanden Fälle ernster Insubordination statt, die mit körperlicher Züchtigung und Gefängnis bestraft wurden. Man meinte, damit genug getan zu haben, versäumte aber, wirklich berechtigte Klagen der Mannschaft zu befriedigen. Der Lohn war niedrig, die Nahrung schlecht, die Züchtigungen fanden bei dem geringsten Anlaß statt. „Für Trunkenheit, Widersprechen auch einem Subalternoffizier gegenüber, wurde der Schuldige an ein Geschütz gebunden und in Gegenwart der Mannschaft mit einem Lederriemen geprügelt." Das, schreibt man dem „Standard", war die Ursache der Meuterei. Aber selbst wenn das richtig sein sollte, war die Ermordung der Offiziere, das Beschießen der Hauptstadt und was sonst geschehen ist, doch so ungeheuerlich, daß wir nicht verstehen, wie den Meuterern eine volle Amnestie gewährt werden konnte. Die Entscheidung dafür ist in der Kammer gegeben worden, aber allerdings nach so heftigen Debatten, daß es zu einem Handgemenge zwischen den Abgeordneten kam. Dabei scheinen die Vertreter der milderen Observanz die Sieger gewesen zu sein. Gemeutert haben die beiden neuen in England gebauten Dreadnougths „Sao Paulo" und „Minas Geraes" sowie der Torpedojäger „Bahia". Kaum glaublich scheint die Nachricht, daß der englische Gesandte gegen einen Angriff von Torpedobooten auf die Meuterer Einspruch erhoben habe, weil sich auf den Schiffen auch englische Untertanen befanden! Aber die englischen Zeitungen bringen die Tatsache, ohne zu widersprechen. Eine Erklärung für die Billigung der Forderung

auf Amnestie scheint die Tatsache zu bieten, daß der Führer der Meuterer Jean Candido und 40 seiner Anhänger entflohen sind. Wahrscheinlich war ihr Verschwinden eine Bedingung für Gewährung der Amnestie.

Der neue König von Siam heißt: Somdetsch Phra Paramindi Maha Vajiravudh Phra Mongkut Klao, d. h. das Schwert aus Diamant.

1. Dezember 1910. Tod des Grafen Adolf von Göten.
2. Dezember. Beginn der Neuwahlen in England.
2. Dezember. Rede San Giulianos über die auswärtige Politik Italiens.
4. Dezember. China organisiert besondere Ministerien für Krieg und Marine.
5. Dezember. Kaiser Wilhelm wird zum Ehrendoktor der deutschen Universität Prag kreiert.

7. Dezember 1910.

Es scheint wirklich, als sei in England die ehemalige Torypartei bestimmt, die Führung bei der Radikalisierung der Verfassung behaupten zu wollen. Wie 1867 Disraeli die schüchterne Wahlreform Gladstones übertrumpfte und 1886 Salisbury durch sein Bündnis mit Hartington und Chamberlain aus der konservativen Partei die Partei der Unionisten machte, in der nur zu bald (im Zusammengehen des von den Whigs konservierten Disraelischen Imperialismus mit dem Chamberlainschen Radikalismus), der Radikalismus imperialistisch wurde, und der Imperialismus mit der rücksichtslosen Praxis der Radikalen vorzugehen begann, so hat auch jetzt die unionistische Partei ein Schlagwort ausgegeben, das in schreiendem Gegensatz zu allen Überlieferungen der Partei steht. In der Tat, das von Lord Lansdowne promulgierte Prinzip des Referendums ist das letzte Wort eines Radikalismus, der in dem Parlamentarismus nur ein schlechtes Surrogat für die direkte Regierung durch das Volk erblickt. Das Ziel aber ist, die Macht des Unterhauses zu brechen, ganz wie dieses daran geht, die Macht des Oberhauses endgültig auf den Nullpunkt festzusetzen. Wenn das Haus der Lords zu einem Schemen werden soll, wollen die Lords den Commons auch nicht mehr lassen, als die Bedeutung einer beratenden Körperschaft, und die endgültige Entscheidung der großen politischen Probleme dem Instinkt der Massen überantworten. Es gehört dazu ein stärkerer Glaube an die Unfehlbarkeit dieser Instinkte, als wir ihn besitzen, um in dieser Maßregel etwas anderes zu sehen, als ein gefährliches Experiment. Haben wir doch gerade in der englischen Geschichte die klassischen Beispiele dafür, wie völlig alle Besonnenheit

die Massen vor eingebildeten oder wirklichen Gefahren verläßt. Jacques Bardoux' „Versuch einer Psychologie des heutigen England" hat die Belege dafür sorgfältig zusammengetragen*). Aber seit 1906, da sein Buch erschien, haben sich in England so erstaunliche Wandlungen vollzogen, daß auch Bardoux, wir wollen nicht sagen, veraltet, aber doch von den Ereignissen überholt worden ist. Denn wer hätte 1906 voraussehen können, daß aus dem Schoße der Lords jemals der Antrag auf ein Referendum hätte hervorgehen können. Ein Mitglied der Partei freilich, Mr. J. Chamberlain, hatte, als er noch nur Radikaler war, sich offen dazu bekannt. Im Oktober 1884 hatte er sich in Hanley folgendermaßen ausgesprochen:

„Wir sind für Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk und wir verwerfen den anmaßenden Anspruch (der Lords), die Prärogative der Krone zu usurpieren, das Haus der Gemeinen zu degradieren und alle diejenigen zu demütigen, die den Namen freier Männer tragen oder beanspruchen!"

Das war jedoch zwei Jahre vor seinem Bündnis mit eben jenem Hause der Lords, das sich heute zu seiner Theorie der Regierung des Volkes durch das Volk bekannt hat. Auch das ist ein Beleg dafür, wie bei Bündnissen der Parteien stets die radikalere den Vorteil davon trägt. Ein völliges Novum ist das Referendum aber auch praktisch auf englischem Boden nicht. 1906 wurde es in Australien eingeführt und es ist dort seither zweimal in Anwendung gekommen, aber das jetzt regierende sozialistische Ministerium hat bereits angekündigt, daß drei weitere Fragen dem Volke von Australien zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Das ist wohl nur der Übergang zu einem System regelmäßiger Befragung, obwohl, wo es sich um Entscheidungen von großer Tragweite handelt, die Konsequenz der Einführung des Referendums in England, wenn es wirklich dazu kommen sollte, die wäre, daß die politische Mobilisierung der Massen, die jetzt doch nur bei Gelegenheit der Parlamentswahlen stattfindet, sich so oft wiederholte, daß sie zu politischer Demoralisierung führt. Hat doch die Erfahrung gezeigt, daß die Kämpfe der Parteien um die Stimmen der Wähler immer rücksichtslosere und gröbere Formen annehmen und zugleich immer teuerer werden. Nun hat zwar Balfours Rede, in der er das Referendum

*) Deutschland und die große Politik, Band VII S. 407 usw.

als im Programm seiner Partei liegend ankündigte und zugleich die Frage der Tarifreform als Wahlparole strich, an der Londoner Börse ein Steigen der Konsols zur Folge gehabt, aber wir glauben nicht, mit der Annahme zu irren, daß dabei das Hinausschieben der Tarifreform, nicht Begeisterung für das Referendum, der entscheidende Faktor war. Die politischen Alternativen, welche der Ausgang der Wahlen stellt, sind die folgenden:

Siegen die Lords und ihre imperialistischen und radikalen Bundesgenossen, so haben wir eine Reform des Oberhauses, Ablehnung des Homerule und Einführung des Referendums zu erwarten; siegen die Liberalen und ihre Helfer, die Iren und Arbeiter, so verliert das Oberhaus das Vetorecht und Homerule für Irland, wahrscheinlich auch für Schottland und Wales wird eingeführt, die Frage der Tarifreform aber verschwindet für absehbare Zeit. Endlich ist von einem Siege der Lords ein neues Aufflammen imperialistischer Begehrlichkeiten zu erwarten, wobei jedoch daran festzuhalten ist, daß auch die Liberalen Imperialisten geworden sind, wenn gleich zwischen ihnen und den Unionisten auch in dieser Hinsicht noch ein erheblicher Unterschied besteht. So haben z. B. nur die Unionisten es nach all den Erörterungen, die vorausgegangen sind, noch möglich gefunden, in ihren Wahlreden mit der deutschen Gefahr zu operieren. Daß der schließliche Ausgang ein Gleichgewichtsverhältnis beider Koalitionen bringt, wäre insofern für die Liberalen ungünstiger, als die Unionisten eine bereits zu einem einheitlichen Ganzen völlig verschmolzene Koalition darstellen, während auf der anderen Seite Iren und Arbeiter verhältnismäßig selbständig stehen und sich aus taktischen Rücksichten auch von der Hauptgruppe lösen können. Die amerikanischen Iren haben es Redmond sehr verdacht, daß er diese selbständige Stellung nicht behauptet hat und der Pessimismus, mit dem sie die Aussichten seiner Politik beurteilen, läßt darauf schließen, daß man in diesen Kreisen einen endlichen Sieg der Unionisten für wahrscheinlich hält.

Kein Wunder, daß bei der alles verschlingenden Wahlmache die Fragen der großen Politik nur wenig Aufmerksamkeit erregen und nur wenig Raum in den englischen Zeitungen finden. Daß in Potsdam eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland über die beiderseitigen Interessen am Eisenbahnbau in Persien und in Kleinasien stattgefunden habe, erscheint der Londoner Presse wenig

glaubhaft, weil dem Charakter der Beziehungen Rußlands zu Frankreich und England nicht entsprechend. Aber es wäre doch denkbar, daß man in London und Paris sich das Abhängigkeitsgefühl Rußlands von den beiden Ententekabinetten stärker vorstellt, als der Wirklichkeit entspricht. Wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß die Potsdamer Tage wesentlich dazu beigetragen haben, die künstlich aufgebauschten Interessengegensätze zu beseitigen, die auf die Ära Iswolski zurückgingen, und daß auf beiden Seiten die Absicht besteht, sich gegenseitig zu verstehen. Dagegen finden wir in amerikanischen Zeitungen, speziell in der „Sun", dem Organ des englischen Imperialismus jenseits des „großen Wassers", Fragen berührt, welche vielleicht auf das Foreign office zurückgeführt werden müssen, falls sie nicht etwa aus dem unionistischen Regierungslager stammen oder dem französischen Geschäftsfreunde der „Sun", dem „Matin" ihren Ursprung danken sollten, was ebenfalls denkbar ist. Amerikanischen Ursprungs sind sie unter keinen Umständen. Die erste dieser Anregungen betrifft die „Kontrolle des Mittelmeeres" und mündet in den Rat aus, daß Frankreich gut täte, seine Flotte aus dem Kanal und der Biscaya hinauszuziehen und sie ins Mittelmeer zu verlegen. Die Verteidigung der atlantischen Küsten Frankreichs lasse sich sehr wohl durch Unterseeboote und Aeroplane sichern, während die Mittelmeerstellung Frankreichs auf das ernstlichste durch die Dreadnoughts der Österreicher und Italiener und durch die Absicht der Türkei, sich dem Dreibunde anzuschließen, bedroht sei. Wenn nämlich das letztere geschehen sollte, müsse Frankreich das algerische 19. Korps, das bestimmt sei, im Kriegsfall an die deutsche Grenze geworfen zu werden, nicht nur in Afrika belassen, sondern noch wesentlich verstärken, auch für Kriegsmaterial sorgen, da Frankreich trotz der 80 Jahre, die es in Nordafrika sitze, dort keinerlei Waffenfabriken habe. Um seine Verbindungslinien zu sichern, bedürfe Frankreich einer formidablen Flotte, die stark genug ist, die See zu beherrschen: „To command the see." Die Gefahr liege darin, daß der Sultan Beherrscher der Gläubigen sei und daß er nur ein Wort zu sagen brauche, um eine allgemeine Erhebung in allen französischen Territorien Afrikas bis nach Marokko hin herbeizuführen. Das habe schon der französische Vizeadmiral Besson dargelegt. Sein Plan gehe dahin, die großen italienischen Seehäfen mit einem Bombardement zu bedrohen und durch Erhebung einer hohen Schatzung die lateinische Schwesternation von

dem Dreibunde zu lösen und sie zu nötigen, neutral zu bleiben; die Neigung der Türken aber, eine Revolte in Nordafrika zu erregen, werde sehr schnell schwinden, wenn ein Geschwader französischer Dreadnoughts im goldenen Horn sie davon überzeugt habe, daß ihre wesentlichen Interessen nicht in der Richtung von Berlin liegen.

„Diejenigen, die diese vielleicht etwas verfrühten Spekulationen anstellen, halten das Problem, eine beherrschende Stellung im Mittelmeer zu erlangen, keineswegs für schwierig. Sie schätzen, daß 1915 die kombinierte italienisch-österreichische Flotte nicht mehr als sieben Schiffe in Kommission betragen werde. Mit nur geringer Energie müsse Frankreich diese Zahl so weit übertreffen können, daß es aussichtslos sei, ihm die Suprematie streitig zu machen. Denn — und das ist das Schöne am Plan — dann würde das wertvollste Resultat erreicht sein, die Neutralität Italiens und die Beschränkung der Türkei ohne jeden Kampf; denn die bloße Macht, seinen Willen zu erzwingen, würde einen unwiderstehlichen moralischen (sc. demoralisierenden) Eindruck machen."

Das gilt natürlich bloß für den Fall, daß Italien sich neutralisieren und brandschatzen läßt, Österreich-Ungarn gutwillig seine Flaggen senkt und die Türkei französische Dreadnoughts die Dardanellen passieren läßt — lauter Dinge, die nicht unbedingt feststehen. Wahrscheinlicher ist uns dagegen, daß England die französische Flotte, wenn der jüngste französische Flottenplan ausgeführt werden sollte, lieber im Mittelmeer als im Kanal konzentriert sähe. Eine französische Seemacht hat in England stets als gefährlich gegolten sobald sie eine reale Macht darstellte, so daß sich als Axiom der Satz aufstellen läßt, daß die Perioden englisch-französischer Freundschaft stets Zeiten des Verfalls der französischen Marine darstellen. Der jüngste französische Flottenplan könnte daher, falls er Wirklichkeit wird, für die politischen Beziehungen beider Mächte von Bedeutung werden.

Ein zweiter, ebenfalls in der „Sun" erschienener Artikel macht darauf aufmerksam, daß der Erfolg, den Admiral Slade mit Unterdrückung des Waffenhandels auf dem Arabischen Meer gehabt hat, zwar unleugbar sei, aber der britischen Regierung zugleich ernste Sorgen erweckt habe. Die Expedition hat 3 600 000 M. gekostet und 8000 Flinten nebst entsprechender Munition, das ist 2/3 des von Maskat an die persische Küste expedierten Waffenmaterials, ab-

gefangen. Die Folge davon ist aber, daß zum erstenmal in Nord-Indien Waffenmanufakturen entstanden sind, und ebenfalls zum erstenmal die Stämme an der Nordwestgrenze Indiens sich zu gemeinsamem Widerstande gegen das englische Regiment geeinigt haben. Erst kürzlich ist es den Engländern gelungen, eine große Ladung von Gewehren zu konfiszieren, die in den Werkstätten von Punjab fabriziert und für eine der revolutionären Gruppen in Zentralindien bestimmt waren. Nun tauchte in den Kreisen der indischen Regierung der Gedanke auf, diese unabhängigen Territorien zu okkupieren, so daß Afghanistan dann direkt an Indiens Grenzen stoßen würde. Aber die Bedenken überwogen. Man hatte auf zähen Widerstand zu rechnen, für den Fall vollzogener Annexion mehrere Tausend englische Meilen an Straßen zu bewachen, Befestigungen anzulegen und bei alle dem auf dauernde Feindseligkeit der freiheitliebenden Stämme zu rechnen. So hat man sich damit begnügt, den Kohatpaß und einige Handelsstraßen zu sperren, die benachbarten, England befreundeten Stämme zu bewaffnen und an allen Grenzposten die Garnisonen zu verstärken. Bei alle dem ist die Lage in Indien nicht unbedenklich; das zeigen die Hochverratsprozesse in Bombay und Kalkutta und die furchtbare Erbitterung, die aus den nationalistischen und revolutionären Organen der indischen Presse spricht. Ohne eine großgedachte, mit Takt ausgeführte Versöhnungspolitik, welche die Zahl der halbselbständigen Vasallenschaften vermehrt und die Ehr- und Standesbegriffe der Eingeborenen schont, ist jene Erregung nicht zu dämpfen, ganz wie es durchaus unwahrscheinlich ist, daß die islamische Bevölkerung Nordafrikas dauernd unter der Tutel ihrer jetzigen Gebieter bleibt, wenn an dem bisherigen Regierungssystem festgehalten wird.

In Italien, Konstantinopel, Athen haben Darlegungen über die von den leitenden Staatsmännern verfolgte Politik stattgefunden, die uns zwar nichts wesentlich Neues sagen, aber doch zeigen, daß die Bestrebungen überall auf Vermeidung von Konflikten und Wahrung des Friedens gerichtet sind. In der Rede San Giulianos fiel der Hauptnachdruck auf die Zurückweisung des Irridentismus und der angeblich gegen Tripolis gerichteten Anschläge Italiens, während Hakki Pascha die Stellung der Türkei zwischen Tripelallianz und Ententemächten glücklich präzisierte und das Gerücht von der mit Rumänien abgeschlossenen Militärkonvention in das Gebiet der Fabeln verwies.

Aus der Rede des jetzt in Griechenland höchst populären Venizelos, läßt sich schließen, daß Griechenland Ruhe halten wird, was ihm aus vielen Gründen nur empfohlen werden kann. Daß die Nationalversammlung in Kanea sich wieder auf König Georg vereidigt hat, wird von niemandem ernst genommen.

In Rußland bereitet sich eine innere Krise vor. Die ganze Gruppe der Oktobristen, also das gemäßigte Zentrum, trägt sich mit der Absicht, in corpore ihr Mandat niederzulegen und aus der Duma auszutreten. Ob diese Absicht ausgeführt wird, ist wohl noch zweifelhaft, den Anlaß dazu hat die angebliche Tatsache geboten, daß der Widerspruch des Reichsrats die Vorschläge der Duma zum Scheitern bringt, was so allgemein gefaßt, nicht richtig ist. Vornehmlich aber scheint es Arbeitsmüdigkeit zu sein, vielleicht spielt auch der Umstand mit, daß die Oktobristen einen Teil ihres ursprünglichen Programms aufgegeben haben. Sie sind in die Fesseln eines engen Nationalismus geraten, der sich mit den liberalen und duldsamen Grundsätzen, von denen sie ausgingen, nicht vereinigen läßt. — Die Niederlage Kramarz', an dessen Stelle Prof. Fiedler als Führer der Jungtschechen getreten ist, wird in Rußland mit Recht als eine Niederlage des Neoslavismus empfunden.

Immer bedenklicher wird die Entwicklung in Portugal. Die Zustände beginnen in Anarchie auszumünden. Das Land steht unter der Tyrannis der Arbeiter, und die Regierung ist den täglich ausbrechenden Streiks gegenüber macht- und wehrlos. Man erwartet eine Revolution gegen die siegreiche Revolution, aber nicht zugunsten der Monarchie, obgleich auch der monarchische Gedanke noch zahlreiche Vertreter hat, sondern zugunsten sozialistischer Utopien, die zu alledem von einer analphabeten Arbeiterbevölkerung vertreten werden.

Mit Sorgen hören wir von der im Gebiet der mandschurischen und sibirischen Bahn ausgebrochenen Lungenpest, der so gut wie 100 v. H. der Erkrankten als Opfer erliegen. Bei der notorischen Unzuverlässigkeit der sanitären Vorsichtsmaßregeln auf russischem Boden kann nur auf das dringendste von Benutzung der infizierten Bahnstrecken abgeraten werden.

8. Dezember 1910. Erzherzog Franz Ferdinand in Potsdam.
9. Dezember. Blutige Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern.
10. Dezember. Rede des Reichskanzlers über die Zusammenkunft von Kaiser und Zar in Potsdam.

14. Dezember 1910.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht die Rede des Reichskanzlers über unsere Stellung im europäischen Staatensystem. Sie bedarf keines Kommentars, da sie an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und Mißverständnisse ausschließt. Sie war besonders bedeutsam in dem Abschnitt, der über die Erlebnisse der Potsdamer Verhandlungen in einem mit Rußland vereinbarten Wortlaut referiert, und die Wirkung dieser Ausführungen hat sich sofort nach allen Seiten hin fühlbar gemacht. Der entscheidende Satz lautete: „daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte." Wir unterstreichen die Worte „von neuem", weil erst dadurch vor der Öffentlichkeit in autoritativer Weise auch der Charakter der alliance-franco-russe festgestellt worden ist. Das war aber um so notwendiger, als die öffentliche Meinung Frankreichs mit außerordentlicher Hartnäckigkeit an der Fiktion festgehalten hat, daß die russische Allianz sich einer Revanchepolitik werde dienstbar machen lassen. Mit dieser Vorstellung wird nun gebrochen werden müssen, was wir mit um so größerer Genugtuung begrüßen werden, als sich damit auch die Möglichkeit anbahnt, zu mehr als bloß korrekten Beziehungen zu Frankreich zu gelangen.

Auch in betreff unseres Verhältnisses zu England hat der Reichskanzler den Punkt getroffen, auf den alles ankommt: was er wünscht, ist eine vertrauensvolle, zwanglose Aussprache über die gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen, und davon erwartet er „Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen der gegenseitigen Kräfteverhältnisse zu Wasser und zu Lande". Auch hier möchten wir darauf

hinweisen, daß in Deutschland zu keiner Zeit ein Zweifel darüber bestanden hat, daß unsere Marine und unser Heer Schutzzwecken zu dienen bestimmt sind, daß es aber Zeiträume und kritische Augenblicke gegeben hat, da wir jederzeit gefaßt sein mußten, von diesen Schutzmitteln Gebrauch zu machen. Wir wollen dabei nicht an bestimmten Tatsachen exemplifizieren, da wir voraussetzen dürfen, daß sie jedem unserer Leser in lebendiger Erinnerung sind, aber wir glauben, nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß es auch heute noch jedem Engländer, die Mitglieder der Regierung nicht ausgenommen, außerordentlich schwer fällt, sich aufrichtig zu dem Standpunkt zu bekennen, daß Deutschland ein gutes Recht hat, nach eigenem Ermessen für die Sicherheit seiner Interessen auf dem Meer zu sorgen. In dieser Hinsicht können wir einen Unterschied in der politischen Haltung der leitenden Staatsmänner der beiden großen politischen Parteien Englands nicht erkennen. Die Differenz liegt im Ton, der bei dem regierenden Staatsmann naturgemäß weit vorsichtiger ist, als bei einem ehemaligen Staatssekretär, der auf den Bänken der Opposition seinen Platz gefunden hat.

Eine Pariser Korrespondenz des „Standard" vom 11. d. M. gibt der, in gewissen journalistischen Kreisen Englands und Frankreichs sehr lebhaften Mißstimmung Ausdruck, welche die nicht mißverständlichen und festen Erklärungen des Reichskanzlers hervorgerufen haben. Die Korrespondenz exemplifiziert an der Hand des „Siècle", der weniger zurückhaltend gewesen ist als seine Kollegen vom „Temps" und von den „Débats". Offenbar ist der Eindruck der, daß die mit so lautem Beifall inaugurierte „Einkreisung" Deutschlands der langen Reihe anderer gescheiterter Anschläge anzuschließen ist, und die Befürchtung geht dahin, daß auf die Verständigung mit Rußland auch eine Ausgleichung der deutsch-englischen Interessen folgen könnte. Wie so häufig, ist die Sorge des einen Teils die Hoffnung des andern. Wenn der „Siècle" erklärt, er verstehe nicht, welches der Zweck einer deutsch-russischen Verständigung sein könne, und bezweifelt, daß der europäische Friede von ihr vorteilen könne, so stellen wir uns genau auf den entgegengesetzten Standpunkt. Der „Siècle" sagt, der Vertrag werde Mißtrauen erregen, sowohl bei den Petersburger Politikern, wie bei den Vertretern der Theorie des europäischen Gleichgewichts in Paris und in London; wir meinen, die Unzufriedenheit kann nur dort Raum finden, wo die Hoffnungen sich auf einen Umsturz des europäischen

status quo richten. Soweit das möglich ist, haben in ihrer Sphäre Deutschland und Rußland sich dahin verständigt, dazu nicht beizutragen.

Die vortrefflichen Erklärungen, welche am Montag der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter in marokkanischen Angelegenheiten abgegeben hat, werden im Lande und außerhalb unserer Grenzen den Eindruck festigen, daß mit einer rücksichtsvollen, aber für ihre Rechte und ihre Würde mit Bestimmtheit eintretenden deutschen Politik zu rechnen ist, und das kann nur nützlich sein.

Den Verlauf der englischen Wahlen hat man mit einer Regatta bei Windstille verglichen. Das Interesse daran ist geschwunden, die Beteiligung schwächer als je und das Ergebnis mit Sicherheit vorauszusehen. Die Koalition der Liberalen wird die der Unionisten mit einer unbedeutenden Majorität schlagen, immerhin aber mit einer Majorität, die ausreichend ist, um die geplanten Reformen durchzusetzen. Die Voraussetzung dabei ist freilich stets, daß Iren und Arbeiterpartei Mr. Asquith nicht in einem kritischen Moment in Stich lassen, was doch nicht als unbedingt ausgeschlossen gelten kann. Auch haben wir den Eindruck, daß in Anbetracht der Tatsache, daß in England die Unionisten die unzweifelhaft stärkere Partei sind, in den Kreisen der Liberalen die Frage eventueller Zugeständnisse an die Opposition bereits erwogen wird. Höchst bezeichnend dafür ist eine Verhandlung, die zwischen Lloyd George und einer Wahlversammlung in Bangor stattfand. Der Kanzler des Schatzamtes hielt keine eigentliche Rede, sondern forderte seine Zuhörer auf, Fragen zu stellen, die er beantworten werde. So entspann sich die folgende Diskussion:

Frage: Wie viele allgemeine Wahlen werden noch notwendig sein, bevor das Veto der Lords beseitigt ist?

Antwort: Keine einzige.

Frage: Wenn die Regierung eine Majorität erhält, wird dann die liberale Partei imstande sein, die Vetofrage endgültig zu erledigen?

Antwort: Das ist eine sehr verschmitzte Frage. Sie müssen mich nicht zu viel danach fragen, aber Sie können sich darauf verlassen, daß, wenn die liberale Partei eine entsprechende Majorität hat, es keine neue Wahl wegen des Hauses der Lords geben wird. Diese Frage wird ein für allemal geordnet, und wir werden an andere Aufgaben herangehen (cheers).

Frage: Wenn die Liberalen wieder die Regierung übernehmen, beabsichtigen sie dann eine Homerulebill einzubringen?

Antwort: Ich hoffe, wir bringen sie beim ersten geeigneten Moment ein. Wie der Premierminister bereits erklärt hat, haben wir nicht die Absicht, uns dem Homerule zu entziehen. Es ist ganz unerläßlich, damit das Parlament arbeitsfähig sei. Auch handelt es sich nicht nur darum, das self-government auf Irland auszudehnen. Wales braucht Selbstverwaltung, Schottland braucht Selbstverwaltung, England braucht Selbstverwaltung. Haben wir über das Veto des Hauses der Lords verfügt, so wird das nächste sein, die jetzige Reichsmaschine so umzubilden, daß das Haus der Gemeinen von dem trivialen Lokal- und Provinzialdetail befreit wird, das um so mehr den betreffenden Distrikten überlassen werden kann, als dadurch das Parlament entlastet wird, damit es sich den immensen Reichsfragen zuwenden kann, die der Lösung harren. (cheers.)

Fr.: Wenn Homerule für Irland erreicht ist, muß dann nicht befürchtet werden, daß die Protestanten von den Katholiken verfolgt werden?

Antw.: Nicht im geringsten. Die Ulster-Männer haben in früherer Zeit die Katholiken verfolgt, und jetzt fürchten sie, daß Rache von seiten der Katholiken geübt werden könnte. Das geschah in alten finstern Zeiten, und niemand, der Irland kennt, und die Katholiken kennt, zweifelt daran, daß sie nichts andres wollen, als das Land selbst zu regieren, als Nation und als ein Ganzes, und nicht im Interesse einer Fraktion oder einer Sekte. (cheers.)

Fr.: Weshalb nehmen Sie nicht die Vorschläge an, welche die Lords zur Reform ihres Hauses gemacht haben?

Antw.: Bevor ich die Vorschläge annehme, müßte ich doch wissen, welches sie sind. Weiß das irgend jemand? Habt ihr jemanden gesehen, der sie kennt, oder habt ihr jemanden gesehen, der einen getroffen hat, der davon etwas gehört hat? (Lautes Lachen.) Nun, ich weiß keinen. Ich bin in genauester Beziehung zu dieser Frage seit 1 bis 2 Jahren gewesen, und ich habe niemals jemanden von einer der beiden Parteien getroffen, der imstande gewesen wäre, mir zu sagen, was die Lords vorgeschlagen haben. Ich möchte es wirklich gern wissen. Denn bevor man über eine Sache aburteilt, muß man doch etwas von ihr wissen. Wir werden warten, bis wir hören, und dann mögen sie mit

ihren Vorschlägen kommen. Sind sie besser als die unsrigen, so gibt es keinen Grund, sie nicht anzunehmen. Aber bisher haben die edlen Herren ihre Absicht nicht kundgegeben. Sie werden genau so wenig geben als sie können, und wir beabsichtigen, so viel zu nehmen, als unsre Majorität in dieser Hinsicht zu nehmen gestattet.

Auf weitere Fragen erklärte Lloyd George, daß es falsch sei, daß Schutzzoll die Löhne erhöhe. Seine Partei sei im Parlament, um für das Volk zu arbeiten, aber seit vier Jahren säßen sie in Downing Street 10 um den runden Tisch mit dem Bewußtsein, daß alles, was sie schaffen, verdorben werde durch eine verhängnisvolle Macht, die niemandem verantwortlich sei, die von niemandem gewählt sei und die niemandem Rechenschaft ablege. Nach einigen Jahren der Experimente und Versuche, da alle ihre Bills zum Fenster hinausgeworfen wurden, hätten die Liberalen sich entschlossen, die Existenz der Partei aufs Spiel zu setzen und den Kampf um das Prinzip des self government zu Ende zu kämpfen.

Das ist in der endlosen Reihe der Reden, die gehalten worden sind, wohl die lehrreichste. Die überraschende Behauptung, daß niemand die Anträge der Lords auf Reform des Oberhauses kenne, erklärt sich daraus, daß in der Tat die Roseberryschen Reformvorschläge nicht mehr bedeuten als Thesen, die nach keiner Richtung einen verpflichtenden Charakter trugen. Verhandlungen darüber haben zwischen Lords und Commons nicht stattgefunden, aber die eben erwähnte Äußerung des Schatzkanzlers, er sehe nicht, weshalb gute Vorschläge abgelehnt werden sollten, wird von unionistischer Seite als ein Entgegenkommen ausgelegt, und das ist in Hinblick auf gewisse Möglichkeiten allerdings denkbar. Wichtiger jedenfalls ist das offizielle Bekenntnis zum Home Rule all round, das derselbe Lloyd George kurz vorher dahin erklärte, daß es sich darum handle, entweder gleichzeitig oder allmählich den anderen Teilen des vereinigten Königreichs Selbstverwaltung in ihren besonderen Angelegenheiten zu gewähren. (Home Rule all round, by which we mean such lines as could be applied simultaneously or subsequently to other portions of the United Kingdom which need local self-government in local affairs.) Nun wird hierbei wahrscheinlich zunächst nur an Irland, Schottland und Wales gedacht, aber der Gedanke, diese Selbstverwaltung auf die Kronkolonien und auf Indien auszudehnen,

ist wohl eben so sehr als Konsequenz ins Auge zu fassen, wie die weitere Entwicklung der autonomen Kolonien zu selbständigen Nationen. Nach der letzten Kundgebung des Präsidenten Taft ist alle Aussicht vorhanden, daß die kürzlich gescheiterten Verhandlungen über Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten wieder aufgenommen und zu günstigem Abschluß geführt worden *), was einen bedeutsamen Fortschritt nach der einmal eingeschlagenen Richtung bedeuten würde. Auch die Entscheidung für eine kanadische Flotte (von 11 Dreadnoughts), die Sir Wilfried Laurier am 30. November durchgesetzt hat, kommt mehr dem kanadischen Selbständigkeitsideal als dem englisch-imperialistischen Gedanken zunutze, zumal diese Flotte für den Großen, nicht für den Atlantischen Ozean bestimmt ist. Alle diese Probleme werden auf der nächsten Londoner Reichskonferenz zu Erörterungen von großer Tragweite führen. Als vor drei Jahren die Vertreter der großen Kolonien in London tagten, trugen Australien, Neu-Seeland und Kapkolonie darauf an, aus der Konferenz einen permanenten Reichsrat (Imperial Council) zu machen. Es ist sehr geringe Aussicht, daß ähnliche Anträge von seiten der Kolonien wiederkehren. Sowohl in Australien wie in Südafrika haben wesentliche Wandlungen sich vollzogen. In Südafrika die Union, in Australien die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Übergang des Regiments in die Hände der Arbeiterpartei. Man ist hier wie dort anspruchsvoller und selbstbewußter geworden, in Südafrika aber spielt die Sprachenfrage mit, die aller Wahrscheinlichkeit nach an Schärfe gewinnen, nicht verlieren wird.

Mit großem Interesse haben wir die Kämpfe verfolgt, die sich in den letzten Wochen in der Türkei abgespielt haben. Es konnte eine Zeitlang scheinen, als werde es zu einem Bruch zwischen Regierung und Jungtürken kommen. Der Kongreß der letzteren in Saloniki verlief sehr stürmisch und der Kampf wurde danach in der türkischen Kammer fortgesetzt. Er hat, dank der Tapferkeit, mit der der Großwesir Hakki Pascha in sechsstündiger Rede seine Politik verteidigte, zu einem Siege der Regierung und zu einem Vertrauensvotum geführt. Es ist aber nicht

*) Über den Zollstreit zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten ist eine ausgezeichnet orientierende Studie von E. Fitger in den „Wirtschaftlichen Zeitfragen", Berlin 1910, Verlag von L. Simon, veröffentlicht worden, die unsern Lesern bestens empfohlen sei.

unmöglich, daß einige der Minister dem Ansturm dennoch werden weichen müssen. Aber die führenden Köpfe bleiben im Amt: Hakki Pascha, der Kriegsminister Schefket Pascha, der Finanzminister Djavid und der Verkehrsminister, und darauf gerade kommt es an. Hakki hat seine Selbständigkeit den Jungtürken gegenüber behauptet und mit großem Geschick seine innere und äußere Politik verteidigt: die Entwaffnung der Mazedonier, die Niederwerfung des albanischen Aufstandes, den Ankauf der Kriegsschiffe, die Ablehnung der von Frankreich gebotenen Anleihe, was er mit der Versicherung warmer Sympathien für Frankreich verknüpfte, seine Haltung in der Kretafrage, endlich die Stellung der Türkei in ihren Beziehungen zum Dreibunde wie zur Tripleentente. Wir zweifeln nicht daran, daß die Erklärung des Reichskanzlers über Deutschlands Stellung zur Türkei zu einer weiteren Stärkung seiner Stellung beitragen werden. Die Entscheidung des Reichsgerichts, daß Abdul Hamids Depot der türkischen Regierung auszuliefern ist, ist für die Pforte als ein höchst erfreuliches Ereignis zu betrachten.

In Frankreich hat die Niederlage des Obersten Moll und seiner Genossen bei Dirdjele im Wadai begreifliche Bestürzung hervorgerufen. Die Engländer haben Slatin Pascha nach Darfur geschickt, um den Sultan, der der nächste Nachbar Wadais ist, zu veranlassen, eine den Franzosen günstige Haltung einzunehmen. Auch ist mit Sicherheit zu erwarten, daß Frankreich die Scharte auswetzen wird. Aber beunruhigend bleibt die Tatsache doch, daß religiöser Fanatismus sich mit dem Bewußtsein kombiniert, alten Eigenbesitz — ein Vaterland — zu verteidigen. Auch uns können diese Dinge nicht gleichgültig sein, da sie sich in nächster Nähe von unsern Besitzungen am Tschadsee abspielen und die Gefahr stets vorliegt, daß das Feuer auch über unsere Grenzen hinüberschlägt. Gerade die Gebiete südlich von der großen Wüste sind ausgesprochen islamisch und werden seit einigen Jahren systematisch fanatisiert, ganz abgesehen davon, daß die klassischen Gebiete des Mahdismus südöstlich von Wadai belegen sind.

In Rußland haben die Potsdamer Tage kaum zu Erörterungen in der Presse beachtenswerten Anlaß geboten. Es liegt das zum Teil an der Zensur, die wieder sehr streng gehandhabt wird. Die konservativen Blätter sprechen sich entschieden sympathisch über die Annäherung an Deutschland aus. Dagegen läßt die „Nowoje Wremja" trotz prinzipieller Zustimmung in alter Weise keine Gelegenheit vor-

übergehen, um Deutschland zu verdächtigen. Neuerdings hat das falsche Gerücht von einem Krupp verliehenen Auftrage dazu Anlaß gegeben. Es handele sich wieder darum, einen deutschen „Vorposten" zu schaffen:

„Ist es nicht genug, daß unser ganzer Westen voller deutscher Ansiedlungen ist, daß kein Tag vergeht, da man nicht, selbst vor den Toren Kiews, österreichische Spione fängt, und jetzt will man die Deutschen gar an die Küsten des Asowschen Meeres vordringen lassen — ist das nicht gar zu leichtsinnig und kurzsichtig?"

Gewiß! ganz ebenso leichtsinnig wie das Dulden deutscher Ansiedler (NB. russischer Untertanschaft!) an der sibirischen Bahn, wovon wir vor acht Tagen berichten mußten.

Man findet wirklich den Ausdruck nicht mehr, um diese Kombination von Urteilslosigkeit und Böswilligkeit zu bezeichnen. Aber das ist die Stimmung, welche heute einen großen Teil der öffentlichen Meinung Rußlands beherrscht und mit der wir ebenso zu rechnen haben, wie mit dem guten Willen der deutschen Regierung, Konflikte zu vermeiden.

In der Duma sind die Debatten über das Unterrichtswesen immer noch in vollem Gang. Es scheint Aussicht zu sein, daß die deutschen Privatschulen unbehindert bestehen bleiben. An das für Rußland Notwendigste, die restitutio ad integrum der Universität Dorpat, scheint jedoch niemand zu denken, und ebenso scheinen wirklich die unsinnigen Beschränkungen gegen die deutsch-russischen Kolonisten in Wolhynien Gesetz werden zu wollen. In dieser Hinsicht sind die Oktobristen ebenso fanatisch wie die extremsten Nationalisten. Großes Aufsehen hat es erregt, daß die Regierung die ursprünglich in Aussicht gestellten zehn Millionen Rubel jährlich für die Organisation des Primärunterrichts nicht zahlen zu können erklärt hat. Sie wollte sich nicht binden, weil sie einmal nicht glaube, daß die Landschaften ihre Unterstützungspflichten erfüllen werden, und zweitens, weil es keine Lehrer gebe, um die Schulen zu besetzen. Das letztere ist gewiß ein triftiger Grund, aber man fragt, weshalb nicht systematisch durch Lehrerseminare für die Ausbildung brauchbarer Individuen gesorgt wird? Wahrscheinlich spielt die Befürchtung mit, daß diese Seminarien revolutionäre Brutstätten werden, was ja leider nicht unwahrscheinlich ist. Auch fällt auf, daß in den letzten Wochen wieder sehr zahlreiche politische Verhaftungen stattgefunden haben.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich dank einer ausgezeichneten Ernte günstiger gestaltet als seit Jahren. Auch scheint Aussicht zu sein, daß große amerikanische Kapitalisten sich an der Exploitation der russischen Naturschätze und an einer Reihe produktiver Unternehmungen beteiligen werden. Der russische Finanzagent für Amerika, Willenkin, und ein Mr. Hammond als Vertreter eines Konsortiums amerikanischer Kapitalisten sind zurzeit in Petersburg, um das Geschäft in Gang zu bringen, wie es denn überhaupt scheint, daß sich zwischen Amerika und Rußland finanzielle Beziehungen von größerer Tragweite anbahnen.

Die Nachrichten von der Pest sind entschieden beunruhigend und werden noch beunruhigender infolge der Gewissenlosigkeit, mit der die sanitären Vorschriften umgangen werden. So haben z. B. in Odessa die Diener an dem Totenhause der Anatomie die Kleider der an Pest und Cholera Verstorbenen verkauft! In Zizichar hat wegen der Pest die dortige Abteilung der russisch-asiatischen Bank geschlossen werden müssen. In der nördlichen Mandschurei ist die Panik allgemein. Nun hat die russische Regierung zwar für Ärzte und Arzenei gesorgt, aber einmal kennt man kein wirksames Mittel gegen die Lungenpest, und dann ist es fast unmöglich, sich vor ihr zu schützen, da sie durch Ungeziefer, speziell durch Flöhe, übertragen wird. Auch Charbin ist bereits pestverseucht. Einen sehr lehrreichen Artikel über die Pest in der Nordmandschurei bringt die „Deutsche St. Petersburger Zeitung" vom 6. Dezember.

Der ersten Meuterei brasilianischer Kriegsschiffe ist jetzt eine zweite gefolgt. Die Veranlassung sollen nicht eingehaltene Versprechungen sein, die bei der letzten Wahlkampagne von dem unterlegenen Präsidentschaftskandidaten den Matrosen gemacht wurden, und durch welche die jetzige Regierung sich natürlich nicht gebunden fühlt. Das gäbe eine lehrreiche Illustration der Gefahren, die mit der Beteiligung von Armee und Marine an der aktiven Politik verbunden sind. Noch ist gute Aussicht vorhanden, daß Marschall Hermes da Fonseca, der Präsident, der Bewegung völlig Herr wird.

11. Dezember 1910. Demissionsgesuch des Ministeriums Bienerth in Österreich.
11. Dezember. Wahlen zur griechischen Nationalversammlung.
11. Dezember. Meuterei eines Teils der brasilianischen Kriegsflotte.
14. Dezember. Eintreffen des Kronprinzen in Bombay.
16. Dezember. Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs für Elsaß-Lothringen.
20. Dezember. Beendigung der Neuwahlen zum englischen Unterhause.
20. Dezember. Vertrauensvotum für Briand.

21. Dezember 1910.

Noch kurz vor Abschluß der Wahlen hat Balfour in Haddington am 14. Dezember in chauvinistischer Weise wiederum die Flottenfrage den Wählern ans Herz gelegt. Er gab zu, daß die englische Flotte niemals stärker gewesen sei als heute, daß auch kein Gegner ihr ebenbürtig entgegentreten könne, aber, sagte er, nicht darauf komme es an, sondern auf Möglichkeiten der Zukunft, denen vorgebaut werden müsse. Das führt natürlich in das Unberechenbare, bis zu dem Augenblick, da die Rüstungslast so unerträglich wird, daß, wie noch kürzlich vorgeschlagen wurde, ein Angriffskrieg auf die nächststärkste Seemacht und deren Vernichtung fast als eine normale und gebotene Maßregel erscheint. Wir wollen nicht weiter dagegen polemisieren, schon weil mit Gründen fixe Ideen nicht zu widerlegen sind und weil anderseits in der englischen Presse auch Stimmen laut geworden sind, die mit Genugtuung von den versöhnlichen, auf freundschaftliche Verhandlungen hinweisenden Äußerungen des Reichskanzlers Akt genommen haben. In der Tat ist der deutsch-englische Gegensatz ein so unnatürlicher, in Widerspruch zu jeder gesunden Entwicklung des europäischen Gemeinschaftsgedankens stehender, daß bei gutem Willen die Lösung ohne Zweifel zu finden ist. Wir halten es nicht für unmöglich, daß der Ausgang der Wahlen den Weg zu einer solchen Lösung ebnen könnte. Die beiden großen Parteien kommen in fast völliger Gleichgewichtsstellung zu ihren Sitzen in Westminster zurück, und stehen,

trotz aller Gegensätze im Parteiprogramm, sozial und historisch einander näher als die Alliierten, welche die Majorität der Liberalen sichern. Das Interesse der Tories wie der Whigs — um diese veralteten, aber im Fundament noch lebendigen Parteibezeichnungen zu brauchen — geht dahin, daß eine mächtige dritte Partei nicht aufkommt. Sie wäre gewiß bereits vorhanden, wenn das englische System die Stichwahl nicht ausschlösse und dadurch auch den dissentierenden Politiker nötigte, sich für einen der beiden Hauptkandidaten zu entscheiden, wenn er überhaupt seine Stimme zur Geltung bringen will. Die Bildung der Arbeiterpartei und die der Iren geht auf besondere Verhältnisse zurück, und wenn, wie heute, die liberale Partei sich ihre Bundesgenossenschaft gefallen läßt, so ist doch ganz ausgeschlossen, daß sie je den Iren oder den Arbeitern oder eine Koalition beider gestatten würde, zur ausschlaggebenden Partei im Unterhause zu werden. Eine solche Gefahr würde sofort die beiden alten Parteien zusammenführen, und es ist daher verständlich, daß bei dieser Interessensolidarität, in England vielfach die Meinung verbreitet ist, daß es sich mehr um den Schein eines Kampfes als um einen wirklichen Kampf bei den letzten Wahlen gehandelt habe.

Mr. Punch, der die Wahrheit zu sagen pflegt, ohne brutal zu werden, dessen Sarkasmus aber meist den Nagel auf den Kopf trifft, hat die Lage durch das folgende köstliche Gespräch gezeichnet. Mr. P. und Gemahlin lesen beide in ihrer Zeitung die Rede, die Mr. P. am Tage vorher gehalten hat. Darauf sie:

„Nein, Archie, es ist eine wahre Schande, wie du den armen Roody gestern behandelt hast. Er ist doch schließlich unser bester Freund!" Darauf er: „Mein liebes Kind, das ist nichts im Vergleich zu dem, was er morgen von mir sagen wird. Er hat mir seine Rede geschickt, und ich korrigiere ihm gerade einige Kraftausdrücke über mich hinein, die Effekt machen werden."

Solche Reden werden für diejenigen gehalten, die noch den vollen Glauben an klingende Worte haben und ihnen gilt auch das Märchen von der deutschen Gefahr, während die einander bekämpfenden Gegner sich anlächeln wie die Augurn, wenn sie nach den Anstrengungen der Kampagne sich an einem Tisch zusammenfinden. Der „Eclair", der diesen Gedanken eingehend ausführt, meint denn auch, daß das neue Parlament große Wandlungen nicht bringen, vor allem aber das Über-

gewicht der beiden regierenden Parteien — und das ist die soziale Klasse der Gentleman — aufrecht erhalten werde. Das Unterhaus wird in allen Finanzfragen die endgültige Entscheidung geben, das Haus der Lords wird etwas an seinem Glanze verlieren und neben der Geburtsaristokratie in noch höherem Maße die Aristokratie des Geldes und der Titel an sich heranziehen; die Iren werden ein Provinzialparlament mit bescheidenen Selbstverwaltungsrechten erhalten, aber die Polizei und Justiz und die Teilnahme an der Regierung des Reiches wird ihnen versagt bleiben; auch in den Verhältnissen der Arbeiterpartei wird sich nur wenig ändern, wenngleich die Gewährung von Diäten ihr den Zugang zum Unterhaus erleichtern wird. Im letzten Parlament hatten die Arbeiter 40 Sitze, diesmal werden es 43, wenn nicht der letzte Augenblick ihnen noch Gewinn bringt. Allezeit aber bleibt es in der Hand der alten Parteien, in Fragen, die ihr soziales Interesse betreffen, sich miteinander zu verständigen, und jetzt, nachdem in der Hauptsache die Liberalen ihren Willen durchsetzen können, sind solche Kompromisse wahrscheinlicher geworden als sie es je waren. Was unter allen Umständen fortbestehen wird, ist der Gegensatz zwischen den übermäßig Reichen und den Armen, von dem schon Disraeli geschrieben hat, und den Dickens so erschütternd schildert. In den Fragen der auswärtigen Politik aber besteht zwischen einem Regiment Grey und einem Regiment Lansdowne kein Unterschied. Ernest Judet sieht, unserer Meinung nach, falsch, wenn er aus dem Ausgang der Wahlen den Schluß zieht, daß fortan eine sichere und feste auswärtige Politik nicht mehr möglich sei, und daß die Reihe von Konflikten und Eifersüchteleien, die er vorauszusehen glaubt, zu einem Zerbrechen der alten politischen Kombination führen werde, wenn England durch ernste Verwicklungen jemals genötigt werden sollte, einen auswärtigen Krieg zu führen. Gegen diese Annahme spricht alle historische Erfahrung. Sie lehrt uns vielmehr, daß unter solchen Umständen die Gegensätze schweigen und alles nur den Landesfeind sieht. Aber freilich, seit dem Krimkriege hat England nicht in Waffen einer Großmacht gegenüber gestanden. Zurzeit aber glauben wir, daß die *Liberalen den Frieden erhalten wollen.*

König Georg wird sein *erstes Parlament* am 6. Februar eröffnen, aber beide Häuser treten schon am 31. Januar zusammen, an dem die formelle Eröffnung stattfindet. Zwischen 31. Januar und

6. Februar spielen sich die üblichen Präliminarien ab, die den Verhandlungen vorausgehen müssen; die Wiederwahl des Speaker und die Vereidigung der Mitglieder beider Häuser. Man nimmt an, daß die Beratung der Antwort auf die Thronrede zu lebhaften Adreßdebatten führen wird, da die Opposition ein Fiskalamendement auf den Tisch des Hauses niederlegen will, das zu einer „full dress" Debatte führen muß. Auch Iren und Arbeiter werden sich wahrscheinlich am 31. über die von ihnen einzuhaltende Taktik verständigen. Am 4. Februar abends finden dann die großen Bankette statt, auf denen Asquith und Balfour ihre Parteigenossen um sich sammeln.

Es ist nicht ohne Interesse, daß gerade jetzt Kanada einen weiteren Schritt zur Vervollständigung seiner tatsächlichen Unabhängigkeit von England plant. Es handelt sich darum, für die Generalkonsuln in Ottawa einen permanenten diplomatischen Charakter zu erwirken, und es ist wohl von entscheidender Bedeutung, daß der Premierminister, Sir Wilfrid Laurier, sich mit großer Bestimmtheit dafür ausgesprochen hat. Er sei entschlossen, erklärte er dem kanadischen Parlament, offizielle Anerkennung der wichtigen diplomatischen Stellung der fremden Generalkonsuln in Ottawa zu erlangen (to obtain).

„Ich habe," sagte er im Laufe der Debatte, „oft den Standpunkt vertreten, daß wir jetzt eine Nation sind, und das sind wir tatsächlich in vieler Hinsicht. Wir haben die Macht und die Pflicht und die Verantwortlichkeit einer Nation. Aber wir können unter den jetzigen Zuständen keine anderen diplomatischen Agenten unter uns haben, als solche, die von ihren Regierungen nur handelspolitische Vollmachten erhielten. Aber infolge der Macht der Verhältnisse haben diese Generalkonsuln tatsächlich in Kanada diplomatische Geschäfte vollzogen. Der amerikanische Konsul, Mr. Foster, hat für seine Regierung diplomatische Funktionen ausgeführt und die Generalkonsuln von Italien und von Deutschland erhielten voriges Jahr ähnliche Aufträge. Alles das ist unautorisiert geschehen und gegen die Gebräuche der Zivilisation, aber es war eine Notwendigkeit geworden, wegen der Entwicklung der größeren englischen Kolonien, die tatsächlich Nationen geworden sind." Das müsse nun, so führte er weiter aus, gesetzlich festgestellt und durch Verhandlungen mit der englischen Regierung den Generalkonsuln der verschiedenen Staaten in Ottawa eine halb diplomatische Stellung zuerkannt werden. Nicht nur Kanada, sondern auch Australien, Neu-

Seeland und Südafrika seien daran interessiert und die nächste Reichskonferenz biete eine gute Gelegenheit, die Frage zu klären.

Damit ist die häufig von uns als bevorstehend bezeichnete Entwicklung ihrer Verwirklichung einen großen Schritt näher gerückt, das weitere Ziel aber geht dahin, aus den Generalkonsuln Gesandte und aus diesen schließlich Botschafter zu machen. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die englischen Kolonien, vor allem aber Kanada, zu Großmächten mit voller politischer Selbständigkeit heranwachsen. Der erste Schritt dazu geschah, als England seine Garnisonen aus Kanada zurückzog, der zweite war die Annahme des Antrags auf Schaffung einer eigenen kanadischen Kriegsmarine, die Generalkonsuln mit diplomatischen Befugnissen werden die dritte Etappe bezeichnen; das Programm, das weiter führt, ist noch nicht öffentlich formuliert worden, aber ohne Zweifel existiert es. Nur muß Kanada noch volkreicher und stärker werden, als es heute ist, um es zu verwirklichen.

Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika machen Anzeichen kommender Wandlungen sich geltend. Wir meinen damit nicht Carnegies wohlgemeinte, aber utopische Friedensstiftung, sondern den Antrag des Generalstabschefs John L. Wood auf Vermehrung der Friedenspräsenzstärke des stehenden Heeres, der in den westlichen Staaten sehr günstig aufgenommen worden ist. Man hat dort das Gefühl, sich den Problemen nicht entziehen zu können, deren Entscheidung sich an den Küsten des Stillen Ozeans vorbereitet und an denen teilzunehmen Amerika seine Absicht durch Ausbau und Befestigung des Panamakanals, sowie durch die gewaltige Vermehrung seiner Flotte deutlich genug kund getan hat. Auch die jüngste Reise des Staatssekretärs für den Krieg, Mr. Dickinson, in den Philippinen weist darauf hin, endlich spricht dafür das steigende Interesse, das Amerika den chinesischen Finanzfragen und dem mandschurischen Eisenbahnproblem zuwendet. Trotz alledem glauben wir nicht, daß Amerika einen Angriff zu fürchten hat, wenn es ihn nicht direkt provoziert. Die kürzlich in der „Kreuz-Ztg." eingehend besprochene vortreffliche Studie von Dr. Fritz Wertheimer über die japanische Kolonialpolitik gibt die bündigen Belege dafür, daß Japans kolonialer Ehrgeiz nach Westen, nicht nach Osten gerichtet ist und einen bedrohlichen Charakter nur für Rußland und eventuell für China, nicht für Amerika trägt. Auch für Rußland liegt die Gefahr noch fern, da Japan in Korea,

Formosa und der Mandschurei noch auf Jahre zu tun hat und bis dahin aller Wahrscheinlichkeit nach die Machtstellung Rußlands in Wladiwostok und an den Küsten so weit gefestigt sein wird, daß das Risiko für Japan größer wäre als der mögliche Gewinn. Erst eine wirtschaftliche Offensive Amerikas in der Mandschurei könnte zu einer Krisis führen, und auch dann ist es nicht wahrscheinlich, daß sie die Japaner weiter führen würde als in die Philippinen, die dann vielleicht schon ihre Unabhängigkeit erlangt haben können. In einer Hinsicht aber scheint uns Wertheimer zu irren. Er unterschätzt die sich vorbereitende Regeneration Chinas. Es ist nicht richtig, daß China bereits „den modernen Gedanken der Zentralisation und straffen Organisation verpaßt" hat, vielmehr glauben wir annehmen zu müssen, daß gerade auf diesem scheinbar erstarrten Boden sich große Wandlungen vorbereiten, und daß das chinesische Parlament, dessen Eröffnung in spätestens 3 Jahren erfolgen soll, von ganz erstaunlicher Leistungsfähigkeit sein wird. Wahrscheinlich aber wird es schon früher zusammentreten. Die Chinesen sind durch ihre geheimen Gesellschaften politisch geschult und diszipliniert worden und von einem nationalen Patriotismus erfüllt, der schwerlich dem japanischen nachsteht, auch an Fähigkeit stehen sie hinter ihren Inselvettern nicht zurück. Jede Politik, die mit diesen Tatsachen nicht rechnet, scheint uns gefährdet. Auch hat bisher die chinesische Zentralregierung sich stark und vorsichtig genug gezeigt, um Übereilungen zu vermeiden. Es ist uns daher zweifelhaft, ob die in eine Teilung der Mandschurei auslaufende russisch-japanische Politik sich auf die Dauer wird behaupten lassen. Sie ist, wie das gesamte politische Programm Iswolskis, kurz gedacht, auf Scheinerfolge, nicht auf einen bleibenden politischen Bau berechnet.

Das persische Programm Iswolskis kann bereits als gescheitert betrachtet werden, seit Rußland — wie notorisch ist — den Gedanken einer Teilung Persiens aufgegeben hat und entschlossen ist, seinen Vorteil in einer wirtschaftlichen Erschließung des Landes zu suchen. Der damit in Zusammenhang stehende Plan der russisch-englischen Indienbahn ist zunächst wohl noch als Utopie zu betrachten, da England keinerlei Neigung zeigt, ihm beizutreten. Auch hat der Gedanke für Rußland mehr Verlockendes als für England, das sich an seinen indischen Grenzen nicht sicher fühlt und dem diese Bahn Rußland gegenüber keinerlei entscheidende militärische Vorteile bieten kann. In Ruß-

land selbst aber ist nicht nur in den Kreisen der Rechten das Mißtrauen gegen England trotz des Vertrages von 1907 immer noch lebendig.

Die Diskussion über den Wert der Potsdamer Vereinbarungen in der russischen, englischen und französischen Presse dauert immer noch fort. Die „Nowoje Wremja" schreibt ihre sauersüßen Artikel über den deutschen Patriotismus, der um der Erhaltung des Reiches willen sich sogar dazu versteht, tuberkulöses Fleisch oder gar Hunde zu — essen, und meint, Deutschland habe durch die Vereinbarungen über die Bagdadbahn den Russen die Katze im Sack verkauft; die anderen Blätter bemühen sich, den Franzosen ihre Entschuldigung wegen des besseren Verhältnisses zu Deutschland zu machen, was denn auch vom „Temps" dankend quittiert wird. Am charakteristischsten ist uns eine Betrachtung des „Westnik Jewropy" im Dezemberheft dieser Monatsschrift erschienen.

„Die geschäftliche Annäherung an Deutschland kann natürlich nicht von Einfluß auf den Charakter unseres Bündnisses mit Frankreich sein, denn es ruht nicht nur auf einer Gemeinsamkeit politischer Interessen, sondern auch auf festen finanziellen Fundamenten. Welches immer die persönlichen Gefühle und Wünsche einflußreicher „Patrioten" sein mögen, es kann doch nicht bestritten werden, daß außer Erwägungen, die auf den Gedanken des politischen Gleichgewichts zurückgehen, wir unauflösbar mit der französischen Nation verbunden sind sowohl durch die Milliarden, die sie in unsern Anleihen angelegt hat, wie durch jene Milliarden, welche wir noch in Zukunft von ihr leihen werden. In finanzieller Hinsicht kann das französische Bündnis durch kein andres ersetzt werden, und schon deshalb ist es, abgesehen von allem andern, für uns eine unbedingte Notwendigkeit."

Gewiß, ob aber alle Franzosen so denken, ist uns zweifelhaft. Seit der aufbauenden Tätigkeit von Thiers hat Frankreich nur sehr wenig für die materielle Hebung des eigenen Landes getan, und seit Wyschnegradski die französischen Milliarden nach Rußland lenkte, ist in dieser Hinsicht fast gar nichts mehr geschehen. Weder Kanäle, noch Flußregulierungen, noch Sanierung und Umbau der Städte, wie es allenthalben in Deutschland geschieht, sind angegriffen worden. Der innere Ausbau des Landes stagniert und es fragt sich, wie lange das Land dieses System geduldig tragen wird. Auch stockt infolgedessen, abgesehen

von den dem Ehrgeiz der Nation schmeichelnden kolonialen Eroberungszügen und von politischen Geldgeschäften, der Unternehmungsgeist der Nation, worüber niemand bitterer klagt als gerade französische Patrioten. Dazu haben diese kolonialen Unternehmungen immer häufiger einen üblen Nachgeschmack. Eine Debatte wie die über den Untergang des armen Weißrock ist wenig beneidenswert und doch ist dabei der faulste Punkt, das unsittliche Institut der Fremdenlegion, nicht einmal im Prinzip angetastet worden. Man wird damit fortfahren, und die kommenden Weißrocks, die einem gleichen Schicksal entgegengehen, nicht zählen und nicht nennen.

Eine interessante Wandlung bereitet sich auf der Balkanhalbinsel vor. Bulgarien, das seit 1872 als ein schismatischer Staat vom Patriarchen von Konstantinopel verflucht worden war, scheint im Begriff zu sein, sich wieder mit der griechischen Kirche zu versöhnen, den Patriarchen als Oberhaupt anzuerkennen, und auf den Anspruch zu verzichten, eine besondere Nationalkirche zu bilden. Das Exarchat, das bisher selbständig war, wird zu einer Abteilung des Patriarchats werden, die ausschließlich mit den Angelegenheiten der bulgarischen Christen beschäftigt werden wird und der Exarch in Konstantinopel residieren. In den mazedonischen Städten wird es bulgarische und griechische Bischöfe, je nach der Nationalität der Mehrzahl der Bevölkerung geben, und für die Minderheit werden Archimandriten eingesetzt, ohne daß der Bischof berechtigt sein soll, in ihre Amtstätigkeit einzugreifen. Endlich soll den unentschiedenen Elementen freistehen, sich für die Jurisdiktion der einen oder der anderen Kirche zu erklären. Sollte auf dieser Grundlage die Vereinigung stattfinden, und der Patriarch Joakim III. gilt als dafür gewonnen, so läßt sich hoffen, daß damit einer der Anlässe zu dem blutigen Unfug des Bandenwesens beseitigt sein wird. Die Schwierigkeit wird freilich immer noch bei Bestimmung der nationalen Majoritäten und Minoritäten bestehen, und ganz friedlich dürfte die Entscheidung nicht fallen. Immerhin wäre es ein Fortschritt, und es ist nicht unmöglich, daß dadurch auch der nationale Gegensatz zwischen Griechen und Bulgaren gemildert wird. Was wir dabei vermissen, ist die Rücksicht auf die Ansprüche der Serben, die bekanntlich auch um Mazedonien konkurrieren. Jedenfalls wird dafür zu sorgen sein, daß die Entwaffnung der Mazedonier vollzogen ist, bevor die Teilung der Bischofsitze erfolgt.

Der Türkei wird die Herstellung der Ordnung im Reiche nicht leicht gemacht. Nach der Niederwerfung der Aufstände in Albanien und der Drusen muß jetzt der schwierige Kampf mit den Nomadenstämmen aufgenommen werden, die Kerak geplündert, die Bevölkerung niedergemacht und den Verkehr auf der Hedschasbahn von Kerak bis Maan und von dort bis Medina so gut wie unmöglich gemacht haben. Auch in Jemen und im südlichen Arabien sind die Beduinen unter Imam Jachia in vollem Aufstande. Man schätzt sie im Sudan auf 25 000 Krieger, im Norden auf 20 000 Mann. Es scheint aber, daß die Türkei mit großer Energie einzugreifen gedenkt, und an Truppen fehlt es ihr nicht, wohl auch nicht an tüchtigen Führern. Die Hauptschwierigkeit wird eine pekuniäre sein, und das darf nicht gering angeschlagen werden.

Sehr erfreulich ist die Rekonstruktion des Ministeriums Bienerth in Österreich, das einer Intrige des polnischen Klubs zum Opfer gefallen war. Die Polen hatten für Galizien Kanalanlagen erpressen wollen, die eine Ausgabe von 1400 Millionen Kronen verschlungen hätten. Jetzt behaupten sie, daß ihr Anschlag gegen den Finanzminister Bilinski, nicht gegen Bienerth gerichtet gewesen sei. Wir können die Frage nicht entscheiden. Es ist aber wahrscheinlich, daß diese kurze Krisis insofern von günstigen Folgen sein wird, als Hoffnung auf einen endlichen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen vorhanden ist, so daß die Arbeit des Parlaments endlich Aussicht auf fruchtbare Ergebnisse bieten könnte.

Die Schweizer Konföderation hat sich für das Jahr 1911 einen Präsidenten in Morc Ruchel gewählt, der seinerzeit Heidelberger Student gewesen ist, zum Vizepräsidenten wurde Georges Favey, Professor für diplom. Recht an der Universität Lausanne gewählt.

Mit einem Wort müssen wir noch des Umsichgreifens der Studentenunruhen in Rußland gedenken. Sie haben allmählich fast alle Universitäten ergriffen und zahlreiche Verhaftungen, sowie zeitweilige Schließung der Universitäten zur Folge gehabt. Die bei den Verhaftungen mit Beschlag belegten Korrespondenzen sollen ergeben haben, daß ein allgemeiner Studentenstreik für den Februar geplant war. Man vermutet, daß revolutionäre Organisationen die Bewegung leiten, und das wäre nicht unbedenklich.

22. Dezember 1910. Verurteilung der Offiziere Trench und Brandon wegen Spionage.
23. Dezember. Verbot von Ordensniederlassungen in Spanien.
25. Dezember. Kaiserliches Dekret über Beschleunigung der Verfassungsarbeiten in China.
26. Dezember. Kämpfe zwischen englischen Landungstruppen und Persern.

28. Dezember 1910.

Die deutschen, französischen, englischen und wohl auch die andern abendländischen Blätter sind voller Weihnachtsbetrachtungen, und der Gedanke, daß wir in einem christlichen Gemeinschafts- und Friedensfest stehen, klingt dabei fast überall durch. Unter den Kerzen des Weihnachtsbaums, den, von Deutschland ausgehend, sein Eroberungszug durch alle Welt führt, ist kein Raum für bittere Gedanken. Fast unwillkürlich drängt sich ein „Friede auf Erden" über unsere Lippen und das unsterbliche Wort Heraklits „Der Krieg ist aller Dinge Vater und König" muß davor verstummen. Uns hat aus der Reihe dieser Betrachtungen eine besonders bewegt. René Marc Ferry erzählt im „Eclair", wie er den ersten Weihnachtsabend verbrachte, dessen er sich erinnert. Es sind die Weihnachten des Jahres 1870 in einer kleinen Stadt der Vogesen. Noch schwebt dem Kinde von damals dunkel vor, wie die französischen Truppen stolz und siegesgewiß, auch an dem Hause seiner Eltern vorüber, dem Feinde entgegenzogen. Wie dann traurige Tage folgten, der Vater fortzog, um an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen; nur der greise Großvater, die Frauen und Kinder blieben zurück. Der Winter und mit ihm die Weihnachten kamen.

„Es war — so erzählt Ferry — sehr kalt an diesem Tage, wie an allen Tagen dieses traurigen Winters. Alles war von Schnee bedeckt, aber die Nacht war dunkel, kein Stern zu sehen. Merkwürdig, in meinem Gedächtnis haften von dieser Nacht weder Glockenklang noch Gesang.... Im fernen Nebel der Erinnerung unterscheide ich ein großes Zimmer im zweiten Stock, und Eisblumen, welche die auf das Feld führenden

Fenster bedecken. Die Erdäpfel dampfen auf dem Herde und das Zimmer ist voll deutscher Soldaten, Bayern, wie ich glaube. Sie waren es, die meine Mutter baten, mich zu rufen, ihnen danke ich, daß ich da bin. Sie haben Briefe aus der Heimat bekommen und Tannenzweige gebracht. Sie haben Kartoffeln und Bier, und es ist Weihnachtsabend. Das Zimmer riecht nach Leder, Tabak, nassen Kleidern, man hört den Klang ihrer rauhen Sprache, das Rasseln der Säbel und Helme. Einer von ihnen, der nahe bei zwei oder drei Kameraden sitzt, hat mich auf die Knie genommen. Man hat mir später gesagt, daß er blond war und daß ihm der erste Flaum über der Lippe keimte. Er sah ganz jung aus, fast wie ein Kind. Aber anfangs schien er mir schrecklich und ich suchte mich von seiner Brust abzuwenden, an die er mich preßte. Er sprach mit seinen Kameraden und ihre Blicke richteten sich häufig auf mich. Sogar sein Kopf neigte sich zu mir. Wenn er mit mir sprach, mischte er französische Worte in die deutschen; seine Stimme erschien mir sanft, und in seinen Augen standen Tränen. Was war ich ihm und seinen Freunden? Rief ich ihnen einen kleinen Bruder daheim ins Gedächtnis? Oder war es das Bild ihrer Familie, von der sie eben Nachricht erhalten hatten und die in Erwartung des Christkindes gerade diesen Abend ihrer gedachte? Wenn ich, wie ich seither oft getan habe, daran zurückdenke, frage ich mich wohl, welche Schmerzen und welche Zärtlichkeit welche dunkeln und tiefen Empfindungen durcheinanderzogen in diesem raucherfüllten, von schweren Schritten, Säbeln und Gesprächen widerhallenden Zimmer!

Der, welcher mich hielt, liebkoste mein Haar und küßte mich, und ich glaube wohl, daß er weinte, als er mich niedersetzte. Er versuchte, mich zu fragen, wo im Hause der Weihnachtsbaum sei; weshalb es nicht hier sei wie bei ihnen, und wie es komme, daß in dieser Nacht das Christkind nicht die Kinder der Menschen besuche, ihnen Spielzeug, vergoldete Nüsse und rote Äpfel zu bringen. Aber ich verstand nicht, was er sagte, und entfloh!

Meine Mutter beruhigte und küßte mich und faltete meine Hände; ich sprach mein Gebet wie jeden Abend und jeden Morgen für meinen Vater und für alle die im Kriege waren, und schlief ein.

Aber am Morgen, als ich erwachte, fand ich neben meinem kleinen Bett einen Tannenzweig mit einer Orange und zwei Äpfeln. Der Bayer hatte sie meiner Mutter für mich abgeben lassen.

Ich habe oft an diesen Bayern gedacht, dem ich meine ersten Weihnachten danke. Ich habe auch oft an die kleinen Kinder jener Zeit gedacht, die einige Meilen von uns bei Vic, Dieuze oder Château-Salins wohnten und die ein Jahr danach nicht mehr Franzosen waren, und an die Jahre, welche folgten, da man jedes Frühjahr glaubte, daß man ihnen ihr Vaterland wiedergeben werde."

Wir verdenken Herrn Ferry die Schlußbetrachtung gar nicht; sie ist nur natürlich und entspricht Tatsachen, die wir alle kennen. Jene Kinder sind inzwischen, wie er selbst, Männer geworden und haben ihren Kindern, aller Wahrscheinlichkeit nach, soeben erst den deutschen Weihnachtsbaum geschmückt, zu dem — wenn wir nicht sehr irren — auch René Marc Ferry sich in seiner Häuslichkeit bekennen wird. Das Wesentliche bleibt, daß ihm aus jener Zeit die Erinnerung an das alle Schranken durchbrechende Mitgefühl lebendig geblieben ist, das aus einem Menschenherzen zum andern spricht und selbst im Kriege ein Bote des Friedens ist.

Das sei ohne jeden Beigeschmack falscher Sentimentalität gesagt, in voller Kenntnis der Schwierigkeiten, mit denen wir noch im Reichslande zu rechnen haben. Schwierigkeiten, die durch die Haltung der öffentlichen Meinung Frankreichs, der offiziellen wie der sogenannten unabhängigen Presse, aufrecht erhalten und gefördert werden. Schließlich werden wir ihrer Herr werden, und einer der bedeutendsten Schritte dazu ist durch die Verfassungsurkunde getan, die jetzt der Öffentlichkeit übergeben und bald der Prüfung des Reichstags vorliegen wird. Sie bietet den Elsaß-Lothringern ein *Wahlrecht*, das bedeutend liberaler ist als das englische, und eine *Selbstverwaltung*, die weiter reicht als jenes Homerule, das Irland ersehnt und bestenfalls erhält, wenn Asquith imstande sein wird, die Versprechungen einzulösen, die er Redmond gegeben hat. Daß wir aus den Reichslanden einen selbständigen Staat oder gar eine Republik machen könnten, war eine Chimäre, an die wohl niemand ernstlich geglaubt hat und deren Verwirklichung aller Wahrscheinlichkeit über kurz oder lang uns einen zweiten französischen Krieg aufgenötigt hätte. Die Franzosen hätten deshalb allen Grund, dahin zu wirken, daß *die* Elsaß-Lothringer, die noch nach Frankreich schielen, sich an den Gedanken gewöhnen, daß sie mit einem Definitivum zu rechnen haben. Die ungeheurere Majorität der Bevölkerung steht bereits längst auf diesem Boden; das ist in Paris

sehr wohl bekannt und wird jetzt auch vom „Temps" zugegeben; aber wir wissen ja, daß die Stimme der Unzufriedenen stets lauter ist als die Stimme derjenigen, die nicht rückwärts, sondern vorwärts blicken und ihre Aufgabe in der Erfüllung der Pflichten erkennen, die ihnen das Interesse von Familie und Heimat stellen. Ihr Ziel wird diese stetig fortschreitende Entwicklung gefunden haben, wenn das Interesse an den Aufgaben des Deutschen Reichs als selbstverständliche Erweiterung des politischen Gesichtskreises hinzutritt. Ein Elsässer Brief, den der „Temps" vom 25. Dezember veröffentlicht, leitet bereits in diese Bahnen hinüber, und trotz der zahlreichen Einwendungen, die sich gegen Ton und Gesinnung des Verfassers erheben lassen, begrüßen wir ihn als ein Symptom prinzipieller Wandlung.

Es gehört wohl in diesen Zusammenhang, wenn wir noch einmal auf die Erörterungen eingehen, welche die Potsdamer Tage in der russischen Presse hervorgerufen haben, soweit diese Erörterungen die franko-russischen Beziehungen betreffen. Das leitende Organ der Oktobristen, der „Golos Moskwy", kommt nochmals auf die Rede des Reichskanzlers zurück und weist darauf hin, daß man aus ihr in England und Frankreich den Schluß gezogen habe, daß Rußland sich mit der Absicht trage, aus der Entente auszutreten und sich der allgemeinen Politik Deutschlands zu nähern. Diese Befürchtungen seien durchaus grundlos. Die von Herrn Sasonow im voraus gebilligten Worte Bethmann Hollwegs könnten nur dann eine Wandlung in der Richtung der auswärtigen Politik Rußlands bedeuten, wenn die Politik Frankreichs und Englands gegen Deutschland gerichtet wäre. Das sei aber offenbar nicht der Fall. Nur Chauvinisten könnten glauben, daß Frankreich an Revanche für Sedan und England an Isolierung und Zertrümmerung Deutschlands denke, nicht Staatsmänner in verantwortlicher Stellung. Rußland lebe von altersher in Frieden mit Deutschland, und könne nicht anders als gute Beziehungen zu Berlin für den Eckstein seiner Politik zu halten. Die auswärtige Politik Rußlands aber sei auf Erhaltung des Friedens gerichtet und hege keinerlei aggressive Pläne gegen irgendeine europäische Macht. Da nun England und Frankreich gleichfalls nur den Frieden erhalten wollen, ergebe sich daraus die Möglichkeit des Zusammenwirkens dieser drei Mächte. Die Staatsmänner in London und Paris wüßten das sehr wohl und ständen deshalb der Potsdamer Zusammenkunft durchaus sympathisch gegenüber; auch

ihnen sei es von Vorteil, wenn gute Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg bestehen. Man könne deshalb nur freudig die Ansprache Iswolskis an den Präsidenten der französischen Republik begrüßen, in der betont wurde, daß *das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich das unerschütterliche Fundament der auswärtigen Politik Rußlands bleibe.*

Wenn, wie uns hier dargelegt wird, Frankreich das *Fundament* und Deutschland der *Eckstein* der auswärtigen Politik Rußlands ist, können wir uns mit dieser Kombination zufrieden geben, zumal die vorausgesetzten Erwägungen bestätigen, daß weder England noch Frankreich bei einem Angriffskrieg auf russische Unterstützung rechnen dürfen. Daß dies, seit der zwischen Sasonow und dem Reichskanzler vereinbarten Erklärung im Reichstage, publici juris geworden ist, stehen wir nicht an, als die bedeutsamste politische Tatsache des Jahres zu bezeichnen, dessen Abschluß wir entgegeneilen. Was bisher ein geheim gehaltenes Wissen der verantwortlichen Staatsmänner war, ist damit aller Welt kundgetan und kann nicht mehr unterschlagen werden. Auch chauvinistische Zeitungspolitiker werden damit rechnen müssen, ganz wie seit 1888 die gesamte Welt genötigt war, mit der Tatsache des deutsch-österreichischen Vertrages vom 7. Oktober 1879 zu rechnen. Nun hat es freilich auch nach dem 3. Februar 1888 nicht an kritischen Augenblicken gefehlt und wir bezweifeln nicht, daß sie auch nach unserer Aussprache mit Rußland sich wiederholen können. Die unionistischen Zeitungen in England beschäftigen sich gerade jetzt mit einem Artikel, den Jules Delafosse im „Echo de Paris" veröffentlicht hat, um auf die Gefahren hinzuweisen, welche sowohl England wie Frankreich von der fortschreitenden Demokratisierung des Landes und der Demagogie ihrer Politiker zu erwarten hätten, die in beiden Reichen überhandnehme und ihnen Heer und Flotte verderbe. Der ganze Artikel richtet sich in schärfster Weise gegen das Kabinett Asquith und seine Parteigänger und wir hätten, da er in die Zeit der Wahlen fiel, nicht Notiz von ihm genommen, wenn er nicht mit aller Bestimmtheit behauptete, daß *zwischen England und Frankreich ein Bündnis* bestehe. Der Ausdruck „la France est solidaire de la puissance anglaise" könnte noch in den Begriff der entente hineingezwängt werden, nicht aber die folgenden Ausführungen:

„Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Niederlage der Unionisten, wie Sadowa, eine französische Niederlage ist. Und zwar, weil sie die fortschreitende Auflösung der entente cordiale oder, um die Dinge bei ihrem rechten Namen zu nennen, der alliance anglo-française ankündigt. Die Identität unserer Interessen hat uns naturgemäß zur Allianz gegen unseren gemeinsamen Rivalen Deutschland geführt und kürzlich, in einem tragischen Augenblick, stellten wir die entente auf eine Probe, in der England bewies, was es uns wert war."

Wir wissen nicht recht, ob der letzte Satz lobend oder ironisch gemeint ist, da uns nur der Auszug des „Standard", nicht das „Echo" vorliegt, und sich nicht erkennen läßt, welcher kritische Augenblick gemeint ist; aber falls Delafosse mit seiner Behauptung recht haben sollte, und aus der entente tatsächlich eine alliance geworden ist, erklärt sich vielleicht die Tatsache der folgenreichen Potsdamer und Berliner Unterredungen daraus, daß Rußland von jener Wandlung der französisch-englischen Beziehungen erfahren hatte und sich in diese gefährliche Kombination nicht hineinziehen lassen wollte. Es sprechen mancherlei Anzeichen für die Richtigkeit dieser Konjunktur, indirekt auch die Tatsache, daß man in Frankreich wieder beginnt, Aufmerksamkeit und Hoffnungen dem Partikularismus in Deutschland zuzuwenden. Jules Huret, dessen nicht nur interessante, sondern auch für Deutsche lehrreiche Reiseberichte aus Deutschland berechtigtes Aufsehen erregt haben, referiert u. a. über ein Gespräch, das er mit einem Franzosen auf deutschem Boden hatte. Dieser Landsmann, der offenbar längere Zeit in Deutschland gelebt hatte, sagte ihm:

„Wenn wir kluge Politiker wären, würden wir unsere Bemühungen auf die partikularistischen Empfindungen der wichtigeren (deutschen) Staaten richten. Deutschland stellt heute eine Art Trust dar, der nicht von ewiger Dauer sein wird. (qui n'est pas définitif.) Man darf nicht den Sitz der sozialen Kräfte, das Haupt angreifen, denn dann verteidigt er (der Trust) sich furchtbar. Man muß sich an die Aktionäre wenden, an die Teilnehmer wider Willen, die man vergewaltigt hat (oft recht brutal) und die noch an ihre verlorene Unabhängigkeit denken..... Wenn man diese noch frischen Erinnerungen anfacht, hätte man Aussicht, den Zusammenhang (le bloc) zu sprengen, der nur den Schein der Kohäsion hat. Und wenn einmal eine Generalversammlung (des Trust)

zusammentritt, on verrait! Wir wissen doch, wie man einen Geschäftsführer loswerden kann."

Der „Temps" bemerkt dazu, daß sei optimistischer Macchiavellismus und zitiert andere von Huret aufgeführte Äußerungen, die jenem Macchiavellismus widersprechen, und in der Tat, es ist dieselbe Weisheit, der Grammont so fatal zum Opfer gefallen ist. Uns interessiert nur die Tatsache, daß sie fortlebt und weitergetragen wird und das entspricht nicht jenem andern Optimismus, den wir im „Golos Moskwy" kennen gelernt haben.

Der Schluß, den wir aus alle dem ziehen, ist, daß wir trotz der sympathischen Stimmen, die uns von Zeit zu Zeit von jenseits der Vogesen und von jenseits des Kanals entgegenklingen, doch vor allem damit zu rechnen haben, daß wir im gegebenen Augenblick mit der einhelligen Gegnerschaft beider Nationen zu rechnen haben können. Wir glauben nicht, daß dieser Augenblick unter den jetzigen Ministerien in England oder in Frankreich eintreten kann, und meinen auch, daß die Lossagung Rußlands von jeder Teilnahme an einer Angriffspolitik diesen Augenblick weiter hinausschiebt, aber das schließt nicht aus, daß der Wunsch nach einer Abrechnung mit uns nach wie vor besteht, und darauf werden wir auch im Jahre 1911 vorbereitet sein müssen, obgleich die Aussichten für Erhaltung des allgemeinen Friedens weit günstiger sind als vor Jahresfrist.

An großen Wandlungen hat das scheidende Jahr in England den Tod König Eduards VII. und den Regierungsantritt König Georgs V. gebracht. Es heißt, daß der neue Herrscher uns freundlicher gesinnt ist, als sein Vorgänger, und gern zu einer vollen Verständigung mit Deutschland gelangen möchte. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß er die auswärtige Politik Großbritanniens in gleichem Maße beeinflussen wird wie sein Vater. Die Minister, nicht der Herrscher bestimmen wieder mehr als unter Eduard VII. in England die Richtung der Politik. Der jetzt in England tobende Kampf der Parteien ist dem König gewiß nicht genehm und Homerule wie radikale Reform des Oberhauses schwerlich nach seinem Sinn. Dagegen scheint festzustehen, daß er sein besonderes Interesse den kolonialen Fragen zuwendet, die mit der steigenden Macht und Selbständigkeit der großen Kolonien stetig an Bedeutung gewinnen. Ein großes Ereignis ist daher die perfekt gewordene Union von Englisch-Südafrika, wo eine politische Welt sich aufbaut, die von den übrigen

von England ausgegangenen Gemeinwesen durchaus verschieden ist, und nur in den Formen übereinstimmt. Mit dumpfer Gegnerschaft hat England in Ägypten und in Indien zu rechnen gehabt, außerhalb der Reichsgrenzen nur in Persien eine aktive Politik getrieben, die jedoch im letzten Augenblick es vorzog, nicht die vollen Konsequenzen aus einem bereits gewonnenen Übergewicht zu ziehen. Ebenso unterließ es England, gegen Tibet vorzugehen, wozu die Flucht des Dalai Lama den Anlaß zu bieten schien. Offenbar war das Abkommen vom 31. August 1907 die Fessel, welche nicht zerrissen werden konnte.

Die französische Politik ist, abgesehen von den nicht immer glücklichen, aber sehr ausgedehnten Finanzgeschäften und der gleichfalls nicht immer glücklichen aber weit ausgreifenden Kolonialpolitik, vornehmlich durch innere Wirren in Anspruch genommen worden. Das sozialistische Ministerium kämpft gegen die Konsequenzen des Sozialismus und bemüht sich, die Partei, aus deren Reihen es hervorgegangen ist, zu zügeln. Zugleich hat unter dem Andrang imperialistischer Ideen Frankreich sich zu einem Flottenplan entschlossen, der die französische Marine wieder an die zweite Stelle zu rücken bestimmt ist, und, wie es scheint, das Mittelmeer, im Einverständnis mit England, zu einer französischen See machen soll.

In Portugal haben wir die Revolution siegen sehen, weil das Königtum sich selber aufgab, in Spanien wurden die Anläufe zu einer Revolution glücklich niedergeworfen, in beiden Staaten, wie überhaupt in allen romanischen Ländern, die Macht des einst vorherrschenden Klerikalismus gebrochen. Spanien hat zudem sein Ansehen auf marokkanischem Boden gefestigt und die Vorbereitungen getroffen, um Heer und Flotte zu reorganisieren. Über Italien und Österreich-Ungarn können wir rasch hinweggehen. Sie sind durchaus von den Fragen ihrer inneren Politik in Anspruch genommen worden und haben im übrigen an der Kombination des Dreibundes treu festgehalten.

Daß sich der status quo auf der Balkanhalbinsel behauptete, lag neben dem Zusammenwirken aller Mächte für Erhaltung des Friedens, an der kraftvollen Machtentfaltung der Türkei, die trotz der Aufstände in Albanien, der kretischen Krisis, der Unruhen in Syrien, Arabien und Mesopotamien, sich zu behaupten vermochte und mit Energie daranging, die reichen Hilfsquellen des eigenen Landes all-

mählich zu erschließen. Noch einige Friedensjahre und sie wird auch wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen können.

Für Rußland war das Jahr 1910 die Fortsetzung der Säuberungspolitik im Innern, an die Stolypin mit rücksichtsloser Festigkeit seit Übernahme seiner fast diktatorischen Stellung geschritten ist. Die Senatorenrevisionen, die beinah den gesamten Umfang des Reiches umfaßten, sind unparteiisch und umsichtig geführt worden und sie haben mit den ungetreuen Beamten, den großen wie den kleinen, so viele man fassen konnte, aufgeräumt. Auch Duma und Reichsrat haben fleißig gearbeitet, wenn auch nicht immer mit Erfolg und nicht immer einmütig. Überall fühlbar machte sich eine starke nationalistische Bewegung, der Kampf der Parteien, der Rechten, welche die Befugnisse der Duma einschränken und die Prärogative des Zaren erweitern möchte, und der Linken, die in volle konstitutionelle Bahnen einlenken möchte, und darunter hat der Fortschritt der Reformarbeit zu leiden. Der Tod des mystischen Anarchisten Leo Tolstoi, der zugleich Rußlands genialster Schriftsteller war, hat zu Demonstrationen geführt, die neuerdings in studentische Unruhen revolutionären Charakters ausmünden. Das ist aber insofern nicht unwichtig, als die Haltung der Studenten die Bedeutung eines politischen Barometers in Rußland hat. Mehr als sonst wo in der Welt, läßt die öffentliche Meinung sich in ihrem Urteil von diesen unreifen Elementen bestimmen.

Die auswärtige Politik Rußlands trug, so lange Iswolski sie führte, einen agaçanten und unruhigen Charakter; sie ist, seit Sasonow die Leitung in Händen hat, zu einer ruhigen Interessenpolitik geworden, und es ist gute Aussicht vorhanden, daß sie in diesen Bahnen bleibt. Heikle Punkte sind nach wie vor Persien und die Mandschurei. Wenden sich in ersterem neuerdings die Verhältnisse zum Besseren, so ist in der Mandschurei mit der Konkurrenz Japans, die trotz aller Abkommen lebendig ist, mit den Eisenbahnplänen der Vereinigten Staaten und den Rechtsansprüchen Chinas zu rechnen, das mit großer Energie bemüht ist, nachzuholen, was es seit dem Frieden von Shimonoseki versäumt hatte.

Wir erinnern zum Schluß noch an die Wandlung, welche die letzten Wahlen in Amerika gebracht haben. Sie mündeten in eine Niederlage des bisher populärsten Mannes der Republik, Theodore Roosevelt, aus und scheinen den Demokraten den Weg zum nächsten Präsidenten-

sitz zu ebnen. Diese Entscheidung aber fällt erst nach zwei Jahren und es ist nicht ausgeschlossen, daß Roosevelt den verlorenen Boden bis dahin zurückgewinnt und als Präsident die feierliche Eröffnung des Panamakanals inauguriert.

In Mittel- und Südamerika haben Revolutionen und Meutereien stattgefunden, die zum Teil noch fortdauern; auch in Kuba scheint eine Erhebung zu drohen. Sollten die Vereinigten Staaten sich genötigt sehen, dort einzugreifen, so wird die volle Annexion der Insel der wahrscheinliche Ausgang sein.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abaja, Konteradmiral 39.
Abbas Hilmi, Khedive 7.
Abbas Hilmi II. 157.
Abdallah, Ermordg in Teheran 273.
Abdul Asis 18. 67.
Abdul Hamid 6. 396.
— Anleihe 101.
Abdul Mahab, Sirdar 204.
Abendpost, bulgar. 274.
Abessinien 233.
— Menelik, Erkrank. 121.
— Thronwechsel 170.
Adamawa, Mohammedaner u. Heiden 195.
Adriabahn 150.
Afghanistan 34. 232. 388.
— Curzon-Doktrin 296.
— Emir 37.
— u. England 93. 350.
— engl. Eisenbahnkonzess. 94.
— Erregung 80.
— Grenzverhandlungen 93.
— Islam 17.
— u. Rußland 93.
— Waffenhandel 192. 350.
— Waffenschmuggel 37.
Afridi, Aufruhr 236.
Afrika, Brit.-Ostafrika 233.
— Deutsch-Ostafrika 206.
— England in A. 33.
— engl. Kolonien 182.
— französisches A. 17.
— Islam 195.
— Nordafrika 16. 80.
— — Islam 17.
— — Revolte 387.
— Südafrika 258.
— — Besuch König Georgs 368.
Afrika, Südafrika, engl. Kolonien, Union 304.
— — holländ. Element 182.
— — Holländer u. Engl. 233.
— — Nationalpartei 308.
— — Parlament 308.
— — Parlamentseröffn. 344. 348.
— — Parlamentswahlen 234.
— — Politik 182.
— — Sprachenfrage 395.
— — Union 2. 233. 305. 306.
— Südwestafrika, Kaffernrevolte 323.
Ägäisches Meer 370.
Agence Havas 54.
Ägypten 17. 267.
— Bewegung 182.
— Derwische 133.
— u. England 33.
— Englands Politik 174. 349.
— Engländerhaß 134.
— engl. Interessen 288.
— engl. Truppen 133. 220.
— Erregung 220.
— Europäer 134.
— u. Frankreich 139.
— u. Frankreichs Tyrannei 174.
— Gärung 244.
— Gegensätze 321.
— jungägypt. Kongreß Paris 323.
— Lage 287.
— Nationalismus 81.
— Nationalisten 133. 174.
— Okkupation 288.
— Preßgesetz 288.
— Räumung 45. 133.
— Regierung u. England 288.
— status quo 262.
— u. Suezkanal 19.
— Verfassung 174.
— Verschwörung 134.

Aehrenthal, Graf 22. 38. 120.
— in Berlin 73. 91.
— u. Hakki Pascha 314. 323.
— u. Iswolski 136.
— in Marienbad 284.
— u. San Giuliano 323.
Aigun, Eisenbahn 46. 104. 112. 114.
— Traktat 113.
Akimow, Oberst 187.
Alapite, General 54.
Albanien, Aufstand 149. 159. 196. 396. 407.
— Beruhigung 219.
— Entwaffnung 321.
— Kämpfe 177. 184.
— türk. Erfolge 171.
— u. Türken 170.
— Unterwerfung 204.
Alberoni, Kardinal 335.
Aleppo, Eisenbahn 150.
Alexander II. 336.
Alexander III. 116. 182. 332.
Alexander, König v. Serbien 45. 107.
— Kronprinz v. Serbien 112.
Alexandrette, Eisenbahn 150.
Alexandrien 69.
Alexandrowo, Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Alexei, Zarewitsch 335.
Alfons, König, in Paris 294.
Algeciras, Akte 291.
— Vertrag 195.
— völkerrechtl. Stipulationen 80.
Algier 17.
— Eisenbahnsystem 291.
— u. Frankreich 47.
— Frankreichs Tyrannei 174.
Ali Reza Khan, Tod 323.
Ali Youssuf, Scheich 220.
Allahabad, Unruhen 87.
Alldeutsch. Verband 370.
Altaigebirge 252.
Amanus, Eisenbahn 150.
Amerika u. asiat. Volksvermehrung 172.
— u. China 95.
— Chinas Anleihe 361.
— u. chines. Finanzfragen 403.
— Chines. Roheisen 173.
— deutsch-am. Handelsvertrag 58.
— Deutschl. u. Frankr., Hankaubahn 104.
— u. England 139. 301.
— engl. Bündnis 315.
— u. engl. Politik in China 104.
Amerika, engl. Schiedsvertrag 284.
— Flotte 9. 145.
— Hankau-Tsentschuenbahn 104.
— Iren 64. 385.
— u. Japan 140. 268.
— japan. Krieg 105. 112.
— Kriegsschiffe 372.
— u. Mandschurei 9.
— u. mandschur. Bahnen 403.
— Mittelamerika, Revolut. 417.
— u. ostasiat. Märkte 105.
— u. Panamakanal 145.
— Paynetarif 112. 359.
— u. russ.-jap. Vertrag 268.
— u. Rußland, finanz. Beziehgn. 398.
— u. Sachalin 9.
— Sherman-Antitrustgesetz 82.
— u. Still. Ozean 145.
— Südamerika 282.
— — Meutereien 417.
— Teuerung 359.
— Trusts 82.
— Wahlen 359. 416.
— Ver. Staaten, Abgaben 158.
— — Associated Preß 172.
— — u. China 251.
— — Cobb-Bill 271.
— — Demokraten 160.
— — Demokraten u. Republikaner 332.
— — deutsche Einfuhr 50.
— — Deutsche u. Iren 285. 349.
— — Deutschl. u. Engl. 198.
— — u. deutsch-engl.-amer. Verständig. 240.
— — u. engl. Politik 286.
— — Flotte, Vermehrung 403.
— — Gegenseitigkeitsvertrag 395.
— — Handel 158.
— — Handel mit England 21.
— — Handelsverhdl. in Ottawa 347.
— — Heer, Verstärkung 403.
— — Iren u. Deutsche 285. 349.
— — irische Bevölkerung 55.
— — Juden 105.
— — u. Kanada 175. 258. 348.
— — mandschur. Handel 269.
— — u. Mandschureibahnen 19.
— — Republikaner, Niederlage 355.
— — Senat u. Trusts 82.
— — Senatswahlen 355.
— — Trusts 82.
— — Wahlen, Sieg d. Demokr. 344.
Amur, Japans Herrschaft 173.
Amurgebiet, russ. Truppen 126.
Anduan-Mukden Eisenbahn 206.

v. Anrep, Oktobrist 363.
Antivari, Flottendemonstration 23.
Arabien 7. 22.
— Aufstand 81.
— Beduinen 407.
— Curzon-Doktrin 296.
— u. England 34.
— Englands Politik 349.
— Erregung 80.
— Islam 17.
— Khalifat 157.
— u. Türkei 72.
Arabisches Meer, Waffenhandel 387.
Ardebil 8.
— Rahim Khan 37.
— russ. Besetzg. 135. 219.
Argentinien 316.
— Aufblühen 282.
— u. England 205.
— engl. Unternehmgn. 182.
— v. d. Goltz, General 205.
— Unabhängigkeitsfeier 205.
Argus s. Wesselitzky.
Argyll, Herzog u. d. Suffragettes 286.
Ariba, Dr. 362. 363.
Arizona 236.
Asiaten u. Kaukasier 173.
Asien 47.
— amerikan. Waren 172.
— Bewegung 89.
— Beweg. u. Japan 182.
— England in Asien 33.
— Englands Einfluß 182.
— Frage, asiat. 18. 182.
— Lage 172.
— Mittel- u. Ostasien 81.
— Ostasien, amerik. Interessen 317.
—— engl. Kriegsschiffe 290.
— — den Japanern 276.
— — Märkte 105.
— u. Rußland 173.
— Sterblichkeit 172.
— Volksvermehrung 172.
— Vorderasien 80.
— weiße Rasse 182.
— Zentralasien u. Rußland 296.
— — russ. Kultur 231.
Asquith 13. 14. 23. 43. 54. 56. 62. 65. 78. 84. 85. 108. 151. 161. 256. 273. 280. 285. 300. 346. 355. 365. 412.
Astara, russ. Besetzg. 135.
Astrabad, russ. Besetzg. 135.
Athen, Brand d. Schlosses 11. 40.
— König Eduard 234.
Athen, Militärliga 44.
— Minist. Venizelos 324.
Atlas 291.
Ätna, Ausbruch 121.
August der Starke 335.
Australien 3. 258. 267. 304.
— Arbeiterpartei 155. 266. 395.
— Besuch König Georgs 368.
— Bewaffnung 192.
— u. engl. Flotte 354.
— Flotte 266.
— Großgrundbesitz 156.
— Handelspolitik 156.
— irische Wünsche 380.
— Kitcheners milit. Organis. 169.
— Kriegsrüstungen 268.
— Ministerium 151.
— Referendum 384.
— Selbständigkeit 348.
— Wehrpflicht 395.
Avelan, Admiral 164.
Azemmur, Pascha v. 67.

B.

Baba, T. 318.
Bachtiaren 8. 168.
Bacot, J., französ. Tibetforscher 103.
Bagdadbahn 15. 23. 150. 353. 368. 379. 405.
Bagdje, Eisenbahn 150.
Bahia, bras. Torpedojäger 381.
Baikalsee 112.
Bailey 307.
Bajartschaninow 71.
Bakai 240. 241.
Baku, Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Bal Ganghadar Tilak 57.
Balfour 12. 13. 20. 32. 64. 78. 85. 108. 151. 257. 285. 324. 365. 399.
Balkan 338.
— Bandenwesen 406.
— u. Bulgarien 244.
— Bund 45. 60. 71. 91. 98. 107. 160. 170. 196.
— Frage 80.
— Friede 91. 97. 185.
— Krieg 334.
— u. Montenegro 244.
— u. Österreich 22. 26. 136.
— polit. Gewitter 49.
— u. russ.-bulg. Freundschaft 90.
— Staaten, freie Entwickl. 98.
— status quo 71. 97. 120. 136. 262. 415.

Balkan, Türken u. Albaner 170.
— türk.-bulg. Verhältnisse 302.
— Wandlung 406.
— Zustände 40.
Baltische Provinzen 59. 260. 335.
Bangkok, japan. Gesandtschaft 277.
Bangor, Wahlversamml. 392.
Banner, Das, (Ztg.) 106.
Bannerman, Campbell 304.
Bardo, Vertrag 16.
Bardoux, Jaques 21. 22. 23. 24. 384.
Baring, Sir Evelin 32.
Barnes, Führer d. engl. Arbeiterpartei 366.
Barrès, Maurice 194.
Batavia, jap. Konsulat 278.
Bayhir Khan 304.
Beaulieu, Leroy 245. 282.
Belgien, Parlament, Eröffn. 344.
Belgrad, Dumamitglieder 28.
Beludschistan u. England 34.
— Englands Politik 349.
— Stammesfürsten 310.
Bender Abbas 310.
Benkendorff 97.
Bérard, Victor 245.
Beresford, Lord Charles 325. 367.
Berlin 335.
— Iswolski in Berlin u. Frankr. 165.
— Kolonialkongreß 323.
— Kongreß 25. 143. 212. 236.
— König Eduard 234.
— russ. Depots 11.
— Überlandbahn Calais-Bombay 368.
— Universität, Zentenarfeier 323.
— Univ.-Jubil. u. Instit. de France 165.
Berliner Tageblatt 74.
Bernstorff, Graf 15.
Berteaux, franz. Min. 194.
Bession, frz. Vizeadmiral 386.
Bethmann Hollweg 22. 75. 76. 79. 132. 139. 218. 227. 411.
Bettolo, Admiral 120.
Bhutan u. China 297.
Bienerth, Minist., Demission 399.
— Rekonstruktion 407.
Bilbao, sozialist. Ausschreitungen 282.
Bilinski, Finanzmin. 407.
Birma 294.
Birmingham Post 2.
Birrel, Augustin 285. 300. 315.
Bisley, Sir Herbert 56.
Bismarck 77.
Bitolje, Vilaret 250.
Blatchford 2. 12. 21. 22.
Bloemfontein 306.
Blumentritt, Prof. 112.
Bogdanowitsch 295.
Böhmen, Landtag 50.
Bolivia, Streitigkeiten 283.
Bombay, deutsch. Kronprinz 399.
— Hochverratsprozesse 388.
— ind. Terrorismus 8.
Bombay-Calais, Überlandbahn 368.
Bonapartismus 101.
Bond (Kapland) 307.
Borden, Sir Fred. 57. 87.
Borgmann, Rektor, Petersbg. 58.
Börsenzeitung, Petersbg. 90. 274.
Boshidarowitsch siehe Wesselitzki.
Bosnien 22. 247. 334.
— Annexion 26.
— — u. Türkei 69.
— Verfassung 73.
Bosporus, Befestigung 238.
— u. Dardanellen 236.
Botang, chin. Mandarin in B. 103.
Botha, Louis, afr. Min. 207. 233. 305. 307. 308.
Boulanger 210.
Bourassa, franz. Kanadier 57. 347.
Bourne, Erzbisch. v. Westminster 347.
„Brandenburg", Kriegsschiff 302.
Brandon, engl. Spion 408.
Brasilien 93.
— Aufblühen 282.
— Flottenmeuterei 374. 381. 398.
Briand, frz. Min. 147. 163. 184. 194. 329. 333. 340. 344. 355.
— u. d'Estournelles 90.
— Programmrede 228. 262.
— Vertrauensvotum 399.
Bridge, Alfred 155.
Brisson, franz. Min. 194.
Brossowski 71.
Brüssel, deutsch. Kaiserpaar 324.
— Kongokonferenz 50.
— Seerechtskonferenz 323.
— Weltausstellung 161. 314.
Bryan 160. 315.
Buchara, Annexion 231. 232.
— Aufstand 81.
— Erregung 80.
Bu Denib 291.
Buenos Aires, deutscher Gesandter 205.
— panamerik. Kongreß 282.

Buenos Aires Herald 317.
Bu Hamara 224.
Bulgaren u. Griechen 406.
— u. Serben 250. 274.
Bulgarien 7.
— u. alban. Beweg. 184.
— Anleihe 38.
— u. Balkan 244.
— u. Balkanbund 107.
— Frage 250.
— Königreich 44.
— u. Kreta 204.
— Kriegsmarine 238.
— Kriegspartei 91.
— u. Mazedonien 19. 44. 50. 159. 244.
— Ministerium Malinow 323.
— nation. Aspirationen 120.
— Nationalkirche 406.
— u. Rußland 97.
— russ. Bündnis 98.
— russ. Freundschaft 90.
— u. Serbien 61. 71.
— u. serb. Bischof 250.
— Sobranje 338.
— u. Türkei 45. 91. 141.
— türk. Annäherung 185.
— türk. Beziehungen 28.
— türk. Grenzkonflikte 107.
Bülow, Fürst 44. 76.
Buren 307.
Burenkrieg 192. 351.
Burenrepubliken 304.
Burjäten, transbaikal. 93.
Burns, John 65.
Burton, Kapminister 308.
Burzew, Revolutionär 240. 241.
— in Paris 10.
Buschir 327.
Butan 294.
Butmi, Georgi Wassiljewitsch 239.
Butros Pascha, äg. Min. 81. 220.
— Ermordung 73. 106. 132.
— u. Mörder El Wardani 205.

C.

Caillaux, franz. Min. 194.
Calais-Bombay, Überlandbahn 368.
Call zu Kulmbach, Botschafter 22.
Canalejas, span. Min. 100. 253. 282. 329.
Candido, Jean, braz. Meuterer 382.
Canterbury, Erzbischof 259.
— u. d. Suffragettes 286.
Carnegie 175.
— Friedensstiftung 403.
Carrington, Earl of 66.
Casablanca 17. 291.
— Erregung 80.
— Kämpfe 102.
Cassel, Sir Ernest 7.
— in Berlin 15.
„Cetinjer Zeitung" 215.
Ceylon 278.
— Unruhen 172.
Chabarowsk 113.
Chamberlain, Lord 20. 31. 66. 385.
— u. d. Suffragettes 286.
Charbin 124.
— Eisenbahn 47.
— Marquis Komura 112.
— Pest 398.
— russ.-jap. Gesellschaft 188.
Chartum, Roosevelt 132.
Cherbourg, amer. Matrosen 372.
Chile 316.
— Aufblühen 282.
China, Alphabet, vereinfacht 88.
— u. Amerika 37. 95
— amerikan. Anleihe 361.
— Anleihen u. Rußl. 168.
— Armee, Vervollkomm. 89.
— u. asiat. Beweg. 89.
— u. Bhutan 297.
— Charbinfrage 9.
— Dörfer, Selbstverwalt. 88.
— Dynastie 221.
— Eisenbahnanleihen 318.
— Eisenbahnbau 173.
— Eisenbahnfragen 112. 139.
— Eisenbahnpolitik 89.
— engl. Beziehungen 294.
— engl. Perfidie 95.
— u. engl. Politik 104.
— u. engl.-jap. Allianz 104.
— u. engl.-tibet. Vertrag 296.
— u. Europäer 122.
— Expropriierung durch Japan 319.
— Finanzfragen u. Amerika 403.
— Finanzministerium 88.
— u. Frankreichs Haltung 95.
— Fremden 169.
— u. Frieden v. Portsmouth 289.
— Gärung 244.
— Handel 221.
— u. Japan 139. 269.
— japan. Krieg 122.
— Import 173.

China, innere Bewegung 339.
— Integrität 160.
— Kitchener, Lord 169.
— Komitee z. Berat. d. Staatsangel. 88.
— Konzessionen 318.
— Kriegsdienst 105.
— Kriegsministerium 385.
— Machtzuwachs 88.
— u. Mandschurei 124.
— Mandschureibahnen 19. 37. 47. 89.
— Mandschurei, Wiedergewinnung 362.
— Marineministerium 385.
— milit. Großmacht 174.
— Militärpflicht 105.
— Minist. d. Innern 88.
— u. Nepal 297.
— offene Tür 269.
— Opium 88.
— Parlament 339. 344. 404.
— Parlamentswahlen 355.
— polit. Beweg. 102.
— Presse 89.
— Provinzialbudgets 88.
— Provinzialparlamente 89. 339.
— Rat f. konstitut. Reformen 88.
— Reformen 105.
— Reichsausschuß 339.
— Reichsparlament 89.
— Roheisen 173.
— u. Rußland 168.
— russ. Allianz 126. 127.
— russ. Geheimvertrag 128.
— russ. Grenzen 252.
— russ. Monopol 168.
— u. russ. Provozierungen 174.
— u. russ.-jap. Gesellsch. Charbin 188.
— u. russ.-jap. Vertrag 269.
— Schulen 88.
— Schulzwang 339.
— Selbstverwalt. d. Städte usw. 88.
— u. Sikkim 297.
— Sklaverei 105.
— Stahlschienen 173.
— Sungarifischerei 294.
— Teilung 318.
— Telegraphie, drahtlose 174.
— u. Tibet 87. 93. 168. 296.
— tibet. Krieg 103.
— Unruhen 172. 221.
— Unterrichtsminist. 88.
— u. Ver. Staaten 251.
— Verfassung 88. 105. 360. 408.
— Volksbücher 88.
— Volkszählung 88.
— Vorparlament 323.
China, Wehrpflicht, allg. 89. 339.
Ching-Giers-Vertrag 112.
Chomiäkow, Dumapräs. 112. 116. 138.
Churchill, Lord 23. 100. 325.
Clemenceau, franz. Min. 194.
Colomb Bechar 291.
Columbien (brit.) 380.
Combes 108. 342.
Connaught, Herzog v. 226. 308. 348.
Contemporary Review 251.
Cork, Universität 281.
Crewe, Lord 366.
Cromer, Lord 32. 33. 34. 174. 286.
Cromwell 266.
Cubins, Natal, Minist. 308.
Curzon, Lord 295.
Curzon-Doktrin 34. 118. 296. 350.
Cypern 45. 246.
— England u. Türkei 69.
Czas 222.

D.

Daily Chronicle 240. 259. 287. 300. 324. 352. 359. 379.
Daily Expreß 311.
Daily Mail 264. 268.
Daily News 289. 290. 292.
Daily Telegraph 121. 239.
Dalai Lama 84. 296. 415.
— u. China 104.
— Flucht n. Indien 87. 102.
— u. Rußland 93.
Daluy-Eisenbahn 95.
Dänemark, Ministerium Zahle 255.
Dardanellen u. Bosporus 236.
— Entfestigung 238.
— franz. Kriegsschiffe 387.
Darfur, Sultan 196.
Darjeeling, Vertrag 295.
Daskolojannis, Deput. 213.
Deakin 155.
Debra 219.
Dehibat 206.
Deitrich 371.
Delafosse, franz. Deput. 100. 412.
Delcassé 177. 194.
— u. Eduard VII. 181.
— u. engl. Kabinett 103.
Delhi, Islam 17.
— Krönungs-Durbar 368.
Dernburg, Staatssekretär 226.
Deschanel, Paul 194.
Deutschen. Iren in d. Ver. Staaten 285. 349.

Deutsche in Österr. 370.
— in Paris 165.
— u. Russen 375.
— in Rußland 199. 222. 331. 369. 397.
Deutschland, Abgaben 158.
— Abrüstung 13. 259.
— Alldeutsche 71.
— Amerika u. England 198.
— Amerika u. Frankr., Hankaubahn 104.
— amerikan. Handelsvertrag 58.
— amer.-engl.-dtsch. Verständig. 240.
— anglo-german friendship committee 259.
— u. argentin. Unabhäng.-Feier 205.
— Armee 144. 265. 303.
— u. Atlant. Ozean 264.
— Auswärt. Amt 109. 294.
— auswärt. Politik 265.
— Bagdadbahn 405.
— Bergwerkinteress. in Marokko 20.
— Bosnien u. Herzegowina 334.
— u. Bosporus 247.
— u. Casablanca-Affäre 143.
— Dernburg, Reichskanzler 226.
— u. Eduard VII. 180.
— — u. russ.-engl. Abkomm. 181.
— Ehrgeiz 212.
— Einkreisung 391.
— u. Elsaß-Lothr. 243.
— u. England 2. 3. 12. 14. 22. 23. 31. 43. 63. 265.
— England u. Amerika 198.
— engl. Arbeiter 155.
— engl. Beziehungen 27. 259. 273. 352. 390.
— engl.-dtsch. Gegensatz 399.
— engl.-deutsch. Schiedsvertrag 1.
— engl.-dtsch.-amerik. Verständig. 240.
— u. engl.-franz. Abkomm. 103.
— Englands Feindschaft 324.
— u. engl. Flottenliga 343.
— England u. Frankr. 143.
— Englands Gegenaktion 141.
— engl. Krieg u. Rußland 70.
— engl. Kriegsfurcht 100.
— Englands Mißtrauen 182. 264.
— engl. Presse 141.
— u. Englands Seerüstung 353.
— u. engl. Verständig. 171. 391.
— u. Englands Wehrlosigkeit 191.
— Erschöpfung 352.
— Flotte 171. 191. 266. 268. 353.
— — u. England 141. 259. 264. 391.
— Flotte u. Handel 358. 359.
— Flottenprogramm 181. 325.
Deutschland u. Frankreich 142. 146 211.
— — Beziehgn. 27. 376. 390.
— — Gegenaktion 141.
— — Kolonialpolitik 143.
— — Kriegsbereitschaft 143.
— — u. Rußl. 165.
— — Verständig. 243.
— — Zusammenstoß 165.
— u. Freiheit der Meere 326.
— u. d. Friede v. Shimonoseki 143.
— Gegner im W. und O. 212.
— u. Georg V. v. Engl. 414.
— Gericht u. Hellfeld 253.
— Grenzen im Kongogebiet 206.
— Großdeutsche 71.
— Handel 158. 353.
— — mit Engl. 21.
— — u. Flotte 358. 359.
— — u. Kanada 87.
— — i. Mandschurei 290.
— Handelsinteressen 141.
— — in Türkei u. Persien 379.
— u. Hankau-Tsentschuenbahn 104.
— Hegemonie in Europa 22.
— Herrenhaus 162.
— u. indische Frage 100.
— Isolierung durch Eduard VII. 181.
— im „Journal des Débats" 377.
— u. Japan 27.
— kanad.-dtsch. Handelsvertrag 87.
— Kolonialminister 226.
— Kolonialpolitik u. Engl. 353.
— Kolonien 227.
— u. Kongo 178. 206.
— Kriegsschiffe, Verkauf a. Türk. 302.
— Kronprinz, Orientreise 333.
— Lähmung 144.
— u. Lobanow Rostowskis Politik 143.
— Luftschiffe 325.
— u. Mandschurei 9.
— Marineministerium 302.
— Marinepolitik u. Engl. 324.
— u. Marokko 195. 289.
— Marokkokonflikt 181.
— marokk. Politik 392.
— u. Mittelmeer 237.
— offene Tür-Prinzip 353.
— u. Österreich 22. 27. 91.
— Österr. Vertrag 1879 412.
— u. österr.-russ. Konflikt 181.
— u. päpstl. Enzyklika 217.
— Partikularismus 413.
— u. Persien 118. 156.
— Polens Annexion 212.

Deutschland, Politik 91.
— polit. Interessen 141.
— Portugies. Handelsvertrag 50.
— Presse u. Frankreich 142.
— Reichskanzler 73.
— Reichskanzler Dernburg 226.
— u. republ. Frankr. 209.
— Roosevelts Reise 190.
— u. Rumänien 27.
— von Rußland geschaffen 333.
— u. Rußland 24. 25. 41. 70. 71. 165. 303. 411
— — Annäherung 199. 405.
— — Beziehungen 166.
— — Depots 4.
— — Feindschaft 345.
— — Gegenaktion 141.
— — Grenze 264.
— — Krieg 27. 165. 166.
— — Verständig. 385. 391.
— — Zusammengehen 239.
— u. russ.-engl. Abkommen 181.
— u. russ.-ind. Verbindungsbahn 379.
— Schiffsbauten 13.
— u. Schweden 27.
— schwed.-dtsch. Handelsvertrag 73.
— u. d. Slaven 275.
— u. s. Souveräne 209.
— Sozialdemokraten 5.
— Stärke 265.
— Tarifverhandl. m. Kanada 358.
— u. Tschechen 407.
— u. Tunisifizierung Marokkos 292.
— u. Türkei 247. 293. 302. 328. 396.
— türk. Anleihe 355.
— Überlandbahn Calais-Bombay 368.
— Unterseeflotte 280.
— Verfassung u. England 77.
— Weltstellung 198.
— Werften 302.
— u. Wesselitzky 233.
Devonshire, Herzog u. d. Suffragettes 286.
Diakowa, Scheftet Pascha 219.
Diaz, P., Präsident 282. 381.
Dibra-Ritschewo, Bischof 250.
Dicey, Edward 13. 15. 62. 171.
Dickinson, amerik. Staatssekr. 403.
Dillon, Irenführer 99. 287.
Dirdjele, franz. Niederlage 396.
Disraeli 31. 385.
Djavid, türk. Min. 327. 396.
Djulfa 379.
Doggerbankaffäre 143.
Donald, J. S. 204.
Dordschiew, Burjäten-Lama 102.
Dorient, Roger 352.
Dorpat, deutsche Universität 223. 397.
Dostojewski 372.
Doumer, franz. Min. 177. 194.
Dragumis, griech. Min. 51.
Dreibund u. Türkei 386. 396.
Drusen, Aufstand 407.
— Niederlage 323.
Tschurdjew, Burjäten-Lama 295.
Dscharidat el Arab 177.
Dublin, Erzbischof 281.
— Universität 281.
Dubois, Paul 55.
Duez-Affäre 108.
Dufferin, Lord 234.

E.

Ebray, Alcide 207. 208. 210.
Echo de Paris 412.
Eclair 6. 19. 28. 60. 80. 108. 204. 338. 340. 342. 380. 400. 408.
Economist 268.
Ecuador, Streitigkeiten 283.
Edinburgh, Herzog von 116.
Eduard, König v. Engl. 234. 414.
— Bestattung 197.
— u. Delcassé 181.
— u. deutsche Gefahr 181.
— u. Deutschland 180.
— u. europ. Krieg 181.
— Friedensfreund 181.
— in Paris 93. 179.
— polit. Aktionen 179. 180.
— u. russ. Abkommen 181.
— Tod 179.
Eitel Friedrich, Prinz, in Jerusalem 141.
El-Alam 106.
Elfenbeinküste 119.
Elgin, Lord 357.
Elsaß-Lothr. 80. 81. 243. 354.
— u. Frankreich 376.
— Verfassung 399. 410.
El Wardani 205.
Empire Review 13. 62. 171.
Engineering 229.
England, Abgaben 158.
— Abrüstung 13. 259.
— u. Afghanistan 93. 350.
— in Afrika 33.
— afrikan. Kolonien 233.
— afrikan. Reich 349.
— afrikan. Stellg. 171.

England u. Ägypten 33.
— ägypt. Politik 174.
— u. ägypt. Regierung 288.
— Albert-Committee 259.
— Allianzen-System 171. 182.
— u. Amerika 301.
— amerik. Bündnis 315.
— amerik. Schiedsvertrag 284.
— Angleterre inconnue 3.
— anglo-german friendship committee 259.
— Antigermanismus 95.
— Anti-Suffragettes 284. 286.
— u. Arabien 34.
— Arbeiter 385.
— Arbeiterpartei 3. 43. 65. 79. 84. 380. 400.
— u. Argentinien 205.
— Arme und Reiche 401.
— Armee 144. 265.
— — u. Haldane 100.
— Asiaten u. Kaukasier 173.
— in Asien 33.
— Asiat. Einflußsphäre 182.
— asiatische Küste 169.
— asiat. Politik 296.
— asiat. Stellung 171. 173.
— Aufschwung 352.
— auswärt. Krieg 401.
— auswärt. Politik 4. 78. 156. 265. 349. 415.
— u. Beludschistan 34.
— u. bosn.-herzeg. Frage 143.
— Botschaft des Königs 364.
— Budget 1. 43. 63. 84. 107. 138. 147. 153.
— u. Burenstaaten 305.
— Chamberlain, Tarifreform 1.
— in China 95.
— chines. Beziehgn. 294.
— u. chines. Handel 290.
— chines. Politik 104.
— — u. Amerika 104.
— u. Cypern 69.
— u. Delcassé 103.
— Demokratie 265.
— u. Deutschl. 12. 14. 23. 43. 63. 182. 265.
— deutsche Beziehgn. 259. 273. 352.
— u. deutsche Flotte 264. 358. 367. 391.
— deutsche Gefahr 2. 20. 24. 31. 268.
— deutsch-engl. Gegensatz 399.
— u. Deutschl. in Marokko 289.
— u. deutsche Reichsverfassung 77.
— deutsch-engl. Schiedsvertrag 1.
England, deutscher Überfall 191.
— u. dtsch. Verständig. 171.
— Eisenbahnkonzess. in Persien 94.
— u. europ. Friede 190.
— europ. Stellung 171.
— u. Falklandsinseln 205.
— Finanzgesetz 176.
— — u. Oberhaus 171.
— Finanzlage 100.
— Flotte 13. 31. 182. 191. 265. 399.
— — in chines. Gewässern 290.
— Flottenchauvinismus 259.
— Flottendebatte 280.
— Flottendemonstration 147.
— u. Frankreich 18.
— — Allianz 180. 412.
— — Entente 179.
— — franz. u. russ. Flotte 171.
— — Flotte 142.
— — in Marokko 289.
— Freihandel 1. 15. 62.
— Gesetze u. Parlament 78.
— Gewerkschaften 4.
— Gladstones Homerule 357.
— Grubenarbeiter 3
— Handel 21. 100. 158. 182.
— — mit Deutschland 21.
— u. Himalajastaaten 294.
— u. Hindus 8.
— u. Holland 266.
— Home Rule 30. 84. 138. 151. 281. 285. 301. 385.
— jap. Allianz 173. 180. 239.
— — u. China 104.
— — u. Rußland 251.
— u. japan. Flotte 171.
— Japans Hilfe 362.
— u. japan. Krieg 25.
— japan. Politik 104.
— Imperialismus 34. 385.
— imperialist. Politik 31.
— u. Indien 8. 33. 35. 57.
— Indiens Feindseligkeit 320.
— u. indisch. Aufstand 193.
— indische Besitzungen 362.
— ind. Gefahr 100.
— ind. Reich 349.
— innere Fragen 161. 162.
— innere Krisis 138.
— innere Lage 257. 258.
— innere Politik 255.
— Iren 43. 84. 99. 385. 400.
— Iren u. Liberale 120.
— Iren u. Unionisten 380.
— u. Irland 55.

England, Irlands Autonomie 176. 182.
— Kabinett 345.
— Kaiserreich 312.
— u. Kanada 87. 258.
— u. kanad. Flotte 182.
— kanad.-amer. Tarif 175.
— Kautasier u. Asiaten 173.
— Kautschukaktien 176.
— u. Klemasien 350.
— Kolonialreich 182.
— Kolonialsystem 34.
— Kolonien 34. 346. 356.
— — autonome 258.
— — Handel 2.
— — Mitregiment 3.
— — Selbstverwaltung 395.
— König u. Verfassung 287.
— Konservative 22.
— Konsols 342.
— Kriegsbudget 99. 267.
— Kriegsschiffe in Ostasien 290.
— Landweg n. Indien 326.
— Liberale 1. 20. 22. 23. 30. 43. 54. 62. 138. 257. 355. 380. 385. 401.
— — u. Iren 120.
— — u. Unionisten 364. 392.
— Lords 23. 84. 138. 152. 176. 234. 257. 366.
— u. Mandschurei 9.
— u. mandschur. Bahnen 37.
— mandschur. Handel 269.
— Marinebudget 99.
— Marineliga 346.
— u. Mesopotamien 34.
— Militärluftschiff 177.
— Ministerium 99.
— — u. Iren 85.
— — u. Parlament 78.
— u. Mittelmeer 266.
— Monarchie 287.
— Nordseemanöver 151.
— Oberhaus 1. 30. 63. 119. 138. 151. 257. 385.
— — u. Finanzgesetz 171.
— — Reform 3. 43. 84. 161. 176. 366. 385.
— — u. Unterhaus 364.
— Osborne-Urteil 366.
— u. Pamir 34. 350.
— u. päpstl. Enzyklika 217.
— Parlament 84. 107.
— — Auflös. 99. 120. 161. 365. 380.
— — Eröffnung 73.
— — u. Gesetze 78.
— — Krisis 80.
England, Parlament, Vertagung 171.
— u. Pazif. Ozean 269.
— Peers 255. 257.
— u. Persien 8. 34. 118. 135. 156. 186. 350.
— — Abk. m. Rußl. 93.
— — Anleihe 94. 167.
— — Frage 135.
— — Waffenhandel 310. 311.
— Presse 197.
— — u. Roosevelt 132.
— u. preuß. Verfassung 77.
— Radikale 257.
— Radikalismus 385.
— Rat der Reichsverteidig. 170.
— Referendum 385.
— Reichsrat 395.
— Richter 79.
— u. Rußland 25. 27. 93. 239.
— Rußl. u. Japan 89.
— russ. Allianz 144.
— russ. Vertrag 296. 320. 362.
— russ. u. engl. Abkommen 239.
— russ.-engl. Feindschaft 26.
— Schiffsbauten 13.
— Schutzzoll 62.
— Seeherrschaft 145. 349.
— Seerüstung 84.
— soziale Reformen 22.
— Sozialisten 65.
— Sozialpolitik 78.
— u. Sudan 34. 175.
— südafr. Angelegenh. 304.
— Suffragettes 286. 366.
— Tariffrage 1. 255. 257.
— Tarifreform 15. 20. 30. 357.
— tibet. Beziehgn. 294.
— tibet. Handel 295.
— u. Tibets Unterwerfung 103.
— tibet. Vertrag 296.
— Torypartei 385.
— u. tunes. Frage 143.
— u. Türkei 5.
— Unionisten 1. 14. 20. 54. 64. 255. 257. 355. 380. 385.
— — u. Liberale 364. 392.
— u. Presse 4. 63.
— Unterhaus 1. 20. 147. 385.
— — Auflösung 374.
— Verfassung 244. 385.
— — u. König 287.
— Verfassungseid d. Königs 294.
— Verfassungssystem 79.
— Versöhnungskonferenz 258.

England, Veto der Lords 392.
— Vetobill 365.
— Vetokommission 286.
— Vetokonferenz 280. 346. 355.
— Waffenhandel 192.
— — u. Afghanistan 351.
— Wahlen 3. 4. 13. 15. 20. 30. 54. 138. 357. 380. 385. 392. 399.
— Wahlkosten 77.
— Wahlrecht 79.
— Wahlresultat 62.
— Wehrkraft 20.
— Whigs 257. 385.
— Younghusbandvertrag 296.
— Zölle 1.
Enseli, Gouverneur 379.
— russ. Truppen 379.
— Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Essad, Scheich 214.
Estland 259. 334.
d' Estournelles, Const. 90.
— Petersbg. u. Moskauer Erlebnisse 96.
Estrada, General 284.
Etienne, franz. Min. 194.
Europa u. asiat. Volksvermehrg. 172.
— u. China 122.
— Deutschlands Hegemonie 22.
— Frieden u. England 190.
— Gleichgewicht 22. 292.
— u. Indien 173.
— u. Japan 112.
— Krieg u. Eduard VII. 181.
— Krieg u. Orient 175.
— u. Philippinen 112.
— u. Rußland 238.
— status quo 392.
Evening Journal 314.

F.

Falklandsinseln 205.
Fallières, Präs., in d. Schweiz, 314.
Favey, Georg 407.
Feelding 2.
Ferdinand, König v. Bulgarien 45. 185. 204. 338.
— in Konstantinopel 112. 136.
— in Paris 246.
— in Petersburg 90. 97. 136.
— in Zarskoje Sselo 84.
Ferid, Mohammed 174.
Ferry, Jules 376.
Ferry, René Marc 408.
Fez 292.
Fidai 7.
Fiedler, Dr., Präs. d. tschech. Klubs 374.
Fiedler, Prof. 389.
Fiegenschuh, Hauptmann 80.
Figaro 74.
Figuig 292.
Finanzchronik 150.
Finnland 49. 59. 137. 252.
— autonom 248.
— u. Duma 189. 200.
— finis Finlandiae 231.
— u. Frankreich 166.
— franz. Protestadresse 371. 374.
— Kommission 167.
— Landtag 93. 167. 323.
— polit. Entrechtung 148.
— Rechtsbrüche 371.
— Rechtsstandpunkt 178.
— Russen 167.
— russ. Tschinownik u. Popen 223.
— Selbständigkeit 273.
— Verfassung 222. 230. 260.
Fischer, Oranje-Minist. 308.
Fisher, Andrew 155.
Fitzpatrik, Sir Percy 307. 308.
Fonseca, Hermes da 93. 101. 284. 398.
Formosa 404.
— japan. Chinesen 277.
Foster, amerik. Konsul 402.
Fournier, franz. Admiral 142. 143. 144.
Franco, Verhaftung in Lissabon 333. 342.
Frankfurt, Unruhen 76.
Frankreich, Abgaben 158.
— Affäre Duez 108.
— u. Ägypten 139. 174.
— u. Algier 174.
— Alkoholismus 158.
— Alliierte 143.
— Altersversorgungsgesetz 132.
— Amerika u. Deutschl., Hankaubahn 104.
— Anarchismus 340.
— Antigermanismus 95.
— Apachen 11. 28.
— — in der Armee 67.
— Armee 144.
— Aufschwung 352.
— auswärt. Lage 228.
— auswärt. Politik 101. 224.
— Beamte 158.
— — Ausstand 356.
— Budget 67.
— bulgar. Anleihe 38.

Frankreich, Chauvinismus 377.
— in China 95.
— u. deutsche Presse 141.
— deutsch-frz. Beziehgn. 376.
— u. deutsch-russ. Krieg 165.
— Deutschlands Entgegenkommen 146.
— u. Deutschl., Zusammenstoß 165.
— Eisenbahnerausstand 323. 329. 340. 356.
— u. Elfenbeinküste 119.
— u. elf.-lothr. Angelegenheit 376.
— u. England 18. 142.
— — Bündnis 180. 412.
— Entente 179.
— Entvölkerung 158.
— Finanzen 158.
— u. finn. Verhältnisse 166.
— Flotte 415.
— — u. England 171.
— — u. Mittelmeer 268. 386.
— Flottenplan 387.
— Flottenprogramm 139. 142.
— Freimaurer 118.
— Fremdenlegion 371. 376. 406.
— Geburtenziffer 282.
— Handel 21. 158.
— Hankau-Tsentschuenbahn 104.
— u. Hinterindien 47.
— innere Politik 118.
— ital. Annäherung 144.
— japan. Abkommen 144.
— japan. Vertrag 160.
— u. Japan-Rußl.-Engl. 89.
— Kabinett 345.
— Kammer 228. 341.
— Kirche u. Staat 108.
— Kirchenpolitik 208. 329.
— koloniale Unternehmungen 406.
— Kolonialkrieg 119.
— Kolonialpartei 80.
— Kolonialpolitik 143. 415.
— Kolonialreich 208.
— Konservative u. Radikale 262.
— Kriegsministerium 67.
— Kurie 212.
— u. mandschur. Bahnen 37.
— Marine 158. 387.
— Marinedebatte 139.
— Marineprogramm 229.
— Marokko 16. 23. 80. 92. 174. 289.
— marokkan. Anleihe 67. 101.
— marokk. Kämpfe 273.
— marokk. Krieg 80.
— Marokko-Vorgehen 291.
— Ministerium Briand 355.
Frankreich im Mittelmeer 139. 268. 415.
— Mittelmeerflotte 47.
— Parlamentarismus 101. 158. 208.
— „Pluviose" 243.
— u. Polen 164.
— Politik 415.
— polit. Krisis 158.
— polit. Verbrecher 243.
— Präfekturen 263.
— Presse 20. 235.
— — u. Elsaß-Loth. 243. 376.
— Radikale u. Konservative 262.
— radikale Sozialisten 100. 159. 163. 183.
— Republik u. Deutschland 209.
— Revanchepolitik 390.
— russ. Allianz 143. 144. 165. 180. 405. 412.
— russ. u. franz. Volkstum 375.
— u. Rußland 27. 164. 229. 239.
— soziale Krisis 158.
— Sozialismus 415.
— Sozialisten 340. 346.
— u. Spanien 23.
— span. Annäherung 144.
— Sparsinn 328.
— Staatsschuld 158.
— Stellung in Tunis 53.
— Stimmrecht 119.
— Syndikalismus 158.
— Truppen 28.
— u. Türkei 16. 293.
— türk. Anleihe 323. 327.
— türk. Grenzverhandl. 205.
— u. Tunis 53. 174.
— Volkszählung 244.
— Wahlen 100. 118. 139. 147. 157. 161. 163. 183.
— Wahlrecht 74.
— Wahlreform 163. 184. 223. 263.
— Wahlstatistik 194.
— Wahlsystem 208.
Franz Ferdinand, Erzherzog, in Potsdam 390.
Franz Josef, Kaiser 209.
— in Bosnien u. Herz. 224.
— Demiss. d. Kab. Khuen-Hedervary 41.
— Geburtstag 323.
— u. Kiderlen-Wächter 323.
— Reichsrat-Eröffn. 246.
Free Hindostan 48.
Friedberg, Kaiserpaar v. Rußland 323.
Friedrich Wilhelm I. 335.

G.

Gabes, französ. Kriegsschiffe 53.
Gaedke 86.
Gaelic American 64. 176.
Gaelic League 281.
Galizier 71.
Galway, Universität 281.
Gambia 17.
Ganges, Islam, 17.
Garib Khan 168.
Garin, russ. Senator 10. 39. 279. 299.
Gaulois 23.
Gazal, Scheich 168.
Georg V., König v. England 179. 284. 368. 401. 414.
— Kaisertitel 312.
— Krönung 344.
— Krönungseid 301.
— u. Roosevelt 315.
— Thronbesteigung 323.
— u. Wilhelm II. 197.
— Zivilliste 286.
Georg, König v. Griechenl. 41. 136.
— u. Nationalversamml. 107.
Georg, Prinz v. Griechenl., in Kreta 44.
Ghadames, Karawanenstraße 206.
Gilbert 347.
Giolitti 100.
Gladstone 23. 30. 84. 385.
— Homeruleprogramm 85.
Gladstone, Sir Herbert 234.
Gladstone of Lonark, Generalgouv. v. Südafrika 307.
Glesmer, Senator 81.
Glinka, russ. Schriftsteller 70.
Goldküste 17.
Golos Moskwy 7. 11. 36. 39. 81. 88. 89. 93. 94. 112. 133. 138. 157. 184. 188. 231. 241. 250. 261. 269. 298. 300. 339. 361. 363. 411. 414.
v. d. Goltz, Generaloberst 150.
— in Argentinien 189. 205.
Gomez, Vincente, Präs. v. Venezuela 171.
Gorst, Sir Eldon 174. 220.
Gortschakow 25.
Goerz, Graf 335.
Göttinger Gelehrte Anzeigen 336.
v. Götzen, Graf Adolf 385.
Gorjainow, Dir. d. russ. Staatsarchive 236.
Graef, Kapminister 308.
Grahamstown 309.
Grammont 414.
Grant, U., in Europa 183.
Grey, Earl, Kanada 57. 66.
Grey, Sir Edward 14. 31. 63. 162. 186. 235. 248. 287. 289. 290. 297. 298. 325. 343. 356.
Grenzboten 259.
Griechenland 7.
— Bauernaufstand 120.
— u. Bulgaren 406.
— Deputiertenkammer 93.
— Kabinett 41.
— u. Kreta 11. 44. 50. 68. 107. 196. 214.
— Militärliga 28. 46. 107. 121.
— — u. Regierung 51.
— Nationalversammlung 41. 51. 93. 197. 235. 323. 338. 389. 399.
— — u. Kreta 62.
— Regierung u. Militärliga 51.
— Richter 52.
— u. Rußland 247.
— türk. Beziehgn. 203.
— Wahlmodus 52.
Groussac, Paul 205.
Guinea 17.
Gundamak, Vertrag 37.
Gustav Adolf-Verein 370.
Gutschkow, Dumapräs. 112. 138.
Gyangtse, engl. Agentur 297.
— engl. Handel 296.

H.

Haag, Konferenz u. tibet. Grenzen 168.
Habib ullah Khan 93.
Hadji Abbas Hilmi 134.
Hafki Pascha, türk. Min. 1. 5. 16. 30. 177. 214. 388. 395.
— u. Aehrenthal 314. 323.
Haldane 100. 358.
Halifax Herald 2.
Halifax, Lord, u. d. Suffragettes 286.
Hamadan 379.
Hammond 398.
Hankau, anticurop. Beweg. 169.
Hankou-Canton-Szetschwan 89. 95. 104. 105.
Hanotaux, Gabriel 143. 236.
Harden, Maxim. 22. 268.
Hardinge, Sir Charles 234.
Hardinge, Lord 367.
Hart, Sir Robert 121.
Hartington 31. 385.
Havanna, revolut. Umtriebe 264.

Hawai 140.
— u. Japan 105.
Healy 63.
Hedjasbahn 7. 232. 407.
Heiluntschan, chin. Prov. 168.
Helgoland 70.
L'Hellénisme 160.
Hellfeld-Affare 4. 11. 253.
Herzen 372.
Herzegowina 247. 334.
— Annexion 26.
— — u. Türkei 69.
— Verfassung 73.
Herzog, Oranje-Minist. 308.
Het Volk (Transvaal) 307.
Hilmi Pascha 5.
— in Rußland 170.
Himolajastaaten 294.
— engl. Vasallenstaaten 297.
Hindus u. England 8.
— u. Mohammedaner 173. 390.
Hofstetter 363.
Holland u. England 266.
— u. Sundainseln 278.
Holländ.-Indien 278.
Honducas, Revolution 284.
Hongkong, Filipinos 112.
Hopps, John Page 324.
Hull, Minister 308.
Huret, Jules 413.
Hyde, Dr. 281.

J.

Jagailo, Litauer 275.
Jakson, Ermordung in Lahore 8.
Jalu 180.
Jameson, Dr. 234. 306. 307.
Jangtsegebiet, Unruhen 160. 168
Jangtsekiang, Handel 221.
Jani Gazeta 220.
Jantschewski, Korr. der Now. Wrem. 135.
Japan 24.
— u. Amerika 105. 268.
— amerikan. Krieg 112.
— u. asiat. Beweg. 182.
— u. China 139. 221.
— — Expropriierung 319.
— u. chines. Eisenbahnen 112.
— chines. Handel 290.
— chines. Krieg 122.
— u. Deutschl. 27.
— engl. Allianz 180.
Japan, engl. Allianz u. China 104.
— — u. Rußl. 251.
— u. engl. Politik 104.
— u. europ. Mächte 112.
— Flotte 27.
— — u. Engl. 171.
— französ. Abkommen 144.
— franz. Vertrag 160.
— u. Hawai 105.
— u. Java 290.
— u. Kamtschatka 9.
— Kitchener, Lord 169.
— Kolonialpolitik 403.
— u. Korea 169. 262.
— Koreas Annexion 196.
— u. Mandschurei 262.
— u. Mandschureibahnen 19. 37. 47.
— Ostasien den Japanern 276.
— ostasiat. Märkte 195.
— u. Österreich 22.
— u. Philippinen 105. 112. 404.
— u. Rußland 9. 25. 37.
— russ. Abkommen 112.
— russ. Allianz 144. 319.
— russ. Einvernehmen 269.
— russ. Krieg 180.
— russ. Kriegsflotte, Hebung 244.
— russ. Mandschureivertrag 298.
— russ. Vertrag 251. 262. 268. 276. 362.
— Rußl. u. Engl. 89.
— Schiffsbauten 339.
— u. Siam 277. 290.
— siam. Handel 277.
— Stellg. in Mandschurei 362.
— Studenten, oriental. 277.
— Zukunftspolitik 140.
Japanese-american commercial weekly 317.
Jaurès 240.
— u. d'Estournelles 90.
Java, holländ. Truppen 278.
— u. Japan 290.
— Japaner 277.
Ibrahim el Wardani 106.
Jemen, Beduinen 407.
Jen 276.
Igli 291.
Imam Jachia 407.
Imperial Maritime League 342.
Inder 17.
Indien 18. 232. 267.
— Agitation 48.
— Aufruhr 100.
— Bahnen, strateg. 173.

Indien, Baumwolle 172.
— Befreiung 48.
— Bengalen 173.
— Boykottbewegung 66.
— chines. Gefahr 104.
— Curzon-Doktrin 296.
— Dalai-Lama 104.
— Eisenbahn, russ.-engl. 404.
— u. England 8. 33. 35. 57.
— Englands Politik 349.
— engl. Stellung 193.
— engl. Herrschaft 173.
— engl. Maßregeln 311.
— engl. Truppen 173.
— engl. Vasallenfürsten 87.
— engl. Waffenhandel 192.
— Erregung 80.
— Feindseligkeit geg. Engl. 320.
— Frankreichs Stellung 47.
— Französ.-Indien 48.
— Gärung 244.
— Gefahr f. England 100.
— Grenzen, tibet. 104.
— Hardinge, Sir 234.
— Hindus u. Moslem 173.
— Lage 173. 388.
— Moslem u. Hindu 173.
— nationale Ansprüche 367.
— Nationalkongreß 8.
— Nationalisten 66.
— Politik 234.
— Presse 57.
— Preßgesetz 56.
— revolut. Elemente 186.
— russ. Gefahr 104.
— russ. Verbindungsbahn 378.
— Selbstverwaltung 395.
— u. Tibet 295.
— Unruhen 172.
— Verfassung 174.
— Vizekönig 234. 367.
— Waffen u. Munition 192. 193.
— Waffenmanufakturen 388.
Indochina 47. 48.
Ingermannland 335.
Institut de France 165.
Joakim III., Patriarch 406.
Jokohama, Erregung 276.
Jonische Inseln 70.
Jonnart, franz. Min. 194.
Journal des Débats 1. 9. 12. 13. 19. 20. 21. 24. 36. 68. 74. 81. 98. 103. 104. 146. 147. 207. 208. 210. 212. 243. 301. 372. 374. 376. 377. 391.
Ipek, Albaner 184.
Iren u. Deutsche in Ver. Staaten 349.
Irland 153.
— Auswanderung 55. 56.
— Autonomie 182.
— u. England 55. 300.
— Frage, irische 63.
— Home Rule 3. 43. 56. 84. 176. 281. 284. 312. 313. 315. 357. 366. 385.
— Nationaluniversität 281.
— Parlament 315.
— Regierungssystem 64.
— self-government 393.
— Steuerlast 55.
Ischl, König Eduard 234.
Islam, 17. 185.
— in Afrika 195.
— Ausbreitung 195.
— u. Neger 195.
— u. Rußland 18.
— Weltzusammenhang 232.
— Zivilisat. u. Wissenschaft 175.
— Zukunft 18.
Islamitische Frage 182.
Ispahan 327.
— Gouverneur 168.
Iswolski 25. 27. 40. 107. 166. 246. 248. 260. 337. 369. 386. 412.
— u. Aehrenthal 136.
— u. Balkanbund 60. 98. 338.
— in Berlin 165. 179.
— u. Engl. u. Frankr. 26.
— u. Kramarsch 71.
— u. pers. Anleihe 94.
— Politik 239.
— polit. Programm 404.
— Rücktritt 331.
Italien, auswärt. Politik 385.
— Flottenpolitik 268.
— französ. Annäherung 144.
— Ministerium Luzzati 171.
— Ministerium Sonnino 100. 120.
— u. Mittelmeer 386.
— Neutralität 387.
— Savoyen u. Nizza 243.
— Seehäfen 386.
— u. Tripolis 388.
Ito, Marquis 121. 169. 180.
Judet, Ernest 401.
Just, 224.
St. Just 376.
Iwanowitsch, serb. Kanzleidir. in Petersburg 98.

K.

Kabul 18.
— ruſſ. Einfluß 93.
Kairo, Beamten 134.
— Erregung 80.
— Muſik 205.
— Roosevelt 132.
Kairo-Kap, Eiſenbahn 349.
Kalifornien, Einwanderung 270.
Kalkutta, Dalai-Lama 102. 104.
— Hochverratsprozeſſe 388.
— Legislative Council 56.
Kalau vom Hofe, Admiral 259.
Kalgan, Eiſenbahn 95.
Kalgan-Urga-Kiachta-Eiſenbahn 112. 351.
Kamarowski, Graf Leon 178.
Kamm, Dr. 195.
Kamtſchatka 140. 270.
— bis Korea japaniſch 276.
— Fiſcherei 9.
— Japans Herrſchaft 173.
Kanada 3. 57. 100. 304.
— Artillerie in Ottawa 87.
— Beſuch König Georgs 368.
— deutſche Waren 84.
— u. deutſch-engl. Krieg 354.
— deutſch-k. Handelsvertr. 87.
— u. England 258.
— engl. Geld 258.
— Eucharistenkongreß 347.
— Flotte 66. 182. 395.
— Flottenfrage 86.
— Flottengeſetz 102.
— Flottenpolitik 58.
— Franzoſen 347.
— Handel u. Deutſchland 87.
— Handelskammerpräſ. 380.
— Handelspolitik 182.
— iriſche Wünſche 380.
— u. Kitchener 175.
— Konſuln 357.
— Kriegsmarine 403.
— Laurierſche Marinevorlage 29.
— Parlament 358.
— polit. Selbſtänd. 245.
— polit. Stellung 35.
— Selbſtändigkeit 258. 316.
— Stimmung 347.
— Tarifverhandl. m. Dtſchl. 358.
— Unabhängigkeit 402.
— u. Verein. Staaten 175. 258. 348.
— — Gegenſeitigkeitsvertrag 395.
— Verhältniſſe 258.
Kanada, Waldbrand 255.
Kap Bajador 17.
Kap Blanko 17.
Kap-Kairo-Bahn 349.
Kapland 304.
— Bond 307.
Kapſtadt, ſüdafr. Parlament 344.
Karadagh, Kupferminen 379.
— ruſſ. Truppen 37.
Karageorgiewitſch, Dynaſtie 107.
Karamſin, ruſſ. Hiſtoriker 39.
Karatheodori Paſcha 236.
Karelien 335.
Karl XII. 212. 335.
Karpow, Polizeichef 241.
Kaſchkaizen 168.
Kaſchmir 294.
Kaſſo, ruſſ. Miniſt. 337.
Kaswin, General Rſhenski 168.
— ruſſ. Beſetzg. 135. 219. 326. 338. 379.
Katangagebiet 232.
Katharina II. 166. 201. 295. 336.
Katſura 169.
Kaukaſier u. Aſiaten 173.
Kaukaſus, Lage 137.
— Revolution 137.
— Unruhen 149.
Kerak, Plünderung 407.
Kerman, Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Kermandbehir, türk. Trupp. 338.
Khuen-Hedervary, Miniſt. 28. 216. 224.
— Beleidig. in Peſt 120.
— Miniſterium 41.
Kiachta, Eiſenbahn 112. 351.
Kiamil Paſcha 5.
Kiautſchou u. Chinas Förderung 319.
v. Kiderlen-Waechter 246. 284. 294. 303. 323. 392.
Kiew 222.
— Gouverneur 200.
— Polen 223.
— Senatorenreviſion 99.
Kipling, Rudyard, u. d. Suffragettes 286.
Kirin 126.
Kitchener, Lord 66. 100. 169.
— in China u. Japan 169.
— nicht in Kanada 175.
— Rückkehr n. Engl. 175.
Kiwaſee 206.
— Grenzen 314.
Kleinaſien 239. 379.

Kleinasien u. England 350.
— Eisenbahnen 385.
— Islam 17.
Knox, Staatssekretär 105. 112.
— in Kanada 347.
Koch, Robert, Tod 207.
Kohatpaß 388.
Kokowzew 166.
Komura, Marquis, in Charbin 112.
Kongo 22.
Kongo-Konferenz 50.
Kongostaat, Grenzen 206.
— Mißwirtschaft 232.
Konstantinopel 185.
— u. engl. Einfluß 7.
— Geheimbund 264.
— junge Bucharei 231.
— Islam 17.
— Ministerrat 53.
— Patriarch u. König Peter 170.
— Perser, deutschfeindl. 324.
— u. Rußland 237.
Kopenhagen, König Eduard 234.
Koptische Christen 106. 134.
Kordofan, Mohammedaner u. Heiden 195.
Korea 298.
— Annexion 9. 196. 262. 270. 360.
— u. Japan 169.
— bis Kamtschatka japanisch 276.
Korostowetz, russ. Gesandter 112.
Kosse Gol, See 252.
Kossuth 224.
v. Kotten, russ. Oberst 240. 241.
Kowalski, J. Maria Michael, mariavitischer Bischof 201.
Koweit 81.
— engl. Agentur 311.
— Erhebung 72.
Kozlow, russ. Oberst 295.
Krakau 202. 274. 275. 276.
Kramarsch 71. 371.
— Niederlage 374. 389.
Kreta 7. 28. 68.
— Autonomie 219. 248.
— Frage 50. 170. 196. 235. 246. 327.
— u. Griechenland 40. 44. 107.
— u. griech. Nationalversamml. 62. 323.
— u. die Mächte 43. 215.
— Mohammedaner 214.
— Nationalversamml. 179. 218. 264. 272.
— Okkupation 248.
— Parlament 213.
— u. Rußland 247.
Kreta, russ. Schiffe u. Truppen 246.
— Souveränität 246.
— status quo 262.
— u. Türkei 11. 30. 204.
— Wirren 244.
Kreuzzeitung 11. 62. 150. 216. 239. 403.
Krimkrieg 59. 401.
Kristiania, König Eduard 234.
Kronstadt, Revision 147.
Krupenski 371.
Kuba, Erhebung 417.
— Geldmarkt 317.
„Kurfürst Friedrich Wilhelm", Kriegsschiff 302.
Kwangsü, Kaiser v. China 88. 360.
Kwantung, Okkupation 362.
Kwidji, Insel 206.

L.

Labori, Advokat 240. 242.
Labroue, Henri 277. 290.
Lado, Grenze 206.
Lagos 17.
Lagos Weekly 195.
Lahore 294.
— Bombenattentat 1.
— polit. Attentat 8.
Lalla Marnia 18.
Lambsdorff, Graf 180.
Lamington, Lord 185. 186.
Lansdowne, Lord 31. 103. 162. 296. 356. 366. 385.
— u. d. Suffragettes 286.
Langlois, General 144.
La Plata, Streitigkeiten 283.
La Plata-Zeitung 317.
Laurier, Sir Wilfrid 35. 57. 86. 175. 258. 316. 358. 380. 395. 402.
Law, Sidney 77.
Lawrence, Pethik, Suffragette 366.
Lea, Homer, General 193.
Leader 307.
Lebas 376.
Lebedew, K. N., Senator 331.
Leblond, Marius-Ary 230.
Lefèvre, Unterstaatssekr. 346.
Lemberg 202.
Lémonon 21. 24.
Leo, Bürgermeister v. Krakau 303.
Leopold, König 232.
Lesseps 238.
Lewa 106.
Lhassa 87.

Lhassa, chines. Truppen 297.
— engl. Handel 296.
— russ. wiss. Expedition 295.
— Younghusband 103.
Liabeuf, Mörder 255.
— Hinrichtung 262.
Liaotung, Japan-China 122.
Liberia 17.
Lidj Jassu, Prinz 121. 170.
Lihungtschang 121. 125.
Lingeh, engl. Truppen 333.
Lissabon, König Eduard 234.
— Revolution 323.
Litauen 274
— poln. Gegensätze 276.
Livadia, Gesandter d. Dalai-Lama 295.
Livland 259. 334.
Lloyd George 23. 43. 84. 108. 256. 259. 285. 364. 392.
Lobanow-Rostowski, Fürst 143.
London, König Eduards Bestattung 197.
— Presse 4.
— Reichskonferenz 258. 395.
— Wahlen 4.
— Zentralasiat. Gesellsch. 185.
London Mail 87.
Longue, Jean 240.
Loubet 179.
Louis, Botschafter 90.
Lublin, Unionsreichstag 1569: 276.
Lueger, Dr., Bürgerm. v. Wien 102.
Luga, Eisenwerke 199.
Luise, Königin v. Preußen 209.
Luren 168.
Lutzento, Dr. 274.
Luzzatti, ital. Min. 121. 139. 171. 177.
Lynch, Dr. Arthur 300.

M.

Maan, Hedschasbahn 407.
Macdonald 295.
Macdonald-Younghusband, Expedition 103.
McKenna 62.
Mack, Norman L. 220.
Mac Manus, Seumas 55.
Madagaskar 278.
Madai, französ. Truppen 73.
Madriz, Präs. v. Nicaragua 84. 284.
Maha Vajiravudh, König v. Siam 382.
Mahan, Admiral 264.
Maharadjas 35.
Mahmud Mukthar 150.
Mahmud Schefket Pascha 150.
Mahmud, Scheich 36.
Maklakow, russ. Abgeord. 99.
Malaja, Kämpfe 236.
Malakka-Straße, Befestigung 278.
Malan, Kapminister 308.
Malavija, Präs. d. ind. Nat.-Kongr. 8.
Malinow, bulg. Minist. 323.
Malissia 219.
Malo, Charles 212.
Malta 69.
Manchester, Baumwolle 172.
Mandschurei 9.
— u. China 362.
— Eisenbahnen 19. 37. 46. 89. 124. 206. 362. 389. 403.
— — Neutralisierung 95. 104.
— Handel 269.
— — u. Deutschl. 290.
— u. Japan 262.
— Japan u. Rußl. 173. 351.
— jap.-russ. Vertrag 298.
— Problem 123.
— u. Rußland 276.
— russ. Bergwerksmonopol 174.
— Rußl. u. Japan 173.
— Rußlands Rechte 320.
— russ. Verwaltung 361.
— Teilung 289. 319.
Manitoba 380.
Mannesmann 109.
Manuel, König v. Portugal 1. 254. 329.
— in England 324.
— schwarz. Adlerorden 323.
Marokko 15. 47.
— Angelegenheiten 392.
— Anleihe 67. 109. 194. 224.
— Aufstände 112.
— Berggesetz 92.
— Bürgerkrieg 67. 80.
— deutsche Bergwerksinteressen 19.
— Deutschl. u. Engl. 289.
— deutsches Interesse 109.
— Engl. u. Frankr. 289.
— engl.-franz. Freundschaft 181.
— Frage 208.
— u. Frankreich 23.
— Frankr. u. Engl. 289.
— Frankreichs Stellung 16.
— Frankreichs Tyrannei 174.

Marokko, Frankreichs Vorgehen 80. 291.
— Integrität 292.
— Kämpfe 273.
— Mannesmann 92. 228.
— Minengesetz 228.
— Moinier, General 262.
— Sklavenhandel 196.
— u. Spanien, Kämpfe 294.
— span. Truppen 30.
— status quo 262.
— Tunifizierung 292.
Markow, österr. Dep. 274.
Martitz, Ferd. v. 92.
Martynow, General 298.
Mary, Königin v. Engl. 285.
Maskat, Munition 193.
— Waffen 192.
Matin 146. 328. 386.
Ma Tun, Dir. im ausw. chin. Amt 112.
Maura, span. Min.-Präs. 284.
Maurice, Fernand 119.
Mauromichelis, griech. Min. 338
Maybon, Albert 105.
Mazedonien 72. 185. 406.
— Agitation 28. 40.
— Banden 219. 338.
— u. Bulgaren 7. 44. 50. 90. 159. 244.
— bulgar. Agitation 45.
— bulgar. Intrigen 19.
— Entwaffnung 321. 396.
— Konflikt 250.
— Kongreß in Varna 20.
— u. Serbien 50. 61.
— serbische Intrigen 19.
— serb. Propaganda 274.
Mecklenburg 335.
Medem, russ. Senator 279.
Mehmet Schefket Pascha 7.
Mekinez 292.
Mekka, Hedjasbahn 7.
— Scherif 232.
— Sklavenhandel 196.
Meltan, Arzt in Kairo 228.
Mémorial diplomatique 207.
Menelik 170.
— Erkrankung 121.
Menschikow, russ. Journalist 202. 246. 248. 274. 303. 321.
Merriman, John Xav. 306. 307. 308.
Mersina, Eisenbahn 150.
Mesched, russ. Besetzg. 135.
Meschtscherski, Fürst 40.
Mesopotamien 379.
— u. England 34.
Mesopotamien, engl. Einfluß 7.
Mexiko, Geldmarkt 317.
— Präsident Diaz 282.
— revol. Bewegung 355. 381.
Meyer, Arthur 23.
Michael, Erzherzog 239.
Michail Alexandrowitsch, Großfürst 199.
Michail Nikolajewitsch, Bestattung 10.
Michelidokis 213.
Mijalowitsch, serb. Min. 160.
Mill, John Stuart 74.
Millerand 161. 177. 344. 346.
Milowanowitsch, serb. Min. 46.
— in Petersburg 98.
Minas Geraes, braf. Kriegsschiff 381.
Minneapolis, Weizenmehl 173.
Minsk, Gouverneur 200.
Minto, Lord 35. 37. 65. 100. 234. 367.
Mittelmeer 266.
— engl. Interessen 268.
— u. Frankreich 139.
— Frankr., Österr. u. Italien 386.
— französ. See 415.
— german. Politik 237.
— Kontrolle 386.
— u. Rußland 238.
— russ. Flotte 144.
— u. Schwarzes Meer 237.
Modschegeten 7.
Mohammed Pascha Said 106.
Mohammedaner u. Heiden 195.
— u. Hindus 390.
— Noahtheorie 185.
Mohilew, Gouverneur 200.
Moinier, General 109. 262.
Moll, franz. Oberst 396.
Mongolei, Japan u. Rußl. 351
— Mineralrechte u. Rußl. 168.
— u. Rußland 298.
— russ. Einfluß 269.
— russ. Grenzen 252.
Monk, Deputierter 58.
Montenegro 45.
— u. Balkan 244.
— Königreich 170. 215. 219. 321. 323.
Montenegro, Fürst von, in Petersburg 98.
Montreal 58. 258.
— Anglisierung 347.
Moore, Natal, Minister 308
Morgan, Pierpont 83.
Morning Post 16. 18.

Moskau u. Peking 351.
— Senatorenrevision 99.
Moskauer Wochenschrift 166.
Moskowskija Wjedomosti 25.
Moslem u. Hindu 173.
Moslemisches Afrika 196.
Mubaret Bey 310.
Mukden 298.
— Eisenbahn 47.
Mukden-Antun-Eisenbahn 206.
Mulay el Kebir 19. 224. 236.
Mulay Hafid 67. 80. 92. 199. 194. 236.
Mullah, toller 133.
— Tod 233.
Muluja 291.
de Mun 194.
Münch. Neueste Nachr. 150.
Muratow, Inspektor der Geheimpolizei v. Moskau, Ermordung 207.
Muromzew, Dumapräsid. 337.
Mürzsteg, Vertrag 98.
Mustaja Kamel Pascha 81. 106.
Muzaffered Din 36.

N.

Nabobs 35.
Nankin, Ausstellung 221.
Napoleon 25. 212.
Nasred Din 36.
Natal 304.
Nation 156.
National Review 13. 100. 191. 192. 257.
Nauticus 280.
Neidhardt, General, russ. Senator 186. 279.
Nelidow, russ. Botsch. 237.
— Tod 323.
Nepal 294.
— u. China 297.
Neu-Schottland, Generalstaatsanwalt 380.
Neu-Seeland 258. 267.
— Bewaffnung 192.
— Kitcheners milit. Organis. 169.
New Mexico 236.
Newyork, Lotos-Club 172.
— republ. Klub 105.
New York American 271.
New York Herald 2. 47. 66. 87. 104. 112. 171. 290. 357. 358.
New York Times 315. 316.
New York World 284.
Nezzan 206.
Nicaragua 284.
— Revolutionäre 41.
Niger, Islam 17.
Nicolaus I. v. Rußl. 201. 247.
Nicolaus II. v. Rußl. 41. 115. 199.
— u. Dalai-Lama 295.
— u. Ferdin. v. Bulg. 90.
— in Hessen 344.
— in Potsdam 333. 344.
— in Riga 259. 273.
— Rückreise u. Rußl. 355.
Nikolaus (Nikita) v. Montenegro, Königstitel 170.
— Regierungsjubiläum 323.
Niltal, Islam 17.
Nizams 35.
Nizza 243.
Norfolk, Herzog, u. d. Suffragettes 286.
North American Review 220.
North China Daily News 121.
Norwegen 335.
— Kabinett 41.
Novibazar 69.
Nowoje Wremja 4. 5. 6. 11. 12. 36. 38. 40. 51. 70. 96. 105. 110. 113. 135. 136. 141. 164. 202. 203. 206. 223. 232. 241. 246. 274. 299. 303. 333. 336. 337. 352. 363. 371. 377. 396. 405.
Nuschki, Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Nystadter Frieden 259.

O.

Oasaka, Erregung 276.
Objedinenije 369.
O'Brien'sche Partei 56.
O'Connor, Irenführer 64. 65. 99.
Odessa, Ges. geeinigte Slaven 274.
— Pest 322. 398.
— Senatorenrevision 99.
Oman, Waffenimport 193.
Ontario, Provinz 86.
— Oberstaatsanwalt 380.
Opinion 21. 105.
Oporto, Herzog v., Infant 112.
Oranje-Kolonie 304.
— Unie 307.
Orghile, tunes. Dorf 53.
Orient, ferner 113. 171. 172. 196. 231. 252. 298.

Orient, ferner, Erwachen 267.
— — u. europ. Krieg 175.
— — Gärung 175.
— — Konflikt 188.
— — Sanitätswesen 172.
— — status quo 262.
— Frage 44. 50. 236.
— naher 219.
— Völker u. westl. Zivilisat. 172.
Orleans, Herzog v. 118.
Österreich, Anleihe in Frankr. 322.
— Armee u. Rußland 303.
— u. Balkan 22. 26. 97. 136.
— u. Balkanföderation 91.
— u. Bosnien 22.
— bulgar. Anleihe 38.
— u. Deutschland 22. 27.
— Deutsche u. Tschechen 370.
— deutsch. Vertrag 1879 412.
— u. Eduard VII., Politik 181.
— Ehrgeiz 212.
— u. England 22.
— Erschöpfung 352.
— Flotte 237.
— u. Japan 22.
— u. Mittelmeer 386.
— Reichsrat 255.
— u. Rußland 26. 97. 120.
— russ. Annäherung 71.
— russ. Krieg 303.
— u. Saloniki 370.
— u. Serbien 22.
— u. Türkei 247. 293.
Ostsee, engl.-franz. Flotte 59.
— Schiffahrt 335.
Ostseeprovinzen 253. 331.
— deutsche Kultur 149.
Ottawa 357.
— amer. Handelsvertrag 347.
— Generalkonsuln 402.
— kanad. Artillerie 87.
„Outlook" 221.
Ozean, Atlant. 17.
Ozean, Indischer, jap. Einfluß 277.
Ozean, Pazifischer 25. 112. 194.
— — u. England 269.
— Stiller 139. 298. 403.
— — Amerika im St. O. 145.
— — England im St. O. 145.
— — jap. Einfluß 277.

P.

Palermo 17.
Palmerstone 205.
Pamir u. England 34. 350.
Panamakanal 145. 270. 403.
Panamerikan. Kongreß 282. 316.
Pankhurst, Suffragettes 366.
Paprikow, General 90.
Paris 263. 335.
— amer. Matrosen 372.
— Börse u. Ungarn 206.
— Deutsche 165.
— jungägypt. Kongreß 323.
— König Eduard 234.
— Krawalle 255.
— Polenunterstützung 230.
— Presse 376.
— radikale Sozialisten 100.
— Überschwemmung 49.
Pariser Zeitung 165.
Paschitsch, serb. Min., in Petersbg. 98.
Patrie, Montreal 258.
Paulhan, Flug v. London u. Manchester 177.
Payas, Eisenbahn 150.
Peal, General 268.
Peking 88.
— Eisenbahn 114.
— Herald-Bureau 95.
— Kiachta-Kalgan-Urga-Eisenbahn 95.
— u. Moskau 351.
— Reichsausschuß 339.
— russ. Gesandte 168.
Pelletan, franz. Min. 194.
Perm-Wologda, russ. Truppen 203.
Persien, Afghanen 350.
— Anleihe 94. 363.
— — innere 106. 149.
— — russ.-engl. 149.
— u. Beludschistan 310.
— Bewegungen 185.
— Curzon-Doktrin 296.
— Deutsche 118.
— Deutsche Bank 156.
— Eisenbahnen 385.
— Eisenbahnkonzessionen 379.
— — an Engl. 94.
— — an Rußl. 94.
— u. England 8. 34. 118. 156. 186. 310.
— engl. Politik 135. 349.
— Engl. u. Rußl. 369.
— engl.-russ. Abkommen 93.
— engl. Truppen 337. 408.
— Erregung 80.
— Frage 167.

Persien, Islam 17. 185.
— Kabinett, Demission 264.
Krisis 36.
Kronjuwelen 156. 167.
Okkupation 288.
— Revolution 172.
— ruiniert 117.
— u. Rußland 7. 36. 156.
russ. Einfluß 349.
Rußl. u. England 326.
russ. engl. Abkommen 93.
russ.-engl. Umklammerung 106. 149.
russ.-engl. Vormundschaft 134.
u. russ.-ind. Verbindungsbahn 379.
russ. milit. Festsetzung 135.
russ.-pers. Schwierigkeiten 62.
russ. Politik 117.
Rußlands strateg. Interessen 215.
— russ. Truppen 93. 106. 117. 215.
— — Räumung 379.
— status quo 262.
— Teilung 326. 404.
— türkische Posten 327.
— Uberlandbahn Calais-Bombay 369.
— Verhältnisse 219. 244.
— Waffenhandel 310. 350.
— Waffenlager 311.
— Zwangsanleihe 106.
Persisch. Golf, engl. Kriegsschiffe 310.
Peru, Geldmarkt 317.
— Streitigkeiten 283.
Pest, Ausschreitungen 120.
Peter d. Gr. 166. 334.
Peter, König v. Serbien 170.
— in Konstantinopel 136.
— in Petersburg 98. 107. 112. 136.
— beim Sultan 132.
Petersburg 28. 335.
— Buddhistentempel 104.
— Cholera 322.
— Diebstähle 300.
— in Gefahr 60.
— Generalkonsistorium 370.
— Polit. Klub 70.
— Revision 147.
— russ.-poln. Versöhnungskommission 223.
— Senatorenrevision 99.
— tibetan. Gesandtschaft 295.
— Universität 58.
— Verteidigungszustand 203.
— u. Wien, Kabinett 97. 136.
Petersburger Telegraphen-Agentur 95.
Petersburger Zeitung 90. 339. 398.
Petit Temps 244.
Philippinen 140. 278. 403.
— Europäer 112.
— u. Japan 105. 404.
— Unabhängigkeit 112.
Philipps, Lionel 307.
Pichon 90. 194. 322.
— in London 204.
— u. Moinier 262.
Piewzow 295.
v. Pilchau, Pilar, Baron 279.
Pilenko 71. 333.
Pinchot, Gifford 285.
Pinnon Tjin 362.
Pinon, René 245.
Pioneer 192. 310.
Pirogow, Nicolai Iwanowitsch 377.
Pius X. 211. 244.
— Enzyklika 216.
Plassey 57.
Plewna 116.
Plunkett, Sir Horace 285.
Podolien 222.
— Gouverneur 200.
— Polen 223.
Pogodin, Professor 274.
Polen 71. 137. 275.
— Aufstände 59.
— Frage 166.
— u. Frankreich 164. 230.
— u. Litauen 276.
— in Rußland 200. 222.
— u. Rußl. 212.
Poljakow, russ. General 39.
Pommern 335.
Popow, General 252.
Port Arthur 180.
— Eisenbahn 47. 95.
— Freihafen 9.
— Okkupation 362.
Portsmouth, Frieden 276. 298.
— Vertrag 125. 172. 289.
Portugal 224.
— Anarchie 389
— Anarchisten 254.
— antiklerikale Maßnahmen 323.
— Arbeiter 389.
— Cortez, Eröffn. 323.
— deutsch-p. Handelsvertrag 50.
— Kongregationen 323.
— Ministerium 246.
— Monarchie, Zusammenbruch 329.
— Parlament, Eröffnung 1.
— Republik 330.

Portugal, Revolution 415.
Posen, Schloß, Einweihung 323.
Potsdam 385.
— Franz Ferdinand 390.
— Nikolaus II. 344. 390.
— Vereinbarungen 405.
Pourtalès, Graf 41. 70.
Prager Kongreß 28.
Prätoria 306.
de Pressensé 240.
Preußen 62. 336.
— u. Deutschland 73.
— u. seine Könige 209.
— Kriegsakademie 323.
— Landtag 11.
— Reichstagswahlrecht 76.
— u. Rußland 334. 336.
— Sozialisten 75.
— Verfassung 74. 79.
— — u. England 77.
— Wahlreform 73.
Priamurgebiet, Chinesen 113.
Prjäporeß 184.
Proserpina, engl. Kriegsschiff 350.
Przewalski 295.
Punch 400.
Punjab, Waffenfabriken 388.
Purischkewitsch 231.
Puschkin 372.

Q.

Quebec 380.

R.

Racconigi, Politik 61.
— Programm 71.
— Zusammenkunft 46.
Radolin, Fürst 246.
Rahim Khan 37.
Rajas 35.
Rallis, griech. Min. 338.
Raswjedschik 261.
Redmond, Irenführer 56. 65. 85. 99. 153. 176. 365. 385.
— in Amerika 349.
Reid, Sir George 267.
Reinach, A. J. 68.
Reinbot, General 299.
Reiz, Senatspräs. d. südafr. Union 333.
Rescht 379.
— russ. Besetzung 135.
Retsch 148.
Reval 334.
— Hafen 260.
Reval, König Eduard 234.
— Verfassung 260.
Revue 230.
Revue Hebdomadaire 101.
Revue polit. et parlem. 74. 157. 159. 207. 208. 277. 290.
Rhodesia, Kolonisten 232.
Riffkabylen 19.
Riga 334.
— Verfassung 260.
— Zarenfamilie 278.
Rips, Mich. Hersch. 240. 242.
Rizal, Schriftsteller 112.
Roberts, Lord, u. d. Suffragettes 286.
Robespierre 74.
Roches, Jules, franz. Min. 194.
Rochette, Bankier 301.
Rodes, Jean 157. 174.
Rohrbach, Dr. P. 150.
Rom, König Eduard 234.
Roosevelt 332. 359.
— in Afrika 132.
— u. amerik.-engl. Schiedsvertrag 284.
— in Berlin 179. 183. 189.
— in Chartum 132.
— in England 284.
— u. engl. Presse 132.
— in Kairo 220.
— u. König Georg 315.
— in London 220.
— in Paris 161.
— polit. Niederlage 270. 355.
— Präsidentschaftskandidat 220. 221.
— in d. Sorbonne 163.
— u. Taft 315.
— Wahlniederlage 416.
— in Wien 151.
Rosebery, Lord 30. 85. 364. 366. 394.
— Reformplan 119.
Rossija 224.
Rostokowski, General 39.
Rostow am Don, Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Rothschild, Lord, u. d. Suffragettes 286.
Rousse, Edmond 207. 211.
Rshenski, General 168.
Rubanowitsch, Revol. 240.
Ruchel, Marc 407.
Rumänien u. Deutschland 27.
— Kriegsmarine 238.
— Militärkonvention 388.
— Parlament, Eröffn. 374.

Rumänien, türk. Bündnis 338.
Rußland, Admiralität u. Duma 229.
— u. Afghanistan 93.
— Agrarfrage 273.
— allruss.-national. Verband 58.
— u. Amerika, finanz. Beziehgn. 398.
— Antisemitismus 59. 105.
— Aristokratie 92.
— Armee 144. 147.
— — Disziplin 261.
— asiat. Politik 59.
— Aufschwung 352.
— Ausländer 222.
— auswärt. Politik 260. 273. 337. 411. 416.
— u. Balkan 97.
— u. Balkanfriede 91.
— Balkanpolitik 98.
— Bauern 273.
— Bauerngerichte 10.
— Beamte 110.
— — poln. 202.
— Bergwerke in engl. Besitz 199.
— Bestechungssystem 117.
— u. Bosporus 237.
— u. Bulgarien 97.
— bulgar. Bündnis 98.
— bulg. Freundschaft 90.
— Bureaukratie 117. 253.
— u. China 351.
— chines. Allianz 126. 127.
— chines. Einwanderung 112.
— u. chines. Eisenbahnen 112. 114.
— chin. Geheimvertrag 128.
— chines. Handel 290.
— Cholera 207. 279. 322.
— u. Dalai-Lama in Indien 104.
— Dardanellen 237.
— Depots in Berlin 11.
— Depots in Deutschland 4.
— Deutsche 222.
— u. Deutschl. 24. 25. 41. 239. 411.
— — Annäherung 405.
— deutsche Ansiedler 397.
— deutsche Beziehungen 166.
— deutschfeindl. Presse 74.
— Deutschfeindschaft 345.
— u. deutsch-franz. Zusammenstoß 165.
— deutsche Gefahr 303.
— deutsche Grenze 264.
— Deutschenhaß 239.
— deutsche Invasion 369.
— deutsche Kolonien 331.
— deutsche Kolonisten 369.
— deutsch. Krieg 165. 166.
Rußland, deutsche Privatschulen 397.
— u. Deutschl. Verständig. 385.
— Diebe 117. 147.
— Dreadnoughts 280.
— Duma 9. 97. 253. 255. 260 273. 337. 369. 397.
— — u. Admiralität 229.
— — Eröffnung 333.
— — u. Finnland 167. 189. 200.
— — u. Regierung 116.
— — u. Reichsrat 389.
— — Vertagung 1.
— Ehescheidungen 92.
— Einwanderungsverbot Deutscher 369.
— Eisenbahnkonzess. in Persien 94.
— u. England 25. 27. 239.
— engl. Allianz 110. 144.
— engl.-russ. Feindschaft 26.
— engl. Unternehmen 199.
— u. engl. Verständig. 93.
— engl. Vertrag 296. 320. 362.
— Ernte 279. 398.
— Finanzen 165.
— Finnland u. Duma 189. 200.
— Finnlanddebatte 252.
— Finnländer 167.
— Finnländ. Komm. 167.
— Flotte 144. 237. 238.
— — u. Engl. 171.
— u. Frankreich 27. 229. 239.
— franz. Allianz 143. 144. 165. 180. 405. 412.
— Frankreich u. Polen 164.
— franz. u. russ. Volkstum 375.
— Gesetze 253.
— u. Griechenland 247.
— Hellfeldaffäre 253.
— Horligens 261
— u. Japan 9. 25. 37. 70.
— japan. Abkommen 112.
— japan. Allianz 144. 319.
— jap. Einvernehmen 269.
— Japan u. Engl. 89.
— japan. Krieg 25. 180.
— jap. Mandschureivertrag 298.
— japan. Verständig. 173.
— japan. Vertrag 251. 262. 268. 276. 362.
— Indien, Verbindungsbahn 378.
— Industrie 199.
— innere Fragen 221.
— innerer Kampf 138.
— innere Krise 389.
— innere Politik 27. 331.
— innere Zustände 9. 91. 99.

Rußland, Intendanturwesen 187.
— u. d. Islam 18.
— u. Italien 70.
— Juden 59.
— jüd. Presse 25.
— Jugend 92.
— u. Kabul 93.
— Kamtschatka 9.
— Kleinrußland, deutsche Kolonisten 363.
— Konservative 40.
— u. Konstantinopel 237.
— u. Kreta 247.
— Kriegsschiffe 229.
— Landschaftsordnung 200.
— Landschaftswahlen 222.
— Lehrer 397.
— Mandschurei 124. 276. 320.
— u. Mandschureibahnen 19. 37. 123.
— Mariaviten 138. 201.
— Marine 337.
— Marinepolitik 229.
— u. Mittelmeer 238.
— Mittelmeermacht 145.
— Mobilisierung in Asien 22.
— u. Mongolei 298.
— nationalist. Beweg. 92. 416.
— neoslav. Rausch 110.
— Oktobristen 109. 138. 230. 260. 337. 389. 397.
— Ordnung 109.
— Orient, russ. 113.
— u. Ostasien 173.
— u. Österreich 26. 97. 120.
— österr. Annäherung 71.
— u. österr. Neutralität 334.
— österr. Spione 397.
— Ostseeprovinzen 253.
— u. Persien 7. 36. 59. 135. 156.
— — Abk. m. Engl. 93.
— pers. Anleihe 94. 167.
— pers. Politik 117.
— pers. Schwierigkeiten 62.
— Polen 200. 212. 222.
— Polenfrage 166.
— Polen u. Mariaviten 202.
— Politik 92.
— Presse 5. 112. 253. 370.
— von Preußen geschaffen 334. 336.
— Priesterehe 202.
— Primärunterricht 397.
— Raubsystem 187.
— Rechtsgefühl 253.
— Rechtsgleichheit 10.
— Reformen 109.
— Regierung u. Duma 116.
Rußland, Reichsrat 273. 369.
— — u. Duma 389.
— Rekruten 147.
— Revision d. Marineressorts 147.
— Revolution 172.
— Schulen 58.
— Schulpflicht 337.
— u. Schwarzes Meer 236.
— u. Schweden 60. 70.
— Selbstmorde 92.
— Senatorenrevision 99. 109. 117. 147. 186. 279. 299. 416.
— Sittlichkeitsverbrechen 92.
— Slavenkongreß 28.
— Staatsordnung 96.
— Studenten 378.
— Studentenunruhen 407.
— Südrußl., deutsche Gefahr 363.
— Sungari-Fischerei 294.
— u. Tibet 93.
— u. tibetan. Frage 112.
— Truppendislozierung 212.
— Truppen in Persien 93.
— u. Türkei 70.
— türk. Bündnis 238.
— u. türk. Flotte 230.
— u. türk. Flottenprogramm 226.
— Universitäten 407.
— Unterrichtswesen 397.
— Unterschleife 10.
— Urmiasee, Fischerei u. Schiffahrt 94.
— Verschuldung 328.
— Verwaltungsbeamte u. Stolypin 117.
— Volk u. Engländer, Franzos. u. Türken 375.
— Volksphantasie 115. 116.
— Volksverband 58.
— Wehrkraft 229.
— Westprovinzen 273.
— wirtschaftl. Verhältn. 398.
— u. Zentralasien 297.
Rustschuk, Straßenkämpfe 102.

S.

Sachalin 24.
— u. Amerika 9.
Sahara, Islam 17.
St. Chamond, Tumulte 147.
Salisbury, Lord 31. 85. 357. 358.
Saloniki 370.
— Belagerungszustand 323.
— Kongreß 7. 395.
Salzburg, Aehrenthal u. San Giuliano 323.

Sampin Lin, tibet. Kloster 103.
Samos 249.
Samsun Siwas-Bahn 94. 150.
Sandschak Monastir, Belagerungszustand 323.
San Giuliano, ital. Min. 132. 139. 385. 388.
— u. Aehrenthal 323.
— in Berlin 207.
San Stefano, Programm 46.
Sao Paulo, braf. Kriegsschiff 381.
Sarenko, poln. Schriftsteller 202.
Saskatschewan 380.
Sasonow, russ. Min. 331. 411. 416.
— in Potsdam 344. 345. 368.
Sattar Khan 304.
Sauer, Kapminister 308.
Savoyen 23. 243.
Schantung 319.
Schari, Mohammedaner u. Heiden 195.
Schauja 17. 291.
— Räumung 67.
Scheffket Pascha 219. 396.
Schetschkow 371.
Schiff, Jacob, am. Finanzmann 105. 112.
Schiras, Gouverneur v. 168.
v. Schön, Staatssekr. 109.
— Botschafter 246.
— in Paris 333.
Schottland 281.
— Homerule 312. 357. 385.
— Liberale 4.
— Nationalkomitee 312.
— Parlament 315.
— Revolte 315.
— Selbstverwaltung 393.
Schumbital u. England 296.
Schuwajew, General 187.
Schuwalow, Graf Peter 236.
Schwarzes Meer 207. 236.
— russ. Flotte 144.
— u. Türkei 239.
Schweden 334. 335. 336.
— u. Deutschl. 27.
— deutsch-schwed. Handelsvertrag 73.
— Kronprinz in Berlin 344.
— u. Rußland 60.
Schweiz, Konfederation 407.
Selborne, Lord 307.
Semschtschina 70. 363.
Sepechdar 7.
Serben u. Bulgaren 250. 274.
— a. Kongreß Sofia 71.
Serben b. d. Säkularfeier Gladstones 23.
Serbien 22. 45. 406.
— Armee 91.
— u. Balkanbund 91. 107.
— Großserbien 321.
— Königshaus 40.
— u. Mazedonien 19. 50.
— mazedon. Agitation 61.
— nation. Aspirationen 120.
Shanghai, Meuterei 273.
Shimonoseki, Friede 143.
— Vertrag 126.
Siam 169.
— Curzon-Doktrin 296.
— u. Japan 277. 290.
— japan. Handel 277.
— König 382.
— — Tod 324.
— Kronprinz 277.
Sibirien, deutsches Zartum in Westsibirien 369.
— Eisenbahnen 125. 389.
Siècle 391.
Sierra Leone 17.
Siegfried, franz. Min. 194.
Sikkim 294.
— u. China 297.
Siwas-Samsun, Eisenbahn 150.
Slade, Admiral 350. 387.
Slatin Pascha 396.
Slaven 60. 250. 251.
— u. Angelsachsen 199.
— Kongresse 28. 223. 274.
— u. Lateiner 199.
— in Parlamenten 10.
Slaventum 38.
Smith, Goldwin, Prof. 245.
Smuts 234. 307.
— Minister 308.
Smyrna 150.
Sofia 61.
— Panslav. Journalist.-Kongreß 28.
— Slavenkongreß 71. 223. 244. 251. 274.
— Sobranje, Eröffn. 333.
Somaliland 133. 233.
— Unruhen 50. 132.
Sone, Graf 169.
Sonnino, ital. Min. 100. 111. 112.
— Rücktritt 120. 139.
Söul 169.
South Africa News 307.
South African Amalgamated Preß Agency 2.
Spanien 224.
— Cortes 151.

Spanien u. Frankreich 23.
— französ. Annäherung 141.
— innere Lage 282.
— Klerikale 100.
— Klerikalismus 415.
— Kurie 282. 302.
— — u. Regierung 253.
— u. Marokko, Kämpfe 294.
— Ministerium Canalejas 100. 282.
— Orden 408.
— Regierung u. Kurie 253.
— u. Riffkabylen 19.
— Vatikan. Botschaft 294.
Spectator 268.
Ssuworin 40.
Staal, Advokat 240.
Stadnicki, poln. Schriftsteller 202.
Standard 5. 6. 52. 87. 117. 132. 155. 162. 169. 204. 226. 280. 297. 347. 381. 391. 413.
Standard of Empire 66.
Stead 245.
Stemmrich, Unterstaatssekr. 109.
Stockholm, Friedenskongreß 321.
— König Eduard 234.
— Weltfriedenskonferenz 294.
Stolypin, russ. Min.-Präs. 109. 117. 200. 221. 242. 252. 259. 363. 416.
Stone, Melville E. 171. 172.
Su, chin. Minister 360.
Sudabei, türk. Flottenbasis 69.
Sudan 133. 139.
— u. England 34. 175.
— Erregung 80.
— u. Frankreich 292.
— Sklavenhandel 196.
— türk.-franz. Grenze 151.
Suezkanal 19. 144. 157. 238. 287.
Suezkanal-Kompanie 220.
Suezkanal-Konzession 141.
Sumatra 278.
Sun (Newyork) 35. 47. 271. 291. 386. 387.
Sundainseln, jap. Kolonien 278.
Sundastraße 278.
Sungari, Fischerei 294.
— russ. Schiffahrt 174.
Swegintzew, Gouverneur 279.
— russ. Reichsrat 378.

T.

Täbris 379.
— Basare 117.
— russ. Besetzung 135.
Tabla, Distrikt 291.
Tafilet, französ. Operationen 291.
Taft, amerik. Präs. 82. 332. 359. 395.
— Gast d. Irish fellowship Club 99.
— u. Roosevelt 315.
Taitu, Kaiserin 121. 170.
Takekochi Yosaburo, jap. Abgeordn. 278.
Tanganikasee 206.
Tannenberg, Schlacht 274. 275.
Taonanfu, russ. Konsulat 168.
Tardieu 194.
Tattenbach, Graf v. 62.
Taza, Abdul Asis 18.
Teheran 7. 36. 117.
— Automobileinfuhr 379.
— Deutsche Bank 118.
— Hannekin-Eisenbahn 368.
— Kosakenbrigade 327.
— General Rshenski 168.
— russ. u. engl. Politik 364.
— russ. Truppen 8.
— Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Teixeira, Minist. 246.
Telegraph, bulg. Zeitg. 250.
Temple, Bernard 185.
Temps 12. 18. 36. 54. 62. 74. 75. 92. 96. 109. 136. 146. 157. 163. 166. 167. 174. 179. 181. 194. 203. 204. 212. 217. 228. 229. 243. 288. 292. 302. 325. 328. 341. 342. 372. 391. 405. 411. 414.
Theotokis, griech. Min. 338.
— u. Venizelos 51.
Thessalien, Bauernaufstand 120.
— u. Türkei 44.
Thiers 405.
Tibet 34. 94.
— u. China 87. 168. 296.
— chines. Eingreifen 93.
— Chineseneinwanderung 297.
— chines. Krieg 103.
— Curzon-Doktrin 296.
— engl. Aufmarsch 320.
— engl. Beziehungen 294.
— engl. Handel 295. 296.
— Englands Politik 349.
— engl. Truppen 103. 297.
— Englands Vordringen 102.
— Frage u. Rußland 112.
— Garnison 168.
— Grenzen u. Haager Konf. 168.
— u. Indien 295.
— ind. Grenzen 104.
— Reisen v. Ausländern 168.

Tibet u. Rußl. 93.
— Rußl. u. Engl. 102.
— ruſſ. Expeditionen 93.
— Younghusband, Exped. 103.
— Younghusbandvertrag 296.
Tientſin 88.
Tiflis 137.
Timbuktu, Islam 17.
Times 4. 11. 12. 34. 57. 73. 156. 161. 270. 311. 313. 326. 378.
Times of India 310.
Togo 17.
Tokio 104.
— Malayiſcher Lehrſtuhl 278.
— ſiameſ. Geſandtſchaft 277.
Tolſtoi, Leo 416.
— Tod 364. 372.
Tolſtoi, P. S., Graf 71.
Tomaſino, Advokat 240.
Tomsk, ſibir. Bahn 369.
Transbaikalbahn 95.
Transbaikalgebiet, chineſ. Einwanderung 114.
Transkaukaſien, Unruhen 137.
Transvaal 304.
— Het Volk 307.
— Inder 8.
Travel Magazine 55.
Trench, engl. Spion 408.
Tringano u. England 169.
Tripelallianz 145.
Tripolis, Grenzirrungen 11.
— Italiens Anſchläge 388.
— tuneſ. Grenze 28. 52. 205.
— u. Tunis, Konflikt 16.
Trubetzkoi, Grigori 166.
Tſchadgebiet, franzöſ. Kämpfe 1.
Tſchadſee, deutſche Beſitzgn. 396.
Tſchambithal 103.
Tſchanſha, Garniſon 169.
— Hungeraufſtand 168.
Tſchao Eul Fong, chin. General in Tibet 103.
Tſchechen u. Deutſch-Böhmen 370.
— u. Deutſche 407.
Tſchernajew 116.
Tſchintſchou-Aigun, Eiſenbahn 37. 46. 95. 104. 112. 114.
Tſchuktſchenhalbinſel, Fiſcherei 9.
Tſitſikar, Eiſenbahn 46. Peſt 398.
Tuat 292.
Tunis, Frankreichs Stellung 53.
— Frankreichs Tyrannei 174.
— Grenzirrungen 11.
Tunis, tripol. Grenze 28. 52. 205.
— — Konflikt 16.
Turgenjew 372.
Turin, Aehrenthal u. S. Giuliano 323.
Türkei, Albaner 7. 170.
— u. Albanien 171.
— Alban.-Aufſtand 149. 159.
— alban. Beweg. 184.
— alban. Kämpfe 177.
— Anleihe in Frankr. 396.
— Araber 7.
— arab. u. türk. Sprache 177.
— arab. Schwierigkeiten 72.
— u. Balkanbund 98. 107.
— u. Bosniens Annexion 69.
— Bulgaren 7. 91.
— u. Bulgarien 45. 141.
— bulg. Annäherung 185.
— bulgar. Beziehungen 28.
— bulg. Grenzkonflikte 107.
— u. Cypern 69.
— u. Deutſchland 293. 328.
— deutſch. Anleihe 355.
— u. Dreibund 292. 386. 396.
— u. England 5. 144.
— engl. Einfluß 6.
— Flotte u. Rußland 230.
— Flottenprogramm 226.
— u. Frankreich 16. 144. 293.
— franzöſ. Grenzverhandl. 205.
— Gerichtsſprache 177.
— Griechen 7.
— griech. Beziehungen 203.
— u. Herzegowina-Annexion 69.
— innere Verhältniſſe 7.
— Jungtürken u. Regierung 395.
— u. Kreta 11. 30. 44. 68. 196. 246.
— Kretas Autonomie 219.
— Kretafrage 214.
— Kriegsſchiffe, Ankauf 396.
— Manöver 338.
— Meerengen 238.
— Militärmacht 46.
— Miniſt. Hakki Bey 1.
— nationale Erregung 54.
— Novibazar, Rückgabe 69.
— Ordnung 407.
— u. Öſterreich 293.
— Parlamentſprachen 177.
— u. Patriarchat 323.
— u. Perſien 327.
— Regierung u. Jungtürken 395.
— Regierungsſprache 177.
— Revolution 44. 172.
— rumän. Bündnis 338.

Türkei u. Rußland 144.
— russ. Bündnis 238.
— Schwarz. Meer 239.
— u. Thessalien 44.
Turkestan 232.
Typaldos Begnadigung 68.

U.

Ujda 17.
— Räumung 67.
Umel Kair, Kohlenstation 324.
Ungarn s. a. Österr.-Ung.
— Abgeord.-Haus 112.
— Anleihe 38.
— Kossuth u. Just 224.
— u. Pariser Börse 206.
— Parlament 41.
Unie (Oranjestaat) 307.
Urga, Eisenbahn 95. 112.
— russ. Bezieh. z. Dalai-Lama 93.
Urmia, Kurdeneinfälle 219.
— türk. Truppen 338.
— Unruhen 215.
Urmiasee, russ. Fischerei u. Schiffahrt 94.
— Schiffahrt 379.
Usambarabahn 30.
Ussurigebiet, Chinesen 113.

V.

Varna, Mazedonierkongreß 20.
Varzen, türk. Dorf 53.
Vatikan, deutsch. Gesandtschaft 218.
— span. Botschafter 294.
Venezuela, Gomez, Präsid. 171.
Venizelos 68. 107. 213. 338. 389.
— griech. Min. 324.
— u. griech. Nationalversamml. 323.
— u. Theotokis 51.
Verdy du Vernois, General, Tod 323.
Victoria, Königin v. Engl. 209.
Victoria Colonist 2.
Victor Napoleon, Prinz 101.
Viviani 344. 346.
Vorwärts 74.
Vossische Zeitung 81. 82.

W.

Wadai 80. 208. 396.
— franz. Verluste 344.
Wady el Abid 291.
Wady Ghir 291.
Wady Umer Rebia 291.
Waiwupu 104.
Wales 281.
— Bergarbeiter 344.
— Grubenarbeiter 100.
— Homerule 357. 385.
— Liberale 4.
— Selbstverwaltung 393.
— Unzufrieden 315.
Waliszewski, Historiker 164. 165. 166.
Wardani, Mörder v. Butros Pascha 220.
Warnawa, serb. Bischof 250.
Warren Hastings 294.
Warschau 335.
— 5. Armeekorps 229.
— Garin, Senator 39.
— Überlandbahn Calais-Bombay 368.
Wassiljew 275.
Waverley 3. 175. 342.
Weichsel, russ. Truppen 203.
Wereminzen, persischer Stamm 36.
Wertheimer, Dr. Fritz 403.
Wessélitzki 38. 70. 233. 352. 377.
— in London 170.
Westminster, Erzbischof 4.
Westminster Gazette 133. 249. 255. 257. 313. 325.
Westnit Jewropy 114. 116. 319. 322. 405.
Wickersham, Attorney-General 82.
Wien 335.
— Delegationen, Eröffn. 323.
— u. Petersbg. Kabinett 97. 136.
Wiener Allgem. Zeitung 204.
Wiener Fremdenblatt 76.
Wilhelm II. 25. 70.
— in Brüssel 324.
— u. chin. Studienkomm. 11.
— Ehrendokor d. Univ. Prag 385.
— u. engl. Presse 197.
— 51. Geburtstag 41.
— in London 189. 259.
— u. Nikolaus II. 344.
— u. Lord Roberts 323.
— u. Roosevelt 183. 190.
— in Wien 323.
— in Wolfsgarten 355.
Willentin, russ. Finanzagent 398.
Wilson, H. W. 104. 191.
Willme, Advokat 240.
Wilna, Gouverneur 201.

Wise, Dr. Stephens 220.
Witebsk, Gouvernem. 200.
Witkow, 240.
Witte, ruſſ. Finanzmin. 39. 125.
Wladiwoſtok 494.
— Diebſtähle 300.
— Eiſenbahn 47. 125.
Wolff-Metternich, Graf 41.
Wolhynien, Gouvernem. 137. 200. 222.
— deutſche Koloniſten 253. 397.
— Polen 223.
Wolkonski, Fürſt 337.
Wood, John L. 403.
World 315.
Woronzow, Statthalter 137.
Wyatt 343.
Wyſchnegradski 39. 405.

Y.

Yatung, Handel 295. 296.
York, Graf 33.
Younghusband 87. 295.
— Exped. Tibet 103.

Z.

Zahle, dän. Miniſt. 255.
Zartok, engl. Handel 296.
Zehdin, franz. Truppen 53.
Zeppelin III. 177.
Zizichar ſiehe Tſitſikar.
Zitſik, Eiſenbahn 47.
Zwei-Mächte-Standard 171.

175417 HG.
S3326d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.10.

DATE. NAME OF BORROWER.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 22 06 07 008 5